

Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung (Migrationsbericht 2015)

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl (FZ); Bundesministerium des Innern. (2016). *Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung (Migrationsbericht 2015)*. (Migrationsbericht / Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl (FZ)). Berlin. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:ssoar-68308-7>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Bundesministerium
des Innern

Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge

Migrationsbericht

des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge
im Auftrag der Bundesregierung

Migrationsbericht 2015



Migrationsbericht

des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge
im Auftrag der Bundesregierung

Migrationsbericht 2015



Inhalt

| | |
|--|-----------|
| Zentrale Ergebnisse im Jahr 2015 | 9 |
| Vorbemerkung | 11 |
| Asylzuwanderung – eine zentrale Herausforderung über das Jahr 2015 hinaus | 13 |
| 1 Überblick über das Migrationsgeschehen in Deutschland | 27 |
| 1.1 Definitionen und Datenquellen | 27 |
| 1.2 Migrationsgeschehen insgesamt | 28 |
| 1.3 Herkunfts- und Zielländer | 31 |
| 1.4 Zu- und Fortzüge nach Staatsangehörigkeit | 36 |
| 1.5 Zu- und Fortzüge nach Bundesländern | 36 |
| 1.6 Altersstruktur | 37 |
| 1.7 Geschlechtsstruktur | 38 |
| 1.8 Wanderungen auf Basis des Ausländerzentralregisters | 40 |
| 1.9 Aufenthaltszwecke | 40 |
| 1.10 Längerfristige Zuwanderung | 43 |
| 2 EU-Binnenmigration von Unionsbürgern | 46 |
| 3 Die einzelnen Zuwanderergruppen | 51 |
| 3.1 Überblick über die einzelnen Zuwanderergruppen | 51 |
| 3.2 Einreise und Aufenthalt zum Zweck der Erwerbstätigkeit | 51 |
| 3.2.1 Fachkräfte und sonstige Formen der Arbeitsmigration | 54 |
| 3.2.1.1 Akademische Berufe | 58 |
| 3.2.1.2 Leitende Angestellte und Spezialisten | 59 |
| 3.2.1.3 Internationaler Personalaustausch | 60 |
| 3.2.1.4 Ausbildungsberufe | 60 |
| 3.2.1.5 Weitere Formen der Arbeitsmigration | 63 |
| 3.2.2 Hochqualifizierte mit Niederlassungserlaubnis | 67 |
| 3.2.3 Inhaber einer Blauen Karte EU | 67 |
| 3.2.4 Forscher aus Drittstaaten | 68 |
| 3.2.5 Selbständige aus Drittstaaten | 70 |
| 3.2.6 Fachkräftezuwanderung insgesamt | 71 |
| 3.2.7 Ausländische Wissenschaftler in Deutschland | 72 |

| | | |
|------------|--|------------|
| 3.3 | Einreise und Aufenthalt zum Zweck der Ausbildung | 74 |
| 3.3.1 | Ausländische Studierende | 74 |
| 3.3.2 | Ausländische Hochschulabsolventen | 79 |
| 3.3.3 | Sprachkurse und Schulbesuch | 81 |
| 3.3.4 | Sonstige Ausbildungszwecke | 82 |
| 3.4 | Einreise und Aufenthalt aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen | 85 |
| 3.4.1 | Asylzuwanderung | 85 |
| 3.4.1.1 | Asylanträge | 90 |
| 3.4.1.2 | Entscheidungen | 94 |
| 3.4.1.3 | Dublin-Verfahren | 97 |
| 3.4.2 | Jüdische Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion | 98 |
| 3.4.3 | Einreise und Aufenthalt aus weiteren völkerrechtlichen, humanitären und politischen Gründen | 100 |
| 3.4.4 | Aufenthaltsgewährung in Härtefällen | 102 |
| 3.4.5 | Resettlement und Humanitäre Aufnahmeverfahren | 103 |
| 3.5 | Einreise und Aufenthalt aus familiären Gründen (Ehegatten- und sonstiger Familiennachzug) | 105 |
| 3.5.1 | Ehegatten- und sonstiger Familiennachzug nach der Visastatistik | 108 |
| 3.5.2 | Ehegatten- und sonstiger Familiennachzug nach dem AZR | 113 |
| 3.6 | Einreise und Aufenthalt aus sonstigen Gründen | 117 |
| 3.7 | Spätaussiedler | 119 |
| 3.7.1 | Gesetzliche Grundlagen und Verfahren | 119 |
| 3.7.2 | Entwicklung der (Spät-)Aussiedlerzuwanderung | 120 |
| 3.8 | Rückkehr deutscher Staatsangehöriger | 123 |
| 4 | Abwanderung aus Deutschland | 127 |
| 4.1 | Abwanderung von Ausländern | 127 |
| 4.1.1 | Entwicklung der Fortzüge von Ausländern | 127 |
| 4.1.2 | Fortzüge nach der Aufenthaltsdauer | 127 |
| 4.1.3 | Fortzüge von Drittstaatsangehörigen nach dem letzten Aufenthaltsstatus | 129 |
| 4.1.4 | Rückkehr | 130 |
| 4.2 | Abwanderung von Deutschen | 131 |
| 4.2.1 | Fortzüge nach Zielländern | 133 |
| 4.2.2 | Fortzüge nach Altersgruppen | 133 |
| 4.2.3 | Abwanderung von Arbeitskräften | 136 |
| 5 | Migrationsgeschehen im europäischen Vergleich | 140 |
| 5.1 | Zu- und Abwanderung | 140 |
| 5.2 | Asylzuwanderung | 147 |
| 6 | Illegale/irreguläre Migration | 151 |
| 6.1 | Begriff und rechtliche Rahmenbedingungen | 151 |
| 6.2 | Entwicklung illegaler/irregulärer Migration | 152 |
| 6.2.1 | Feststellungen an den Grenzen | 152 |
| 6.2.2 | Tatverdächtige mit unerlaubtem Aufenthalt nach der PKS | 155 |
| 6.2.3 | Rückführung | 156 |

| | | |
|----------|--|------------|
| 7 | Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland | 158 |
| 7.1 | Herkunftsland bzw. Herkunftsland mindestens eines Elternteils | 161 |
| 7.2 | Alters- und Geschlechtsstruktur | 164 |
| 7.3 | Aufenthaltsdauer | 166 |
| 7.4 | Ausländische Staatsangehörige | 167 |
| 7.4.1 | Ausländische Bevölkerung nach Staatsangehörigkeiten | 169 |
| 7.4.2 | Alters- und Geschlechtsstruktur | 170 |
| 7.4.3 | Aufenthaltsdauer und Aufenthaltsstatus | 172 |
| 7.5 | Einbürgerungen | 175 |
| | | |
| 8 | Geburten und Sterbefälle von Personen mit Migrationshintergrund | 179 |
| 8.1 | Geburten | 179 |
| 8.2 | Sterbefälle | 181 |
| | | |
| | Anhang: Tabellen und Abbildungen | 183 |
| | | |
| | Literatur | 268 |

Zentrale Ergebnisse im Jahr 2015

Das Jahr 2015 war besonders durch den Zuzug von Schutzsuchenden geprägt. Im Berichtszeitraum 2015 wurden 476.649 Asylanträge (Erst- und Folgeanträge) registriert (gegenüber 202.834 im Jahr 2014). Dies entspricht einem Anstieg um 135,0 % im Vergleich zum Vorjahr. Hauptherkunftsland war Syrien.

Die Zahl der Asylanträge bildet aber nicht den vollen Umfang der Flüchtlingszuwanderung im Jahr 2015 ab, da Schutzsuchende nicht sofort einen Asylantrag im unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang mit der erstmaligen Registrierung als Asylbegehrender stellen konnten. Somit ergab sich im Jahr 2015 eine Differenz zwischen den Registrierungszahlen des EASY-Systems (Erstverteilung der Asylbegehrenden) und den Asylantragszahlen. Im Jahr 2015 wurden im EASY-System zunächst 1.091.894 Zugänge von Asylsuchenden registriert, diese Zahl lag deutlich über der Zahl der Erstantragstellungen des Jahres 2015 (441.899; Folgeanträge: 34.750). Allerdings konnten bei der Erfassung im EASY-System Fehl- und Doppelerfassungen sowie Weiter- oder Rückreisen nicht ausgeschlossen werden, da in EASY keine personenbezogenen Daten aufgenommen wurden. Erst nach Abschluss der Nachregistrierungen bis September 2016 wurde deutlich, dass die Zahl der eingereisten Asylsuchenden 2015 tatsächlich bei 890.000 lag.¹

Die Zuwanderung nach Deutschland hat in den letzten zehn Jahren kontinuierlich zugenommen. Im Jahr 2015 wurden insgesamt 2,14 Millionen Zuzüge registriert – darunter viele Schutzsuchende, aber auch viele Unionsbürger aus anderen EU-Staaten sowie Deutsche. Dies entspricht einem Zuwachs von 45,9 % im Vergleich zum Jahr 2014 und stellt die höchste Zahl seit dem Beginn der Aufzeichnung der Statistik im Jahr 1950 dar. Rund 2,02 Millionen der Zuwanderer hatten einen ausländischen Pass. Dies entspricht einem Anstieg um 50,2 % im Vergleich zum Vorjahr. Damit wurde im Jahr 2015 die bislang höchste Zahl von ausländischen Zuwanderern in der Wanderungsstatistik verzeichnet. Gleichzeitig stieg

aber auch die Zahl der Fortzüge insgesamt im Vergleich zum Vorjahr um 9,1 % auf 998.000, ebenfalls der bislang höchste registrierte Wert. Dadurch ergab sich im Jahr 2015 ein Wanderungsgewinn von 1.139.000 Menschen (Wanderungssaldo 2014: +550.000). Knapp drei Viertel der Zuwanderung entfiel auf die Länder Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen und Hessen.

Rund 45 % der Zuwanderer waren EU-Bürger, darunter etwa 6 % Deutsche. 13 % hatten die Staatsangehörigkeit eines anderen europäischen Staates, 30 % besaßen die Staatsangehörigkeit eines asiatischen Staates und 5 % hatten die Staatsangehörigkeit eines afrikanischen Staates.

Im Jahr 2015 war Syrien zum ersten Mal Hauptherkunftsland. Im Vergleich zum Vorjahr stieg der Anteil der Zuzüge aus Syrien um 403,3 % auf 326.872 Zuzüge an (2014: 64.952). Dies ist auf die stark angestiegene Zahl an Schutzsuchenden aus Syrien zurückzuführen. Das gilt ebenso für die erheblich zugenommenen Zuzüge aus Afghanistan, Irak und Pakistan. Zugenommen haben auch Zuzüge aus Albanien, Rumänien, Bulgarien, Polen, Kroatien und Ungarn, sowie aus Südeuropa (Italien). Zweitwichtigstes Herkunftsland ist im Jahr 2015 Rumänien mit 213.037 registrierten Zuzügen nach Deutschland. Dies bedeutet einen Anstieg um 11,0 % im Vergleich zum Vorjahr. Im Jahr vor dem EU-Beitritt (2006) waren lediglich 23.844 Zuzüge aus Rumänien zu beobachten. Polen ist mit 195.666 Zuzügen nur noch drittwichtigstes Herkunftsland. Damit ist 2015 der Anteil der Zuzüge aus Polen an der Gesamtzuwanderung erstmals seit 1996 gesunken (um 1,1 % im Vergleich zum Vorjahr). Gegenüber der Türkei konnte im Jahr 2015 erstmals wieder seit dem Jahr 2006 ein Wanderungsgewinn von +2.144 Personen verzeichnet werden (2014: -4.136).

Eine differenzierte Betrachtung des Migrationsgeschehens nach einzelnen Zuwanderergruppen zeigt, dass der Familiennachzug von Drittstaatsangehörigen, der bereits im Jahr 2014 um 13,6 % gestiegen ist, im Jahr 2015 erneut um 29,5 % angestiegen ist (82.440 Zuzüge).

1 Vgl. dazu die Pressemitteilung des BMI vom 30. September 2016.

Insbesondere der Nachzug syrischer Familienangehöriger hat sich verstärkt (15.956 Zuzüge).

Nachdem im Jahr 2009 die Zuwanderung ausländischer Fachkräfte rückläufig war, konnte bis 2012 ein Wiederanstieg bei den erteilten Aufenthaltstiteln zum Zweck der Erwerbstätigkeit verzeichnet werden. Seit 2014 steigt die Zahl der Erteilungen von Aufenthaltserlaubnissen an Personen aus Drittstaaten, die zum Zweck der Erwerbstätigkeit nach §§ 18 bis 21 AufenthG eingereist sind. Im Jahr 2015 wurde ein Anstieg der Arbeitsmigration um 4,2 % auf 38.836 erteilte Aufenthaltstitel zum Zweck der Erwerbstätigkeit verzeichnet. Hauptherkunftsländer waren insbesondere die Vereinigten Staaten, Indien, Bosnien-Herzegowina und Serbien (inkl. ehem. Serbien und Montenegro).

Zudem ist im Jahr 2015 die Zahl der Bildungsausländer, die ihr Studium in Deutschland aufgenommen haben, erneut angestiegen. Im Vergleich zum Vorjahr konnte eine Zunahme um 6,6 % auf 99.087 Studierende festgestellt werden. Damit wurde im Jahr 2015 die bislang höchste Zahl an bildungsausländischen Studienanfängern verzeichnet. Hauptherkunftsland war China.

Nach einem kontinuierlichen Rückgang von 2001 (98.484 Personen) bis 2012 (1.817 Personen), steigt der Zuzug von Spätaussiedlern seit 2013 wieder an. So stieg die Zahl der Zugänge im Rahmen des Spätaussiedlerzuzugs im Jahr 2015 gegenüber dem Vorjahr um 8,3 % auf 6.118 Personen.

Im Jahr 2015 wurden etwa 138.273 Fortzüge von deutschen Staatsangehörigen registriert und damit 7,0 % weniger als im Vorjahr (2014: 148.636 Fortzüge). Die Zahl der zurückkehrenden Deutschen ist leicht auf 120.713 Zuzüge gesunken, so dass der Wanderungsverlust im Jahr 2015 (-17.560) niedriger ausfiel als im Vorjahr. Studien belegen, dass viele Deutsche mit und ohne Migrationshintergrund nicht dauerhaft im Ausland bleiben. Hauptzielland deutscher Abwanderer ist seit 2005 die Schweiz. 18.266 deutsche Staatsangehörige zogen im Jahr 2015 in das Nachbarland.

Im europäischen Vergleich zeigt sich, dass Deutschland weiterhin im Vergleich zu den anderen EU-Staaten ein Hauptzielland von Migration ist und in den letzten Jahren deutlich an Attraktivität gewonnen hat. Hohe Zuwanderungszahlen haben auch das Vereinigte Königreich, Frankreich, Italien und Spanien, das von 2006 bis 2008 primäres Aufnahmeland in Europa war. Während jedoch Deutschland, das Vereinigte Königreich und Italien deutliche Wanderungsgewinne zu verzeichnen haben, wies Spanien im Jahr 2014 einen hohen Wanderungsverlust (-95.000) auf.

Die im Migrationsbericht enthaltenen statistischen Daten beziehen sich vorrangig auf das Berichtsjahr 2015.

Ausblick auf 2016

Im Jahr 2016 hat der Zuzug nach Deutschland wieder erheblich abgenommen. Dies ist vor allem auf den Rückgang der Zahl der Neuzugänge von Asylsuchenden seit Frühjahr 2016 zurückzuführen.

Obwohl der Migrationsbericht 2015 den Schwerpunkt darauf legt, das Migrationsgeschehen des Jahres 2015 ausführlich darzustellen, findet die aktuelle Entwicklung im Kapitel zur Asylzuwanderung Erwähnung. Auch wichtige rechtliche Änderungen werden kurz dargestellt, insbesondere die Änderungen durch das Integrationsgesetz, das am 6. August 2016 in Kraft getreten ist.

Auch wenn keine abschließenden Aussagen für das Gesamtjahr 2016 getroffen werden können, zeichnet sich ab, dass der Zuzug von Schutzsuchenden wieder rückläufig ist. Im Jahr 2016 ist zwar die Zahl der Erstanträge weiter stark gestiegen, dies hängt jedoch mit den Asylsuchenden zusammen, die bereits seit 2015 im Land sind und bislang keinen Antrag stellen konnten. So wurden in den ersten zehn Monaten des Jahres 2016 676.320 Asylanträge (Erstanträge) vom Bundesamt angenommen. Dies bedeutet eine deutliche Erhöhung um 104,2 % im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum (331.226 Erstanträge). Im EASY-System (Erstverteilung der Asylbegehrenden auf die Bundesländer) wurden im Zeitraum von Januar bis Oktober 2016 etwa 287.363 Personen registriert, wobei Fehl- und Mehrfacherfassungen nicht ausgeschlossen sind. In den ersten zehn Monaten des Jahres 2016 hat das BAMF über die Anträge von 530.034 Personen entschieden, was einen Anstieg von 158,2 % gegenüber dem Vorjahreswert (205.265 Entscheidungen) bedeutet.

Als Folge des hohen Asylzugangs steigt auch die Anzahl der Personen an, die im Rahmen des Familiennachzugs nach Deutschland kommen. So wurden in den ersten sechs Monaten des Jahres 2016 ca. 50 % mehr Visa zum Zweck des Familiennachzugs erteilt (44.000 Visa) als in den ersten sechs Monaten des Vorjahres. Im ersten Quartal 2016 sind 4.289 syrische Staatsangehörige im Rahmen des Familiennachzugs nach Deutschland eingereist.

Vorbemerkung

Der Deutsche Bundestag hat die Bundesregierung am 8. Juni 2000 aufgefordert, jährlich einen Migrationsbericht vorzulegen, der unter Einbeziehung aller Zuwanderergruppen einen umfassenden Überblick über die jährliche Entwicklung der Zu- und Abwanderung gibt (Plenarprotokoll 14/108 vom 8. Juni 2000/Drucksache 14/1550 vom 7. September 1999).

Bislang wurden dreizehn Migrationsberichte der Bundesregierung veröffentlicht, zuletzt im Januar 2016 für das Jahr 2014. Hiermit wird der Migrationsbericht für das Berichtsjahr 2015 vorgelegt, der erneut vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) erstellt wurde.

Der Migrationsbericht der Bundesregierung verfolgt das Ziel, durch die Bereitstellung möglichst aktueller, umfassender und ausreichend detaillierter statistischer Daten über Migration Grundlagen für die Entscheidungsfindung von Politik und Verwaltung im Bereich der Migrationspolitik zu liefern. Zudem möchte er die Öffentlichkeit über die Entwicklung des Migrationsgeschehens informieren.

Der Migrationsbericht beinhaltet neben den allgemeinen Wanderungsdaten zu Deutschland (Kapitel 1) inklusive der EU-Binnenmigration von Unionsbürgern² (Kapitel 2) und der detaillierten Darstellung der verschiedenen Migrationsarten (Kapitel 3) einen europäischen Vergleich zum Migrationsgeschehen und zur Asylzuwanderung (Kapitel 5). Zusätzlich geht der Bericht auf die Abwanderung von Deutschen und Ausländern ein (Kapitel 4), behandelt das Phänomen der illegalen/irregulären Migration (Kapitel 6) und informiert über die Struktur und die Demografie der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (Kapitel 7 und 8). Dabei wird in den jeweiligen Kapiteln auf die Bedeutung der einzelnen Migrationsstatistiken und die Grenzen ihrer Aussagefähigkeit eingegangen. Zudem werden kurz

die Rechtsgrundlagen der einzelnen Zuwanderergruppen dargestellt sowie auf aktuelle Rechtsänderungen und relevante Gerichtsurteile eingegangen.

Der Migrationsbericht 2015 wurde in den Referaten FI (Weltweite und irreguläre Migration, Islam, Demografie) der Gruppe Forschung und 02 (Statistik) des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge von Özlem Konar, Axel Kreienbrink, Sebastian Prothmann, Afra Gieloff und Stefan Rühl erstellt.

2 In diesem Bericht wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit in der Regel auch bei nicht geschlechtsneutralen Bezeichnungen die männliche Form verwendet. Die weibliche Form wird damit eingeschlossen.

Asylzuwanderung – eine zentrale Herausforderung über das Jahr 2015 hinaus

Die Zuwanderungssituation nach Deutschland war im Jahr 2015 durch einen erheblichen Anstieg von Schutzsuchenden geprägt. Damit setzte sich der steigende Trend aus dem Vorjahr fort und verstärkte sich noch.

Mit 65,3 Millionen Personen verzeichnete der UNHCR Ende 2015 die bisher höchste Zahl an Menschen auf der Flucht weltweit, darunter 40,8 Mio. als Binnenvertriebene und 21,3 Mio. als internationale Flüchtlinge.³ Diese Zahl umfasst nicht nur eine hohe Zahl syrischer Schutzsuchender, sondern auch Menschen aus Afghanistan, dem Irak, aus Staaten des afrikanischen Kontinents sowie Personen aus südosteuropäischen Staaten. Viele Schutzsuchende aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie aus Afrika suchten dabei den Weg über das Mittelmeer nach Europa. Nach Angaben von Frontex⁴ überquerten 2015 etwa 900.000 Migranten das östliche Mittelmeer und erreichten die griechischen Inseln, von wo sie sich weiter auf den Weg Richtung griechisches Festland und Mitteleuropa machten. Zum Teil über Monate hinweg zogen diese Menschen über Griechenland, Mazedonien, Serbien und Ungarn (zeitweise Kroatien und Slowenien) weiter nach Österreich, Deutschland, Schweden und in weitere EU-Staaten.

Die gestiegenen Zuzugszahlen führten zu großen Herausforderungen für Bund, Länder und Kommunen sowohl hinsichtlich der Aufnahme und Unterbringung der ankommenden Menschen als auch der Durchführung der Asylverfahren. Diesen Herausforderungen wurde mit einer Vielzahl von Maßnahmen begegnet, insbesondere durch eine engere Zusammenarbeit innerhalb der EU, der Beschleunigung der Asylverfahren, die Vervielfachung der Personalstärke beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, der Entlastung von Ländern und Kommunen, dem Ausbau der

Integrationsangebote für Asylsuchende und nicht zuletzt zur Bekämpfung von Fluchtursachen begegnet.

1. Entwicklung der Asylzuwanderung im Jahr 2015

Im Jahr 2015 wurden 476.649 Erst- und Folgeanträge erfasst und damit der Höchstwert von 1992 (438.191 Asylanträge insgesamt) übertroffen (vgl. Kap. 3.4.1.1).⁵ Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies einen Anstieg um 135,0% (2014: 202.834). Die Zahl der Erstanträge betrug im Jahr 2015 441.899. Gegenüber dem Vorjahreswert (173.072) hat sich die Zahl der Asylerstanträge um 155,3% erhöht (siehe Abbildung 1).

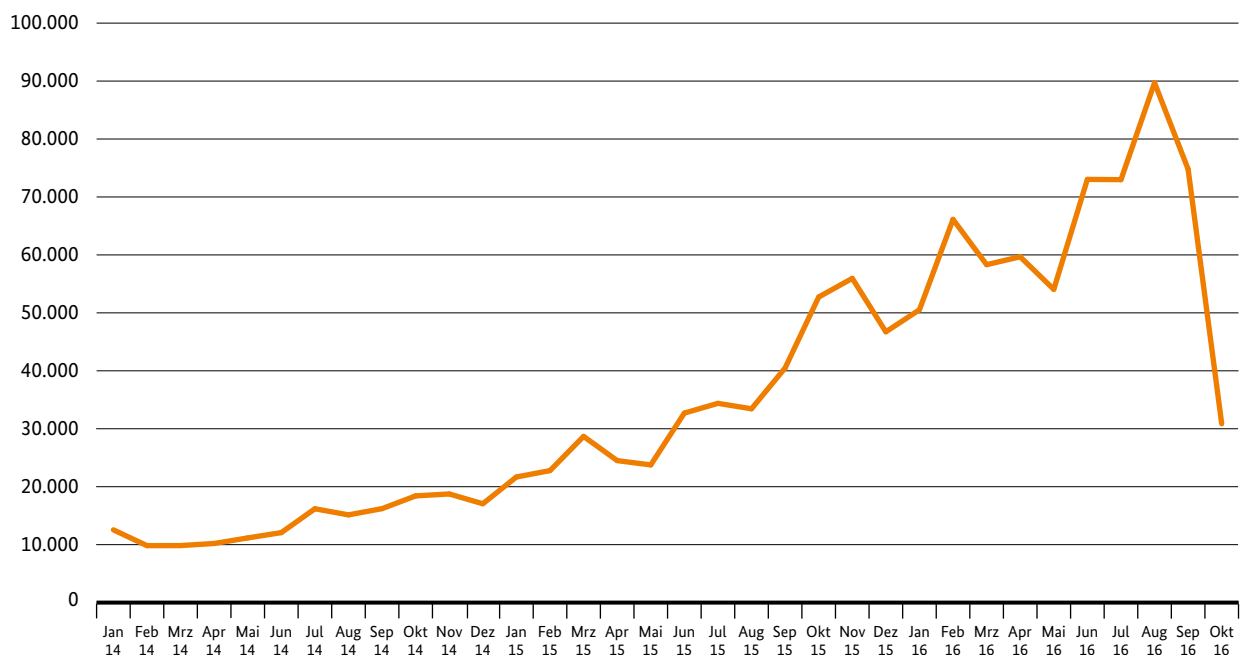
Gleichzeitig war es aufgrund des starken Anstiegs von Schutzsuchenden im Jahr 2015 immer weniger möglich, die Annahme eines Asylantrags zeitnah zur erstmaligen Registrierung als Asylbegehrender (vor der persönlichen Antragstellung) durchzuführen. Von Januar bis Mai 2015 wurden im EASY-System (Erstverteilung der Asylbegehrenden auf die Bundesländer) 172.556 Zugänge von Asylsuchenden registriert, während lediglich 141.905 Asylanträge vom Bundesamt entgegen genommen wurden (davon 125.972 Erstanträge). Im zweiten Halbjahr stiegen die Zahlen der EASY-Registrierungen deutlich an und erreichten im November 2015 mit 206.101 Registrierungen im Monat einen neuen Höchststand – demgegenüber wurden im selben Monat lediglich 57.816 Asylanträge registriert (davon 55.950 Asylerstanträge; vgl. Abbildung 2). Insgesamt wurden im Jahr 2015 im EASY-System zunächst knapp 1,1 Millionen Zugänge von Asylsuchenden erfasst. Allerdings enthielt die Zahl Fehl- und Doppelerfassungen, da im EASY-System keine persönlichen Daten erfasst werden, und auch Weiterreisen von Asylsuchenden nicht ausgeschlossen werden konnten. Erst mit Abschluss der Nachregistrierungen bis September 2016 wurde deutlich,

3 16,1 Mio. Flüchtlinge unter dem Mandat des UNHCR, 5,2 Mio. palästinensische Flüchtlingen unter dem Mandat des UNWRA (UNHCR 2016: 6).

4 Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

5 Das BAMF führte erst ab dem Jahr 1995 die statistische Differenzierung zwischen Erst- und Folgeanträgen ein.

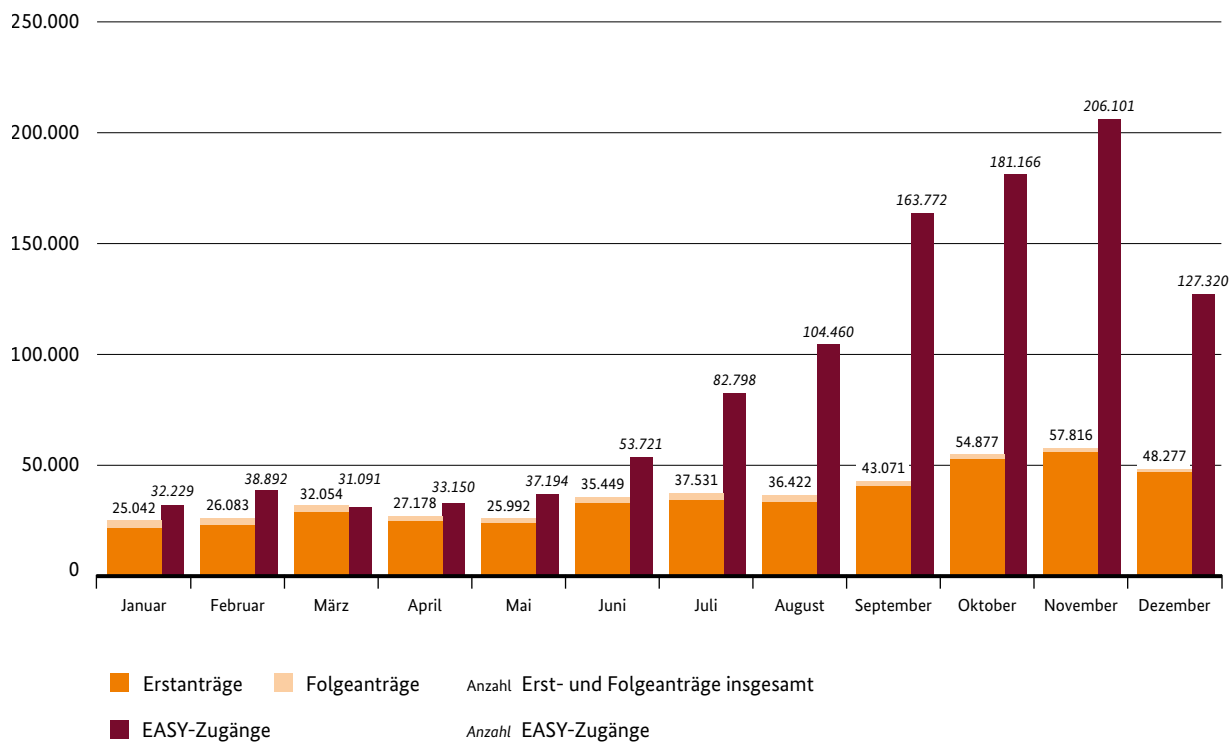
Abbildung 1: Entwicklung der Asylantragszahlen (Erstanträge) von Januar 2014 bis Oktober 2016



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Die Monatswerte können wegen evtl. nachträglicher Änderungen nicht zu einem Jahreswert addiert werden.

Abbildung 2: Asylantragszahlen (Erst- und Folgeanträge) und registrierte Zugänge im EASY-System im Jahr 2015



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

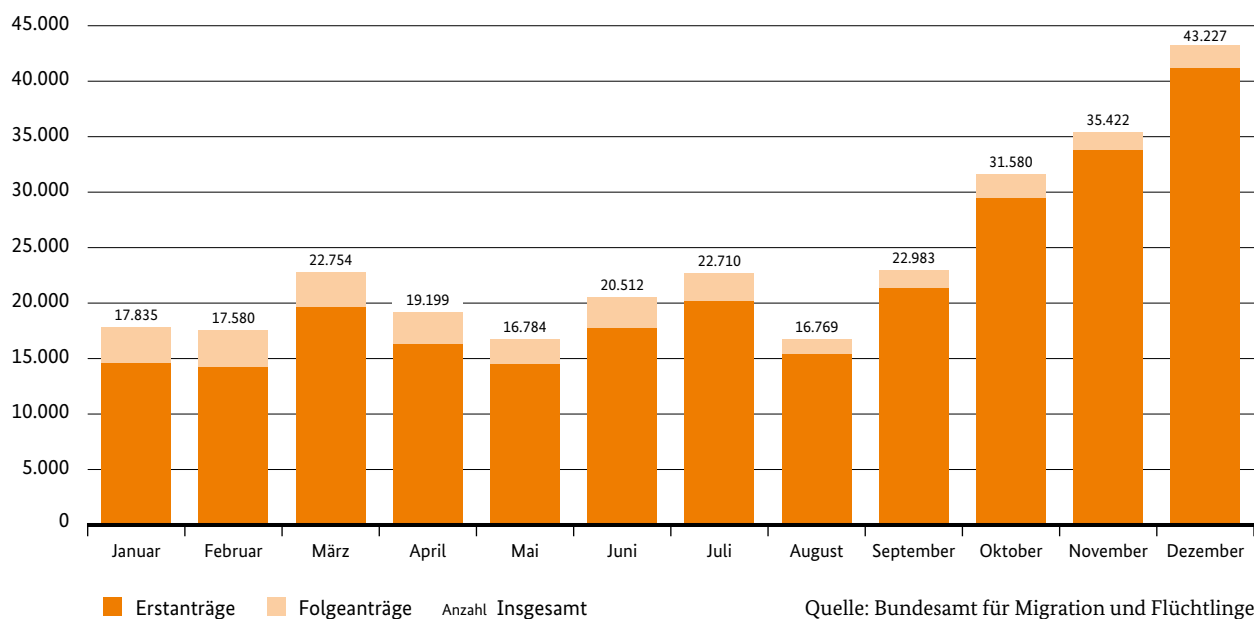
Die Monatswerte können wegen evtl. nachträglicher Änderungen nicht zu einem Jahreswert addiert werden.

dass die Zahl der Einreisen 2015 tatsächlich bei rund 890.000 Menschen gelegen hatte, von denen ca. 50.000 in andere EU-Staaten weitergereist sein dürften. Die Antragstellung der Personen, die 2015 nicht sofort einen Asylantrag stellen konnten, wurde in 2016 nachgeholt.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge reagierte nach entsprechendem Personalaufbau mit einer Steigerung der Entscheidungszahlen. Gab es 2014 noch

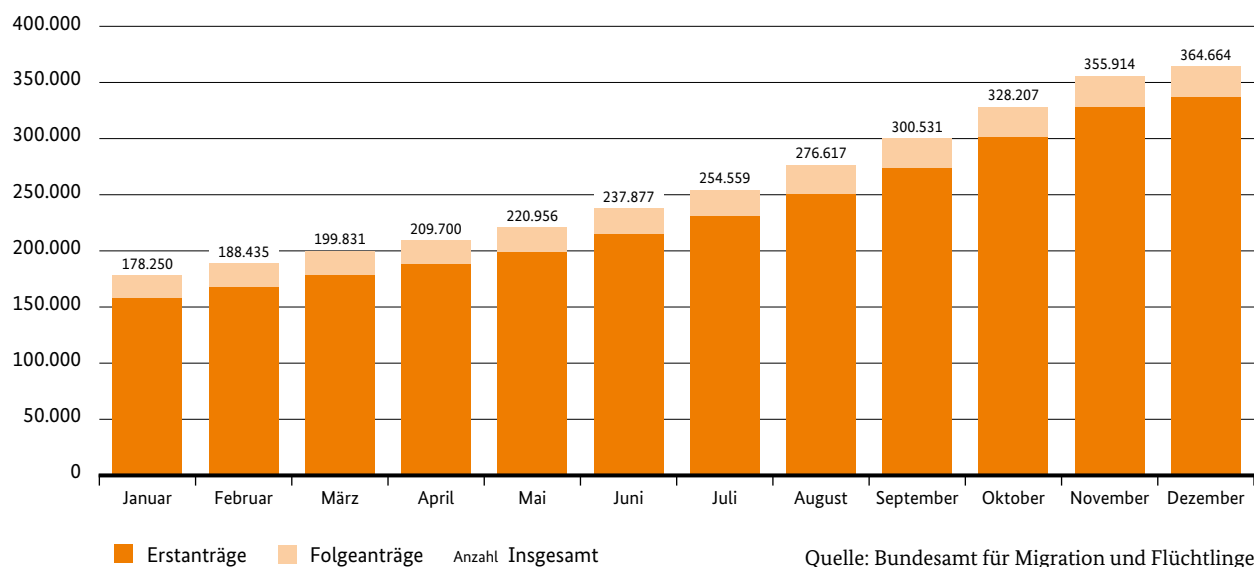
insgesamt 128.911 Entscheidungen, wurde die Zahl 2015 um 119,3 % auf 282.726 Entscheidungen gesteigert (vgl. Abbildung 3). Aufgrund der starken Zunahme der Anträge stieg dennoch parallel die Zahl der anhängigen Verfahren. Während das Jahr 2014 mit 169.166 anhängigen Verfahren zu Ende ging, nahm die Zahl nach einem leichten Rückgang im Januar 2015 bis Ende 2015 um 115,6 % gegenüber dem Vorjahresstand auf 364.664 Verfahren zu (vgl. Abbildung 4 und Kap. 3.4.1.2).

Abbildung 3: Entscheidungen über Asylanträge im Jahr 2015



Die Monatswerte können wegen evtl. nachträglicher Änderungen nicht zu einem Jahreswert addiert werden.

Abbildung 4: Entwicklung der anhängigen Verfahren im Jahr 2015



Die Monatswerte können wegen evtl. nachträglicher Änderungen nicht zu einem Jahreswert addiert werden.

2. Beschleunigung der Asylverfahren

Angesichts der steigenden Zahl von Einreisen von Asylsuchenden und der Zunahme der anhängigen Verfahren beim Bundesamt wurde 2015 und auch noch 2016 eine Vielzahl administrativer und gesetzlicher Maßnahmen auf den Weg gebracht, um die Asylverfahren zu beschleunigen. Dazu zählten v. a.:

- das Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung (in seinen wesentlichen Teilen zum 1. August 2015, im Übrigen zum 1. Januar 2016 in Kraft getreten),
- das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz (Asylpaket I) (zum 24. Oktober 2015 in Kraft getreten),
- das Gesetz zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher (zum 1. November 2015 in Kraft getreten),
- das Datenaustauschverbesserungsgesetz (zum 5. Februar 2016 in Kraft getreten),
- das Gesetz zur Einführung beschleunigter Asylverfahren (Asylpaket II) (zum 17. März 2016 in Kraft getreten),
- das Gesetz zur erleichterten Ausweisung straffälliger Ausländer und zum erweiterten Ausschluss der Flüchtlingsanerkennung bei straffälligen Asylbewerbern (zum 17. März 2016 in Kraft getreten) sowie
- das Integrationsgesetz und die begleitende Verordnung (in den wesentlichen Teilen zum 6. August 2016 in Kraft getreten).

Priorisierung bei der Antragsbearbeitung

Bereits seit Oktober 2014 wurden im Bundesamt Erst- und Folgeverfahren von den kurz darauf als sichere Herkunftstaaten eingestuft Staaten Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina prioritär bearbeitet. In Reaktion auf die zu Jahresbeginn 2015 stark angestiegenen Zugangszahlen kosovarischer Asylbewerber wurde auch diese Gruppe ab Februar 2015 in allen bayerischen Außenstellen sowie dann auch in Außenstellen in Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Hessen und Rheinland-Pfalz prioritär entschieden.

Verfahrensbeschleunigung durch schriftliches Verfahren

Für Personengruppen, die nach der Entscheidungspraxis des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge die Voraussetzungen für die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft erfüllen, wurde zwischenzeitlich auf Basis schriftlicher Verfahren entschieden. Seit dem Jahreswechsel 2016 durchlaufen alle Asylbewerber in Deutschland wieder eine ausführliche Einzelfallprüfung mit persönlicher Anhörung (vgl. Kap. 3.4.1.2).

Erweiterung der Liste sicherer Herkunftsstaaten

Mit dem Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz wurde die Liste sicherer Herkunftsstaaten um die Westbalkanstaaten Albanien, Kosovo und Montenegro erweitert. Mit dieser Einstufung sollen aussichtslose Asylanträge von Antragstellern aus diesen Herkunftsländern schneller bearbeitet werden um, sofern keine Schutzbedürftigkeit vorliegt, den Aufenthalt dieser Personen in Deutschland schneller beenden zu können (vgl. Kap. 3.4.1.2).

Verbleib in Erstaufnahmeeinrichtungen

Mit dem Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz wurde weiter beschlossen, dass Asyl- und Schutzsuchende nunmehr bis zu sechs statt bis dahin drei Monate in einer Erstaufnahmeeinrichtung untergebracht werden können. Asylantragstellende aus sicheren Herkunftsstaaten müssen wiederum bis zum Abschluss des Asylverfahrens in Erstaufnahmeeinrichtungen untergebracht werden. Im Falle einer Ablehnung des Asylantrags wird der Aufenthalt in der Erstaufnahmeeinrichtung bis zur Ausreise fortgesetzt. Dies soll eine Verfahrensbündelung sowie eine schnelle und effektive Umsetzung der jeweiligen Ergebnisse (Bleiberecht oder Rückführung) mit sich bringen (vgl. Kap. 3.4.1 – Verteilung von Asylbegehrenden).

Schnelle und flächendeckende Registrierung

Mit dem Datenaustauschverbesserungsgesetz wurden die Voraussetzungen für eine schnellstmögliche identitäts-sichernde Erfassung der nach Deutschland eingereisten Personen sowie für einen verbesserten Datenaustausch aller am Verfahren beteiligten Behörden geschaffen. Alle bei der Registrierung erhobenen Daten werden nun beim erstmaligen behördlichen Kontakt im Kerndatensystem im Ausländerzentralregister erfasst. Dazu wurde das Gesetz über das Ausländerzentralregister (AZR-Gesetz) um neue Inhalte ergänzt (Fingerabdrücke, Herkunftsland, Kontaktdaten zur schnellen Erreichbarkeit wie Anschrift, Telefonnummern und E-Mail-Adressen, Angaben zur Verteilung, sowie Informationen zu erfolgten Gesundheitsuntersuchungen und Impfungen). Für die schnelle Integration und Arbeitsvermittlung sollen weiterhin Daten über Schulbildung, Berufsausbildung und sonstige Qualifikationen im Kerndatensystem im Ausländerzentralregister gespeichert werden. Befüllt wird das Ausländerzentralregister sowohl vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge als auch den mit der Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs beauftragten Behörden, den Polizeivollzugsbehörden der Länder, den Aufnahmeeinrichtungen sowie den Ausländerbehörden (vgl. Kap. 3.4.1 – Verteilung von Asylbegehrenden).

Ankunftsnachweis

Mit dem Datenaustauschverbesserungsgesetz wurden auch die Voraussetzungen für den Ankunftsnachweis geschaffen. Dieser ersetzt die im Oktober 2015 gesetzlich geregelte „Bescheinigung über die Meldung als Asylsuchender“ (kurz: BÜMA). Der neue Ankunftsnachweis ist der visualisierte Nachweis der Registrierung im Kern-datensystem im Ausländerzentralregister und wird in Form eines papierbasierten Dokuments mit fälschungs-sicheren Elementen von den Aufnahmeeinrichtungen und den zuständigen Außenstellen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge ausgestellt. Durch die Plattform, die seit Ende Mai 2016 bundesweit zur Verfügung steht, ist eine eindeutige Identifizierung von Asylsuchenden ab dem ersten Kontakt mit staatlichen Stellen möglich. Die Verwaltung während des Aufnahmeverfahrens wird erheblich verbessert, Mehrfachregistrierung und Missbrauch werden verhindert. Die Vorlage des Ankunftsnachweises an der einem Antragsteller zugewiesenen Aufnahme-einrichtung ist grundsätzlich die Voraussetzung für den Erhalt vollständiger Unterstützungsleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (Unterbringung, Versorgung, Gesundheit). Mit dem Ankunftsnachweis haben die be-teiligten Behörden (z. B. Ausländer- und Meldebehörden, Bundesagentur für Arbeit) einen schnellen Zugang zu den für sie relevanten Daten (Personendaten, Sprachkennt-nisse etc.). Dies ermöglicht z. B. eine bessere Planung der Unterbringung der Asylsuchenden in den Bundesländern, der Asylverfahren und der Maßnahmen zur Arbeitsmarkt-integration (vgl. 3.4.1 – Verteilung von Asylbegehrenden).

Personalaufbau beim BAMF

Zur Bewältigung der großen Herausforderungen wurde der Personalkörper des Bundesamtes erheblich ausgebaut. Nachdem der Haushalt 2014 zunächst 300 zusätzliche Stellen vorgesehen hatte, erhielt das Bundesamt mit dem Haushalt 2015 350 neue Stellen sowie mit dem am 2. Juli 2015 in Kraft getretenen Nachtragshaushalt 2015 weitere 1.000 Stellen (750 Stellen und Geldmittel für 250 weitere Kräfte), so dass die Zahl der Beschäftigten Ende 2015 bei ca. 3.500 Personen lag. Mit dem Haushalt 2016 wurde der wei-tere Ausbau auf 7.300 Vollzeitäquivalente⁶ (6.300 Dauerstel-len und 1.000 befristete Vollzeitäquivalente) auf den Weg gebracht. Mitte September 2016 verfügte das BAMF über eine Mitarbeiterschaft von rund 9.700 Vollzeitäquivalenten, wovon 3.150 unterstützende sowie Abgeordnete Kräfte aus der Bundesagentur für Arbeit (BA), Vivento, der Post, der Bundeswehr und mehreren Bundesressorts und Geschäfts-

bereichsbehörden waren. Auf diese Weise wurde die Zahl der Entscheider (einschließlich Anhörer) von 370 im Januar 2015 auf 3.420 Anfang September 2016 aufgestockt. Im gleichen Zeitraum wurde die Zahl der Mitarbeiter des Asylverfahrenssekretariats (AVS) von 600 auf 3.960 erhöht. Die neu eingestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden seit dem 1. August 2015 über das neu eingerichtete Qualifizierungszentrum in Nürnberg⁷ geschult.

Ausbau der Infrastruktur und Prozessoptimierung beim BAMF

Unmittelbar in Reaktion auf den starken Zuzug von Schutzsuchenden im Herbst 2015 wurden in Erding und Feldkirchen in Bayern in Kooperation mit der Bundes-wehr zwei sogenannte Warteräume eröffnet. Diese waren als kurzfristige Übergangslösung konzipiert, um Asylsu-chende dort mit Hilfe von Unterstützungspersonal von Bundeswehr und Zoll zu registrieren, bevor sie auf die Erstaufnahmeeinrichtungen in den Bundesländern weiter-verteilt werden. Parallel wurden Anfang September 2015 zur Bewältigung des starken Anstiegs von Asylsuchenden in Kooperation mit der Bundespolizei sogenannte Be-arbeitungsstraßen eröffnet.⁸ In einer Bearbeitungsstraße werden Asylsuchende und unerlaubt eingereiste Personen unter anderem registriert, erkennungsdienstlich behandelt und ärztlich untersucht. Die erhobenen Daten durchlaufen anschließend die polizeilichen Datenbanken. Ist dieser Abgleich negativ, werden die Asylsuchenden in eine Erst-aufnahmeeinrichtung weitergeleitet.

Bereits seit Ende 2014 wurde damit begonnen, neue Außenstellen des Bundesamtes einzurichten. Der Prozess beschleunigte sich im Lauf des Jahres 2015. Waren es 2014 zwei neue Außenstellen,⁹ wurden 2015 19 neue Standorte¹⁰ eröffnet. Zudem wurden im Zuge der Neuorganisation der Verfahrensabläufe im Bundesamt (zusammengefasst unter dem Stichwort „Integriertes Flüchtlingsmanage-ment“) Ankunftszentren geschaffen, die als erste Anlauf-stelle für neu ankommende Schutzsuchende fungieren. In diesen Zentren werden die Prozesse mit denen der Aufnahmebehörden und der Bundesagentur für Arbeit

6 Die Zahl der Vollzeitäquivalente gibt die rechnerische Sum-me bei einer gemischten Personalbelegung mit Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigten an.

7 Mit Stand vom 30. September 2016 hat das Qualifizierungs-zentrum Nürnberg zehn weitere Standorte für Schulungs-zwecke: Berlin (zwei Standorte), Chemnitz, Darmstadt, Düsseldorf, Halle, Köln, Mannheim, München und Solingen.

8 Zwischenzeitlich gab es fünf Bearbeitungsstraßen: in Bayern Freilassing, Passau, Rosenheim sowie in Nordrhein-Westfalen Greven und Niederaußem/Bergheim. Letztere wurden im August/September 2016 wieder aufgelöst.

9 Meßstetten und Bramsche.

10 Augsburg, Bad Berleburg, Bamberg, Bayreuth, Büdingen, Burbach, Deggendorf, Dresden, Ellwangen, Ingelheim/Bingen, Leipzig, Manching, Kiel, Mühlhausen, Oldenburg, Regensburg, Schweinfurt, Suhl und Unna.

Abbildung 5: Aktive Standorte des BAMF zum Stand 31.12.2015



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

verzahnt, um Leerläufe und Wartezeiten im Verfahren zu minimieren. Zwei Ankunftscentren gingen zur Erprobung bereits im November und Dezember 2015 in Betrieb.¹¹ In den Ankunftscentren findet das gesamte Asylverfahren – von der ärztlichen Untersuchung, über die Aufnahme der persönlichen Daten und der Identitätsprüfung, der Antragstellung und Anhörung bis hin zur Entscheidung über den Asylantrag – statt. Hierzu werden die Anträge je nach Herkunftsland in verschiedene Cluster eingeteilt. Anträge von Menschen aus Herkunftsländern mit geringer Schutzquote (z. B. sichere Herkunftsstaaten) sowie aus solchen mit hoher Schutzquote (z. B. Syrien) sollen in den Ankunftscentren so innerhalb von 48 Stunden entschieden werden, während die übrigen Antragsteller mit komplexeren Verfahren in die Außenstellen weitergeleitet werden. Weiterhin wurde im Juli 2015 das erste Entscheidungscentrum in Nürnberg eingerichtet, in dem zur Entlastung der Außenstellen entscheidungsreife Verfahren, in denen bereits die Anhörung stattgefunden hat, entschieden werden. Anfang Oktober 2015 kamen noch drei weitere Entscheidungscentren hinzu.¹² Zudem wurde Anfang November ein Zustellcentrum in Bonn eingerichtet, das zentral die Zustellung der in den Entscheidungscentren gefertigten Bescheide übernimmt. Insgesamt wuchs die Zahl der Standorte des Bundesamtes im Lauf des Jahres 2015 von 22 auf über 40 (vgl. Abbildung 5). Ende September 2016 lag die Zahl der Standorte bei über 80 (darunter 55 Außenstellen, 24 Ankunftscentren).

Digitalisierung der Asylverfahren

Neben dem integrierten Flüchtlingsmanagement wurde zur Beschleunigung auch die Digitalisierung des Asylverfahrens vorangetrieben. Neben dem behördenübergreifenden Kerndatensystem im Ausländerzentralregister zur Erfassung aller relevanten Daten und Ausstellung von Ankunftsbescheiden hat das Bundesamt seit 2015 und vor allem 2016 den Rechtsverkehr mit den Verwaltungsgerichten digitalisiert, um den elektronischen Versand von Akten zu ermöglichen. Ebenso wurde eine zentrale Scanstelle eingerichtet, um die Außenstellen bei der Digitalisierung von Dokumenten für Asylakten zu unterstützen. Mittelfristig wird der gesamte Postlauf im BAMF digitalisiert. Seit dem Frühjahr 2016 erfolgt zudem der Einsatz von Video-Dolmetschern, um dem steigenden Dolmetscherbedarf zu begegnen. Es wurde weiterhin eine zentrale IT-gestützte Datenbank zur Erfassung von Ausweisdokumenten geschaffen, um die Nachverfolgung von Dokumenten zu erleichtern.

11 Heidelberg (November 2015) und Bad Fallingbommel (Dezember 2015).

12 Mannheim, Bonn als Übergangslösung für Unna und Berlin.

Schnelle Verfahren durch Unterbringung in besonderen Aufnahmeeinrichtungen

Mit dem Gesetz zur Einführung beschleunigter Asylverfahren wurde im März 2016 für bestimmte Asylbewerber ein beschleunigtes Verfahren eingeführt. Dazu gehören unter anderem Antragsteller aus sicheren Herkunftsstaaten oder Folgeantragsteller. Sie können in besonderen Aufnahmeeinrichtungen untergebracht werden (in Bayern Maching und Bamberg). Über ihre Anträge entscheidet das Bundesamt innerhalb einer Woche. Anschließend können sie innerhalb einer Woche Eilrechtsschutz gegen eine ablehnende Entscheidung einlegen. Das Verwaltungsgericht soll dann innerhalb einer Woche über den Antrag entscheiden.

3. Weitere Maßnahmen zur Steuerung der Asylzuwanderung

Neben den Maßnahmen, die der unmittelbaren Beschleunigung der Asylverfahren dienen sollten, wurden weitere Maßnahmen zur Steuerung der Asylzuwanderung und zur Beseitigung von möglichen Fehlanreizen ergriffen.

Neuregelung der Abschiebungshaft und Wiedereinreiseverbote

Mit dem Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung, im Wesentlichen in Kraft getreten am 1. August 2015, wurden zahlreiche rechtliche Änderungen hinsichtlich der Aufenthaltsbeendigung vorgenommen. Dazu zählten Regelungen zur Abschiebungshaft, zur Haft zum Zweck der Abschiebung nach Dublin III sowie Einreise- und Aufenthaltsverbote für abgelehnte Asylbewerber aus sicheren Herkunftsstaaten (vgl. Kap. 3.4.1.2 sowie Kap. 6.2.3).

Wiedereinführung von Grenzkontrollen

Als Reaktion auf den starken Zuzug von Schutzsuchenden und unerlaubt einreisenden Personen führte die Bundesregierung am 13. September 2015 auf Grundlage des Schengener Grenzkodexes Grenzkontrollen an den deutschen Binnengrenzen mit Schwerpunkt an der Landgrenze zu Österreich vorübergehend wieder ein, die durch die Bundespolizei in enger Abstimmung mit der Bundeszollverwaltung und der Polizei des Freistaates Bayern durchgeführt wurden (vgl. Kap. 6.2.1). Die Kontrollen dauern an der deutsch-österreichischen Landgrenze derzeit noch an.

Beseitigung von Fehlanreizen

Mit dem Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz (Asylpaket I), in Kraft getreten am 24. Oktober 2015, wurden u. a. Regelungen eingeführt, die mögliche Anreize für eine nicht gerechtfertigte Asylzuwanderung beseitigen sollen:

- Für Asylbewerber gilt während des Verbleibs in einer Erstaufnahmeeinrichtung ein Beschäftigungsverbot.
- Für Asylbewerber in Erstaufnahmeeinrichtungen ist die Bedarfsdeckung durch Sachleistungen statt Bargeld vorgesehen, bei Leistungen zur Deckung der persönlichen Bedürfnisse des täglichen Lebens allerdings nur, soweit dies mit vertretbarem Verwaltungsaufwand möglich ist.
- Personen ohne Bleibeperspektive sollen schneller in ihre Herkunftsländer rückgeführt werden.
- Abschiebungen von ausreisepflichtigen Personen erfolgen grundsätzlich ohne vorherige Ankündigung.

Einschränkung des Familiennachzugs

Mit dem Gesetz zur Einführung beschleunigter Asylverfahren, in Kraft getreten am 17. März 2016, wurde der Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte vorübergehend ausgesetzt. Der Familiennachzug zu den Personen, denen nach dem 17. März 2016 eine Aufenthaltserlaubnis als subsidiär Schutzberechtigte erteilt worden ist, wird bis zum 16. März 2018 ausgesetzt. Anschließend tritt die Rechtslage, die seit dem 1. August 2015 für den Familiennachzug zu dieser Personengruppe gegolten hatte, automatisch wieder in Kraft (vgl. Kap. 3.4.1 sowie Kap. 3.5).

Abschiebungshindernisse aus gesundheitlichen Gründen

Mit dem Gesetz zur Einführung beschleunigter Asylverfahren wurden auch die Regelungen zur Aussetzung der Abschiebung aus gesundheitlichen Gründen präzisiert. Hiernach können grundsätzlich nur lebensbedrohliche und schwerwiegende Erkrankungen, die sich durch die Abschiebung wesentlich verschlechtern würden, die Aussetzung der Abschiebung des Ausländers rechtfertigen. Zudem wurden Kriterien in den Gesetzestext eingefügt, denen eine ärztliche Bescheinigung genügen muss, um eine Erkrankung des Ausländers glaubhaft zu machen.

Ausschluss der Flüchtlingsanerkennung bei straffälligen Asylbewerbern

Mit dem Gesetz zur erleichterten Ausweisung, in Kraft getreten am 17. März 2016, kann straffällig gewordenen Asylbewerbern unter den im Gesetz genannten weiteren Voraussetzungen die Anerkennung als Flüchtling versagt werden. Das Gesetz gibt dem BAMF einen Ermessens-

spielraum zum Ausschluss der Flüchtlingsanerkennung, sofern der Ausländer eine Gefahr für die Allgemeinheit bedeutet, weil er wegen einer oder mehrerer vorsätzlicher Straftaten gegen bestimmte Rechtsgüter und gleichzeitiger Verwirklichung bestimmter Tatmodalitäten rechtskräftig zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe von mindestens einem Jahr verurteilt worden ist.

Integriertes Rückkehrmanagement

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat zusammen mit den Ländern ab Dezember 2014 die Bund-Länder-Koordinierungsstelle Integriertes Rückkehrmanagement (BLK-IRM) eingerichtet. Die Arbeit der BLK-IRM ist auf die Schaffung praktischer Lösungsansätze im Rahmen einer kohärenten und gemeinsamen Rückkehrpolitik ausgerichtet. So soll eine bessere Koordinierung der beteiligten Akteure auf dem Gebiet der Rückkehr und Reintegration (Bund, Länder, Kommunen, nichtstaatliche und karitative Stellen) ermöglicht werden. Mehrere Unterarbeitsgruppen befassen sich mit bestehenden Problemstellungen in den Bereichen freiwillige Rückkehr, Reintegration, Rückführung und einheitliche statistische Grundlage (vgl. Kap. 4.1.4 und Kap. 6.2.3).

4. Zusammenarbeit innerhalb der EU und mit Drittstaaten

Deutschland wirkt an den Bemühungen auf europäischer Ebene zur Bewältigung der Flüchtlingskrise intensiv mit.

Resettlement (Neuansiedlung)

Auf Beschluss des Rates der Justiz- und Innenminister der Europäischen Union (JI-Rat) vom 20. Juli 2015 sollen in den Jahren 2016 und 2017 EU-weit 22.504 Resettlement-Plätze bereitgestellt werden. Deutschland nimmt davon 2016/2017 insgesamt 1.600 schutzbedürftige Flüchtlinge auf, die in Drittstaaten Zuflucht gesucht haben – unter Anrechnung des deutschen Resettlement-Programms von jährlich 500 Flüchtlingen (vgl. Kap. 3.4.5).

Relocation (Umsiedlung)

Für eine gerechtere Verteilung der Asylsuchenden innerhalb Europas und vor allem zur Entlastung von Italien und Griechenland hat der JI-Rat am 14. September 2015 beschlossen, 40.000 Asylsuchende aus Italien und Griechenland umzuverteilen. Deutschland soll davon innerhalb von 24 Monaten 10.500 Personen aufnehmen. In einem weiteren Beschluss des JI-Rates vom 22. September 2015 wurde die Umverteilung weiterer 120.000 Asylsuchender aus Italien und Griechenland beschlossen. Aus einem

Kontingent von 66.000 Personen soll Deutschland 4.027 Asylsuchende aus Italien und 13.009 Asylsuchende aus Griechenland, d. h. insgesamt 17.036 Asylsuchende innerhalb von 24 Monaten aufnehmen. Die Entscheidung über die Verteilung der restlichen 54.000 Antragsteller fiel am 29. September 2016. Allerdings wurde zusätzlich beschlossen, dass auch Neuansiedlungen aus der Türkei auf die jeweiligen nationalen Umsiedlungskontingente angerechnet werden können. Im Rahmen dieses Relocation-Prozesses nahm Deutschland Ende 2015 die ersten Aufnahmen (in Form eines Pilotverfahrens) vor (vgl. Kap. 3.4.5).

Zusammenarbeit an den Außengrenzen

Deutschland beteiligt sich an den von der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) koordinierten Maßnahmen des EU-Außengrenzschatzes. Für „EUNAVFOR MED Operation SOPHIA“, die EU-Operation gegen Schleuser und Menschenhändler, sind seit Ende Juni 2015 Schiffe der deutschen Marine im Mittelmeer im Einsatz. Bereits vor Beginn der Operation waren ab Mai 2015 zwei deutsche Schiffe im Mittelmeer zur Seenotrettung eingesetzt. Seit Mai 2015 wurden durch deutsche Schiffe im Mittelmeer bis Anfang Oktober 2016 rund 19.000 Menschen aus Seenot gerettet. Die Bundeswehr beteiligt sich außerdem an der NATO-Aktivität in der Ägäis, die den Anrainerstaaten wichtige Seeraumüberwachungs-kapazitäten und eine Kooperationsplattform zur Verfügung stellt. Schließlich findet durch die Bundespolizei sowie durch das BAMF eine personelle Unterstützung der Aufnahmezentren (Hotspots) in Griechenland und Italien statt.

EU-Türkei-Erklärung

Am 18. März 2016 wurden in der EU-Türkei-Erklärung Maßnahmen vereinbart, um die irreguläre Migration aus der Türkei in die EU und die Schleuserkriminalität zu unterbinden.¹³ Damit einhergehen sollen ein besserer Schutz der EU-Außengrenze und die Ermöglichung legaler Zugangswege in EU-Mitgliedsstaaten. Hierzu ist vereinbart, dass alle neu auf die griechischen Mittelmeerinseln irregulär eingereisten Migranten ab dem 20. März 2016 in die Türkei zurückgeführt werden. Dies gilt für Migranten die keinen Asylantrag in Griechenland stellen, sowie für Personen deren Antrag als unbegründet oder unzulässig abgelehnt wird. Für jeden zurückgeführten syrischen Schutzsuchenden wird im Gegenzug im Rahmen des Resettlement ein anderer syrischer Schutzsuchender aus der Türkei in der EU legal aufgenommen (1:1-Mechanismus). Das Resettlement nach dem 1:1-Mechanismus ist Teil des EU-Resettlement-Programms. Die Umsetzung der Verein-

barung hat zu einem erheblichen Rückgang der illegalen Migration über die Ägäis geführt. Deutschland hat im Rahmen des 1:1-Mechanismus bis Ende Oktober 2016 bereits über 750 syrische Schutzsuchende aufgenommen.

Über die Flüchtlingsfazilität für die Türkei stellt die EU zudem zunächst 3 Mrd. Euro, davon 1 Mrd. Euro aus dem EU-Haushalt und 2 Mrd. Euro durch bilaterale Beiträge der EU-Mitgliedstaaten, zur Unterstützung syrischer Flüchtlinge und ihrer Aufnahmegemeinschaften in der Türkei zur Verfügung. Hierzu leistet die Bundesregierung mit 21 % (rund 428 Mio. Euro) einen wesentlichen Beitrag (vgl. Kap. 3.4.5).

Unterstützung der vom Europäischen Unterstützungs-büro für Asylfragen (EASO) koordinierten Einsätze in Griechenland und Italien

Deutschland unterstützt EASO seit Oktober 2015 durch die Entsendung von Mitarbeitern nach Griechenland und Italien, wo diese in EASO-Teams integriert an der Umsetzung der Beschlüsse im Bereich Relocation sowie bei der Umsetzung der EU-Türkei-Vereinbarung mitwirken. Seither wurden rund 50 Mitarbeiter des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge entsandt, die nach Angaben von EASO innerhalb eines Jahres 4.062 Einsatztage absolvierten.

5. Entlastung von Bundesländern und Kommunen

Zur finanziellen und administrativen Entlastung der Länder und Kommunen wurden vor allem mit dem Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz diverse Regelungen geschaffen.

Mittel aus dem AMIF

Im März 2015 bewilligte die EU-Kommission aus dem europäischen Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) über 7 Mio. Euro für Soforthilfemaßnahmen in Reaktion auf die steigende Zahl der Asylanträge in Deutschland. Als Reaktion auf die nochmals erheblich gestiegene Zahl einreisender Asylbewerber wurde zudem im Dezember 2015 die Summe von mehr als 38 Mio. Euro für Soforthilfemaßnahmen von der EU-Kommission bewilligt. Das Geld der jeweiligen Soforthilfemaßnahme diente für Maßnahmen der Bundesländer – unter anderem zum Ausbau von Flüchtlingsunterkünften – und des Bundes (vgl. Kap. 4.1.4).

¹³ Vgl. dazu die Pressemitteilung Nr. 144 des Europäischen Rates vom 16. März 2016.

Vereinfachte Schaffung neuer Asylbewerberunterkünfte

Mit dem Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz hat der Bund befristet Erleichterungen bei bauplanungsrechtlichen Vorgaben und Standards im Baugesetzbuch ermöglicht, um einer zeitnahen und finanziell vertretbaren Schaffung adäquater Unterbringungsmöglichkeiten von Asylbewerbern nachzukommen. Dies bereite in Ballungszentren mit angespanntem Wohnungsmarkt oder auf kommunaler Ebene größere Probleme. Zusätzlich sieht die Ergänzung des Erneuerbare-Energien-Wärmegesetzes temporär punktuelle Erleichterungen der energetischen Anforderungen von Flüchtlings- und Asylunterkünften vor.

Entlastung bei Gesundheitsleistungen

Mit dem Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz wurden zudem zur Entlastung der zuständigen Behörden in den Ländern Vereinbarungen mit gesetzlichen Krankenkassen über die Übernahme der Krankenbehandlung von Empfängern von Gesundheitsleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) erleichtert. Dies gilt vor allem in Bezug auf eine vereinfachte Abrechnung mit einer elektronischen Gesundheitskarte.

Finanzielle Unterstützung von Ländern und Kommunen

Mit dem Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz wurde weiterhin geregelt, dass sich der Bund strukturell, dauerhaft und dynamisch an den gesamtstaatlichen Kosten, die in Abhängigkeit von der Zahl der Aufnahme der Asylbewerber und Flüchtlinge entstehen, beteiligt. Durch eine Änderung der Umsatzsteuerverteilung nach dem Finanzausgleichsgesetz entlastet der Bund die Länder von Kosten für Asylbewerber, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und bei der Kinderbetreuung. In den Fällen, in denen die Kommunen Kostenträger sind, geben die Länder die vom Bund erhaltenen Mittel weiter. Zudem unterstützt der Bund durch eine Änderung des Entflechtungsgesetzes Länder und Kommunen beim Neubau von Wohnungen und bei der Ausweitung des Bestands an Sozialwohnungen. Hierfür wurden die Kompensationsmittel für die soziale Wohnraumförderung von 2016 bis 2019 um insgesamt drei Milliarden auf über fünf Milliarden Euro aufgestockt.

Der Bund stellte Ländern und Kommunen 2015 insgesamt einen Bundeszuschuss von zwei Milliarden Euro über den Länderanteil an der Umsatzsteuer zur Aufnahme von Asylbewerbern zur Verfügung. Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten von Aufnahme, Unterbringung und Versorgung, aber auch zur Gewährleistung eines funktionierenden und am Kindeswohl orientierten Aufnahmesystems für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

gedacht. Ab 2016 werden die Länder mit einer monatlichen Pauschale von 670 Euro pro Asylbewerber, vom Tag der Erstregistrierung bis zur Erteilung eines Bescheides durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, durch den Bund entlastet. Darüber hinaus werden den Ländern für diejenigen Antragsteller, die nicht als politisch Verfolgte und Kriegsflüchtlinge anerkannt wurden, für pauschal einen Monat ebenfalls 670 Euro erstattet. Zusammen beteiligt sich der Bund für das Jahr 2016 in Höhe von ca. 5,6 Mrd. Euro. Zusätzlich werden für anerkannte Asyl- und Schutzberechtigte die Kosten der Unterkunft und Heizung (KdU) durch den Bund für die Jahre 2016 bis 2018 übernommen (2016: ca. 400 Mio. Euro; 2017: ca. 900 Mio. Euro; 2018: ca. 1.300 Mio. Euro).

Weiterhin wurde mit dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (Gesetz zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen und zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern) das Sondervermögen „Kommunalinvestitionsförderungsfonds“ geschaffen, aus dem der Bund ein Volumen von 3,5 Mrd. Euro für einen Förderzeitraum von drei Jahren (2015 bis 2018) zur Verfügung stellt. Das am 30. Juni 2015 in Kraft getretene Gesetz sieht eine Förderquote von bis zu 90% vor, während der Kofinanzierungsanteil der Kommunen von mindestens 10% von den Ländern übernommen werden kann.

Verwaltungszusammenarbeit der Länder

Um bei Aufnahmeengpässen zwischen den Ländern kooperative Lösungen für die Unterbringung von Flüchtlingen zu ermöglichen, wurde mit dem Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz auch die Möglichkeit geschaffen, dass zwei oder mehr Länder vereinbaren können, dass Asylbegehrende abweichend von der für das Land vorgesehenen Aufnahmequote, von einem anderen Land aufgenommen werden können.

6. Maßnahmen zur Integration der Asylsuchenden

Um Asylbewerbern mit guter Bleibeperspektive eine zügige Integration in Gesellschaft und Arbeitsmarkt zu ermöglichen, wurde eine Reihe von neuen Regelungen beschlossen.

Bleiberecht für gut integrierte Ausländer

Mit dem Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung, im Wesentlichen in Kraft getreten am 1. August 2015, wurde eine stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung für gut integrierte Ausländer

geschaffen. Damit sollen nachhaltige Integrationsleistungen, die trotz des fehlenden rechtmäßigen Aufenthaltes erbracht wurden, durch Erteilung eines gesicherten Aufenthaltsstatus honoriert werden. Dies bezieht sich auf langzeitgeduldete Personen, die regelmäßig mindestens acht Jahre in Deutschland leben, hinreichende mündliche Deutsch-Sprachkenntnisse auf dem Niveau A2 haben, nicht straffällig geworden sind, und ihren Lebensunterhalt grundsätzlich überwiegend durch Erwerbsarbeit finanzieren. Im Fall von Familien gilt unter denselben Bedingungen die Frist von sechs Jahren.

Integrationskurse für Asylbewerber

Mit dem Inkrafttreten des Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes erhielten Asylbewerber mit einer guten Bleibeperspektive sowie bestimmte Geduldete und vormals vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer, bei denen auf nicht absehbare Zeit ein Ausreisehindernis besteht und die das Ausreisehindernis auch nicht selbst verschuldet haben, Zugang zu den Integrationskursen des BAMF (im Rahmen verfügbarer Kursplätze) und zu Förderinstrumenten der Arbeitsmarktpolitik. Darüber hinaus soll der Erwerb der deutschen Sprache im Rahmen der Integrationskurse frühzeitig mit einer Berufsausbildung, einer Beschäftigung oder mit Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik verknüpft werden, um so eine möglichst schnelle Integration der Asylbewerber und Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt zu erreichen. Die Maßnahme „Kompetenzfeststellung, Aktivierung und frühzeitiger Spracherwerb“ (KompAS), eine sogenannte Kombi-Maßnahme aus Integrationskurs mit Maßnahmen nach § 45 SGB III, wird bereits seit dem 1. August 2016 an verschiedenen Standorten in Deutschland durchgeführt. Es stehen dafür rund 35.000 Plätze zur Verfügung.

Einstiegskurse

Mit dem Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz wurde zudem die gesetzliche Grundlage für die übergangsweise Förderung von sogenannten Einstiegskursen zur Vermittlung von Basiskenntnissen der deutschen Sprache durch die Bundesagentur für Arbeit eingeführt. Damit sollte vor dem Hintergrund der damals hohen Flüchtlingszahlen kurzfristig und einmalig einen Beitrag zur Sprachförderung geleistet werden. Aus diesem Grund war die Förderung zeitlich eng begrenzt auf Eintritte im Zeitraum vom 24. Oktober bis 31. Dezember 2015.

Änderungen beim Arbeitsmarktzugang für Asylbewerber

Mit dem Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz wurde weiter geregelt, dass die Beschäftigung von Asylbewerbern und Geduldeten in der Zeitarbeit nunmehr nach

15 Monaten möglich ist, sofern es sich dabei nicht um Fachkräfte handelt. Fachkräfte, denen eine Duldung oder eine Aufenthaltsgestattung erteilt wurde, dürfen bereits nach drei Monaten als Leiharbeiter erwerbstätig werden (vgl. Kap. 3.4.1 – Sozialleistungen für Asylbewerber).

Arbeitsmarktprogramm „Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen“

Mit dem Integrationsgesetz ist die rechtliche Grundlage für das befristete Arbeitsmarktprogramm des Bundes „Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen“ geschaffen worden. Die Einzelheiten werden durch eine Richtlinie und eine zwischen Bundesregierung und Bundesagentur für Arbeit geschlossenen Verwaltungsvereinbarung geregelt. Mit diesem Programm können jährlich 100.000 zusätzliche Arbeitsgelegenheiten für Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (mit Ausnahme von Asylbewerbern aus sicheren Herkunftsstaaten sowie von vollziehbar ausreisepflichtigen Personen inkl. geduldeter Personen) aus Bundesmitteln geschaffen werden. Ziele sind eine niedrigschwellige Heranführung an den deutschen Arbeitsmarkt sowie eine sinnvolle Betätigung während des Asylverfahrens.

Sonderregelung im SGB III für die Ausbildungsförderung in der beruflichen Bildung

Mit dem Integrationsgesetz wurden die Instrumente der Ausbildungsförderung nach dem SGB III befristet und in Abhängigkeit von Aufenthaltsstatus und Voraufenthaltsdauer weiter geöffnet. Ziel ist es, Asylbewerbern mit guter Bleibeperspektive und Geduldeten die Aufnahme und das Absolvieren einer betrieblichen Berufsausbildung zu erleichtern.

Niederlassungserlaubnis in Abhängigkeit von Integrationsleistungen

Die Voraussetzungen für die Erteilung der Niederlassungserlaubnis an anerkannte Flüchtlinge, Asylberechtigte und Resettlement-Flüchtlinge wurden mit dem Integrationsgesetz an die Voraussetzungen für andere Ausländerinnen und Ausländer angeglichen (Erteilung nach fünf statt wie bislang nach drei Jahren). Sie werden an Integrationsleistungen wie hinreichende Sprachkenntnisse (entsprechend Sprachniveau A2 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens) und die überwiegende Sicherung des Lebensunterhalts gebunden. Im Fall besonderer Integrationsleistungen (Beherrschung der deutschen Sprache auf Niveau C1 sowie weit überwiegender Lebensunterhaltssicherung) werden diese honoriert, indem die Niederlassungserlaubnis nach drei statt nach fünf Jahren erteilt wird.

Wohnsitzregelung

Durch das Integrationsgesetz, in seinen wesentlichen Teilen in Kraft getreten am 6. August 2016, wurde eine Wohnsitzregelung für anerkannte Flüchtlinge ins Aufenthaltsgesetz aufgenommen. Die auf drei Jahre befristete Wohnsitzregelung verpflichtet Schutzberechtigte, ihren Wohnsitz in dem Bundesland zu nehmen, in das sie zur Durchführung ihres Asylverfahrens zugewiesen worden sind. Ausnahmen gelten für Personen, die eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von 15 Wochenstunden nachgehen, durch die mindestens ein Einkommen in Höhe des monatlichen durchschnittlichen Bedarfs für eine Einzelperson nach § 20 und 22 SGB II erzielt wird, oder ein Studium bzw. Ausbildung aufgenommen haben. Diese Regelung gilt rückwirkend für alle Personen, die nach dem 1. Januar 2016 als Schutzberechtigte anerkannt wurden (vgl. Kap. 3.4.1).

Stärkung der Wertvermittlung in den Integrationskursen

Mit der Verordnung zum Integrationsgesetz wurde der Orientierungskurs, der Teil des Integrationskurses zur Vermittlung von Kenntnissen der Rechtsordnung, der Kultur und der Geschichte in Deutschland, von 60 auf 100 Unterrichtsstunden ausgebaut. Besonderer Wert wird dabei auf die Vermittlung von grundlegenden Verfassungsprinzipien, wie z. B. der Gleichstellung von Mann und Frau, gelegt.

7. Bekämpfung von Fluchtursachen, Stabilisierung der Aufnahmeregionen und Integration und Reintegration von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen

Die Bundesregierung engagiert sich in den Herkunfts-, Erstaufnahme- und Transitländern des Krisenbogens zwischen dem westlichen Sahel und Afghanistan/Pakistan sowie entlang der Hauptmigrationsrouten. Eine besondere Bedeutung kommt dabei dem Bürgerkriegsland Syrien und seinen Nachbarländern, insbesondere Jordanien, Libanon und der Türkei, zu. Zudem werden Maßnahmen in Staaten in Subsahara-Afrika unterstützt, die als Erstaufnahmeland eine große Last bei der Bewältigung der innerafrikanischen Flüchtlingsströme tragen. Bei der humanitären Hilfe stellen Schutz, Betreuung und Versorgung von Flüchtlingen und Vertriebenen die zentralen Elemente dar.

Finanzielles Engagement

Im Rahmen der Syrienkrise hat die Bundesregierung seit 2012 fast 2,5 Mrd. Euro für umfangreiche kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen bereitgestellt. Für die Jahre 2016–2019 wurden zudem weitere 2,3 Mrd. Euro bei der von Deutschland mit ausgerichteten Konferenz

„Supporting Syria and the Region“ zugesagt. Für Maßnahmen zur Steuerung und Gestaltung von Migration in Aufnahme, Herkunfts- und Transitländern werden 2016 insgesamt 6,32 Mrd. Euro¹⁴ aufgewendet. Hinzu kommen erhebliche Mittel für militärische und polizeiliche Ausbildungshilfe sowie die Beteiligung an Missionen der EU und der Vereinten Nationen in den Bereichen Krisenprävention, Konfliktbewältigung und Friedensförderung.

Bekämpfung von Fluchtursachen

Um die Ursachen von Flucht zu mindern, Grundlagen für ein friedliches Zusammenleben zu schaffen und Stabilität zu fördern, unterstützt die Bundesregierung von Krisen betroffene Länder dabei, ihre politische und wirtschaftliche Situation zu stabilisieren, zerstörte Strukturen nachhaltig wieder auf- und auszubauen (z. B. Wasser- und Stromversorgung, Straßen, Schulen), sowie Bildungs- und Beschäftigungschancen zu verbessern, um Bleibe- und Rückkehrperspektiven zu schaffen sowie um den strukturellen Ursachen von Flucht zu begegnen. Neben dem Stabilisierungsengagement unterstützt die Bundesregierung auch maßgeblich Konfliktlösungsansätze. Mit Blick auf Syrien unterstützt Deutschland den UN-Sondergesandten de Mistura zur Findung einer politischen Lösung des Syrienkonflikts.

Stabilisierung der Aufnahmeregionen

Der Großteil der Flüchtlinge findet in den unmittelbaren Nachbarländern Schutz. Die Bundesregierung unterstützt diese Aufnahmelande und deren Aufnahmegemeinden bei der Bewältigung der Herausforderungen, die der Zuzug von so vielen Flüchtlingen mit sich bringt: u. a. fehlende Unterkünfte und Arbeitsmöglichkeiten, unzureichende Bildungskapazitäten, Mangel an Wasser und Nahrungsmitteln. In Bezug auf die Syrienkrise fördert Deutschland zum Beispiel Infrastrukturmaßnahmen, etwa durch Investitionen in die Gesundheits- und Trinkwasserversorgung sowie sanitären Anlagen. Die Bundesregierung unterstützt zudem lokale zivilgesellschaftliche Organisationen/ Nichtregierungsorganisationen dabei, ihre Aktivitäten zur Unterstützung der Menschen vor Ort aufrechtzuerhalten und wo möglich auszuweiten. Auch soll die lokale Bevölkerung an den Projekten partizipieren, um potenziellen Konflikten zwischen Flüchtlingen und Einheimischen vorzubeugen. Darüber hinaus beinhaltet humanitäre Not- und Soforthilfe in diesen Ländern auch Komponenten, die der unmittelbaren Selbstständigkeit und dem Selbsterhalt der Flüchtlinge dienen. Dazu gehören z. B. Weiterbildungsangebote, kurzfristige Beschäftigungsmöglichkeiten sowie die Verteilung von Bargeld oder Gutscheinen.

¹⁴ Stand Mai 2016.

Integration und Reintegration von Flüchtlingen und Rückkehrern

Weiteres Ziel der deutschen Zusammenarbeit ist es, für die Flüchtlinge im Aufnahmeland als auch für Rückkehrer Perspektiven zu schaffen. Dazu investiert Deutschland in den Wiederaufbau von Schulen und Gesundheitszentren sowie in Beschäftigungsprogramme (z.B. Cash-for-Work). Für den Libanon, Jordanien, Türkei, Syrien und Irak stellt die Bundesregierung allein 2016 200 Mio. Euro zur Verfügung, um mindestens 50.000 Arbeitsmöglichkeiten bis Jahresende zu schaffen. Zudem setzt sich die Bundesregierung für einen besseren Zugang zum Arbeitsmarkt für Flüchtlinge in den Erstaufnahmeländern ein. Freiwilligen Rückkehrern aus Deutschland wird Beratung und Unterstützung bei der Reintegration in die Herkunftsländer angeboten. Konkret führt die Bundesregierung derzeit Reintegrationsprojekte für Rückkehrer in Afghanistan, Iran, Kosovo, Marokko, Nigeria, Pakistan und Somaliland durch. Sie enthalten soziale Beratung und Unterstützung vor Ort (z.B. bei Behördengängen, Vermittlungen zu Ärzten) sowie praktische und ggf. finanzielle Unterstützung bei der Suche eines Arbeitsplatzes bzw. dem Aufbau einer eigenen wirtschaftlichen Existenz oder der beruflichen Qualifizierung. Wo Flüchtlinge und Rückkehrer die Stabilität der Aufnahme- und Transitländer unter Druck setzen, unterstützt die Bundesregierung die Arbeit der Vereinten Nationen, insbesondere der Inter-

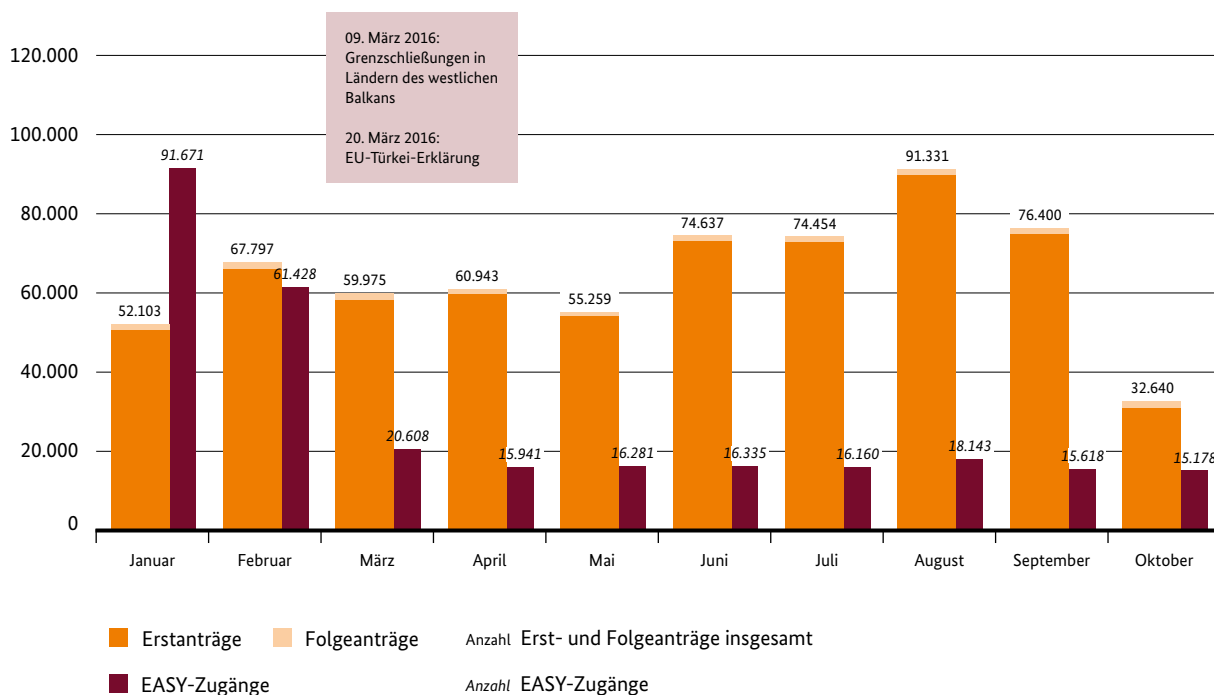
nationalen Organisation für Migration (IOM). Mit gezielten Dienstleistungen erhalten die Menschen Perspektiven und können sich so von Gewalt und Radikalisierung abwenden.

8. Ausblick: Asylzuwanderung im Jahr 2016 geht zurück

Rückgang der Asylzuwanderung

Insbesondere seit Umsetzung der EU-Türkei-Erklärung ist der Zuzug von Asylsuchenden in die EU und damit auch nach Deutschland erheblich zurückgegangen, was sich an den EASY-Registrierungen 2016 zeigt. Dazu steht nicht im Widerspruch, dass die Zahl der monatlich gestellten Asylanträge bis August 2016 weiter gestiegen ist, da es sich dabei in erheblichem Maß um Asylanträge von Personen handelte, die bereits 2015 eingereist waren, jedoch noch keinen Antrag stellen konnten. Seit September 2016 geht die Zahl mit dem Ende der Nachregistrierungen jedoch deutlich zurück. So wurden in den ersten zehn Monaten des Jahres 2016 insgesamt 676.320 Asylanträge (Erstanträge) vom Bundesamt angenommen. Dies bedeutet eine Erhöhung um 104,2 % im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum (331.226 Erstanträge). Im EASY-System wurden dagegen im Zeitraum von Januar bis Oktober 2016 nur 287.363 Personen registriert (vgl. Abbildung 6).

Abbildung 6: Asylantragszahlen und registrierte Zugänge im EASY-System von Januar bis Oktober 2016



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

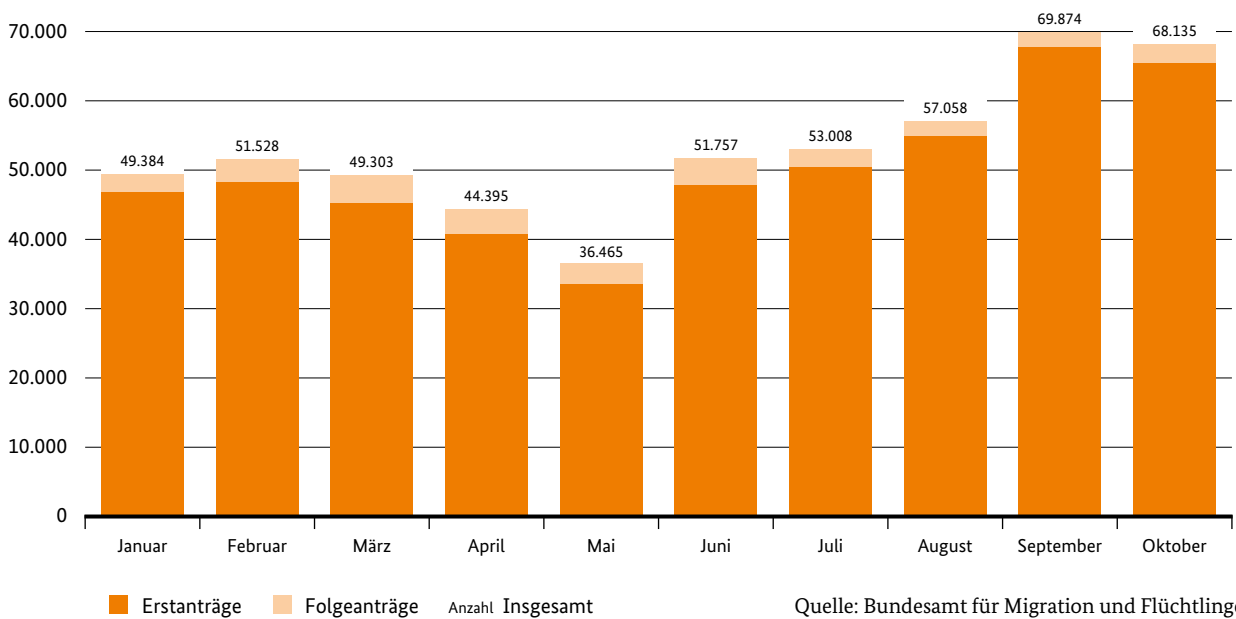
Die Monatswerte können wegen evtl. nachträglicher Änderungen nicht zu einem Jahreswert addiert werden.

Steigerung der Entscheidungszahlen

Bis Oktober 2016 hat das BAMF über die Anträge von 530.034 Personen (Erst- und Folgeanträge) entschieden, dies entspricht einem Anstieg um 158,2 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (205.265 Entscheidungen) (vgl. Abbildung 7). Durch die ausgebauten Kapazitäten in der Antragsannahme und die nachholenden Antragstellungen stieg die Zahl der

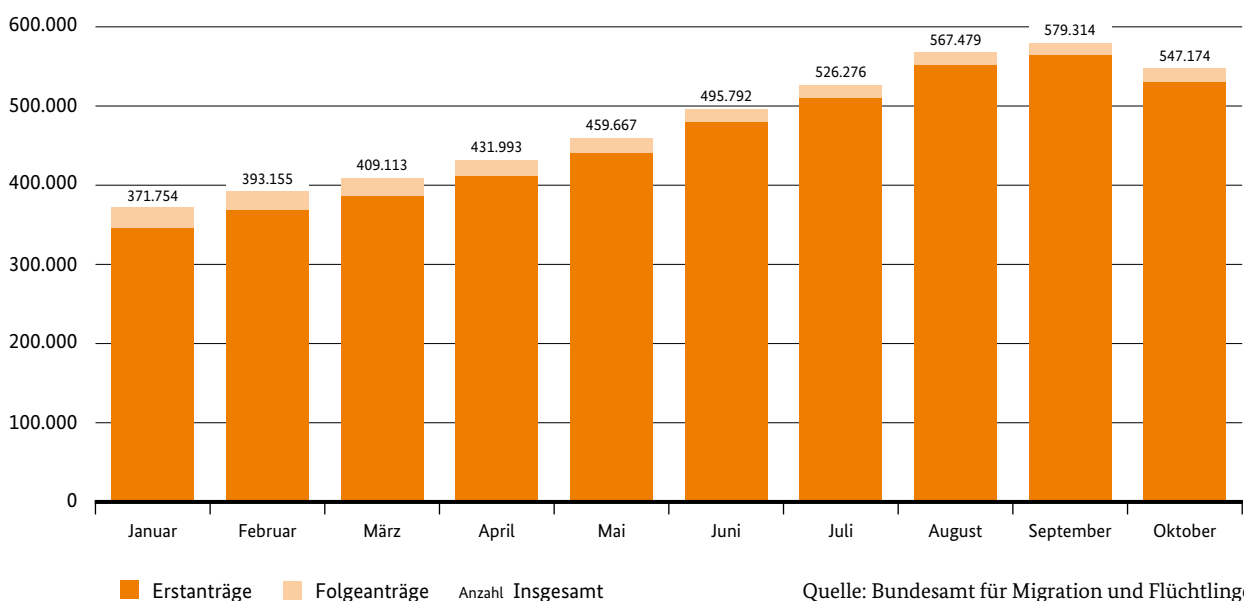
anhängigen Verfahren bis Ende Oktober 2016 noch weiter an (547.174). Im Vergleich zum 31. Oktober des Vorjahres (328.207 anhängige Verfahren) hat sich die Zahl der beim Bundesamt anhängigen Verfahren um 66,7 % erhöht (+218.967 anhängige Verfahren) (vgl. Abbildung 8). Im Vergleich zum Vormonat (579.314 anhängige Verfahren) ging die Zahl der anhängigen Verfahren um 5,5 % zurück. Mit dem Abschluss der Nachregistrierung steht auch hier die Trendwende an.

Abbildung 7: Entscheidungen über Asylanträge von Januar bis Oktober 2016



Die Monatswerte können wegen evtl. nachträglicher Änderungen nicht zu einem Jahreswert addiert werden.

Abbildung 8: Entwicklung der anhängigen Verfahren von Januar bis Oktober 2016



1

Überblick über das Migrationsgeschehen in Deutschland

1.1 Definitionen und Datenquellen

Von Migration spricht man, wenn eine Person ihren Lebensmittelpunkt räumlich verlegt, von internationaler Migration, wenn dies über Staatsgrenzen hinweg geschieht. Im Folgenden wird nur die internationale Migration von und nach Deutschland (Außenwanderung) betrachtet; auf die Binnenmigration innerhalb Deutschlands wird dagegen nicht eingegangen.

Grundlage der Wanderungszahlen ist die seit 1950 bestehende amtliche Zu- und Fortzugsstatistik. Bei einem Wohnungswechsel über die Grenzen Deutschlands hinweg besteht die Pflicht, sich bei der zuständigen kommunalen Meldebehörde an- bzw. abzumelden.¹⁵ Von dieser Pflicht grundsätzlich befreit sind Mitglieder ausländischer Stationierungstreitkräfte und der diplomatischen und konsularischen Vertretungen mit ihren Familienangehörigen.

Bei der An- und Abmeldung werden u. a. die folgenden personenbezogenen Merkmale erfragt: Ziel- und Herkunftsort (alte und neue Wohngemeinde), Geschlecht, Familienstand, Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeit, Geburts-

staat bei Geburt im Ausland und rechtliche Zugehörigkeit bzw. Nichtzugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft sowie bei Zuzug aus dem Ausland das Datum des dem Zuzug vorangegangenen Fortzugs vom Inland ins Ausland.¹⁶ Personen, die neben der deutschen noch eine andere Staatsangehörigkeit besitzen (Mehrstaater), gehen nur als Deutsche in die Statistik ein.

In den Einwohnermeldeämtern fallen bei Wohnungswechseln Meldescheine an, die an die Statistischen Landesämter zur Aufbereitung der Wanderungsstatistik gemeldet werden. Mit den von den Statistischen Landesämtern aufbereiteten Daten erstellt das Statistische Bundesamt eine Bundesstatistik. Personen, die mehrmals pro Jahr zu- oder abwandern, gehen jedoch mehrfach in die Statistik ein, vorausgesetzt sie melden sich ordnungsgemäß an oder ab. Es handelt sich bei der Wanderungsstatistik Deutschlands also um eine fallbezogene und nicht um eine personenbezogene Statistik. Insofern ist die Zahl der Wanderungsfälle stets etwas größer als die Zahl der in dem Jahr tatsächlich gewanderten Personen.

Auf der anderen Seite gehen diejenigen, die eine Meldung unterlassen, nicht in die Zu- und Fortzugsstatistik ein. So melden sich nicht alle Abwanderer, die aus Deutschland fortziehen, ab. Die Ab- und Rückwanderungszahlen von Ausländern aus Deutschland werden daher von der amtlichen Fortzugsstatistik stets unterschätzt. Gleichzeitig muss jedoch auch festgestellt werden, dass die Zuzugsstatistik

¹⁵ § 15 Abs. 2 des Melderechtsrahmengesetzes ermöglichte den Bundesländern Ausnahmen von der allgemeinen Meldepflicht, vgl. BAMF/BMI 2012: 12. Mit dem am 3. Mai 2013 verabschiedeten Gesetz zur Fortentwicklung des Meldewesens (MeldFortG) wurde zum 1. Mai 2015 eine Vereinheitlichung des deutschen Meldewesens mit bundesweit geltenden Vorschriften für die Bürger sowie für die mit dem Vollzug des Melderechts befassen Behörden geschaffen (vgl. BGBl. 2013 Teil I Nr. 22: 1084).

¹⁶ § 4 des Gesetzes über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes (Bevölkerungsstatistikgesetz – BevStatG).

eine unbestimmte Anzahl von Personen, die sich ihrer Meldepflicht entziehen oder sich unerlaubt in Deutschland aufhalten, nicht enthält und somit zu niedrigen Zahlen widerspiegelt.

Nach einer Empfehlung der Vereinten Nationen sollte von (Langzeit-)Zuwanderung dann gesprochen werden, wenn eine Person ihren üblichen Aufenthaltsort für einen Zeitraum von mindestens einem Jahr bzw. voraussichtlich für mindestens ein Jahr ins Zielland verlegt. Dieser Zeitraum fand auch Eingang in die EG-Verordnung über Gemeinschaftsstatistiken in den Bereichen Migration und internationaler Schutz vom 11. Juli 2007 (Verordnung (EG) Nr. 862/2007).

Das entscheidende Kriterium der Wanderungsstatistik Deutschlands stellt die An- oder Abmeldung dar, unabhängig davon, wie lange der Aufenthalt dauert. Daher ist in Deutschland der Bezug einer Wohnung für den Eingang in die Zu- und Fortzugsstatistik ausschlaggebend. Der Begriff des Zuwanderers (im Sinne des Zugezogenen) impliziert in Deutschland also nicht einen dauerhaften oder längeren Aufenthalt. Oft steht nicht von vornherein fest, ob ein Zuwanderer auf Dauer oder temporär im Land bleibt; dies lässt sich häufig nur im Nachhinein feststellen. Aus einem ursprünglich kurzzeitig geplanten Aufenthalt kann eine dauerhafte Niederlassung im Zielland werden. Asylbewerber wiederum werden grundsätzlich als Zuwanderer betrachtet, auch wenn ihr Aufenthalt teilweise nur von vorübergehender Dauer ist. Lediglich bei den temporären Aufenthalten aus Beschäftigungsgründen, also bei Werkvertrags-, Gast- und Saisonarbeitnehmern ist die Befristung des Aufenthalts von Anfang an rechtlich vorgegeben.

Zusätzlich zur Wanderungsstatistik kann auch das Ausländerzentralregister (AZR) als weitere Datenquelle zur Betrachtung des Migrationsgeschehens herangezogen werden.¹⁷ Seit Anfang 2006 ermöglicht das AZR durch die Aufnahme neuer Speichersachverhalte (Erfassungskriterien) eine differenziertere Darstellung des Migrationsgeschehens. Dies betrifft insbesondere die Erfassung der rechtlichen Grundlagen für die Einreise und den Aufenthalt von Ausländern nach dem Aufenthaltsgesetz.¹⁸ Zudem lassen sich dadurch genauere Aussagen über das

Migrationsgeschehen treffen, z. B. zur voraussichtlichen Dauer der Zuwanderung verschiedener Personengruppen.

Da das AZR eine Differenzierung der Einreise und des Aufenthalts nach Aufenthaltszwecken¹⁹ und der Dauer des Aufenthalts zulässt, ermöglichen die Daten des AZR Aussagen über die Größenordnung der längerfristigen Zuwanderung. So handelt es sich bei fast allen Formen der Arbeitsmigration um zunächst temporäre und nicht um dauerhafte Zuwanderung, da die Dauer der Aufenthaltserlaubnis an die Befristung des Arbeitsverhältnisses gekoppelt ist. Allerdings besteht die Möglichkeit der Verlängerung des Aufenthaltstitels zu Erwerbszwecken. Zudem ist auch der Wechsel des Aufenthaltszwecks möglich (z. B. in den Aufenthalt aus familiären Gründen).²⁰ Da die Daten des AZR personenbezogen sind und Personen regelmäßig erst registriert werden, wenn sie sich „nicht nur vorübergehend“ (§ 2 Abs. 1 und § 2 Abs. 2 Nr. 1 AZRG) im Bundesgebiet aufhalten, sind die Zu- und Abwanderungszahlen auf Basis des AZR niedriger als die auf An- und Abmeldungen basierenden, fallbezogenen Zahlen der Wanderungsstatistik des Statistischen Bundesamtes.

Im Folgenden wird zunächst ein Überblick über das Migrationsgeschehen in Deutschland anhand der amtlichen Wanderungsstatistik gegeben. In den weiteren Unterkapiteln wird dann eine Differenzierung der Zu- und Fortzüge nach verschiedenen Kriterien (Herkunfts- und Zielland, Staatsangehörigkeit, Bundesländer, Alter, Geschlecht, Aufenthaltswort) vorgenommen. Grundlage hierfür sind die Daten des Statistischen Bundesamtes sowie des Ausländerzentralregisters (AZR).

1.2 Migrationsgeschehen insgesamt

Im Zeitraum von 1991 bis 2015 wurden 24,9 Millionen Zuzüge vom Ausland nach Deutschland registriert.²¹ Die Zuzugszahlen setzten sich aus verschiedenen Zuwanderergruppen zusammen wie Spätaussiedlern, Asylbewerbern, Arbeitsmigranten und EU-Bürgern mit je unterschiedlichen Anteilen im Zeitverlauf (vgl. Kap. 3). Das Jahr 2015 war besonders durch eine hohe Zuwanderung von Schutzsuchenden geprägt.

Zwischen 1991 und 2015 waren 17,8 Millionen Fortzüge aus dem Bundesgebiet ins Ausland zu verzeichnen. Damit ergab sich im betrachteten Zeitraum ein Wanderungsüberschuss von etwa 7,0 Millionen.

17 Durch das Zuwanderungsgesetz wurde dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mit Wirkung zum 1. Januar 2005 die Registerführung für das AZR übertragen. Das Bundesverwaltungsamt (BVA) in Köln ist technischer Dienstleister und nimmt das operative Geschäft wahr. Es verarbeitet und nutzt die Daten jedoch im Auftrag und nach Weisung des BAMF (§ 1 Abs. 1 AZRG – Gesetz über das Ausländerzentralregister).

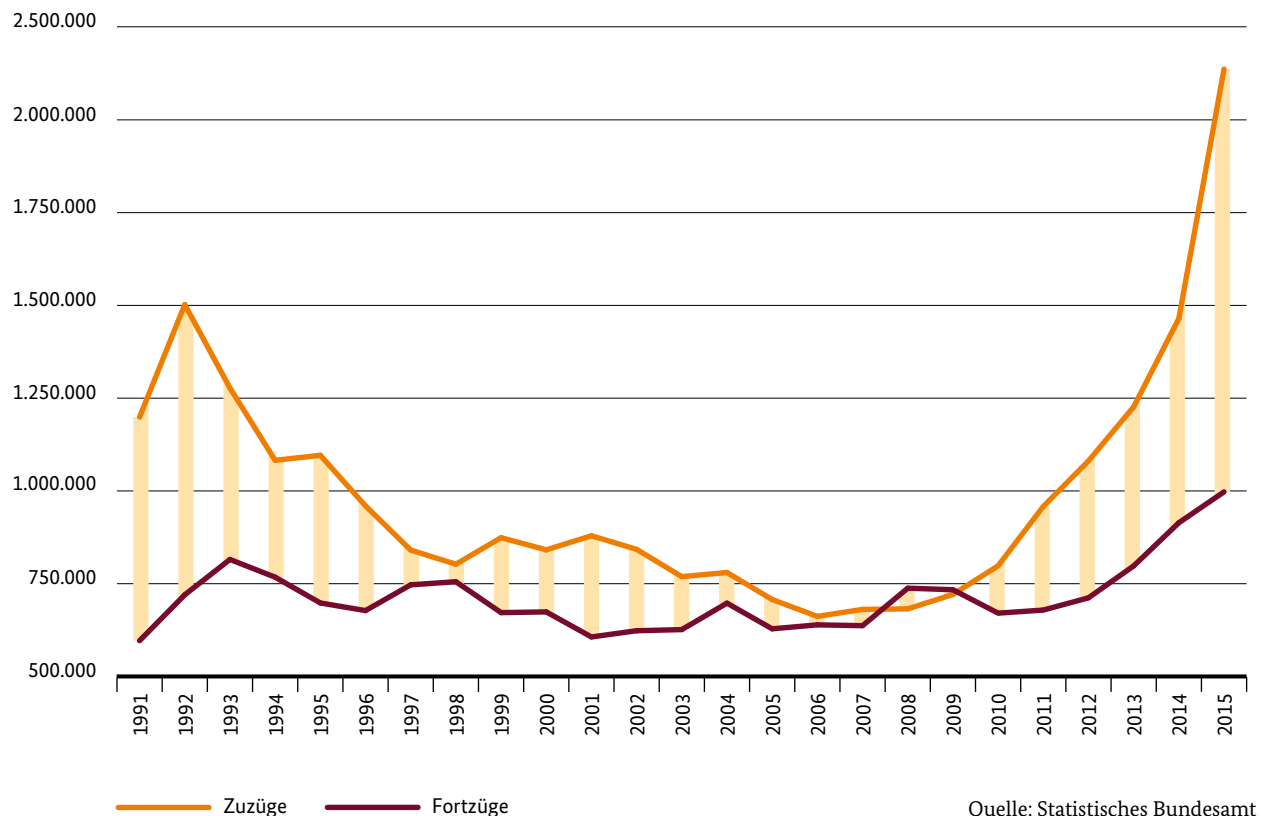
18 Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (Aufenthaltsgesetz – AufenthG).

19 Eine Differenzierung nach Aufenthaltszwecken ist nur bei Drittstaatsangehörigen (Personen aus Staaten außerhalb der Europäischen Union) möglich.

20 Vgl. Grote/Vollmer 2016.

21 Zum Wanderungsgeschehen seit 1950 vgl. Tabelle 1-6 im Anhang und Statistisches Bundesamt 2016a.

Abbildung 1-1: Zu- und Fortzüge über die Grenzen Deutschlands von 1991 bis 2015



Nach dem Tiefpunkt der Wanderungszahlen im Jahr 2006 ist seitdem ein kontinuierlicher Wiederanstieg des Zuzugs zu verzeichnen. Im Jahr 2015 wurden etwa 2,14 Millionen Zuzüge insgesamt registriert, ein Anstieg um 45,9 % im Vergleich zum Vorjahr (1,46 Millionen). Dies stellt den höchsten Wert seit dem Beginn der Aufzeichnung der Statistik im Jahr 1950 dar. Unter den Zuziehenden waren 2,02 Millionen Zuzüge ausländischer Staatsangehöriger – Unionsbürger und ihre Familienangehörigen sowie Drittstaatsangehörige (vgl. Tabelle 1-1). Die Zahl der Zuzüge ausländischer Staatsangehöriger war damit nach 2014 erneut die höchste, die bislang in der Wanderungsstatistik registriert wurde.

Ebenso stieg die Zahl der Fortzüge im Jahr 2015 im Vergleich zum Vorjahr an (+9,1 %). 2015 wurden etwa 1,0 Millionen Fortzüge registriert, darunter 0,86 Millionen Fortzüge von Ausländern. Beide Werte sind ebenfalls die bislang höchsten in der Wanderungsstatistik registrierten Fortzugszahlen.

Der Anteil ausländischer Staatsangehöriger am Zuwanderungsgeschehen betrug im Jahr 2015 94,4 % (vgl. Tabelle 1-1). Der Anteil Deutscher an der Zuwanderung lag dementsprechend bei 5,6 %. Insgesamt ist der Ausländer-

anteil an der Zuwanderung seit Mitte der 1990er Jahre deutlich angestiegen. Grund hierfür ist einerseits der Rückgang der Zuwanderung von Spätaussiedlern und ihrer Familienangehörigen. Personen, die im Rahmen des (Spät-)Aussiedlerzuzugs in Deutschland Aufnahme finden, gehen zum Großteil als Deutsche in die Zuzugsstatistik ein (vgl. hierzu ausführlich Kap. 3.7). Andererseits ist der hohe Zuwachs des Ausländeranteils auf den überproportionalen Anstieg der Asylzuwanderung im Jahr 2015 zurückzuführen. Weitere Gründe für den Anstieg dürften die EU-Beiträge von insgesamt 13 Staaten in den Jahren 2004, 2007 und 2013 sein, die aus Drittstaatsangehörigen, die eine Erlaubnis zur Einreise in das Bundesgebiet benötigten, freizügigkeitsberechtigte Unionsbürger machten.

Insgesamt wurden im Zeitraum von 1991 bis 2015 etwa 4,52 Millionen Zuzüge von Deutschen registriert, darunter – insbesondere in der ersten Hälfte der 1990er Jahre – viele (Spät-)Aussiedler. Im selben Zeitraum verließen jedoch auch etwa 3,29 Millionen deutsche Staatsangehörige das Bundesgebiet für längere Zeit oder für immer. Dabei wurden seit 1992 jährlich mehr als 100.000 Fortzüge von Deutschen verzeichnet. 2015 waren es etwa 138.000 Fortzüge (vgl. dazu Kap. 4.2). Die Zahl der Fortzüge von Deutschen erreichte 2008 die höchste registrierte Zahl an Fortzügen

Tabelle 1-1: Zu- und Fortzüge über die Grenzen Deutschlands von 1991 bis 2015

| Jahr | Zuzüge | | | Fortzüge | | | Wanderungssaldo (Zuzugs- bzw. Fortzugsüberschuss) | |
|-------------------|-----------|----------------|-------------|----------|----------------|-------------|--|----------------|
| | Gesamt | dar. Ausländer | Anteil in % | Gesamt | dar. Ausländer | Anteil in % | Gesamt | dar. Ausländer |
| 1991 | 1.198.978 | 925.345 | 77,2 | 596.455 | 497.540 | 83,4 | +602.523 | +427.805 |
| 1992 | 1.502.198 | 1.211.348 | 80,6 | 720.127 | 614.956 | 85,4 | +782.071 | +596.392 |
| 1993 | 1.277.408 | 989.847 | 77,5 | 815.312 | 710.659 | 87,2 | +462.096 | +279.188 |
| 1994 | 1.082.553 | 777.516 | 71,8 | 767.555 | 629.275 | 82,0 | +314.998 | +148.241 |
| 1995 | 1.096.048 | 792.701 | 72,3 | 698.113 | 567.441 | 81,3 | +397.935 | +225.260 |
| 1996 | 959.691 | 707.954 | 73,8 | 677.494 | 559.064 | 82,5 | +282.197 | +148.890 |
| 1997 | 840.633 | 615.298 | 73,2 | 746.969 | 637.066 | 85,3 | +93.664 | -21.768 |
| 1998 | 802.456 | 605.500 | 75,5 | 755.358 | 638.955 | 84,6 | +47.098 | -33.455 |
| 1999 | 874.023 | 673.873 | 77,1 | 672.048 | 555.638 | 82,7 | +201.975 | +118.235 |
| 2000 | 841.158 | 649.249 | 77,2 | 674.038 | 562.794 | 83,5 | +167.120 | +86.455 |
| 2001 | 879.217 | 685.259 | 77,9 | 606.494 | 496.987 | 81,9 | +272.723 | +188.272 |
| 2002 | 842.543 | 658.341 | 78,1 | 623.255 | 505.572 | 81,1 | +219.288 | +152.769 |
| 2003 | 768.975 | 601.759 | 78,3 | 626.330 | 499.063 | 79,7 | +142.645 | +102.696 |
| 2004 ¹ | 780.175 | 602.182 | 77,2 | 697.632 | 546.965 | 78,4 | +82.543 | +55.217 |
| 2005 | 707.352 | 579.301 | 81,9 | 628.399 | 483.584 | 77,0 | +78.953 | +95.717 |
| 2006 | 661.855 | 558.467 | 84,4 | 639.064 | 483.774 | 75,7 | +22.791 | +74.693 |
| 2007 | 680.766 | 574.752 | 84,4 | 636.854 | 475.749 | 74,7 | +43.912 | +99.003 |
| 2008 ² | 682.146 | 573.815 | 84,1 | 737.889 | 563.130 | 76,3 | -55.743 | +10.685 |
| 2009 ² | 721.014 | 606.314 | 84,1 | 733.796 | 578.808 | 78,9 | -12.782 | +27.506 |
| 2010 | 798.282 | 683.530 | 85,6 | 670.605 | 529.605 | 79,0 | +127.677 | +153.925 |
| 2011 | 958.299 | 841.695 | 87,8 | 678.969 | 538.837 | 79,4 | +279.330 | +302.858 |
| 2012 | 1.080.936 | 965.908 | 89,4 | 711.991 | 578.759 | 81,3 | +368.945 | +387.149 |
| 2013 | 1.226.493 | 1.108.068 | 90,3 | 797.886 | 657.604 | 82,4 | +428.607 | +450.464 |
| 2014 | 1.464.724 | 1.342.529 | 91,7 | 914.241 | 765.605 | 83,7 | +550.483 | +576.924 |
| 2015 ³ | 2.136.954 | 2.016.241 | 94,4 | 997.551 | 859.278 | 86,1 | +1.139.403 | +1.156.963 |

Quelle: Statistisches Bundesamt

- 1) Zahlen für 2004 überhöht, da Hessen zu hohe Wanderungszahlen von Deutschen gemeldet hat.
- 2) Für die Jahre 2008 und 2009 ist zu berücksichtigen, dass aufgrund der bundesweiten Einführung der persönlichen Steuer-Identifikationsnummer im Jahr 2008 umfangreiche Bereinigungen der Melderegister in diesen beiden Jahren vorgenommen wurden, die zu zahlreichen Abmeldungen von Amts wegen geführt haben. Da der Umfang dieser Bereinigungen aus den Meldungen der Meldebehörden statistisch nicht ermittelt werden kann, bleiben der tatsächliche Umfang der Fortzüge in den Jahren 2008 und 2009 sowie die Entwicklung gegenüber den Vorjahren unklar (vgl. dazu die Pressemitteilung Nr. 185 des Statistischen Bundesamtes vom 26. Mai 2010).
- 3) In der Wanderungsstatistik des Statistischen Bundesamtes ist von einer Untererfassung der im Jahr 2015 nach Deutschland gekommenen Schutzsuchenden auszugehen. Schutzsuchende sind meldepflichtig und demnach grundsätzlich in den Wanderungszahlen enthalten. 2015 dürfte es jedoch eine Untererfassung dieser Personengruppe gegeben haben, die nicht quantifiziert werden kann (vgl. dazu die Pressemitteilung Nr. 246 des Statistischen Bundesamtes vom 14. Juli 2016).

seit Beginn der 1950er Jahre.²² In den Folgejahren ging die Zahl der Fortzüge von Deutschen kontinuierlich wieder zurück. Mit Ausnahme eines kurzzeitigen Anstiegs von 2013 auf 2014, war sie auch 2015 erneut rückläufig (-7,0 % im Vergleich zum Vorjahr). Der Anteil deutscher Staatsangehöriger an der Abwanderung lag im Jahr 2015 bei 13,9 %.

Nachdem in den Jahren 2008 und 2009 mit -55.743 bzw. -12.782 – nicht zuletzt aufgrund der Bereinigungen der Melderegister – jeweils ein negativer Gesamtwanderungssaldo (Deutsche und Ausländer) registriert wurde,²³ konnten in den Folgejahren deutliche Wanderungsgewinne verzeichnet werden. Im Jahr 2015 wurde ein Wanderungsgewinn von +1.139.403 registriert. Dies entspricht dem höchsten Wanderungsüberschuss seit Einführung der Wanderungsstatistik im Jahr 1950. Der Wanderungssaldo setzt sich zusammen

22 Da jedoch die Größenordnung der vorgenommenen Bereinigung (Abmeldungen von Amts wegen) nicht ermittelt werden kann, bleibt der tatsächliche Umfang der Fortzüge in den Jahren 2008 und 2009 unklar. Man kann jedoch davon ausgehen, dass der Trend der Abwanderung von Deutschen auch in diesen beiden Jahren anhielt.

23 Davor war zuletzt im Jahr 1984 ein negativer Wanderungssaldo von -194.445 zu verzeichnen.

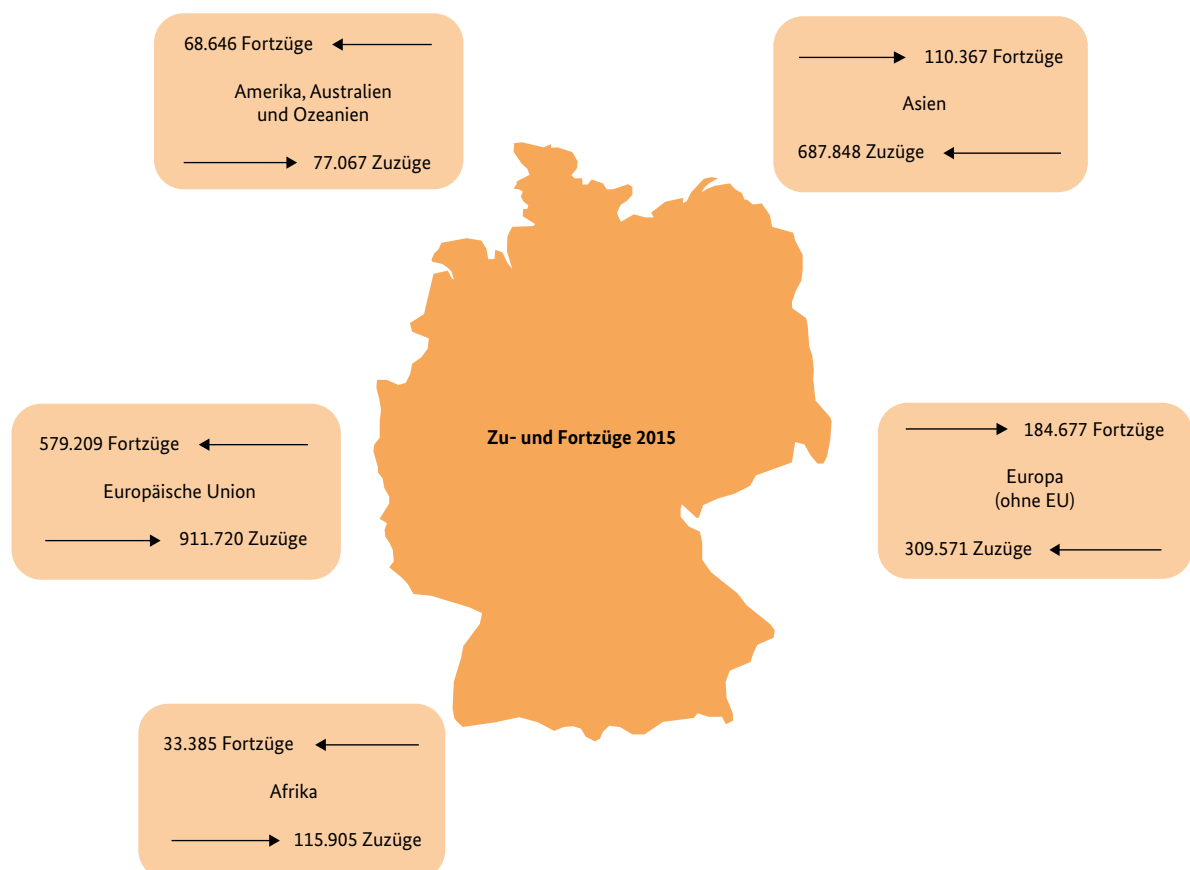
aus einem Wanderungsverlust deutscher Personen von -17.560 und einem Wanderungsüberschuss von +1.156.963 bei Ausländern. Im Vergleich zum Vorjahr (+576.924) hat sich der positive Wanderungssaldo bei ausländischen Staatsangehörigen damit deutlich erhöht. Dagegen ist bei Deutschen bereits seit dem Jahr 2005 (auch unter Berücksichtigung der Spätaussiedler) ein Wanderungsverlust zu verzeichnen.

1.3 Herkunfts- und Zielländer

Das Zuwanderungsgeschehen nach Deutschland ist seit Jahren vor allem durch Zuwanderung aus anderen europäischen Ländern bzw. Abwanderung in andere europäische Staaten gekennzeichnet. So kamen im Jahr 2015 fast drei Fünftel aller zugewanderten Personen (57,2 %) aus einem anderen europäischen Staat²⁴ nach Deutschland. Insgesamt betrug der Wanderungssaldo gegenüber den anderen EU-Staaten +332.511. Aus den alten Staaten der

24 Europäische Union und europäische Drittstaaten inklusive der Türkei und der Russischen Föderation. Beide werden in den amtlichen Statistiken zu Europa gezählt.

Abbildung 1-2: Zu- und Fortzüge nach und aus Deutschland im Jahr 2015 (Ausländer und Deutsche)



Quelle: Statistisches Bundesamt

Europäischen Union (EU-14)²⁵ kamen 11,8 %, aus den zwölf neuen EU-Staaten (EU-12)²⁶ 28,2 %, und aus Kroatien 2,7 % (zur EU-Binnenmigration vgl. Kap. 2).²⁷

Aus dem übrigen Europa kamen 14,5 % aller zugezogenen Personen des Jahres 2015. Weitere 32,2 % der Zugezogenen wanderten aus einem asiatischen Staat zu. Lediglich 5,4 % zogen aus afrikanischen Ländern nach Deutschland und 3,6 % aus Amerika, Australien und Ozeanien.

Bei den Fortzügen war Europa die Hauptzielregion. Mehr als drei Viertel zogen im Jahr 2015 aus Deutschland in ein anderes europäisches Land (76,6 %). 58,1 % wanderten in EU-Mitgliedstaaten, etwa ein Fünftel (18,1 %) aller Fortzüge erfolgte in einen EU-14-Staat, 20,6 % in die EU-10-Staaten, 17,3 % in die EU-2-Staaten und 2,1 % nach Kroatien. 18,5 % der Abwanderer zogen in einen europäischen Nicht-EU-Staat (vgl. Abbildung 1-2). Der Anteil der Fortzüge nach Asien betrug 11,1 %, derjenige nach Amerika, Australien und Ozeanien 6,9 %. Nach Afrika wanderten lediglich 3,3 %.

Der Wanderungssaldo gegenüber den anderen EU-Staaten fiel im Jahr 2015 mit +332.511 deutlich positiv aus. Gegenüber den EU-14-Staaten betrug er 2015 insgesamt +71.954. Deutlicher fiel der Wanderungsüberschuss im Jahr 2015 gegenüber den EU-10-Staaten (+99.706) aus, der im Vergleich zum Vorjahr gestiegen ist (2014: +91.261). Der Wanderungssaldo gegenüber den EU-2-Staaten stieg erneut an (2015: +124.124; 2014: +108.431). Gegenüber den europäischen Nicht-EU-Staaten wurde ein positiver Wanderungssaldo von +124.894 registriert (2014: +63.897). Den größten Wanderungsgewinn nach Regionen verzeichnete Asien (+577.481; 2014: +134.754). Ebenfalls waren gegenüber Afrika (+82.520; 2014: +47.878) deutlich gestiegene Wanderungsgewinne zu verzeichnen. Mit Amerika, Australien und Ozeanien ergab sich ein Wanderungsgewinn von +8.421 (2014: +6.766).

25 Hier und im Folgenden wird der Begriff EU-14 – und nicht wie üblich die Bezeichnung EU-15 – verwendet, da das Migrationsgeschehen aus der Sicht Deutschlands dargestellt wird. Dem entsprechend handelt es sich bei Zu- bzw. Fortzügen aus den bzw. in die Staaten der EU-14 um Zu- bzw. Fortzüge aus folgenden 14 EU-Staaten: Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden und Spanien.

26 Bei den EU-12-Staaten handelt es sich zum einen um die zehn zum 1. Mai 2004 der EU beigetretenen Staaten Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern (EU-10), sowie um die zum 1. Januar 2007 beigetretenen Staaten Bulgarien und Rumänien. Die letzteren beiden Staaten werden häufig auch als EU-2-Staaten bezeichnet. Die mittel- und osteuropäischen Länder, die zum 1. Mai 2004 beigetreten sind (EU-10 außer Malta und Zypern), werden auch als EU-8 bezeichnet.

27 Anteil der EU-10-Staaten: 14,3 % (2014: 21,1 %); Anteil der EU-2-Staaten: 13,9 % (2014: 18,4 %).

Einen detaillierten Überblick über die Herkunfts- bzw. Zielstruktur der Zu- bzw. Fortzüge vermitteln die Abbildungen 1-3 bis 1-9 sowie die Tabellen 1-7 und 1-8 im Anhang.

Im Jahr 2015 war Syrien Hauptherkunftsland mit 326.872 Zuzügen (15,3 % aller Zuzüge) und stellte mit Abstand die größte Gruppe der Zuwanderer (vgl. Abbildung 1-3 und Tabelle 1-7 im Anhang). Der Männeranteil betrug in dieser Gruppe 70,8 % (vgl. Tabelle 1-9 im Anhang und Kap. 1.7). Im Vergleich zum Vorjahr stieg der Anteil der Syrer an der Zuwanderung um 403,3 % an (2014: 64.952). Der enorme Zuwachs ist überwiegend auf die stark angestiegene Zahl an Asylzuwanderung dieser Personengruppe zurückzuführen. Zuvor war Polen von 1996 bis 2014 Hauptherkunftsland.

Aus Rumänien, dem zweitwichtigsten Herkunftsland, wurden 213.037 Zuzüge nach Deutschland registriert. Der Anteil der Zuzüge ist im Vorjahresvergleich von 13,1 % auf 10,0 % zurückgegangen. Im Jahr vor dem EU-Beitritt (2006) waren lediglich 23.844 Zuzüge aus Rumänien zu beobachten.

Drittstärkstes Herkunftsland ist Polen mit 195.666 Zuzügen (9,2 %). 2015 ist der Anteil der polnischen Staatsangehörigen an der Gesamtzuwanderung erstmals seit 1996 gesunken (um 1,1 % im Vergleich zum Vorjahr).

Die weiteren Hauptherkunftsländer 2015 sind Afghanistan (4,4 % bzw. 94.902 Zuzüge), Bulgarien (3,9 % bzw. 83.579 Zuzüge), Italien (3,5 % bzw. 74.105 Zuzüge), Irak (3,4 % bzw. 73.122 Zuzüge) und Albanien (3,2 % bzw. 68.932 Zuzüge). Insbesondere die Zuzüge aus Albanien sind gegenüber 2014 (13.094 Zuzüge) deutlich angestiegen (+426,4 %).

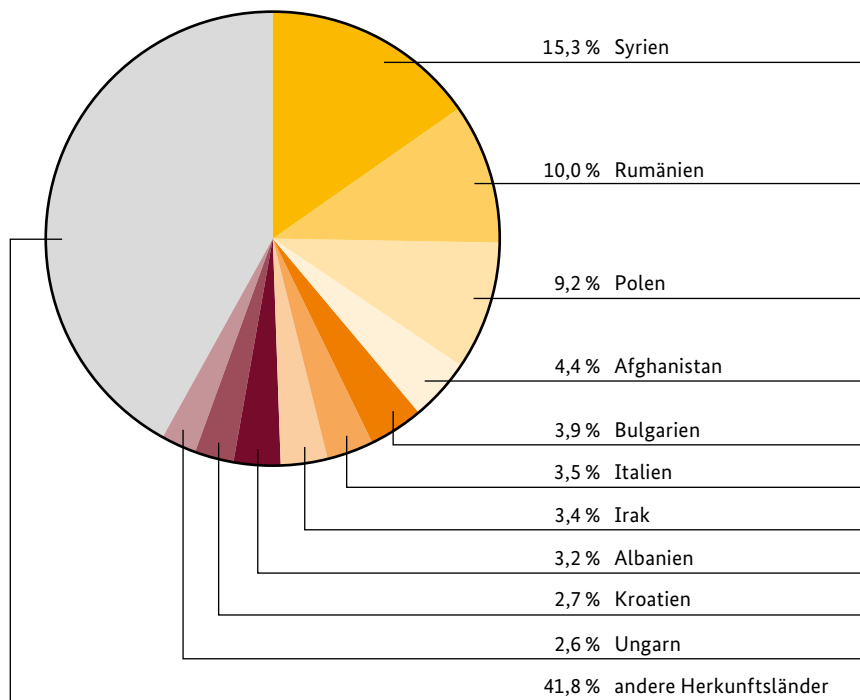
Aus der Türkei wurden 32.684 Zuzüge (1,5 %) nach Deutschland registriert. Dies entspricht einem Anstieg um 17,5 % im Vergleich zum Vorjahr. Das Migrationsgeschehen aus der Türkei ist insbesondere durch Zuwanderung im Rahmen des Ehegatten- und Familiennachzugs (siehe Kap. 3.5), zunehmend jedoch auch durch den Zuzug von Fachkräften (siehe Kap. 3.2.1) gekennzeichnet.

Bei den Hauptzielländern der Fortzüge waren im Jahr 2015 Polen (Anteil: 13,3 %), Rumänien (12,7 %) und Bulgarien (4,6 %) die wichtigsten Staaten (vgl. Abbildung 1-4 und Tabelle 1-8 im Anhang). Bei diesen Ländern ist somit ein hohes Wanderungsvolumen feststellbar. Mehr als zwei Drittel (69,1 %) der Fortzüge nach Polen waren Fortzüge von Männern (vgl. Tabelle 1-9 im Anhang).

3,8 % der Fortzüge im Jahr 2015 entfielen jeweils auf Ungarn sowie Italien, 3,4 % auf Serbien, 3,3 % auf die Vereinigten Staaten, 3,1 % auf die Türkei und 2,5 % auf Spanien. Der Anteil der Fortzüge in die Schweiz betrug 2,4 %.

Abbildung 1-3: Zuzüge im Jahr 2015 nach den häufigsten Herkunftsländern

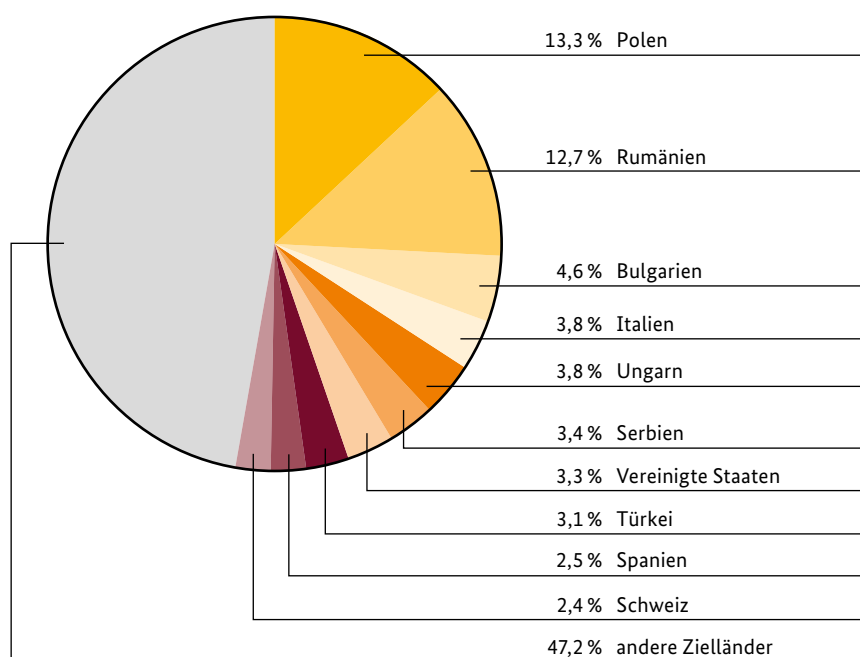
Gesamtzahl: 2.136.954



Quelle: Statistisches Bundesamt

Abbildung 1-4: Fortzüge im Jahr 2015 nach den häufigsten Zielländern

Gesamtzahl: 997.551



Quelle: Statistisches Bundesamt

Abbildung 1-5: Zu- und Fortzüge nach den häufigsten Herkunfts- und Zielländern im Jahr 2015

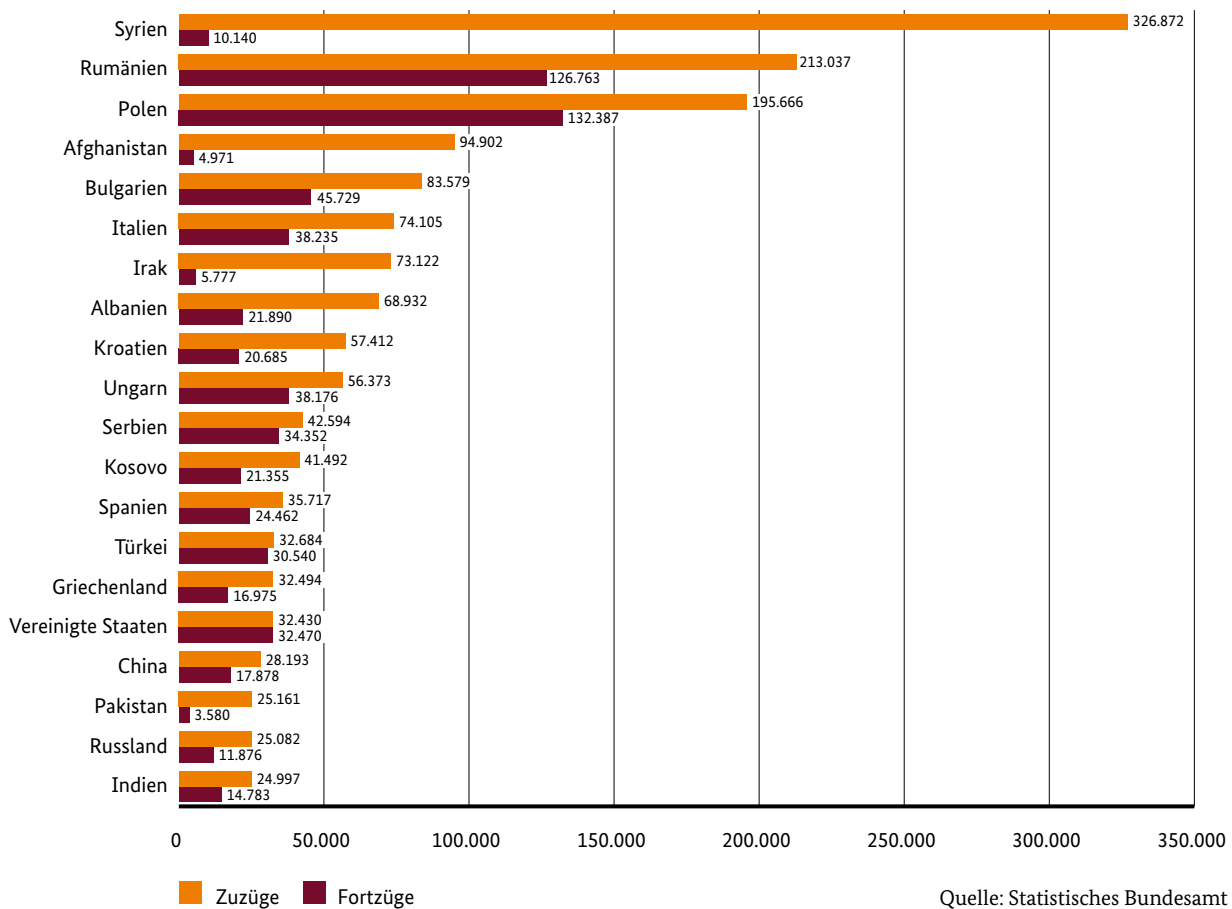
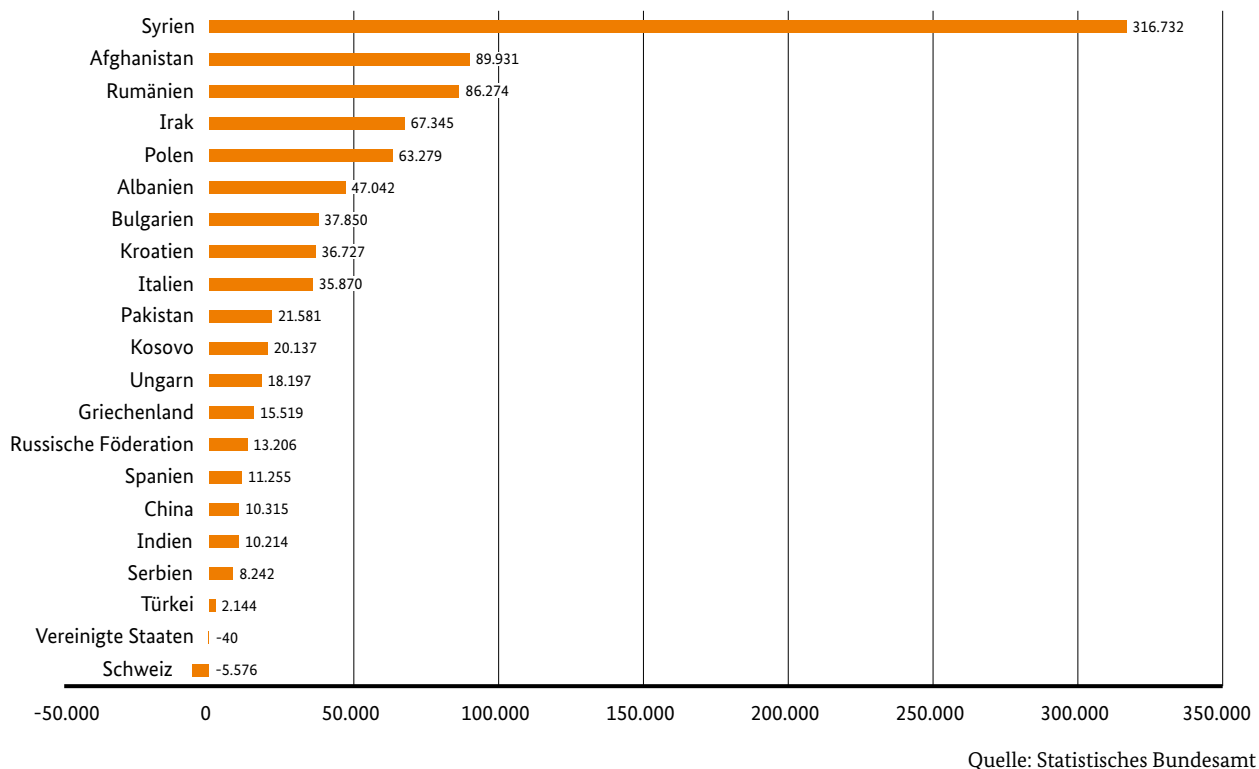


Abbildung 1-6: Wanderungssaldo gegenüber den häufigsten Herkunfts- bzw. Zielländern im Jahr 2015



Der Großteil der in die Schweiz abgewanderten Personen waren deutsche Staatsangehörige (76,0 % der 24.042 registrierten Fortzüge in die Schweiz im Jahr 2015). Auch bei den in die Vereinigten Staaten Fortgezogenen stellten deutsche Staatsangehörige mit 41,4 % einen relativ hohen Anteil (vgl. dazu auch Kap. 4.2).

Am höchsten fiel der Wanderungsgewinn im Jahr 2015 gegenüber Syrien aus (+316.732; 2014: +62.173). Mit deutlichem Abstand folgt die Zuwanderung aus den Herkunftstaaten Afghanistan mit einem Wanderungssaldo von +89.931 (2014: +10.578), Rumänien mit +86.274 (2014: +75.132) und Irak mit +67.345 (2014: +4.863). Nachdem zuletzt im Jahr 2009 für Polen ein nahezu ausgeglichener Wanderungssaldo zu verzeichnen war (+168), sind in den Folgejahren wieder steigende Wanderungsüberschüsse festgestellt worden (vgl. Abbildung 1-5), im Jahr 2015 betrug der Saldo +63.279 (2014: +59.228) (vgl. Abbildung 1-6). Der Wanderungsüberschuss gegenüber Bulgarien betrug +37.850, gegenüber Italien +35.870 und gegenüber Kroatien +36.727 (2014: +26.913). Seit den EU-Beitritten 2007 bzw. 2013 von Rumänien und Bulgarien bzw. Kroatien sind Wanderungsgewinne gegenüber diesen Staaten deutlich angestiegen.²⁸

28 Im Jahr 2006, dem Jahr vor dem Beitritt, wurde für Rumänien ein Wanderungssaldo von +2.989 und für Bulgarien von +503 registriert.

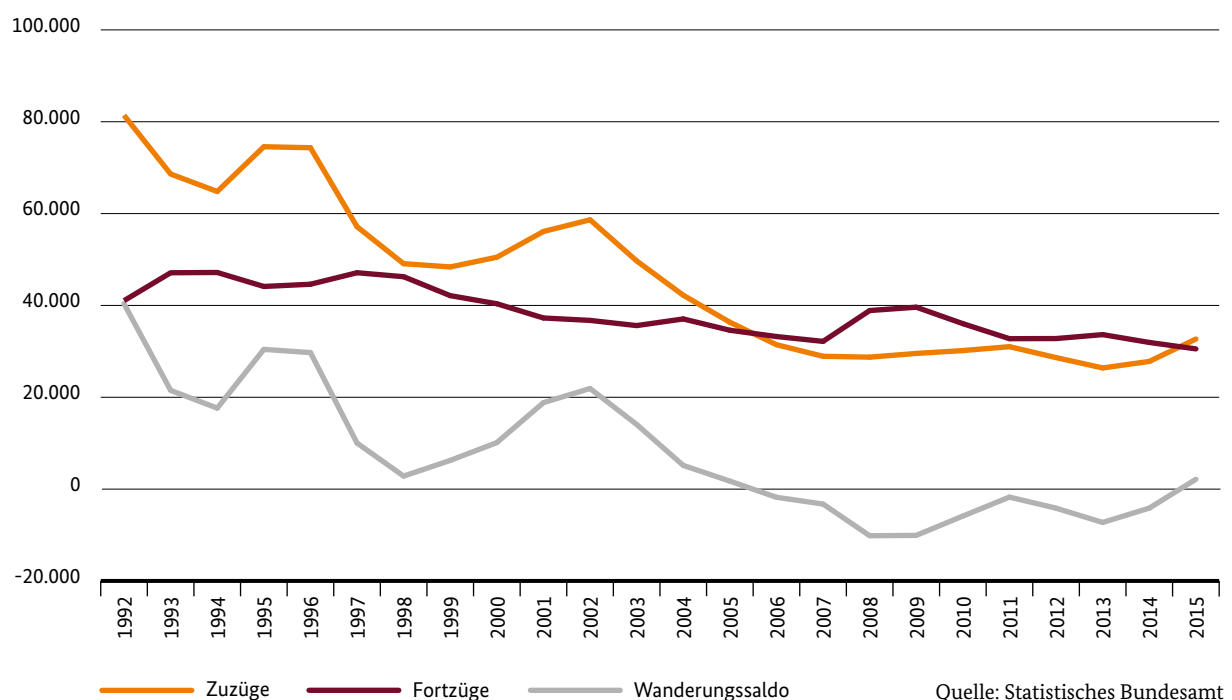
Deutlich mehr Zu- als Fortzüge wurden 2015 auch gegenüber Pakistan (+21.581), Kosovo (+20.137), Ungarn (+18.197), Griechenland (+15.519) und der Russischen Föderation (+13.206) registriert.

Nennenswert positive Wanderungssalden waren auch gegenüber Spanien (+11.255), China (+10.315) und Indien (+10.214) zu verzeichnen. Im Falle Indiens hat insbesondere der Zuzug von Fachkräften und ihrer Familienangehörigen zu dem positiven Wanderungssaldo beigetragen (vgl. Kap. 3.2.1).²⁹ Die Zuwanderung aus China ist ebenfalls durch die Zuwanderung von Fachkräften, aber insbesondere auch durch den Zugang von Studierenden (vgl. dazu Kap. 3.3.1) gekennzeichnet.

Während der Wanderungssaldo der Türkei im Jahr 2014 noch bei -4.136 lag, wurde im Jahr 2015 ein Wanderungsgewinn von +2.144 Personen registriert. Davor war das Wanderungssaldo der Türkei mit der Ausnahme von kurzen Anstiegen zwischen 1995/1996 sowie 2001/2002 seit 1992 kontinuierlich gesunken, und von 2006 bis 2014 negativ. Die Fortzüge von Deutschland in die Türkei weisen ebenfalls seit Ende der 1990er Jahre – mit Ausnahme von 2008 und 2009 – eine leicht sinkende Tendenz auf (2015: 30.540; 2014: 31.941).

29 Ausführliche Informationen zu Migrationspotenzialen aus Indien vgl. Schulze Palstring 2015.

Abbildung 1-7: Zu- und Fortzüge über die Grenzen Deutschlands aus und in die Türkei 1992–2015



Ein negativer Wanderungssaldo war 2015 gegenüber der Schweiz (-5.576) festzustellen. Im Falle der Schweiz ist der Wanderungsverlust insbesondere auf die Abwanderung deutscher Staatsangehöriger zurückzuführen (vgl. dazu Kap. 3.2).

1.4 Zu- und Fortzüge nach Staatsangehörigkeit

Neben der Differenzierung der Zu- und Fortzüge nach Herkunfts- und Zielländern (Kapitel 1.3) kann auch eine Unterscheidung nach der Staatsangehörigkeit vorgenommen werden, da sich die Staatsangehörigkeit eines Migranten nicht in jedem Fall genau mit der des Herkunfts- oder Ziellands deckt. So liegt 2015 etwa die Zahl der Zuzüge von syrischen Staatsangehörigen (309.699), die nach Deutschland ziehen, niedriger als die Zahl der Zuzüge aus dem Herkunftsland Syrien (326.872). Bei Rumänien liegt dagegen die Zahl der Zuzüge von rumänischen

Staatsangehörigen (221.405) höher als die Zahl der Zuzüge aus dem Herkunftsland Rumänien (213.037). In der ganz überwiegenden Zahl der Fälle sind sich die jeweiligen Daten sehr ähnlich, so dass auf eine differenzierte Darstellung der Zu- und Fortzüge nach Staatsangehörigkeit an dieser Stelle verzichtet werden kann. Es wird insoweit auf die Tabellen 1-10 bis 1-13 sowie die Abbildungen 1-17 bis 1-20 im Anhang verwiesen.

1.5 Zu- und Fortzüge nach Bundesländern

Bei einer Betrachtung des Migrationsgeschehens in Deutschland im Jahr 2015 differenziert nach einzelnen Bundesländern (berücksichtigt werden nur Wanderungen über die Außengrenzen Deutschlands, d. h. Binnenwanderungen zwischen den Bundesländern bleiben unberücksichtigt) zeigt sich, dass die höchsten Zuzugszahlen für Nordrhein-Westfalen mit 485.047 Zuzügen

Tabelle 1-2: Zu- und Fortzüge über die Grenzen Deutschlands nach Bundesländern im Jahr 2015

| Bundesland | Zuzüge | | | Fortzüge | | | Wanderungssaldo (Zuzugs- bzw. Fortzugsüberschuss) | | Gesamtbevölkerung ¹ (30.06.2015) | Zuzüge pro 1.000 Einwohner | Fortzüge pro 1.000 Einwohner |
|------------------------|------------------|------------------|-------------|----------------|----------------|-------------|---|-------------------|---|----------------------------|------------------------------|
| | Gesamt | dar. Ausländer | Anteil in % | Gesamt | dar. Ausländer | Anteil in % | Gesamt | Ausländer | | | |
| Baden-Württemberg | 341.516 | 320.942 | 94,0 | 172.278 | 148.142 | 86,0 | +169.238 | +172.800 | 10.777.514 | 31,7 | 16,0 |
| Bayern | 349.708 | 328.561 | 94,0 | 189.759 | 159.222 | 83,9 | +159.949 | +169.339 | 12.744.475 | 27,4 | 14,9 |
| Berlin | 108.195 | 99.867 | 92,3 | 62.482 | 53.729 | 86,0 | +45.713 | +46.138 | 3.484.995 | 31,0 | 17,9 |
| Brandenburg | 39.901 | 37.519 | 94,0 | 14.549 | 12.069 | 83,0 | +25.352 | +25.450 | 2.464.526 | 16,2 | 5,9 |
| Bremen | 21.539 | 20.465 | 95,0 | 7.892 | 6.776 | 85,9 | +13.647 | +13.689 | 663.609 | 32,5 | 11,9 |
| Hamburg | 48.173 | 44.425 | 92,2 | 30.757 | 26.441 | 86,0 | +17.416 | +17.984 | 1.770.162 | 27,2 | 17,4 |
| Hessen | 182.983 | 173.192 | 94,6 | 89.288 | 78.301 | 87,7 | +93.695 | +94.891 | 6.116.203 | 29,9 | 14,6 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 31.386 | 30.173 | 96,1 | 10.935 | 9.544 | 87,3 | +20.451 | +20.629 | 1.600.599 | 19,6 | 6,8 |
| Niedersachsen | 206.650 | 193.408 | 93,6 | 87.051 | 77.943 | 89,5 | +119.599 | +115.465 | 7.860.528 | 26,3 | 11,1 |
| Nordrhein-Westfalen | 485.047 | 463.195 | 95,5 | 211.112 | 186.023 | 88,1 | +273.935 | +277.172 | 17.683.129 | 27,4 | 11,9 |
| Rheinland-Pfalz | 97.276 | 91.922 | 94,5 | 43.645 | 36.987 | 84,7 | +53.631 | +54.935 | 4.021.211 | 24,2 | 10,9 |
| Saarland | 23.539 | 21.728 | 92,3 | 8.361 | 6.614 | 79,1 | +15.178 | +15.114 | 989.263 | 23,8 | 8,5 |
| Sachsen | 64.641 | 61.126 | 94,6 | 23.206 | 18.801 | 81,0 | +41.435 | +42.325 | 4.055.888 | 15,9 | 5,7 |
| Sachsen-Anhalt | 43.692 | 42.250 | 96,7 | 13.857 | 12.263 | 88,5 | +29.835 | +29.987 | 2.231.044 | 19,6 | 6,2 |
| Schleswig-Holstein | 49.379 | 45.706 | 92,6 | 19.376 | 15.413 | 79,5 | +30.003 | +30.293 | 2.841.016 | 17,4 | 6,8 |
| Thüringen | 43.329 | 41.762 | 96,4 | 13.003 | 11.010 | 84,7 | +30.326 | +30.752 | 2.154.816 | 20,1 | 6,0 |
| Deutschland | 2.136.954 | 2.016.241 | 94,4 | 997.551 | 859.278 | 86,1 | +1.139.403 | +1.156.963 | 81.458.978 | 26,2 | 12,2 |

Quelle: Statistisches Bundesamt

1) Ergebnisse auf der Grundlage des Zensus 2011.

(2014: 289.879, +67,3 %) registriert wurden. Bayern hat 349.708 Zuzüge (2014: 276.101, +26,7 %) verzeichnet. Danach folgen Baden-Württemberg mit 341.516 Zuzügen (2014: 254.975, +33,9 %), Niedersachsen mit 206.650 Zuzügen (2014: 139.181, +48,5 %) und Hessen mit 182.983 Zuzügen (2014: 132.656, +37,9 %) (vgl. Tabelle 1-2).

Bezogen auf die jeweilige Bevölkerungszahl hatte im Jahr 2015 Bremen den höchsten Pro-Kopf-Zuzug vor Baden-Württemberg, Berlin und Hessen (vgl. Tabelle 1-2 und Abbildung 1-20 im Anhang). Die niedrigsten Zuzugszahlen bezogen auf die Bevölkerung hatten die Bundesländer Sachsen, Brandenburg und Schleswig-Holstein. Die höchsten Abwanderungsquoten (Fortzüge pro 1.000 Einwohner) im Jahr 2015 wurden in Berlin, Hamburg und Baden-Württemberg, die niedrigsten in Sachsen und Brandenburg verzeichnet.

Alle Bundesländer hatten im Jahr 2015 einen positiven Gesamtwanderungssaldo (Deutsche und Ausländer) aufzuweisen. Deutlich positive Gesamtwanderungssalden wurden in Nordrhein-Westfalen (+273.935), Baden-Württemberg (+169.238), Bayern (+159.949), Niedersachsen (+119.599) und Hessen (+93.695) registriert.

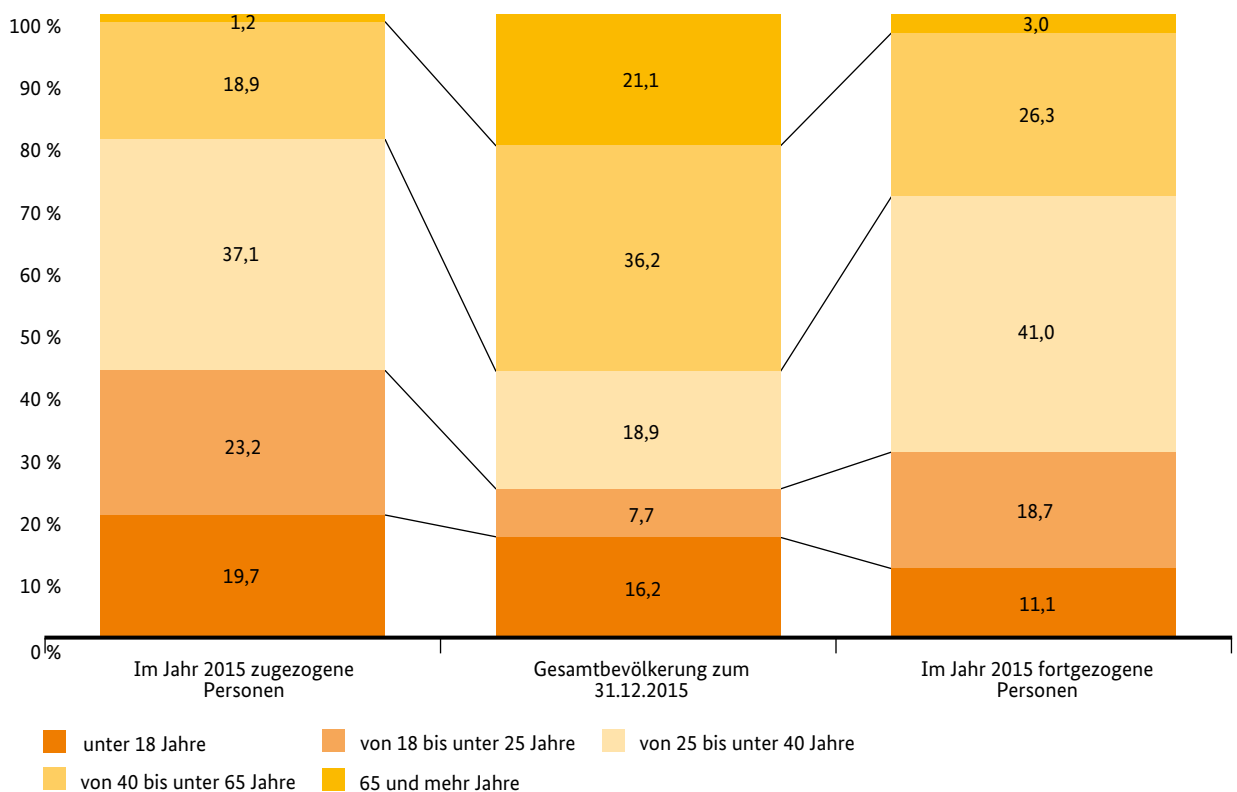
1.6 Altersstruktur

Die Bevölkerungsgröße eines Landes resultiert zum einen aus der natürlichen Bevölkerungsbewegung (Geburten minus Sterbefälle) und zum anderen aus der stattfindenden Migration. Dabei sind in soziodemografischer Hinsicht nicht nur die absoluten Zahlen der Zu- und Fortgezogenen von Bedeutung, sondern insbesondere deren Alters- und Geschlechtsstruktur. Die folgende Abbildung zeigt, wie sich die Zu- und Fortzüge nach Alter zusammensetzen.

Die Altersstruktur der Zuzugsbevölkerung unterscheidet sich deutlich von derjenigen der Gesamtbevölkerung (Deutsche und Ausländer) (vgl. Abbildung 1-8 und Tabelle 1-16 im Anhang). Die Zugezogenen sind durch einen hohen Anteil von Personen jüngeren und mittleren Alters (18 bis unter 40 Jahre) gekennzeichnet: Im Jahr 2015 waren vier Fünftel (80,0 %) der Zuziehenden unter 40 Jahre; bei der Gesamtbevölkerung lag dieser Anteil dagegen bei nur 42,8 %.

Dabei fielen 60,3 % der Zugezogenen in die Altersgruppe der 18- bis unter 40-Jährigen, bei der Gesamtbevölkerung waren dies nur 26,6 %. Bei den älteren Personen stellt sich die Situation umgekehrt dar. Nur 1,2 % der Zugezogenen

Abbildung 1-8: Zu- und Fortzüge und Gesamtbevölkerung nach Altersgruppen in Prozent im Jahr 2015



Quelle: Statistisches Bundesamt

Bevölkerung zum 31.12.2015: Ergebnisse auf der Grundlage des Zensus 2011.

waren 65 Jahre und älter gegenüber 21,1 % der Gesamtbevölkerung. In der jüngsten Altersgruppe (bis 18 Jahre) fallen die Unterschiede geringer aus. Zudem fällt der Anteil dieser Altersgruppe an der Gesamtbevölkerung niedriger aus als bei den Zugezogenen: Einem Anteil von 19,7 % bei den Zugezogenen stehen 16,2 % der Wohnbevölkerung gegenüber.

Bei den fortziehenden Personen zeigt sich folgendes Bild: Etwas mehr als zwei Drittel (70,8 %) der im Jahr 2015 Fortgezogenen waren jünger als 40 Jahre. Insgesamt ist der Anteil der jüngeren Personen bei den Fortziehenden etwas geringer als bei den Zuziehenden, so dass mehr Jüngere in Deutschland verbleiben, während die Älteren verstärkt fortziehen.

1.7 Geschlechtsstruktur

Der Anteil der Frauen ist sowohl bei den Zuzügen als auch bei den Fortzügen geringer als jener der Männer und hielt sich über die Zeit hinweg auf einem relativ konstanten Niveau. Der Frauenanteil bei den Zuzügen, der durch-

gängig höher ist als bei den Fortzügen, bewegt sich seit 1994 zwischen 40 % und 43 %, bei den Fortzügen seit 1997 zwischen 36 % und 40 %. Während der Frauenanteil bei den Zuzügen in den letzten Jahren jedoch rückläufig ist (von 42,9 % im Jahr 2002 auf 36,1 % im Jahr 2015), stieg der Anteil bei den Fortzügen im gleichen Zeitraum erst leicht an, bevor im Jahr 2015 mit 36,5 % wieder der Stand von 2001 erreicht wurde (vgl. Abbildung 1-9 und Tabelle 1-17 im Anhang).

Betrachtet man einzelne Herkunftsländer, so zeigt sich, dass einige Länder durch einen überproportional hohen Frauen- bzw. Männeranteil an den Zuzügen gekennzeichnet sind (vgl. die Abbildungen 1-10 und 1-11 sowie Tabelle 1-9 im Anhang). Herkunftsländer mit hohem Frauenanteil an den ausländischen Zugezogenen sind Thailand (72,4 %), Kasachstan (61,1 %) und die Russische Föderation (60,2 %).

Ein überproportional hoher Männeranteil an den ausländischen Zugezogenen ist für die Herkunftsländer Pakistan (90,2 %), Marokko (77,7 %), Somalia (74,9 %), Afghanistan (73,2 %), Irak (71,4 %) und Syrien (70,8 %) festzustellen.

Abbildung 1-9: Frauenanteil bei den Zu- und Fortzügen von 1974 bis 2015

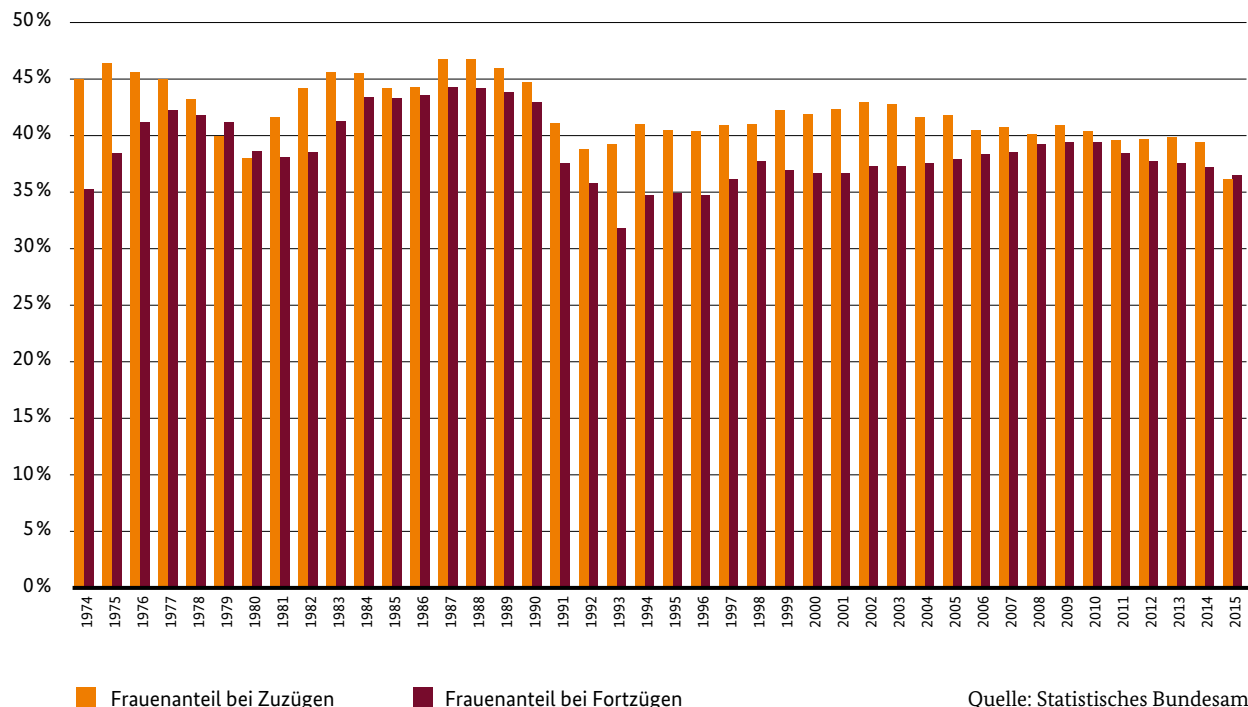
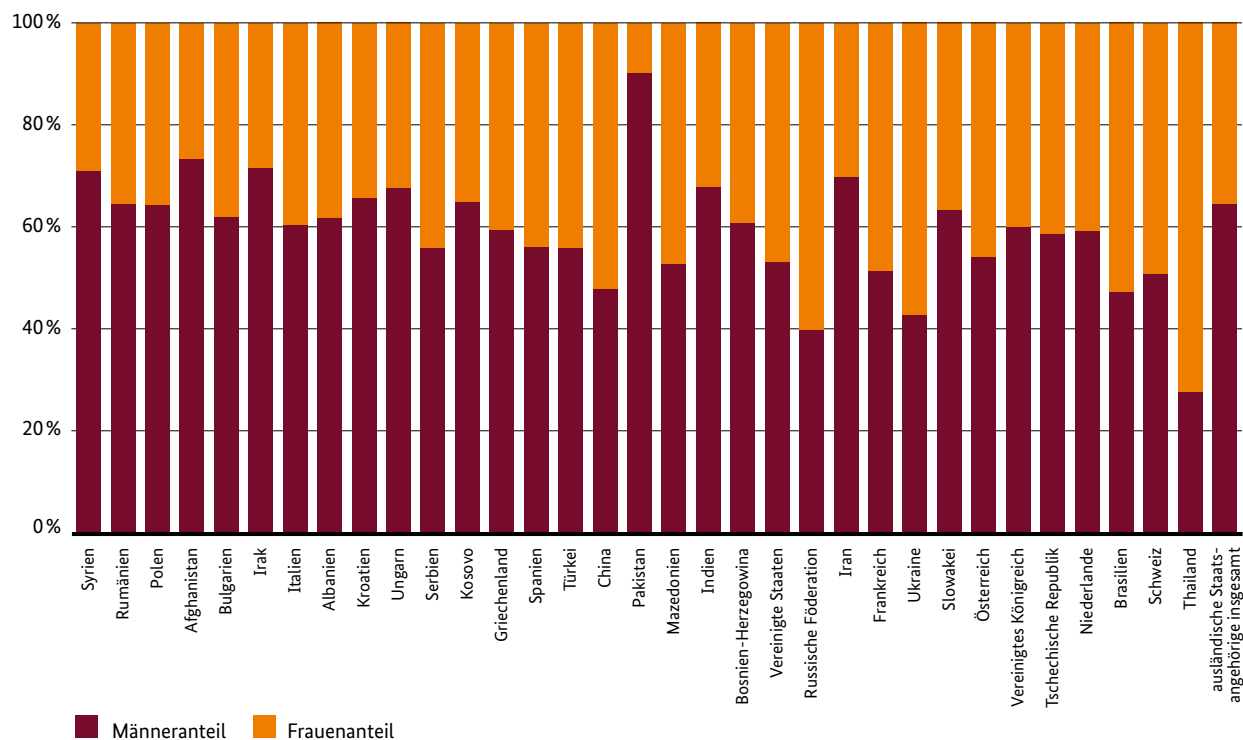
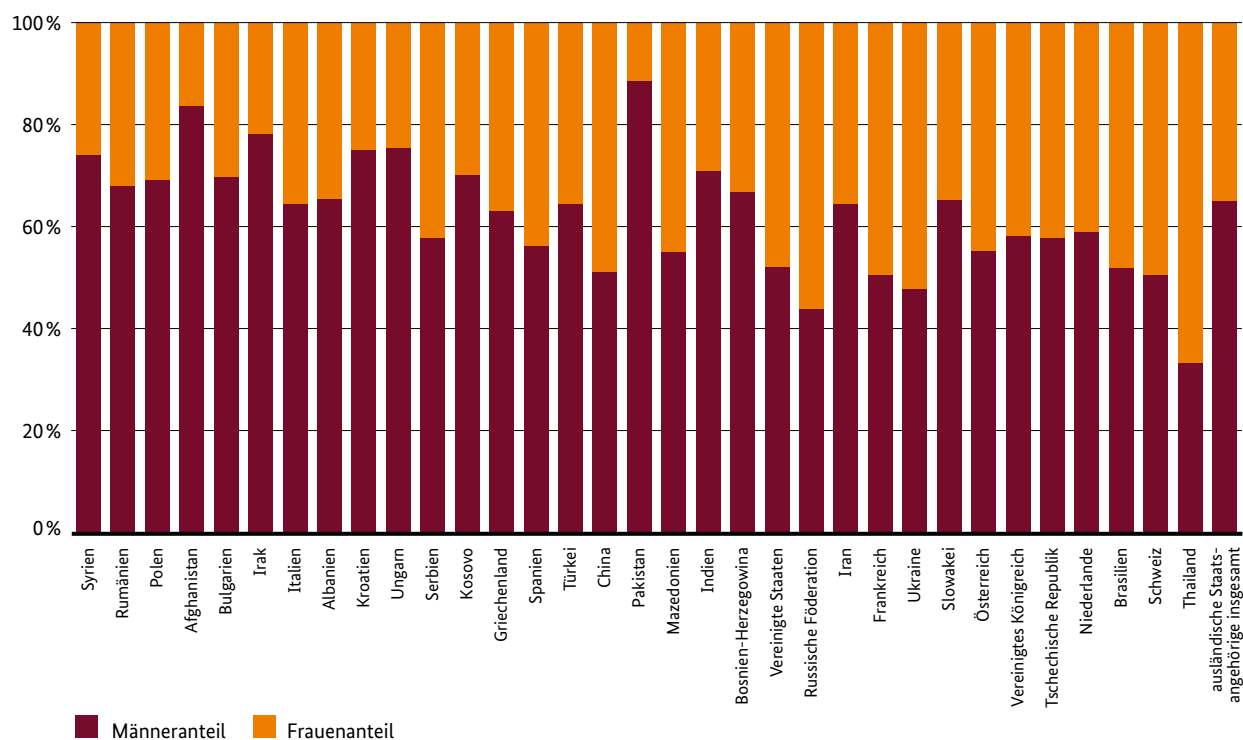


Abbildung 1-10: Zuzüge von ausländischen Staatsangehörigen nach Herkunftsland und Geschlecht im Jahr 2015



Quelle: Statistisches Bundesamt

Abbildung 1-11: Fortzüge von ausländischen Staatsangehörigen nach Zielland und Geschlecht im Jahr 2015



Quelle: Statistisches Bundesamt

1.8 Wanderungen auf Basis des Ausländerzentralregisters

Die Zahl der Zuzüge nach den Daten des AZR stieg von unter 400.000 in den Jahren 2006 bis 2009 bis auf etwa 1,811 Millionen im Jahr 2015. Im Jahr 2015 nahm die Zahl der Zuzüge im Vergleich zum Vorjahr um 57,6 % stark zu, nachdem bereits in den Vorjahren deutliche Zuwächse festzustellen waren. Auch die Zahl der Fortzüge stieg im Jahr 2015 im Vergleich zum Vorjahr von etwa 472.000 auf 569.000 an (+20,4 %). Insgesamt hat sich der Wanderungsüberschuss damit im Vergleich zum Vorjahr von 677.000 auf 1.242.000 fast verdoppelt.

Tabelle 1-3: Zuzüge und Fortzüge von Ausländern von 2006 bis 2015¹

| | Zuzüge | Fortzüge | Wanderungssaldo |
|------|-----------|----------|-----------------|
| 2006 | 361.562 | 257.659 | +103.903 |
| 2007 | 393.885 | 267.553 | +126.332 |
| 2008 | 394.596 | 311.536 | +83.060 |
| 2009 | 396.983 | 294.383 | +102.600 |
| 2010 | 475.840 | 295.042 | +180.798 |
| 2011 | 622.506 | 302.171 | +320.335 |
| 2012 | 738.735 | 317.594 | +421.141 |
| 2013 | 884.493 | 366.833 | +517.660 |
| 2014 | 1.149.045 | 472.315 | +676.730 |
| 2015 | 1.810.904 | 568.639 | +1.242.265 |

Quelle: Ausländerzentralregister

1) Zuzüge ohne im Inland geborene ausländische Kinder. Fortzüge ohne Sterbefälle.

Von den 1.810.904 ausländischen Staatsangehörigen, die im Jahr 2015 nach Deutschland zuzogen, besaßen 1.125.419 Personen keine EU-Staatsangehörigkeit. Damit entsprach der Anteil der Drittstaatsangehörigen an den Zuwanderern 62,1 % (2014: 45,2 %; 2013: 41,0 %).

Von den 568.639 ausländischen Staatsangehörigen, die im Jahr 2015 aus Deutschland fortzogen, besaßen 265.603 Personen keine EU-Staatsangehörigkeit. Damit entsprach der Anteil der Drittstaatsangehörigen an den Abwanderern 46,7 % (2014: 38,4 %; 2013: 39,8 %).

1.9 Aufenthaltsw Zwecke

Im AZR werden seit Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes auch die Rechtsgrundlagen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen erfasst. Dadurch können die erteilten Aufenthaltstitel für zugewanderte Drittstaatsangehörige differenziert nach dem Aufenthaltsw Zweck dargestellt werden.³⁰

Von den 1.810.904 im Jahr 2015 registrierten ausländischen Staatsangehörigen waren 1.125.419 Drittstaatsangehörige (62,1 %), also Personen, die nicht die Staatsangehörigkeit eines EU-Staates besaßen (vgl. Tabelle 1-4). Im Jahr 2014 waren es 1.149.045 ausländische Staatsangehörige, darunter 518.802 Drittstaatsangehörige (45,2 %). Damit war auch nach dem AZR 2015 im Vergleich zum Vorjahr ein deutlicher Anstieg der Zuzüge sowohl insgesamt (+57,6 %) als auch bei den Drittstaatsangehörigen (+116,9 %) festzustellen. Der überproportionale Anstieg bei den Drittstaatsangehörigen ist insbesondere auf den starken Anstieg der Asylzuwanderung 2015 zurückzuführen. Die Zuwanderungszahlen des AZR liegen in der Regel um etwa ein Fünftel unter den in der Wanderungsstatistik des Statistischen Bundesamtes verzeichneten Zuzugszahlen. Im Jahr 2015 wurden in der Wanderungsstatistik des Statistischen Bundesamtes 2.136.954 Zuzüge von Ausländern registriert, im Jahr 2014 waren es 1.342.529 Zuzüge (vgl. Kap. 1.2).

Der Grund für diese unterschiedlichen Zahlen ist, dass Personen im AZR grundsätzlich erst registriert werden, wenn sie sich nicht nur vorübergehend (i.d.R. länger als drei Monate) im Bundesgebiet aufhalten. Zudem werden Daten von Personen, die mehrfach im Jahr zu- und fortziehen, nur einmal im AZR erfasst (Personenstatistik).

Im Vergleich zum Vorjahr war ein erheblicher Anstieg der Zuwanderung zum Zweck des Studiums (+5,8 %) zu konstatieren, aber auch die Zuwanderung zum Zweck des Sprachkurses/Schulbesuchs und der sonstigen Ausbildung ist um 10,1 % bzw. 12,6 % gestiegen. Nachdem der Familiennachzug bereits im Jahr 2014 um 13,6 % gestiegen ist, wurde 2015 ein Anstieg um 29,5 % verzeichnet. Angestiegen gegenüber 2014 ist zudem der Zuzug zum Zweck der Erwerbstätigkeit (+4,2 %). Überproportional erhöht hat sich – wie bereits in den Vorjahren seit 2012 – die Zuwanderung aus humanitären Gründen (von 2014 auf 2015 +108,0 %) und die Zahl der ausgestellten Aufenthaltsgestattungen (+126,5 %). Hier spiegeln sich insbesondere die humanitären Aufnahmen von syrischen Staatsangehörigen sowie die deutliche Zunahme der Asylanträge wider.

30 Aufenthaltstitel werden in der Wanderungsstatistik des Statistischen Bundesamtes nicht erfasst.

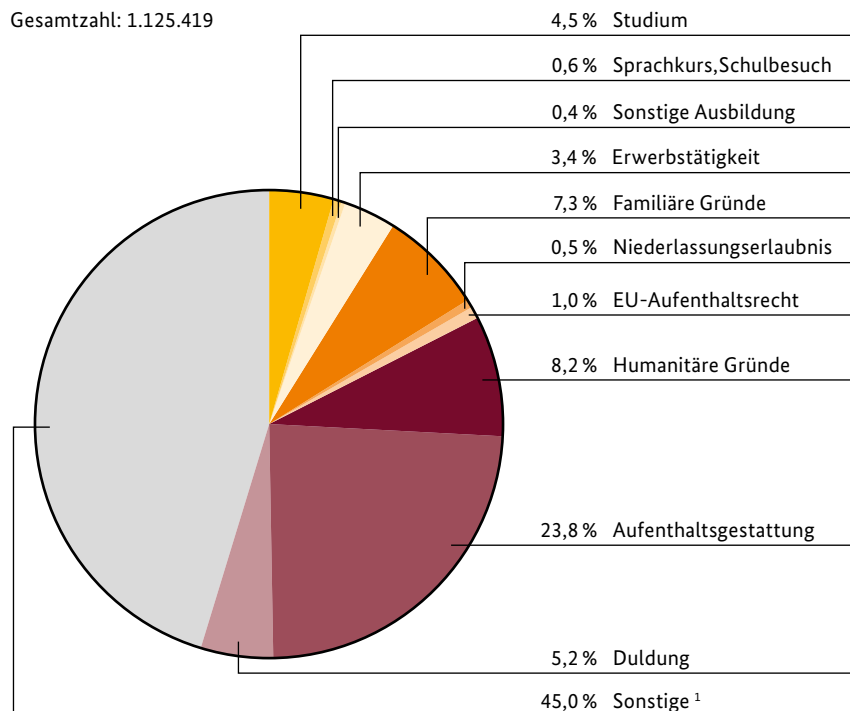
Tabelle 1-4: Zuzüge von Drittstaatsangehörigen im Jahr 2015 nach ausgewählten Aufenthaltszwecken und/oder Aufenthaltstiteln¹

| Staats- angehörigkeit | Aufenthaltserlaubnisse | | | | | | | Nie- derlas- sungs- erlaub- nis ³ | EU- Aufent- halts- recht | Aufent- halts- gestat- tung | Dul- dung ⁴ | Gesamt | |
|---|------------------------|--------------------------------------|----------------------------------|--|---------------------------|--------------------------|-------------------------|--|-----------------------------------|--------------------------------------|---------------------------|------------------|-------------------|
| | Stu- dium | Sprach- kurs, Schul- besuch | Sons- tige Ausbil- dung | Er- werbs- tätig- keit ² | Huma- nitäre Gründe | Fami- liäre Gründe | Sons- tige Gründe | | | | | | dar.: weiblich |
| Syrien | 1.676 | 203 | 24 | 226 | 72.195 | 15.956 | 150 | 45 | 42 | 89.340 | 10.010 | 332.792 | 101.478 |
| Afghanistan | 119 | 10 | 11 | 6 | 1.440 | 918 | 87 | 53 | 18 | 34.725 | 9.071 | 98.498 | 26.328 |
| Irak | 117 | 75 | 25 | 32 | 6.068 | 1.800 | 65 | 197 | 44 | 28.433 | 3.588 | 83.346 | 25.300 |
| Albanien | 417 | 57 | 31 | 244 | 64 | 743 | 641 | 18 | 568 | 19.202 | 4.495 | 67.204 | 25.894 |
| Kosovo | 68 | 18 | 144 | 89 | 200 | 3.808 | 1.072 | 128 | 416 | 7.171 | 4.268 | 38.340 | 13.553 |
| Serbien (inkl. ehem. Serbien und Montenegro) | 224 | 44 | 128 | 2.949 | 216 | 1.617 | 172 | 214 | 1.188 | 5.631 | 5.001 | 34.670 | 15.278 |
| Indien | 4.417 | 70 | 133 | 4.968 | 48 | 4.605 | 516 | 57 | 259 | 1.673 | 316 | 24.298 | 7.924 |
| China | 10.092 | 595 | 176 | 2.959 | 45 | 2.635 | 278 | 93 | 136 | 402 | 121 | 23.844 | 12.553 |
| Pakistan | 1.028 | 15 | 15 | 108 | 29 | 1.543 | 483 | 42 | 197 | 7.931 | 1.485 | 23.136 | 2.517 |
| Iran | 1.333 | 21 | 21 | 330 | 123 | 1.063 | 64 | 86 | 31 | 6.585 | 1.150 | 21.962 | 6.341 |
| Türkei | 1.183 | 131 | 26 | 1.412 | 109 | 7.720 | 399 | 2.727 | 374 | 1.022 | 421 | 21.508 | 8.594 |
| Mazedonien | 100 | 13 | 23 | 302 | 58 | 1.174 | 504 | 71 | 1.521 | 3.848 | 2.998 | 21.455 | 10.369 |
| Russische Föderation | 1.661 | 228 | 56 | 1.726 | 432 | 4.726 | 215 | 292 | 301 | 3.384 | 1.125 | 20.521 | 12.303 |
| Vereinigte Staaten | 4.162 | 1.009 | 569 | 4.719 | 34 | 3.098 | 959 | 142 | 234 | 8 | 9 | 19.111 | 8.962 |
| Bosnien- Herzegowina | 140 | 45 | 724 | 3.553 | 64 | 1.775 | 341 | 144 | 925 | 1.845 | 1.055 | 18.547 | 7.024 |
| Eritrea | 16 | 0 | 0 | 0 | 1.577 | 92 | 8 | 12 | 1 | 6.792 | 1.174 | 17.904 | 4.519 |
| Ukraine | 1.088 | 122 | 106 | 1.927 | 248 | 2.693 | 122 | 282 | 379 | 3.355 | 260 | 14.426 | 8.295 |
| Marokko | 770 | 11 | 18 | 105 | 40 | 1.672 | 318 | 106 | 745 | 1.304 | 321 | 11.883 | 3.129 |
| Nigeria | 366 | 11 | 24 | 45 | 65 | 687 | 142 | 30 | 139 | 3.371 | 878 | 9.893 | 3.355 |
| Algerien | 63 | 13 | 144 | 47 | 7 | 373 | 44 | 48 | 65 | 1.692 | 638 | 9.034 | 676 |
| Staatsangehö- rige aus Nicht- EU-Staaten insgesamt | 50.660 | 6.728 | 4.254 | 38.805 | 92.807 | 82.440 | 11.251 | 6.095 | 11.452 | 268.058 | 58.233 | 1.125.419 | 386.711 |

Quelle: Ausländerzentralregister

- 1) Ohne im Inland geborene ausländische Kinder. Die Differenz zwischen der Summe der aufgeführten Aufenthaltstitel und der Spalte „Gesamt“ erklärt sich dadurch, dass in der Tabelle nicht alle Aufenthaltstitel aufgeführt sind. So sind in der Tabelle etwa Personen, die vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit sind sowie Personen, die einen Antrag auf einen Aufenthaltstitel gestellt haben, nicht enthalten.
- 2) Die Kategorie „Erwerbstätigkeit“ enthält neben den Personen, denen ein Aufenthaltstitel zum Zweck der Beschäftigung nach § 18 AufenthG erteilt wurde, auch jene, die eine Blaue Karte EU (§ 19a AufenthG) erhielten oder als Forscher (§ 20 AufenthG) bzw. als Selbständige (§ 21 AufenthG) zugewandert sind.
- 3) In etwa drei Vierteln dieser Fälle handelt es sich um Personen mit Wiedereinreise im jeweiligen Berichtsjahr.
- 4) Hierbei handelt es sich vielfach um Personen, die 2015 als Asylbewerber eingereist sind und nach einem negativen Bescheid eine Duldung erhielten.

Abbildung 1-12: Zuzüge von Drittstaatsangehörigen im Jahr 2015 nach ausgewählten Aufenthaltszwecken bzw. Aufenthaltstiteln



Quelle: Ausländerzentralregister

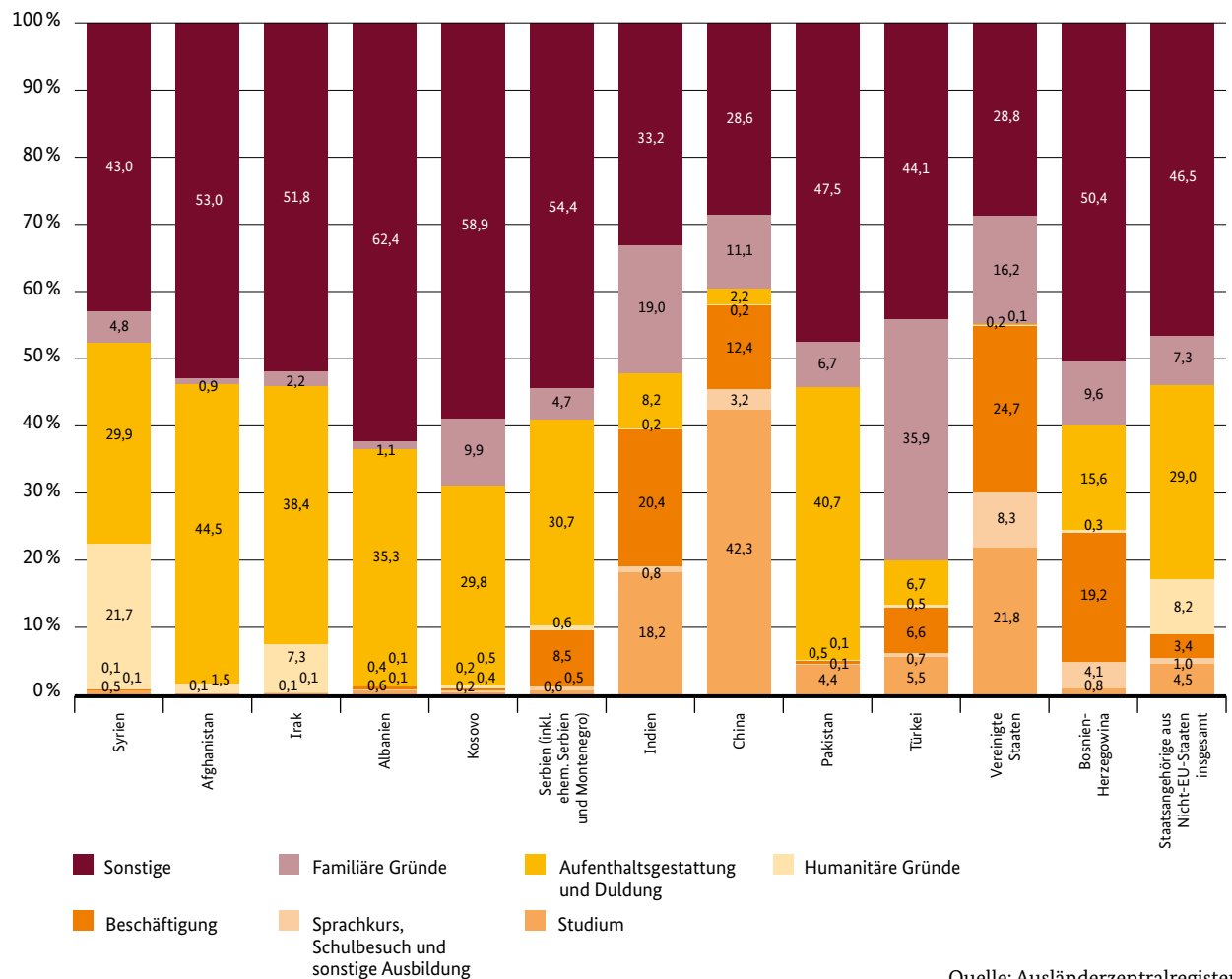
1) Darunter fallen u. a. Personen, die einen Aufenthaltstitel beantragt haben.

7,3 % der Drittstaatsangehörigen zogen 2015 aus familiären Gründen nach Deutschland (vgl. Abbildung 1-12). Bei diesem Aufenthaltszweck handelt es sich überwiegend um auf Dauer angelegte Zuwanderung. 3,4 % der Drittstaatsangehörigen, die im Jahr 2015 eingereist sind, erhielten eine Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Erwerbstätigkeit (2014: 7,2 %). 5,5 % zogen zum Zweck des Studiums, des Besuchs einer Schule bzw. eines Sprachkurses und zu sonstigen Ausbildungszwecken nach Deutschland (2014: 11,1 %). Dieser relative Rückgang bei den beiden zuletzt genannten Gruppen ist trotz jeweils gestiegener absoluter Zahlen der überproportionalen Zunahme der Zuwanderung aus humanitären Gründen geschuldet. Aufenthalte zum Zweck der Beschäftigung, des Studiums und der Ausbildung sind in der Regel zunächst befristet. Die Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Erwerbstätigkeit ist jedoch nicht ausgeschlossen; diese Möglichkeit wird auch häufig genutzt. Zudem besteht die Möglichkeit für Hochschulabsolventen nach der Beendigung ihres Studiums an einer deutschen Hochschule, sich innerhalb von 18 Monaten in Deutschland eine ihrer Ausbildung entsprechende Beschäftigung zu suchen (§ 16 Abs. 4 AufenthG) (vgl. ausführlicher Kap. 3.3.2). 8,2 % der Zugewanderten

erhielten eine Aufenthaltserlaubnis aus humanitären, völkerrechtlichen oder politischen Gründen, 23,8 % eine Aufenthaltsgestattung (2014: 22,8 %). Auch hier spiegelt sich die gestiegene Asylzuwanderung wider.

Bei türkischen Staatsangehörigen überwog im Jahr 2015 mit 35,9 % (7.720 Personen) die Zuwanderung aus familiären Gründen nach Deutschland (2014: 35,3 %), während bei Staatsangehörigen aus Indien (20,4 % bzw. 4.968 Personen), den Vereinigten Staaten (24,7 % bzw. 4.719 Personen) und aus Bosnien-Herzegowina (19,2 % bzw. 3.553 Personen) die Zuwanderung zum Zweck der Beschäftigung (vgl. Abbildung 1-13) im Vordergrund stand. Bei chinesischen Staatsangehörigen dominierte die Einreise zum Zweck des Studiums (42,3 % bzw. 10.092 Personen). Staatsangehörige aus Syrien, Irak und Eritrea sind durch einen hohen Anteil an Personen gekennzeichnet, die eine Aufenthaltsgestattung zur Durchführung eines Asylverfahrens (Syrien: 26,8 % oder 89.340 Personen; Afghanistan: 35,3 % oder 34.725 Personen; Eritrea: 37,9 % oder 6.792 Personen) oder eine Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen (Syrien: 21,7 % oder 72.195 Personen; Irak: 7,3 % oder 6.068 Personen; Eritrea: 8,8 % oder 1.577 Personen) erhielten.

Abbildung 1-13: Zuzüge von Ausländern im Jahr 2015 nach ausgewählten Aufenthaltszwecken und ausgewählten Staatsangehörigkeiten



Quelle: Ausländerzentralregister

1.10 Längerfristige Zuwanderung

Auf der Basis der Zahlen des AZR lassen sich Aussagen über die Aufenthaltsdauer der in einem Jahr zugewanderten Personen treffen. Im Folgenden werden die ausländischen Staatsangehörigen betrachtet, die in den Jahren 2004 bis 2014 eingereist sind und sich mindestens ein Jahr im Bundesgebiet aufhielten.³¹

³¹ Die Mindestaufenthaltsdauer von einem Jahr entspricht der Definition von Zuwanderung in der „Verordnung (EG) Nr. 862/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 zu Gemeinschaftsstatistiken über Wanderung und internationalen Schutz und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 311/76 des Rates über die Erstellung von Statistiken über ausländische Arbeitnehmer“ (vgl. Kap. 1.1). Zahlen zur längerfristigen Zuwanderung für das Jahr 2015 liegen erst 2017 vor, da erst zum Jahresende 2016 für alle Personen, die 2015 zugewandert sind, festgestellt werden kann, ob diese sich mindestens ein Jahr in Deutschland aufhielten.

Nach den Daten des AZR zogen im Jahr 2014 etwa 851.000 ausländische Staatsangehörige für eine Aufenthaltsdauer von mindestens einem Jahr nach Deutschland (vgl. Tabelle 1-5). Die Zahl der „long-term migrants“ ist damit im Vergleich zum Vorjahr, in dem 640.097 Personen gezählt wurden, um 33,0% gestiegen. Insgesamt liegt die Zahl der ausländischen Migranten, die 2014 eingereist sind und sich länger als ein Jahr im Bundesgebiet aufhielten, um 37% unter der in der Wanderungsstatistik des Statistischen Bundesamtes ausgewiesenen Zahl von 1.342.529 Zuzügen von Ausländern für das Jahr 2014. Bei der Differenz von 491.529 handelt es sich zum großen Teil um Ausländer, die sich nur kurzfristig, d.h. weniger als ein Jahr, in Deutschland aufhalten. Zum anderen können in der Zuzugsstatistik des Statistischen Bundesamtes auch zwei oder mehr Zuzüge derselben Person registriert sein, da es sich hierbei – im Gegensatz zum AZR – um keine Personenstatistik, sondern um eine (wanderungs-) fallbasierte Statistik handelt.

Der Vergleich von AZR-Zahlen mit den Zuzugszahlen aus der Wanderungsstatistik zeigt, dass sich 36,6% der 1.342.529 zugezogenen Ausländer des Jahres 2014 nur kurzzeitig – für weniger als ein Jahr – in Deutschland aufhielten. Allerdings hat sich der Anteil der ausländischen Staatsangehörigen, die sich nach der Einreise mindestens ein Jahr in Deutschland aufhalten von 57,8% im Jahr 2013 auf 63,4% im Jahr 2014 erhöht. Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass viele der Zuwanderer, die mindestens ein Jahr in Deutschland wohnen, trotzdem häufig nur befristet

aufhältig sind. Vielfach werden Aufenthaltserlaubnisse zwar für länger als ein Jahr, aber nur für die Dauer des Aufenthaltszwecks ausgestellt (z. B. Werkvertragsarbeitnehmer, Studierende).

Von den im Jahr 2014 für länger als ein Jahr zugewanderten Ausländern besaßen 12,1% bzw. 102.704 Personen die rumänische Staatsangehörigkeit (vgl. Abbildung 1-14). Der Anteil rumänischer Staatsangehöriger an der längerfristigen Zuwanderung liegt damit unter dem Anteil der in der

Tabelle 1-5: Zugewanderte Ausländer von 2005 bis 2014 mit einer Aufenthaltsdauer von mindestens einem Jahr

| Staatsangehörigkeit | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 |
|--|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|
| Rumänien | 7.048 | 6.789 | 17.004 | 16.560 | 19.185 | 29.194 | 41.131 | 54.806 | 65.902 | 102.704 |
| Polen | 52.368 | 53.806 | 47.739 | 39.621 | 37.414 | 43.457 | 74.094 | 83.220 | 94.967 | 99.317 |
| Syrien | 1.502 | 1.201 | 1.220 | 1.401 | 1.750 | 2.510 | 3.780 | 8.317 | 17.228 | 67.772 |
| Bulgarien | 3.729 | 3.301 | 10.206 | 10.122 | 12.216 | 17.370 | 23.890 | 29.345 | 31.524 | 45.506 |
| Ungarn | 5.659 | 6.010 | 7.478 | 8.157 | 8.785 | 12.458 | 20.411 | 30.580 | 33.335 | 33.122 |
| Italien | 8.374 | 8.510 | 8.473 | 8.735 | 9.546 | 11.322 | 13.289 | 19.489 | 26.947 | 32.815 |
| Kroatien | 2.872 | 2.543 | 2.505 | 2.380 | 2.333 | 2.610 | 3.163 | 4.188 | 14.701 | 30.195 |
| Kosovo | - | - | - | - | 4.159 | 4.666 | 4.836 | 5.704 | 8.602 | 19.944 |
| Griechenland | 4.439 | 4.149 | 3.937 | 4.110 | 4.139 | 6.783 | 14.300 | 21.759 | 21.596 | 19.256 |
| Serbien (inkl. ehem. Serbien und Montenegro) ¹⁾ | 10.096 | 8.970 | 6.729 | 6.568 | 3.094 | 6.067 | 5.821 | 7.617 | 12.285 | 19.072 |
| China | 7.754 | 8.742 | 9.120 | 9.221 | 9.905 | 10.912 | 12.649 | 13.761 | 14.850 | 16.917 |
| Spanien | 3.518 | 3.567 | 3.431 | 3.695 | 4.131 | 5.314 | 8.266 | 13.266 | 17.310 | 16.705 |
| Türkei | 25.231 | 18.145 | 15.366 | 14.536 | 14.749 | 15.140 | 16.535 | 15.168 | 15.282 | 16.444 |
| Russische Föderation | 14.855 | 10.169 | 8.926 | 8.270 | 8.487 | 9.523 | 11.114 | 13.072 | 18.371 | 14.785 |
| Indien | 4.836 | 5.250 | 5.380 | 6.051 | 6.493 | 7.695 | 9.190 | 11.238 | 12.364 | 14.712 |
| Afghanistan | 1.000 | 945 | 853 | 1.490 | 4.207 | 6.578 | 8.332 | 8.058 | 8.257 | 13.095 |
| Vereinigte Staaten | 7.597 | 7.720 | 8.438 | 8.513 | 8.134 | 9.393 | 10.784 | 10.675 | 10.643 | 10.542 |
| Mazedonien | 1.508 | 1.481 | 1.248 | 1.260 | 1.326 | 2.693 | 2.445 | 4.469 | 7.101 | 9.193 |
| Pakistan | 1.667 | 1.429 | 1.316 | 1.573 | 1.979 | 2.532 | 4.616 | 5.383 | 6.656 | 8.187 |
| Frankreich | 6.622 | 7.083 | 6.775 | 6.623 | 6.016 | 6.598 | 6.748 | 6.865 | 7.924 | 8.035 |
| Slowakische Republik | 3.948 | 3.542 | 2.964 | 2.817 | 2.603 | 2.988 | 5.587 | 6.774 | 7.178 | 7.721 |
| Portugal | 2.462 | 2.488 | 2.721 | 3.142 | 3.110 | 3.529 | 4.793 | 7.226 | 8.414 | 7.267 |
| Niederlande | 7.694 | 8.360 | 8.421 | 8.385 | 6.564 | 6.432 | 5.932 | 5.972 | 6.695 | 7.069 |
| Iran | 2.188 | 1.920 | 1.886 | 2.199 | 2.778 | 4.292 | 5.796 | 6.979 | 6.879 | 6.375 |
| sonstige Staatsangehörigkeiten | 102.519 | 94.301 | 93.165 | 94.599 | 101.781 | 110.247 | 123.957 | 136.484 | 165.086 | 224.568 |
| Gesamt | 289.486 | 270.421 | 275.301 | 270.028 | 284.884 | 340.303 | 441.459 | 530.415 | 640.097 | 851.318 |

Quelle: Ausländerzentralregister

1) Bis 2008 inklusive des Kosovo, der sich erst 2008 für unabhängig erklärt hat.

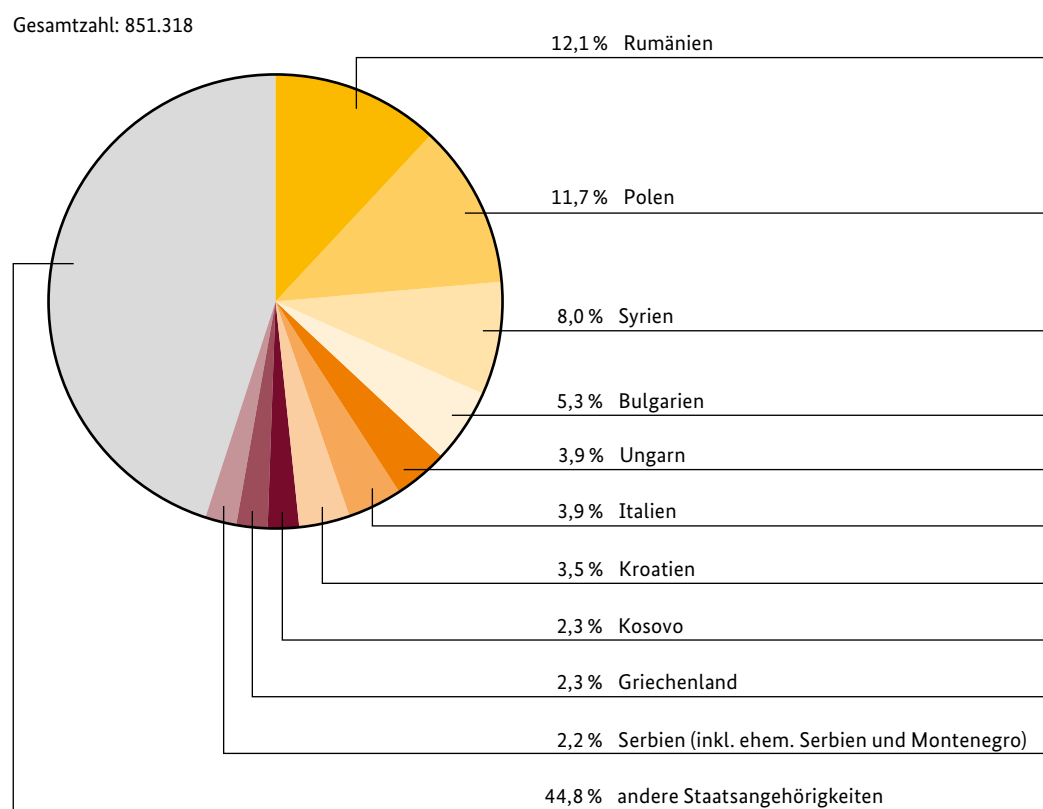
Zuzugsstatistik des Statistischen Bundesamtes erfassten Zuzügen von Rumänen, in der auch kurzfristige Zuzüge registriert werden. Im Jahr 2014 lag der Anteil der Rumänen an den Zuzügen von Ausländern in der Zuzugsstatistik bei 14,8 %. Dies zeigt, dass viele Rumänen – ähnlich wie etwa Polen – nur kurzfristig nach Deutschland ziehen.

Weitere Hauptherkunftsländer im Jahr 2014 waren Polen (11,7 %), Syrien (8,0 %), Bulgarien (5,3 %), Ungarn (3,9 %), Italien (3,9 %) und Kroatien (3,5 %). Dabei sind insbesonde-

re die Anteile der Staatsangehörigen aus Rumänien (2006: 2,5 %) und Bulgarien (2006: 1,2 %) nach dem EU-Beitritt deutlich angestiegen.

Der Anteil von Unionsbürgern an der längerfristigen Zuwanderung beträgt insgesamt 52,7 % (absolut: 448.280 Unionsbürger). Im Vergleich zum Vorjahr sank dieser Anteil um 5,8 Prozentpunkte.

Abbildung 1-14: Zugewanderte Ausländer im Jahr 2014 mit einer Aufenthaltsdauer von mindestens einem Jahr



Quelle: Ausländerzentralregister

2

EU-Binnenmigration von Unionsbürgern

Unter EU-Binnenmigration versteht man die Zu- und Abwanderung von Unionsbürgern³² und ihrer Familienangehörigen. Entscheidend ist also die Staatsangehörigkeit (Unionsbürgerschaft) und nicht das Herkunfts- oder Ziel-land des Migranten.³³ Dagegen zählt die Zu- bzw. Abwanderung von Drittstaatsangehörigen aus einem bzw. in einen anderen Mitgliedstaat der EU nicht zur EU-Binnenmigration im o. g. Sinne.³⁴

Die EU-Binnenmigration kann der allgemeinen Zu- und Fortzugsstatistik entnommen werden, indem sie nach den entsprechenden EU-Staatsangehörigkeiten der Migranten differenziert wird.³⁵ Die Zu- und Fortzüge deutscher Staatsangehöriger werden dabei nicht berücksichtigt.

Das im Freizügigkeitsgesetz/EU (FreizügG/EU) umgesetzte Recht der Europäischen Union gewährt Unionsbürgern und ihren (unter Umständen einem Drittstaat angehörenden) Familienangehörigen grundsätzlich Personenfreizügigkeit (Recht auf Einreise und Aufenthalt gemäß § 2 Abs. 1 FreizügG/EU).³⁶ Dies schließt das Recht ein, den

Arbeitsplatz frei zu wählen. Freizügigkeitsberechtigt sind Arbeitnehmer, Erbringer und Empfänger von Dienstleistungen, niedergelassene selbständige Erwerbstätige, die (unter Umständen einem Drittstaat angehörenden) Familienangehörigen dieser Personen sowie Unionsbürger und ihre Familienangehörigen, die ein Daueraufenthaltsrecht erworben haben (§ 2 Abs. 2 FreizügG/EU). Nichterwerbstätige Unionsbürger, wie Rentner oder Studierende, sind dann freizügigkeitsberechtigt, wenn sie über ausreichenden Krankenversicherungsschutz und ausreichende Existenzmittel für sich und ihre Familienangehörigen verfügen (§ 4 FreizügG/EU). Familienangehörige von Unionsbürgern sind gemäß § 3 Abs. 2 FreizügG/EU der Ehegatte, der Lebenspartner und die Kinder bis zum 21. Lebensjahr sowie Verwandte in direkter aufsteigender und absteigender Linie, sofern ihnen Unterhalt gewährt wird (z. B. Eltern und Kinder über 21 Jahre).

Unionsbürger benötigen für ihre Einreise und für ihren Aufenthalt im Bundesgebiet weder ein Visum noch einen Aufenthaltstitel (§ 2 Abs. 4 S. 1 FreizügG/EU). Drittstaatsangehörige Familienangehörige benötigen ein nach Freizügigkeitsrecht zu erteilendes Einreisevisum, sofern sie nicht im Besitz einer Aufenthaltskarte i. S. v. Artikel 5 Abs. 2 i. V. m. Artikel 10 Freizügigkeitsrichtlinie (Richtlinie 2004/38/EG) sind (§ 2 Abs. 4 S. 2 FreizügG/EU). Unionsbürger, die im Besitz eines gültigen Personalausweises oder Reisepasses sind, haben ein dreimonatiges voraussetzungsloses Aufenthaltsrecht (§ 2 Abs. 5 S. 1 FreizügG/EU). Drittstaatsangehörige Familienangehörige haben das gleiche Recht, wenn sie im Besitz eines anerkannten Passes oder Passersatzes sind und sie den Unionsbürger begleiten oder ihm nachziehen (§ 2 Abs. 5 S. 2 FreizügG/EU).

32 Unionsbürger ist, wer die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Union besitzt.

33 Ein Staatsangehöriger eines EU-Staates kann demnach auch aus einem Nicht-EU-Staat zuziehen, um in die EU-Binnenwanderungsstatistik einzugehen, da er unter die Freizügigkeitsregelungen für Unionsbürger fällt.

34 Siehe hierzu Müller 2013.

35 Drittstaatsangehörige Familienangehörige von Unionsbürgern lassen sich in der Zu- und Fortzugsstatistik nicht identifizieren und sind in den Daten deshalb nicht berücksichtigt.

36 Freizügigkeit besteht grundsätzlich auch für Staatsangehörige aus den EWR-Staaten Norwegen, Island und Liechtenstein sowie der Schweiz. Zur Rechtslage vgl. BMI/BMAS 2014: 44 ff.

Freizügigkeitsberechtigten Familienangehörigen, die keine Unionsbürger sind, wird eine Aufenthaltskarte für Familienangehörige von Unionsbürgern ausgestellt (§ 5 Abs. 1 FreizügG/EU).

Mit der Erweiterung der Europäischen Union zum 1. Mai 2004 um zehn, zum 1. Januar 2007 um zwei sowie zum 1. Juli 2013 um einen weiteren Mitgliedstaat sind auch die Staatsangehörigen aus diesen EU-Staaten freizügigkeitsberechtigt.

Für Staatsangehörige aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten, die ihr Recht auf Freizügigkeit zwecks Erwerbstätigkeit ausüben wollten, bestanden für einen begrenzten Zeitraum noch bestimmte Beschränkungen beim Arbeitsmarktzugang, in der Regel bis maximal sieben Jahre nach dem EU-Beitritt ihres Herkunftslandes (sog. 2+3+2-Prinzip, vgl. ausführlich Kap. 3.2).

In Deutschland betraf die Einschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit ab 1. Januar 2014 nur noch Arbeitnehmer aus Kroatien. Für eine Übergangszeit von zwei Jahren bis zum 30. Juni 2015 benötigten kroatische Staatsangehörige für Beschäftigungen im Bundesgebiet grundsätzlich eine Arbeitsgenehmigung-EU, die ein konkretes Arbeitsplatzangebot und eine Vorrangprüfung voraussetzte.³⁷ Nachdem die Bundesregierung von der zweiten Phase der

37 Für bestimmte Personengruppen gab es allerdings erhebliche Erleichterungen. So konnten Akademiker, Auszubildende und Saisonkräfte (für die Dauer von maximal sechs Monaten) ohne Arbeitsgenehmigung auf dem deutschen Arbeitsmarkt tätig werden. Für die Aufnahme von Beschäftigten, die eine qualifizierte Berufsausbildung voraussetzen, konnte die Arbeitsgenehmigung-EU ohne Vorrangprüfung erteilt werden. Für den Bereich der Arbeitnehmerentsendung eines in Kroatien ansässigen Unternehmens bestanden in Deutschland zudem Beschränkungen für die Sektoren Baugewerbe, Gebäudereinigung und Innendekoration (vgl. BMI/BMAS 2014: 51f.).

Abbildung 2-1: Zu- und Fortzüge von Unionsbürgern im Jahr 2015 (ohne Zypern und Malta)

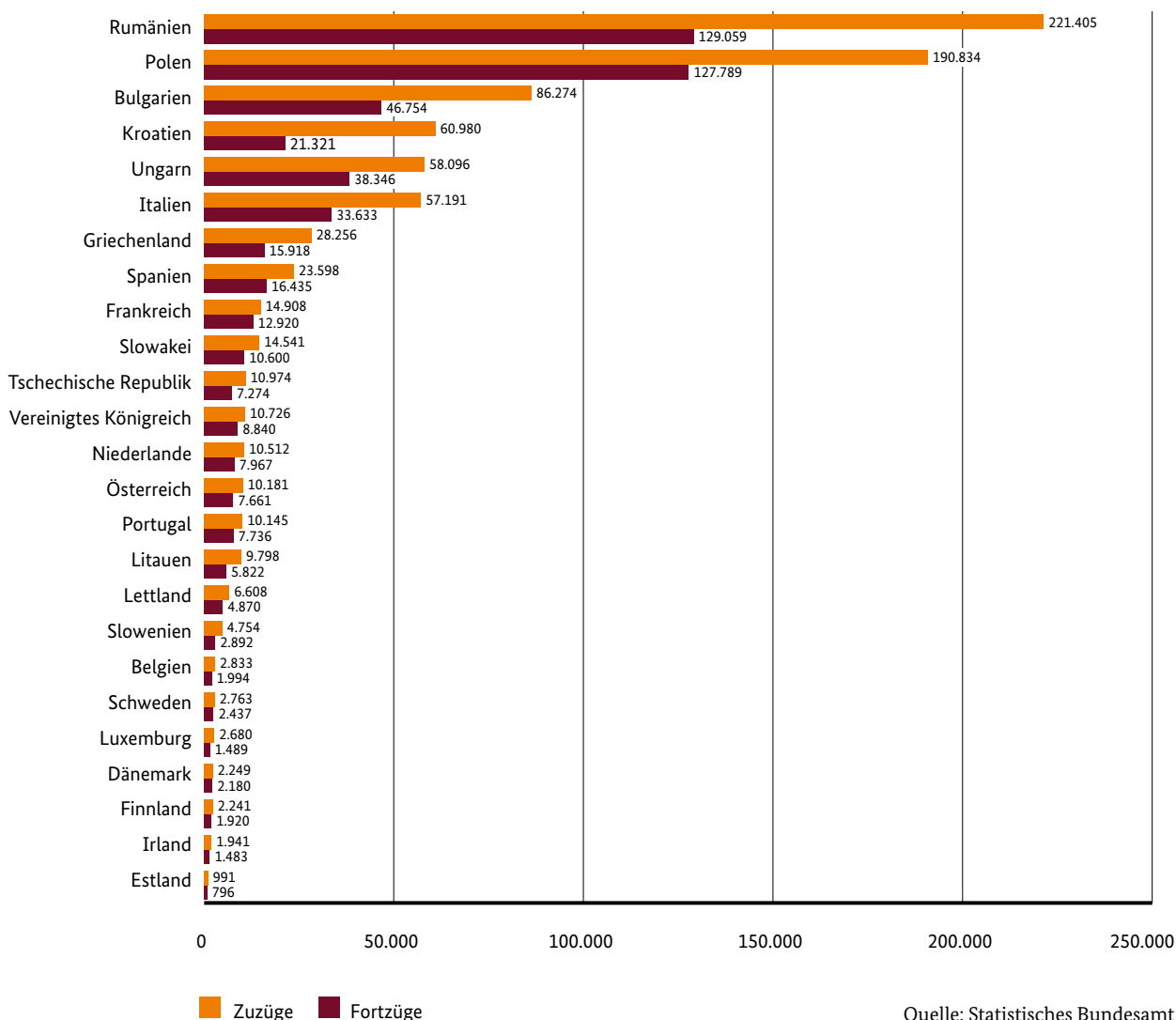
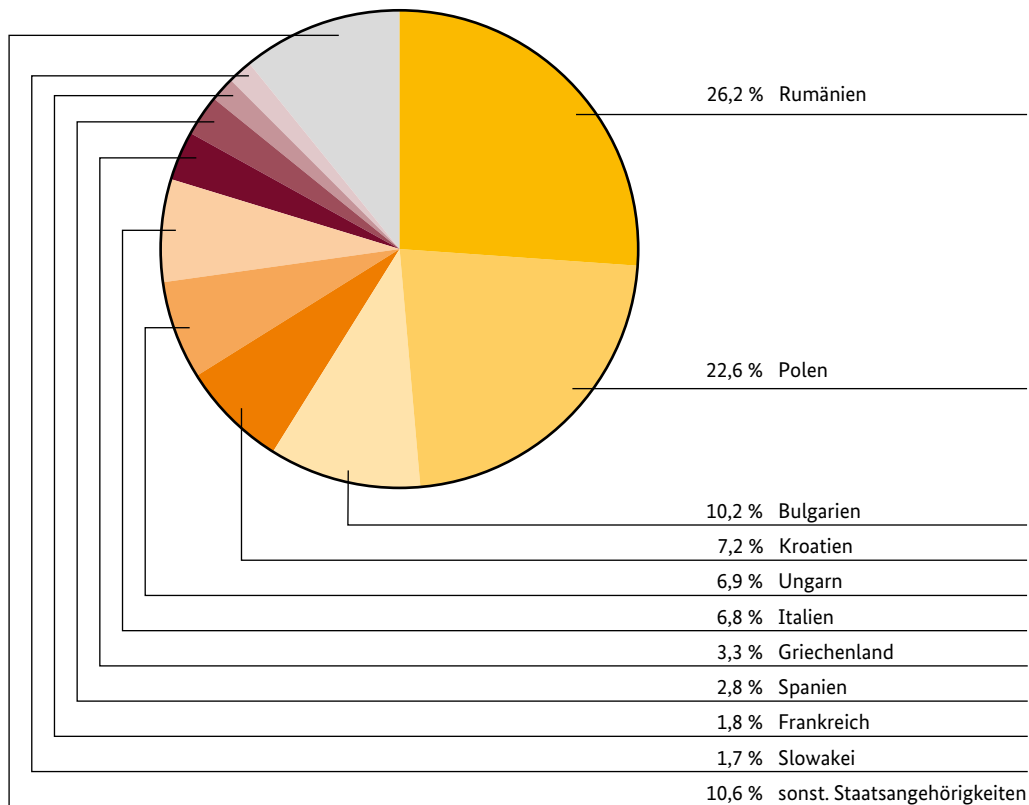


Abbildung 2-2: Zuzüge von Unionsbürgern nach Deutschland im Jahr 2015

Gesamtzahl: 846.039



Quelle: Statistisches Bundesamt

Übergangsregelung keinen Gebrauch gemacht hat, gilt seit dem 1. Juli 2015 auch für kroatische Staatsangehörige die vollständige Arbeitnehmerfreizügigkeit.

Im Jahr 2015 wurden insgesamt 846.039 Zuzüge von Unionsbürgern nach Deutschland registriert (vgl. Tabelle 2-1 im Anhang). Dies entspricht einem Anstieg um 4,5 % im Vergleich zum Vorjahr. Der Anteil der EU-Binnenmigration an der Gesamtzuwanderung betrug damit 39,6 %. Der Anteil ist – trotz des Anstiegs der absoluten Zahl der Zuzüge von Unionsbürgern – damit rückläufig (2014: 55,3 %). Dies liegt am überproportionalen Anstieg der Zuzugszahlen von Drittstaatsangehörigen, insbesondere des starken Zuwachses bei den Asylantragszahlen. Die Zahl der Fortzüge von Unionsbürgern im Jahr 2015 summierte sich auf 518.461. Damit stieg die Abwanderung von Unionsbürgern um 1,3 % gegenüber 2014. Der Anteil der EU-Binnenmigration an der Gesamtabwanderung fiel von 56,0 % auf 52,0 %.

26,2 % der Zuzüge von Unionsbürgern entfielen auf rumänische (221.405 Zuzüge) und 22,6 % auf polnische Staatsangehörige (190.834 Zuzüge). Damit stellten Staatsangehörige

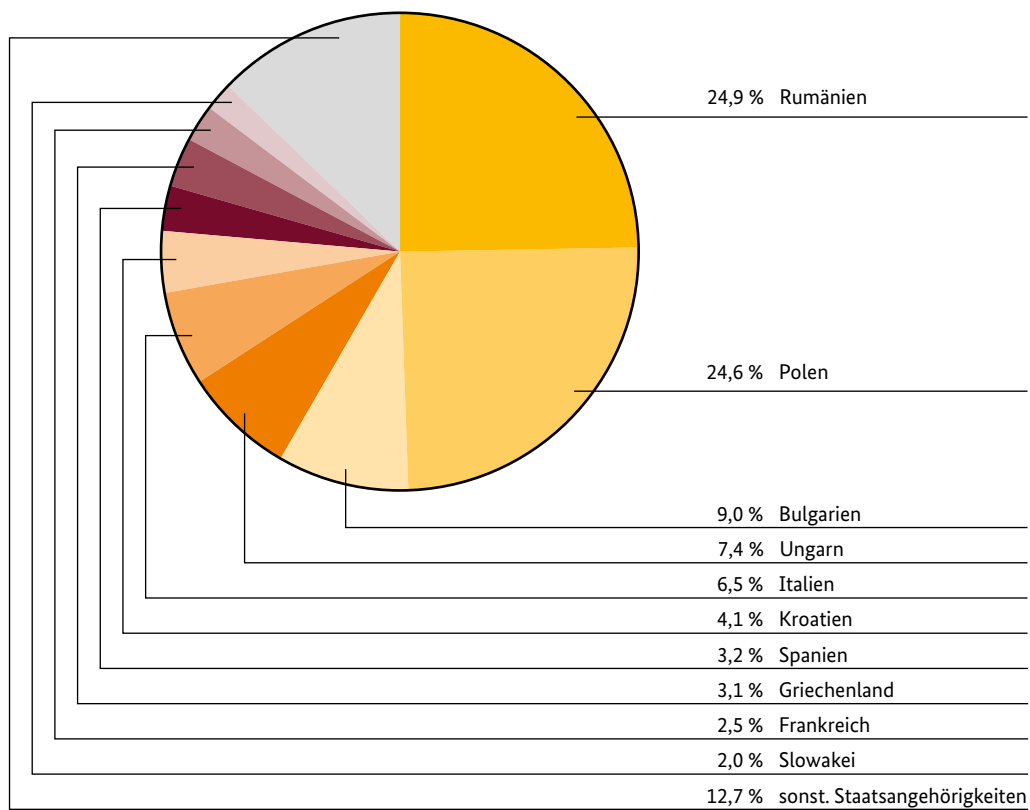
aus diesen beiden Mitgliedstaaten fast die Hälfte aller Zuzüge im Rahmen der EU-Binnenmigration. Weitere bedeutende Gruppen sind Staatsangehörige aus Bulgarien mit 10,2 % (86.274 Zuzüge), Kroatien mit 7,2 % (60.980 Zuzüge), Ungarn mit 6,9 % (58.096 Zuzüge) und Italien mit 6,8 % (57.191 Zuzüge) (vgl. Abbildung 2-2 und Tabelle 2-1 im Anhang).

24,9 % der Fortzüge entfielen auf Staatsangehörige aus Rumänien (129.059 Fortzüge), 24,6 % auf polnische Staatsangehörige (127.789 Fortzüge). Damit stellten Staatsangehörige aus diesen beiden Mitgliedstaaten auch bei den Fortzügen fast die Hälfte der Gesamtabwanderung im Rahmen der EU-Binnenmigration. 9,0 % der Fortzüge bildeten bulgarische (46.754 Fortzüge), 7,4 % ungarische (38.346 Fortzüge) und 6,5 % italienische (33.633 Fortzüge) Staatsangehörige (vgl. Abbildung 2-3 und Tabelle 2-1 im Anhang).

Insgesamt ergab sich im Jahr 2015 ein positiver Wanderungssaldo zwischen Deutschland und den anderen 27 EU-Staaten (+327.578), der im Vergleich zum Vorjahr erneut angestiegen ist (2014: +297.919) (vgl. Abbildung 2-4). Während jedoch der Wanderungssaldo gegenüber den

Abbildung 2-3: Fortzüge von Unionsbürgern aus Deutschland im Jahr 2015

Gesamtzahl: 518.461



Quelle: Statistisches Bundesamt

zum 1. Januar 2007 beigetretenen Mitgliedstaaten (EU-2-Staaten) (Wanderungsgewinn: +131.866 Zuzüge), den zum 1. Mai 2004 beigetretenen Staaten (EU-10-Staaten) (+98.442 Zuzüge) sowie gegenüber Kroatien (Wanderungsgewinn: +39.659 Zuzüge) deutlich gestiegen ist, war der Wanderungsüberschuss gegenüber den alten EU-Staaten (EU-14-Staaten) im Vergleich zum Vorjahr rückläufig (vgl. Abbildung 2-4 und Tabelle 2-1 im Anhang).

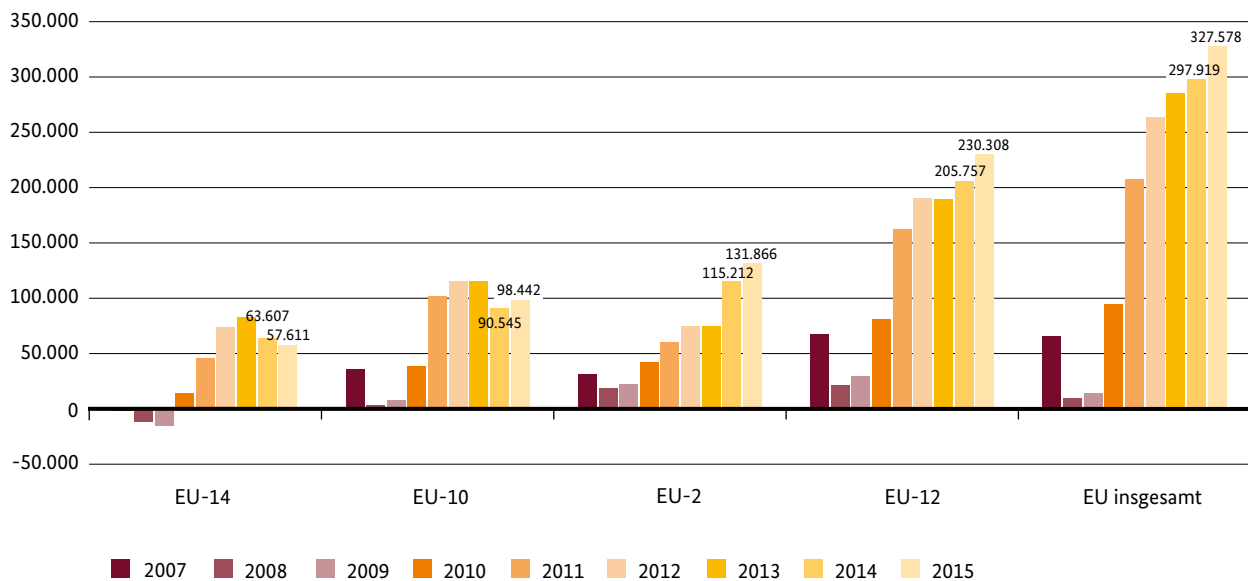
Gegenüber sämtlichen EU-Staaten konnte ein positiver Wanderungssaldo verzeichnet werden. Deutlich fiel dieser Überschuss insbesondere bei Staatsangehörigen aus Rumänien³⁸ (+92.3246), Polen (+63.045), Kroatien (+39.659), Bulgarien (+39.520) und Italien (+23.558) aus.

Der von Mitte der 1990er Jahre bis 2009 festzustellende Trend, dass mehr Staatsangehörige aus den ehemaligen

Anwerbestaaten in ihre Herkunftsländer zurückkehrten als von dort nach Deutschland zuzogen, ist seit dem Jahr 2010 unterbrochen. Allerdings ist der Wanderungsgewinn im Jahr 2015 im Vergleich zum Vorjahr – mit Ausnahme Italiens – gegenüber Griechenland (2015: +12.338; 2014: +12.372), Spanien (2015: +7.163; 2014: +11.020) und Portugal (2015: +2.409; 2014: +3.074) wieder rückläufig (vgl. Tabelle 2-1 im Anhang).

³⁸ Von 2015 auf 2016 (Stand jeweils 30. Juni) ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus Rumänien und Bulgarien um 31 % bzw. 27 % angestiegen. Bei kroatischen Staatsangehörigen wurde im selben Zeitraum ein Anstieg um 27 % registriert. Zur Entwicklung der Beschäftigung von Unionsbürgern vgl. Bundesagentur für Arbeit 2016a.

Abbildung 2-4: Nettomigration (Wanderungssaldo) von Unionsbürgern (EU-14, EU-10, EU-2, EU-12¹, EU insgesamt²) in den Jahren von 2007 bis 2015



Quelle: Statistisches Bundesamt

1) EU-12: Dabei handelt es sich um die zum 1. Mai 2004 der EU beigetretenen Staaten Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern (EU-10) sowie die zum 1. Januar 2007 beigetretenen Staaten Bulgarien und Rumänien (EU-2).

2) In „EU insgesamt“ für das Jahr 2013 ist Kroatien, dass der EU zum 1. Juli 2013 beigetreten ist, bereits enthalten.

3

Die einzelnen Zuwanderergruppen

3.1 Überblick über die einzelnen Zuwanderergruppen

In Kapitel 3 wird das Migrationsgeschehen in Deutschland nach den einzelnen Formen der Zuwanderung differenziert. Die jeweiligen Migrationsarten unterscheiden sich rechtlich hinsichtlich der Einreise (z. B. Visumfreiheit bzw. -pflicht) und des Aufenthaltsstatus. Die folgenden Arten der Zuwanderung sind zu unterscheiden:

- Zuwanderung zum Zweck der Erwerbstätigkeit (Kapitel 3.2),
- Zuwanderung zum Zweck des Studiums und der Ausbildung (Kapitel 3.3),
- Einreise und Aufenthalt aus völkerrechtlichen, politischen und humanitären Gründen (Kapitel 3.4),
- Familien- und Ehegattennachzug zu deutschen Staatsangehörigen und zu Drittstaatsangehörigen (Kapitel 3.5),
- Zuwanderung von Drittstaatsangehörigen aus sonstigen Gründen (Kapitel 3.6),
- Spätaussiedlerzuwanderung (Kapitel 3.7) und
- Rückkehr deutscher Staatsangehöriger (Kapitel 3.8).

Es ist darauf hinzuweisen, dass sich bei einem Vergleich der Gesamtzuzugszahl aus der Wanderungstatistik mit der kumulierten Zahl der verschiedenen Zuwanderergruppen auf Basis der jeweiligen Spezialstatistiken eine Differenz ergibt. Dies ist vor allem auf die unterschiedlichen Erhebungsgrundlagen (z. B. fall- vs. personenbezogene Erfassung) der einzelnen Statistiken, aber auch auf Erfassungsunterschiede zurückzuführen.³⁹

³⁹ Vgl. dazu Lederer 2004: 102 ff.

Tabelle 3-1 gibt einen Überblick über die jährliche Größenordnung der einzelnen Zuwanderungsarten seit Beginn der 1990er Jahre. Daran anschließend werden in den einzelnen Unterkapiteln sowohl die rechtlichen Grundlagen als auch die quantitative Entwicklung der Migrationsarten dargestellt.

3.2 Einreise und Aufenthalt zum Zweck der Erwerbstätigkeit⁴⁰

Die Einreise und der Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zum Zweck der Erwerbstätigkeit sind insbesondere in den §§ 18 bis 21 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) und in der Beschäftigungsverordnung (BeschV) geregelt. Beim Zugang zum Arbeitsmarkt gelten jeweils unterschiedliche Regelungen für Drittstaatsangehörige sowie für Unionsbürger und Angehörige der übrigen Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums⁴¹ und der Schweiz. Freizügigkeitsberechtigte Unionsbürger sowie Bürger der Staaten Island, Liechtenstein, Norwegen und der Schweiz

⁴⁰ Der Migrationsbericht betrachtet das Zuwanderungsgeschehen Deutschlands im Jahr 2015, weshalb sich die in diesem Kapitel ausgewiesenen Zuwanderungszahlen auf das gesamte Einreisejahr 2015 beziehen. Hierfür wurden die Daten des Ausländerzentralregisters zum Abfragezeitpunkt 31.03.2016 ausgewertet. Daher sind auch Drittstaatsangehörige enthalten, die noch im Jahr 2015 eingereist sind, aber erst im ersten Quartal des Jahres 2016 einen Aufenthaltstitel zum Zweck der Erwerbstätigkeit erhalten haben. In BAMF 2016a steht dagegen der Zeitpunkt der Erteilung des Aufenthaltstitels im Vordergrund, weswegen diese Fälle dort nicht aufgeführt und die genannten Daten somit nicht vergleichbar sind.

⁴¹ Island, Liechtenstein und Norwegen.

Tabelle 3-1: Zuwanderergruppen 1991 bis 2015¹

| | EU-Binnen- migration ² | Familien- nachzug | (Spät-) Aussiedler einschl. Familien- angehörige | Jüdische Zuwanderer | Asylbewerber | Humanitäre Aufnahme nach § 22 AufenthG, § 25 Abs.4 AufenthG & Resettlement- Programm | Erwerbs- migration nach §§ 18-21 AufenthG | Bildungs- ausländer (Studien- anfänger) ³ |
|------|--------------------------------------|----------------------|--|------------------------|--------------|---|--|---|
| 1991 | 128.142 | - | 221.995 | - | 256.112 | - | - | - |
| 1992 | 120.445 | - | 230.565 | - | 438.191 | - | - | - |
| 1993 | 117.115 | - | 218.888 | 16.597 | 322.599 | - | - | 26.149 |
| 1994 | 139.382 | - | 222.591 | 8.811 | 127.210 | - | - | 27.922 |
| 1995 | 175.977 | - | 217.898 | 15.184 | 127.937 | - | - | 28.223 |
| 1996 | 171.804 | - | 177.751 | 15.959 | 116.367 | - | - | 29.391 |
| 1997 | 150.583 | - | 134.419 | 19.437 | 104.353 | - | - | 31.123 |
| 1998 | 135.908 | 62.992 | 103.080 | 17.788 | 98.644 | - | - | 34.760 |
| 1999 | 135.268 | 70.750 | 104.916 | 18.205 | 95.113 | - | - | 39.905 |
| 2000 | 130.683 | 75.888 | 95.615 | 16.538 | 78.564 | - | - | 45.652 |
| 2001 | 120.590 | 82.838 | 98.484 | 16.711 | 88.278 | - | - | 53.183 |
| 2002 | 110.610 | 85.305 | 91.416 | 19.262 | 71.124 | - | - | 58.480 |
| 2003 | 98.709 | 76.077 | 72.885 | 15.442 | 50.563 | - | - | 60.113 |
| 2004 | 266.355 | 65.935 | 59.093 | 11.208 | 35.607 | - | - | 58.247 |
| 2005 | 286.047 | 53.213 | 35.522 | 5.968 | 28.914 | - | 18.415 | 55.773 |
| 2006 | 289.235 | 50.300 | 7.747 | 1.079 | 21.029 | - | 30.188 | 53.554 |
| 2007 | 343.851 | 42.219 | 5.792 | 2.502 | 19.164 | - | 29.803 | 53.759 |
| 2008 | 335.914 | 39.717 | 4.362 | 1.436 | 22.085 | - | 30.601 | 58.350 |
| 2009 | 348.909 | 42.756 | 3.360 | 1.088 | 27.649 | - | 26.386 | 60.910 |
| 2010 | 398.451 | 40.210 | 2.350 | 1.015 | 41.332 | - | 29.768 | 66.413 |
| 2011 | 532.395 | 40.975 | 2.148 | 986 | 45.741 | - | 38.083 | 72.886 |
| 2012 | 623.407 | 40.843 | 1.820 | 458 | 64.539 | 4.488 | 38.745 | 79.537 |
| 2013 | 707.771 | 44.311 | 2.427 | 246 | 109.580 | 4.999 | 33.648 | 86.170 |
| 2014 | 809.807 | 50.564 | 5.649 | 237 | 173.072 | 7.210 | 37.283 | 92.916 |
| 2015 | 846.039 | 72.659 | 6.118 | 378 | 441.899 | 7.927 | 38.836 | 99.087 |

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesverwaltungsamt, Auswärtiges Amt,
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Bundesagentur für Arbeit

- 1) Eine Addition der Zuwanderergruppen zu einer Gesamtsumme ist aufgrund unterschiedlicher Erhebungskriterien (z. B. Fall- vs. Personenstatistik) und Doppelzählungen (z. B. EU-Binnenmigration und Saisonarbeitnehmer aus EU-Staaten) nicht möglich. Vgl. dazu jeweils die folgenden Unterkapitel.
- 2) Bis 2003: EU-14; 2004 bis 2006: EU-24; ab 2007 bis 2012: EU-26; ab 2013: EU-27; jeweils ohne Deutsche.
- 3) Hierbei handelt es sich um Bildungsausländer (siehe Kap. 3.3.1), die sich im jeweiligen Berichtsjahr erstmalig an einer deutschen Hochschule immatrikuliert haben.

und grundsätzlich auch ihre begleitenden oder nachziehenden Familienangehörige benötigen für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit keinen Aufenthaltstitel nach dem Aufenthaltsgesetz (vgl. Kap. 2).

Staatsangehörige aus den neuen EU-Mitgliedstaaten

Für Kroatien, das seit dem 1. Juli 2013 der EU angehört, war der Arbeitsmarktzugang nach der sogenannten „2+3+2-Regelung“ zunächst für zwei Jahre eingeschränkt. Da Deutschland nur von der ersten Phase Gebrauch gemacht hat, besteht seit dem 1. Juli 2015 auch für kroatische Staatsangehörige die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit.

Für Arbeitnehmer aus Kroatien galten für die Dauer der Übergangsregelungen bis zum 30. Juni 2015 die bisherigen Grundlagen des Arbeitsgenehmigungsrechts grundsätzlich weiter. Sie benötigten für Tätigkeiten, für die noch die Arbeitserlaubnispflicht galt, eine Arbeitserlaubnis-EU. Als Unionsbürger benötigten sie jedoch weder ein Einreisevisum noch einen Aufenthaltstitel.⁴²

Drittstaatsangehörige

Drittstaatsangehörige dürfen eine Erwerbstätigkeit nur ausüben, wenn der Aufenthaltstitel sie hierzu berechtigt (§ 4 Abs. 2 und 3 AufenthG). Ein Aufenthaltstitel zum Zweck der Beschäftigung in Deutschland kann nur erteilt werden, wenn ein konkretes Arbeitsplatzangebot vorliegt. Ausländische Arbeitnehmer erhalten für die Dauer ihrer Beschäftigung grundsätzlich eine Aufenthaltserlaubnis, sofern der Aufenthalt drei Monate überschreitet. Kürzere Beschäftigungen sind auch mit dem für diesen Aufenthaltswert erteilten Visum möglich.⁴³

Nach §§ 1 Abs. 1, 18 Abs. 1 AufenthG orientiert sich die Zulassung ausländischer Beschäftigter an den Erfordernissen des Wirtschaftsstandortes Deutschland unter Berücksichtigung der Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt. § 18 Abs. 2 AufenthG beinhaltet den Grundsatz, dass einem Ausländer ein Aufenthaltstitel zur Ausübung einer Beschäftigung erteilt werden kann, wenn die Bundesagentur für Arbeit zugestimmt hat oder durch Rechtsverordnung oder zwischenstaatliche Vereinbarung bestimmt ist, dass

die Ausübung der Beschäftigung ohne Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit zulässig ist.⁴⁴ Mit Verweis auf die Beschäftigungsverordnung bzw. zwischenstaatliche Vereinbarungen differenzieren § 18 Abs. 3 und Abs. 4 nach Beschäftigungen ohne und mit qualifizierter Berufsausbildung.

Die Bundesagentur für Arbeit kann der Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 18 AufenthG zustimmen, wenn sich durch die Beschäftigung von Ausländern keine nachteiligen Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt ergeben und für die Beschäftigung deutsche Arbeitnehmer sowie Ausländer, die diesen hinsichtlich der Arbeitsaufnahme rechtlich gleichgestellt sind oder die nach dem Recht der EU einen Anspruch auf vorrangigen Zugang zum Arbeitsmarkt haben, nicht zur Verfügung stehen (§ 39 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 AufenthG, sog. Vorrangprüfung). Die individuelle Vorrangprüfung entfällt, wenn die Bundesagentur für Arbeit für einzelne Berufsgruppen oder Wirtschaftszweige festgestellt hat, dass die Besetzung der offenen Stellen mit ausländischen Bewerbern arbeitsmarkt- und integrationspolitisch verantwortbar ist (§ 39 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 AufenthG). Der Ausländer, dem eine Aufenthaltserlaubnis zur Ausübung einer Beschäftigung erteilt wird, darf nicht zu ungünstigeren Arbeitsbedingungen als vergleichbare inländische Arbeitnehmer beschäftigt werden (§ 39 Abs. 2 S. 1 letzter Halbsatz AufenthG, sog. Vergleichbarkeitsprüfung). Die Zustimmung zur Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis kann die Dauer und die berufliche Tätigkeit festlegen und die Beschäftigung auf bestimmte Betriebe oder Bezirke beschränken (§ 39 Abs. 4 AufenthG). Die Vergleichbarkeit der Beschäftigungsbedingungen wird auch dann geprüft, wenn eine Ausnahme von der Vorrangprüfung gilt. Die Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit zur Ausübung einer Beschäftigung wird durch die zuständige Ausländerbehörde bzw. durch die zuständige Auslandsvertretung in einem behördeninternen Verfahren („one-stop-government“) eingeholt.⁴⁵

Für ausländische Wissenschaftler existiert die auf einer EU-Richtlinie basierende Aufenthaltserlaubnis zu Forschungszwecken nach § 20 AufenthG (vgl. Kap. 3.2.4).

42 Für Unionsbürger und ihre Familienangehörigen, die auch Drittstaatsangehörige sein können, findet das Freizügigkeitsgesetz/EU Anwendung. Einreise und Aufenthalt von sonstigen Drittstaatsangehörigen regelt dagegen das Aufenthaltsgesetz.

43 Durch die Reformen der letzten Jahre sieht die OECD Deutschland als eines der Länder mit den geringsten Beschränkungen für die beschäftigungsorientierte Zuwanderung hochqualifizierter Fachkräfte. Vgl. OECD 2013, vgl. auch Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration 2014: 45 ff. Einen Vergleich bietet auch Humpert 2015.

44 Keiner Zustimmung der BA zu einem Aufenthaltstitel zum Zweck der Beschäftigung benötigen etwa Führungskräfte nach § 3 BeschV sowie Wissenschaftler, Forscher und Lehrkräfte nach § 5 BeschV.

45 Für die Einreise zur Arbeitsaufnahme benötigt der ausländische Arbeitnehmer aus einem Drittstaat in der Regel ein Visum, das von der deutschen Auslandsvertretung für längstens 90 Tage erteilt wird. Voraussetzung für die Visaerteilung ist die Zusage über die Zustimmung zu einem Aufenthaltstitel zur Ausübung einer Beschäftigung durch die zuständige Arbeitsagentur. In Deutschland muss der ausländische Arbeitnehmer dann vor Ablauf des Visums einen Aufenthaltstitel bei der zuständigen Ausländerbehörde beantragen.

Für Hochqualifizierte besteht in besonderen Fällen die Möglichkeit der sofortigen Erteilung einer Niederlassungserlaubnis nach § 19 AufenthG. Daneben regelt das Aufenthaltsgesetz ausdrücklich die Zuwanderung Selbständiger (§ 21 AufenthG) (vgl. dazu Kap. 3.2.5) und es besteht seit dem 1. August 2012 die Möglichkeit der Erteilung einer Blauen Karte EU (vgl. dazu Kap. 3.2.3).

Weiterhin kann Absolventen inländischer Hochschulen, die sich mit einem Aufenthaltstitel nach § 16 Abs. 1 in Deutschland aufgehalten haben, zur Suche nach einer dem Hochschulabschluss angemessenen Arbeit die Aufenthaltserlaubnis für bis zu 18 Monate verlängert werden (§ 16 Abs. 4 AufenthG); während dieser Zeit besteht ein uneingeschränkter Arbeitsmarktzugang.

Absolventen ausländischer Hochschulen kann eine Aufenthaltserlaubnis zur Suche nach einem der Qualifikation angemessenen Arbeitsplatz für bis zu sechs Monate erteilt werden (§ 18c AufenthG).⁴⁶ Die Sicherung des Lebensunterhalts muss dabei gewährleistet sein. Eine Erwerbstätigkeit ist in dieser Zeit nicht gestattet.

Nach § 18c Abs. 3 AufenthG haben seit dem 6. September 2013 auch Ausländer, die sich bereits zum Zweck der Erwerbstätigkeit im Bundesgebiet aufhalten, die Möglichkeit, eine Aufenthaltserlaubnis nach § 18c Abs. 1 AufenthG zur Arbeitsplatzsuche zu erhalten.⁴⁷

Es wurden bisher nur wenige Aufenthaltserlaubnisse zur Arbeitsplatzsuche nach § 18c AufenthG erteilt; im Jahr 2015 waren es laut Ausländerzentralregister (AZR) 132 (2014: 125). Dies liegt daran, dass die betroffenen Personen überwiegend mit Langzeitvisa einreisen und deshalb regelmäßig keine Eintragung im allgemeinen Datenbestand des AZR erfolgt.⁴⁸ In den deutschen Auslandsvertretungen wurden 2015 insgesamt 1.448 D-Visa⁴⁹ zur Arbeitsplatzsuche erteilt (2014: 1.116).⁵⁰

⁴⁶ § 18c AufenthG galt zunächst bis zum 31. Juli 2016. Durch die Aufhebung von Artikel 6 Abs. 2 des Gesetzes zur Umsetzung der Hochqualifizierten-Richtlinie vom 1. Juni 2012 (BGBl. 2012 Teil I Nr. 24: 1224) durch das Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung vom 27. Juli 2015 (BGBl. 2015 Teil I Nr. 32: 1386) wurde diese Befristung gestrichen.

⁴⁷ Bis dahin galt diese Regelung nur für Personen, die zur Arbeitsplatzsuche aus dem Ausland eingereist sind.

⁴⁸ Vgl. BAMF 2016a.

⁴⁹ Bei einem D-Visum handelt es sich um ein nationales Visum, das in der Regel für einen Zeitraum von mehr als 90 Tagen (bis max. ein Jahr) erteilt wird, Art. 18 SDÜ.

⁵⁰ Vgl. die BT-Drs. 18/9477.

3.2.1 Fachkräfte und sonstige Formen der Arbeitsmigration

Im Jahr 2015 wurden insgesamt 105.996 Zustimmungen zur Ausübung einer Beschäftigung für Drittstaatsangehörige von der Bundesagentur für Arbeit erteilt, darunter ca. 90.000 Zustimmungen nach den Regelungen der BeschV.⁵¹ Damit stieg die Zahl der Zustimmungen im Vergleich zum Vorjahr (2014: 67.795 Zustimmungen) um 56,4 %.

An Drittstaatsangehörige, die im Jahr 2015 eingereist sind, wurden 29.822 Aufenthaltserlaubnisse zum Zweck der Erwerbstätigkeit nach § 18 AufenthG erteilt (vgl. Tabelle 3-2). Damit sind im Vergleich zum Vorjahr (29.696 erteilte Aufenthaltserlaubnisse) etwa gleich viele Drittstaatsangehörige zum Zweck der Erwerbstätigkeit nach § 18 AufenthG nach Deutschland eingereist. Im Jahr 2012 wurden noch 34.587 Aufenthaltserlaubnisse zum Zweck der Erwerbstätigkeit nach § 18 AufenthG erteilt. Der deutliche Rückgang zwischen 2012 und 2013 ist zum einen darauf zurückzuführen, dass kroatische Staatsangehörige seit dem Beitritt zur EU am 1. Juli 2013 keine Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Erwerbstätigkeit mehr benötigen,⁵² zum anderen auf die Einführung der Blauen Karte EU zum 1. August 2012. Seit dem erhalten viele Fachkräfte aus Drittstaaten statt einer Aufenthaltserlaubnis nach § 18 Abs. 4 AufenthG eine Blaue Karte EU nach § 19a AufenthG (vgl. Tabellen 3-13 und 3-17).⁵³

Die größten Gruppen ausländischer Arbeitnehmer (nach § 18 AufenthG), die im Jahr 2015 eingereist sind, waren Staatsangehörige aus den Vereinigten Staaten (3.638 Personen), Indien (3.510 Personen), Bosnien-Herzegowina (3.432 Personen), Serbien (inkl. ehem. Serbien und Montenegro) (2.620 Personen) und China (2.226 Personen) (vgl. Tabelle 3-2, Abbildung 3-1 und Karte 3-1).

Betrachtet man die im Jahr 2015 zum Zweck der Beschäftigung nach § 18 AufenthG eingereisten Drittstaatsangehörigen nach ihrer Qualifikation, so zeigt sich, dass fast zwei Drittel von ihnen eine qualifizierte Beschäftigung nach § 18 Abs. 4 AufenthG aufgenommen haben. Während bei Staatsangehörigen aus Indien, China, Japan, der Türkei und der Republik Korea überproportional viele Personen eine Aufenthaltserlaubnis zur Ausübung einer

⁵¹ Zu Zustimmungszahlen für 2015 im Einzelnen vgl. Bundesagentur für Arbeit 2016a: Tabelle 9.

⁵² Kroatische Staatsangehörige waren seit 1. Juli 2013 freizügigkeitsberechtigt, benötigten bis 30. Juni 2015 (Ablauf der ersten Phase der Übergangsmaßnahmen zur Arbeitnehmerfreizügigkeit) noch eine Arbeitserlaubnis-EU.

⁵³ Zur Zuwanderung von Fachkräften aus Drittstaaten siehe auch Mayer 2013.

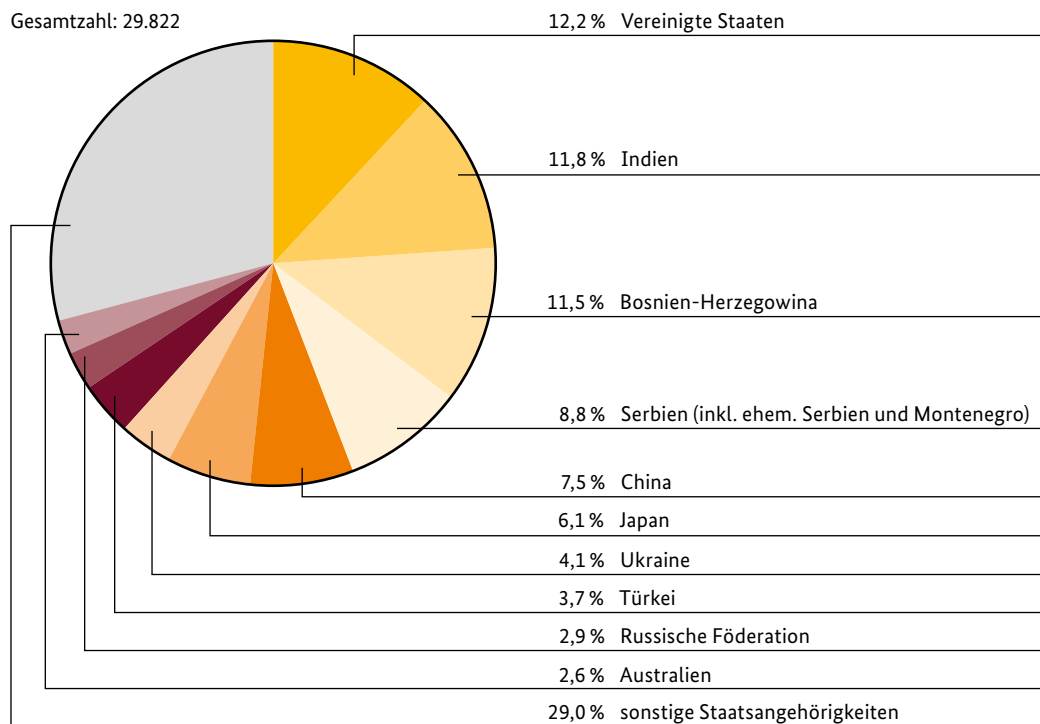
Tabelle 3-2: Zur Ausübung einer Beschäftigung nach § 18 AufenthG in den Jahren von 2010 bis 2015 eingereiste Drittstaatsangehörige nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten

| Staatsangehörigkeit | 2010 | | | 2011 | | | 2012 | | |
|--|---------------|----------------|-------------------|---------------|----------------|-------------------|---------------|----------------|-------------------|
| | insgesamt | dar.: weiblich | Frauenanteil in % | insgesamt | dar.: weiblich | Frauenanteil in % | insgesamt | dar.: weiblich | Frauenanteil in % |
| Vereinigte Staaten | 3.368 | 1.198 | 35,6 | 3.838 | 1.282 | 33,4 | 3.482 | 1.245 | 35,8 |
| Indien | 3.404 | 496 | 14,6 | 4.720 | 619 | 13,1 | 4.318 | 602 | 13,9 |
| Bosnien-Herzegowina | 1.621 | 51 | 3,1 | 2.748 | 58 | 2,1 | 3.268 | 64 | 2,0 |
| Serbien (inkl. ehem. Serbien und Montenegro) | 1.688 | 71 | 4,2 | 2.130 | 108 | 5,1 | 1.900 | 94 | 4,9 |
| China | 2.707 | 747 | 27,6 | 3.137 | 930 | 29,6 | 3.052 | 809 | 26,5 |
| Japan | 1.585 | 257 | 16,2 | 1.855 | 370 | 19,9 | 1.715 | 312 | 18,2 |
| Ukraine | 1.231 | 897 | 72,9 | 1.346 | 946 | 70,3 | 1.320 | 950 | 72,0 |
| Türkei | 912 | 196 | 21,5 | 1.209 | 196 | 16,2 | 1.473 | 177 | 12,0 |
| Russische Föderation | 1.411 | 947 | 67,1 | 1.553 | 966 | 62,2 | 1.329 | 860 | 64,7 |
| Australien | 496 | 210 | 42,3 | 550 | 226 | 41,1 | 513 | 234 | 45,6 |
| sonstige Staatsangehörigkeiten | 9.875 | 3.947 | 40,0 | 12.963 | 4.184 | 32,3 | 12.217 | 4.029 | 33,0 |
| Insgesamt | 28.298 | 9.017 | 31,9 | 36.049 | 9.885 | 27,4 | 34.587 | 9.376 | 27,1 |

| Staatsangehörigkeit | 2013 | | | 2014 | | | 2015 | | |
|--|---------------|----------------|-------------------|---------------|----------------|-------------------|---------------|----------------|-------------------|
| | insgesamt | dar.: weiblich | Frauenanteil in % | insgesamt | dar.: weiblich | Frauenanteil in % | insgesamt | dar.: weiblich | Frauenanteil in % |
| Vereinigte Staaten | 3.681 | 1.342 | 36,5 | 3.644 | 1.378 | 37,8 | 3.638 | 1.393 | 38,3 |
| Indien | 3.277 | 439 | 13,4 | 3.920 | 576 | 14,7 | 3.510 | 556 | 15,8 |
| Bosnien-Herzegowina | 2.881 | 161 | 5,6 | 3.483 | 399 | 11,5 | 3.432 | 455 | 13,3 |
| Serbien (inkl. ehem. Serbien und Montenegro) | 1.834 | 115 | 6,3 | 2.283 | 183 | 8,0 | 2.620 | 280 | 10,7 |
| China | 2.611 | 771 | 29,5 | 2.774 | 752 | 27,1 | 2.226 | 736 | 33,1 |
| Japan | 1.606 | 298 | 18,6 | 1.751 | 330 | 18,8 | 1.806 | 367 | 20,3 |
| Ukraine | 975 | 720 | 73,8 | 1.204 | 875 | 72,7 | 1.224 | 900 | 73,5 |
| Türkei | 1.133 | 158 | 13,9 | 1.115 | 183 | 16,4 | 1.111 | 180 | 16,2 |
| Russische Föderation | 1.020 | 678 | 66,5 | 797 | 556 | 69,8 | 854 | 577 | 67,6 |
| Australien | 579 | 235 | 40,1 | 662 | 266 | 40,2 | 765 | 317 | 41,4 |
| sonstige Staatsangehörigkeiten | 7.239 | 3.496 | 48,3 | 8.063 | 3.883 | 48,2 | 8.636 | 4.459 | 51,6 |
| Insgesamt | 26.836 | 8.413 | 31,3 | 29.696 | 9.381 | 31,6 | 29.822 | 10.220 | 34,3 |

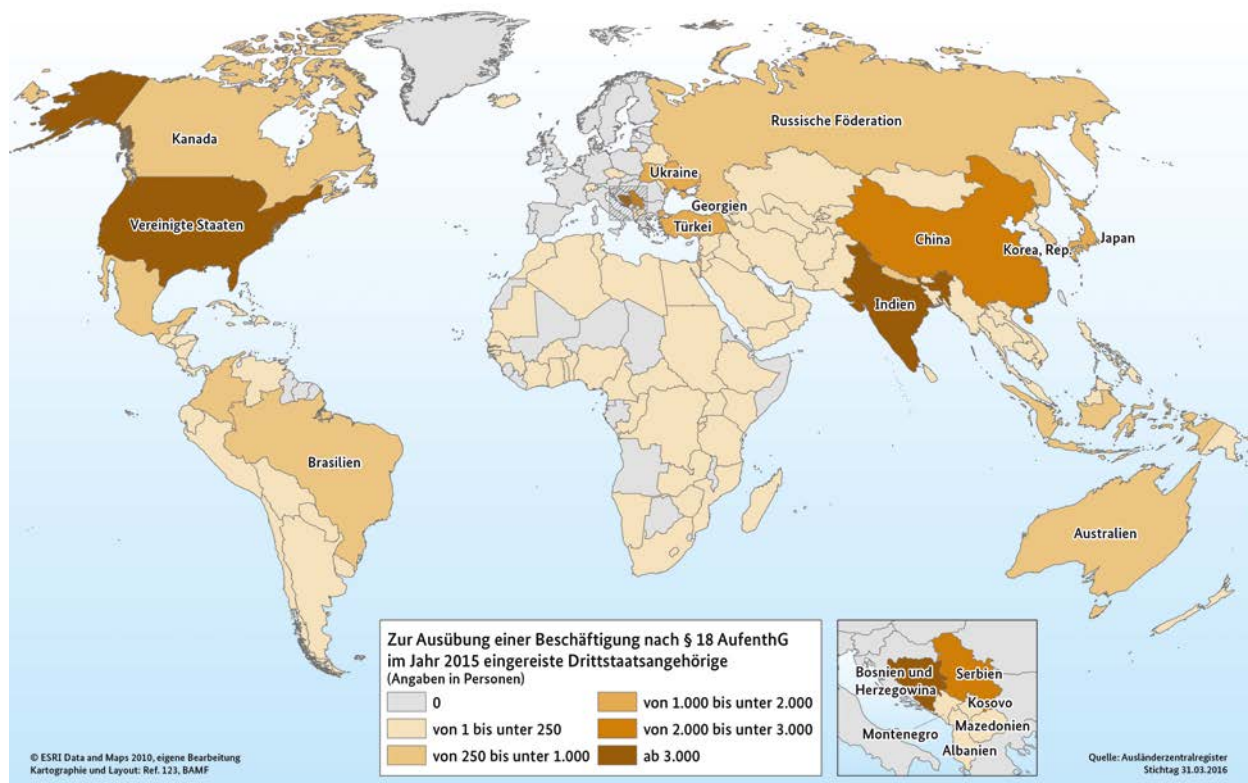
Quelle: Ausländerzentralregister

Abbildung 3-1: Zur Ausübung einer Beschäftigung nach § 18 AufenthG im Jahr 2015 eingereiste Ausländer nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten



Quelle: Ausländerzentralregister

Karte 3-1: Zur Ausübung einer Beschäftigung nach § 18 AufenthG im Jahr 2015 eingereiste Drittstaatsangehörige



Quelle: Ausländerzentralregister

qualifizierten Beschäftigung erhielten, hat die Mehrheit der ukrainischen, australischen und georgischen Staatsangehörigen eine Beschäftigung aufgenommen, die keine qualifizierte Berufsausbildung erfordert (§ 18 Abs. 3 AufenthG) (vgl. Tabelle 3-3).

Ein Drittel (34,3 %) aller Aufenthaltserlaubnisse zum Zweck der Beschäftigung wurde an Frauen erteilt. Bei Drittstaatsangehörigen aus der Russischen Föderation stellten Frauen sogar etwa zwei Drittel (67,6 %) aller im Jahr 2015 eingereisten Beschäftigten, im Falle der Ukraine waren es fast drei Viertel (73,5 %), bei georgischen Staatsangehörigen vier Fünftel. Der hohe Frauenanteil dieser drei Länder lässt sich durch die Zahl der Au-Pair-Beschäftigten aus diesen Herkunftsländern erklären (siehe hierzu unten den Unterpunkt „Au-Pair-Beschäftigte“

in Kap. 3.2.1). Im Unterschied dazu sind Frauen im Falle Serbiens, Bosnien-Herzegowinas, Indiens und der Türkei deutlich unterrepräsentiert.

Bei Beschäftigungen, die keine qualifizierte Berufsausbildung voraussetzen, ist im Vergleich zur Gesamtheit der Beschäftigten ein deutlich höherer Frauenanteil festzustellen (56,3 %) (vgl. Tabelle 3-4). Dagegen ist ihr Anteil bei qualifizierten Beschäftigungen mit etwa einem Fünftel (22,0 %) deutlich geringer.

Insgesamt lebten am 31. Dezember 2015 in Deutschland 94.712 ausländische Staatsangehörige mit einem Aufenthaltstitel nach § 18 AufenthG (Ende 2014: 90.204 Personen), davon etwa drei Viertel (75,9 %) mit einem Aufenthaltstitel für eine qualifizierte Beschäftigung.

Tabelle 3-3: Zur Ausübung einer Beschäftigung nach § 18 AufenthG im Jahr 2015 eingereiste Ausländer nach Qualifikation und den häufigsten Staatsangehörigkeiten

| | keine qualifizierte Beschäftigung (§ 18 Abs. 3 AufenthG) | | qualifizierte Beschäftigung nach Rechtsverordnung (§ 18 Abs. 4 S. 1 AufenthG) | | qualifizierte Beschäftigung im öffentlichen Interesse (§ 18 Abs. 4 S. 2 AufenthG) | | Beschäftigung allgemein (§ 18 AufenthG) | | Beschäftigung nach § 18 AufenthG insgesamt |
|--|--|-------------|---|-------------|---|------------|---|------------|--|
| | absolut | in % | absolut | in % | absolut | in % | absolut | in % | |
| Vereinigte Staaten | 1.412 | 38,8 | 2.152 | 59,2 | 71 | 2,0 | 3 | 0,1 | 3.638 |
| Indien | 112 | 3,2 | 3.325 | 94,7 | 37 | 1,1 | 36 | 1,0 | 3.510 |
| Bosnien-Herzegowina | 1.037 | 30,2 | 2.354 | 68,6 | 25 | 0,7 | 16 | 0,5 | 3.432 |
| Serbien (inkl. ehem. Serbien und Montenegro) | 927 | 35,4 | 1.672 | 63,8 | 9 | 0,3 | 12 | 0,5 | 2.620 |
| China | 343 | 15,4 | 1.825 | 82,0 | 46 | 2,1 | 12 | 0,5 | 2.226 |
| Japan | 267 | 14,8 | 1.522 | 84,3 | 16 | 0,9 | 1 | 0,1 | 1.806 |
| Ukraine | 975 | 79,7 | 237 | 19,4 | 6 | 0,5 | 6 | 0,5 | 1.224 |
| Türkei | 108 | 9,7 | 965 | 86,9 | 35 | 3,2 | 3 | 0,3 | 1.111 |
| Russische Föderation | 386 | 45,2 | 440 | 51,5 | 21 | 2,5 | 7 | 0,8 | 854 |
| Australien | 557 | 72,8 | 204 | 26,7 | 3 | 0,4 | 1 | 0,1 | 765 |
| Korea, Republik | 98 | 14,2 | 586 | 85,1 | 4 | 0,6 | 1 | 0,1 | 689 |
| Kanada | 305 | 45,9 | 334 | 50,3 | 23 | 3,5 | 2 | 0,3 | 664 |
| Georgien | 557 | 93,1 | 36 | 6,0 | 1 | 0,2 | 4 | 0,7 | 598 |
| Brasilien | 198 | 33,2 | 376 | 63,1 | 19 | 3,2 | 3 | 0,5 | 596 |
| Mexiko | 145 | 30,0 | 332 | 68,6 | 5 | 1,0 | 2 | 0,4 | 484 |
| sonstige Staatsangehörigkeiten | 3.270 | 58,3 | 2.187 | 39,0 | 126 | 2,2 | 22 | 0,4 | 5.605 |
| Insgesamt | 10.697 | 35,9 | 18.547 | 62,2 | 447 | 1,5 | 131 | 0,4 | 29.822 |

Quelle: Ausländerzentralregister

Tabelle 3-4: Zur Ausübung einer Beschäftigung nach § 18 AufenthG im Jahr 2015 eingereiste Ausländer nach Qualifikation, den häufigsten Staatsangehörigkeiten und Geschlecht

| | keine qualifizierte Beschäftigung (§ 18 Abs. 3 AufenthG) | | qualifizierte Beschäftigung nach Rechtsverordnung (§ 18 Abs. 4 S. 1 AufenthG) | | qualifizierte Beschäftigung im öffentlichen Interesse (§ 18 Abs. 4 S. 2 AufenthG) | | Beschäftigung allgemein (§ 18 AufenthG) | | Beschäftigung nach § 18 AufenthG insgesamt | |
|--|--|--------------|---|--------------|---|------------|---|-----------|--|---------------|
| | dar.: weiblich | | dar.: weiblich | | dar.: weiblich | | dar.: weiblich | | dar.: weiblich | |
| Vereinigte Staaten | 1.412 | 649 | 2.152 | 713 | 71 | 31 | 3 | 0 | 3.638 | 1.393 |
| Indien | 112 | 70 | 3.325 | 474 | 37 | 10 | 36 | 2 | 3.510 | 556 |
| Bosnien-Herzegowina | 1.037 | 151 | 2.354 | 293 | 25 | 11 | 16 | 0 | 3.432 | 455 |
| Serbien (inkl. ehem. Serbien und Montenegro) | 927 | 91 | 1.672 | 185 | 9 | 4 | 12 | 0 | 2.620 | 280 |
| China | 343 | 263 | 1.825 | 461 | 46 | 9 | 12 | 3 | 2.226 | 736 |
| Japan | 267 | 146 | 1.522 | 219 | 16 | 2 | 1 | 0 | 1.806 | 367 |
| Ukraine | 975 | 804 | 237 | 90 | 6 | 3 | 6 | 3 | 1.224 | 900 |
| Türkei | 108 | 25 | 965 | 149 | 35 | 6 | 3 | 0 | 1.111 | 180 |
| Russische Föderation | 386 | 340 | 440 | 226 | 21 | 9 | 7 | 2 | 854 | 577 |
| Australien | 557 | 241 | 204 | 75 | 3 | 1 | 1 | 0 | 765 | 317 |
| Korea, Republik | 98 | 68 | 586 | 126 | 4 | 1 | 1 | 0 | 689 | 195 |
| Kanada | 305 | 141 | 334 | 110 | 23 | 8 | 2 | 0 | 664 | 259 |
| Georgien | 557 | 449 | 36 | 17 | 1 | 1 | 4 | 4 | 598 | 471 |
| Brasilien | 198 | 154 | 376 | 108 | 19 | 7 | 3 | 0 | 596 | 269 |
| Mexiko | 145 | 116 | 332 | 80 | 5 | 1 | 2 | 0 | 484 | 197 |
| sonstige Staatsangehörigkeiten | 3.270 | 2.316 | 2.187 | 719 | 126 | 25 | 22 | 8 | 5.605 | 3.068 |
| Insgesamt | 10.697 | 6.024 | 18.547 | 4.045 | 447 | 129 | 131 | 22 | 29.822 | 10.220 |

Quelle: Ausländerzentralregister

3.2.1.1 Akademische Berufe

Zentraler Aufenthaltstitel für Akademiker ist die Blaue Karte EU (vgl. Kap. 3.2.3). Daneben besteht die Möglichkeit, einem Drittstaatsangehörigen einen Aufenthaltstitel nach § 18 AufenthG i. V. m. § 2 Abs. 3 BeschV zu erteilen. Danach können ausländische Staatsangehörige mit einem anerkannten ausländischen Hochschulabschluss oder einem ausländischen Hochschulabschluss, der mit einem deutschen Hochschulabschluss vergleichbar ist, die Zustimmung zu einem Aufenthaltstitel zur Ausübung einer ihrer Qualifikation entsprechenden Beschäftigung erhalten (bis 30. Juni 2013: § 27 Abs. 1 Nr. 1 BeschV). Im Gegensatz zu den Erteilungsvoraussetzungen der Blauen Karte EU ist bei einem Aufenthaltstitel gemäß § 18 AufenthG i. V. m. § 2 Abs. 3 BeschV kein Mindesteinkommen erforderlich. Die Bundesagentur für Arbeit muss aber der Beschäftigung zustimmen. Anders als bei der Zustimmung zu der Blauen

Karte EU in Engpassberufen mit niedriger Gehaltsgrenze setzt eine Zustimmung hier sowohl die Vorrangprüfung als auch die Prüfung der Vergleichbarkeit der Beschäftigungsbedingungen mit denen vergleichbarer inländischer Arbeitnehmer voraus. Diese Regelung ist somit für die Fälle vorgesehen, die die Gehaltsgrenzen für die Blaue Karte EU nicht erfüllen.⁵⁴

⁵⁴ Die bis 30. Juni 2013 geltende Regelung des § 27 Abs. 1 Nr. 2 BeschV alt (IT-Fachkräfte) wurde nicht in die neue Verordnung übernommen. IT-Fachkräfte mit Hochschulausbildung haben seit dem 1. August 2012 die Möglichkeit, die Blaue Karte EU in Engpassberufen in Anspruch zu nehmen oder eine Aufenthaltserlaubnis nach § 18 Abs. 4 AufenthG zu erhalten. Diejenigen IT-Fachkräfte, die keinen Hochschulabschluss aber einen qualifizierten, in Deutschland anerkannten Berufsabschluss vorweisen können, können – falls der entsprechende Beruf auf der Positivliste der Bundesagentur für Arbeit enthalten ist – auf der Grundlage des § 6 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 BeschV Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten.

Absolventen deutscher Auslandsschulen mit einem anerkannten oder einem deutschen Hochschulabschluss vergleichbaren ausländischen Hochschulabschluss (§ 7 Nr. 1 BeschV) benötigen keine Zustimmung zu einem Aufenthaltstitel zwecks entsprechender Beschäftigung. Auch bei Hochqualifizierten mit inländischem Hochschulabschluss ist die Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit nicht mehr erforderlich (§ 2 Abs. 1 Nr. 3 BeschV).⁵⁵

Die folgenden Zahlen zeigen die Entwicklung der Zuwanderung dieser Fachkräfte in den Jahren von 2006 bis 2015.

Im Jahr 2015 wurden 4.962 Zustimmungen nach § 2 Abs. 3 BeschV zur Beschäftigung in akademischen Berufen erteilt (2014: 4.182). Ein Großteil der Akademiker, denen bis 31. Juli 2012 noch eine Aufenthaltserlaubnis nach § 18 Abs. 4 AufenthG i. V. m. § 27 Abs. 1 Nr. 1 BeschV alt erteilt wurde, erhält seit der Neuregelung zum 1. August 2012 (Umsetzung der Hochqualifizierten-Richtlinie) eine Blaue Karte EU und fällt nicht mehr unter diese Regelung.

Hauptherkunftsland der hier betrachteten Akademiker ist Indien, das 24,0 % dieser Hochqualifizierten stellt. Weitere wichtige Herkunftsländer sind China (15,0 %), die Russische Föderation (6,6 %) und die Ukraine (5,8 %).

⁵⁵ Zur Erwerbstätigkeit und Bleibeabsichten ausländischer Hochschulabsolventen deutscher Hochschulen vgl. Hanganu/Heß 2014.

3.2.1.2 Leitende Angestellte und Spezialisten

Nach § 18 AufenthG i. V. m. § 4 BeschV kann leitenden Angestellten und Spezialisten die Zustimmung zu einem Aufenthaltstitel zur Ausübung einer qualifizierten Beschäftigung erteilt werden. Dies gilt zum einen für leitende Angestellte und Spezialisten eines im Inland ansässigen Unternehmens für eine qualifizierte Beschäftigung in diesem Unternehmen (§ 4 S. 1 Nr. 1 BeschV), die über besondere, vor allem unternehmensspezifische Spezialkenntnisse verfügen, zum anderen für leitende Angestellte für eine Beschäftigung in einem auf Basis zwischenstaatlicher Vereinbarungen gegründeten deutsch-ausländischen Gemeinschaftsunternehmen (§ 4 S. 1 Nr. 2 BeschV). Die Zustimmung wird ohne Vorrangprüfung erteilt.

Im Jahr 2015 wurden 1.205 Zustimmungen an leitende Angestellte und Personen mit unternehmensspezifischen Spezialkenntnissen erteilt (vgl. Tabelle 3-6). Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der Zustimmungen damit um 20,5 % gesunken (2014: 1.515 Zustimmungen).⁵⁶ Hauptherkunftsländer im Jahr 2015 waren China (23,6 % der Zustimmungen), Indien (19,4 %), die Russische Föderation (11,0 %) und Brasilien (7,6 %).

⁵⁶ Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass die Zahlen ab dem Jahr 2012 nur eingeschränkt mit denen der Vorjahre vergleichbar sind. Es ist zu vermuten, dass der Rückgang darauf zurückzuführen ist, dass einem Teil der Drittstaatsangehörigen, denen bis einschließlich Juli 2012 eine Zustimmung nach § 28 BeschV alt erteilt wurde, seit August 2012 eine Blaue Karte EU ausgestellt wird.

Tabelle 3-5: Akademische Berufe in den Jahren 2006 bis 2015 (Zustimmungen nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten)

| Staatsangehörigkeit | Fachkräfte nach § 2 Abs. 3 BeschV (bis Ende 2008: § 27 Nr. 2 BeschV; von 2009 bis 7/2012: § 27 Nr. 1 BeschV; von 8/2012 bis 6/2013: § 27 Abs. 1 Nr. 1 BeschV) | | | | | | | | | |
|--------------------------------|---|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|
| | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 |
| Indien | 165 | 248 | 730 | 543 | 807 | 2.241 | 2.563 | 1.043 | 1.213 | 1.189 |
| China | 264 | 344 | 318 | 223 | 275 | 456 | 412 | 266 | 542 | 744 |
| Russische Föderation | 122 | 162 | 161 | 176 | 233 | 452 | 381 | 261 | 258 | 326 |
| Ukraine | 55 | 103 | 86 | 94 | 126 | 189 | 220 | 174 | 197 | 286 |
| Syrien | 63 | 94 | 124 | 136 | 187 | 220 | 184 | 105 | 109 | 200 |
| Brasilien | 72 | 95 | 107 | 83 | 109 | 183 | 153 | 113 | 123 | 183 |
| Bosnien-Herzegowina | 21 | 20 | 14 | 20 | 32 | 77 | 79 | 85 | 132 | 180 |
| Serbien | * | 34 | 40 | 43 | 58 | 184 | 214 | 95 | 145 | 164 |
| Türkei | 96 | 112 | 121 | 103 | 149 | 223 | 190 | 97 | 109 | 138 |
| Iran | 25 | 35 | 45 | 34 | 52 | 121 | 122 | 95 | 72 | 116 |
| sonstige Staatsangehörigkeiten | 960 | 927 | 942 | 939 | 1.309 | 2.139 | 2.241 | 1.309 | 1.343 | 1.436 |
| Insgesamt | 1.855 | 2.205 | 2.712 | 2.420 | 3.335 | 6.537 | 6.580 | 3.669 | 4.182 | 4.962 |

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Tabelle 3-6: Leitende Angestellte und Spezialisten in den Jahren 2006 bis 2015 (Zustimmungen nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten)

| Staatsangehörigkeit | Leitende Angestellte und Spezialisten nach § 4 BeschV (bis 6/2013: § 28 Nr. 1 BeschV ¹ alt) | | | | | | | | | |
|--|--|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|
| | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 |
| China | 209 | 336 | 447 | 427 | 594 | 758 | 653 | 561 | 418 | 284 |
| Indien | 71 | 191 | 473 | 783 | 506 | 413 | 547 | 874 | 451 | 234 |
| Russische Föderation | 63 | 66 | 94 | 57 | 67 | 85 | 56 | 59 | 72 | 132 |
| Brasilien | 33 | 56 | 62 | 45 | 36 | 75 | 37 | 51 | 65 | 92 |
| Ukraine | 9 | 23 | 55 | 34 | 39 | 18 | 10 | 21 | 35 | 67 |
| Türkei | 58 | 74 | 113 | 59 | 67 | 81 | 70 | 42 | 51 | 41 |
| Serbien ² | * | 7 | 8 | 10 | 14 | 11 | 16 | 8 | 14 | 27 |
| sonstige Staatsangehörigkeiten | 626 | 763 | 860 | 638 | 611 | 589 | 503 | 435 | 314 | 328 |
| Insgesamt (§ 28 Nr. 1 BeschV alt bzw. § 4 BeschV neu) | 1.175 | 1.626 | 2.189 | 2.150 | 2.060 | 2.177 | 2.146 | 2.425 | 1.515 | 1.205 |

| Leitende Angestellte und Spezialisten nach § 28 Nr. 2 BeschV alt ³ | | | | | | | | | | |
|---|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|
| Insgesamt (§ 28 Nr. 2 BeschV alt) | 145 | 81 | 63 | 62 | 58 | 53 | 21 | 10 | - | - |
| Leitende Angestellte und Spezialisten insgesamt | 1.320 | 1.707 | 2.252 | 2.212 | 2.118 | 2.230 | 2.167 | 2.435 | 1.515 | 1.205 |

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

- 1) § 28 BeschV wurde zum 1. Juli 2013 von § 4 BeschV abgelöst.
 2) Die Staatsangehörigkeiten Serbien und Montenegro sowie Jugoslawien wurden nicht mit eingerechnet, wobei nicht ausgeschlossen werden kann, dass in früheren Jahren aufgrund von Umschlüsselungen ein paar dieser Fälle zu Serbien zählen müssten.
 3) Erfassung bis 30. Juni 2013. Seit 1. Juli 2013 statistisch unter § 4 BeschV mit erfasst.

3.2.1.3 Internationaler Personalaustausch

Nach § 10 Abs. 1 Nr. 1 BeschV⁵⁷ kann die Zustimmung zu einem Aufenthaltstitel zur Ausübung einer Beschäftigung von bis zu drei Jahren an Fachkräfte, die eine Hochschulbildung oder eine vergleichbare Qualifikation besitzen und im Rahmen des Personalaustauschs innerhalb eines international tätigen Unternehmens beschäftigt sind, erteilt werden. Eine Vorrangprüfung findet in diesem Fall nicht statt. Das Gleiche gilt für im Ausland beschäftigte Arbeitnehmer eines international tätigen Unternehmens mit inländischem Konzern- oder Unternehmensteil, wenn die Tätigkeit (im Bundesgebiet) zur Vorbereitung von Auslandsprojekten unabdingbar erforderlich ist, die Arbeitnehmerin bei der Durchführung des Projekts im Ausland tätig wird, über eine mit deutschen Facharbeitern vergleichbare Qualifikation und über besondere, vor allem unternehmensspezifische Spezialkenntnisse verfügt (§ 10 Abs. 1 Nr. 2 BeschV).

⁵⁷ Bis zum 30. Juni 2013 war der Internationale Personalaustausch in § 31 BeschV geregelt.

Im Jahr 2015 wurden 9.111 Zustimmungen für Fachkräfte, die im Rahmen des internationalen Personalaustauschs nach § 10 BeschV in Deutschland eine Beschäftigung aufnehmen, erteilt (vgl. Tabelle 3-7). Dabei sank die Zahl um 2,6 % im Vergleich zum Vorjahr (2014: 9.351 Zustimmungen), welches die höchste Zahl an Zustimmungen im Rahmen des internationalen Personalaustauschs aufwies. Hauptherkunftsland war Indien mit 60,9 % aller Zustimmungen. Darauf folgen China (9,7 %), die Vereinigten Staaten (7,1 %) und Mexiko (6,0 % der Zustimmungen).

3.2.1.4 Ausbildungsberufe

§ 6 BeschV regelt die Voraussetzungen, unter denen ausländische Fachkräfte zur Beschäftigung in Ausbildungsberufen zugelassen werden können. Diese Möglichkeit besteht für die Beschäftigung in allen staatlich anerkannten Ausbildungsberufen mit mindestens zweijähriger Ausbildungsdauer. Die Zustimmungen zur Beschäftigung nach § 6 BeschV erfolgen ohne Vorrangprüfung (§ 6 Abs. 3 BeschV).

Nach § 6 Abs. 1 BeschV kann Ausländern, die im Inland eine qualifizierte Berufsausbildung in einem staatlich an-

Tabelle 3-7: Internationaler Personalaustausch in den Jahren 2006 bis 2015 (Zustimmungen nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten)

| Staatsangehörigkeit | Internationaler Personalaustausch nach § 10 BeschV (bis 6/2013: § 31 Nr. 1 BeschV ¹⁾) | | | | | | | | | |
|--|---|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|
| | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 |
| Indien | 1.710 | 2.225 | 2.558 | 2.195 | 3.031 | 3.724 | 4.238 | 4.696 | 5.449 | 5.548 |
| China | 591 | 740 | 608 | 472 | 645 | 795 | 753 | 796 | 863 | 888 |
| Vereinigte Staaten | 699 | 705 | 726 | 560 | 768 | 719 | 620 | 695 | 639 | 651 |
| Mexiko | 152 | 196 | 224 | 153 | 176 | 222 | 212 | 225 | 870 | 546 |
| Brasilien | 250 | 278 | 238 | 157 | 197 | 271 | 190 | 209 | 209 | 226 |
| Philippinen | 32 | 62 | 71 | 50 | 108 | 130 | 111 | 116 | 99 | 151 |
| Russische Föderation | 107 | 115 | 147 | 74 | 136 | 162 | 144 | 126 | 157 | 146 |
| Türkei | 111 | 105 | 166 | 137 | 95 | 116 | 110 | 117 | 156 | 138 |
| Japan | 187 | 188 | 173 | 150 | 127 | 160 | 151 | 172 | 133 | 118 |
| sonstige Staatsangehörigkeiten | 944 | 805 | 744 | 481 | 649 | 777 | 704 | 663 | 776 | 699 |
| Insgesamt (§ 31 Nr. 1 BeschV alt bzw. § 10 BeschV neu) | 4.783 | 5.419 | 5.655 | 4.429 | 5.932 | 7.076 | 7.233 | 7.815 | 9.351 | 9.111 |
| Internationaler Personalaustausch nach § 31 Nr. 2 BeschV alt ²⁾ | | | | | | | | | | |
| Insgesamt (§ 31 Nr. 2 BeschV alt) | 487 | 403 | 246 | 163 | 211 | 433 | 305 | 101 | - | - |
| Internationaler Personalaus-tausch insgesamt | 5.270 | 5.822 | 5.901 | 4.592 | 6.143 | 7.509 | 7.538 | 7.916 | 9.351 | 9.111 |

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

1) § 31 BeschV wurde zum 1. Juli 2013 von § 10 BeschV abgelöst.

2) Erfassung bis 30. Juni 2013. Seit 1. Juli 2013 statistisch unter § 10 BeschV mit erfasst.

erkannten oder vergleichbar geregelten Ausbildungsberuf abgeschlossen haben, die Zustimmung zur Ausübung einer ihrer beruflichen Qualifikation entsprechenden Beschäftigung erteilt werden. Dies beinhaltet z. B. auch schulische Ausbildungen, die zu einem Abschluss in einem reglementierten Beruf führen (z. B. Erzieher, Gesundheits- und Krankenpfleger). Im Jahr 2015 erhielten 744 Drittstaatsangehörige eine Zustimmung zur Aufnahme einer Beschäftigung nach § 6 Abs. 1 BeschV (2014: 432). Die größten Gruppen darunter waren 104 Personen aus Kenia und 100 aus Vietnam.

Ausländische Fachkräfte, die ihre berufliche Qualifikation im Ausland erworben haben, können bei einem Arbeitsplatzangebot grundsätzlich zur Beschäftigung in staatlich anerkannten oder vergleichbar geregelten Ausbildungsberufen zugelassen werden. Um zu gewährleisten, dass die ausländischen Arbeitnehmer die für eine Beschäftigung als Fachkraft erforderliche Qualifikation besitzen, muss die nach den Regelungen des Bundes oder der Länder für die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse zuständige Stelle die Gleichwertigkeit der im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen mit einer inländischen qualifizierten Berufsausbildung festgestellt haben (§ 6 Abs. 2 BeschV).

Voraussetzung für die Zulassung ist, dass:

- die Fachkräfte von der Bundesagentur für Arbeit auf der Grundlage einer Absprache mit der Arbeitsverwaltung des Herkunftslandes vermittelt worden sind (§ 6 Abs. 2 Nr. 1 BeschV), oder
- die Bundesagentur für Arbeit für den entsprechenden Beruf oder die Berufsgruppe festgestellt hat, dass die Besetzung der offenen Stellen mit ausländischen Bewerbern arbeitsmarkt- und integrationspolitisch verantwortbar ist (§ 39 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 AufenthG, § 6 Abs. 2 Nr. 2 BeschV). Ist dies der Fall, setzt die Bundesagentur für Arbeit den Beruf auf die sogenannte Positivliste. Wesentliche Indikatoren für die Festsetzung der Positivliste sind das Verhältnis von Arbeitssuchenden zu offenen Stellen, die Dauer der Wiederbesetzung einer offenen Stelle sowie die Zahl der sich bereits in Ausbildung befindlichen Personen und der zu erwartenden Altersabgänge. Die Positivliste umfasst seit dem Jahr 2013 Berufsgattungen der Gesundheits- und Pflegeberufe, Mechatronik- und Elektroberufe, gebäude- und versorgungstechnische Berufe sowie Berufe aus dem Verkehrs- und Logistik-

bereich.⁵⁸ Die Positivliste wird auf Basis der halbjährlichen Fachkräfteengpassanalyse der Bundesagentur für Arbeit regelmäßig überprüft. Eine Anpassung der Positivliste soll aber nur dann erfolgen, wenn zwei aufeinanderfolgende Prüfungen der vorliegenden Informationen für eine Änderung der Liste sprechen.

Die Bundesagentur für Arbeit kann die Zustimmung auf bestimmte Herkunftsländer beschränken und am Bedarf orientierte Zulassungszahlen festlegen.

Unter entwicklungspolitischen Gesichtspunkten wurden für die Anwerbung von Pflegefachkräften Einschränkungen aus Staaten festgelegt, in denen ein Mangel an Gesundheitsfachkräften besteht.⁵⁹

Im Jahr 2015 wurde 2.921 Drittstaatsangehörigen eine Zustimmung zur Ausübung einer Beschäftigung nach § 6 Abs. 2 BeschV erteilt, darunter 658 Personen auf Basis der

58 Vgl. die aktuelle Positivliste mit Stand zum 9. September 2016 (Bundesagentur für Arbeit 2016b).

59 Nach § 38 BeschV darf die Anwerbung in Staaten und die Arbeitsvermittlung aus Staaten, die in der Anlage zur BeschV aufgeführt sind, für eine Beschäftigung in Gesundheits- und Pflegeberufen nur von der Bundesagentur für Arbeit durchgeführt werden. Pflegekräfte aus diesen Staaten können zur Beschäftigung zugelassen werden, wenn sie selbst einen Arbeitsplatz finden.

Positivliste. Dies entspricht einem Anstieg um 101,9 % im Vergleich zum Vorjahr (2014: 1.447). Von den 2.921 Zustimmungen nach § 6 Abs. 2 BeschV wurden 1.765 an Staatsangehörige aus Bosnien-Herzegowina (60,4 %) und 760 an serbische Staatsangehörige (26,0 %) erteilt.

Tabelle 3-8: Zustimmungen nach § 6 Abs. 1 BeschV, § 6 Abs. 2 Nr. 1 BeschV und § 6 Abs. 2 Nr. 2 BeschV für Drittstaatsangehörige 2013 bis 2015

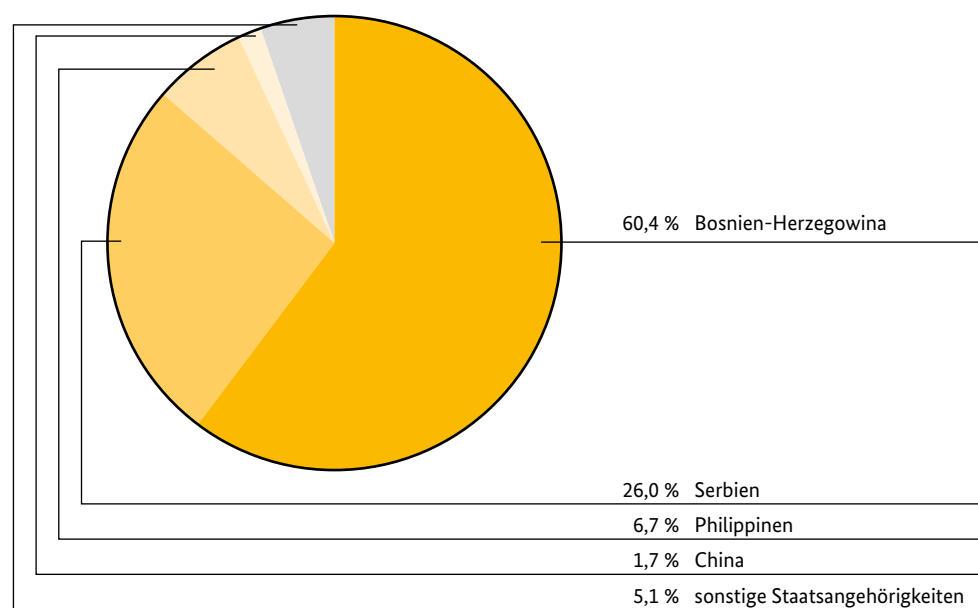
| | § 6 Abs. 1 BeschV (Ausbildungs- berufe inländischer Abschluss) | § 6 Abs. 2 Nr. 1 BeschV (Ausbildungs- berufe ausländischer Abschluss – Vermittlungs- absprache) | § 6 Abs. 2 Nr. 2 BeschV (Ausbildungs- berufe ausländischer Abschluss – Engpassberuf) |
|----------------------------------|---|--|--|
| 2013 (ab 7/2013) ¹ | 173 | 273 | 51 |
| 2014 | 432 | 1.136 | 311 |
| 2015 | 744 | 2.263 | 658 |

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

1) Zum 1. Juli 2013 wurden die Rechtsgrundlagen für die Arbeitsmarktzulassung ausländischer Arbeitnehmer durch den Erlass der neu gegliederten Beschäftigungsverordnung neu beschrieben.

Abbildung 3-2: Zustimmungen nach § 6 Abs. 2 Nr. 1 BeschV und § 6 Abs. 2 Nr. 2 BeschV im Jahr 2015 für Drittstaatsangehörige nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten

Gesamtzahl: 2.921



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

3.2.1.5 Weitere Formen der Arbeitsmigration

Neben den oben genannten existieren noch weitere, in der Beschäftigungsverordnung aufgeführte Regelungen für bestimmte Arbeitsmarktsegmente:

Werkvertragsarbeitnehmer

Bei Werkvertragsarbeitnehmern handelt es sich um Beschäftigte von Firmen mit Sitz im Ausland, die auf Basis eines Werkvertrages in Deutschland arbeiten dürfen. Grundlage dafür bilden zwischenstaatliche Vereinbarungen (sog. Werkvertragsarbeitnehmerabkommen). Diese Vereinbarungen enthalten Beschäftigungskontingente, die jährlich der jeweiligen Arbeitsmarktlage in Deutschland angepasst werden. Die Kontingentvereinbarungen enthalten Arbeitsmarktschutzklauseln. Eine Arbeitsmarktprüfung findet jedoch nicht statt.⁶⁰ Vereinbarungen bestehen mit der Türkei, Serbien,

Bosnien-Herzegowina und Mazedonien (§ 29 Abs. 1 BeschV). Die Vereinbarung mit Kroatien wurde mit Einführung der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit zum 1. Juli 2015 obsolet.

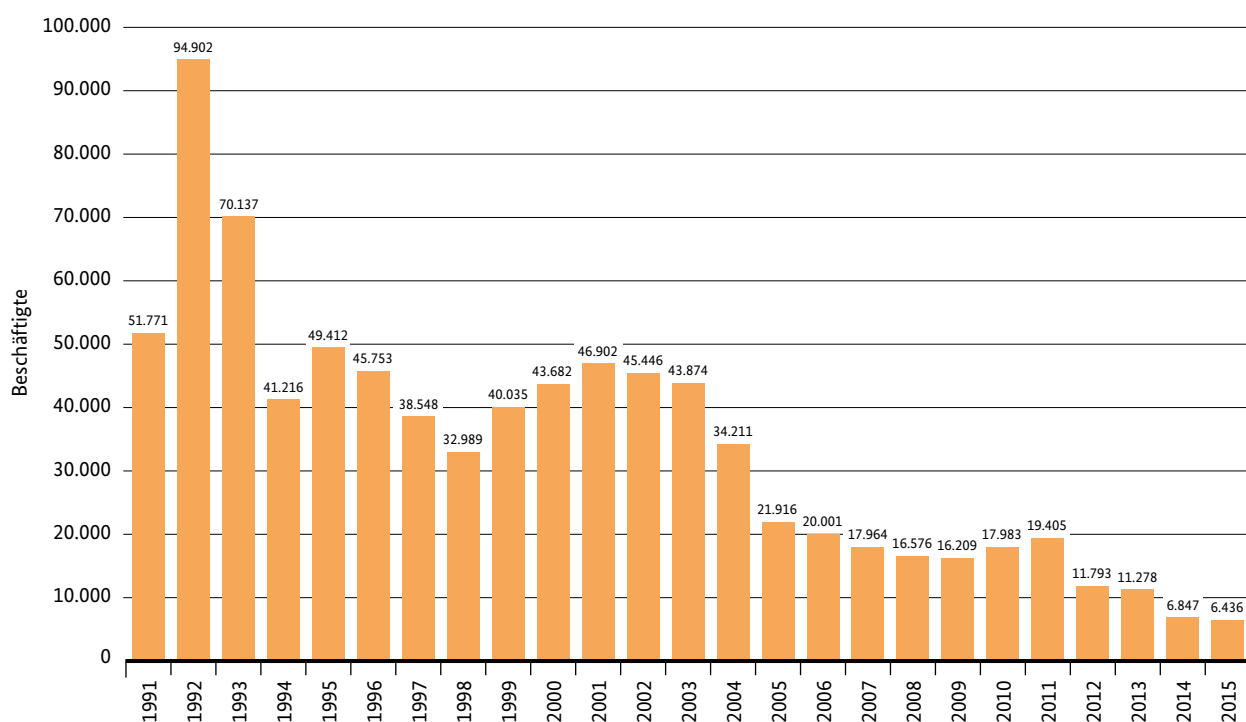
Die statistische Registrierung übernimmt die Bundesagentur für Arbeit; hierbei werden allerdings nicht die Zuzüge, sondern nur die jeweilige Anzahl der beschäftigten Werkvertragsarbeitnehmer pro Monat erfasst, aus der ein jährlicher Durchschnittswert errechnet wird.⁶¹

Aufgrund der Beitritte der meisten Vertragsstaaten zur EU sank die Zahl der ausländischen Werkvertragsarbeitnehmer von circa 95.000 im Jahr 1992 auf weniger als 6.500 im Jahr 2015 (vgl. Abbildung 3-3). Die größte Gruppe stellten im Jahr 2015 Staatsangehörige aus Kroatien (39,6 % bzw. 2.551 Personen), gefolgt von Bosnien-Herzegowina (28,3 % bzw. 1.823 Personen) und Serbien (25,4 % bzw. 1.634 Personen) (vgl. Tabelle 3-39 im Anhang).

60 Vgl. zu den Voraussetzungen für die Beschäftigung von Werkvertragsarbeitnehmern und zum Zulassungsverfahren: Bundesagentur für Arbeit 2015a sowie BAMF/BMI 2016: 44f. Die Regierungsabkommen eröffnen Unternehmen aus den Vertragsstaaten die Möglichkeit, als Auftragnehmer mit eigenem Personal Werkverträge in Deutschland auszuführen, die von ihnen mit deutschen Unternehmen oder einem Unternehmen aus einem anderen EU-Mitgliedstaat geschlossen worden sind. Arbeitnehmer aus den Vertragsstaaten dürfen so bis zu zwei, in Ausnahmefällen bis zu drei Jahre in Deutschland arbeiten (§ 29 Abs. 1 BeschV i.V.m. der jeweiligen bilateralen Vereinbarung). Arbeitnehmern in leitender Position oder Verwaltungspersonal (z. B. Techniker, Bauleiter) kann die Zustimmung zum Aufenthaltstitel bis zu einer Höchstdauer von vier Jahren erteilt werden (§ 29 Abs. 1 BeschV).

61 Wie viele Personen im Rahmen dieser Werkverträge nach Deutschland jährlich einreisen, ist so nicht exakt zu ermitteln. Eine Umrechnung der Anzahl der Beschäftigten auf die Zuzugszahlen ist nur sehr bedingt möglich, da aufgrund der unterschiedlichen Aufenthaltsdauer der Werkvertragsarbeitnehmer eine Gleichsetzung von Beschäftigten und Eingereisten nicht möglich ist.

Abbildung 3-3: Werkvertragsarbeitnehmer in Deutschland von 1991 bis 2015 im Jahresdurchschnitt



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Gastarbeitnehmer

Geregelt ist das Vermittlungsverfahren für Gastarbeitnehmer in § 29 Abs. 2 BeschV. Diese Regelung ermöglicht eine vorübergehende Beschäftigung von Gastarbeitnehmern aus den mittel- und osteuropäischen Staaten zur beruflichen und sprachlichen Fortbildung in Deutschland. Einzelheiten regeln bilaterale Abkommen (Gastarbeitnehmerabkommen⁶²), die insbesondere die Höchstzulassungszahlen (Kontingente⁶³) festlegen.⁶⁴

Nachdem Staatsangehörige aus den neuen EU-Mitgliedstaaten nun keine Arbeitserlaubnis-EU mehr benötigen, sank die Zahl der Vermittlungen von Gastarbeitnehmern auf 15 Personen im Jahr 2015 (Höchststand im Jahr 2000: 5.891 Vermittlungen).

Internationale Abkommen

Nach § 29 Abs. 5 BeschV kann die Zustimmung zu einem Aufenthaltstitel zur Beschäftigung für Personen erteilt werden, die von einem Unternehmen mit Sitz im Ausland ordnungsgemäß beschäftigt werden und auf der Grundlage des Übereinkommens zur Errichtung der Welthandelsorganisation oder anderer für Deutschland völkerrechtlich verbindlicher Freihandelsabkommen der EU oder der EU und ihrer Mitgliedstaaten vorübergehend in das Bundesgebiet entsandt werden. § 29 Abs. 5 BeschV dient der Umsetzung der Verpflichtungen aus dem Allgemeinen Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) und anderer Freihandelsabkommen. Das GATS regelt u. a. die grenzüberschreitende Erbringung von Dienstleistungen durch natürliche Personen. Dabei werden Arbeitnehmer von ihrem Arbeitgeber mit Sitz im Ausland entweder in eine inländische Niederlassung oder unmittelbar zu einem Kunden im Inland entsandt. Neben dem GATS bestehen Freihandelsabkommen mit der Republik Korea, Peru und Kolumbien. Durch die Freihandelsabkommen wird im Zusammenhang mit der Dienstleistungserbringung insbesondere die Zulassung folgender Personengruppen geregelt: Geschäftsreisende, innerbetrieblich Versetzte (Intra Corporate Transferees, ICT) und Erbringer vertraglicher Dienstleistungen.

62 Bei diesen Gastarbeitnehmervereinbarungen handelt es sich um Austauschprogramme, von denen deutsche Arbeitnehmer jedoch kaum Gebrauch machen. Es existieren zwischenstaatliche Vereinbarungen mit Kroatien und der Russischen Föderation. Allerdings ist das Abkommen mit Kroatien seit der Einführung der vollständigen Arbeitnehmerfreizügigkeit zum 1. Juli 2015 gegenstandslos. Ein entsprechendes Abkommen mit Albanien ruht derzeit.

63 Die Kontingente werden jedoch kaum ausgeschöpft.

64 Zu den Voraussetzungen der Beschäftigung von Gastarbeitnehmern vgl. BAMF/BMI 2015: 54.

Im Jahr 2015 wurden 4.249 Zustimmungen nach § 29 Abs. 5 BeschV erteilt. Dies bedeutet einen Anstieg um 19,5 % im Vergleich zum Vorjahr (2014: 3.556 Zustimmungen). Dabei wurden 3.463 Zustimmungen oder 81,5 % aller Zustimmungen nach § 29 Abs. 5 BeschV an indische Staatsangehörige erteilt. An chinesische Staatsangehörige wurden 215, an US-amerikanische Staatsangehörige 115 Zustimmungen erteilt.⁶⁵

Grenzarbeitnehmer (Grenzgängerbeschäftigung)

Grenzgänger fallen nach der verwendeten Definition nicht unter den Begriff der Migranten, da sie ihren Lebensmittelpunkt nicht über die Grenzen ihres Heimatstaates hinaus verlagern. Die gewohnte räumliche und damit auch soziale Umgebung bleibt erhalten. Da Grenzgänger ihren Wohnsitz nicht über die Grenze verlagern, gehen sie auch nicht in die Wanderungsstatistik ein.

Nach § 27 BeschV kann einem Drittstaatsangehörigen, der sich in einem an das Bundesgebiet angrenzenden Staat rechtmäßig aufhält und mindestens einmal wöchentlich dorthin zurückkehrt, eine Grenzgängerkarte für die Ausübung einer Erwerbstätigkeit oder eines Studiums ausgestellt werden. Die Ausstellung einer Grenzgängerkarte bedarf der Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit, es sei denn die Ausübung der Beschäftigung ist ohne Zustimmung der BA zulässig. Zum Zweck der Beschäftigung wurden im Jahr 2015 nach § 27 BeschV 126 Grenzgängerkarten ausgestellt (2014: 85 Grenzgängerkarten).

Au-Pair-Beschäftigte

Nach § 12 BeschV kann die Zustimmung zu einem Aufenthaltstitel zum Zweck der Beschäftigung als Au-Pair für Personen mit Grundkenntnissen der deutschen Sprache erteilt werden. Die Au-Pair-Beschäftigten müssen unter 27 Jahre alt (bis 30. Juni 2013: unter 25 Jahre) und in einer Gastfamilie, in der Deutsch als Muttersprache gesprochen wird, tätig sein.⁶⁶

Die Zustimmung zu einer Aufenthaltserlaubnis kann bis zu einer Geltungsdauer von einem Jahr erteilt werden. Eine Vorrangprüfung findet nicht statt. Eine erneute Zulassung als Au-Pair ist nicht möglich, auch dann nicht, wenn die Höchstdauer von einem Jahr nicht ausgeschöpft wurde.

65 Vgl. Tollenaere 2014: 238–262.

66 Wird in der Familie Deutsch als Familiensprache gesprochen, kann die Zustimmung erteilt werden, wenn der oder die Beschäftigte nicht aus einem Heimatland der Gasteltern stammt. Diese Regelung gilt seit dem 1. Juli 2013. Vgl. Bundesagentur für Arbeit 2015b.

Tabelle 3-9: Au-Pair-Beschäftigte nach § 12 BeschV (bis 6/2013: § 20 BeschV) in den Jahren 2006 bis 2015
(Zustimmungen nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten)

| Staatsangehörigkeit | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 |
|--------------------------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|
| Ukraine | 1.855 | 1.489 | 1.133 | 1.118 | 1.155 | 1.103 | 1.067 | 1.067 | 1.179 | 1.200 |
| Georgien | 1.444 | 761 | 725 | 721 | 701 | 800 | 792 | 836 | 818 | 904 |
| Russische Föderation | 1.610 | 1.415 | 1.128 | 1.058 | 1.026 | 863 | 729 | 651 | 481 | 521 |
| Kolumbien | 125 | 102 | 118 | 223 | 294 | 331 | 373 | 451 | 471 | 495 |
| Vereinigte Staaten | 131 | 162 | 207 | 254 | 266 | 227 | 237 | 379 | 447 | 450 |
| China | 284 | 354 | 431 | 413 | 425 | 397 | 393 | 397 | 436 | 414 |
| Madagaskar | 22 | 54 | 86 | 70 | 66 | 106 | 171 | 197 | 239 | 315 |
| sonstige Staatsangehörigkeiten | 4.311 | 4.043 | 3.902 | 3.649 | 3.565 | 2.968 | 2.568 | 2.758 | 3.218 | 3.402 |
| Insgesamt | 9.782 | 8.380 | 7.730 | 7.506 | 7.498 | 6.795 | 6.330 | 6.736 | 7.289 | 7.701 |

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Die Bundesagentur für Arbeit hat im Jahr 2015 7.701 derartige Zustimmungen erteilt (vgl. Tabelle 3-9). Im Vergleich zum Vorjahr (2014: 7.289 Zustimmungen) stieg die Zahl der Zustimmungen um 5,7 %. Von den im Jahr 2015 erteilten Zustimmungen entfielen 1.200 Zustimmungen auf Staatsangehörige aus der Ukraine (2014: 1.179), 904 Zustimmungen gingen an Staatsangehörige aus Georgien (2014: 818) und 521 an russische Staatsangehörige (2014: 481).

Bestimmte Berufsgruppen mit speziellen Qualifikationen

Ausnahmen im Aufenthalts- und Beschäftigungsrecht gelten in engen Grenzen auch für bestimmte Berufsgruppen mit speziellen Qualifikationen.

So kann beispielsweise Lehrkräften zur Erteilung muttersprachlichen Unterrichts in Schulen (§ 11 Abs. 1 BeschV) eine Zustimmung mit einer Geltungsdauer von bis zu fünf Jahren erteilt werden. Im Jahr 2015 wurden von der Bundesagentur für Arbeit 217 Zustimmungen an Sprachlehrer aus Drittstaaten erteilt (2014: 246 Zustimmungen).

Spezialitätenköchen (§ 11 Abs. 2 BeschV) kann die Zustimmung für die Ausübung einer Vollzeitbeschäftigung mit einer Geltungsdauer von bis zu vier Jahren erteilt werden. Bis zum 1. August 2015 wurde die erstmalige Zustimmung für längstens ein Jahr erteilt. An Spezialitätenköche ergingen im Jahr 2015 3.436 Zustimmungen (2014: 3.600), davon 2.367 an chinesische (68,9 %), 754 an indische (21,9 %) und 191 an thailändische (5,6 %) Spezialitätenköche.

Künstler und Artisten

Nach § 25 BeschV kann Künstlern und Artisten aus Drittstaaten eine Zustimmung zu einem Aufenthaltstitel zum Zweck der Beschäftigung erteilt werden. Im Jahr 2015 hat

die Bundesagentur für Arbeit 1.373 Aufenthaltserlaubnissen zum Zweck der Beschäftigung für Künstler zugestimmt (2014: 1.391 Zustimmungen).

Bestimmte Staatsangehörige

Bestimmte Staatsangehörige können, soweit für die betreffenden Arbeitsplätze keine bevorrechtigten inländischen Arbeitskräfte vorhanden sind und die Arbeitsbedingungen nicht ungünstiger als die vergleichbarer inländischer Arbeitnehmer sind, zu grundsätzlich jeder Beschäftigung im Bundesgebiet zugelassen werden (§ 26 BeschV). Dies betrifft Bürger aus Andorra, Australien, Israel, Japan, Kanada, der Republik Korea (seit 1. Juli 2013), Monaco, Neuseeland, San Marino und den Vereinigten Staaten.

Im Jahr 2015 wurden 7.885 Zustimmungen zu einem Aufenthaltstitel zum Zweck der Beschäftigung für Staatsangehörige aus diesen Staaten erteilt. Dies ist ein Anstieg im Vergleich zum Vorjahr um 14,2 % (2014: 6.902 Zustimmungen). 42,9 % der Zustimmungen im Jahr 2015 wurden an Staatsangehörige aus den Vereinigten Staaten erteilt (3.383 Zustimmungen), sowie etwas mehr als ein Viertel (26,0 %) an Staatsangehörige aus Japan (2.050 Zustimmungen) (vgl. Tabelle 3-10).

Durch die „Verordnung zum Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz“, die am 28. Oktober 2015 in Kraft trat, wurde § 26 BeschV um Absatz 2 ergänzt.⁶⁷ Danach kann für Staatsangehörige von Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien in den Jahren 2016 bis 2020 eine Zustimmung zur Ausübung jeder Beschäftigung erteilt werden. Die Zustimmung darf jedoch nur erteilt werden, wenn der Antrag auf Erteilung des Aufenthaltstitels bei der jeweils zuständigen deutschen Auslands-

⁶⁷ BGBl. 2015 Teil I Nr. 41: 1789–1791.

vertretung im Herkunftsstaat gestellt wurde. Die Zustimmung darf nicht erteilt werden, wenn der Antragsteller in den letzten 24 Monaten vor Antragstellung Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) bezogen hat. Letzteres gilt nicht, wenn die Antragsteller zwischen dem 1. Januar 2015 und dem 24. Oktober 2015 einen Asylantrag gestellt haben und sich am 24. Oktober 2015 gestattet, geduldet oder als Ausreisepflichtige im Bundesgebiet aufgehalten haben und unverzüglich ausgereist sind. Ab November 2015 wurden nach dieser Neuregelung für das Berichtsjahr 2015 414 Zustimmungen für Staatsangehörige der Westbalkanstaaten nach § 26 Abs. 2 BeschV erteilt.⁶⁸

68 Von Januar bis Oktober 2016 wurden insgesamt 32.782 Zustimmungen erteilt.

Längerfristig entsandte Arbeitnehmer

Nach § 19 Abs. 2 BeschV kann die Zustimmung zu einem Aufenthaltstitel zur Ausübung einer Beschäftigung ohne Vorrangprüfung an Personen erteilt werden, die von ihren Arbeitgebern mit Sitz im Ausland länger als drei Monate und bis zu einer Dauer von drei Jahren nach Deutschland entsandt werden.

Im Jahr 2015 wurden 112 Zustimmungen an längerfristig beschäftigte Arbeitnehmer erteilt (vgl. Tabelle 3-11). Im Vergleich zum Vorjahr (2014: 207 Zustimmungen) wurde damit ein Rückgang um 45,9 % verzeichnet. Hauptherkunftsland im Jahr 2015 war China (47 Zustimmungen), gefolgt von Serbien (20 Zustimmungen).

Tabelle 3-10: Beschäftigung bestimmter Staatsangehöriger nach § 26 Abs. 1 BeschV in den Jahren 2006 bis 2015 (Zustimmungen nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten)¹

| Staatsangehörigkeit | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 |
|--------------------------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|
| Vereinigte Staaten | 1.686 | 2.327 | 2.572 | 2.168 | 2.280 | 2.750 | 2.759 | 2.810 | 3.098 | 3.383 |
| Japan | 1.078 | 1.332 | 1.840 | 1.566 | 1.617 | 1.741 | 1.684 | 1.360 | 1.840 | 2.050 |
| Kanada | 448 | 465 | 491 | 394 | 450 | 466 | 517 | 474 | 593 | 651 |
| Korea, Republik ² | 9 | 6 | 10 | 5 | 8 | 12 | 15 | 223 | 553 | 813 |
| Australien | 308 | 402 | 401 | 318 | 353 | 394 | 338 | 352 | 352 | 429 |
| Israel | 136 | 165 | 169 | 152 | 166 | 199 | 268 | 238 | 322 | 385 |
| Neuseeland | 67 | 97 | 110 | 102 | 109 | 126 | 124 | 115 | 116 | 148 |
| sonstige Staatsangehörigkeiten | 34 | 33 | 34 | 24 | 24 | 32 | 41 | 25 | 28 | 26 |
| Insgesamt | 3.757 | 4.821 | 5.617 | 4.724 | 4.999 | 5.708 | 5.731 | 5.593 | 6.902 | 7.885 |

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

1) Ab 11/2015; zwischen 07/2013 und 10/2015 § 26 BeschV; bis 6/2013: § 34 BeschV alt.

2) Die Republik Korea wurde zum 1. Juli 2013 in die Liste der Staatsangehörigkeiten des § 26 BeschV aufgenommen.

Tabelle 3-11: Längerfristig beschäftigte Arbeitnehmer nach § 19 Abs. 2 BeschV (bis 6/2013: § 36 BeschV alt) in den Jahren 2006 bis 2015 (Zustimmungen nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten)

| Staatsangehörigkeit | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 |
|--------------------------------|------------|------------|--------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|
| China | 14 | 9 | 44 | 109 | 117 | 112 | 144 | 86 | 102 | 47 |
| Serbien | - | - | - | - | - | - | - | - | - | 20 |
| Vietnam | - | 12 | - | - | - | - | - | - | - | 7 |
| Indien | 315 | 374 | 440 | 375 | 287 | 213 | 159 | 10 | 8 | - |
| sonstige Staatsangehörigkeiten | 277 | 325 | 670 | 495 | 434 | 206 | 129 | 191 | 97 | 38 |
| Insgesamt | 606 | 720 | 1.154 | 979 | 838 | 531 | 432 | 287 | 207 | 112 |

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

3.2.2 Hochqualifizierte mit Niederlassungserlaubnis

Hochqualifizierten Drittstaatsangehörigen (Wissenschaftler mit besonderen fachlichen Kenntnissen und Lehrpersonen sowie wissenschaftliche Mitarbeiter in herausgehobener Position) kann in besonderen Fällen von Anfang an eine Niederlassungserlaubnis erteilt werden, wenn die Annahme gerechtfertigt ist, dass die Integration in die bundesdeutschen Lebensverhältnisse und die Sicherung des Lebensunterhalts ohne staatliche Hilfe gewährleistet sind (§ 19 Abs. 1 AufenthG). Voraussetzung ist zudem, dass ein konkretes Arbeitsplatzangebot vorliegt (§ 18 Abs. 5 AufenthG).

In Tabelle 3-12 sind nur die Personen ausgewiesen, die in den jeweiligen Berichtsjahren eingereist sind. Eine große Zahl von Niederlassungserlaubnissen wurde Hochqualifizierten erteilt, die sich bereits vor dem Erteilungsjahr in Deutschland aufhielten.

Insgesamt besaßen zum 31. Dezember 2015 2.837 Ausländer eine Niederlassungserlaubnis als Hochqualifizierte nach § 19 AufenthG (Ende 2014: 3.001). Der Rückgang im Vergleich zum Vorjahr ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass viele Hochqualifizierte nun eine Blaue Karte EU und bei Erfüllung der Voraussetzungen eine Niederlassungserlaubnis nach § 19a Abs. 6 AufenthG erhalten.

Im Jahr 2015 sind, wie auch im Vorjahr, 31 Hochqualifizierte nach Deutschland eingereist, die eine Niederlassungserlaubnis nach § 19 AufenthG bekommen haben. Damit ist die Zahl der neu eingereisten Hochqualifizierten mit einer solchen Niederlassungserlaubnis seit 2012 deutlich gesunken. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Hoch-

qualifizierte, denen vor Einführung der Blauen Karte EU zum 1. August 2012 eine Niederlassungserlaubnis nach § 19 Abs. 2 Nummer 3 AufenthG alt nur bei Nachweis besonderer Berufserfahrung und einem Gehalt in Höhe der Beitragsbemessungsgrenze zur Rentenversicherung erteilt wurde, aufgrund der Streichung dieser Regelung nun eine Blaue Karte EU erhalten. Insofern ist ein Vergleich mit den Vorjahren nur eingeschränkt möglich.

3.2.3 Inhaber einer Blauen Karte EU

Mit dem Inkrafttreten des Umsetzungsgesetzes der Hochqualifizierten-Richtlinie der Europäischen Union (Richtlinie 2009/50/EG) zum 1. August 2012 wurde u. a. mit § 19a AufenthG die Blaue Karte EU als neuer Aufenthaltstitel eingeführt.

Eine Blaue Karte EU erhalten Drittstaatsangehörige, die über einen deutschen Hochschulabschluss, einen in Deutschland anerkannten oder einen mit einem deutschen Abschluss vergleichbaren ausländischen Hochschulabschluss sowie ein konkretes Arbeitsplatzangebot verfügen. Dabei muss ein bestimmtes jährliches Bruttomindestgehalt erreicht werden, das grundsätzlich (Regelberufe) bei zwei Dritteln der jährlichen Beitragsbemessungsgrenze der allgemeinen Rentenversicherung liegt (§ 19a AufenthG i. V. m. § 2 Abs. 1 Nr. 2a BeschV) (2015: 48.400 Euro; 2016: 49.600 Euro). Im Falle eines Regelberufes bedarf die Erteilung einer Blauen Karte EU keiner Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit. Bei Berufen, für die in Deutschland ein besonderer Bedarf besteht (Engpassberuf; § 19a AufenthG i. V. m. § 2 Abs. 2 BeschV), genügt ein Mindestgehalt von 52 % der Beitragsbemessungsgrenze (2015: 37.752 Euro; 2016: 38.688 Euro).

Tabelle 3-12: Zugewanderte Hochqualifizierte, denen eine Niederlassungserlaubnis nach § 19 AufenthG erteilt wurde, nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten von 2006 bis 2015 (erteilte Niederlassungserlaubnisse mit Einreise im gleichen Jahr)

| Staatsangehörigkeit | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 |
|--------------------------------|-----------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|-----------|-----------|-----------|
| Vereinigte Staaten | 45 | 82 | 71 | 73 | 69 | 107 | 92 | 5 | 6 | 6 |
| China | 0 | 5 | 5 | 1 | 13 | 13 | 3 | 1 | 4 | 3 |
| Japan | 5 | 9 | 4 | 13 | 5 | 19 | 17 | 0 | 1 | 3 |
| Brasilien | 1 | 4 | 5 | 2 | 8 | 9 | 3 | 0 | 0 | 2 |
| Indien | 3 | 2 | 10 | 21 | 17 | 38 | 25 | 2 | 4 | 2 |
| Australien | 2 | 5 | 7 | 9 | 11 | 16 | 5 | 1 | 3 | 2 |
| sonstige Staatsangehörigkeiten | 24 | 44 | 55 | 50 | 96 | 168 | 99 | 18 | 13 | 13 |
| Insgesamt | 80 | 151 | 157 | 169 | 219 | 370 | 244 | 27 | 31 | 31 |

Quelle: Ausländerzentralregister

Mangelberufe nach § 2 Abs. 2 BeschV sind Beschäftigungen als Humanmediziner, IT-Fachkraft, Ingenieur, Mathematiker oder Naturwissenschaftler. Hier ist grundsätzlich die Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit – allerdings ohne Vorrangprüfung – erforderlich, soweit nicht ein inländischer Hochschulabschluss vorliegt (§ 2 Abs. 1 Nr. 2b BeschV). Die Gehaltsgrenzen orientieren sich an den von der Hochqualifizierten-Richtlinie festgelegten Untergrenzen.

Die Blaue Karte EU wird bei erstmaliger Erteilung auf höchstens vier Jahre befristet (§ 19a Abs. 3 AufenthG). Liegt die Dauer des Arbeitsvertrages unter vier Jahren, wird die Blaue Karte EU für die Dauer des Arbeitsvertrages zuzüglich dreier Monate ausgestellt. Nach 33 Monaten hochqualifizierter Beschäftigung mit dem Nachweis von Beitragszahlungen für diesen Zeitraum in eine Altersversorgung und bei Vorliegen weiterer Voraussetzungen, ist einem Inhaber einer Blauen Karte EU eine unbefristete Niederlassungserlaubnis zu erteilen. Diese Frist verkürzt sich auf 21 Monate, wenn der Ausländer über ausreichende Kenntnisse (Niveau B1 „Selbständige Sprachverwendung“ des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens) der deutschen Sprache verfügt (§ 19a Abs. 6 AufenthG).

Familienangehörigen (Ehegatten und minderjährige ledige Kinder) eines Inhabers einer Blauen Karte EU ist bei Vorliegen der allgemeinen Voraussetzungen eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen. Vom mit- oder nach-

ziehenden Ehegatten und Kindern wird kein Nachweis über Deutschkenntnisse verlangt.

Seit der Einführung der Blauen Karte EU konnte ein kontinuierlicher Anstieg der Einreisen von Hochqualifizierten, denen eine Aufenthaltserlaubnis nach § 19a AufenthG erteilt wurde, festgestellt werden.

Im Jahr 2015 sind 6.792 Drittstaatsangehörige nach Deutschland eingereist, denen eine Blaue Karte EU erteilt wurde. Dies bedeutet einen Anstieg um 26,3 % im Vergleich zum Vorjahr (2014: 5.378). Davon erhielten 55,7 % die Blaue Karte EU, weil sie als Akademiker ein jährliches Bruttogehalt in Höhe von mindestens zwei Dritteln der Beitragsbemessungsgrenze in der allgemeinen Rentenversicherung vorweisen konnten. Es ist bei diesen Personen nicht möglich festzustellen, ob sie in einem Regel- oder Mangelberuf tätig sind. Die übrigen 44,3 % verdienten zunächst weniger, erhielten aber dennoch eine Blaue Karte EU, weil sie in einem Mangelberuf tätig waren. Die meisten Blauen Karten EU wurden an Staatsangehörige aus Indien (1.387 bzw. 20,4 %) erteilt. Weitere Hauptherkunftsländer waren die Russische Föderation (772 bzw. 11,4 %), die Ukraine (587 bzw. 8,6 %) und China (439 bzw. 6,5 %).

Insgesamt lebten am 31. Dezember 2015 26.791 Inhaber einer Blauen Karte EU (nach § 19a Abs. 1 AufenthG) in Deutschland (Ende 2014: 20.514). Zusätzlich hatten 8.174 ausländische Staatsangehörige bereits im Anschluss an eine Blaue Karte EU eine Niederlassungserlaubnis nach § 19a Abs. 6 AufenthG (2014: 3.722).

Tabelle 3-13: Zur Ausübung einer Beschäftigung nach § 19a AufenthG (Blaue Karte EU) eingereiste Drittstaatsangehörige nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten von 2012 bis 2015

| Staatsangehörigkeit | 2012 ¹ | 2013 | 2014 | 2015 |
|--------------------------------|-------------------|--------------|--------------|--------------|
| Indien | 611 | 1.019 | 1.116 | 1.387 |
| Russische Föderation | 143 | 447 | 512 | 772 |
| Ukraine | 91 | 242 | 440 | 587 |
| China | 108 | 243 | 307 | 439 |
| Vereinigte Staaten | 152 | 317 | 377 | 358 |
| sonstige Staatsangehörigkeiten | 1.085 | 2.383 | 2.626 | 3.249 |
| Insgesamt | 2.190 | 4.651 | 5.378 | 6.792 |

Quelle: Ausländerzentralregister

1) Die Blaue Karte EU wurde zum 1. August 2012 eingeführt.

3.2.4 Forscher aus Drittstaaten

Rechtsgrundlage für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis als Forscher bildet § 20 AufenthG. Danach wird einem Drittstaatsangehörigen eine Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Forschung erteilt, wenn er eine Aufnahmevereinbarung zur Durchführung eines Forschungsvorhabens mit einer vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge anerkannten Forschungseinrichtung wirksam abgeschlossen hat (§ 20 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG i. V. m. § 38f AufenthV).

Die Aufenthaltserlaubnis nach § 20 AufenthG berechtigt zur Aufnahme der Erwerbstätigkeit für das in der Aufnahmevereinbarung bezeichnete Forschungsvorhaben und zur Ausübung von Tätigkeiten in der Lehre (§ 20 Abs. 6 S. 1 AufenthG). Die Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit nach § 39 AufenthG ist nicht erforderlich.

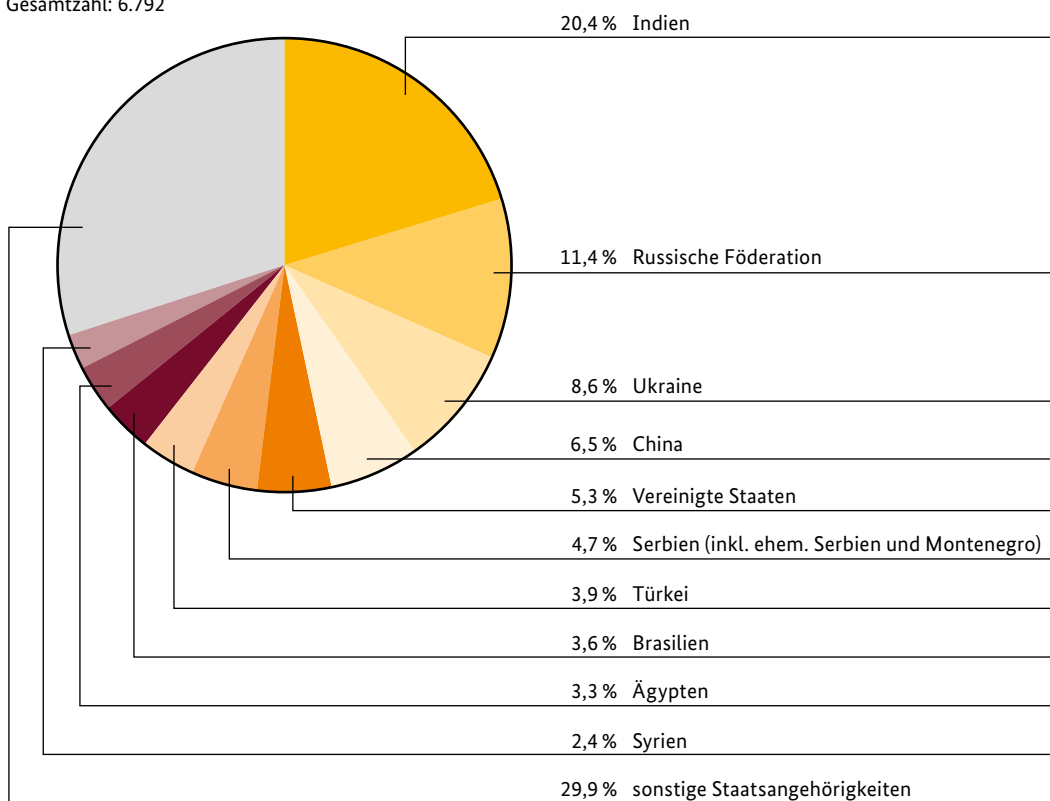
Tabelle 3-14: Zur Ausübung einer Beschäftigung nach § 19a AufenthG (Blaue Karte EU) im Jahr 2015 eingereiste Drittstaatsangehörige nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten

| Staatsangehörigkeit | Regelberufe nach § 19 a AufenthG i. V.m. § 2 Abs. 1 Nr. 2 Bst. a) BeschV | | Mangelberufe nach § 19 a AufenthG i. V.m. § 2 Abs. 1 Nr. 2 Bst. b) oder § 2 Abs. 2 BeschV | | Beschäftigung nach § 19 a AufenthG insgesamt |
|---|--|-------------|---|-------------|---|
| | absolut | in % | absolut | in % | |
| Indien | 788 | 56,8 | 599 | 43,2 | 1.387 |
| Russische Föderation | 434 | 56,2 | 338 | 43,8 | 772 |
| Ukraine | 263 | 44,8 | 324 | 55,2 | 587 |
| China | 297 | 67,7 | 142 | 32,3 | 439 |
| Vereinigte Staaten | 265 | 74,0 | 93 | 26,0 | 358 |
| Serbien (inkl. ehem. Serbien und Montenegro) | 151 | 47,0 | 170 | 53,0 | 321 |
| Türkei | 166 | 62,4 | 100 | 37,6 | 266 |
| Brasilien | 157 | 64,3 | 87 | 35,7 | 244 |
| Ägypten | 111 | 49,8 | 112 | 50,2 | 223 |
| Syrien | 74 | 45,7 | 88 | 54,3 | 162 |
| sonstige Staatsangehörigkeiten | 1.080 | 53,1 | 953 | 46,9 | 2.033 |
| Insgesamt | 3.786 | 55,7 | 3.006 | 44,3 | 6.792 |

Quelle: Ausländerzentralregister

Abbildung 3-4: Zur Ausübung einer Beschäftigung nach § 19a AufenthG (Blaue Karte EU) im Jahr 2015 eingereiste Ausländer nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten

Gesamtzahl: 6.792



Quelle: Ausländerzentralregister

Tabelle 3-15: Zugewanderte Forscher, denen eine Aufenthaltserlaubnis nach § 20 AufenthG erteilt wurde, nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten in den Jahren 2009 bis 2015 (erteilte Aufenthaltserlaubnisse mit Einreise im gleichen Jahr)

| Staatsangehörigkeit | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | |
|--------------------------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|-------------------|------------|
| | | | | | | | dar.: weiblich | |
| China | 17 | 28 | 53 | 67 | 89 | 86 | 64 | 12 |
| Vereinigte Staaten | 19 | 26 | 40 | 38 | 55 | 53 | 61 | 22 |
| Indien | 12 | 24 | 45 | 43 | 61 | 41 | 47 | 22 |
| Kanada | 6 | 2 | 11 | 14 | 13 | 12 | 21 | 8 |
| Japan | 14 | 11 | 17 | 26 | 26 | 31 | 20 | 4 |
| Brasilien | 1 | 6 | 12 | 11 | 18 | 23 | 18 | 6 |
| sonstige Staatsangehörigkeiten | 71 | 114 | 139 | 167 | 182 | 151 | 178 | 60 |
| Insgesamt | 140 | 211 | 317 | 366 | 444 | 397 | 409 | 134 |

Quelle: Ausländerzentralregister

Im Jahr 2015 sind 409 Forscher aus Drittstaaten ins Bundesgebiet eingereist, denen eine Aufenthaltserlaubnis nach § 20 Abs. 1 AufenthG erteilt wurde, und damit 3,0 % mehr als im Vorjahr (2014: 397 Personen). An Staatsangehörige aus China wurden 64 Aufenthaltserlaubnisse erteilt (vgl. Tabelle 3-15). 61 Forscher stammten aus den Vereinigten Staaten, 47 aus Indien, 21 aus Kanada und 20 aus Japan. Insgesamt hielten sich am Ende des Jahres 2015 988 Forscher aus Drittstaaten mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 20 Abs. 1 AufenthG in Deutschland auf (Ende 2014: 1.049 Personen).⁶⁹

3.2.5 Selbständige aus Drittstaaten

Einem Ausländer kann eine Aufenthaltserlaubnis zur Ausübung einer selbständigen Tätigkeit erteilt werden, wenn ein wirtschaftliches Interesse oder ein regionales Bedürfnis besteht, die Tätigkeit positive Auswirkungen auf die Wirtschaft erwarten lässt und die Finanzierung der Umsetzung durch Eigenkapital oder eine Kreditzusage gesichert ist (§ 21 Abs. 1 S. 1 AufenthG). Eine solche Aufenthaltserlaubnis kann zudem erteilt werden, wenn völkerrechtliche Vergünstigungen auf der Grundlage der Gegenseitigkeit bestehen (§ 21 Abs. 2 AufenthG). Auch Freiberuflern kann eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, wenn eine Erlaubnis zur Ausübung des Berufes erteilt bzw. zugesagt wurde (§ 21 Abs. 5 AufenthG).

Die Beurteilung der Voraussetzungen der wirtschaftlichen Bedeutung richtet sich nach folgenden Kriterien:

- der Tragfähigkeit der zu Grunde liegenden Geschäftsidee,
- den unternehmerischen Erfahrungen,
- der Höhe des Kapitaleinsatzes,
- den Auswirkungen auf die Beschäftigungs- und Ausbildungssituation und
- dem Beitrag für Innovation und Forschung (§ 21 Abs. 1 S. 2 AufenthG).

Ohne die Voraussetzungen nach § 21 Abs. 1 S. 1 AufenthG erfüllen zu müssen, kann einem Ausländer, der sein Studium an einer Hochschule in Deutschland erfolgreich abgeschlossen hat oder der als Forscher oder Wissenschaftler eine Aufenthaltserlaubnis nach § 18 oder § 20 AufenthG besitzt, eine Aufenthaltserlaubnis zur Ausübung einer selbständigen Tätigkeit erteilt werden. Die beabsichtigte selbständige Tätigkeit muss einen Zusammenhang mit den in der Hochschulausbildung erworbenen Kenntnissen oder der Tätigkeit als Forscher oder Wissenschaftler erkennen lassen (§ 21 Abs. 2a AufenthG).

Nach drei Jahren kann eine Niederlassungserlaubnis erteilt werden, wenn sich die geplante Tätigkeit erfolgreich verwirklicht hat und der Lebensunterhalt des Ausländers und seiner mit ihm in häuslicher Gemeinschaft lebenden Angehörigen, denen er Unterhalt zu leisten hat, durch ausreichende Einkünfte gesichert ist (§ 21 Abs. 4 AufenthG).⁷⁰

Insgesamt besaßen Ende 2015 9.472 Drittstaatsangehörige eine Aufenthaltserlaubnis als Selbständige nach

⁶⁹ Zur Zuwanderung von Forschern nach Deutschland vgl. Klingert/Block 2013. Die Analyse hat gezeigt, dass die meisten in Deutschland beschäftigten ausländischen Wissenschaftler über andere Aufenthaltstitel nach Deutschland kommen (z. B. über § 18 Abs. 4 AufenthG oder mit einer Blauen Karte EU). Zu ausländischen Wissenschaftlern in Deutschland vgl. Kap. 3.2.7.

⁷⁰ Vgl. Vollmer 2015a.

Tabelle 3-16: Zugewanderte Selbständige, denen eine Aufenthaltserlaubnis nach § 21 AufenthG erteilt wurde, nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten von 2006 bis 2015 (erteilte Aufenthaltserlaubnisse mit Einreise im gleichen Jahr)

| Staats- angehörigkeit | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | | |
|--------------------------------|------------|------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------------------------------|---------------------------------|------------|
| | | | | | | | | | | dar- unter: freibe- ruflich | dar- unter: weib- lich | |
| Vereinigte Staaten | 138 | 276 | 360 | 337 | 384 | 512 | 540 | 621 | 633 | 662 | 608 | 296 |
| China | 195 | 214 | 214 | 133 | 85 | 120 | 125 | 152 | 209 | 230 | 27 | 98 |
| Ukraine | 20 | 36 | 37 | 71 | 88 | 89 | 72 | 77 | 107 | 112 | 83 | 35 |
| Kanada | 24 | 53 | 46 | 37 | 74 | 72 | 78 | 102 | 110 | 105 | 99 | 55 |
| Australien | 35 | 40 | 63 | 59 | 53 | 74 | 77 | 134 | 86 | 92 | 82 | 35 |
| Russische Föderation | 39 | 50 | 77 | 59 | 77 | 77 | 100 | 77 | 83 | 87 | 36 | 34 |
| Israel | 7 | 25 | 12 | 19 | 38 | 30 | 45 | 57 | 86 | 63 | 55 | 22 |
| Japan | 17 | 28 | 16 | 30 | 32 | 50 | 57 | 62 | 63 | 52 | 46 | 28 |
| Iran | 13 | 10 | 15 | 17 | 27 | 35 | 30 | 24 | 30 | 41 | 2 | 3 |
| Korea, Republik | 12 | 14 | 16 | 11 | 16 | 21 | 25 | 31 | 32 | 35 | 18 | 14 |
| Türkei | 22 | 16 | 23 | 13 | 20 | 26 | 19 | 33 | 39 | 31 | 4 | 8 |
| sonstige Staatsangehörigkeiten | 120 | 129 | 360 | 238 | 146 | 241 | 190 | 320 | 303 | 272 | 159 | 63 |
| Insgesamt | 642 | 891 | 1.239 | 1.024 | 1.040 | 1.347 | 1.358 | 1.690 | 1.781 | 1.782 | 1.219 | 691 |

Quelle: Ausländerzentralregister

§ 21 Abs. 1, 2, 2a und 5 AufenthG (Ende 2014: 8.636). Zusätzlich verfügten 1.340 Personen (Ende 2014: 1.178), darunter 366 Frauen, über eine Niederlassungserlaubnis nach § 21 Abs. 4 AufenthG. Im Jahr 2015 sind 1.782 Selbständige aus Drittstaaten neu eingereist (2014: 1.781 Selbständige). Dies bedeutet einen marginalen Anstieg um 0,1 % im Vergleich zum Vorjahr. 37,1 % der 2015 zugewanderten Selbständigen stammten aus den Vereinigten Staaten, 12,9 % aus China, 6,3 % aus der Ukraine und 5,9 % aus Kanada (vgl. Tabelle 3-16). Der Frauenanteil an den neu eingereisten Selbständigen betrug etwa zwei Fünftel (38,8 %).

Etwa zwei Drittel (68,4 %) der Selbständigen, die im Jahr 2015 eingereist sind, wurde eine Aufenthaltserlaubnis zur Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit nach § 21 Abs. 5 AufenthG erteilt. Bei Selbständigen aus Kanada (94,3 %), den Vereinigten Staaten (91,8 %), Australien (89,1 %), Japan (88,5 %), Israel (87,3 %) und aus der Ukraine (74,1 %) war der Anteil der Freiberufler überproportional hoch.

3.2.6 Fachkräftezuwanderung insgesamt

Betrachtet man zusammenfassend die Zuwanderung von Fachkräften und Hochqualifizierten aus Drittstaaten⁷¹ insgesamt, so zeigt sich folgende Entwicklung:

Von 2009 bis 2012 war ein kontinuierlicher Anstieg der Zuwanderung von Fachkräften bzw. Hochqualifizierten aus Drittstaaten (nach §§ 18 Abs. 4, 19, 19a, 20 und 21 AufenthG) zu verzeichnen. Nachdem 2009 noch etwa 16.000 Fachkräfte bzw. Hochqualifizierte zugewandert sind, konnten im Jahr 2012 bereits über 27.000 Zuzüge registriert werden. 2013 wurde ein Rückgang auf etwa 24.000 Zuzüge registriert, der u. a. auf den Beitritt Kroatiens zur EU am 1. Juli 2013 zurückzuführen ist, da kroatische Staatsangehörige seit 1. Juli 2013 als Unionsbürger keinen Aufenthaltstitel mehr benötigen (vgl. Tabelle 3-17). Bis 2015 wurde wieder ein Anstieg auf über 28.000 zugewanderte Fachkräfte verzeichnet. Dabei hat insbesondere die Blaue Karte EU als Aufenthaltstitel für Hochqualifizierte stark an Bedeutung gewonnen.

71 Zur Bestimmung von Fachkräfteengpässen vgl. Vollmer 2015b.

Tabelle 3-17: Zuwanderung von Fachkräften und Hochqualifizierten aus Drittstaaten von 2009 bis 2015
(Einreise im jeweiligen Berichtsjahr)

| Erwerbsmigration nach | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 |
|--|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|
| § 18 Abs. 4 AufenthG (qualifizierte Beschäftigung) | 14.816 | 17.889 | 23.912 | 23.191 | 17.185 | 19.515 | 18.994 |
| § 19 AufenthG (Hochqualifizierte) | 169 | 219 | 370 | 244 | 27 | 31 | 31 |
| § 19a AufenthG i. V. m. § 2 Abs. 1 Nr. 2 Bst. a) BeschV (Blaue Karte EU, Regelberufe) | - | - | - | 1.387 | 2.786 | 3.099 | 3.786 |
| § 19a AufenthG i. V. m. § 2 Abs. 1 Nr. 2 Bst. b) oder § 2 Abs. 2 BeschV (Blaue Karte EU, Mangelberufe) | - | - | - | 803 | 1.865 | 2.279 | 3.006 |
| § 20 AufenthG (Forscher) | 140 | 211 | 317 | 366 | 444 | 397 | 409 |
| § 21 AufenthG (selbständige Tätigkeit) | 1.024 | 1.040 | 1.347 | 1.358 | 1.690 | 1.781 | 1.782 |
| Fachkräfte insgesamt | 16.149 | 19.359 | 25.946 | 27.349 | 23.997 | 27.102 | 28.008 |

Quelle: Ausländerzentralregister

3.2.7 Ausländische Wissenschaftler in Deutschland

Neben den Daten zu Personen mit Aufenthaltstiteln als Forscher gemäß dem Aufenthaltsgesetz werden auch jährliche Daten zu ausländischen Wissenschaftlern in Deutschland sowohl vom Statistischen Bundesamt (Daten zu wissenschaftlichem und künstlerischem Personal an Hochschulen) als auch vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) veröffentlicht.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes arbeiteten an deutschen Hochschulen im Jahr 2015 insgesamt 42.365 wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiter mit ausländischer Staatsangehörigkeit (2014: 40.262), darunter 3.095 hauptberufliche Professoren (2014: 2.999). Seit dem Jahr 2006 konnte ein kontinuierlicher Anstieg der Zahl des ausländischen wissenschaftlichen und künstlerischen Personals an deutschen Hochschulen verzeichnet werden (vgl. Abbildung 3-5). 2015 wurde ein Anstieg um 5,2% im Vergleich zum Vorjahr registriert. Hauptherkunftsländer im Jahr 2015 waren Italien (3.034 Personen), China (2.640), Österreich (2.350), die Vereinigten Staaten (2.182) und die Russische Föderation (2.098). Der Anteil des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals mit ausländischer Staatsangehörigkeit an deutschen Hochschulen beträgt 11,0%. Ausländisches wissenschaftliches und künstlerisches Personal ist insbesondere in den Fächergruppen Mathematik und Naturwissenschaften (8.946 Personen), in den Ingenieurwissenschaften (8.200) und Humanmedizin und Gesundheitswissenschaften (7.352) tätig.

Als weitere Quellen können Daten des DAAD zu geförderten ausländischen Gastwissenschaftlern in Deutschland herangezogen werden.⁷²

72 Vgl. dazu ausführlich DAAD/DZHW 2015: 102 ff.

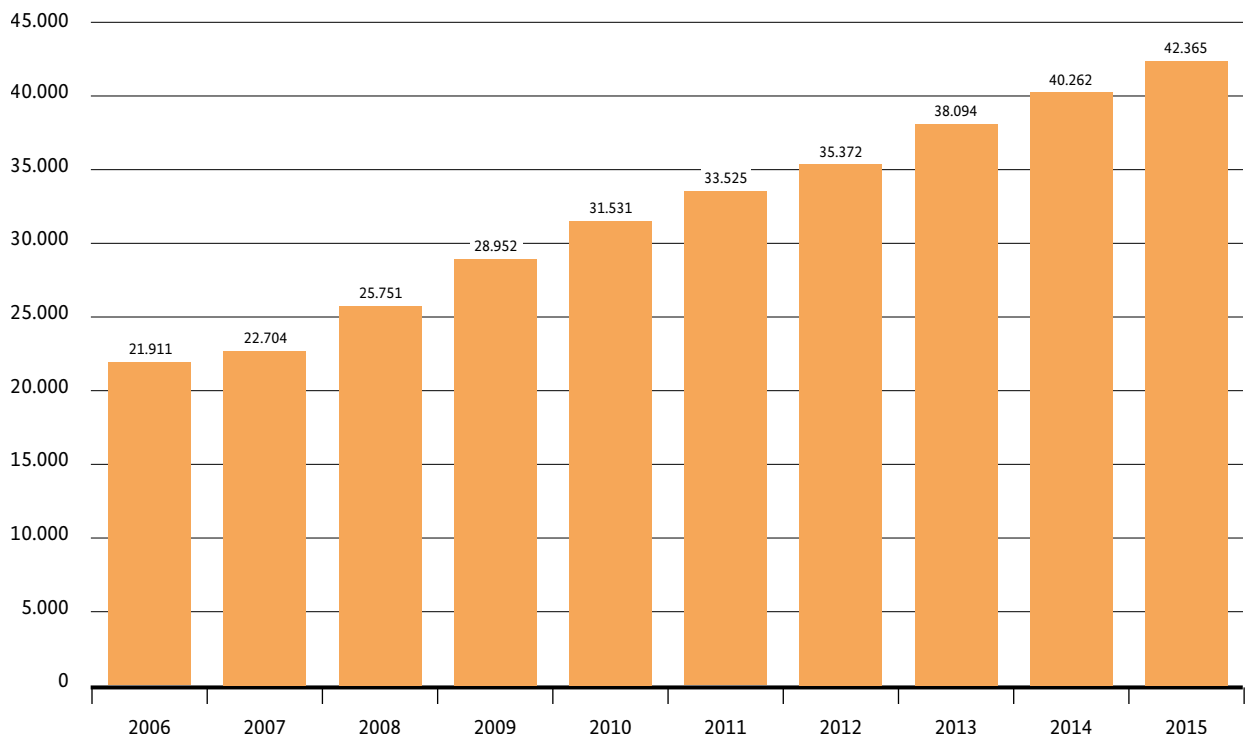
Tabelle 3-18: Ausländische Wissenschaftler in Deutschland nach Staatsangehörigkeit von 2011 bis 2014¹

| Herkunftsland | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 ² |
|--------------------------|---------------|---------------|---------------|-------------------|
| Russische Föderation | 3.066 | 3.118 | 3.672 | 2.163 |
| China | 2.872 | 2.983 | 3.576 | 1.825 |
| Indien | 2.311 | 2.469 | 2.947 | 1.645 |
| Italien | 1.370 | 1.737 | 2.477 | 1.464 |
| Vereinigte Staaten | 2.704 | 2.496 | 2.559 | 1.347 |
| Ägypten | 563 | 937 | 1.490 | 1.147 |
| Polen | 1.435 | 1.428 | 1.643 | 1.043 |
| Brasilien | 612 | 773 | 1.247 | 848 |
| Iran | - | - | - | 794 |
| Spanien | 683 | 839 | 1.278 | 788 |
| sonstige Herkunftsländer | 25.410 | 26.680 | 30.177 | 20.485 |
| Insgesamt | 42.210 | 44.566 | 52.310 | 33.549 |

Quelle: Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD)

- 1) Erfasst werden nur ausländische Wissenschaftler, deren Forschungsaufenthalt in Deutschland durch die befragten Organisationen gefördert wurde. Auf andere Art finanzierte Forschungsaufenthalte, etwa aus Drittmitteln, sind nicht berücksichtigt, da diese in Deutschland nicht erfasst werden. Die Daten dokumentieren deshalb nur einen Teil der Aufenthalte ausländischer Wissenschaftler. Die Gesamtzahl dürfte höher liegen.
- 2) Die Zahl von 2014 beinhaltet im Gegensatz zu den Jahren zuvor nicht solche Wissenschaftler, die an den vier größten deutschen außeruniversitären Forschungseinrichtungen (der Helmholtz-Gemeinschaft, der Max-Planck-Gesellschaft, der Leibniz-Gemeinschaft oder der Max Weber Stiftung) arbeiten, da es sich bei ihnen um vertraglich angestellte Wissenschaftler handelt.

Abbildung 3-5: Wissenschaftliches und künstlerisches Personal mit ausländischer Staatsangehörigkeit an deutschen Hochschulen von 2006 bis 2015



Quelle: Statistisches Bundesamt

Nachdem 2013 die Förderinstitutionen DAAD, DFG und Max-Planck-Gesellschaft die Qualität ihrer statistischen Angaben zu den von ihnen geförderten ausländischen Gastwissenschaftlern deutlich verbessert haben, ist aufgrund der eingeschränkten Vergleichbarkeit eine Fortsetzung der bisherigen Zeitreihen zur Mobilitätsentwicklung ausländischer Wissenschaftler nicht mehr möglich.⁷³ Rückwirkend konnten die betroffenen Förderinstitutionen jedoch Angaben für die Jahre 2011 und 2012 unter den neuen Voraussetzungen zur Verfügung stellen. Mit der genaueren Auswertung ist nun besser gewährleistet, dass ausschließlich Wissenschaftler erfasst werden, die einen geförderten temporären Aufenthalt in Deutschland absolvieren. Zudem wurden mehr Förderprogramme in die Erhebung einbezogen. Im Jahr 2014 hat sich die Erhebungsmethode erneut geändert, da nunmehr die vertraglich angestellten Wissenschaftler an den vier größten deutschen außeruniversitären Forschungseinrichtungen (der Helmholtz-Gemeinschaft, der Max-Planck-Gesellschaft, der Leibniz-Gemeinschaft oder der Max Weber Stiftung) nicht mehr mitgezählt werden. Insofern sind die Zahlen für 2014 nicht mehr vergleichbar mit denen der Vorjahre.

Im Jahr 2014 wurde der Aufenthalt von 33.549 ausländischen Gastwissenschaftlern⁷⁴ in Deutschland gefördert. Hauptherkunftsländer waren die Russische Föderation, China, Indien und Italien. Wichtigste Herkunftsländer innerhalb der EU waren wie im Vorjahr Italien und Polen (vgl. Tabelle 3-18). Der größte Anteil der geförderten ausländischen Wissenschaftler entfällt auf die Fächergruppe Mathematik und Naturwissenschaften (39%).

Betrachtet man die Aufenthaltsdauer der ausländischen Wissenschaftler in Deutschland, so ergeben sich je nach Förderorganisation Unterschiede. Mehr als die Hälfte der Aufenthalte ausländischer Gastwissenschaftler in Deutschland werden vom DAAD gefördert. Bei 57% dieser Aufenthalte handelt es sich um kurze Aufenthalte mit einer Dauer von bis zu einem Monat. Der DAAD ist die einzige Förderorganisation, die mehrheitlich kurzfristige Aufenthalte finanziell unterstützt. Im Gegensatz dazu entfällt über die Hälfte der Stipendien im Rahmen des Marie-Sklodowska-Curie-Maßnahmenprogramms auf längerfristige Aufenthalte mit einer Dauer von mehr als 24 Monaten. Bei der Alexander von Humboldt-Stiftung

⁷³ Vgl. bis 2012 BAMF/BMI 2015: 63.

⁷⁴ Ausländische Gastwissenschaftler sind sowohl Doktoranden und weitere Postgraduierte als auch promovierte Wissenschaftler.

spielen schließlich sowohl Aufenthalte von einem bis sechs Monaten (37 %) als auch längere Aufenthalte von 13 bis 24 Monaten (36 %) eine wichtige Rolle. Die Deutsche Forschungsgesellschaft (DFG) stellt derzeit keine Daten zur Aufenthaltsdauer ihrer geförderten ausländischen Wissenschaftler zu Verfügung. Daher ist eine Aussage zur durchschnittlichen Aufenthaltsdauer aller ausländischen Gastwissenschaftler für 2014 nicht möglich.

3.3 Einreise und Aufenthalt zum Zweck der Ausbildung

3.3.1 Ausländische Studierende

Bei den ausländischen Studierenden sind zwei Kategorien zu unterscheiden. Zum einen die sogenannten Bildungsinländer, die über eine deutsche Hochschulzugangsberechtigung verfügen und zu einem großen Teil in Deutschland geboren sind. Zu den Bildungsinländern zählen auch die ausländischen Staatsangehörigen, die auf deutschen Auslandsschulen ihre Hochschulzugangsberechtigung erlangt haben. Zum anderen die sogenannten Bildungsausländer, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland erworben haben und in der Regel zum Zwecke des Studiums nach Deutschland einreisen. Unter die Kategorie der Bildungsausländer fallen aber auch Ausländer, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland erworben haben und z. B. im Rahmen des Familiennachzugs einreisen und dann ein Studium aufnehmen. Im Folgenden wird überwiegend auf die Gruppe der Bildungsausländer eingegangen, insbesondere auf die jährlich zum Zweck des Studiums einreisenden bildungsausländischen Studienanfänger.

Ausländische Studierende benötigen vor der Einreise ein Visum⁷⁵ der zuständigen deutschen Auslandsvertretung. Davon ausgenommen sind neben Studierenden aus den Staaten der EU zahlreiche weitere Länder.⁷⁶ Für ein Visum zu Studienzwecken ist in der Regel der Zulassungsbescheid einer deutschen Hochschule oder eine anerkannte Hochschulzugangsberechtigung sowie ein Nachweis über die Finanzierung des ersten Studienjahres und über

einen Krankenversicherungsschutz vorzulegen. Zudem ist in der Regel bereits bei Antragstellung ein Nachweis über vorhandene Kenntnisse in der Unterrichtssprache Voraussetzung. Der Kenntnisstand muss in der Regel der Stufe B 2 („Selbständige Sprachverwendung“) des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens (GER) für Sprachen entsprechen.

Nach der Einreise wird dem ausländischen Studierenden eine Aufenthaltserlaubnis erteilt. Dabei umfasst der Zweck des Studiums auch studienvorbereitende Sprachkurse oder sonstige Maßnahmen. Die Geltungsdauer der Aufenthaltserlaubnis bei der Ersterteilung und bei der Verlängerung beträgt mindestens ein Jahr und soll zwei Jahre nicht überschreiten (§ 16 Abs. 1 AufenthG). Der Aufenthalt zum Zweck der Studienbewerbung ist auf maximal neun Monate beschränkt (§ 16 Abs. 1a AufenthG). Zusätzlich regelt § 16 Abs. 6 AufenthG die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zu Studienzwecken an Ausländer, denen von einem anderen Mitgliedstaat der EU ein Aufenthaltstitel zum Zweck des Studiums erteilt wurde, der in den Anwendungsbereich der sogenannten Studentenrichtlinie⁷⁷ fällt.

Die Aufenthaltserlaubnis zum Zweck des Studiums berechtigt zur Ausübung einer Beschäftigung, die insgesamt 120 Tage bzw. 240 halbe Tage im Jahr nicht überschreiten darf, sowie zur Ausübung einer studentischen Nebentätigkeit (§ 16 Abs. 3 AufenthG).

Der Anteil der Bildungsausländer lag bis zum Wintersemester 2000/2001 relativ konstant bei etwa zwei Drittel an allen Studierenden mit ausländischer Staatsangehörigkeit, stieg seitdem auf etwa drei Viertel an und lag im Wintersemester 2015/2016 bei 73,9 % (vgl. Tabelle 3-19).⁷⁸

Hauptherkunftsland der im Wintersemester 2015/2016 eingeschriebenen Bildungsausländer war China (32.268 Bildungsausländer) vor Indien (13.537), der Russischen Föderation (11.413) und Österreich (10.129) (vgl. Tabelle 3-43 im Anhang).

⁷⁵ Die Visa für ausländische Studierende werden in einem beschleunigten Verfahren erteilt (Schweigefristverfahren), vgl. dazu BAMF/BMI 2013: 53.

⁷⁶ Studierende aus den EWR-Staaten Island, Norwegen und Liechtenstein sowie Studierende aus der Schweiz aufgrund bilateraler Vereinbarung mit der EU, Monaco, San Marino, Andorra, Honduras, Australien, Israel, Japan, Kanada, die Republik Korea, Neuseeland und die USA gemäß § 41 Aufenthaltsverordnung (AufenthV) sowie aufgrund bilateraler Vereinbarungen Studierende aus Brasilien und El Salvador.

⁷⁷ Richtlinie 2004/114/EG des Rates vom 13. Dezember 2004 über die Bedingungen für die Zulassung von Drittstaatsangehörigen zwecks Absolvierung eines Studiums oder Teilnahme an einem Schüleraustausch, einer unbezahlten Ausbildungsmaßnahme oder einem Freiwilligendienst („Studentenrichtlinie“ ABl. EU Nr. L 375: 12).

⁷⁸ Als Gastland für ausländische Studierende nahm Deutschland im Jahr 2014 weltweit gesehen den vierten Rang ein. Von allen Personen, die außerhalb ihres Heimatlandes studieren, waren 9,8 % an deutschen Hochschulen eingeschrieben. Die Länder USA (26,3 %), Großbritannien (15,0 %) und Frankreich (10,5 %) wiesen höhere Anteile auf, vgl. OECD 2016: 421.

Tabelle 3-19: Ausländische Studierende an deutschen Hochschulen vom Wintersemester 1993/1994 bis zum Wintersemester 2015/2016

| Semester | Studierende insgesamt | Studierende mit ausländischer Staatsangehörigkeit | davon Bildungsausländer | Anteil der Bildungsausländer an allen ausländischen Studierenden in % |
|--------------|-----------------------|---|-------------------------|---|
| WS 1993/1994 | 1.867.264 | 134.391 | 86.750 | 64,6 |
| WS 1994/1995 | 1.872.490 | 141.460 | 92.609 | 65,5 |
| WS 1995/1996 | 1.857.906 | 146.472 | 98.389 | 67,2 |
| WS 1996/1997 | 1.838.099 | 152.206 | 100.033 | 65,7 |
| WS 1997/1998 | 1.824.107 | 158.474 | 103.716 | 65,4 |
| WS 1998/1999 | 1.801.233 | 165.994 | 108.785 | 65,5 |
| WS 1999/2000 | 1.773.956 | 175.140 | 112.883 | 64,5 |
| WS 2000/2001 | 1.799.338 | 187.027 | 125.714 | 67,2 |
| WS 2001/2002 | 1.868.666 | 206.141 | 142.786 | 69,3 |
| WS 2002/2003 | 1.939.233 | 227.026 | 163.213 | 71,9 |
| WS 2003/2004 | 2.019.831 | 246.136 | 180.306 | 73,3 |
| WS 2004/2005 | 1.963.598 | 246.334 | 186.656 | 75,8 |
| WS 2005/2006 | 1.986.106 | 248.357 | 189.450 | 76,3 |
| WS 2006/2007 | 1.979.445 | 246.369 | 188.436 | 76,5 |
| WS 2007/2008 | 1.941.763 | 233.606 | 177.852 | 76,1 |
| WS 2008/2009 | 2.025.742 | 239.143 | 180.222 | 75,4 |
| WS 2009/2010 | 2.121.190 | 244.776 | 181.249 | 74,0 |
| WS 2010/2011 | 2.217.604 | 252.032 | 184.960 | 73,4 |
| WS 2011/2012 | 2.380.974 | 265.292 | 192.853 | 72,7 |
| WS 2012/2013 | 2.499.409 | 282.201 | 204.644 | 72,5 |
| WS 2013/2014 | 2.616.881 | 301.350 | 218.848 | 72,6 |
| WS 2014/2015 | 2.698.910 | 321.569 | 235.858 | 73,3 |
| WS 2015/2016 | 2.757.799 | 340.305 | 251.542 | 73,9 |

Quelle: Statistisches Bundesamt

Vom Wintersemester 1993/1994 bis zum Wintersemester 2015/2016 stieg die Zahl der Bildungsausländer von 86.750 um 190,0 % auf 251.542 Bildungsausländer an. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Studierenden mit ausländischer Staatsangehörigkeit von 134.391 um 153,2 % auf 340.305.

Der Anteil der Bildungsausländer an den ausländischen Studienanfängern (83,3 % im Wintersemester 2015/2016) ist höher als der Anteil der Bildungsausländer an allen ausländischen Studierenden (82,7 % im Wintersemester 2014/2015) (vgl. Tabelle 3-20 zusammen mit Tabelle 3-19).

Bei Bildungsausländern handelt es sich zum Teil auch um ausländische Studierende, die nur für ein vorübergehendes Teilstudium nach Deutschland kommen (Auslandssemester). In der Regel werden diese ausländischen Studierenden in Deutschland im ersten Hochschulsemester eingeschrieben und nicht anhand der absolvierten Fachsemester in der Heimathochschule zugeordnet.

Im Wintersemester 2015/2016 waren von den 85.117 ausländischen Studienanfängern 70.875 Bildungsausländer (83,3 %). Von den 30.356 ausländischen Studienanfängern im Sommersemester 2015 waren 28.212 Bildungsausländer, was einem Anteil von 92,9 % entspricht. Das bedeutet, dass insgesamt mehr als fünf Sechstel (85,8 % bzw. in absoluten Zahlen 99.087 von 115.473) aller Studierenden mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die im Jahr 2015 ihr Studium an einer deutschen Hochschule begonnen haben, Bildungsausländer waren. 50,8 % dieser Bildungsausländer waren Frauen (vgl. Tabellen 3-40 und 3-41 im Anhang). Ein überproportional hoher Frauenanteil an den Bildungsausländern war insbesondere bei Staatsangehörigen aus den mittel- und osteuropäischen Staaten sowie aus der Republik Korea, Japan und Frankreich zu verzeichnen. Durch einen geringen Frauenanteil zeichnen sich vor allem Studierende aus Pakistan, Bangladesch, Tunesien, Marokko, Syrien, Indien, Ägypten und Kamerun aus.

Insgesamt hat sich die Zahl der Bildungsausländer, die 2015 (Sommersemester 2015 und Wintersemester 2015/2016) ihr

Tabelle 3-20: Ausländische Studienanfänger an deutschen Hochschulen vom Sommersemester 1993 bis zum Wintersemester 2015/2016

| Semester ¹ | Studierende insgesamt | Studierende mit ausländischer Staatsangehörigkeit | davon Bildungsausländer | Anteil der Bildungsausländer an allen ausländischen Studierenden in % |
|-----------------------|-----------------------|---|-------------------------|---|
| SS 1993 | 46.732 | 8.095 | 6.791 | 83,9 |
| WS 1993/1994 | 232.899 | 26.869 | 19.358 | 72,1 |
| SS 1994 | 44.175 | 8.977 | 7.730 | 86,1 |
| WS 1994/1995 | 223.771 | 27.858 | 20.192 | 72,5 |
| SS 1995 | 42.965 | 9.131 | 7.760 | 85,0 |
| WS 1995/1996 | 219.442 | 27.655 | 20.463 | 74,0 |
| SS 1996 | 43.506 | 9.443 | 8.089 | 85,7 |
| WS 1996/1997 | 223.755 | 28.828 | 21.302 | 73,9 |
| SS 1997 | 41.488 | 9.894 | 8.431 | 85,2 |
| WS 1997/1998 | 225.957 | 30.239 | 22.692 | 75,0 |
| SS 1998 | 41.636 | 10.984 | 9.461 | 86,1 |
| WS 1998/1999 | 230.837 | 33.198 | 25.299 | 76,2 |
| SS 1999 | 44.665 | 12.798 | 11.228 | 87,7 |
| WS 1999/2000 | 246.782 | 36.895 | 28.677 | 77,7 |
| SS 2000 | 47.470 | 14.131 | 12.553 | 88,8 |
| WS 2000/2001 | 267.486 | 40.757 | 32.596 | 80,0 |
| SS 2001 | 52.177 | 16.562 | 14.925 | 90,1 |
| WS 2001/2002 | 292.653 | 46.963 | 38.268 | 81,5 |
| SS 2002 | 59.143 | 18.970 | 17.153 | 90,4 |
| WS 2002/2003 | 299.803 | 49.596 | 41.327 | 83,3 |
| SS 2003 | 60.739 | 19.549 | 17.793 | 91,0 |
| WS 2003/2004 | 316.765 | 51.341 | 42.320 | 82,4 |
| SS 2004 | 57.911 | 19.093 | 17.434 | 91,3 |
| WS 2004/2005 | 300.959 | 49.142 | 40.813 | 83,1 |
| SS 2005 | 56.122 | 17.929 | 16.391 | 91,4 |
| WS 2005/2006 | 299.954 | 47.840 | 39.382 | 82,3 |
| SS 2006 | 49.876 | 15.509 | 14.086 | 90,8 |
| WS 2006/2007 | 295.091 | 47.904 | 39.468 | 82,4 |
| SS 2007 | 47.820 | 15.664 | 14.263 | 91,1 |
| WS 2007/2008 | 313.639 | 48.364 | 39.496 | 81,7 |
| SS 2008 | 50.985 | 17.134 | 15.680 | 91,5 |
| WS 2008/2009 | 345.815 | 52.675 | 42.670 | 81,0 |
| SS 2009 | 55.000 | 18.053 | 16.435 | 91,0 |
| WS 2009/2010 | 369.273 | 55.971 | 44.475 | 79,5 |
| SS 2010 | 57.687 | 19.616 | 17.817 | 90,8 |
| WS 2010/2011 | 387.032 | 60.514 | 48.596 | 80,3 |
| SS 2011 | 73.428 | 21.455 | 19.501 | 90,9 |
| WS 2011/2012 | 445.320 | 66.664 | 53.385 | 80,1 |
| SS 2012 | 67.263 | 23.068 | 21.112 | 91,5 |
| WS 2012/2013 | 427.825 | 72.399 | 58.425 | 80,7 |
| SS 2013 | 72.602 | 25.450 | 23.345 | 91,7 |
| WS 2013/2014 | 438.913 | 77.030 | 62.825 | 81,6 |
| SS 2014 | 72.602 | 27.470 | 25.327 | 92,2 |
| WS 2014/2015 | 432.280 | 81.753 | 67.589 | 82,7 |
| SS 2015 | 73.991 | 30.356 | 28.212 | 92,9 |
| WS 2015/2016 | 432.589 | 85.117 | 70.875 | 83,3 |

1) SS = Sommersemester, WS = Wintersemester.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Studium an einer deutschen Hochschule begonnen haben, gegenüber 2014 um 6,6 % auf 99.087 Bildungsausländer erhöht (vgl. Tabelle 3-42 im Anhang). Damit wurde im Jahr 2015 die bislang höchste Zahl an bildungsausländischen Studienanfängern verzeichnet.

Die größte Gruppe der Bildungsausländer, die im Jahr 2015 ihr Studium an einer deutschen Hochschule begonnen haben, waren – wie seit dem Jahr 2006 – Studierende mit chinesischer Staatsangehörigkeit (10,8 % bzw. 10.745) (vgl. Abbildung 3-6 und Tabelle 3-42 im Anhang). Die zweitstärkste Gruppe stellten Bildungsausländer aus Indien (5,1 % bzw. 5.078) dar. Zu den weiteren Hauptherkunftsländern im Jahr 2015 zählten Italien (4,9 % bzw. 4.863), die Vereinigten Staaten (4,9 % bzw. 4.847), Frankreich (4,6 % bzw. 4.546), Spanien (3,8 % bzw. 3.807) und die Russische Föderation (3,3 % bzw. 3.233). Beinahe kontinuierlich gestiegen ist die Zahl der bildungsausländischen Studienanfänger aus der Türkei von 747 im Jahr 1999 auf 2.956 im Jahr 2015. Zudem hat sich der Anstieg der Bildungsausländer aus Indien von 2014 auf 2015 weiter fortgesetzt (+5,8 %). Weitere quantitativ relevante Nicht-EU-Staaten waren Brasilien, Republik Korea, Ukraine, Mexiko und Iran (vgl. Abbildung 3-7).

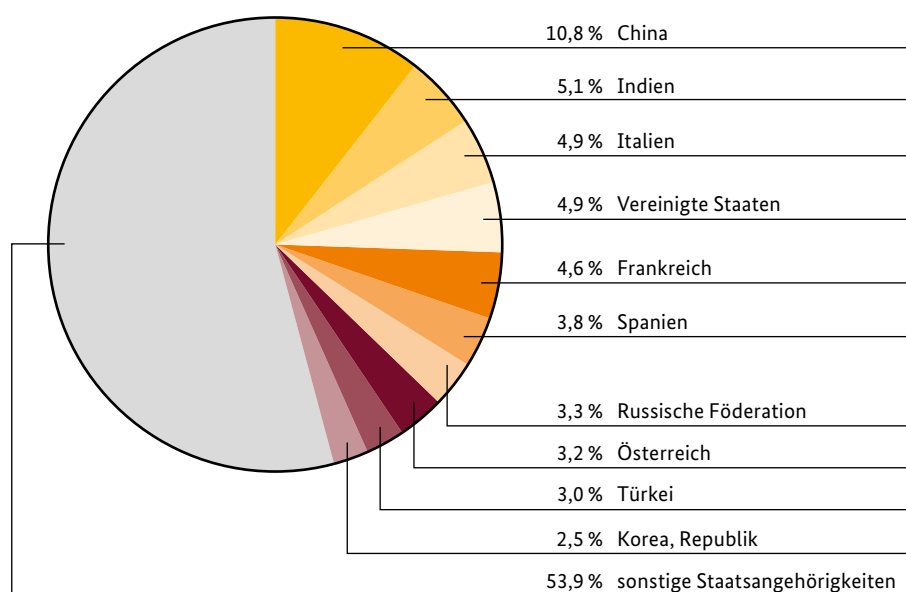
Insgesamt kamen im Jahr 2015 65,7 % der bildungsausländischen Studienanfänger aus einem Nicht-EU-Staat (65.062 Studierende) und 34,3 % aus der EU.

Die Verteilung der ausländischen Studierenden (Bildungsinländer und Bildungsausländer) auf die einzelnen Fächergruppen unterscheidet sich zum Teil deutlich nach Herkunftsländern. So belegten im Wintersemester 2015/2016 84,1 % der Studierenden aus Indien, 75,1 % der Studierenden aus Kamerun und 73,7 % der Studierenden aus Marokko technische bzw. ingenieur- und naturwissenschaftliche Fächer (vgl. Abbildung 3-8 und Tabelle 3-43 im Anhang). Bei bulgarischen (40,9 %), ukrainischen (40,3 %) und russischen (38,5 %) Studierenden standen die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an erster Stelle. Staatsangehörige aus Italien (25,4 %) bevorzugten Geisteswissenschaften. Unter den Studierenden der Kunst und Kunstwissenschaften fallen insbesondere Studierende aus der Republik Korea auf. 38,9 % aller koreanischen Studierenden belegen diese Fächer, vor allem in den Bereichen Musik und Musikwissenschaft.

Anhand des AZR können zusätzlich Personen aus Drittstaaten quantifiziert werden, die zum Zweck der Studienbewerbung nach § 16 Abs. 1a AufenthG eingereist sind. So sind im Jahr 2015 338 Drittstaatsangehörige (2014: 321), darunter 149 Frauen, zu einem derartigen Zweck eingereist. Hauptherkunftsländer waren China (57 Personen) und die Türkei (24 Personen). Aus anderen Mitgliedstaaten der EU sind im Jahr 2015 180 drittstaatsangehörige Studierende nach § 16 Abs. 6 AufenthG nach Deutschland gezogen (2014: 179), darunter 91 Frauen.

Abbildung 3-6: Studienanfänger (Bildungsausländer) insgesamt im Jahr 2015 nach den zehn häufigsten Staatsangehörigkeiten

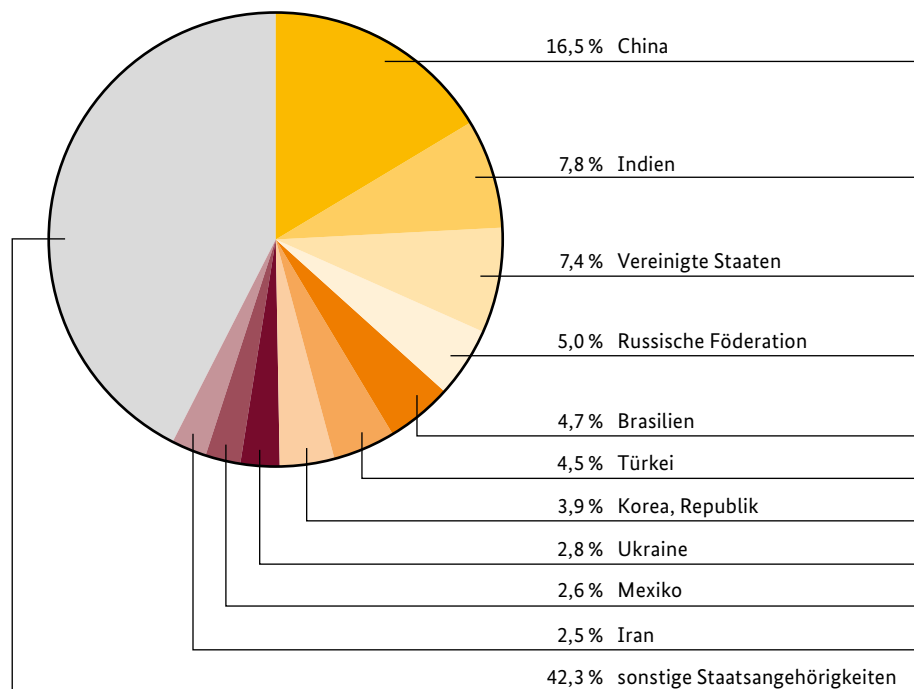
Gesamtzahl: 99.087



Quelle: Statistisches Bundesamt

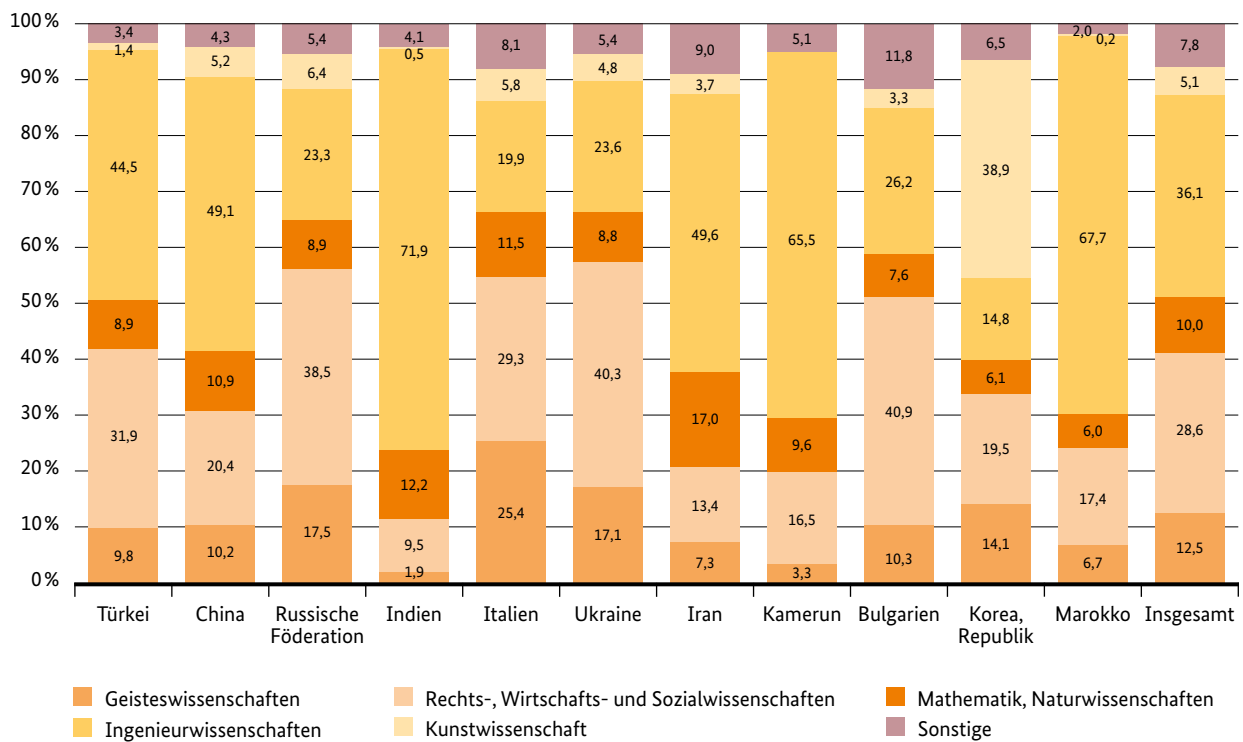
Abbildung 3-7: Studienanfänger (Bildungsausländer) aus Drittstaaten im Jahr 2015 nach den zehn häufigsten Staatsangehörigkeiten

Gesamtzahl: 65.062



Quelle: Statistisches Bundesamt

Abbildung 3-8: Ausländische Studierende (Bildungsinländer und Bildungsausländer) nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Fächergruppen im Wintersemester 2015/2016



Quelle: Statistisches Bundesamt

3.3.2 Ausländische Hochschulabsolventen

Seit Ende der 1990er Jahre hat sich die Zahl der bildungs- ausländischen Hochschulabsolventen mehr als vervier- facht. Während 1999 insgesamt 8.306 Bildungsausländer einen Hochschulabschluss in Deutschland erworben hatten, waren es im Jahr 2015 bereits 36.370 (2014: 34.012).

Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies einen Anstieg um 6,9%. Die Hälfte der Absolventen waren Frauen (17.852).

Die größte Gruppe der Hochschulabsolventen stellten Studierende aus China (5.445 Bildungsausländer) vor indischen (2.239), russischen (2.036) und österreichischen (1.649) Bildungsausländern (vgl. Tabelle 3-21).

Tabelle 3-21: Ausländische Absolventen (Bildungsausländer) nach Fächergruppen und den häufigsten Herkunftsländern 2015

| Herkunftsland | Aus- ländische Absol- venten insgesamt | darunter: Bildungsausländer in der Fächergruppe | | | | | | | |
|---------------------------------------|--|---|--|--|---|-----------------------------------|--|---------------------------------------|--------------|
| | | Insgesamt | Sprach-, Kultur- wissen- schaften | Rechts-, Wirt- schafts- und Sozial- wissen- schaften | Mathema- tik, Natur- wissen- schaften | Ingenieur- wissen- schaften | Human- Medizin/ Gesund- heits- wissen- schaften | Kunst, Kunst- wissen- schaft | Sonstige |
| Bulgarien | 1.067 | 1.005 | 123 | 423 | 179 | 165 | 66 | 39 | 10 |
| Frankreich | 1.289 | 1.158 | 163 | 509 | 122 | 245 | 12 | 88 | 19 |
| Griechenland | 974 | 506 | 59 | 98 | 107 | 117 | 61 | 47 | 17 |
| Italien | 1.733 | 1.058 | 262 | 241 | 229 | 145 | 53 | 92 | 36 |
| Luxemburg | 657 | 618 | 147 | 90 | 111 | 155 | 49 | 33 | 33 |
| Österreich | 1.955 | 1.649 | 192 | 686 | 204 | 292 | 115 | 115 | 45 |
| Polen | 1.339 | 935 | 244 | 300 | 139 | 139 | 37 | 61 | 15 |
| Rumänien | 556 | 488 | 76 | 158 | 107 | 86 | 22 | 32 | 7 |
| Spanien | 763 | 632 | 65 | 135 | 111 | 183 | 16 | 109 | 13 |
| EU-Staaten insgesamt | 13.919 | 10.306 | 1.734 | 3.398 | 1.666 | 1.817 | 565 | 868 | 258 |
| Ägypten | 415 | 404 | 40 | 50 | 101 | 167 | 21 | 7 | 18 |
| Brasilien | 466 | 443 | 50 | 154 | 61 | 101 | 11 | 49 | 17 |
| China | 5.755 | 5.445 | 595 | 1.124 | 915 | 2.244 | 121 | 328 | 118 |
| Indien | 2.266 | 2.239 | 31 | 293 | 691 | 1.125 | 45 | 13 | 41 |
| Indonesien | 717 | 692 | 53 | 311 | 90 | 173 | 20 | 8 | 37 |
| Iran | 1.044 | 915 | 47 | 141 | 270 | 363 | 40 | 30 | 24 |
| Japan | 328 | 280 | 38 | 29 | 21 | 12 | 5 | 168 | 7 |
| Kamerun | 750 | 734 | 19 | 140 | 167 | 356 | 40 | 1 | 11 |
| Kolumbien | 477 | 461 | 44 | 141 | 71 | 121 | 8 | 53 | 23 |
| Korea, Republik | 871 | 723 | 53 | 71 | 29 | 76 | 18 | 466 | 10 |
| Marokko | 500 | 439 | 31 | 83 | 82 | 233 | 8 | 1 | 1 |
| Mexiko | 453 | 445 | 26 | 130 | 69 | 164 | 8 | 26 | 22 |
| Pakistan | 553 | 520 | 7 | 81 | 145 | 254 | 1 | 8 | 24 |
| Russische Föderation | 2.540 | 2.036 | 437 | 830 | 303 | 232 | 56 | 132 | 46 |
| Schweiz | 474 | 375 | 81 | 108 | 33 | 52 | 32 | 55 | 14 |
| Syrien | 347 | 321 | 15 | 31 | 100 | 94 | 66 | 9 | 6 |
| Tunesien | 334 | 316 | 19 | 18 | 44 | 223 | 10 | 0 | 2 |
| Türkei | 3.543 | 874 | 96 | 191 | 205 | 295 | 34 | 42 | 11 |
| Ukraine | 1.442 | 1.071 | 237 | 442 | 170 | 117 | 29 | 45 | 31 |
| Vereinigte Staaten | 668 | 584 | 145 | 183 | 94 | 69 | 29 | 38 | 26 |
| Vietnam | 754 | 446 | 19 | 150 | 95 | 154 | 4 | 3 | 21 |
| Nicht-EU-Staaten insgesamt | 32.515 | 26.064 | 2.881 | 6.430 | 4.856 | 8.199 | 979 | 1.865 | 854 |
| Insgesamt | 46.434 | 36.370 | 4.615 | 9.828 | 6.522 | 10.016 | 1.544 | 2.733 | 1.112 |

Quelle: Statistisches Bundesamt

Aus den EU-Staaten stammten insgesamt 10.306 Absolventen. Aus Drittstaaten kamen 26.064 bildungsausländische Hochschulabsolventen (2014: 24.237). Der Anteil der drittstaatsangehörigen Bildungsausländer an allen bildungsausländischen Hochschulabsolventen betrug im Jahr 2015 somit 71,7% und liegt somit auf dem Niveau des Vorjahres (2014: 71,3%). Das Potenzial an Studierenden, die unter § 16 Abs. 4 AufenthG fallen könnten, lag bei etwa 35.900 Personen (ohne Studierende aus EFTA-Staaten⁷⁹).

Nach § 16 Abs. 4 AufenthG kann Studienabsolventen eine Aufenthaltserlaubnis zur Suche eines ihrem Abschluss angemessenen Arbeitsplatzes für bis zu 18 Monate im Anschluss an das Studium erteilt werden.⁸⁰ Während dieser Zeit dürfen sie uneingeschränkt arbeiten, um ihren Lebensunterhalt aus eigener Erwerbstätigkeit zu sichern.

Zum 31. Dezember 2015 waren 7.569 Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 16 Abs. 4 AufenthG im AZR registriert (2014: 7.120 Personen), die ihnen die Arbeitsplatzsuche nach dem Abschluss ihres Studiums in Deutschland ermöglicht. Dies bedeutet eine Steigerung um 6,3% im Vergleich zum Vorjahr. Fast die Hälfte davon waren Frauen (46,0%). 1.787 bzw. 23,6% der Aufenthaltserlaubnisse nach § 16 Abs. 4 AufenthG wurden an chinesische Staatsangehörige erteilt, 776 an indische, 531 an russische, 274 an ukrainische, 290 an iranische und 253 an türkische Absolventen (vgl. Tabelle 3-22). Durch einen überproportionalen Frauenanteil ist insbesondere die Gruppe der Hochschulabsolventen aus Georgien, der Russischen Föderation und Taiwan gekennzeichnet. Ein sehr geringer Frauenanteil ist bei Absolventen aus Pakistan, Bangladesch und Indien festzustellen. Insgesamt spiegelt sich hier in etwa der jeweilige Frauenanteil an den Studierenden der einzelnen Nationalitäten wider.

Nach § 2 Abs. 1 Nr. 3 BeschV ist ausländischen Absolventen deutscher Hochschulen der Zugang zum Arbeitsmarkt ohne Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit möglich.⁸¹

79 EFTA = Europäische Freihandelsassoziation. Die Mitgliedsstaaten sind Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz.

80 Bis zum Inkrafttreten des Gesetzes zur Umsetzung der Hochqualifizierten-Richtlinie der Europäischen Union (HQRUMsG) zum 1. August 2012 konnte die Aufenthaltserlaubnis bei erfolgreichen Studienabsolventen zur Suche eines dem Abschluss angemessenen Arbeitsplatzes für 12 Monate verlängert werden. Während dieser Zeit galt eine Beschränkung der Arbeitstage auf maximal 90 Tage im Jahr.

81 Seit dem 1. Januar 2009 kann auch Absolventen deutscher Auslandsschulen mit einem anerkannten oder einem deutschen Hochschulabschluss vergleichbaren ausländischen Hochschulabschluss ohne Zustimmung ein Aufenthaltstitel zur Ausübung einer der beruflichen Qualifikation entsprechenden Beschäftigung erteilt werden (§ 7 BeschV).

Sobald der ausländische Hochschulabsolvent einen seiner Qualifikation angemessenen Arbeitsplatz gefunden hat, kann ihm eine Aufenthaltserlaubnis nach den Bestimmungen der §§ 18, 19, 19a, 20 oder 21 AufenthG erteilt werden, wenn die entsprechenden Voraussetzungen vorliegen.

Tabelle 3-22: Aufenthaltserlaubnisse nach § 16 Abs. 4 AufenthG (Arbeitsplatzsuche nach Studium) nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten (Stand 31. Dezember 2015)

| Staatsangehörigkeit | insgesamt | dar.: weiblich | |
|-----------------------------------|--------------|----------------|-------------|
| | | absolut | Anteil in % |
| China | 1.787 | 945 | 52,9 |
| Indien | 776 | 130 | 16,8 |
| Russische Föderation | 531 | 409 | 77,0 |
| Iran | 290 | 139 | 47,9 |
| Ukraine | 274 | 185 | 67,5 |
| Türkei | 253 | 111 | 43,9 |
| Pakistan | 232 | 15 | 6,5 |
| Korea, Republik | 191 | 122 | 63,9 |
| Kolumbien | 159 | 86 | 54,1 |
| Indonesien | 156 | 69 | 44,2 |
| Ägypten | 155 | 35 | 22,6 |
| Mexiko | 139 | 55 | 39,6 |
| Vietnam | 136 | 75 | 55,1 |
| Vereinigte Staaten | 130 | 67 | 51,5 |
| Kamerun | 112 | 28 | 25,0 |
| Taiwan | 104 | 77 | 74,0 |
| Bangladesch | 103 | 15 | 14,6 |
| Japan | 87 | 58 | 66,7 |
| Georgien | 85 | 69 | 81,2 |
| Syrien | 85 | 24 | 28,2 |
| Marokko | 83 | 16 | 19,3 |
| Brasilien | 82 | 46 | 56,1 |
| sonstige Staatsangehörigkeiten | 1.619 | 702 | 43,4 |
| alle Staatsangehörigkeiten | 7.569 | 3.478 | 46,0 |

Quelle: Ausländerzentralregister

Zudem kann einem Absolventen einer deutschen Hochschule, der seit zwei Jahren einen Aufenthaltstitel nach §§ 18, 18a, 19a oder 21 AufenthG besitzt und zum Zeitpunkt der Antragstellung einen seinem Abschluss angemessenen Arbeitsplatz innehat, eine Niederlassungserlaubnis nach § 18b AufenthG erteilt werden. Er muss neben weiteren Bedingungen dafür mindestens 24 Monate Pflichtbeiträge oder freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung geleistet bzw. einen Anspruch auf eine vergleichbare Leistung haben. Zum 31. Dezember 2015 waren bereits 7.838 Personen im Besitz einer Niederlassungserlaubnis nach § 18b AufenthG.

Die BAMF-Absolventenstudie 2013⁸² hat den Verbleib von Drittstaatsangehörigen untersucht, die einen Aufenthaltstitel zum Zweck der Arbeitsplatzsuche nach dem Studium in Deutschland erhalten hatten und eine Bleibequote dieser Personengruppe von 79% ermittelt. Von den in der Studie befragten ehemaligen Studierenden bzw. Hoch-

schulabsolventen waren zum Zeitpunkt der Befragung 85% erwerbstätig. Davon hatten 87% innerhalb eines Jahres und weitere 6% innerhalb von 18 Monaten nach Studienabschluss ihre erste Arbeitsstelle gefunden. Bzgl. ihrer Bleibeabsichten gab fast ein Drittel aller Befragten an, für immer in Deutschland bleiben zu wollen, weitere 43% planten einen Aufenthalt von mindestens zehn Jahren.

3.3.3 Sprachkurse und Schulbesuch

Nach § 16 Abs. 5 AufenthG kann einem Ausländer eine Aufenthaltserlaubnis zur Teilnahme an einem Sprachkurs, der nicht der Studienvorbereitung dient, sowie in Ausnahmefällen für den Schulbesuch erteilt werden. Dient der Schulbesuch einer qualifizierten Berufsausbildung (im Sinne des § 6 Abs. 1 BeschV), berechtigt die Aufenthaltserlaubnis zur Ausübung einer von der Ausbildung unabhängigen Beschäftigung bis zu zehn Stunden pro Woche (§ 16 Abs. 5a AufenthG). Nach erfolgreichem Abschluss der qualifizierten Berufsausbildung kann die Aufenthaltserlaubnis bis zu einem Jahr zur Suche eines diesem Abschluss angemessenen Arbeitsplatzes verlängert werden (§ 16 Abs. 5b AufenthG). Der Ausländer ist während dieses Zeitraums zur

82 Vgl. Hanganu/Heß 2014. Nach Angaben der Studie liegt die Bleibequote der ehemaligen Studierenden insgesamt (also inkl. der Personen, die keine Aufenthaltserlaubnis nach § 16 Abs. 4 AufenthG innehatten) bei 56%.

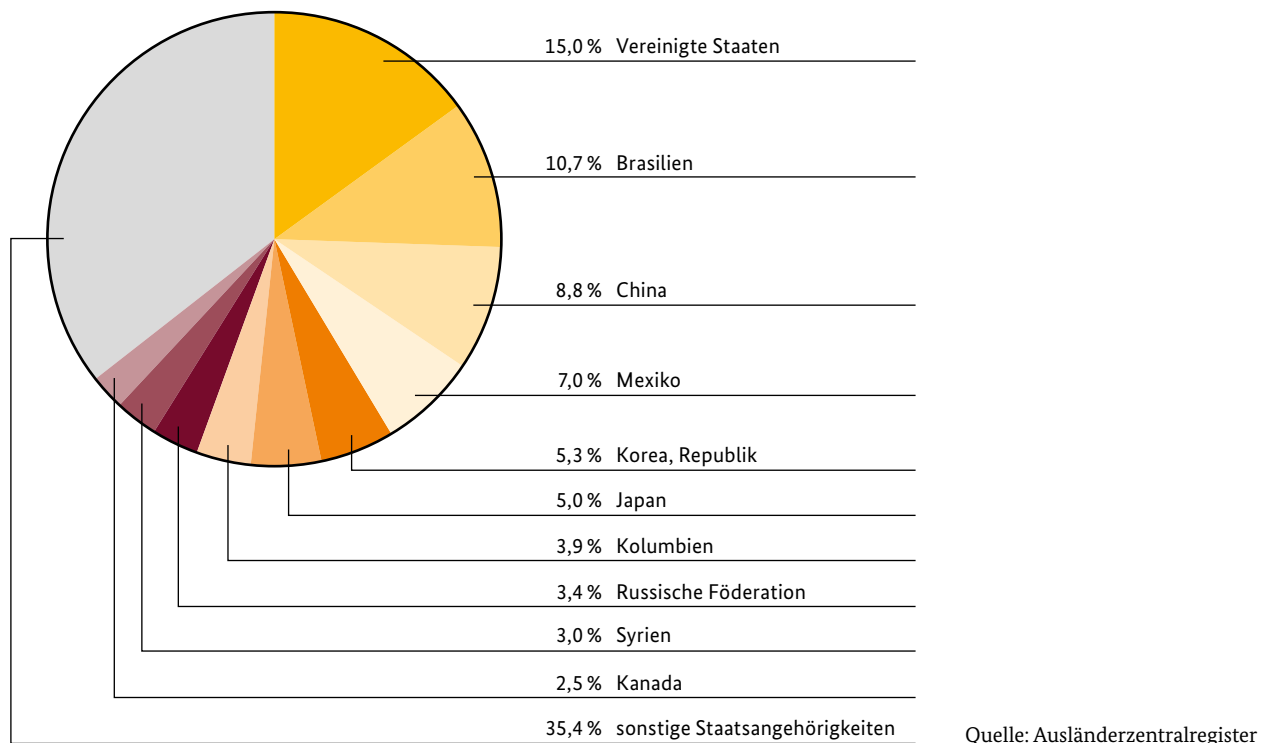
Tabelle 3-23: Einreisen zum Zweck der Teilnahme an einem Sprachkurs sowie des Schulbesuchs von 2008 bis 2015 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten

| Staatsangehörigkeit | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | |
|--------------------------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|
| | | | | | | | | dar.: | weiblich |
| Vereinigte Staaten | 799 | 845 | 940 | 889 | 854 | 881 | 868 | 1.009 | 577 |
| Brasilien | 567 | 695 | 720 | 743 | 686 | 736 | 656 | 719 | 434 |
| China | 355 | 270 | 415 | 396 | 435 | 447 | 518 | 595 | 316 |
| Mexiko | 413 | 386 | 419 | 419 | 413 | 411 | 409 | 472 | 212 |
| Korea, Republik | 209 | 182 | 211 | 213 | 263 | 267 | 271 | 358 | 199 |
| Japan | 248 | 237 | 256 | 293 | 341 | 328 | 310 | 335 | 213 |
| Kolumbien | 353 | 282 | 281 | 228 | 196 | 177 | 181 | 263 | 140 |
| Russische Föderation | 152 | 144 | 162 | 212 | 255 | 266 | 257 | 228 | 140 |
| Syrien | 2 | 12 | 7 | 15 | 35 | 80 | 163 | 203 | 56 |
| Kanada | 119 | 119 | 137 | 131 | 135 | 118 | 124 | 165 | 91 |
| Türkei | 106 | 98 | 102 | 108 | 140 | 98 | 115 | 131 | 63 |
| Ukraine | 52 | 42 | 73 | 66 | 96 | 92 | 153 | 122 | 78 |
| Australien | 128 | 107 | 121 | 111 | 113 | 95 | 124 | 113 | 67 |
| Argentinien | 108 | 109 | 113 | 129 | 108 | 96 | 96 | 92 | 45 |
| sonstige Staatsangehörigkeiten | 1.471 | 1.401 | 1.544 | 1.304 | 1.653 | 1.705 | 1.867 | 1.923 | 903 |
| Insgesamt | 5.082 | 4.929 | 5.501 | 5.257 | 5.723 | 5.797 | 6.112 | 6.728 | 3.534 |

Quelle: Ausländerzentralregister

Abbildung 3-9: Einreisen zum Zweck der Teilnahme an einem Sprachkurs sowie des Schulbesuchs im Jahr 2015 nach den zehn häufigsten Staatsangehörigkeiten

Gesamtzahl: 6.728



Ausübung einer Erwerbstätigkeit berechtigt. Zum 31. Dezember 2014 hatten 40 Personen eine Aufenthaltserlaubnis zur Arbeitsplatzsuche nach § 16 Abs. 5b AufenthG inne.

Im Jahr 2015 sind 6.728 Ausländer zum Zweck der Absolvierung eines Sprachkurses bzw. zum Schulbesuch nach Deutschland eingereist, 10,1% mehr als ein Jahr zuvor (2014: 6.112). 52,5% der zu diesem Zweck einreisenden Drittstaatsangehörigen waren Frauen. Die Hauptherkunftsländer waren die Vereinigten Staaten, Brasilien, China, Mexiko und die Republik Korea (vgl. Tabelle 3-23). Insgesamt besaßen am Ende des Jahres 2015 12.447 Drittstaatsangehörige eine entsprechende Aufenthaltserlaubnis, darunter 6.656 Frauen.

3.3.4 Sonstige Ausbildungszwecke

Ausländern aus Drittstaaten kann eine Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der betrieblichen Aus- und Weiterbildung erteilt werden (§ 17 Abs. 1 AufenthG).⁸³ Die Erteilung ist von

⁸³ § 17 Abs. 1 AufenthG setzt keine Minstdauer der Ausbildung voraus. Dagegen setzen die Regelungen der Abs. 2 und 3 voraus, dass es sich um eine qualifizierte Ausbildung mit einer Mindestausbildungsdauer von zwei Jahren handeln muss.

der Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit abhängig (§ 8 Abs. 1 BeschV), soweit die Aus- und Weiterbildung nicht durch die Beschäftigungsverordnung oder durch zwischenstaatliche Vereinbarung zustimmungsfrei ist (§ 42 AufenthG i. V. m. §§ 1, 2 BeschV).⁸⁴ Die Ausübung einer Nebenbeschäftigung von maximal zehn Stunden pro Woche ist während der Durchführung einer qualifizierten Berufsausbildung möglich (§ 17 Abs. 2 AufenthG).

Nach erfolgreichem Abschluss der qualifizierten Berufsausbildung kann die Aufenthaltserlaubnis bis zu einem Jahr zur Suche eines diesem Abschluss angemessenen Arbeitsplatzes verlängert werden, sofern er nach den Bestimmungen der §§ 18 und 21 von Ausländern besetzt werden darf (§ 17 Abs. 3 AufenthG). Die Aufenthaltserlaubnis berechtigt während dieses Zeitraums zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit. Ende 2015 besaßen 55 Personen

⁸⁴ Die Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit setzt u. a. voraus, dass bei Ausbildungen keine inländischen Ausbildungssuchenden zur Verfügung stehen und sich bei den betrieblichen Weiterbildungen keine nachteiligen Auswirkungen auf die Beschäftigungsmöglichkeiten inländischer Arbeitnehmer ergeben (§ 39 Abs. 2 AufenthG). Eine zwischenstaatliche Vereinbarung im Sinne des § 17 AufenthG wurde bislang nicht abgeschlossen.

eine Aufenthaltserlaubnis zur Arbeitsplatzsuche nach § 17 Abs. 3 AufenthG.

Durch das zum 1. August 2015 in Kraft getretene Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung⁸⁵ wurde der neue § 17a in das Aufenthaltsgesetz eingefügt. Danach kann einem Ausländer zum Zweck der Anerkennung seiner im Ausland erworbenen Berufsqualifikation eine Aufenthaltserlaubnis für die Durchführung einer Bildungsmaßnahme und einer sich daran anschließenden Prüfung für die Dauer von bis zu 18 Monaten erteilt werden, wenn von einer nach den Regelungen für die berufliche Anerkennung zuständigen Stelle festgestellt wurde, dass Anpassungsmaßnahmen oder weitere Qualifikationen 1. für die Feststellung der Gleichwertigkeit der Berufsqualifikation mit einer inländischen Berufsqualifikation oder 2. in einem im Inland reglementierten Beruf für die Erteilung der Befugnis zur Berufsausübung oder für die Erteilung der Erlaubnis zum Führen der Berufsbezeichnung erforderlich sind. Die Bildungsmaßnahme muss geeignet sein, dem Ausländer die Anerkennung der Berufsqualifikation oder den Berufszugang zu ermöglichen (§ 17a Abs. 1 AufenthG). Dieser neue Aufenthaltstitel dient der Durchführung von Bildungsmaßnahmen, die geeignet sind, fachliche, praktische und/oder sprachliche Defizite, die der Anerkennung des ausländischen Berufsabschlusses bzw. dem Berufszugang entgegenstehen, auszugleichen. Dadurch soll die Zuwanderung von Fachkräften insbesondere in Engpassberufen, etwa in der Krankenpflege, erleichtert werden.⁸⁶

Die Aufenthaltserlaubnis berechtigt zur Ausübung einer von der Bildungsmaßnahme unabhängigen Beschäftigung bis zu zehn Stunden pro Woche (§ 17a Abs. 2 AufenthG). Nach Abs. 3 berechtigt sie zur Ausübung einer zeitlich nicht eingeschränkten Beschäftigung, deren Anforderungen in einem engen Zusammenhang mit den in der späteren Beschäftigung verlangten berufsfachlichen Kenntnissen stehen, wenn ein konkretes Arbeitsplatzangebot für eine spätere Beschäftigung in dem anzuerkennenden oder von der beantragten Befugnis zur Berufsausübung oder von der beantragten Erlaubnis zum Führen der Berufsbezeichnung erfassten Beruf vorliegt, dieser Arbeitsplatz nach den Bestimmungen der §§ 18 bis 20 AufenthG von Ausländern besetzt werden darf und die Bundesagentur für Arbeit nach § 39 AufenthG zugestimmt hat oder durch Rechtsverordnung nach § 42 AufenthG oder durch zwischenstaatliche Vereinbarung bestimmt ist, dass die Beschäftigung ohne Zustimmung der Bundesagentur für

Arbeit zulässig ist. Im Zusammenhang mit einer Anerkennungsmaßnahme sind somit erstmalig Ausländerinnen und Ausländer auch für Helfertätigkeiten zugelassen, um den Erwerb von Fähigkeiten zu ermöglichen, die für die angestrebte Beschäftigung in dem anzuerkennenden Beruf von Vorteil sind. Nach der Feststellung der Gleichwertigkeit der Berufsqualifikation, der Erteilung der Befugnis zur Berufsausübung oder der Erteilung der Erlaubnis zum Führen der Berufsbezeichnung kann die Aufenthaltserlaubnis bis zu einem Jahr zur Suche eines der anerkannten Berufsqualifikation entsprechenden Arbeitsplatzes verlängert werden. Während dieser Zeit ist die Ausübung einer Erwerbstätigkeit gestattet (§ 17a Abs. 4 AufenthG). Zudem kann nach § 17a Abs. 5 AufenthG einem Ausländer zum Ablegen einer Prüfung zur Anerkennung seiner ausländischen Berufsqualifikation eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, wenn ein konkretes Arbeitsplatzangebot für eine spätere Beschäftigung in dem anzuerkennenden Beruf vorliegt, dieser Arbeitsplatz nach den Bestimmungen der §§ 18 bis 20 AufenthG von Ausländern besetzt werden darf und die Bundesagentur für Arbeit nach § 39 AufenthG zugestimmt hat oder durch Rechtsverordnung nach § 42 AufenthG oder durch zwischenstaatliche Vereinbarung bestimmt ist, dass die Beschäftigung ohne Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit zulässig ist.

Wird die Bildungsmaßnahme überwiegend betrieblich durchgeführt, ist die Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit erforderlich (§ 17a Abs. 1 S. 3 AufenthG i. V. m. § 8 Abs. 2 BeschV). Die Zustimmung wird ohne Vorrangprüfung erteilt (§ 8 Abs. 2 BeschV). Dies gilt auch für eine Zustimmung zu einer während der Bildungsmaßnahme ausgeübten, zeitlich nicht eingeschränkten Beschäftigung, deren Anforderungen in einem engen Zusammenhang mit den in der späteren Beschäftigung verlangten beruflichen Kenntnissen stehen (nach § 17a Abs. 3 AufenthG i. V. m. § 8 Abs. 2 BeschV).

Sofern für eine qualifizierte Beschäftigung die Feststellung der Gleichwertigkeit eines im Ausland erworbenen Berufsabschlusses oder in einem im Inland reglementierten Beruf die Befugnis zur Berufsausübung notwendig ist und hierfür eine vorherige befristete praktische Tätigkeit im Inland erforderlich ist, kann mit Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit auch ein Aufenthaltstitel nach § 18 AufenthG zur Ausübung einer befristeten Beschäftigung zugestimmt werden. Die Zustimmung wird ohne Vorrangprüfung erteilt (§ 8 Abs. 3 BeschV; bis 31. Juli 2015: § 8 BeschV). Im Jahr 2015 wurden 231 Zustimmungen zur Ausübung einer praktischen Tätigkeit als Voraussetzung für die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen erteilt.

Im Jahr 2015 sind 4.254 Drittstaatsangehörige zu betrieblichen Aus- und Weiterbildungen nach Deutschland

85 BGBl. 2015 Teil I Nr. 32: 1386.

86 Vgl. dazu die Begründung zum Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung (BT-Drs. 18/4097).

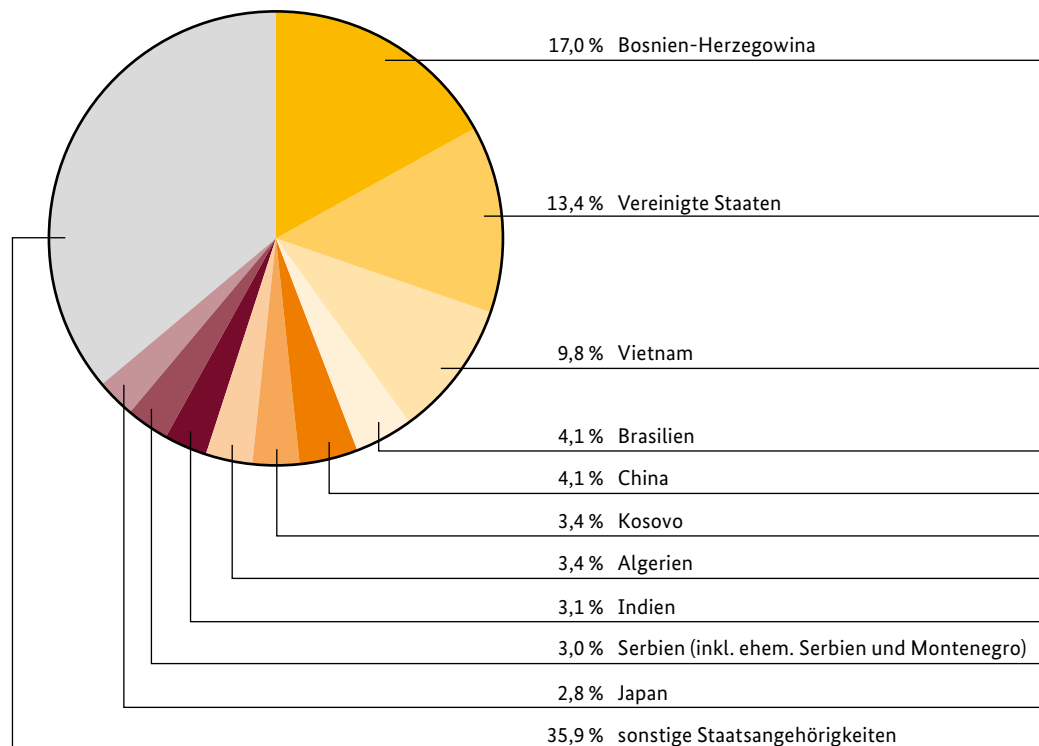
Tabelle 3-24: Zu sonstigen Ausbildungszwecken eingereiste Ausländer von 2008 bis 2015 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten

| Staatsangehörigkeit | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | |
|--|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|
| | | | | | | | | dar.: | weiblich |
| Bosnien-Herzegowina | 15 | 19 | 20 | 48 | 80 | 117 | 330 | 724 | 291 |
| Vereinigte Staaten | 484 | 511 | 517 | 596 | 447 | 523 | 505 | 569 | 208 |
| Vietnam | 35 | 37 | 32 | 45 | 43 | 119 | 70 | 415 | 255 |
| Brasilien | 444 | 305 | 324 | 323 | 309 | 246 | 218 | 176 | 68 |
| China | 781 | 549 | 537 | 483 | 408 | 373 | 266 | 176 | 78 |
| Kosovo | 2 | 5 | 21 | 28 | 22 | 69 | 71 | 144 | 54 |
| Algerien | 11 | 22 | 8 | 27 | 15 | 55 | 103 | 144 | 1 |
| Indien | 346 | 303 | 313 | 389 | 351 | 284 | 241 | 133 | 27 |
| Serbien (inkl. ehem. Serbien und Montenegro) | 56 | 30 | 41 | 74 | 52 | 59 | 49 | 128 | 50 |
| Japan | 144 | 121 | 135 | 142 | 118 | 130 | 134 | 118 | 30 |
| Ukraine | 147 | 156 | 193 | 158 | 86 | 95 | 85 | 106 | 52 |
| sonstige Staatsangehörigkeiten | 2.886 | 2.692 | 2.775 | 2.560 | 2.124 | 1.845 | 1.706 | 1.421 | 512 |
| Insgesamt | 5.351 | 4.750 | 4.916 | 4.873 | 4.055 | 3.915 | 3.778 | 4.254 | 1.626 |

Quelle: Ausländerzentralregister

Abbildung 3-10: Zu sonstigen Ausbildungszwecken im Jahr 2015 eingereiste Ausländer nach den zehn häufigsten Staatsangehörigkeiten

Gesamtzahl: 4.254



Quelle: Ausländerzentralregister

eingereist. Dies ist ein Anstieg um 12,6% im Vergleich zum Vorjahr (2014: 3.778 Personen). Der Frauenanteil betrug 38,2%. Die Hauptherkunftsländer im Jahr 2015 waren Bosnien-Herzegowina, die Vereinigten Staaten, Vietnam und Brasilien (vgl. Tabelle 3-24 und Abbildung 3-10). Am Ende des Jahres 2015 besaßen insgesamt 13.711 Drittstaatsangehörige eine Aufenthaltserlaubnis zu sonstigen Ausbildungszwecken nach § 17 Abs. 1 AufenthG, darunter 5.976 Frauen.

3.4 Einreise und Aufenthalt aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen

3.4.1 Asylzuwanderung

Nach Art. 16a Abs. 1 Grundgesetz (GG) genießen politisch Verfolgte das Recht auf Asyl in Deutschland. Damit ist das Asylrecht in Deutschland als individueller Rechtsanspruch mit Verfassungsrang ausgestaltet. Für die Prüfung der Asylanträge ist das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zuständig.

Jeder Asylantrag umfasst sowohl die Prüfung der Asylberechtigung (Art. 16a Abs. 1 GG) als auch die Prüfung des internationalen Schutzes (§ 1 Abs. 1 Nr. 2 AsylG⁸⁷). Der internationale Schutz umfasst den Flüchtlingsschutz (§ 3 Abs. 1 AsylG) und den subsidiären Schutz (§ 4 Abs. 1 AsylG⁸⁸). Werden die Voraussetzungen der Asylberechtigung und des internationalen Schutzes abgelehnt, erfolgt von Amts wegen die Prüfung der Abschiebungsverbote (§ 24 Abs. 2 AsylG i. V. m. § 60 Abs. 5 und 7 AufenthG).

Ein Asylantragsteller kann eine ablehnende Entscheidung des BAMF verwaltungsgerichtlich überprüfen lassen.

Zulässigkeit eines Asylantrags

Mit dem am 6. August 2016 in Kraft getretenen Integrationsgesetz⁸⁹ wurden die Unzulässigkeitsgründe in § 29 AsylG neu gebündelt. Demnach ist ein Asylantrag unzulässig, wenn ein anderer Staat nach Maßgabe der Verordnung (EU) Nr. 604/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 zur Festlegung der

Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat gestellten Antrag auf internationalen Schutz zuständig ist oder aufgrund von anderen Rechtsvorschriften der Europäischen Union oder eines völkerrechtlichen Vertrages für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig ist (vgl. Dublin-Verfahren 3.4.1.3). Darüber hinaus sind Anträge von Personen unzulässig,

- die bereits in einem anderen Mitgliedstaat internationalen Schutz im Sinne des § 1 Abs. 1 Nr. 2 AsylG erhalten haben,
- wenn ein anderer Staat als für den Ausländer sicherer Drittstaat gemäß § 26a AsylG betrachtet wird und bereit ist, den Ausländer wieder aufzunehmen,
- wenn ein Nicht-EU-Staat als sonstiger sicherer Drittstaat gemäß § 27 AsylG betrachtet wird und bereit ist, den Ausländer wieder aufzunehmen oder
- im Falle eines Folgeantrags nach § 71 AsylG oder eines Zweitantrags nach § 71a AsylG ein weiteres Asylverfahren nicht durchzuführen ist.

Asylberechtigung und Flüchtlingseigenschaft

Das Grundrecht auf Asyl gilt allein für politisch Verfolgte, d.h. für Personen, die eine an asylerbliche Merkmale anknüpfende staatliche Verfolgung erlitten haben bzw. denen eine solche nach einer Rückkehr in das Herkunftsland konkret droht. Dem Staat stehen dabei solche staatsähnlichen Organisationen gleich, die den jeweiligen Staat verdrängt haben oder denen dieser das Feld überlassen hat und die ihn daher insoweit ersetzen (staatliche, mittelbar staatliche und quasi-staatliche Verfolgung). Zur Begriffsbestimmung der politischen Verfolgung wird dabei auf die Merkmale der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) zurückgegriffen. Entscheidend für die Asylgewährung ist danach, ob eine Person „wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung“ (Art. 1 A Nr. 2 GFK) Verfolgungsmaßnahmen mit Gefahr für Leib und Leben oder Beschränkungen ihrer persönlichen Freiheit ausgesetzt sein wird oder solche Verfolgungsmaßnahmen begründet befürchtet.

Nach § 3 Abs. 1 AsylG wird einem Ausländer in Deutschland die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt, wenn er sich aus begründeter Furcht vor Verfolgung wegen seiner Rasse, Religion, Nationalität, politischen Überzeugung oder seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe außerhalb seines Herkunftslandes befindet und dessen Schutz nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Furcht nicht in Anspruch nehmen will. Dabei kann eine Verfolgung vom Staat und von staatsähnlichen

87 Durch das am 24. Oktober 2015 in Kraft getretene Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz (BGBl. 2015 Teil I Nr. 40: 1722–1735) wurde das Asylverfahrensgesetz (AsylVfG) in Asylgesetz (AsylG) umbenannt.

88 Bis 30. November 2013 auch unter den Begriffen „internationale Abschiebungsverbote“ und „europarechtlicher subsidiärer Schutz“ bekannt.

89 Vgl. BGBl. 2016 Teil I Nr. 39: 1939.

Akteuren wie etwa Parteien und Organisationen, die den Staat oder wesentliche Teile des Staatsgebietes beherrschen (quasi-staatliche Verfolgung), ausgehen. Zudem kann die Verfolgung durch nichtstaatliche Akteure bedingt sein, sofern staatliche oder staatsähnliche Akteure (einschließlich internationaler Organisationen) erwerbsmäßig nicht in der Lage oder willens sind, Schutz vor der Verfolgung zu bieten (§ 3c Nr. 3 AsylG). Dies gilt jedoch nur, soweit keine interne Schutzmöglichkeit besteht (§ 3e AsylG). § 3b Abs. 1 Nr. 4 AsylG stellt ausdrücklich klar, dass eine Verfolgung wegen der Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe auch dann vorliegen kann, wenn die Bedrohung allein an das Geschlecht anknüpft (geschlechtsspezifische Verfolgung). Der Anwendungsbereich für die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft ist somit weiter als beim Grundrecht auf Asyl, die Rechtsfolgen beider Entscheidungen dagegen sind gleich. Der Flüchtlingsschutz hat in der Praxis in den letzten Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen.

Durch das am 1. Januar 2005 in Kraft getretene Zuwanderungsgesetz wurde eine Angleichung des Aufenthaltsstatus von Asylberechtigten und GFK-Flüchtlingen vorgenommen (§ 25 Abs. 1 und Abs. 2 S. 1 Alt. 1 AufenthG). Sowohl Asylberechtigte als auch Ausländer, denen die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt worden ist, erhalten hiernach zunächst eine (befristete) Aufenthaltserlaubnis. Die Aufenthaltserlaubnis für diese beiden Gruppen berechtigt zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit. Mit dem am 6. August 2016 in Kraft getretenen Integrationsgesetz ist i. d. R. nach fünfjährigem Besitz (bis zum 5. August 2016: nach dreijährigem Besitz) einer Aufenthaltserlaubnis eine Niederlassungserlaubnis zu erteilen, sofern das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mitgeteilt hat, dass die Voraussetzungen für den Widerruf oder die Rücknahme der Anerkennung nicht vorhanden sind (§ 26 Abs. 3 AufenthG). Zudem müssen die Sicherung des Lebensunterhalts überwiegend gewährleistet sein und hinreichende Kenntnisse der deutschen Sprache (Niveau A 2 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen) vorliegen. Bereits nach drei Jahren im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis ist eine Niederlassungserlaubnis zu erteilen, wenn der Ausländer die deutsche Sprache beherrscht (Niveau C 1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen) und sein Lebensunterhalt weit überwiegend gesichert ist.

Subsidiärer Schutz

Eine schutzsuchende Person, die nicht die Voraussetzungen für eine Anerkennung als Asylberechtigter oder Flüchtling erfüllt, kann subsidiären Schutz erhalten, wenn sie stichhaltige Gründe für die Annahme vorgebracht hat, dass ihr in ihrem Herkunftsland ein ernsthafter Schaden

droht (§ 4 Abs. 1 AsylG). Als ernsthafter Schaden gilt die Verhängung oder Vollstreckung der Todesstrafe, Folter, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung, eine ernsthafte individuelle Bedrohung des Lebens oder der Unversehrtheit einer Zivilperson infolge willkürlicher Gewalt im Rahmen eines internationalen oder innerstaatlichen bewaffneten Konflikts. Ein ernsthafter Schaden im Sinne des § 4 Abs. 1 AsylG kann vom Staat, von quasi-staatlichen Akteuren oder von nichtstaatlichen Akteuren drohen (§ 3c AsylG i. V. m. § 4 Abs. 3 S. 1 AsylG). Schutz vor einem ernsthaften Schaden durch nichtstaatliche Akteure kann nur vom Staat oder quasi-staatlichen Akteuren (einschließlich internationaler Organisationen) geboten werden, sofern sie willens und in der Lage sind (§ 3d AsylG i. V. m. § 4 Abs. 3 S. 1 AsylG). Besteht interner Schutz, wird der subsidiäre Schutz nicht zuerkannt (§ 3e AsylG i. V. m. § 4 Abs. 3 S. 1 AsylG).

Ein Ausländer, bei dem subsidiärer Schutzbedarf nach § 4 Abs. 1 AsylG festgestellt wurde, erhält eine Aufenthaltserlaubnis nach Maßgabe des § 25 Abs. 2 S. 1 zweite Alternative AufenthG. Die Aufenthaltserlaubnis wird für ein Jahr, bei Verlängerung für zwei Jahre erteilt (§ 26 Abs. 1 S. 3 AufenthG) und berechtigt zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit (§ 25 Abs. 2 S. 2 AufenthG). Nach fünf Jahren kann eine Niederlassungserlaubnis erteilt werden, ohne dass es einer Überprüfung des Fortbestehens der Schutzgründe durch das BAMF bedarf (§ 26 Abs. 4 AufenthG).⁹⁰ Die Neufassung der Qualifikationsrichtlinie hat die Rechte von Flüchtlingen und subsidiär Schutzberechtigten aneinander angenähert.⁹¹ Darüber hinaus ist für international Schutzberechtigte nach fünf Jahren Aufenthalt nunmehr auch die Erteilung einer Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU nach § 9a Abs. 3 AufenthG möglich.

Durch die mit dem am 17. März 2016 in Kraft getretenen Gesetz zur Einführung beschleunigter Asylverfahren in das Aufenthaltsgesetz eingefügte Regelung des § 104 Abs. 13 AufenthG⁹² wird ein Familiennachzug zu Personen, denen nach dem 17. März 2016 eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 2 S. 1 Alt. 2 AufenthG erteilt worden ist, bis zum 16. März 2018 grundsätzlich nicht gewährt (vgl. hierzu auch Kap. 3.5).

⁹⁰ Zusätzlich müssen auch die Voraussetzungen des § 9 Abs. 2 Satz 1 AufenthG erfüllt sein.

⁹¹ Richtlinie 2011/95/EU. Vor der Umsetzung dieser Richtlinie in nationales Recht zum 1. Dezember 2013 wurde bei Feststellung von „internationalen Abschiebungsverboten“ eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 3 AufenthG erteilt.

⁹² BGBl. 2016 Teil I Nr. 12: 390–393.

Abschiebungsverbote

Erfüllt eine schutzsuchende Person weder die Voraussetzungen für eine Anerkennung als Asylberechtigter noch für eine Zuerkennung internationalen Schutzes, prüft das Bundesamt von Amts wegen, ob Abschiebungsverbote nach § 60 Abs. 5 oder Abs. 7 AufenthG vorliegen; dieser nationale, weil nicht in der Qualifikationsrichtlinie geregelte Abschiebungsschutz, gilt ausschließlich bei Gefahren, die dem Antragsteller im Zielland der Abschiebung drohen (zielstaatsbezogene Abschiebungsverbote). Die fraglichen Gefahren können dabei von staatlichen wie nichtstaatlichen Akteuren ausgehen. Ein Verbot der Abschiebung nach § 60 Abs. 7 S. 1 AufenthG kann auch vorliegen, wenn sich eine vorhandene Erkrankung bei Rückkehr in das Herkunftsland wesentlich verschlechtert.⁹³

Daneben hat die Ausländerbehörde bei einer beabsichtigten Abschiebung auch Gefahren, die durch Verlassen des Bundesgebietes drohen (inländische Vollstreckungshindernisse), wie z. B. krankheitsbedingte Reiseunfähigkeit, zu berücksichtigen.

Einem Ausländer, bei dem ein Abschiebungsverbot nach § 60 Abs. 5 oder 7 AufenthG festgestellt wurde, soll eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 3 AufenthG für mindestens ein Jahr (§ 26 Abs. 1 S. 4 AufenthG) erteilt werden.

Sozialleistungen für Asylbewerber

Änderungen im Leistungsrecht für Asylbewerber wurden maßgeblich durch zwei Ereignisse veranlasst: Zum einen die Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Asylbewerberleistungsgesetz vom 18. Juli 2012⁹⁴, und zum anderen durch die hohe Anzahl der Asylbewerber in 2015.

Am 1. März 2015 ist das Gesetz zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes und des Sozialgerichtsgesetzes in Kraft getreten. Es setzt die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 18. Juli 2012 um, mit der das Gericht die Regelungen zu den Leistungssätzen nach § 3 des Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) als mit dem Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums aus Art. 1 Abs. 1 GG in Verbindung mit

dem Sozialstaatsprinzip des Artikel 20 Abs. 1 GG für unvereinbar erklärt hatte. Mit dem Änderungsgesetz werden die Sätze für Geldleistungen im Asylbewerberleistungsgesetz transparent und bedarfsgerecht neu festgesetzt, angehoben und zukünftig regelmäßig fortgeschrieben. Zudem erhalten Leistungsberechtigte nach dem AsylbLG nach der Neuregelung bereits nach einer Aufenthaltsdauer von 15 Monaten im Bundesgebiet (bisher: erst nach 48 Monaten Leistungsbezug) Leistungen analog dem SGB XII. Alle leistungsberechtigten Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene haben danach ab Beginn ihres Aufenthalts in Deutschland einen Anspruch auf Bildungs- und Teilhabeleistungen. Inhaber eines humanitären Aufenthaltstitels nach § 25 Abs. 4a und 4b AufenthG werden aus dem Anwendungsbereich des AsylbLG herausgenommen.

Zum selben Zeitpunkt ist das Gesetz zur Verbesserung der Rechtsstellung von asylsuchenden und geduldeten Ausländern⁹⁵ in Kraft getreten, mit dem u. a. der Vorrang des Sachleistungsprinzips auf die Zeit des Aufenthaltes in den Erstaufnahmeeinrichtungen beschränkt wird, so dass die Betroffenen in der Anschlusszeit vorrangig Geldleistungen erhalten können. Durch das Gesetz wird darüber hinaus die räumliche Beschränkung von asylsuchenden und geduldeten Ausländern, die sogenannte Residenzpflicht, auf die ersten drei Monate des Aufenthalts reduziert. Bei Bezug öffentlicher Sozialleistungen ist die Möglichkeit zur Erteilung einer Wohnsitzauflage gegeben.

Auf die hohe Anzahl neuer Asylbewerber in 2015 hat Deutschland insbesondere mit zwei Instrumenten reagiert. Zum einem, neuen Regelungen, die helfen sollen, die Integration von Flüchtlingen mit guter Bleibeperspektive zu erleichtern. Zum anderen restriktiven Regelungen, einschließlich Leistungseinschränkungen, die helfen sollen, den Verpflichtungen der Flüchtlinge bei der Aufnahme (Registrierung) und im Asylverfahren mehr Nachdruck zu verleihen.

So wurde mit dem Integrationsgesetz eine Verpflichtung mit leistungsrechtlichen Konsequenzen zur Wahrnehmung von Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen eingeführt. So können arbeitsfähige, nicht erwerbstätige Leistungsberechtigte, die volljährig sind und nicht mehr der Vollzeitschulpflicht unterliegen, zu ihrer Aktivierung in Arbeitsgelegenheiten zugewiesen werden, die im Rahmen des von der Bundesagentur für Arbeit durchgeführten Arbeitsmarktprogramms „Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen“ (siehe unten) bereitgestellt werden (§ 5a AsylbLG neu) oder schriftlich verpflichtet werden, an einem Integrationskurs teilzunehmen (§ 5b AsylbLG neu).

93 Dies trifft etwa zu, wenn sich der Gesundheitszustand aufgrund des rückführungsbedingten Abbruchs einer notwendigen und auch in Anspruch genommenen medizinischen Behandlung wegen einer unzureichenden oder nicht zugänglichen Behandlungsmöglichkeit im Heimatland wesentlich oder gar lebensbedrohlich verschlechtern würde. Vgl. dazu Nr. 60.7.1.3.1 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Aufenthaltsgesetz.

94 BVerfGE 132: 134–179.

95 Vgl. BGBl. 2014 Teil I Nr. 64: 2439.

Zudem wurden Neuregelungen geschaffen, die in Sammelunterkünften wieder stärker auf die Versorgung mit Sachleistungen setzen.

Mit dem Integrationsgesetz wurde im AsylbLG eine Leistungseinschränkung für Asylbewerber eingeführt, wenn sie bestimmte Mitwirkungspflichten im Asylverfahren verletzen (§ 1a Abs. 5 AsylbLG neu); die Einschränkung gilt für die Dauer der Verletzung der Mitwirkungspflicht. Eine Leistungseinschränkung ist von vorneherein ausgeschlossen, wenn die Leistungsberechtigten die Verletzung der Mitwirkungspflichten im Asylverfahren nicht zu vertreten haben oder ihnen die Einhaltung der Mitwirkungspflichten oder die Wahrnehmung eines Termins aus wichtigen Gründen nicht möglich war. Ebenso wurden Leistungseinschränkungen geschaffen, damit die Leistungsberechtigten bei ihrer Registrierung in Deutschland mitwirken (§ 11 Absatz 2a AsylbLG).

Wohnsitzauflage für anerkannte Flüchtlinge und andere Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen

Durch die durch das Integrationsgesetz ins Aufenthaltsgesetz neu eingeführte Wohnsitzregelung (§ 12a AufenthG) ist ein Ausländer, der nach dem 01.01.2016 als Asylberechtigter, Flüchtling nach § 3 Abs. 1 AsylG oder subsidiär Schutzberechtigter nach § 4 Abs. 1 AsylG anerkannt worden ist oder dem nach § 22, § 23 oder § 25 Abs. 3 AufenthG erstmalig eine Aufenthaltserlaubnis erteilt worden ist, zur Förderung seiner nachhaltigen Integration verpflichtet, für den Zeitraum von drei Jahren seinen Wohnsitz in dem Bundesland zu nehmen, in das er zur Durchführung seines Asylverfahrens oder im Rahmen seines Aufnahmeverfahrens zugewiesen worden ist (§ 12a Abs. 1 AufenthG neu). Ausnahmen hiervon gelten etwa für Personen, die eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mit einem Umfang von mindestens 15 Stunden wöchentlich, durch die mindestens ein Einkommen in Höhe des monatlichen durchschnittlichen Bedarfs für eine Einzelperson nach §§ 20 und 22 SGB II erzielt wird, oder ein Studium oder eine Ausbildung aufgenommen haben und damit bereits einen wichtigen Beitrag zu ihrer eigenen Integration leisten. Ein Ausländer, der einer entsprechenden Verpflichtung unterliegt, kann zur Vermeidung von sozialer Segregation und unter Berücksichtigung des örtlichen Ausbildungs- und Arbeitsmarktes auch dazu verpflichtet werden, seinen Wohnsitz nicht an einem bestimmten Ort zu nehmen, insbesondere wenn zu erwarten ist, dass der Ausländer Deutsch dort nicht als wesentliche Verkehrssprache nutzen wird (§ 12a Abs. 4 AufenthG neu).

Nach einem Urteil des EuGH vom 1. März 2016 ist eine entsprechende Wohnsitzauflage bei Personen mit

subsidiärem Schutzstatus zulässig, wenn sie in stärkerem Maße mit Integrationsschwierigkeiten konfrontiert sind als andere Drittstaatsangehörige, die sich aus anderen als humanitären, politischen oder völkerrechtlichen Gründen rechtmäßig in einem EU-Mitgliedstaat aufhalten (Urteil in den verbundenen Rechtssachen C-443/14 und C-444/14).

Arbeitsmarktzugang von Asylbewerbern und geduldeten Ausländern

Asylbewerber und Geduldete haben nach einer Wartezeit von drei Monaten grundsätzlich Zugang zum Arbeitsmarkt (zuvor neun bzw. zwölf Monate), wenn die Erlaubnis der örtlichen Ausländerbehörde vorliegt und wenn die Bundesagentur für Arbeit zugestimmt hat oder durch Rechtsverordnung bestimmt ist, dass die Ausübung der Beschäftigung ohne Zustimmung der BA zulässig ist.⁹⁶ Bei Geduldeten entfällt die Wartezeit bei zustimmungsfreien Beschäftigungen. Kein Arbeitsmarktzugang besteht während der Zeit, in der der Ausländer verpflichtet ist, in einer Aufnahmeeinrichtung zu wohnen, unabhängig von ihrer Dauer, und für Geduldete, die das Abschiebehindernis selber zu vertreten oder ihre Mitwirkungspflichten bei der Beseitigung des Abschiebungshindernisses verletzt haben.

Infolge der Regelungen durch das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz vom 24. Oktober 2015 darf die Ausübung einer Beschäftigung während des Asylverfahrens für Staatsangehörige aus einem sicheren Herkunftsstaat, der nach dem 31. August 2015 einen Asylantrag gestellt hat, nicht erlaubt werden (§ 61 Abs. 2 S. 4 AsylG). Im Fall der Ablehnung des nach dem 31. August 2015 gestellten Asylantrags gilt das Verbot, eine Erwerbstätigkeit zu erlauben, auch für Geduldete gem. § 60a Abs. 6 S. 1 Nr. 3 AufenthG.⁹⁷

Vom Zustimmungserfordernis ausgenommen sind betriebliche Berufsausbildungen und Beschäftigungen, die die Voraussetzungen für eine Blaue Karte EU (Mindestgehalt 49.600 Euro) erfüllen.

§ 32 Abs. 5 BeschV⁹⁸ bestimmt, dass bis zum 5. August 2019 die Zustimmung der BA zur Ausübung einer Beschäftigung bei Geduldeten und Asylbewerbern ohne Vorrangprüfung erteilt wird, wenn sich Geduldete bzw. Asylbewerber seit 15 Monaten ununterbrochen erlaubt, geduldet

96 Die Verkürzung der Wartezeit auf drei Monate erfolgte durch das am 6. November 2014 in Kraft getretene „Gesetz zur Einstufung weiterer Staaten als sichere Herkunftsstaaten und zur Erleichterung des Arbeitsmarktzugangs für Asylbewerber und geduldete Ausländer“. Vgl. BGBl. 2014 Teil I Nr. 49: 1649.

97 BGBl. 2015 Teil I Nr. 40.

98 Eingefügt durch die „Zweite Verordnung zur Änderung der Beschäftigungsverordnung (BeschV)“ vom 11. November 2014, vgl. BGBl. 2014 Teil I Nr. 50: 1683.

oder mit einer Aufenthaltsgestattung im Inland aufhalten haben. Auf die Vorrangprüfung wird auch in den Fällen verzichtet, in denen bei einem Aufenthalt zum Zweck der Erwerbstätigkeit keine Vorrangprüfung erfolgt. Hierbei handelt es sich um Beschäftigungen, die die Voraussetzungen für eine Blaue Karte EU in Engpassberufen mit der niedrigen Gehaltschwelle (2016: 38.688 Euro) erfüllen oder Beschäftigungen in Ausbildungsberufen nach der sog. Positivliste der Bundesagentur für Arbeit.⁹⁹

Mit der durch die Verordnung zum Integrationsgesetz veranlassten und am 6. August 2016 in Kraft getretenen „Vierten Verordnung zur Änderung der Beschäftigungsverordnung“ (BGBl. 2016 Teil I Nr. 39: 1953–1956) wurde zudem § 32 Abs. 5 BeschV ergänzt durch eine Regelung, durch die in 133 von insgesamt 156 Agenturbezirken der Bundesagentur für Arbeit die Vorrangprüfung bei der Beschäftigung von Asylbewerbern und Personen mit einer Duldung befristet für die Dauer von drei Jahren generell ausgesetzt.¹⁰⁰ Die Vergleichbarkeit der Arbeitsbedingungen wird allerdings weiterhin durch die Bundesagentur für Arbeit geprüft. Damit haben Asylbewerber und Geduldete in den aufgelisteten Agenturbezirken nunmehr bereits nach drei Monaten einen erleichterten Arbeitsmarktzugang. In den verbleibenden 23 Agenturbezirken in Bayern, Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen verbleibt es bei der bisherigen Regelung.

In den von der Vorrangprüfung ausgenommenen Fällen (§ 32 Abs. 5 BeschV) ist auch eine Zustimmung für ein Tätigwerden als Leiharbeiter möglich (§ 32 Abs. 3 BeschV).

Bereits am 1. August 2015 ist eine Änderung in der Beschäftigungsverordnung (BeschV) in Kraft getreten, mit der mindestlohnfreie Praktika vom Zustimmungserfordernis der Bundesagentur für Arbeit ausgenommen worden sind (§ 32 Abs. 2 u. Abs. 4 BeschV).

Verteilung von Asylbegehrenden

Die Unterbringung und Versorgung von Ausländern, die einen Asylantrag stellen, erfolgt in den ersten Wochen des Asylverfahrens in der Regel in einer Erstaufnahmeeinrichtung der Bundesländer. Die Verteilung der Asylbegehrenden richtet sich dabei nach einer festgelegten Quote (sog. „Königsteiner Schlüssel“). Die Bestimmung der zuständigen Erstaufnahmeeinrichtung erfolgt mit Hilfe des bundesweiten Verteilungssystems EASY (Erstverteilung der Asylbegehrenden).

⁹⁹ BGBl. 2015 Teil I Nr. 41: 1789–1791.

¹⁰⁰ Vgl. dazu die Pressemitteilung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) vom 5. August 2016 sowie die Anlage zu § 32 BeschV.

Aufgrund der im Jahr 2015 stark gestiegenen Zahl an Asylsuchenden war die Annahme eines Asylantrags im unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang mit der erstmaligen Registrierung als Asylbegehrender (vor der persönlichen Antragstellung) im Berichtsjahr kaum möglich, so dass im Jahr 2015 eine Differenz zwischen den Registrierungszahlen des EASY-Systems und den Asylantragszahlen festzustellen war.

Im Jahr 2015 wurden im EASY-System zunächst 1.091.894 Zugänge von Asylsuchenden erfasst (vgl. Tabelle 3-25). Diese Zahl lag deutlich über der Zahl der Antragstellungen des Jahres 2015 (441.899 Erstanträge).¹⁰¹ Allerdings konnte bei der Zahl der Registrierungen im EASY-System Fehl- und Doppelerfassungen nicht ausgeschlossen werden. Zudem kam es zu Weiterreisen von Asylsuchenden (in andere Mitgliedstaaten der EU). Erst nach Abschluss der Nachregistrierungen bis September 2016 wurde deutlich, dass die Zahl derjenigen, die Asyl gesucht haben bei 890.000 lag.¹⁰²

Tabelle 3-25: Registrierte Zugänge im EASY-System im Jahr 2015

| Herkunftsland | Registrierungen |
|------------------|------------------|
| Syrien | 428.468 |
| Afghanistan | 154.046 |
| Irak | 121.662 |
| Albanien | 69.426 |
| Kosovo | 33.049 |
| Sonstige | 285.243 |
| Insgesamt | 1.091.894 |

Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Mit dem am 1. November 2015 in Kraft getretenen Gesetz zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher werden auch unbegleitete minderjährige Schutzsuchende auf der Grundlage des Königsteiner Schlüssels in die Bundesländer verteilt (§ 42b SGB VIII neu).

Nach § 63a AsylG, der durch das am 24. Oktober 2015 in Kraft getretene Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz eingeführt und durch das am 5. Februar 2016 in Kraft

¹⁰¹ Vgl. dazu die Pressemitteilung des BMI vom 6. Januar 2016.

¹⁰² Vgl. dazu die Pressemitteilung des BMI vom 30. September 2016.

getretene Datenaustauschverbesserungsgesetz¹⁰³ geändert wurde, wird einem Ausländer, der um Asyl nachgesucht hat und erkennungsdienstlich behandelt worden ist, aber noch keinen Asylantrag gestellt hat, unverzüglich eine Bescheinigung über die Meldung als Asylsuchender (Ankunftsnachweis; bis 4. Februar 2016: BüMA) ausgestellt. Diese wird von den zuständigen Aufnahmeeinrichtungen und den zuständigen Außenstellen des BAMF ausgestellt und dient als visualisierter Nachweis der Registrierung. Zudem entsteht seit Inkrafttreten des Integrationsgesetzes die Aufenthaltsgestattung künftig grundsätzlich einheitlich mit der Ausstellung des Ankunftsnachweises (§ 55 Abs. 1 S. 1 AsylG neu), dessen Daten im Ausländerzentralregister gespeichert werden, auf welche die Ausländer- und Sicherheitsbehörden nach den im AZR-Gesetz vorgesehenen Regelungen zugreifen können.

Die mögliche Aufenthaltshöchstdauer in einer Erstaufnahmeeinrichtung wurde durch das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz vom 24. Oktober 2015 für alle Ausländer, die den Asylantrag bei einer Außenstelle des Bundesamtes zu stellen haben, von drei auf sechs Monate verlängert (§ 47 Abs. 1 AsylG). Nach § 47 Abs. 1a AsylG sind Ausländer aus einem sicheren Herkunftsstaat verpflichtet, bis zur Entscheidung des Bundesamtes und im Falle der Ablehnung des Asylantrags als offensichtlich unbegründet oder unzulässig bis zur Ausreise oder der Abschiebung in der Erstaufnahmeeinrichtung zu wohnen.

Asylantragstellung

Im Asylverfahren werden zwei Arten von Asylanträgen unterschieden. Ein Asylersantrag liegt vor, wenn ein Ausländer erstmals Asyl beantragt. Ein Asylfolgeantrag liegt vor, wenn der Ausländer nach Rücknahme oder unanfechtbarer Ablehnung eines früheren Asylantrags erneut einen Asylantrag stellt (§ 71 AsylG). Sowohl der Asylersantrag als auch der Asylfolgeantrag können auf die Zuerkennung internationalen Schutzes (Flüchtlings-eigenschaft und subsidiärer Schutz) beschränkt werden (§ 13 Abs. 2 S. 2 AsylG).

Typischerweise wird ein Asylersantrag nach der Einreise in das Bundesgebiet gestellt, so dass ein Zuzugstatbestand vorliegt. Asylfolgeanträge wurden in der Vergangenheit in der Regel von Personen gestellt, die sich nach Durchführung des Erstverfahrens weiter in Deutschland aufgehalten haben. Seit der Visaliberalisierung für Staatsangehörige der Westbalkanstaaten 2009/2010 werden

Asylfolgeanträge jedoch zunehmend von Personen gestellt, die nach einem erfolglosen Erstverfahren in ihre Herkunftsländer (v. a. Serbien bzw. Mazedonien) zurückgekehrt waren und später wieder in das Bundesgebiet eingereist sind.

Seit dem Inkrafttreten des Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes am 24. Oktober 2015 gilt mit der Asylantragstellung ein Asylantrag auch für jedes minderjährige ledige Kind des Ausländers als gestellt, welches keinen Aufenthaltstitel besitzt (§ 14a Abs. 1 AsylG). Reist ein minderjähriges lediges Kind einer schutzsuchenden Person nach dessen Asylantragstellung ein oder wird es im Bundesgebiet geboren, gilt ebenfalls ein Asylantrag als gestellt, wenn diese Kinder beim Bundesamt unverzüglich angezeigt werden (§ 14a Abs. 2 AsylG). Bis zum 23. Oktober 2015 galt diese Regelungen lediglich für ledige Kinder, die das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten (§ 14a AsylG).

3.4.1.1 Asylanträge

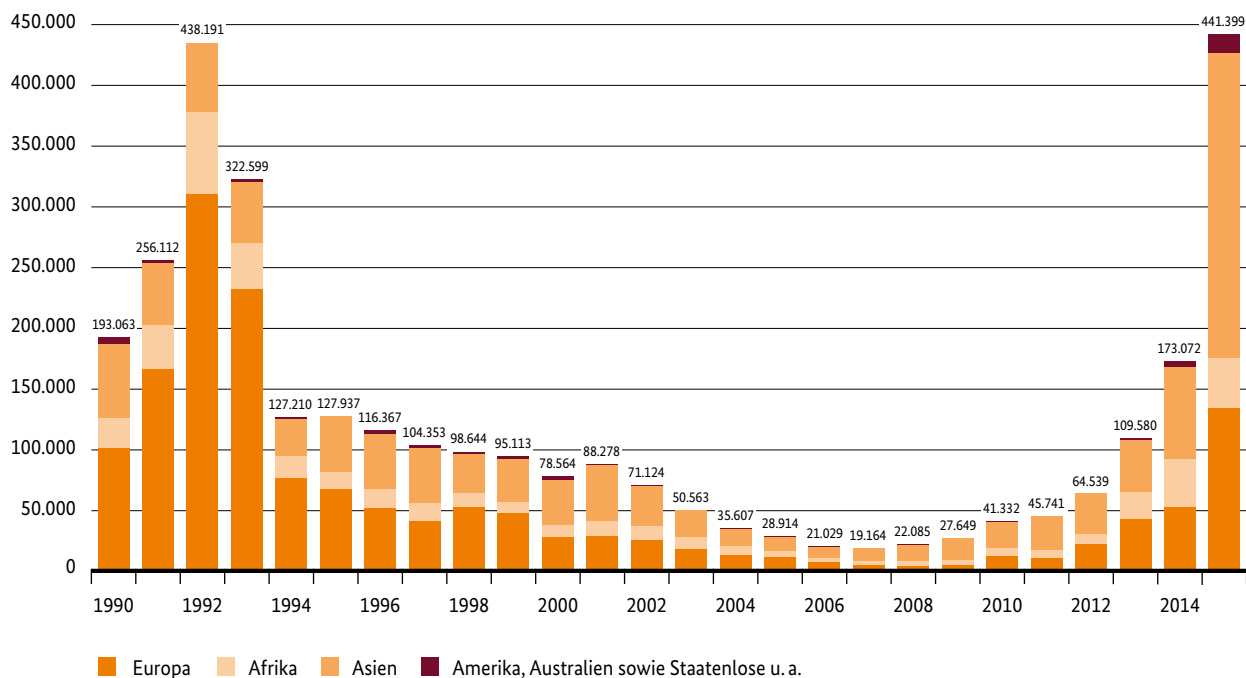
Hauptdatenquelle für den Bereich des Asyls sind die Geschäftsstatistiken des BAMF. Es erfasst alle Asylantragsteller in seinen Außenstellen und erstellt so eine personenbezogene Asylbewerberzugangstatistik.

Von 1990 bis Ende 2015 haben 3.199 Millionen Menschen in Deutschland um Asyl nachgesucht (Asyl-erstantragszahlen).¹⁰⁴ Bis zum Ende der 1990er Jahre stammte der größte Teil der Asylbewerber aus Europa (einschließlich der Türkei und der UdSSR/Russischen Föderation). Seit 2000 stellten jeweils mehr Antragsteller aus asiatischen Herkunftstaaten einen Asylantrag in Deutschland (mit Ausnahme des Jahres 2013), dies bei zunächst niedrigen und seit einigen Jahren wieder deutlich ansteigenden Asylbewerberzahlen (vgl. Abbildung 3-11 und Tabelle 3-44 im Anhang). Im Jahr 2015 stammten 30,4 % aller Antragsteller aus Europa (2014: 30,8 %), während es mit 56,6 % zu einem Anstieg der Asylbewerberzahlen aus Asien kam (2014: 43,6 %). Zwar haben sich die Erstantragszahlen aus Afrika in absoluten Zahlen kaum verändert (2015: 41.712; 2014: 39.322), allerdings nahm der Anteil von afrikanischen Asylbewerbern an allen Asylbewerbern wegen des überproportionalen Anstiegs von Asylanträgen aus Asien ab. So betrug er im Jahr 2015 lediglich 9,4 % (2014: 22,7 %).¹⁰⁵

¹⁰³ Gesetz zur Verbesserung der Registrierung und des Datenaustausches zu aufenthalts- und asylrechtlichen Zwecken (Datenaustauschverbesserungsgesetz vom 4. Februar 2016); vgl. BGBl. 2016 Teil I Nr. 5: 130.

¹⁰⁴ Das BAMF führte erst im Jahr 1995 die statistische Differenzierung zwischen Erst- und Folgeanträgen ein. Insofern sind die Asylantragstellerzahlen für den Zeitraum von 1990 bis 1994 leicht überhöht. Ab 1995 wurden in den vorliegenden Statistiken jeweils die Zahlen der Erstanträge verwendet.

¹⁰⁵ Zur Entwicklung der Asylbewerberzahlen vgl. ausführlich BAMF 2016b.

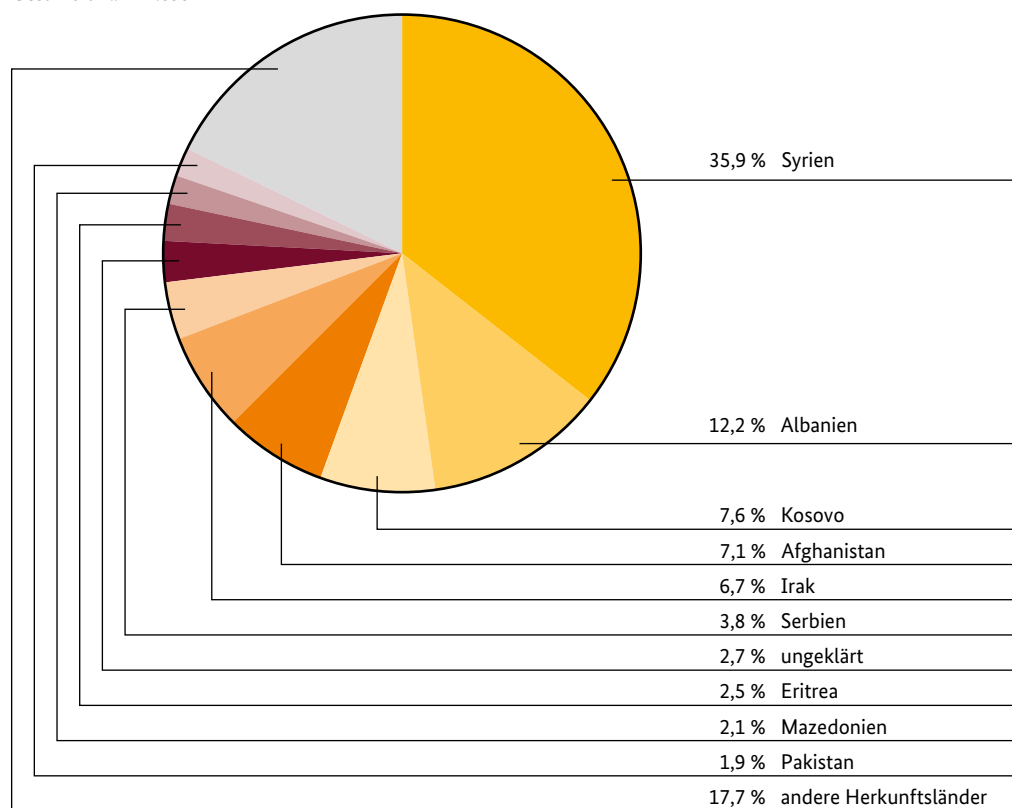
Abbildung 3-11: Asylantragsteller in Deutschland nach Herkunftskontinenten von 1990 bis 2015¹

1) Ab 1995 nur Erstanträge.

Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Abbildung 3-12: Asylantragsteller (Erstanträge) nach den zehn häufigsten Herkunftsländern im Jahr 2015

Gesamtzahl: 441.899



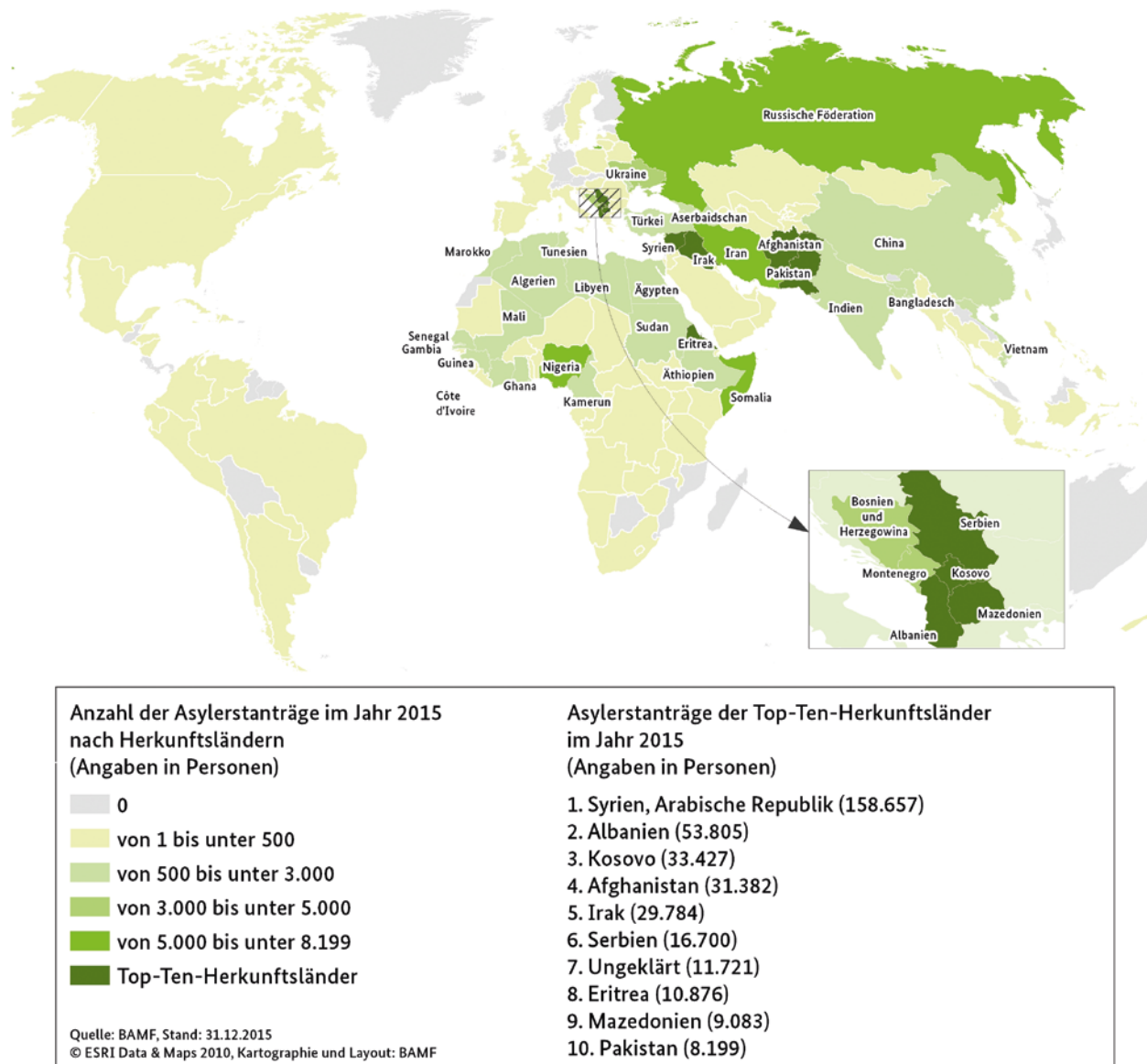
Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Von 1993 bis 2007 ließ sich ein fast kontinuierliches Absinken der Erstantragszahlen feststellen. Seit dem Jahr 2008 steigt die Zahl der Asylbewerber von einem niedrigen Stand aus wieder deutlich an. Im Jahr 2015 hat die Zahl der Erstanträge mit 441.899 Personen einen historischen Höchststand erreicht (vgl. zu 1992: 438.191 Erstanträge) und ist gegenüber dem Vorjahr um 155,3% angestiegen (2014: 173.072 Asylersanträge), nachdem bereits von 2012 auf 2013 ein Zuwachs um 69,8%, sowie von 2013 auf 2014 ein Anstieg um 57,9% zu verzeichnen war (vgl. Tabelle 3-44 im Anhang).¹⁰⁶

106 Zur weitergehenden Differenzierung der Asylanträge, etwa nach ethnischer Herkunft oder Religion, vgl. BAMF 2016b: 15 ff.

Hauptherkunftsland von Asylantragstellern im Jahr 2015 war Syrien mit 158.657 gestellten Asylersanträgen (vgl. Abbildung 3-12, Karte 3-2 und Tabelle 3-45 im Anhang). Dies entspricht einem Anteil von 35,9% aller Asylersanträge des Jahres 2015. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl der Erstanträge von syrischen Asylbewerbern um 303,4%. Mit 53.805 Asylersanträgen war Albanien das zweitstärkste Herkunftsland im Jahr 2015. Dies entspricht einem Anteil von 12,2% aller Asylersanträge, der mit 584,1% den höchsten Zuwachs im Vergleich zum Vorjahr verzeichnete. Drittstärkstes Herkunftsland war Kosovo mit 33.427 Asylersanträgen, was einem Anstieg von 383,9% im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Der Anteil der Erstanträge von kosovarischen Personen an allen

Karte 3-2: Asylantragsteller (Erstanträge) nach Herkunftsländern im Jahr 2015



Asylbewerbern lag bei 7,6%. 31.382 Anträge bzw. 7,1% aller Asylerstantragsteller entfielen auf Afghanistan, 29.784 Erstanträge bzw. 6,7% auf Asylbewerber aus dem Irak sowie 16.700 Anträge bzw. 3,8% auf Serbien. Insgesamt hielt sowohl der starke Zuwachs der Asylbewerber aus den Krisenregionen des Nahen Ostens als auch aus dem Balkangebiet sowie aus Afrika im Jahr 2015 weiterhin an. So war auch Eritrea mit 10.876 Anträgen erneut unter den zehn zugangsstärksten Herkunftsländern zu finden. Dazu gehörte auch Mazedonien (2,1%). Außerdem fielen Pakistan (1,9%) sowie der Iran (1,2%) im Gegensatz zum Vorjahr erneut unter die Staaten mit der höchsten Zahl an Asylerstanträgen. Somalia (1,2%) sowie Bosnien-Herzegowina (1,1%) zählten dagegen im Gegensatz zu den vier Vorjahren nicht mehr zu den ersten zehn Herkunftsländern.

Bei einer Betrachtung des Fünf-Jahres-Zeitraums von 2011 bis 2015 hinsichtlich der Herkunftsländerstruktur zeigt sich, dass aus Syrien mit 26,2% die meisten Asylbewerber stammten, gefolgt von Afghanistan mit 7,6% und Albanien mit jeweils 7,6%, Serbien mit 7,0% und dem Irak mit 6,0% (vgl. Abbildung 3-13).

Mehr als zwei Drittel (69,2%) der Asylerstanträge des Jahres 2015 wurden von männlichen Asylbewerbern gestellt; weniger als ein Drittel (30,8%) der Antragsteller waren Frauen. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Anteil von Frauen und Mädchen an den Asylerstantragstellern leicht

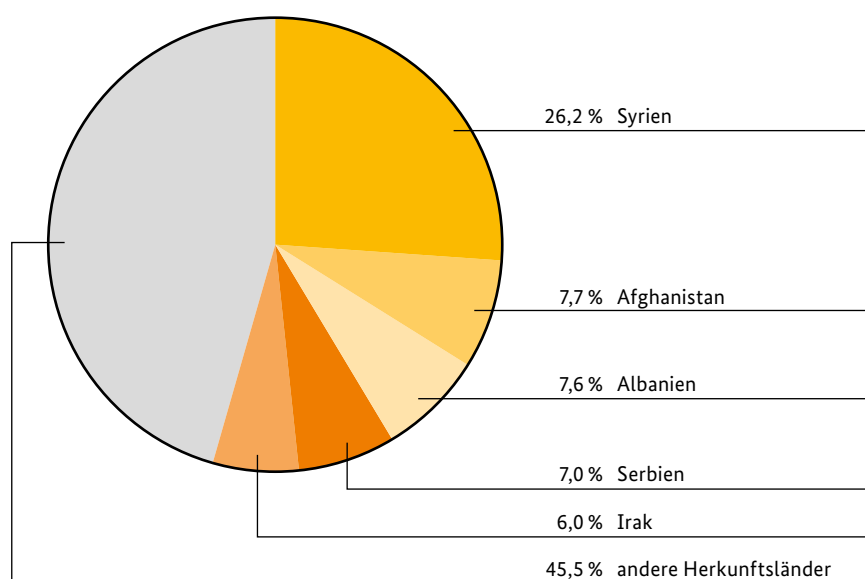
verringert (2014: 33,4%). Dabei sind unter den Hauptherkunftsländern deutliche Unterschiede in der Geschlechtsstruktur der Asylbewerber zu erkennen. Während der Anteil von Frauen und Mädchen bei serbischen (49,0%), mazedonischen (48,0%), albanischen (39,7%) sowie kosovarischen (35,6%) Asylbewerbern im Jahr 2015 über dem Durchschnitt lag, betrug er bei pakistanischen Antragstellern nur 7,3%.

Der Blick auf die Altersstruktur der Asylantragsteller im Jahr 2015 zeigt, dass fast drei Viertel aller Antragsteller (71,1%) jünger als dreißig Jahre alt waren. Fast ein Drittel aller Antragsteller (31,1%) war minderjährig. Zwischen 2014 und 2015 ist die Zahl der unbegleiteten minderjährigen Asylerstantragsteller um 228,2% auf 14.439 gestiegen, was 10,5% der Gesamtzahl von 137.479 minderjährigen Antragstellern ausmacht (2014: 4.399 von 54.988 Antragstellern insgesamt bzw. 8,0%). Zu den Hauptherkunftsländern zählten in 2015 Afghanistan mit 32,9% (2014: 23,9%), Syrien mit 27,6% (2014: 14,9%), Eritrea mit 9,3% (2014: 21,0%), Irak mit 9,3% (2014: 3,3%) sowie Somalia mit 5,5% (2014: 12,9%). 71,3% der unbegleiteten minderjährigen Antragsteller waren im Alter zwischen 16 und 17 Jahren (2014: 77,1%).

Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass die Zahl der unbegleiteten minderjährigen Asylantragsteller nur eine Teilgruppe der minderjährigen Asylantragsteller

Abbildung 3-13: Asylantragsteller (Erstanträge) nach den fünf häufigsten Herkunftsländern von 2011–2015

Gesamtzahl: 834.831



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

abbildet.¹⁰⁷ Die Zahl der von der Kinder- und Jugendhilfe in Obhut genommenen unbegleiteten minderjährigen Schutzsuchenden betrug im Jahr 2015 42.309 (2014: 11.642). Dem standen 14.439¹⁰⁸ Asylanträge der Gruppe gegenüber (vgl. Tabelle 3-26).

Tabelle 3-26: Inobhutnahmen und Asylanträge von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten 2010 bis 2015

| | Inobhutnahmen | Asylanträge unbegleiteter Minderjähriger |
|------|---------------|--|
| 2010 | 2.822 | 1.948 |
| 2011 | 3.482 | 2.126 |
| 2012 | 4.767 | 2.096 |
| 2013 | 6.584 | 2.486 |
| 2014 | 11.642 | 4.399 |
| 2015 | 42.309 | 14.439 |

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Im Jahr 2015 wurden insgesamt 476.649 Asylanträge (Erst- und Folgeanträge) gestellt (2014: 202.834), darunter 34.750 Folgeanträge (2014: 29.762).¹⁰⁹ Zwischen 1995 und 2007 konnte ein deutlicher Anstieg der Folgeanträge von 23% auf ca. 37% verzeichnet werden.¹¹⁰ In den nachfolgenden Jahren sank der Anteil der Folgeanträge, im Jahr 2015 lag dieser mit 7,3% (2014: 14,7%) auf dem niedrigsten Stand seit dem Beginn der getrennten Erfassung von Erst- und Folgeanträgen im Jahr 1995. Im Jahr 2015 war der Anteil der Folgeanträge von Personen aus Serbien (38,0%, 10.245 Folge- gegenüber 16.700 Erstanträgen), Bosnien-Herzegowina (38,0%, 2.839 Folge- gegenüber 4.634 Erstanträgen) und Mazedonien (35,7%, 5.048 Folge- gegenüber 9.083 Erstanträgen). Nach Erkenntnissen des BAMF war ein großer Teil der Folgeantragsteller aus Serbien und Mazedonien nach erfolglosem Asylverfahren aus Deutschland ausgewandert und der Folgeantrag mit einem erneuten Zuzug nach Deutschland verbunden. Relativ niedrig war der Anteil der Folgeanträge im

Jahr 2015 bei Antragstellern aus Eritrea (1,0%; 114 Folge- gegenüber 10.876 Erstanträgen), Afghanistan (1,6%; 520 Folge- gegenüber 31.382 Erstanträgen), Albanien (1,7%; 957 Folge- gegenüber 53.805 Erstanträgen) und Syrien (2,4%; 3.853 Folge- gegenüber 158.657 Erstanträgen).

3.4.1.2 Entscheidungen

Neben der Asylzugangsstatistik wird beim BAMF eine Asylverfahrensstatistik geführt, die den Verfahrensstand der jährlichen Asylfälle aufzeigt (vgl. Tabelle 3-27). Diese Statistik ist nicht unmittelbar vergleichbar mit der Asylzugangsstatistik, da die Zugänge nicht zwangsläufig im gleichen Jahr bearbeitet werden (z. B. Zugang 2014, Verfahrensabschluss 2015).¹¹¹

Das BAMF hat zwischen Anfang 1990 und Ende 2015 über 3,55 Millionen Asylanträge entschieden (vgl. Tabelle 3-27).

Die Anerkennungsquote nach Art. 16a Abs. 1 GG und nach der GFK gemäß § 3 Abs. 1 AsylG¹¹² lag im Jahr 2015 bei 48,5% (2014: 25,8%).¹¹³

Wenn weder Asyl noch Flüchtlingsschutz gewährt wird, ist über die Zuerkennung von subsidiärem Schutz gem. § 4 Abs. 1 AsylG zu entscheiden. Wird auch der subsidiäre Schutz nicht gewährt, wird geprüft, ob ein Abschiebungsverbot nach § 60 Abs. 5 oder Abs. 7 AufenthG festzustellen ist. So haben im Jahr 2015 0,6% der Asylantragsteller einen subsidiären Schutz erhalten (2014: 4,0%) und bei 0,7% wurde ein Abschiebungsverbot festgestellt (2014: 1,6%).¹¹⁴

Im Jahr 2015 wurde mit 49,8% (282.726 Personen) eine merklich höhere Gesamtschutzquote (alle positiven Entscheidungen nach Art. 16a Abs. 1 GG, nach § 3 Abs. 1 AsylG, nach § 4 Abs. 1 AsylG sowie nach § 60 Abs. 5 und 7 AufenthG) als im Vorjahr registriert (2014: 31,5%).

¹⁰⁷ Siehe auch Müller 2014.

¹⁰⁸ Zum Stand 10. Juli 2016 wurden 7.819 schriftliche Asyl-erstanträge unbegleiteter Minderjähriger für das Jahr 2015 nacherfasst (vgl. BT-Drs. 18/9273: 3).

¹⁰⁹ Stellt ein Asylbewerber „nach Rücknahme oder unanfechtbarer Ablehnung eines früheren Asylantrages“ einen sogenannten Asylfolgeantrag, wird unter bestimmten Voraussetzungen ein erneutes Asylverfahren durchgeführt (§ 71 Abs. 1 S. 1 AsylG).

¹¹⁰ Zur weitergehenden Differenzierung der Asylfolgeanträge vgl. BAMF 2016b: 12 ff. sowie BAMF 2016c: 4 f.

¹¹¹ Zum 31. Dezember 2015 waren beim BAMF 364.664 Verfahren (Erst- und Folgeanträge) anhängig. Damit hat sich die Zahl der anhängigen Asylverfahren im Vergleich zum Vorjahr (169.166 Verfahren) um 115,6% erhöht. Seit dem Jahr 2007 steigt die Zahl der anhängigen Verfahren beim Bundesamt wieder an, nachdem die Zahl im Zeitraum von 2001 bis 2006 deutlich zurückgegangen war (2006: 8.835, 2001: 85.533 Verfahren). Bei Verwaltungsgerichten waren zum 31. Dezember 2015 58.974 Klageverfahren anhängig. Ende 2014 waren es 52.585, Ende 1995 über 270.000.

¹¹² Die Anerkennungsquote ergibt sich aus dem Verhältnis dieser Anerkennungen zu sämtlichen inhaltlichen und formellen Entscheidungen des Bundesamtes über Asylanträge.

¹¹³ Nach Herkunftsländern betrachtet, ergeben sich jedoch sehr unterschiedliche Asylanerkennungsquoten für Asylantragsteller (siehe dazu Abbildung 3-13 sowie die Tabelle 3-43 im Anhang).

¹¹⁴ Zur Entwicklung der Entscheidungen vgl. BAMF 2016b: 31 ff.

Tabelle 3-27: Entscheidungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge von 1990 bis 2015

| Jahr | Gesamtzahl der Entscheidungen über Asyl-anträge | asylberechtigt nach Art. 16/16 a GG | | Abschiebungs-schutz bzw. Flüchtlings-schutz gemäß § 51 Abs. 1 AuslG bzw. § 3 Abs. 4 AsylG i. V. m. § 60 Abs. 1 AufenthG bzw. § 3 Abs. 1 AsylG | | Abschiebungs-verbot gemäß § 53 AuslG bzw. § 60 Abs. 2, 3, 5, 7 AufenthG bzw. subsidiärer Schutz gemäß § 4 Abs. 1 AsylG ¹ | | Gewährung von subsidiärem Schutz gemäß § 4 Abs. 1 AsylG | | abgelehnte Anträge | | sonstige Verfahrenserledigung ² | |
|-------------------|---|-------------------------------------|------|---|------|---|------|---|------|--------------------|------|--|------|
| | | absolut | in % | absolut | in % | absolut | in % | absolut | in % | absolut | in % | absolut | in % |
| 1990 | 148.842 | 6.518 | 4,4 | - | - | - | - | - | - | 116.268 | 78,1 | 26.056 | 17,5 |
| 1991 | 168.023 | 11.597 | 6,9 | - | - | - | - | - | - | 128.820 | 76,7 | 27.606 | 16,4 |
| 1992 | 216.356 | 9.189 | 4,2 | - | - | - | - | - | - | 163.637 | 75,6 | 43.530 | 20,1 |
| 1993 | 513.561 | 16.396 | 3,2 | - | - | - | - | - | - | 347.991 | 67,8 | 149.174 | 29,0 |
| 1994 ³ | 352.572 | 25.578 | 7,3 | 9.986 | 2,8 | - | - | - | - | 238.386 | 67,6 | 78.622 | 22,3 |
| 1995 | 200.188 | 18.100 | 9,0 | 5.368 | 2,7 | 3.631 | 1,8 | - | - | 117.939 | 58,9 | 58.781 | 29,4 |
| 1996 | 194.451 | 14.389 | 7,4 | 9.611 | 4,9 | 2.082 | 1,1 | - | - | 126.652 | 65,1 | 43.799 | 22,5 |
| 1997 | 170.801 | 8.443 | 4,9 | 9.779 | 5,7 | 2.768 | 1,6 | - | - | 101.886 | 59,7 | 50.693 | 29,7 |
| 1998 | 147.391 | 5.883 | 4,0 | 5.437 | 3,7 | 2.537 | 1,7 | - | - | 91.700 | 62,2 | 44.371 | 30,1 |
| 1999 | 135.504 | 4.114 | 3,0 | 6.147 | 4,5 | 2.100 | 1,5 | - | - | 80.231 | 59,2 | 42.912 | 31,7 |
| 2000 | 105.502 | 3.128 | 3,0 | 8.318 | 7,9 | 1.597 | 1,5 | - | - | 61.840 | 58,6 | 30.619 | 29,0 |
| 2001 | 107.193 | 5.716 | 5,3 | 17.003 | 15,9 | 3.383 | 3,2 | - | - | 55.402 | 51,7 | 25.689 | 24,0 |
| 2002 | 130.128 | 2.379 | 1,8 | 4.130 | 3,2 | 1.598 | 1,2 | - | - | 78.845 | 60,6 | 43.176 | 33,2 |
| 2003 | 93.885 | 1.534 | 1,6 | 1.602 | 1,7 | 1.567 | 1,7 | - | - | 63.002 | 67,1 | 26.180 | 27,9 |
| 2004 | 61.961 | 960 | 1,5 | 1.107 | 1,8 | 964 | 1,6 | - | - | 38.599 | 62,3 | 20.331 | 32,8 |
| 2005 | 48.102 | 411 | 0,9 | 2.053 | 4,3 | 657 | 1,4 | - | - | 27.452 | 57,1 | 17.529 | 36,4 |
| 2006 | 30.759 | 251 | 0,8 | 1.097 | 3,6 | 603 | 2,0 | - | - | 17.781 | 57,8 | 11.027 | 35,8 |
| 2007 | 28.572 | 304 | 1,1 | 6.893 | 24,1 | 673 | 2,4 | - | - | 12.749 | 44,6 | 7.953 | 27,8 |
| 2008 | 20.817 | 233 | 1,1 | 7.058 | 33,9 | 562 | 2,7 | - | - | 6.761 | 32,5 | 6.203 | 29,8 |
| 2009 | 28.816 | 452 | 1,6 | 7.663 | 26,6 | 1.611 | 5,6 | - | - | 11.360 | 39,4 | 7.730 | 26,8 |
| 2010 | 48.187 | 643 | 1,3 | 7.061 | 14,7 | 2.691 | 5,6 | - | - | 27.255 | 56,6 | 10.537 | 21,9 |
| 2011 | 43.362 | 652 | 1,5 | 6.446 | 14,9 | 2.577 | 5,9 | - | - | 23.717 | 54,7 | 9.970 | 23,0 |
| 2012 | 61.826 | 740 | 1,2 | 8.024 | 13,0 | 8.376 | 13,5 | - | - | 30.700 | 49,7 | 13.986 | 22,6 |
| 2013 | 80.978 | 919 | 1,1 | 9.996 | 12,3 | 9.213 | 11,4 | - | - | 31.145 | 38,5 | 29.705 | 36,7 |
| 2014 | 128.911 | 2.285 | 1,8 | 31.025 | 24,1 | 2.079 | 1,6 | 5.174 | 4,0 | 43.018 | 33,4 | 45.330 | 35,2 |
| 2015 | 282.726 | 2.029 | 0,7 | 135.107 | 47,8 | 2.072 | 0,7 | 1.707 | 0,6 | 91.514 | 32,4 | 50.297 | 17,8 |

Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

- 1) Die Feststellung eines Abschiebungshindernisses nach § 53 AuslG bzw. eines Abschiebungsverbots nach § 60 Abs. 2, 3, 5, 7 AufenthG wird erst seit 1999 statistisch als eigenständige Entscheidung erfasst. Seit 1. Dezember 2013 werden Entscheidungen nach § 4 Abs. 1 AsylG und § 60 Abs. 5/7 AufenthG getrennt voneinander erfasst.
- 2) Rubrik beinhaltet u. a. Entscheidungen nach dem Dublin-Verfahren und Rücknahmen des Antrags (z. B. wegen Rück- oder Weiterreise).
- 3) Seit April 1994 werden Personen, die Abschiebungsschutz nach § 51 Abs. 1 AuslG bzw. Flüchtlingschutz nach § 3 Abs. 4 AsylG i. V. m. § 60 Abs. 1 AufenthG erhalten, gesondert erfasst. In den Jahren davor lag ihr Anteil bei 0,3 bis 0,5 % an allen Entscheidungen.

17,8% der Anträge wurden anderweitig erledigt (2014: 35,2%). Hierbei handelt es sich erstens um Entscheidungen nach der Dublin-Verordnung, weil ein anderer Mitgliedstaat der EU für das Asylverfahren zuständig ist, zweitens um Verfahrenseinstellungen wegen Antragsrücknahme durch den Asylbewerber und drittens um Entscheidungen im Folgeantragsverfahren, dass kein weiteres Asylverfahren durchgeführt wird. Der Anteil abgelehnter Anträge an der Gesamtzahl der Entscheidungen des BAMF lag im Jahr 2015 bei 32,4% (2014: 33,4%).¹¹⁵

Gegen eine negative Entscheidung des BAMF steht dem Asylbewerber der Rechtsweg zu den Verwaltungsgerichten offen. 31,9% der durch das BAMF im Jahr 2015 abgelehnten Asylanträge wurden vor Verwaltungsgerichten angefochten (2014: 55,8%). Im Jahr 2015 waren 2.633 Klagen gegen Ablehnungen bei Erst- und Folgeanträgen in erster Instanz vor den Verwaltungsgerichten erfolgreich (4,2%), 18.365 wurden abgewiesen (29,3%), und 41.594 anderweitig erledigt (66,5%).¹¹⁶

Ist das Asylverfahren rechtskräftig negativ abgeschlossen, so ist der ehemalige Asylantragsteller zur Ausreise verpflichtet. Reist die betroffene Person nicht freiwillig aus, kann sie abgeschoben (§ 58 AufenthG) und vorher unter bestimmten zusätzlichen Voraussetzungen in Abschiebungshaft (§ 62 AufenthG) genommen werden.¹¹⁷ Teilweise entziehen sich die Ausreisepflichtigen dem Zugriff der staatlichen Stellen, indem sie untertauchen. In einigen Fällen kann die Abschiebung wegen Krankheit oder aus anderen Gründen nicht vollzogen werden und es wird deshalb eine Duldung erteilt. Die Zahl der im Jahr 2015 aufhältigen geduldeten Drittstaatsangehörigen betrug 155.103 (2014: 112.767). Hinsichtlich der Zahl der Personen, die nach der Ablehnung des Asylantrages in Deutschland illegal verblieben, herrscht Unklarheit, da ihr Aufenthalt den Behörden häufig unbekannt bleibt (siehe dazu Kap. 6).

Mit dem Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung¹¹⁸, das am 1. August 2015 in Kraft getreten ist, wurde dem Bundesamt die zusätzliche Aufgabe übertragen, bei Antragstellenden aus sicheren Herkunftsstaaten und wiederholten Folgeantragstellenden über die Anordnung eines Einreise- und Aufenthaltsverbot zu entscheiden und dessen Wirkung zu befristen (§ 11 Abs. 7 AufenthG). Für Antragsteller, die nach einer negativen Entscheidung im Asylverfahren nicht freiwillig ausreisen, tritt ein gesetzliches Einreise- und Aufenthalts-

verbot – die sogenannte Wiedereinreisesperre – in Kraft. Das Bundesamt hat hier die Aufgabe, Einreise- und Aufenthaltsverbote für abgelehnte Asylantragstellende zu befristen (§ 11 Abs. 2 AufenthG). Dabei werden die individuellen Umstände (schutzwürdige Belange) berücksichtigt. Für die Umsetzung von Einreise- und Aufenthaltsverboten sind die Ausländerbehörden zuständig.

Betrachtet man die Entscheidungen differenziert nach Herkunftsländern der Asylbewerber (vgl. Abbildung 3-14 und Tabelle 3-46 im Anhang), so zeigt sich, dass Asylantragsteller aus Syrien mit 1,1% und dem Irak mit 0,9% im Jahr 2015 weit über dem Durchschnitt liegende Asylanerkennungsquoten nach Art. 16a GG aufwiesen. Die Gesamtschutzquoten für die beiden Länder lagen jedoch deutlich höher. Die Schutzquote syrischer Antragsteller lag im Jahr 2015 bei 96,0% (2014: 89,3). 95,8% der syrischen Antragsteller erhielten die Rechtsstellung als Flüchtling, 0,1% erhielten subsidiären Schutz und bei 0,2% wurden Abschiebeverbote festgestellt. Für Asylbewerber aus dem Irak lag die Gesamtschutzquote bei 88,6%. Dabei haben 86,4% der Asylbewerber die Flüchtlingseigenschaft erhalten und 1,7% subsidiären Schutz. Bei 0,5% wurden Abschiebeverbote festgestellt.

Von den afghanischen Asylbewerbern, über deren Anträge im Jahr 2015 entschieden wurde, erhielten neben den 0,8%, die als asylberechtigt anerkannt wurden, 27,8% den Flüchtlingsstatus nach § 3 Abs. 1 AsylG. Der subsidiäre Schutz wurde bei 5,4% der afghanischen Asylantragsteller und bei 13,6% wurden Abschiebungsverbote festgestellt. Insofern lag die Schutzquote bei afghanischen Staatsangehörigen bei 47,6%.

Die Gesamtschutzquote bei Asylantragstellern aus Eritrea betrug 92,1%. 0,4% der Asylbewerber wurde Asyl nach § 16 a GG gewährt. Neben 87,8% der Asylantragsteller, denen die Rechtsstellung als Flüchtling gemäß § 3 I AsylG zugesprochen wurde, erhielten 3,4% subsidiären Schutz. Zusätzlich wurden bei 0,4% Abschiebeverbote festgestellt.

Angesichts der hohen Anzahl der Asylanträge wurde am 18. November 2014 ein beschleunigtes, schriftliches Asylverfahren für Syrer und religiöse Minderheiten aus dem Irak eingeführt, um eine zeitnahe Prüfung des Asylantrags zu ermöglichen. Zum 25. Juni 2015 weitete das Bundesamt die Verfahrensbeschleunigung auf Antragsteller aus Eritrea aus. Bei Einreise ab dem 1. Januar 2016 wird bei diesen Herkunftsländern wieder standardmäßig eine Anhörung vorgenommen.¹¹⁹ Mit Inkrafttreten des Gesetzes zur Einführung beschleunigter Asylverfahren am 17. März 2016 ist das BAMF mit entsprechendem Erlass

115 Vgl. dazu ausführlich BAMF 2016b: 33 ff.

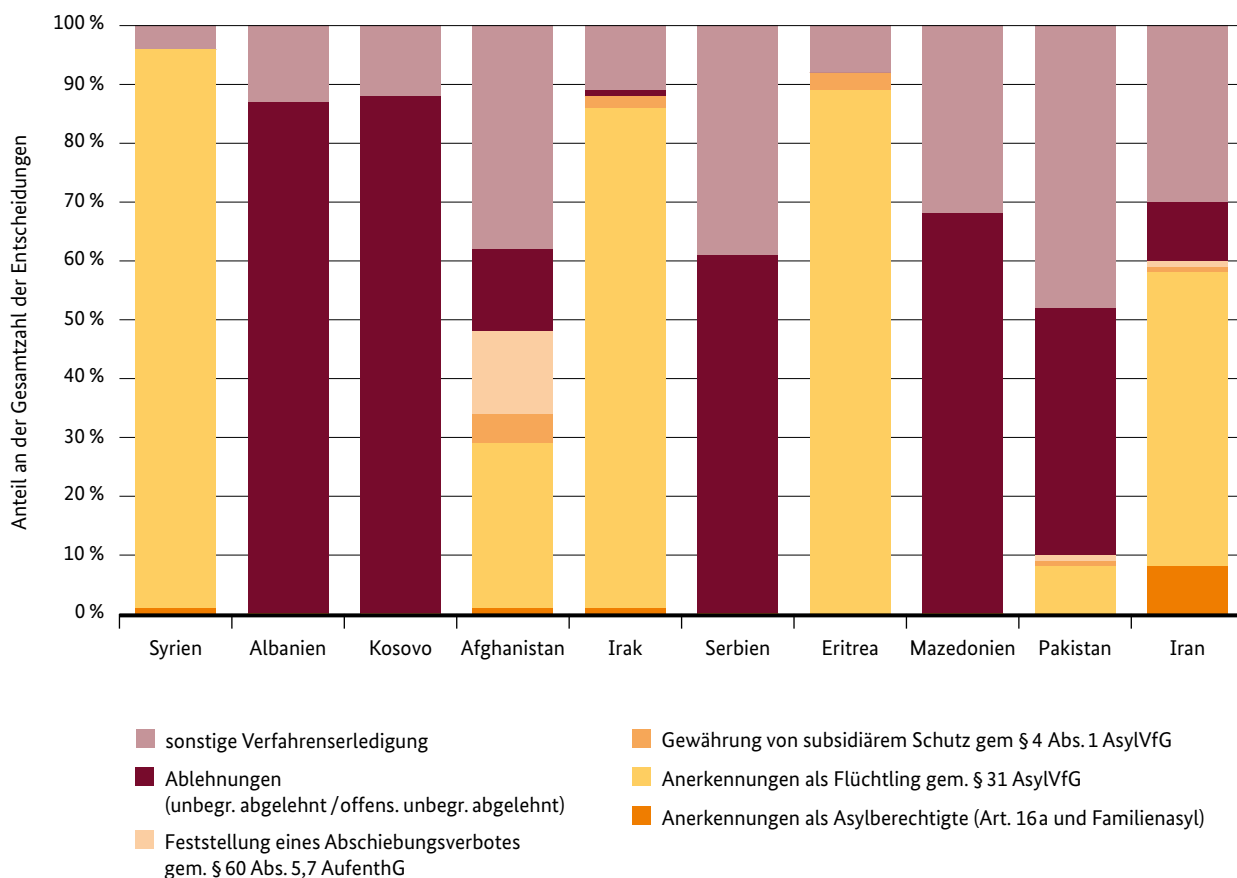
116 Siehe dazu BAMF 2016b: 45.

117 Zur Regelung von Abschiebungshaft vgl. Grote 2014.

118 BGBl. 2015 Teil I Nr. 32: 1386 ff.

119 Vgl. Europäisches Migrationsnetzwerk (EMN) 2016.

Abbildung 3-14: Entscheidungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge nach ausgewählten Herkunftsländern im Jahr 2015 in Prozent



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

des Bundesministeriums des Innern (BMI) angewiesen worden, sicherzustellen, dass bei grundsätzlich allen Asylsuchenden, die ab diesem Datum ihren Asylantrag stellen, vor der Entscheidung eine persönliche Anhörung erfolgt.

Niedrig sind die Gesamtschutzquoten bei Asylantragstellern aus den Westbalkanstaaten. Für Serbien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Albanien und Mazedonien betrug diese Quote unter 1 % (vgl. Tabelle 3-46 im Anhang). Durch das „Gesetz zur Einstufung weiterer Staaten als sichere Herkunftstaaten und zur Erleichterung des Arbeitsmarktzugangs für Asylbewerber und geduldete Ausländer“, das am 6. November 2014 in Kraft trat, wurden Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien zu sicheren Herkunftstaaten im Sinne des § 29a AsylG erklärt.¹²⁰ Durch das am 24. Oktober 2015 in Kraft getretene „Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz“ wurden zudem Albanien, Kosovo und Montenegro ebenfalls zu sicheren Herkunftstaaten erklärt und in die Anlage II zu § 29a AsylG aufgenommen. Gemäß § 29a Abs. 2a AsylG hat die

Bundesregierung alle zwei Jahre einen Bericht darüber vorzulegen, ob die Voraussetzungen für die Einstufung der in Anlage II aufgeführten Staaten als sichere Herkunftstaaten weiterhin vorliegen.¹²¹ Der Bericht soll erstmals zum 23. Oktober 2017 vorgelegt werden.

3.4.1.3 Dublin-Verfahren

Im Dublin-Verfahren wird bestimmt, welcher europäische Staat für die Prüfung eines Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist. Rechtsgrundlage hierfür bildet die Dublin-III-Verordnung.¹²² Diese Verordnung legt die

¹²¹ BGBl. 2015 Teil I Nr. 40: 1722.

¹²² Verordnung (EU) Nr. 604/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist (Neufassung) (sog. Dublin III-Verordnung), die seit dem 19. Juli 2013 in Kraft ist und die Verordnung (EG) Nr. 343/2003 vom 18. Februar 2003 (sog. Dublin II-Verordnung) abgelöst hat und für alle ab dem 1. Januar 2014 gestellten Anträge gilt.

¹²⁰ BGBl. 2014 Teil I Nr. 49: 1648.

Kriterien und Verfahren fest, die bei der Bestimmung des für die Prüfung des Asylantrags zuständigen Mitgliedstaats zur Anwendung gelangen. Ergibt die Prüfung, dass ein anderer Mitgliedstaat zuständig ist, wird an diesen ein Übernahmeersuchen gestellt. Hält der ersuchte Mitgliedstaat dies für begründet, stimmt er innerhalb der Antwortfrist zu.

Durch die Neufassung der Dublin-Verordnung im Jahr 2013 wurde das Wohl des Kindes in allen Verfahren als vorrangige Erwägung der Mitgliedstaaten betont (Art. 6 Abs. 1 der Dublin-III-Verordnung). Die Mitgliedstaaten arbeiten eng bei der Würdigung des Wohls des Kindes zusammen und prüfen die Möglichkeiten einer Familienzusammenführung (Art. 6 Abs. 3 Buchstabe a der Dublin-III-Verordnung).¹²³

Ziel des Verfahrens ist es, dass jeder in einem Mitgliedstaat der EU sowie in Norwegen, Island, der Schweiz und Lichtenstein gestellte Antrag auf internationalen Schutz auf der Grundlage der beschlossenen EU-Rechtsakte inhaltlich geprüft werden soll, und zwar nur durch einen dieser Staaten. Dadurch soll die Sekundärwanderung innerhalb Europas gesteuert bzw. begrenzt werden, die erst durch den Wegfall der Binnengrenzkontrollen aufgrund des Inkrafttretens des Schengener Durchführungsübereinkommens in größerem Umfang möglich wurde.

Für den Nachweis der illegalen Einreise von einem Drittstaat in das Dublin-Gebiet sowie für die Stellung eines Asylantrags in einem Mitgliedstaat dient unter anderem das zentrale, automatisierte Fingerabdruckidentifizierungssystem EURODAC.

Deutschland wendet das Dublin-Verfahren aktuell für alle Herkunftsländer und alle Mitgliedstaaten (außer Griechenland) an. In Dublin-Verfahren für syrische Schutzsuchende und Staatenlose aus Syrien, die nachweislich zwischen dem 4. September 2015 und dem 21. Oktober 2015 über Ungarn und Österreich nach Deutschland einreisten, wurden weitestgehend vom Selbsteintrittsrecht gemäß Art. 17 Abs. 1 der Dublin-Verordnung Gebrauch gemacht.

Die Anzahl der Übernahmeersuchen Deutschlands an die Mitgliedstaaten nach der Dublin-Verordnung stieg im Jahr 2015 gegenüber dem Vorjahr von 35.115 auf 44.892 Übernahmeersuchen (+27,8%). Der Anteil der auf EURODAC-Treffern beruhenden Übernahmeersuchen betrug 76,0% (+7,5%). Die Anzahl der Übernahmeersuchen aus den Mitgliedstaaten an Deutschland stieg um 131,5%

auf 11.785 Ersuche in 2015 (2014: 5.091). Der Anteil der auf EURODAC-Treffern beruhenden Übernahmeersuchen an Deutschland belief sich auf 64,3%. Deutschland stellte damit 2015 rund viermal so viele Ersuchen an andere Mitgliedstaaten, als es von diesen erhielt. Das anhaltend hohe Niveau ist im Wesentlichen auf die große Anzahl von Ersuchen gegenüber Ungarn (14.587), gefolgt von Italien (9.231), Bulgarien (4.744), Polen (3.784) und Spanien (2.064) zurückzuführen.

In 29.699 Fällen stimmten andere Mitgliedstaaten einem Übernahmeersuchen Deutschlands zu (2014: 27.157). Die Zustimmungquote sank im Vergleich zum Vorjahr von 77,3% auf 66,2%. Deutschland stimmte 9.965 Übernahmeersuchen eines anderen Mitgliedstaates zu. Die Zustimmungquote Deutschlands betrug damit 84,6% und ist gegenüber dem Vorjahr (82,0%) leicht gestiegen.

Deutschland überstellte im Jahr 2015 insgesamt 3.597 Personen, davon hauptsächlich an Italien (861), Polen (556), Frankreich (427), Belgien (321) und Spanien (271).¹²⁴ Die Überstellungsquote Deutschlands in Bezug auf die gegebenen Zustimmungen sank im Vergleich zum Vorjahr von 17,6% auf 12,1%. Nach Deutschland wurden 2015 insgesamt 3.032 Personen aus den Mitgliedstaaten überstellt. Das Verhältnis zu den gegebenen Zustimmungen betrug 30,4% (2014: 54,5%). Die meisten Personen wurden aus Griechenland (542), Schweden (505), der Schweiz (327), Frankreich (327) und Belgien (273) überstellt.

Sofern eine Überstellung scheitert und aus diesem Grund die Zuständigkeit an die Bundesrepublik Deutschland übergeht, entscheidet das Bundesamt im nationalen Verfahren (siehe Kap. 3.4.1). Jeder Mitgliedstaat kann, auch wenn er nicht zuständig ist, entscheiden, die Zuständigkeit für das Asylverfahren zu übernehmen (Selbsteintrittsrecht).

3.4.2 Jüdische Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion

Seit 1990 nimmt Deutschland jüdische Zuwanderer und ihre Familienangehörigen aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion auf.¹²⁵ Die Anzahl der jüdischstämmigen Personen in Deutschland wird auf

¹²⁴ Seit Mitte Januar 2011 werden keine Übernahmeersuchen mehr an Griechenland gestellt und keine Überstellungen von Deutschland an Griechenland vorgenommen. Mit Erlass vom 28. Juli 2016 wurde der Erlass des Bundesministers des Innern vom 12. Januar 2016, Überstellungen an Griechenland weiterhin auszusetzen, bis zum 8. Januar 2017 verlängert.

¹²⁵ Vgl. Beschluss des Ministerrats der DDR vom 11. Juli 1990, Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz vom 9. Januar 1991.

¹²³ Über die Achtung des Familienlebens als vorrangiger Erwägungsgrund vgl. Maiani/Hruschka 2014: 69–75.

etwa 250.000 Personen geschätzt.¹²⁶ Die jüdische Gemeinschaft in Deutschland ist mit 99.695 Mitgliedern und 105 Gemeinden die drittgrößte in Europa. Ein Großteil der Mitglieder sind jüdische Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion.¹²⁷

Seit dem Jahr 1991 ist die Aufnahme in einem Verfahren geregelt.¹²⁸ Die Antragsteller dürfen nicht zuvor schon in einem Drittstaat ihren Wohnsitz genommen haben (d. h. nicht zuvor z. B. nach Israel oder in die USA ausgewandert sein). Für diese Personen würde eine Übersiedlung nur nach den allgemeinen Regeln des Aufenthaltsgesetzes in Frage kommen. Die in Deutschland aufgenommenen jüdischen Zuwanderer erhalten eine Niederlassungserlaubnis. In das Verfahren können Ehegatten und minderjährige ledige Kinder, die nicht selbst antragsberechtigt sind, aufgenommen werden. Nicht selbst antragsberechtignte Familienangehörige erhalten eine Aufenthaltserlaubnis.

Zwischen 1993 und 2015 sind 206.535 jüdische Zuwanderer einschließlich ihrer Familienangehörigen aus der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland zugewandert. Hinzu kommen 8.535 Personen, die bis Ende 1992 eingereist waren. Nachdem sich der Zuzug im Zeitraum von 1995 bis 2003 auf 15.000 bis 20.000 Zuwanderer pro Jahr einpendelte, sank die Zahl der eingereisten Personen in den Folgejahren deutlich ab (vgl. Tabelle 3-28).¹²⁹ Die Ursachen für diesen Rückgang sind heterogen. Das Interesse der noch in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion lebenden jüdischen Menschen an einer Einwanderung nach Deutschland hat nachgelassen, was nicht zuletzt auch mit den im Laufe der Zeit verbesserten Lebensbedingungen in den Herkunftsländern

zusammenhängen dürfte. Auch die seit 2005 veränderten Zugangsbedingungen tragen mit zu dieser Entwicklung bei. Hauptherkunftsländer der jüdischen Zuwanderer sind die Ukraine sowie die Russische Föderation.

Aufgrund der politischen Entwicklungen in der Ukraine haben, wie schon im Vorjahr auch, 2015 die Antragszahlen ukrainischer Staatsangehöriger jedoch wieder zugenommen. Die Bearbeitung von Aufnahmeanträgen aus der Ukraine erfolgt vorrangig und beschleunigt. Die Lageentwicklung wird seitens der Bundesregierung weiter aufmerksam beobachtet.

Tabelle 3-28: Zuwanderung von Juden und ihren Familienangehörigen aus der ehemaligen Sowjetunion von 1993 bis 2015

| Jahr | Zuzug |
|-------------------|--------|
| 1993 | 16.597 |
| 1994 | 8.811 |
| 1995 | 15.184 |
| 1996 | 15.959 |
| 1997 | 19.437 |
| 1998 | 17.788 |
| 1999 | 18.205 |
| 2000 | 16.538 |
| 2001 | 16.711 |
| 2002 | 19.262 |
| 2003 | 15.442 |
| 2004 | 11.208 |
| 2005 | 5.968 |
| 2006 | 1.079 |
| 2007 | 2.502 |
| 2008 | 1.436 |
| 2009 | 1.088 |
| 2010 | 1.015 |
| 2011 | 986 |
| 2012 | 458 |
| 2013 | 246 |
| 2014 ¹ | 237 |
| 2015 | 378 |

Quelle: Bundesverwaltungsamt,
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

126 Die Anzahl der jüdischstämmigen Personen in Deutschland erfasst neben den praktizierenden und bekennenden Juden auch deren Familienangehörige sowie Personen, die sich nicht als jüdisch bezeichnen, aber jüdische Vorfahren haben. Zudem beinhaltet diese Schätzung auch Personen, die sich selbst als jüdisch definieren, jedoch nicht zum Judentum konvertiert sind (vgl. Institute for Jewish Policy Research, abrufbar unter: <http://www.jpr.org.uk/map>).

127 Vgl. dazu die Mitgliederstatistik der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST) für das Jahr 2015, die über die Homepage des ZWST abrufbar ist: http://zwst.org/cms/documents/178/de_DE/Mitgliederstatistik-jüdische-Gemeinden-Landesverbände-2015.pdf.

128 Zu den rechtlichen Grundlagen der jüdischen Zuwanderung und Aufnahmevoraussetzungen vgl. BAMF/BMI 2008: Kap. 2.6.1., BAMF/BMI 2014: 82f, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2012: 561ff. und Anordnung des Bundesministeriums des Innern gemäß § 23 Abs. 2 des Aufenthaltsgesetzes über die Aufnahme jüdischer Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion mit Ausnahme der Baltischen Staaten vom 24. Mai 2007 in der Fassung vom 21. Mai 2015.

129 Zur Entwicklung der jährlichen Zugangszahlen vgl. BAMF/BMI 2015: 84.

1) Für das Jahr 2014 und 2015 ist die Zahl der Einreisen aufgrund unzureichender Meldungen durch die Bundesländer etwas zu niedrig ausgewiesen.

3.4.3 Einreise und Aufenthalt aus weiteren völkerrechtlichen, humanitären und politischen Gründen

Zusätzlich zu der in den vorherigen Kapiteln dargestellten Zuwanderung von Asylbewerbern und von jüdischen Migranten aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion werden im Folgenden die Einreise und der Aufenthalt von Ausländern aus weiteren völkerrechtlichen, humanitären und politischen Gründen aufgeführt.¹³⁰

So kann einem Ausländer nach § 22 S. 1 AufenthG für die Aufnahme aus dem Ausland aus völkerrechtlichen oder dringenden humanitären Gründen eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden. Die Erteilung eines Visums nach § 22 S. 1 AufenthG obliegt dem Auswärtigen Amt, das auch die Bewertung der dringenden humanitären bzw. völkerrechtlichen Gründe vornimmt. Eine Aufenthaltserlaubnis ist nach § 22 S. 2 AufenthG zu erteilen, wenn das Bundesministerium des Innern die Aufnahme des Ausländers zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland erklärt hat. § 23 Abs. 2 AufenthG ermöglicht humanitäre Kontingentaufnahmen durch den Bund. Auf dieser Basis wurden die Aufnahme von Resettlement-Flüchtlingen (bis 23. Juli 2015) und die humanitäre Aufnahme von syrischen Flüchtlingen durchgeführt (siehe Kap. 3.4.5). Ferner wird die Aufnahme von jüdischen Zuwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion durch § 23 Abs. 2 AufenthG abgedeckt (siehe hierzu Kap. 3.4.2). Die humanitäre Aufnahme von Ausländerkontingenten aus Krisensituationen (z. B. Syrien) erfolgt darüber hinaus auf der Grundlage von Aufnahmeanordnungen der Länder nach § 23 Abs. 1 AufenthG (siehe Kap. 3.4.5).

Zusätzlich zu diesen Aufnahmeverfahren gibt es noch weitere Möglichkeiten der Erteilung von Aufenthaltstiteln

¹³⁰ Zu den einzelnen Formen der Schutzgewährung vgl. ausführlich Parusel 2010 sowie BAMF/BMI 2013: 95.

aus humanitären Gründen, bei denen kein Visumverfahren durchlaufen werden muss. Hierbei handelt es sich um reine Inlandssachverhalte, bei denen in der Regel ein Voraufenthalt (z. B. Aufenthaltsgestattung oder Duldung) vorliegt.

Nach § 25 Abs. 4 AufenthG kann einem nicht vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländer für einen vorübergehenden Aufenthalt im Inland eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, solange dringende humanitäre oder persönliche Gründe¹³¹ oder ein erhebliches öffentliches Interesse¹³² seine vorübergehende weitere Anwesenheit im Bundesgebiet erfordern.

§ 25 Abs. 4a AufenthG ermöglicht die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis für einen vorübergehenden Aufenthalt an einen Ausländer, der Opfer von Menschenhandel wurde, auch wenn er vollziehbar ausreisepflichtig ist.¹³³ Zum 31. Dezember 2015 hielten sich insgesamt 63 Drittstaats-

¹³¹ Dringende persönliche Gründe im Sinne dieser Vorschrift sind beispielsweise die Durchführung einer medizinischen Operation, die im Herkunftsland nicht gewährleistet ist oder der unmittelbar bevorstehende Abschluss einer Schul- oder Berufsausbildung.

¹³² Ein erhebliches öffentliches Interesse kann vorliegen, wenn der Ausländer als Zeuge in einem Gerichtsverfahren benötigt wird.

¹³³ Nach Angaben des Bundeskriminalamts (BKA/BPol) wurden im Jahr 2015 416 Opfer des Menschenhandels zum Zweck der sexuellen Ausbeutung ermittelt, was einem Rückgang um 25,3% im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Darunter befanden sich 319 Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit. 96% der Opfer von Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung waren Frauen. Rund 87% der Opfer stammte, wie auch in den Vorjahren, aus Europa; insbesondere aus Rumänien, Deutschland und Bulgarien. Zudem wurden 54 Opfer des Menschenhandels zum Zweck der Ausbeutung der Arbeitskraft ermittelt (vgl. dazu Bundeskriminalamt/ Bundespolizeipräsidium 2016a: Menschenhandel – Bundeslagebild 2015: 6f.). Zum Thema Menschenhandel vgl. auch Hoffmann 2013: Die Identifizierung von Opfern von Menschenhandel im Asylverfahren und im Fall der erzwungenen Rückkehr. Working Paper 56 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge.

Tabelle 3-29: Aus dem Ausland aufgenommene Ausländer nach § 22 AufenthG in den Jahren 2010 bis 2015 (erteilte Aufenthaltserlaubnisse in den Jahren 2010 bis 2015 mit Einreise im gleichen Jahr)

| Staatsangehörigkeit | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 |
|---------------------|-----------|-----------|------------|------------|------------|--------------|
| Afghanistan | 0 | 1 | 1 | 58 | 894 | 994 |
| Syrien | 0 | 1 | 47 | 67 | 51 | 86 |
| Sonstige | 55 | 67 | 55 | 58 | 40 | 85 |
| Insgesamt | 55 | 69 | 103 | 183 | 985 | 1.165 |

Quelle: Ausländerzentralregister

angehörige (31.Dezember 2014: 72), darunter 52 Frauen, mit einem Aufenthaltstitel nach § 25 Abs.4a AufenthG in Deutschland auf.¹³⁴

Nach § 25 Abs.5 AufenthG kann einem Ausländer, der vollziehbar ausreisepflichtig ist, im Inland eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, wenn seine Ausreise aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen nicht möglich ist und mit dem Wegfall der Ausreisehindernisse in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist. Die Aufenthaltserlaubnis soll erteilt werden, wenn die Abschiebung seit 18 Monaten ausgesetzt ist. Die Aufenthaltserlaubnis darf jedoch nur erteilt werden, wenn der Ausländer unverschuldet an der Ausreise gehindert ist.¹³⁵

Insgesamt hatten zum 31. Dezember 2015 2.514 Drittstaatsangehörige eine Aufenthaltserlaubnis nach § 22 AufenthG

134 Zum 31.12.2015 hielten sich vier Personen mit einem Aufenthaltstitel nach § 25 Abs.4b AufenthG (Opfer von Arbeitsausbeutung) in Deutschland auf.

135 Ein Verschulden des Ausländers liegt etwa vor, wenn der Ausländer falsche Angaben macht oder über seine Identität oder Staatsangehörigkeit täuscht oder zumutbare Anforderungen zur Beseitigung der Ausreisehindernisse nicht erfüllt.

inne (Ende 2014: 1.361). Der deutliche Anstieg ist auf die verstärkte Aufnahme von afghanischen Ortskräften nach § 22 S.2 AufenthG¹³⁶ zurückzuführen.

Zum 31. Dezember 2015 hielten sich insgesamt 24.740 Drittstaatsangehörige mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs.4 AufenthG in Deutschland auf (Ende 2014: 23.785). Bei den in der Tabelle 3-30 aufgeführten Drittstaatsangehörigen (2015: 6.160) handelt es sich um Personen, die in der Regel nach ihrer Einreise zunächst einen anderen Aufenthaltstitel oder eine Aufenthaltsgestattung als Asylbewerber erhalten haben, aber denen noch im Berichtsjahr eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs.4 AufenthG erteilt wurde.

136 Afghanische Ortskräfte sind Personen, die aufgrund ihrer Tätigkeit für deutsche Behörden als individuell gefährdet eingestuft werden. Seit 2012 bietet die Bundesregierung diesen afghanischen Ortskräften die Aufnahme in Deutschland im Rahmen des Ortskräfteverfahrens an. Bis Anfang Januar 2016 stellten mehr als 1.800 Ortskräfte eine sogenannte Gefährdungsanzeige, wovon bis dahin 771 eine Aufnahmezusage für sich und ihre Kernfamilie erhielten. Auf diesem Weg konnten bis dahin fast 2.000 Personen nach Deutschland einreisen. Vgl. Grote et al. 2016.

Tabelle 3-30: Aus dringenden humanitären oder persönlichen Gründen nach § 25 Abs.4 AufenthG
(erteilte Aufenthaltserlaubnisse in den Jahren 2006 bis 2015 mit Einreise im gleichen Jahr)

| Staatsangehörigkeit | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | |
|------------------------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|
| | | | | | | | | | | darunter: | weiblich |
| Saudi-Arabien | 198 | 337 | 253 | 132 | 165 | 189 | 183 | 264 | 721 | 1.414 | 563 |
| Kuwait | 100 | 62 | 46 | 107 | 177 | 148 | 171 | 374 | 772 | 1.283 | 556 |
| Vereinigte Arabische Emirate | 376 | 413 | 318 | 385 | 408 | 338 | 409 | 373 | 721 | 786 | 347 |
| Libyen | 42 | 149 | 105 | 130 | 149 | 413 | 1.443 | 1.359 | 1.119 | 411 | 148 |
| Russische Föderation | 144 | 271 | 307 | 341 | 453 | 416 | 552 | 567 | 639 | 348 | 222 |
| Katar | 39 | 35 | 27 | 41 | 88 | 59 | 104 | 131 | 238 | 298 | 144 |
| Irak | 26 | 32 | 37 | 25 | 28 | 35 | 57 | 102 | 93 | 121 | 45 |
| Ukraine | 31 | 73 | 83 | 101 | 93 | 73 | 87 | 116 | 209 | 117 | 63 |
| Afghanistan | 41 | 177 | 197 | 226 | 132 | 119 | 88 | 90 | 116 | 112 | 34 |
| Angola | 0 | 58 | 132 | 88 | 152 | 86 | 65 | 127 | 147 | 91 | 40 |
| Sonstige | 628 | 751 | 835 | 729 | 1.011 | 785 | 1.027 | 1.020 | 1.243 | 1.179 | 641 |
| Insgesamt | 1.625 | 2.358 | 2.340 | 2.305 | 2.856 | 2.661 | 4.186 | 4.523 | 6.018 | 6.160 | 2.803 |

Quelle: Ausländerzentralregister

Tabelle 3-31: Vorliegen von Ausreisehindernissen nach § 25 Abs. 5 AufenthG in den Jahren 2010 bis 2015
(erteilte Aufenthaltserlaubnisse mit Einreise im gleichen Jahr)

| Staatsangehörigkeit | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | |
|--|------------|------------|------------|------------|------------|-----------------------|------------|
| | | | | | | darunter: weiblich | |
| Serbien (inkl. ehem. Serbien und Montenegro) | 38 | 25 | 49 | 54 | 84 | 129 | 58 |
| Kosovo | 49 | 12 | 11 | 26 | 17 | 104 | 48 |
| Ghana | 20 | 11 | 17 | 28 | 63 | 57 | 16 |
| Vietnam | 13 | 24 | 38 | 30 | 61 | 47 | 4 |
| Nigeria | 10 | 16 | 17 | 20 | 37 | 43 | 10 |
| Sonstige | 233 | 218 | 259 | 278 | 346 | 408 | 143 |
| Insgesamt | 363 | 306 | 391 | 436 | 608 | 788 | 279 |

Quelle: Ausländerzentralregister

Zum 31. Dezember 2015 lebten insgesamt 49.913 Drittstaatsangehörige (Ende 2014: 49.898) mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 AufenthG in Deutschland. 35.358 Personen lebten seit mehr als sechs Jahren in Deutschland, 14.555 Personen sechs Jahre oder weniger.¹³⁷ Bei den in der Tabelle 3-31 aufgeführten Drittstaatsangehörigen (2015: 788) handelt es sich um Personen, die in der Regel nach ihrer Einreise zunächst eine Duldung (oder in seltenen Ausnahmefällen eine Aufenthaltsgestattung als Asylbewerber) erhalten haben, aber denen noch im Berichtsjahr eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 AufenthG erteilt wurde.

3.4.4 Aufenthaltsgewährung in Härtefällen

Nach § 23a Abs. 1 AufenthG darf die oberste Landesbehörde anordnen, dass einem Ausländer, der vollziehbar ausreisepflichtig ist, abweichend von den in diesem Gesetz festgelegten Erteilungs- und Verlängerungsvoraussetzungen für einen Aufenthaltstitel eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird, wenn eine von der Landesregierung durch Rechtsverordnung eingerichtete Härtefallkommission darum ersucht. Voraussetzung für ein Härtefallersuchen ist, dass nach den Feststellungen der Härtefallkommission dringende humanitäre oder persönliche Gründe die weitere Anwesenheit des Ausländers im Bundesgebiet rechtfertigen (§ 23a Abs. 2 AufenthG). Mittlerweile sind in allen Bundesländern Härtefallkommissionen eingerichtet.

13,2% der Aufenthaltserlaubnisse auf der Grundlage von § 23a Abs. 1 AufenthG wurden an Staatsangehörige aus

Tabelle 3-32: Erteilte Aufenthaltserlaubnisse nach der Härtefallregelung des § 23a AufenthG nach Bundesländern (Stand zum 31. Dezember 2015)¹

| Bundesland | Gesamt |
|------------------------|--------------|
| Baden-Württemberg | 553 |
| Bayern | 487 |
| Berlin | 1.569 |
| Brandenburg | 98 |
| Bremen | 38 |
| Hamburg | 171 |
| Hessen | 289 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 14 |
| Niedersachsen | 557 |
| Nordrhein-Westfalen | 1.355 |
| Rheinland-Pfalz | 230 |
| Saarland | 129 |
| Sachsen | 145 |
| Sachsen-Anhalt | 131 |
| Schleswig-Holstein | 150 |
| Thüringen | 254 |
| Insgesamt | 6.170 |

Quelle: Ausländerzentralregister

1) Hierbei handelt es sich um eine Bestandszahl zum 31. Dezember 2015. Die überwiegende Zahl der Personen, die zum 31. Dezember 2015 eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23a AufenthG inne hatten, lebte seit mehr als sechs Jahren in Deutschland (5.000 Personen oder 81,0%).

¹³⁷ Vgl. BT-Drs. 18/7800.

dem Kosovo erteilt (812 Aufenthaltserlaubnisse), weitere 12,5% der Aufenthaltserlaubnisse erhielten Personen aus Serbien (774 Aufenthaltserlaubnisse). An türkische Staatsangehörige wurden 696 Aufenthaltserlaubnisse (11,3%) und an irakische Staatsangehörige 388 Aufenthaltserlaubnisse (6,3%) erteilt.

3.4.5 Resettlement und Humanitäre Aufnahmeverfahren

Resettlement

Mit Beschluss vom 9. Dezember 2011 hat sich die Innenministerkonferenz (IMK) im Interesse einer Fortentwicklung und Verbesserung des Flüchtlingsschutzes für eine Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an der Aufnahme und Neuansiedlung besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge aus Drittstaaten in Zusammenarbeit mit dem UNHCR (Resettlement) ausgesprochen. Ziel des Resettlements ist es, besonders schutzbedürftigen Personen, die aus ihrer Heimat in einen Drittstaat geflohen sind, dort jedoch keine Chance auf Integration sowie keine Aussicht auf Rückkehr in ihr Heimatland haben, im Aufnahmestaat eine neue Perspektive zu eröffnen. Das Aufnahmekontingent umfasste in den Jahren 2012 bis 2014 jeweils 300 Personen.¹³⁸ Im Dezember 2014 beschloss die IMK, das Kontingent von Resettlement-Flüchtlingen ab 2015 auf jährlich 500 Personen zu erhöhen und das deutsche Resettlement-Programm zu verstetigen.¹³⁹

Die Aufnahmen im Rahmen der Neuansiedlung von Schutzsuchenden (Resettlement) werden vom BMI im Benehmen mit den obersten Landesbehörden angeordnet. Die gesetzliche Grundlage für die Aufnahmeverfahren im Rahmen des Resettlement-Programms bildete bis zum 31. Juli 2015 § 23 Abs. 2 AufenthG. Zum 1. August 2015 trat „das Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung“¹⁴⁰ in Kraft, mit dem unter anderem eine eigenständige Rechtsgrundlage für das Resettlement-Programm geschaffen wurde. Seither gilt § 23 Abs. 4 AufenthG für Aufnahmen im Rahmen von Resettlement-Programmen, während § 23 Abs. 2 AufenthG Aufnahmen im Rahmen sonstiger humanitärer Kontingentaufnahmen regelt. Für die Durchführung der Aufnahmeverfahren ist nach § 75 Nr. 8 AufenthG das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zuständig.¹⁴¹

Im Jahr 2012 wurden im Rahmen des Resettlement-Programms 202 vorwiegend afrikanische Flüchtlinge aus Tunesien und 105 irakische schutzbedürftige Personen aus der Türkei aufgenommen. Im Jahr 2013 kamen 293 Flüchtlinge aus der Türkei. Im Jahr 2014 wurden 207 Flüchtlinge aus Syrien (Drittstaatsangehörige) und 114 Flüchtlinge aus Indonesien aufgenommen. Im Jahr 2015 wurden 301 Flüchtlinge aus Ägypten und 180 Schutzsuchende aus dem Sudan aufgenommen. Dabei handelt es sich um Staatsangehörige aus Äthiopien, Eritrea, Irak, Somalia, Sudan/Südsudan, Syrien und staatenlose Palästinenser, die zum Teil in Flüchtlingslagern untergekommen waren (vgl. Tabelle 3-33). Das Kontingent von 500 Personen jährlich wurde für das Jahr 2015 nachträglich Anfang 2016 mit der Einreise von 24 Personen aus dem Sudan, die aus gesundheitlichen Gründen Ende 2015 noch nicht ausreisen konnten, erfüllt. Darunter waren 4 Personen mit einer äthiopischen Staatsangehörigkeit und weitere 20 Personen mit einer eritreischen Staatsangehörigkeit.

Im Rahmen des Resettlement-Pilotprogramms der EU sollen europaweit 22.504 Flüchtlinge aus Konfliktgebieten von außerhalb der EU bis Ende 2017 aufgenommen werden. Deutschland hat sich dabei verpflichtet, insgesamt 1.600 Schutzbedürftige – unter Anrechnung seiner nationalen Quote von 500 jährlich – aufzunehmen.

Am 18. März 2016 hat die EU mit der Türkei eine Vereinbarung getroffen, die die irreguläre Migration aus der Türkei in die EU beenden und die Situation der Flüchtlinge in der Türkei verbessern soll. In dieser EU-Türkei-Erklärung¹⁴² wurde u. a. beschlossen,

- alle irregulär eingereisten Migranten, die ab dem 20. März 2016 von der Türkei auf die griechischen Inseln gelangen, in die Türkei zurückzuführen; dies gilt für Migranten, die keinen Asylantrag in Griechenland stellen, sowie für Personen, deren Antrag als unbegründet oder unzulässig abgelehnt wird,
- für jeden von den griechischen Inseln in die Türkei rückgeführten Syrer einen anderen Syrer aus der Türkei in der EU neu anzusiedeln; Vorrang erhalten dabei Migranten, die vorher noch nicht irregulär in die EU eingereist sind.

Mit Stand zum 21. Oktober 2016 hat Deutschland bislang 766 syrische Staatsangehörige im Rahmen der EU-Türkei-Erklärung aus der Türkei aufgenommen.

138 Vgl. Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder 2011: Beschluss Nr. 19.

139 Vgl. Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder 2014: Beschluss Nr. 28.

140 BGBl. 2015 Teil I Nr. 32: 1386ff.

141 Vgl. auch Grote et al. 2016.

142 Vgl. auch die BT-Drs. 18/8542 und 18/8654.

Tabelle 3-33: Im Resettlement-Programm aufgenommene Personen nach Staatsangehörigkeit und letztem Aufenthaltsstaat von 2012 bis 2015

| Staatsangehörigkeit | 2012 | | 2013 | | 2014 | | 2015 | |
|---------------------------|--------|------|--------|------|--------|------|--------|------|
| | Anzahl | in % | Anzahl | in % | Anzahl | in % | Anzahl | in % |
| Afghanistan | - | - | - | - | 21 | 7 | - | - |
| Äthiopien | 27 | 9 | - | - | 1 | 0 | 45 | 9 |
| Eritrea | 36 | 12 | - | - | - | - | 200 | 42 |
| Irak | 132 | 43 | 175 | 60 | 117 | 36 | 26 | 5 |
| Iran | - | - | 116 | 39 | - | - | - | - |
| Somalia | 45 | 15 | - | - | 41 | 13 | 45 | 9 |
| Sudan/Südsudan | 59 | 19 | - | - | 3 | 1 | 122 | 26 |
| Syrien | - | - | 2 | 1 | - | - | 9 | 2 |
| Staatenlose Palästinenser | - | - | - | - | 31 | 10 | 33 | 7 |
| Sonstige Staatenlose | - | - | - | - | 34 | 10 | - | - |
| Sonstige | 8 | 2 | - | - | 73 | 23 | 1 | 0 |

| Aufenthaltsstaat vor der Ausreise nach Deutschland | 2012 | | 2013 | | 2014 | | 2015 | |
|--|--------|------|--------|------|--------|------|--------|------|
| | Anzahl | in % | Anzahl | in % | Anzahl | in % | Anzahl | in % |
| Ägypten | - | - | - | - | - | - | 301 | 63 |
| Indonesien | - | - | - | - | 114 | 36 | - | - |
| Tunesien | 202 | 67 | - | - | - | - | - | - |
| Türkei | 105 | 33 | 293 | 100 | - | - | - | - |
| Sudan | - | - | - | - | - | - | 180 | 37 |
| Syrien | - | - | - | - | 207 | 64 | - | - |
| Sonstige | - | - | - | - | - | - | - | - |

Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Umsiedlung von schutzbedürftigen Personen von einem Staat der Europäischen Union nach Deutschland – Relocation

Am 14. September 2015 beschloss der Rat für Justiz und Inneres der EU formell die Umverteilung von 40.000 Asylsuchenden aus Italien und Griechenland (Beschluss EU 2015/1523, am 16. September 2015 in Kraft getreten). Deutschland soll davon 10.500 Personen innerhalb von 24 Monaten aus Italien und Griechenland aufnehmen.

Darüber hinaus beschloss der Rat für Justiz und Inneres am 22. September 2015, weitere 120.000 Asylsuchende aus Italien und Griechenland umzuverteilen (Beschluss EU 2015/1601 am 25. September 2015 in Kraft getreten). Gemäß des Anhangs I und II dieses Beschlusses soll Deutschland 4.027 Asylsuchende aus Italien und 13.009 Asylsuchende aus Griechenland, d.h. insgesamt 17.036 Asylsuchende aus beiden Mitgliedstaaten innerhalb von 24 Monaten aufnehmen. Mit EU-Ratsbeschluss vom 29. September 2016 wurde die Option geschaffen, die Quote auch durch die Aufnahme von syrischen Schutzsuchenden aus der Türkei zu erfüllen. Die Entscheidung

über die Verteilung der restlichen 54.000 Antragsteller fiel am 29. September 2016. Die Aufnahmequote für Deutschland beträgt 13.694 Personen.

Es werden ausschließlich Asylsuchende umverteilt, die mit hoher Wahrscheinlichkeit internationalen Schutz benötigen. Für die Regelung kommen nur Staatsangehörige aus Ländern in Frage, bei denen die durchschnittliche Anerkennungsquote in der EU aktuell mindestens 75 % beträgt. Im Jahr 2015 sind insgesamt 21 Asylsuchende (davon 11 Asylsuchende aus Italien und 10 aus Griechenland) nach Deutschland umverteilt worden.

Humanitäre Aufnahme syrischer Flüchtlinge

In den Jahren 2013 bis 2015 hat der Bundesminister des Innern im Benehmen mit den Innenministern und -senatoren der Länder entschieden, neben den Kontingenten im Resettlement-Programm, insgesamt weitere 20.000 besonders schutzbedürftige syrische Flüchtlinge im Rahmen von drei humanitären Aufnahmeprogrammen aufzunehmen. Die syrischen Flüchtlinge wurden vorwiegend aus dem Libanon, aber auch aus anderen Anrainerstaaten wie

Jordanien und der Türkei sowie aus Ägypten und vereinzelt auch aus Libyen aufgenommen.¹⁴³ Neben besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen wurde insbesondere auch Personen mit familiären Bezügen nach Deutschland die Möglichkeit zur vorübergehenden Aufnahme geboten. Darüber hinaus ermöglichten ab 2013 die meisten Bundesländer die vorübergehende Aufnahme von syrischen Verwandten in Deutschland lebender Syrer bzw. syrischstämmiger Bürger, sofern diese oder Dritte eine Verpflichtungserklärung (Bürgschaft) nach § 68 AufenthG abgaben, in der sie erklären und nachweisen konnten, jegliche Kosten des Aufenthalts der Familienangehörigen zu tragen. Als Verpflichtungsgebende kommen bzw. kamen in erster Linie deutsche und syrische Staatsangehörige in Deutschland in Frage, die sich schon länger als ein Jahr in der Bundesrepublik aufhalten und bestrebt sind, ihre schutzsuchenden syrischen Angehörigen nach Deutschland zu holen und bereit sind, die entstehenden Kosten der Einreise und des Aufenthalts zu tragen. In sechs Bundesländern wurden diese Programme zum Jahresende 2015 (Bremen, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Saarland und Sachsen-Anhalt) beendet. In sechs weiteren Bundesländern wurden sie bis ins Jahr 2016 verlängert (Berlin, Brandenburg, Hamburg, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen). Im Rahmen der Länderaufnahmeprogramme wurden bis Ende 2015 circa 21.500 Visa für die Einreise nach Deutschland erteilt.¹⁴⁴

3.5 Einreise und Aufenthalt aus familiären Gründen (Ehegatten- und sonstiger Familiennachzug)

Die Einreise und der Aufenthalt von Familienangehörigen aus Drittstaaten zu den in Deutschland lebenden Personen ist in den §§ 27–36 des Aufenthaltsgesetzes geregelt. Der Familiennachzug wird von Art. 6 Abs. 1 des Grundgesetzes zum Schutz von Ehe und Familie gewährt (§ 27 Abs. 1 AufenthG). Die Regelungen des Aufenthaltsgesetzes zum Familiennachzug finden Anwendung auf den Zuzug zu Ausländern, die weder Unionsbürger noch Familienangehörige von Unionsbürgern sind. Sie gelten ferner für den Nachzug von Drittstaatsangehörigen zu Deutschen.

Grundsätze des Familiennachzugs

Findet der Familiennachzug zu einem Ausländer statt, muss dieser in der Regel für den Lebensunterhalt seiner Familienangehörigen ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel sorgen können (§ 27 Abs. 3 AufenthG; § 5 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG). Ein Aufenthaltstitel aus familiären

Gründen berechtigt zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit (§ 27 Abs. 5 AufenthG).

Ehegattennachzug zu Ausländern

Ein Anspruch auf die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis für den nachziehenden Ehegatten setzt grundsätzlich auch voraus, dass zusätzlich zu den genannten Voraussetzungen beide Ehegatten das 18. Lebensjahr vollendet haben (§ 30 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 AufenthG) und der nachziehende Ehegatte sich zumindest auf einfache Art in deutscher Sprache verständigen kann (§ 30 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 AufenthG).

Volljährigkeit und Sprachnachweis sind nicht erforderlich, wenn

- der Ausländer einen Aufenthaltstitel als Hochqualifizierter nach § 19 AufenthG, als Forscher nach § 20 AufenthG oder als Selbständiger nach § 21 AufenthG besitzt und die Ehe bereits vor seiner Einreise ins Bundesgebiet bestand (§ 30 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 AufenthG),
- der Ausländer unmittelbar vor der Erteilung einer Niederlassungserlaubnis oder einer Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU Inhaber einer Aufenthaltserlaubnis nach § 20 AufenthG war (§ 30 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 AufenthG),
- der Ausländer eine Aufenthaltserlaubnis nach § 38a AufenthG (Rechtsstellung eines langfristig Aufenthaltsberechtigten aus einem anderen EU Mitgliedstaat) besitzt und die Ehe bereits in dem anderen EU Mitgliedstaat bestand (§ 30 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 AufenthG).

Das Erfordernis des Sprachnachweises ist unbeachtlich, wenn

- der Ausländer einen Aufenthaltstitel als Resettlement-Flüchtling (nach § 23 Abs. 4 AufenthG neu),¹⁴⁵ Asylberechtigter, GFK-Flüchtling oder – seit 1. August 2015 – als subsidiär Schutzberechtigter¹⁴⁶ besitzt und die Ehe

¹⁴⁵ Mit dem durch das am 1. August 2015 in Kraft getretene „Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung“ in das Aufenthaltsgesetz neu eingefügten § 23 Abs. 4 (BGBl. 2015 Teil I Nr. 32: 1386 ff.) kann das BMI im Rahmen der Neuansiedlung von Schutzsuchenden im Benehmen mit den obersten Landesbehörden anordnen, dass das BAMF bestimmten, für eine Neuansiedlung ausgewählten Schutzsuchenden (Resettlement-Flüchtlinge) eine Aufnahmezusage erteilt.

¹⁴⁶ Durch das am 17. März 2016 in Kraft getretene Gesetz zur Einführung beschleunigter Asylverfahren in das Aufenthaltsgesetz eingefügte Regelung des § 104 Abs. 13 AufenthG (BGBl. 2016 Teil I Nr. 12: 390–393) wird ein Familiennachzug zu Personen, denen nach dem 17. März 2016 eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 2 S. 1 2. Alt. AufenthG erteilt worden ist, bis zum 16. März 2018 grundsätzlich nicht gewährt. Es besteht allerdings die Möglichkeit, in diesen Fällen eine Aufenthaltserlaubnis nach §§ 22, 23 AufenthG zu erteilen.

¹⁴³ Vgl. auch BT-Drs. 18/2278.

¹⁴⁴ Vgl. Grote et al. 2016.

- bereits bestand, als der Ausländer seinen Lebensmittelpunkt ins Bundesgebiet verlegt hat (§ 30 Abs. 1 S. 3 Nr. 1 AufenthG),
- der nachziehende Ehegatte aufgrund einer körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung oder Krankheit nicht in der Lage ist, einfache deutsche Sprachkenntnisse nachzuweisen (§ 30 Abs. 1 S. 3 Nr. 2 AufenthG),
 - bei dem nachziehenden Ehegatten ein erkennbar geringer Integrationsbedarf besteht (§ 30 Abs. 1 S. 3 Nr. 3 AufenthG),
 - der Ehegatte zu einem Staatsangehörigen nachzieht, der eine Staatsangehörigkeit besitzt, die ihm auch für einen Aufenthalt, der kein Kurzaufenthalt ist, die visumfreie Einreise und den visumfreien Aufenthalt im Bundesgebiet gestattet (§ 30 Abs. 1 S. 3 Nr. 4 AufenthG i. V. m. § 41 Abs. 1 und 2 AufenthV),
 - der Ausländer im Besitz einer Blauen Karte EU ist (§ 30 Abs. 1 S. 3 Nr. 5 AufenthG) oder
 - es dem Ehegatten auf Grund besonderer Umstände des Einzelfalles nicht möglich oder nicht zumutbar ist, vor der Einreise Bemühungen zum Erwerb einfacher deutscher Sprachkenntnisse zu unternehmen (§ 30 Abs. 1 S. 3 Nr. 6 AufenthG).

Die Härtefallklausel des § 30 Abs. 1 S. 3 Nr. 6 AufenthG wurde mit dem „Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung“ in das Aufenthaltsgesetz aufgenommen und gilt seit dem 1. August 2015. Das Vorliegen eines Härtefalls ist im Rahmen des Visumverfahrens durch die zuständige Auslandsvertretung zu beurteilen. Ein Härtefall ist dann gegeben, wenn es dem ausländischen Ehegatten nicht zugemutet werden kann, vor der Einreise Bemühungen zum Erwerb einfacher deutscher Sprachkenntnisse zu unternehmen, oder es ihm trotz ernsthafter Bemühungen von einem Jahr Dauer nicht gelungen ist, das erforderliche Sprachniveau zu erreichen.

Diese Rechtsänderung dient insbesondere der Umsetzung des Urteils des Gerichtshofs der Europäischen Union (EuGH) vom 10. Juli 2014 (Urteil in der Rechtssache C-138/13).¹⁴⁷ Dort wurde entschieden, dass das 2007 eingeführte ausnahmslose Spracherfordernis nicht mit der sog. Stillhalteklausele des Assoziierungsabkommens mit der Türkei vereinbar ist. Der Sprachnachweis im Herkunftsland erschwere die Familienzusammenführung und stelle deshalb eine neue Beschränkung der Ausübung der Niederlassungsfreiheit durch die türkischen Staatsangehörigen im Sinne dieser Klausel dar. Der EuGH hielt jedoch auch fest, dass die Einführung einer neuen Beschränkung zugelassen werden könne, sofern sie durch einen

zwingenden Grund des Allgemeininteresses gerechtfertigt und geeignet ist, „die Erreichung des angestrebten legitimen Zieles zu erreichen,“ und nicht über das hierfür Erforderliche hinausgehe. Obwohl die Entscheidung des EuGH grundsätzlich nur auf den Nachzug zu assoziationsberechtigten türkischen Staatsangehörigen anwendbar ist und der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz generell gilt, ist die Möglichkeit der Berücksichtigung besonderer Umstände des Einzelfalles von grundsätzlicher Bedeutung, so dass zur Klarstellung für den Ehegattennachzug eine allgemeine Härtefallklausel in das Aufenthaltsgesetz eingeführt wurde (§ 30 Abs. 1 S. 3 Nr. 6 AufenthG).¹⁴⁸

Familiennachzug zu Ausländern

Nach einem Urteil des EuGH vom 9. Juli 2015 (Rechtssache C-153/14, „K und A“) sind die Mitgliedstaaten der EU durch die Familiennachzugsrichtlinie (Richtlinie 2003/86/EG) nicht daran gehindert, bei Familienzusammenführungen, die nicht Flüchtlinge und Familienangehörige von Flüchtlingen betreffen, die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zum Zweck des Familiennachzugs davon abhängig zu machen, dass vor Einreise eine bestimmte Integrationsmaßnahme oder Integrationsprüfung erfolgreich abgelegt wurde.¹⁴⁹ Der EuGH betont in seiner Entscheidung die Bedeutung, die der Sprache für die Integration in die Aufnahmegesellschaft zukommt, ausdrücklich. Das Ziel der Richtlinie, die Familienzusammenführung zu erleichtern, ist durch eine Prüfung vor Einreise grundsätzlich nicht beeinträchtigt.¹⁵⁰ Jedoch sind nur solche Integrationsmaßnahmen – etwa der Erwerb von Grundkenntnissen der Sprache und der Gesellschaft des Aufnahmestaates – zulässig, die die Integration der Familienangehörigen des Zusammenführenden erleichtern. Dabei darf die Ausübung des Rechts auf Familienzusammenführung nicht unmöglich gemacht oder übermäßig erschwert werden. Insofern sind jeweils die individuellen Umstände wie Alter, Bildungsniveau, finanzielle Lage und Gesundheitszustand zu berücksichtigen, um die Familienangehörigen von dem Erfordernis der erfolgreichen Ablegung einer Integrationsprüfung zu befreien, falls sie aufgrund dieser Umstände nicht in der Lage sind, eine solche Prüfung abzulegen oder zu bestehen.¹⁵¹

Voraussetzung für den Familiennachzug zu einem Drittstaatsangehörigen ist, dass der bereits hier lebende Ausländer eine Niederlassungserlaubnis, eine Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU, eine Aufenthaltserlaubnis oder eine

¹⁴⁷ Vgl. dazu die Pressemitteilung Nr. 96 des EuGH vom 10. Juli 2014.

¹⁴⁸ Vgl. die Begründung dazu in der BT-Drs. 18/5420: 25.

¹⁴⁹ Zu bisherigen Gerichtsurteilen auf nationaler Ebene vgl. BAMF/BMI 2015: 89.

¹⁵⁰ Vgl. EuGH, Urteil vom 9. Juli 2015 (C-153/14), Rn. 53 und 54.

¹⁵¹ Vgl. dazu die Pressemitteilung Nr. 78 des EuGH vom 9. Juli 2015.

Blaue Karte EU besitzt und ausreichender Wohnraum zur Verfügung steht (§ 29 Abs. 1 AufenthG). Mitgliedsstaaten der EU können einen Antrag auf Familienzusammenführung ablehnen, wenn sich aus einer Prognose ergibt, dass der Zusammenführende während des Jahres nach der Antragstellung nicht über feste, regelmäßige und ausreichende Einkünfte verfügen wird. Der Antragsteller muss nachweisen können, dass er über ein eigenes Einkommen verfügt, die für seinen eigenen Lebensunterhalt und den seiner Familienangehörigen ausreichen, ohne Inanspruchnahme von Sozialhilfeleistungen des betreffenden Mitgliedsstaats.¹⁵²

Bei Asylberechtigten und anerkannten GFK-Flüchtlingen (Konventionsflüchtlingen) und – seit dem 1. August 2015 – subsidiär Schutzberechtigten sowie Resettlement-Flüchtlingen ist zur Wahrung der Familieneinheit vom Nachweis ausreichenden Wohnraums und eigenständiger Lebensunterhaltssicherung abzusehen, wenn der Antrag innerhalb von drei Monaten nach der unanfechtbaren Anerkennung gestellt wird und die Herstellung der familiären Lebensgemeinschaft in einem Staat, der nicht Mitgliedstaat der EU ist und zu dem der Ausländer oder seine Familienangehörigen eine besondere Bindung haben, grundsätzlich nicht möglich ist (§ 29 Abs. 2 AufenthG). Es besteht allerdings die Möglichkeit, in diesen Fällen eine Aufenthaltserlaubnis nach §§ 22, 23 AufenthG zu erteilen. Diese Privilegierung ist derzeit allerdings für subsidiär Schutzberechtigte im Sinne des § 4 Abs. 1 Asylgesetz, denen nach dem 17. März 2016 eine Aufenthaltserlaubnis wegen der subsidiären Schutzberechtigung erteilt wurde, bis zum 16. März 2018 ausgesetzt (§ 104 Abs. 13 AufenthG). Der Familiennachzug zu Personen, die über bestimmte humanitäre Aufnahmeprogramme nach Deutschland gekommen sind oder für die ein (nationales) Abschiebungsverbot festgestellt worden ist, darf nur aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen oder zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland erlaubt werden (§ 29 Abs. 3 AufenthG).

Der Nachzug von Kindern zu ausländischen Eltern bzw. einem ausländischen Elternteil richtet sich nach § 32 AufenthG. Einem minderjährigen ledigen Kind eines Ausländers ist eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen, wenn beide Eltern oder der allein personensorgeberechtigte Elternteil eine Aufenthaltserlaubnis, eine Blaue Karte EU, eine Niederlassungserlaubnis oder eine Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU besitzen (§ 32 Abs. 1 AufenthG). Hat das minderjährige ledige Kind das 16. Lebensjahr bereits vollendet und verlegt es seinen Lebensmittelpunkt nicht zusammen mit den Eltern oder dem sorgeberechtigten Elternteil in das Bundesgebiet, ist der Nachzug nur

gestattet, wenn es die deutsche Sprache beherrscht oder gewährleistet erscheint, dass es sich auf Grund seiner bisherigen Ausbildung und Lebensverhältnisse in Deutschland einfügen kann. Ein Nachzugsanspruch besteht für das minderjährige ledige Kind uneingeschränkt, wenn beide Eltern oder der allein sorgeberechtigte Elternteil ein Asylberechtigter, GFK-Flüchtling und – seit dem 1. August 2015 – subsidiär Schutzberechtigter oder Resettlement-Flüchtling ist oder eine Niederlassungserlaubnis nach §§ 9 oder 26 Abs. 4 AufenthG oder eine Blaue Karte EU besitzt (§ 32 Abs. 2 AufenthG). Allerdings kann dem minderjährigen ledigen Kind eines Ausländers eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, wenn es auf Grund der Umstände des Einzelfalls unter Berücksichtigung des Kindeswohls und der familiären Situation zur Vermeidung einer besonderen Härte erforderlich ist (§ 32 Abs. 4 AufenthG). Die zeitliche Verzögerung des Rechts auf Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten, denen nach dem 17. März 2016 eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wurde (§ 104 Abs. 13 AufenthG) gilt auch für den Nachzug von Kindern.

Der Nachzug sonstiger (d. h. nicht zur Kernfamilie zählender) Familienangehöriger kann in Ausnahmefällen gewährt werden, wenn es zur Vermeidung einer außergewöhnlichen Härte erforderlich ist (§ 36 Abs. 2 AufenthG). Zudem ist den Eltern eines minderjährigen Asylberechtigten oder anerkannten GFK-Flüchtlings und – seit 1. August 2015 – eines Resettlement-Flüchtlings eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen, wenn sich kein sorgeberechtigter Elternteil im Bundesgebiet aufhält (§ 36 Abs. 1 AufenthG).

Der Familiennachzug von Drittstaatsangehörigen zu nicht-deutschen Unionsbürgern richtet sich nach dem Freizügigkeitsgesetz/EU (§ 5 Abs. 2 FreizügG/EU).

Familiennachzug zu Deutschen

Nach § 28 Abs. 1 AufenthG ist eine Aufenthaltserlaubnis dem Ehegatten sowie dem minderjährigen ledigen Kind eines Deutschen sowie dem Elternteil eines minderjährigen ledigen Deutschen zur Ausübung der Personensorge zu erteilen, wenn der Deutsche seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Bundesgebiet hat. Dem minderjährigen ledigen Kind eines Deutschen sowie dem Elternteil eines minderjährigen ledigen Deutschen ist auch abweichend von der Regelvoraussetzung des gesicherten Lebensunterhalts nach § 5 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen (§ 28 Abs. 1 S. 2 AufenthG). Dem Ehegatten eines Deutschen soll die Aufenthaltserlaubnis in der Regel abweichend von § 5 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG erteilt werden.

152 Vgl. EuGH, Urteil vom 21. April 2016 (C-558/14).

Datengrundlage

Eine wichtige Grundlage für die Erfassung des Ehegatten- und Familiennachzugs ist die Visastatistik des Auswärtigen Amtes. Sie weist diejenigen Fälle aus, in denen in einer deutschen Vertretung im Ausland ein Visum auf Nachzug eines Ehegatten oder Familienangehörigen erteilt worden ist. Dabei kann nicht automatisch auf die Staatsangehörigkeit der Antragsteller rückgeschlossen werden.¹⁵³ Seit dem Jahr 2005 kann neben der Visastatistik des Auswärtigen Amtes auch das Ausländerzentralregister (AZR) als Datenquelle für den Ehegatten- und Familiennachzug genutzt werden.

Im Regelfall ist es für den Familiennachzug erforderlich, dass von der deutschen Auslandsvertretung nach Zustimmung der örtlichen Ausländerbehörde vor der Einreise ein Visum zum Zwecke der Familienzusammenführung erteilt wird. Staatsangehörige von Australien, Israel, Japan, Kanada, der Republik Korea, Neuseeland und den USA bedürfen keines Visums zur Einreise zum Zweck der Familienzusammenführung.¹⁵⁴ Gleiches gilt für Staatsangehörige von Andorra, Brasilien, El Salvador, Honduras, Monaco und San Marino (vgl. § 41 Abs. 2 AufenthV). Staatsangehörige von EU-Staaten genießen grundsätzlich Freizügigkeit und können visumfrei einreisen. Auch Staatsangehörige aus den anderen Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums und der Schweiz können visumfrei einreisen. Zudem geben die ausländer- bzw. aufenthaltsrechtlichen Regelungen den örtlichen Ausländerbehörden in Einzelfällen die Möglichkeit, im Inland einen Aufenthaltstitel zu erteilen, auch wenn der Betroffene mit einem Touristenvisum oder zu einem Kurzaufenthalt eingereist ist. Zudem wird die Erteilung von Visa an sonstige Familienangehörige in der Visastatistik des Auswärtigen Amtes erst seit dem Jahr 2012 separat ausgewiesen.

153 Die Visastatistik weist nicht die Staatsangehörigkeit des Antragstellers aus, sondern bezieht sich auf den jeweiligen Ort der Antragstellung (z. B. im Falle der Türkei die Botschaft in Ankara und die Generalkonsulate in Istanbul und Izmir). Es ist anzunehmen, dass türkische Staatsangehörige in der Regel bei den deutschen Vertretungen in der Türkei vorstellig werden, um ein Visum für die Familienzusammenführung zu erhalten. Allerdings ist verstärkt zu beobachten, dass auch Staatsangehörige aus anderen Staaten (z. B. Syrien) in den deutschen Auslandsvertretungen in der Türkei Visa zum Zweck des Familiennachzugs beantragen. So werden Visumanträge zum Familiennachzug von Antragstellern mit gewöhnlichem Aufenthalt in Syrien gegenwärtig vorrangig von den Auslandsvertretungen in Beirut, Ankara, Istanbul, Izmir, Amman, Kairo und Erbil entgegengenommen. Vgl. BT-Drs. 18/9133: 4.

154 Staatsangehörige dieser Länder können einen erforderlichen Aufenthaltstitel auch nach der Einreise einholen (§ 41 Abs. 1 AufenthV).

Darüber hinaus können Ausländer, die mit einem anderen Aufenthaltstitel (z. B. zur Erwerbstätigkeit, Ausbildung) nach Deutschland eingereist sind, als Statuswechsler eine Aufenthaltserlaubnis aus familiären Gründen erhalten, etwa aufgrund einer Heirat im Inland. Diese Fälle der Familienzusammenführung gehen *nicht* in die Visastatistik des Auswärtigen Amtes ein. Insofern bildet diese den Ehegatten- und Familiennachzug nicht vollständig ab.

Ein umfassenderes Bild liefert das AZR. Zum einen erfasst das AZR auch die Fälle, in denen der Ausländer einen Aufenthaltstitel aus familiären Gründen erst im Inland erhalten hat. Zum anderen wird auch der Nachzug sonstiger Familienangehöriger registriert.

Der Familiennachzug kann aufgeteilt werden in den Nachzug von Ehegatten, Kindern und sonstigen Familienangehörigen.

Im Folgenden wird zunächst die Entwicklung des Ehegatten- und Familiennachzugs seit 1998 anhand der Visastatistik des Auswärtigen Amtes nachgezeichnet. Im Anschluss daran wird der Familiennachzug für die Jahre von 2005 bis 2015 auf der Basis des AZR dargestellt.

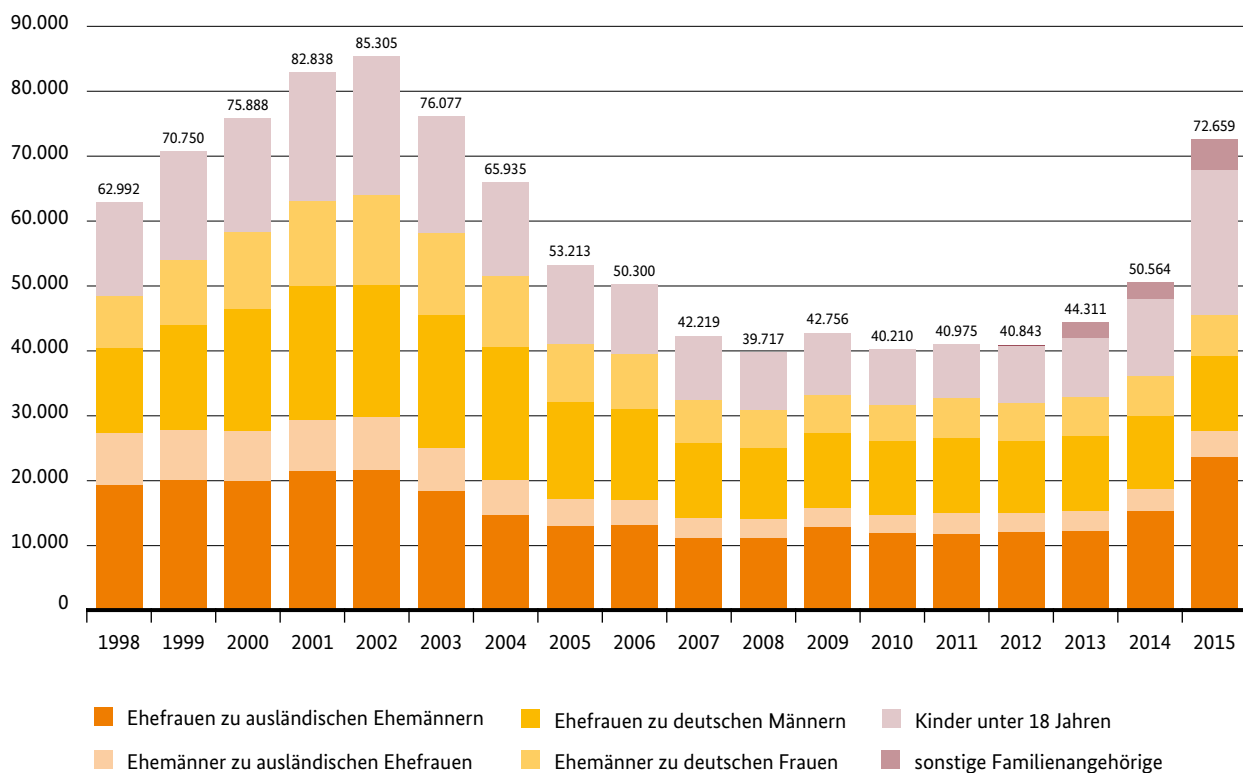
3.5.1 Ehegatten- und sonstiger Familiennachzug nach der Visastatistik

Nach einem Höchststand im Jahr 2002 (85.305 erteilte Visa) ging die Zahl der erteilten Visa zum Zweck des Ehegatten- und Familiennachzugs bis 2008 kontinuierlich zurück (39.717 erteilte Visa). Seit 2013 steigen die Zahlen jedoch wieder deutlich an (vgl. Abbildung 3-15 und Tabelle 3-47 im Anhang). Im Jahr 2015 stieg die Zahl um 43,7% im Vergleich zum Vorjahr auf 72.659 erteilte Visa (2014: 50.564). Bei diesen Zuwanderern kann in der Regel von einer längerfristigen bzw. dauerhaften Bleibeabsicht im Bundesgebiet ausgegangen werden.¹⁵⁵ Die erhebliche Zunahme der erteilten Familiennachzugsvisa 2015 hängt wesentlich mit den in die Anrainerstaaten (v. a. Türkei, Libanon, Jordanien) geflüchteten Staatsangehörigen Syriens zusammen.

Nachdem die Zahlen der erteilten Visa zum Zuzug von ausländischen Ehegatten zu deutschen Staatsangehörigen zwischen 2000 und 2013 über den Zahlen der erteilten Visa zum Ehegattennachzug zu ausländischen Staatsangehörigen lagen, wurden 2015 (wie schon 2014) mehr Visa für den Nachzug von Ehegatten zu ausländischen Staatsangehörigen erteilt (27.602) als zu Deutschen (17.783). Während der Ehegattennachzug zu Deutschen auf relativ

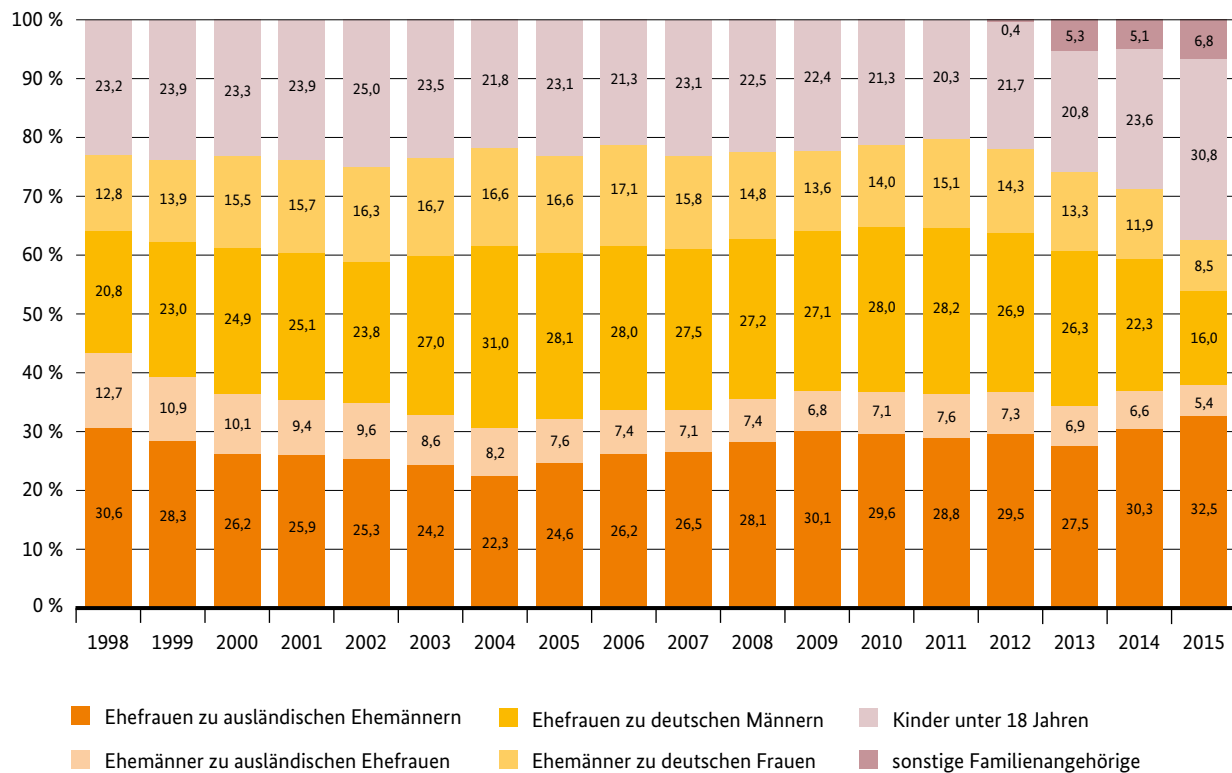
155 Zu Bleibeabsichten vgl. Büttner/Stichs 2014.

Abbildung 3-15: Erteilte Visa zum Zweck des Ehegatten- und Familiennachzugs nach Deutschland von 1998 bis 2015



Quelle: Auswärtiges Amt

Abbildung 3-16: Erteilte Visa zum Zweck des Ehegatten- und Familiennachzugs nach Deutschland von 1998 bis 2015 in Prozent



Quelle: Auswärtiges Amt

konstantem Niveau blieb, stieg die Zahl der erteilten Visa an Ehegatten ausländischer Staatsangehöriger im Jahr 2015 um 47,6% an (vgl. Tabelle 3-47 im Anhang).

Die stärkste Gruppe bildeten im Jahr 2015 die Visa für den Nachzug von Ehefrauen zu ausländischen Ehemännern (32,5%). Der Anteil der Visa für Ehefrauen, die zu einem deutschen Mann nachzogen, lag bei 16,0% (vgl. Abbildung 3-16). Insgesamt wurden so 35.270 Visa für Ehefrauen (48,5% des gesamten Familiennachzugs) und 10.115 Visa für Ehemänner (13,9%) für den Nachzug zu in Deutschland lebenden Ehegatten erteilt.

Der Anteil der Visa zum Kindernachzug am gesamten Familiennachzug bewegte sich im Zeitraum von 1998 bis 2014 relativ konstant zwischen 20% und 25%. Im Jahr 2015 stieg die Zahl der Visa für nachziehende Kinder im Vergleich zum Vorjahr um 87,0% von 11.952 auf 22.347 an. Das entsprach einem Anteil von 30,8% an allen nachgereisten Familienangehörigen (vgl. Tabelle 3-47 im Anhang). Auf sonstige Familienangehörige entfielen 6,8% der Visa.

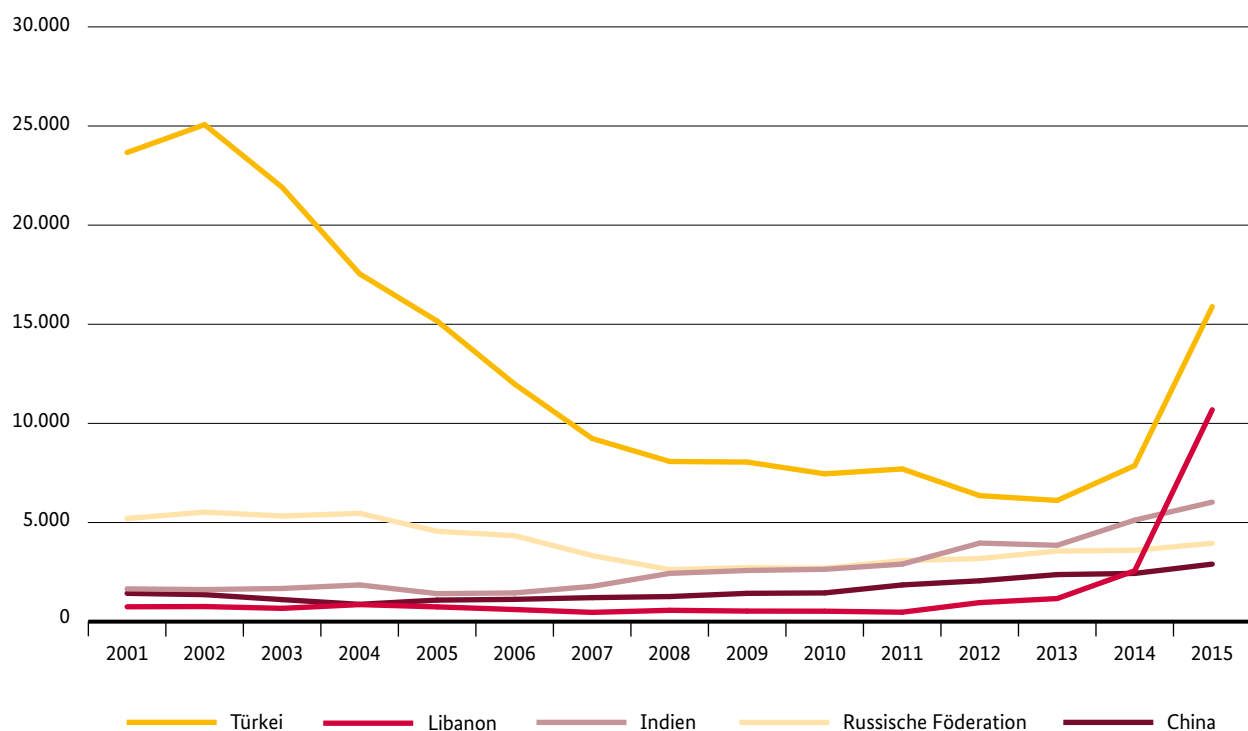
Nach wie vor ist die Türkei das Land, in dem die meisten Visa zum Zweck des Ehegatten- und Familiennachzugs ausgestellt werden. Allerdings waren sowohl die absolute Zahl (seit 2002) als auch der Anteil (seit 2005) der in deut-

schen Vertretungen in der Türkei erteilten Visa an allen zum Zweck des Familiennachzugs erteilten Visa bis 2014 rückläufig. Im Jahr 2015 stieg die Zahl jedoch um 101,9% von 7.870 auf 15.888 Visa an (vgl. Abbildung 3-17 sowie Tabellen 3-48 und 3-49 im Anhang). Der Anteil der Visa zum Ehegatten- und Familiennachzugs aus der Türkei betrug damit 2015 21,9%.

Im Einzelnen wurden bei den deutschen Vertretungen in der Türkei 5.642 Visa (35,5%) für den Nachzug von Ehefrauen zu ausländischen Männern erteilt. Die Zahl der erteilten Visa zum Zweck des Ehegattennachzugs zu ausländischen Ehefrauen beträgt dagegen nur 1.002 (6,3%). 1.864 Visa (11,7%) wurden für den Nachzug von Ehemännern zu deutschen Frauen erteilt und weitere 1.428 Visa (9,0%) für den Nachzug von Ehefrauen zu deutschen Männern. Insgesamt betrug der Nachzug zu deutschen Ehegatten damit 20,7%. Für den Kindernachzug wurden 4.053 (25,5%) der Visa ausgestellt (vgl. Abbildung 3-19 und Tabelle 3-49 im Anhang).

Das Land mit der zweitgrößten Zahl an erteilten Visa nach der Türkei stellte 2015 der Libanon mit 14,7% (10.685 Visa) dar. 2014 lag der Anteil noch bei 5,1%. Insgesamt hat sich die Zahl der erteilten Visa aus dem Libanon um 315,6% gesteigert (vgl. Abbildung 3-17 und Tabelle 3-48 im Anhang).

Abbildung 3-17: Erteilte Visa zum Zweck des Ehegatten- und Familiennachzugs nach Deutschland nach ausgewählten Standorten der Auslandsvertretungen von 2001 bis 2015



Quelle: Auswärtiges Amt

Sowohl für die deutschen Auslandsvertretungen in der Türkei als auch in Libanon gilt, dass hier vermehrt syrische Staatsangehörige Visa zum Zweck des Familiennachzugs beantragen. Die Struktur des Familiennachzugs aus Libanon entsprechend der erteilten Visa ähnelt jener aus der Türkei nur in Bezug auf den Nachzug von Ehefrauen zu ausländischen Männern (36,4%). Während dagegen die Anteile des Nachzugs von Männern zu ausländischen bzw. deutschen Ehefrauen sehr gering sind, ist der Anteil der erteilten Visa für Kinder mit 51,0% sehr groß.

Indien liegt mit 8,3% der erteilten Visa (6.027) für den Ehegatten- und Familiennachzug auf Rang drei. Auch wenn der relative Anteil an allen erteilten Visa für diesen Zweck gesunken ist (2014: 10,1%), sind die absoluten Zahlen gegenüber 2014 um 17,7% gestiegen. Dies korrespondiert mit den Zuzugszahlen von Fachkräften aus diesem Land (vgl. dazu Kap. 3.2). Es ist davon auszugehen, dass viele Fachkräfte gemeinsam mit ihren Familienangehörigen nach Deutschland einreisen.

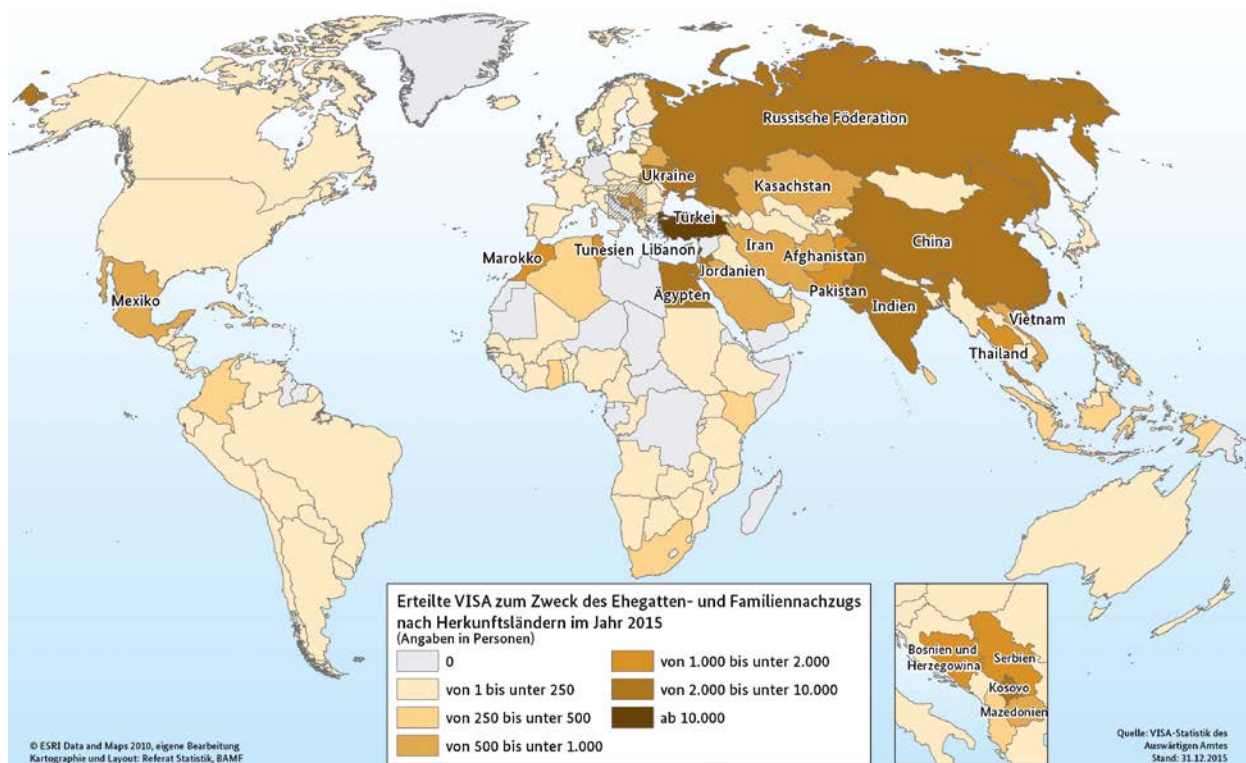
In der Russischen Föderation wurden 5,4% der Visa zum Zweck des Ehegatten- und Familiennachzugs erteilt (2014: 7,1%), in China 4,0% (2014: 4,8%), in der deutschen Auslandsvertretung in Kosovo (Pristina) 3,5% (2014: 5,6%), in Ägypten 2,8% (2014: 2,8%) sowie in der Ukraine 2,8%

(2014: 3,8%) und ebenfalls in Jordanien 2,8% (2014: 1,2%) (vgl. Abbildung 3-18).

Hinsichtlich der Struktur dominiert beim Familiennachzug aus der Russischen Föderation und aus Kasachstan der Nachzug zu deutschen Staatsangehörigen. 45,2% des Ehegatten- und Familiennachzugs aus der Russischen Föderation entfielen im Jahr 2015 auf den Nachzug zu deutschen Ehegatten, wobei der Nachzug von Ehefrauen zu deutschen Ehemännern deutlich überwog (vgl. Abbildung 3-19). Im Falle Kasachstans waren es 59,3% (vgl. Tabelle 3-49 im Anhang). Auch aus Marokko (70,4%) und Tunesien (68,8%) ist ein überproportional hoher Nachzug zu deutschen Ehegatten festzustellen.

Der Nachzug von Ehefrauen zu ausländischen Ehemännern findet sich vor allem im Falle Indiens. Dessen Anteil betrug im Jahr 2015 55,8%. Auch beim Nachzug aus Bosnien-Herzegowina überwiegt der Ehegattennachzug zu Ausländern (54,3%). Ein überdurchschnittlich hoher Anteil des Kindernachzugs am Familiennachzug ist im Falle des Libanons (51,0%) und Jordaniens (42,2%) festzustellen – sicher infolge des Familiennachzugs zu Flüchtlingen (vgl. Tabelle 3-49 im Anhang).

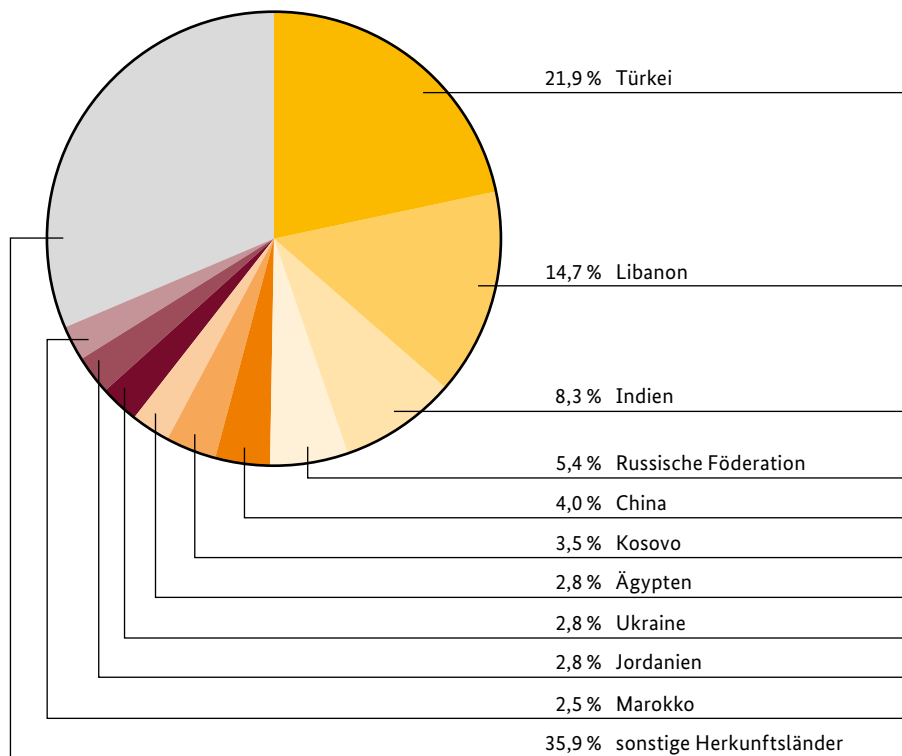
Karte 3-3: Erteilte Visa zum Zweck des Ehegatten- und Familiennachzugs nach Standorten der Auslandsvertretungen im Jahr 2015



Quelle: Auswärtiges Amt

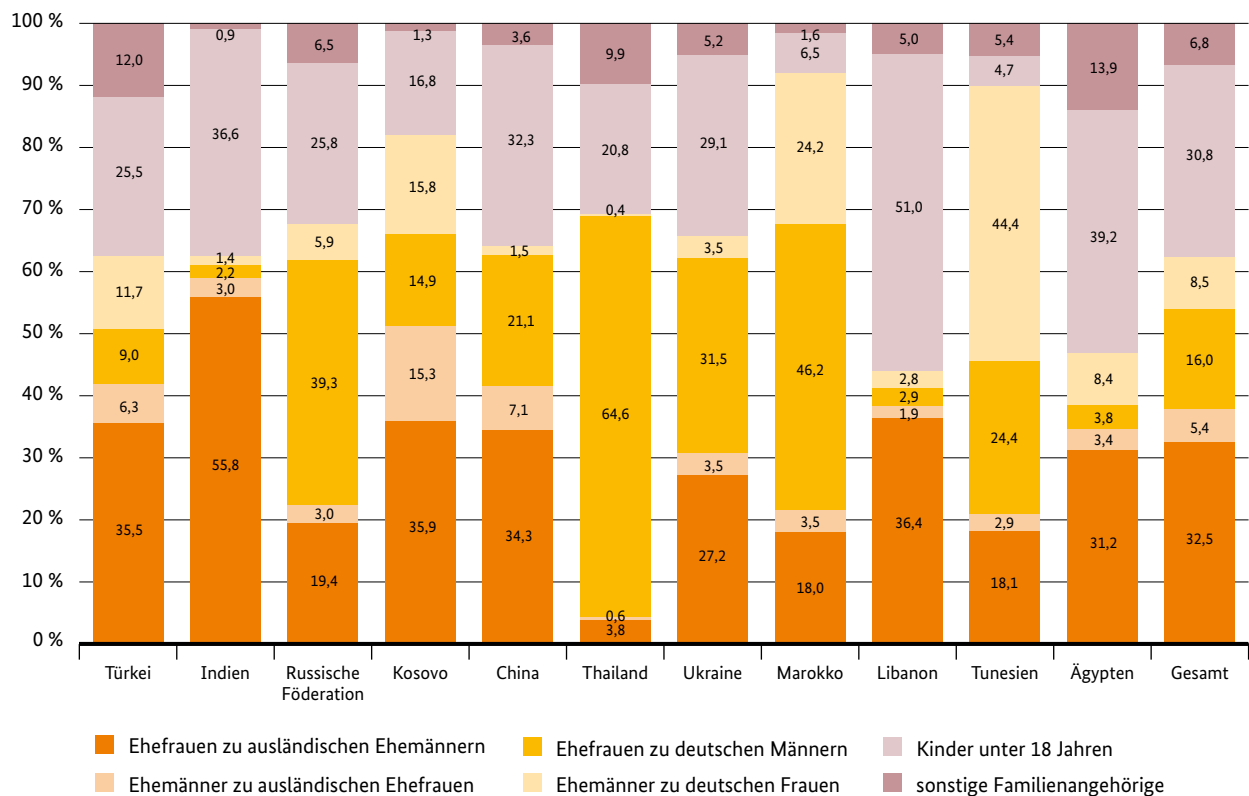
Abbildung 3-18: Erteilte Visa zum Zweck des Ehegatten- und Familiennachzugs nach Herkunftsländern im Jahr 2015

Gesamtzahl: 72.659



Quelle: Auswärtiges Amt

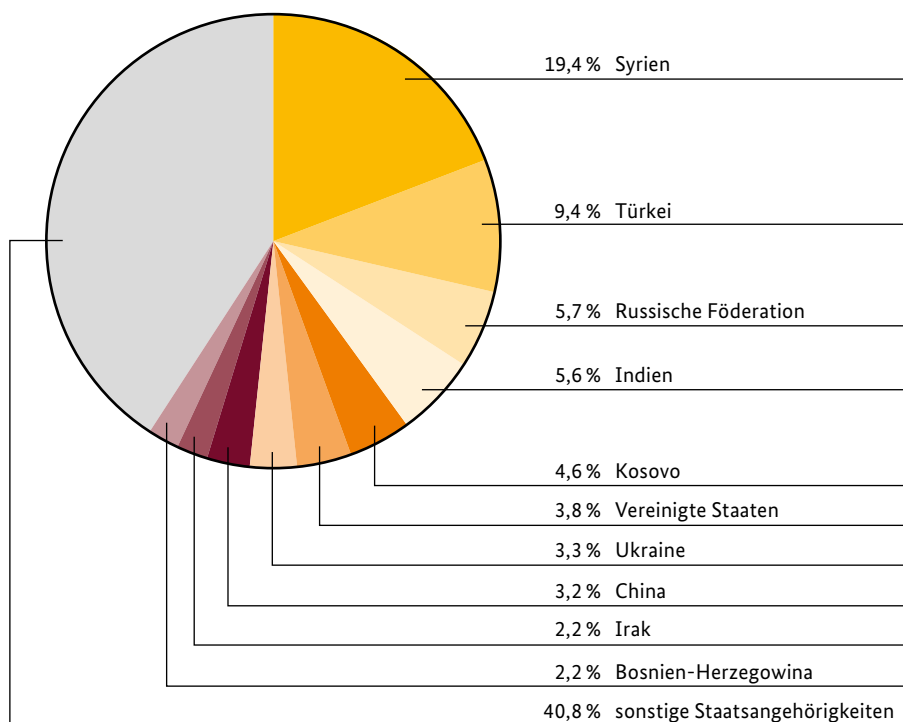
Abbildung 3-19: Erteilte Visa zum Zweck des Ehegatten- und Familiennachzugs nach Deutschland nach ausgewählten Herkunftsländern im Jahr 2015 in Prozent



Quelle: Auswärtiges Amt

Abbildung 3-20: Familiennachzug im Jahr 2015 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten

Gesamtzahl: 82.440



Quelle: Ausländerzentralregister

3.5.2 Ehegatten- und sonstiger Familiennachzug nach dem AZR

Auf Basis des AZR kann der erfolgte Ehegatten- und Familiennachzug nach Staatsangehörigkeit und Alter differenziert werden. Zudem sind über das AZR Informationen über den Nachzug weiterer Familienangehöriger (z. B. Eltern) möglich.¹⁵⁶

Aufgrund der unterschiedlichen Datenbasis sind die Zahlen aus der Visastatistik und aus dem AZR nur eingeschränkt miteinander vergleichbar.

Insgesamt wurden 82.440 Aufenthaltserlaubnisse aus familiären Gründen an Personen erteilt, die im Jahr 2015 eingereist sind (vgl. Tabelle 3-34). Diese Zahl ist höher als die Zahl der erteilten Visa in der Statistik des Auswärtigen Amtes (72.659 Visa im Jahr 2015). Dies liegt zum einen daran, dass Aufenthaltserlaubnisse aus familiären Gründen auch an Personen erteilt werden können, die zunächst zu einem anderen Zweck eingereist sind. Zum anderen wird im AZR auch der Nachzug von Staatsangehörigen erfasst, die visumfrei in das Bundesgebiet einreisen können.

¹⁵⁶ In der Visastatistik des Auswärtigen Amtes wird die Erteilung von Visa zum Zweck des Nachzugs sonstiger Familienangehöriger erst seit 2012 erfasst.

Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl der Aufenthaltserlaubnisse aus familiären Gründen (82.440), die an neueingereiste Personen erteilt wurden, um 29,5 % an (vgl. Tabelle 3-50 im Anhang).

Im Jahr 2015 wurden 35.319 Aufenthaltserlaubnisse an nachziehende Ehefrauen und damit 42,8 % aller Aufenthaltserlaubnisse aus familiären Gründen erteilt (vgl. Tabelle 3-34). Davon zogen 14.245 Frauen zu Deutschen und 21.074 zu Ausländern. Damit sind 2015 mehr Ehefrauen zu ausländischen Staatsangehörigen nachgezogen als zu Deutschen. Hier dürfte sich zum einen der Anstieg der Arbeitsmigration, zum anderen die gestiegene Asylzuwanderung widerspiegeln. Beide Formen der Zuwanderung sind im Jahr 2015 angestiegen und überproportional von männlicher Zuwanderung geprägt. Während jedoch Fachkräfte häufig im Familienverbund einreisen, reisen Asylbewerber zumeist ohne Familie nach Deutschland, so dass der Familiennachzug häufig eine Folgemigration der Asylanerkennung darstellt.

14,9 % der Aufenthaltserlaubnisse aus familiären Gründen wurden an nachziehende Ehemänner erteilt (12.248 Aufenthaltserlaubnisse). Der Großteil davon betraf den Nachzug zu Deutschen (8.524 Aufenthaltserlaubnisse).

Ein Drittel (33,9%) der Aufenthaltserlaubnisse wurden zum Zweck des Kindernachzugs erteilt (27.933 Aufenthaltserlaubnisse), davon 26.714 an Kinder, die zu Ausländern nachzogen. Damit stieg der Kindernachzug im Vergleich zum Vorjahr überproportional um 72,5% (2014: 16.191 nachziehende Kinder). Dies ist insbesondere auf den hohen Anteil nachziehender syrischer Kinder zurückzuführen. An einen nachziehenden Elternteil (§ 28 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 AufenthG und § 36 Abs. 1 AufenthG) gingen 6.178 Aufenthaltserlaubnisse (7,5%). Der Großteil hiervon betraf einen ausländischen sorgeberechtigten Elternteil eines deutschen minderjährigen ledigen Kindes (5.656 Aufenthaltserlaubnisse). An sonstige Familienangehörige wurden 762 Aufenthaltserlaubnisse erteilt (0,9%).

Nach Staatsangehörigkeit betrachtet wurden mit 15.956 Aufenthaltserlaubnissen die meisten Aufenthaltstitel aus familiären Gründen 2015 an syrische Staatsangehörige erteilt.

Dies entspricht einem Anteil von 19,4% (vgl. Abbildung 3-20) und gegenüber 2014 (3.025 Aufenthaltserlaubnisse) einer Steigerung um 427,5%. Damit hat Syrien die Türkei abgelöst, die jahrelang an der Spitze der Erteilung von Aufenthaltstitel aus familiären Gründen stand. Es handelt sich zum Großteil um den Nachzug zu anerkannten Asylbewerbern. Der Anteil nachziehender Kinder betrug 62,4%.

An türkische Staatsangehörige wurden 7.720 Aufenthaltserlaubnisse aus familiären Gründen erteilt (2014: 7.317 Aufenthaltserlaubnisse). Dies entspricht einem Anteil von 9,4%. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl der erteilten Aufenthaltserlaubnisse zum Zweck des Familiennachzugs um 5,5%.

Weitere Hauptherkunftsländer waren die Russische Föderation (5,7%), Indien (5,6%), der Kosovo (4,6%) und die Vereinigten Staaten (3,8%) (vgl. Karte 3-4).

Tabelle 3-34: Familiennachzug im Jahr 2015 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten

| Nachzug von | Ehefrauen zu Deutschen | Ehemännern zu Deutschen | Ehefrauen zu Ausländern | Ehemännern zu Ausländern | Kindern | Elternteil | sonstigen Familien- angehörigen | Familien- nachzug gesamt |
|---|------------------------------|-------------------------------|-------------------------------|--------------------------------|---------------|--------------|---------------------------------------|--------------------------------|
| Syrien | 128 | 57 | 4.648 | 397 | 9.962 | 385 | 379 | 15.956 |
| Türkei | 1.271 | 2.072 | 1.822 | 703 | 964 | 864 | 24 | 7.720 |
| Russische Föderation | 1.953 | 374 | 705 | 98 | 1.205 | 365 | 26 | 4.726 |
| Indien | 165 | 133 | 2.523 | 132 | 1.571 | 78 | 3 | 4.605 |
| Kosovo | 389 | 468 | 1.251 | 320 | 1.215 | 162 | 3 | 3.808 |
| Vereinigte Staaten | 382 | 624 | 693 | 161 | 954 | 272 | 12 | 3.098 |
| Ukraine | 1.072 | 174 | 525 | 73 | 701 | 135 | 13 | 2.693 |
| China | 612 | 45 | 874 | 167 | 787 | 141 | 9 | 2.635 |
| Irak | 157 | 63 | 396 | 59 | 821 | 195 | 109 | 1.800 |
| Bosnien-Herzegowina | 130 | 161 | 557 | 270 | 555 | 99 | 3 | 1.775 |
| Japan | 115 | 17 | 824 | 13 | 748 | 26 | 0 | 1.743 |
| Marokko | 696 | 442 | 225 | 45 | 125 | 138 | 1 | 1.672 |
| Serbien (inkl. ehem. Serbien und Montenegro) | 200 | 187 | 394 | 215 | 362 | 256 | 3 | 1.617 |
| Pakistan | 205 | 122 | 482 | 40 | 611 | 81 | 2 | 1.543 |
| Thailand | 939 | 54 | 32 | 10 | 274 | 123 | 5 | 1.437 |
| Brasilien | 409 | 151 | 345 | 51 | 324 | 144 | 8 | 1.432 |
| Mazedonien | 104 | 139 | 355 | 114 | 358 | 101 | 3 | 1.174 |
| Tunesien | 295 | 529 | 164 | 18 | 71 | 93 | 1 | 1.171 |
| Vietnam | 287 | 42 | 199 | 91 | 316 | 186 | 6 | 1.127 |
| Iran | 256 | 86 | 366 | 106 | 215 | 25 | 9 | 1.063 |
| Korea, Republik | 67 | 13 | 410 | 23 | 491 | 10 | 3 | 1.017 |
| Kasachstan | 394 | 159 | 29 | 6 | 292 | 88 | 9 | 977 |
| alle Staatsangehörigkeiten | 14.245 | 8.524 | 21.074 | 3.724 | 27.933 | 6.178 | 762 | 82.440 |

Quelle: Ausländerzentralregister

Karte 3-4: Familiennachzug im Jahr 2015

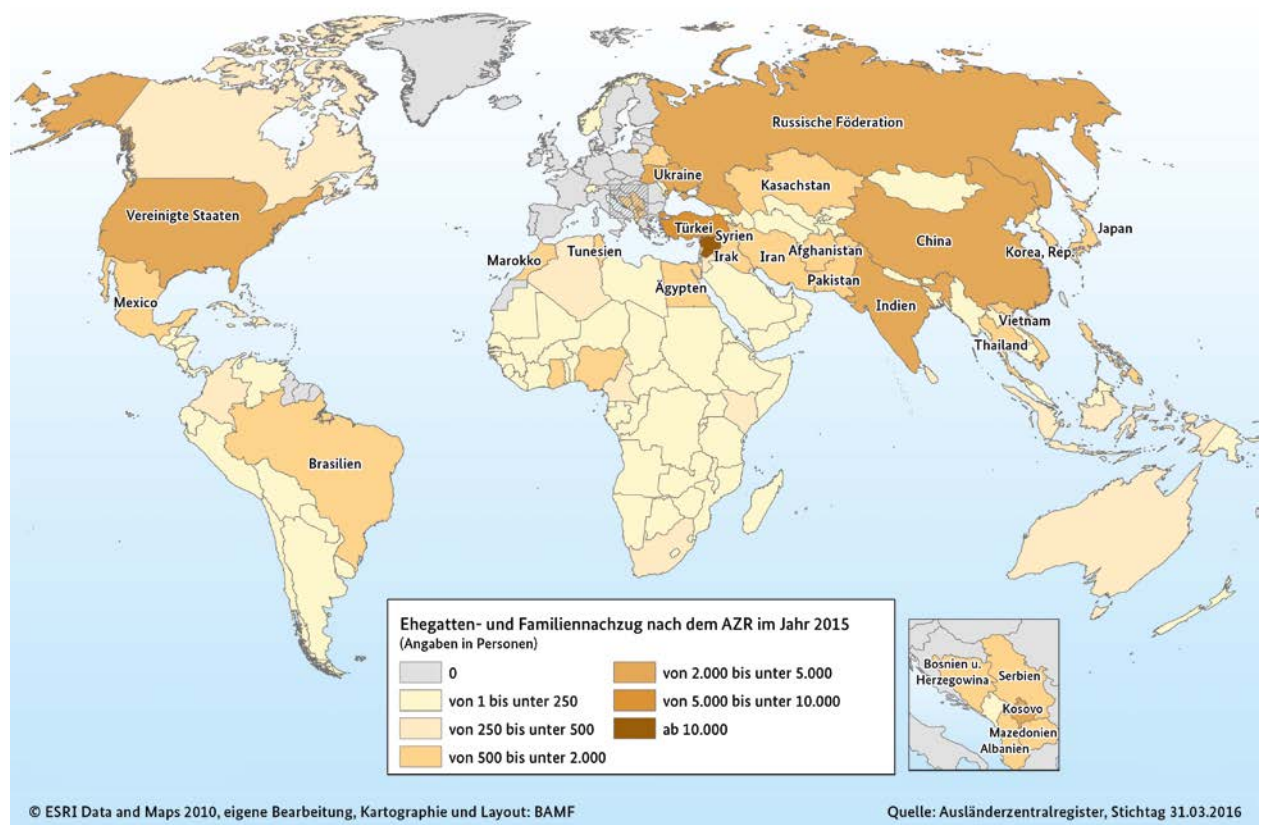
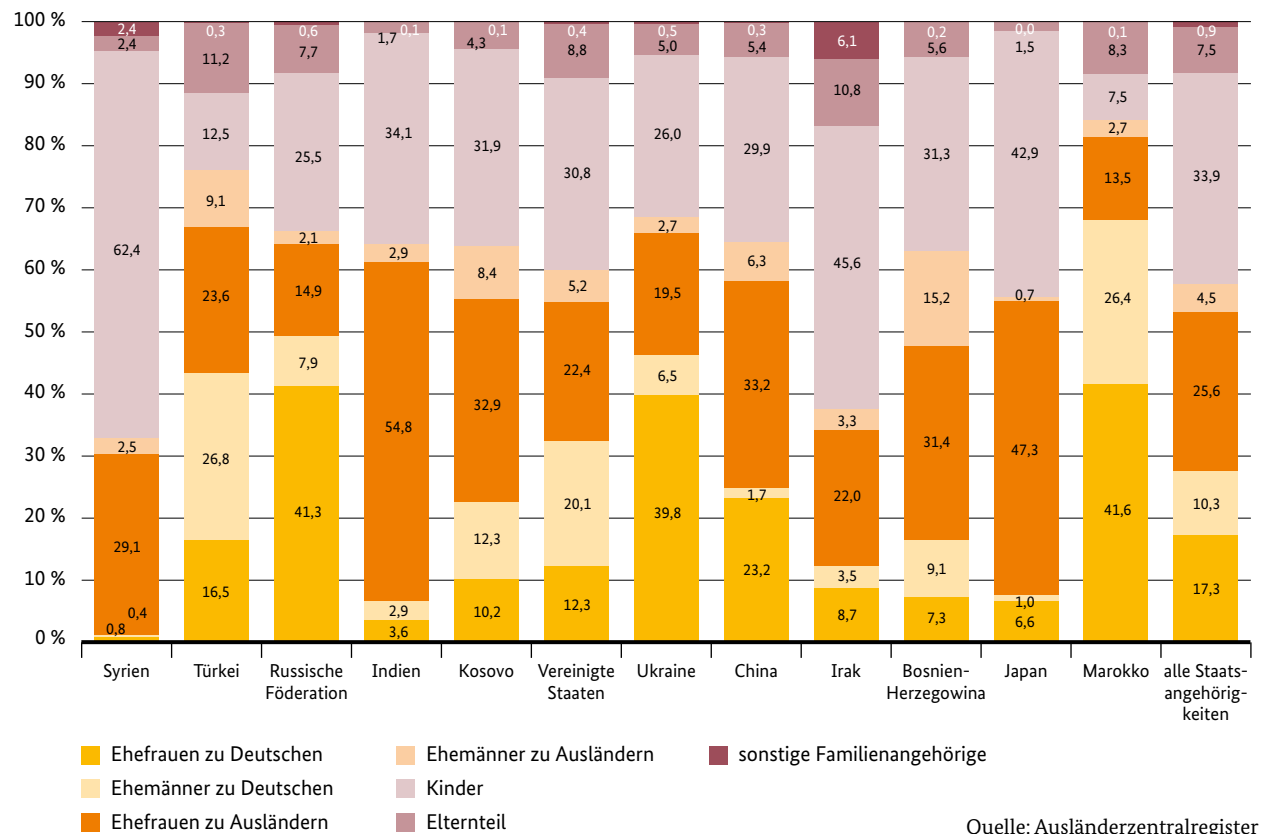


Abbildung 3-21: Familiennachzug im Jahr 2015 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten



Betrachtet man die Struktur des Familiennachzugs, so zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Staatsangehörigkeiten. Bei Staatsangehörigen aus der Russischen Föderation und der Ukraine dominiert der Ehegattennachzug zu Deutschen. Überproportional hoch ist der Nachzug von Ehegatten zu Deutschen auch bei Staatsangehörigen aus Marokko, wobei es sich hierbei zum Großteil um den Nachzug zu Eingebürgerten handeln dürfte. Bei Staatsangehörigen aus Thailand überwiegt die Heiratsmigration von Ehefrauen zu deutschen Männern, bei Staatsangehörigen aus Indien und Japan von Ehefrauen zu Ausländern. Zudem ist der Familiennachzug aus Syrien, Japan, Pakistan und Indien durch einen hohen Anteil nachziehender Kinder gekennzeichnet.

Hinsichtlich des Nachzugs von Drittstaatsangehörigen zu nicht-deutschen Unions- bzw. EWR-Bürgern (§ 5 Abs. 2 FreizügG/EU) in Deutschland sind im Jahr 2015 10.371 Personen ins Bundesgebiet eingereist, denen eine Aufenthaltskarte nach § 5 Abs. 2 FreizügG/EU ausgestellt wurde

(2014: 8.150 Staatsangehörige). Damit stieg der Zuzug dieser Personengruppe um 27,3 % gegenüber 2014. Darunter befanden sich 1.498 Staatsangehörige aus Mazedonien, 1.169 aus Serbien (inkl. ehem. Serbien und Montenegro), 906 aus Bosnien-Herzegowina, 730 aus Marokko, 580 aus Moldau, 560 aus Albanien, 412 aus Kosovo und 393 aus Brasilien. Zum Ende des Jahres 2015 hatten insgesamt 39.217 drittstaatsangehörige Familienangehörige von Unionsbürgern eine Aufenthaltskarte inne (2014: 30.427).

Sprachprüfungen im Herkunftsland

Seit Einführung des Sprachnachweises beim Ehegattennachzug (§ 30 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 und § 28 Abs. 1 S. 5 AufenthG) müssen Antragsteller in der Regel an einer Sprachprüfung im Herkunftsland teilnehmen. Die erfolgreiche Teilnahme an der Sprachprüfung durch den Nachweis einfacher deutscher Sprachkenntnisse ist grundsätzlich Voraussetzung für die Erteilung eines Visums zum Zwecke des Familiennachzugs.

Tabelle 3-35: Sprachprüfung „Start Deutsch 1“ des Goethe-Instituts und Bestehensquoten im Rahmen des Ehegattennachzugs in den 15 Hauptherkunftsländern 2015

| Herkunftsland | Gesamtzahlen (intern und extern) | | Interne Prüfungen | Externe Prüfungen | |
|-------------------------|-------------------------------------|------------------------|-------------------|------------------------|--|
| | Prüfungen absolut | Bestehensquote in % | | Bestehensquote in % | Anteil externer Prüfungen an Gesamtzahl in % |
| Türkei | 7.302 | 68 | 89 | 66 | 91 |
| Kosovo ¹ | 4.572 | 63 | - | 63 | 100 |
| Thailand | 2.211 | 71 | 80 | 67 | 67 |
| Vietnam | 1.883 | 62 | 62 | 61 | 75 |
| Tunesien | 1.496 | 69 | 80 | 68 | 96 |
| Russische Föderation | 1.434 | 80 | 84 | 77 | 60 |
| Ukraine | 1.323 | 83 | 87 | 83 | 91 |
| Iran | 1.271 | 65 | 76 | 63 | 92 |
| Marokko | 1.246 | 76 | 92 | 74 | 92 |
| Indien | 1.238 | 81 | 88 | 68 | 33 |
| China | 1.016 | 82 | 81 | 82 | 67 |
| Mazedonien ² | 859 | 59 | 79 | 57 | 93 |
| Bosnien-Herzegowina | 814 | 80 | 88 | 79 | 84 |
| Serbien | 772 | 70 | 89 | 69 | 95 |
| Kasachstan | 385 | 72 | 76 | 68 | 47 |
| Insgesamt | 39.029 | 69 | 76 | 67 | 79 |

Quelle: Goethe-Institut 2016

- 1) Da im Kosovo kein Goethe-Institut existiert, gibt es keine internen Prüfungsanmeldungen. Deutschkurse werden im Kosovo z.B. durch das Sprachlernzentrum Priština, das ein Kooperationspartner des Goethe-Instituts ist, angeboten. Die Durchführung der „Start Deutsch 1“-Prüfung wird durch Mitarbeiter des Goethe-Instituts Thessaloniki organisiert und überwacht. Die Beaufsichtigung der schriftlichen und mündlichen Prüfungsteile erfolgt durch anreisende Mitarbeiter des Goethe-Instituts Thessaloniki.
- 2) Prüfungen werden durch Prüfungskooperationspartner durchgeführt.

Im Jahr 2015 haben weltweit insgesamt 39.029 Drittstaatsangehörige an der Sprachprüfung „Start Deutsch 1“ des Goethe-Instituts teilgenommen.¹⁵⁷ Im Vergleich zum Vorjahr ist dies ein leichter Anstieg um 0,9% (2014: 38.664). Die Bestehensquote¹⁵⁸ bei Personen, die zuvor einen Sprachkurs des Goethe-Instituts besucht haben (interne Prüfungsteilnehmer), betrug 76%; bei externen Prüfungsteilnehmern lag die Bestehensquote bei 67%.¹⁵⁹ Insgesamt lag die Bestehensquote bei den Sprachprüfungen „Start Deutsch 1“ im Jahr 2014 bei 69% und war damit geringfügig höher als im Vorjahr (2014: 68%). Dabei wurden je nach Herkunftsland unterschiedliche Bestehensquoten registriert. Betrachtet man die Hauptherkunftsländer des Ehegattennachzugs, so waren relativ hohe Bestehensquoten in der Ukraine (83%; interne Prüfungsteilnehmer: 87%, externe Prüfungsteilnehmer: 83%), in China (82%; interne Prüfungsteilnehmer: 81%, externe Prüfungsteilnehmer: 82%) und in Indien (81%; interne Prüfungsteilnehmer: 88%, externe Prüfungsteilnehmer: 68%) zu verzeichnen. Die niedrigste Bestehensquote unter den 15 Hauptherkunftsländern hat Mazedonien (59%; interne Prüfungsteilnehmer: 79%, externe Prüfungsteilnehmer: 57%). Die Bestehensquote in der Türkei betrug 68% (interne Prüfungsteilnehmer: 89%, externe Prüfungsteilnehmer: 66%)¹⁶⁰ (vgl. Tabelle 3-35).

3.6 Einreise und Aufenthalt aus sonstigen Gründen

Neben den in den vorangehenden Kapiteln dargestellten Zuwanderergruppen gibt es im Aufenthaltsgesetz noch weitere rechtliche Möglichkeiten der Einreise und des Aufenthalts von Drittstaatsangehörigen. Dies sind nicht von einem bestimmten Aufenthaltswitz, sondern von bestimmten Voraussetzungen abhängige Aufenthaltsrechte. Dabei handelt es sich um das Recht auf Wiederkehr von Ausländern (§ 37 AufenthG) und ehemaligen Deutschen (§ 38 AufenthG) sowie um die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis in begründeten Fällen. Zudem wird einem Ausländer, der in einem anderen Mitgliedstaat der EU langfristig aufenthaltsberechtigt ist, eine Aufenthaltserlaubnis

erteilt, wenn er sich länger als 90 Tage im Bundesgebiet aufhalten will (§ 38a Abs. 1 AufenthG).¹⁶¹

Gemäß § 37 Abs. 1 AufenthG ist einem Ausländer, der als Minderjähriger rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Bundesgebiet hatte, eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen, wenn er sich vor seiner Ausreise acht Jahre rechtmäßig in Deutschland aufgehalten und sechs Jahre die Schule besucht hat. Zudem muss die Sicherung des Lebensunterhalts gewährleistet sein. Der Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis muss nach Vollendung des 15. und vor Vollendung des 21. Lebensjahres und vor Ablauf von fünf Jahren seit der Ausreise gestellt werden. Nach § 37 Abs. 2 AufenthG kann von der Voraussetzung der Dauer des rechtmäßigen Aufenthaltes und des Schulbesuchs sowie dem Zeitfenster zur Antragstellung zur Vermeidung besonderer Härten abgesehen werden.

Nach § 37 Abs. 2a S. 1 AufenthG kann Opfern von Zwangsverheiratungen, die als Minderjährige in Deutschland aufhältig waren, eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, wenn sie von der Rückkehr nach Deutschland abgehalten wurden, den Antrag innerhalb von drei Monaten nach Wegfall der Zwangslage und vor Ablauf von fünf Jahren seit ihrer Ausreise stellen und gewährleistet erscheint, dass sie sich aufgrund der bisherigen Ausbildung und Lebensverhältnisse in die deutschen Lebensverhältnisse (wieder) einfügen können. Ein noch weiter gehendes Wiederkehrrecht wird durch § 37 Abs. 2a S. 2 AufenthG denjenigen Opfern von Zwangsverheiratungen gewährt, die sich vor ihrer Ausreise bereits mindestens acht Jahre rechtmäßig in Deutschland aufhielten und sechs Jahre die Schule besuchten. Opfer von Zwangsverheiratungen, die unter diese Personengruppe fallen, können den Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis noch bis zu zehn Jahre nach Ausreise stellen.¹⁶²

Einem Rentner, der in sein Herkunftsland zurückgekehrt war, wird in der Regel eine Aufenthaltserlaubnis erteilt, wenn er sich vor seiner Ausreise acht Jahre rechtmäßig im Bundesgebiet aufgehalten hat (§ 37 Abs. 5 AufenthG).

Gemäß § 38 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG ist einem ehemaligen Deutschen eine Niederlassungserlaubnis zu erteilen, wenn er sich bei Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit seit mindestens fünf Jahren in Deutschland aufhielt. Ansonsten ist einem ehemaligen Deutschen eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen, wenn er bei Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit seit mindestens einem Jahr seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Bundesgebiet hatte (§ 38 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG).

¹⁶¹ Vgl. Müller 2013.

¹⁶² In den Jahren 2011 bis 2015 sind keine Personen auf der Grundlage dieser Wiederkehrrechte eingereist.

¹⁵⁷ Daten lt. Mitteilung des Goethe-Instituts vom 11. August 2016.

¹⁵⁸ Die Bestehensquote bezieht sich auf alle abgelegten Sprachprüfungen (Erst- und Wiederholungsprüfungen).

¹⁵⁹ Dabei lag der Anteil externer Prüfungsteilnehmer an allen Prüfungsteilnehmern bei 79%.

¹⁶⁰ Eine Befragung von Teilnehmern von Vorbereitungs-Sprachkursen an den Goethe-Instituten in der Türkei hat ergeben, dass die Mehrheit der Befragten der Angebote zur vorintegrativen Sprachförderung als notwendig erachtet und positiv bewertet. So stimmten 87% der Aussage zu, dass alle Menschen bereits vor der Einreise in das Land, in dem sie künftig leben werden, im Herkunftsland Sprachkenntnisse erwerben sollten. Vgl. Döhla 2015: 329ff.

Tabelle 3-36: Aus sonstigen Gründen in den Jahren 2014 und 2015 zugewanderte Personen nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten

| Staatsangehörigkeit | Aufenthaltserlaubnis | | | | | | | | Niederlassungs- erlaubnis für ehemalige Deutsche (§ 38 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG) | | Sonstige Gründe insgesamt | |
|----------------------|---|-------|--|------|--|------|---|------|--|------|------------------------------|-------|
| | für sonstige begründete Fälle (§ 7 Abs. 1 S. 3 AufenthG) | | für die Wiederkehr junger Ausländer (§ 37 Abs. 1 AufenthG) | | für die Wiederkehr von Rentnern (§ 37 Abs. 5 AufenthG) | | für ehemalige Deutsche (§ 38 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 2 und 5 AufenthG) | | | | | |
| | 2014 | 2015 | 2014 | 2015 | 2014 | 2015 | 2014 | 2015 | 2014 | 2015 | 2014 | 2015 |
| Vereinigte Staaten | 735 | 795 | 2 | 2 | 6 | 3 | 43 | 58 | 7 | 8 | 793 | 866 |
| Kuwait | 84 | 262 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 84 | 262 |
| Saudi-Arabien | 153 | 203 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 153 | 203 |
| Türkei | 64 | 66 | 3 | 4 | 30 | 17 | 16 | 10 | 116 | 81 | 229 | 178 |
| Russische Föderation | 124 | 125 | 1 | 1 | 0 | 1 | 0 | 2 | 1 | 1 | 126 | 130 |
| Brasilien | 136 | 115 | 3 | 3 | 0 | 0 | 0 | 2 | 0 | 0 | 139 | 120 |
| Kanada | 117 | 97 | 1 | 0 | 2 | 0 | 22 | 16 | 1 | 0 | 143 | 113 |
| Japan | 99 | 104 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 | 100 | 104 |
| Australien | 98 | 71 | 0 | 0 | 1 | 0 | 18 | 18 | 1 | 2 | 118 | 91 |
| China | 99 | 58 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 0 | 1 | 0 | 101 | 58 |
| Thailand | 107 | 49 | 2 | 1 | 1 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 110 | 51 |
| Insgesamt | 3.180 | 3.089 | 18 | 17 | 49 | 29 | 117 | 123 | 136 | 93 | 3.500 | 3.351 |

Quelle: Ausländerzentralregister

Tabelle 3-37: Zuwanderung von in anderen Mitgliedstaaten der EU langfristig Aufenthaltsberechtigten 2010 bis 2015

| Staatsangehörigkeit | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 |
|---|------------|------------|--------------|--------------|--------------|--------------|
| Kosovo | 30 | 155 | 452 | 962 | 1.148 | 1.030 |
| Albanien | 14 | 30 | 84 | 152 | 333 | 611 |
| Vietnam | 3 | 23 | 29 | 132 | 348 | 469 |
| Mazedonien | 16 | 45 | 154 | 290 | 469 | 467 |
| Pakistan | 50 | 61 | 118 | 179 | 347 | 450 |
| Indien | 41 | 44 | 99 | 175 | 270 | 414 |
| Bosnien-Herzegowina | 9 | 37 | 88 | 280 | 333 | 292 |
| Marokko | 30 | 54 | 68 | 125 | 197 | 278 |
| Bangladesch | 0 | 16 | 17 | 50 | 70 | 147 |
| China | 11 | 29 | 55 | 106 | 104 | 114 |
| Ghana | 14 | 48 | 65 | 80 | 129 | 111 |
| Nigeria | 14 | 28 | 44 | 58 | 78 | 106 |
| Serbien (inkl. ehem. Serbien und Montenegro) | 5 | 28 | 51 | 59 | 87 | 97 |
| Insgesamt | 305 | 734 | 1.578 | 2.995 | 4.412 | 5.230 |

Quelle: Ausländerzentralregister

Zudem kann einem Ausländer in begründeten Fällen eine Aufenthaltserlaubnis für einen nicht im Aufenthaltsgesetz vorgesehenen Aufenthaltszweck erteilt werden (§ 7 Abs. 1 S. 3 AufenthG).

Im Jahr 2015 sind 3.089 Personen aus sonstigen begründeten Fällen (§ 7 Abs. 1 S. 3 AufenthG) nach Deutschland zugewandert (2013: 3.180 Personen). Damit sank die Zuwanderung aus sonstigen begründeten Fällen im Vergleich zum Vorjahr leicht um 2,9%. Dabei wurden die meisten Aufenthaltserlaubnisse an Staatsangehörige aus den Vereinigten Staaten (795) erteilt (vgl. Tabelle 3-36).

An ehemalige Deutsche wurden 216 Aufenthaltstitel (123 Aufenthalts- und 93 Niederlassungserlaubnisse) erteilt (2014: 253 Aufenthaltstitel), 42,1% davon an türkische Staatsangehörige. An wiederkehrende junge Ausländer wurden 17, an wiederkehrende Rentner 29 Aufenthaltserlaubnisse erteilt.

Im Jahr 2015 sind insgesamt 5.230 Drittstaatsangehörige, die in einem anderen EU-Mitgliedstaat langfristig aufenthaltsberechtigt sind (§ 38a Abs. 1 AufenthG), zugewandert. Dies ist ein Anstieg um 18,5% im Vergleich zum Vorjahr (2014: 4.412 Drittstaatsangehörige). Die meisten Aufenthaltserlaubnisse wurden an Staatsangehörige aus dem Kosovo (1.030), Albanien (611), Vietnam (469) und Mazedonien (467) erteilt. Zum 31. Dezember 2015 hatten insgesamt 15.104 Personen eine Aufenthaltserlaubnis nach § 38a AufenthG inne (Ende 2014: 9.925).

3.7 Spätaussiedler

3.7.1 Gesetzliche Grundlagen und Verfahren

Spätaussiedler sind nach § 4 des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG)¹⁶³ in der Regel deutsche Volkszugehörige, die unter einem Kriegsfolgenschicksal gelitten haben, die im BVFG benannten Aussiedlungsgebiete nach dem 31. Dezember 1992 im Wege des Aufnahmeverfahrens verlassen und innerhalb von sechs Monaten ihren ständigen Aufenthalt im Bundesgebiet genommen haben.

Die Voraussetzung der deutschen Volkszugehörigkeit ist bei einer vor dem 31. Dezember 1923 geborenen antragstellenden Person erfüllt, wenn sie sich in ihrer Heimat zum deutschen Volkstum bekannt hat und dieses Bekenntnis durch bestimmte Merkmale wie Abstammung, (deutsche) Sprache, Erziehung, Kultur bestätigt wird (§ 6 Abs. 1 BVFG).

Für nach dem 31. Dezember 1923 Geborene gilt § 6 Abs. 2 BVFG. Danach ist deutscher Volkszugehöriger, wer von einem deutschen Staatsangehörigen oder deutschen Volkszugehörigen abstammt, sich bis zum Verlassen der Aussiedlungsgebiete zum deutschen Volkstum bekannt und sein Bekenntnis grundsätzlich durch die Fähigkeit, ein einfaches Gespräch auf Deutsch führen zu können, bestätigt hat, oder nach dem Recht des Herkunftsstaates zur deutschen Nationalität gehört hat. Ein Bekenntnis zum deutschen Volkstum kann durch eine entsprechende Nationalitätenerklärung oder „auf andere Weise“ erfolgen, d. h. insbesondere durch den Nachweis ausreichender deutscher Sprachkenntnisse entsprechend dem Niveau B1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen (GER) oder durch den Nachweis familiär vermittelter Deutschkenntnisse.

Mit dem Aussiedleraufnahmegesetz vom 28. Juni 1990¹⁶⁴ wurde ein förmliches Aufnahmeverfahren eingeführt.¹⁶⁵ Seither ist eine Zuwanderung nach dem Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (BVFG) grundsätzlich nur noch möglich, wenn bereits vor dem Verlassen des Herkunftsgebietes das Vorliegen der gesetzlichen Aufnahmevoraussetzungen durch das Bundesverwaltungsamt vorläufig überprüft und durch Erteilung eines Aufnahmebescheides bejaht worden ist. Auf der Grundlage des Aufnahmebescheides wird dann ein Visum zur Einreise in das Bundesgebiet erteilt. Nach dem Spätaussiedler in dem ihnen zugewiesenen Bundesland Wohnsitz genommen haben, stellt das Bundesverwaltungsamt zum Nachweis der Spätaussiedlereigenschaft eine Bescheinigung aus (§ 15 Abs. 1 BVFG).

Durch das Kriegsfolgenbereinigungsgesetz (KfbG) vom 21. Dezember 1992¹⁶⁶ wurden die Aufnahmevoraussetzungen grundlegend neu geregelt. Die bisherige Rechtsfigur des „Aussiedlers“ nach § 1 Abs. 2 Nr. 3 BVFG wurde mit Wirkung zum 1. Januar 1993 durch den neu geschaffenen Tatbestand des „Spätaussiedlers“ (§ 4 BVFG) abgelöst. Zudem wurde im Jahr 2007 das Aufnahmeverfahren weiter vereinfacht. Seither ist ausschließlich das Bundesverwaltungsamt zuständig. Die zusätzliche Prüfung durch die Länder ist entfallen.

Einbeziehung von Ehegatten und Nachkommen

Erfüllen Bewerber alle Aufnahmevoraussetzungen für einen Spätaussiedlerstatus, wird ihnen ein Aufnahmebescheid erteilt. Auf Antrag können ihre Ehegatten und

¹⁶³ Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge.

¹⁶⁴ BGBl. 1990 Teil I Nr. 32: 1247.

¹⁶⁵ Zu den rechtlichen Grundlagen der Spätaussiedleraufnahme vgl. auch Worbs et al. 2013: 13 ff. sowie BMI 2011: 138–147.

¹⁶⁶ BGBl. 1992 Teil I Nr. 58: 2094.

Nachkommen (Abkömmlinge) bei Vorliegen der Voraussetzungen nach § 27 Abs. 2 S. 1 BVFG zum Zwecke der gemeinsamen Aussiedlung in den Aufnahmebescheid einbezogen werden. Eine Einbeziehung ist nur möglich, wenn der Spätaussiedlerbewerber sie selbst ausdrücklich beantragt. Ehegatten können nur noch einbezogen werden, wenn die Ehe seit mindestens drei Jahren besteht. Zudem müssen Ehegatten und auch sämtliche volljährige Nachkommen Grundkenntnisse der deutschen Sprache besitzen.

Mit dem am 14. September 2013 in Kraft getretenen Zehnten Gesetz zur Änderung des BVFG wurde die Zusammenführung von Spätaussiedlerfamilien erheblich erleichtert. So ist das Erfordernis der gemeinsamen Aussiedlung entfallen, d. h. Ehegatten und Nachkommen können zu einem beliebigen Zeitpunkt nachträglich in den Aufnahmebescheid eines Spätaussiedlers einbezogen werden und nach Deutschland aussiedeln. Die Pflicht zum Nachweis von Grundkenntnissen der deutschen Sprache gilt nunmehr nur noch für den Ehegatten des Spätaussiedlers und seinen erwachsenen Nachkommen, nicht für Minderjährige. Von der Pflicht zum Sprachnachweis befreit sind fortan auch Personen die wegen einer körperlichen, geistigen und seelischen Krankheit oder wegen einer Behinderung im Sinne des § 2 Abs. 1 S. 1 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch keine Grundkenntnisse der deutschen Sprache erwerben können (§ 27 Abs. 2 S. 5 BVFG), was bisher nur für Personen mit Behinderungen galt.

Die sonstigen nichtdeutschen Familienangehörigen (z. B. Schwieger- und Stiefkinder des Spätaussiedlers) sowie die Ehegatten und Nachkommen von Spätaussiedlerbewerbern, die die Einbeziehungsvoraussetzungen nicht erfüllen, können nur nach Maßgabe des im Aufenthaltsgesetz geregelten Familiennachzugs zu Deutschen einreisen.¹⁶⁷ Nach ihrer Einreise sind Spätaussiedler und ihre in den Aufnahmebescheid einbezogenen Ehegatten oder Nachkommen gemäß § 8 Abs. 1 S. 4 BVFG verpflichtet, sich in einer Erstaufnahmeeinrichtung des Bundes registrieren zu lassen. Vom Bundesverwaltungsamt werden die neu einreisenden Personen dann nach dem sogenannten „Königsteiner Schlüssel“ auf die Bundesländer verteilt (§ 8 BVFG).

¹⁶⁷ Den Familiennachzugsberechtigten wird zum Zweck der gemeinsamen Ausreise mit dem Spätaussiedler ein auf 90 Tage befristetes nationales Visum ausgestellt, das nach der Aufnahme im Bundesgebiet in eine Aufenthaltserlaubnis zum Familiennachzug umgewandelt wird (§ 39 Nr. 1 AufenthV). Zum Zeitpunkt ihrer Einreise sind Inhaber von Aufnahme- und Einbeziehungsbescheiden in der Regel noch keine deutschen Staatsangehörigen. Deshalb ist nach § 4 Abs. 1 S. 1 AufenthG (auch für sie) die Erteilung eines Aufenthaltstitels vor der Einreise erforderlich.

Bescheinigungsverfahren und Erwerb der Staatsangehörigkeit

Das vom Bundesverwaltungsamt durchgeführte Bescheinigungsverfahren dient dem Nachweis der Spätaussiedlereigenschaft und der endgültigen Feststellung des Status des Spätaussiedlers nach Art. 116 Abs. 1 GG (§ 15 Abs. 1 BVFG). Dem Ehegatten oder Nachkommen wird die Bescheinigung zum Nachweis des Status nach Art. 116 Abs. 1 GG sowie der Leistungsberechtigung nach § 7 Abs. 2 BVFG ausgestellt (§ 15 Abs. 2 BVFG).

Mit Ausstellung der Bescheinigung erwerben der Spätaussiedler und der in den Aufnahmebescheid einbezogene Familienangehörige kraft Gesetzes, also automatisch, die deutsche Staatsangehörigkeit (§ 7 des Staatsangehörigkeitsgesetzes – StAG).

Ehegatten und Nachkommen, die die Einbeziehungsvoraussetzungen nicht erfüllen, sowie andere Verwandte (z. B. Schwiegerkinder des Spätaussiedlers) behalten die ausländische Staatsangehörigkeit bei. Sie können die deutsche Staatsangehörigkeit nur auf Antrag im Wege der Einbürgerung erwerben, wenn sie die hierfür maßgeblichen Voraussetzungen nach den allgemeinen Einbürgerungsvorschriften erfüllen (vgl. dazu Kap. 7.5).

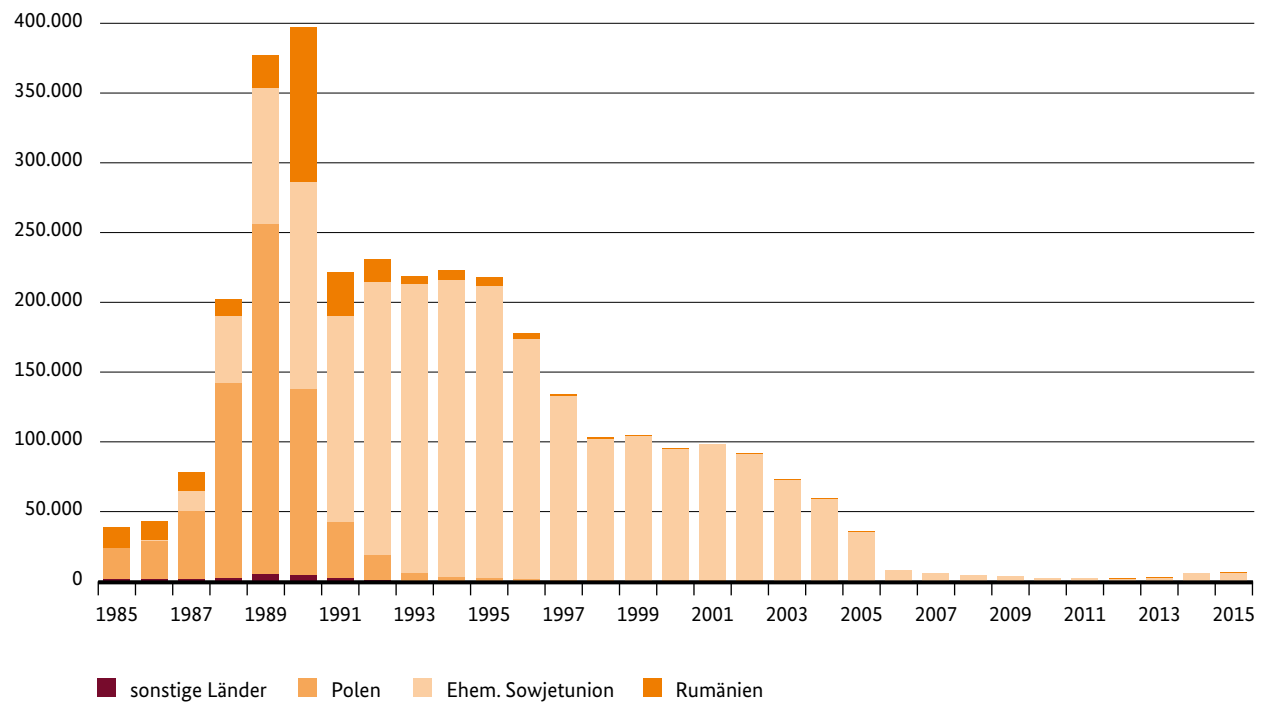
3.7.2 Entwicklung der (Spät-)Aussiedlerzuwanderung

Die statistische Erfassung der Spätaussiedleraufnahme findet personenbezogen beim Bundesverwaltungsamt in Köln statt. Im Zeitraum von 1990 bis 2015 wanderten über zweieinhalb Millionen Menschen im Rahmen des (Spät-)Aussiedlerzuzugs nach Deutschland ein (2.523.961). Es ist davon auszugehen, dass die überwiegende Mehrheit von ihnen dauerhaft in Deutschland verbleibt.¹⁶⁸

Nachdem die Zuwanderung von Personen, die entweder als Aussiedler oder Spätaussiedler einschließlich ihrer Familienangehörigen nach Deutschland kamen, im Jahr 1990 ihren Höhepunkt erreicht hatte (397.073), sind die Zuzugszahlen stetig zurückgegangen. Die Zuzugszahl im Jahr 2012 betrug nur noch 1.817 Personen (vgl. Abbildung 3-22 und Abbildung 3-23, Tabelle 3-51 im Anhang). Damit wurde 2012 der niedrigste (Spät-)Aussiedlerzuzug seit Beginn der Aussiedleraufnahme im Jahr 1950 registriert. In den beiden Folgejahren konnte jeweils wieder ein Anstieg des Spätaussiedlerzuzugs verzeichnet werden. Im Jahr 2015 wurden 6.118 Personen als Spätaussiedler registriert.

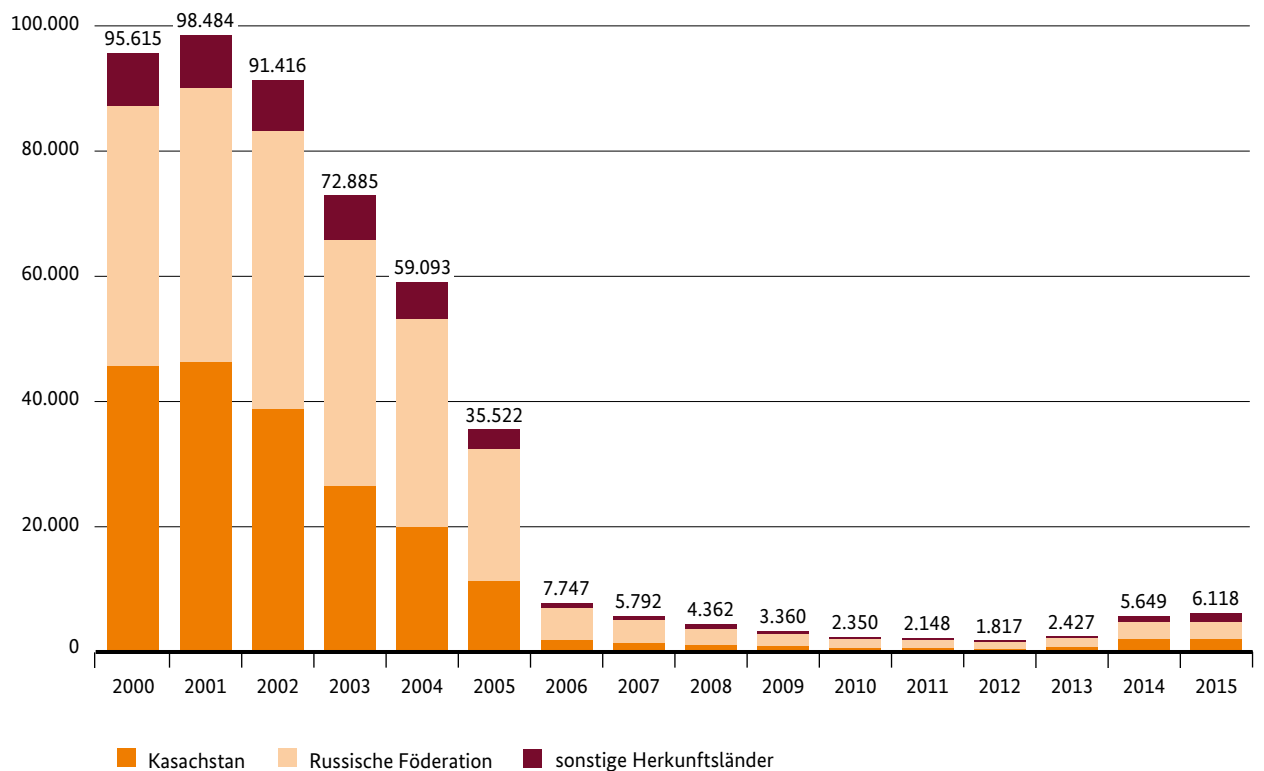
¹⁶⁸ Vgl. Worbs et al. 2013: 17 ff.

Abbildung 3-22: Zuzug von (Spät-)Aussiedlern und ihren Familienangehörigen nach Deutschland nach Herkunftsländern von 1985 bis 2015



Quelle: Bundesverwaltungsamt

Abbildung 3-23: Zuzug von Spätaussiedlern und ihren Familienangehörigen nach Deutschland von 2000 bis 2015



Quelle: Bundesverwaltungsamt

Dies entspricht einer Steigerung im Vergleich zum Vorjahr (2014: 5.649 Personen) um 8,3%.

Zwischen 1999 und 2011 sank die Anzahl der neu gestellten Aufnahmeanträge nahezu kontinuierlich. 1999 lag die Zahl der Anträge noch bei etwa 117.000, während im Jahr 2011 nur mehr 6.337 Aufnahmeanträge gestellt wurden. Bis 2014 wurden wieder mehr Anträge verzeichnet. Im Jahr 2015 wurden mit 18.011 Anträgen 40,0% weniger Anträge gestellt als im Vorjahr (2014: 30.009 Anträge). Insgesamt wurden im Zeitraum von 1990 bis 2015 etwa 2,8 Millionen Aufnahmeanträge gestellt.¹⁶⁹

Herkunftsländer

Die Abbildung 3-22 zeigt, dass sich nicht nur die Größenordnung, sondern auch die Zusammensetzung des (Spät-) Aussiedlerzuzugs nach Herkunftsgebieten seit Beginn der 1990er Jahre stark verändert hat. Kamen im Jahr 1990 noch 133.872 Aussiedler aus Polen und 111.150 aus Rumänien, so zogen im Jahr 2015 nur noch 13 bzw. 7 Spätaussiedler aus diesen Ländern nach Deutschland (vgl. Tabelle 3-51 im Anhang). Der Rückgang der Zuzugszahlen aus diesen Staaten ist insbesondere auf das Inkrafttreten des Kriegsfolgen-

¹⁶⁹ Ein Aufnahmebescheid ist unbefristet gültig und berechtigt zur Einreise zu einem beliebigen Zeitpunkt. Es ist nicht bekannt, wie viele Antragsteller mit einem positiven Bescheid noch in den Herkunftsländern leben.

bereinigungsgesetzes (KfbG) am 1. Januar 1993 und das dadurch eingeführte Erfordernis der Glaubhaftmachung eines Kriegsfolgenschicksals zurückzuführen.¹⁷⁰

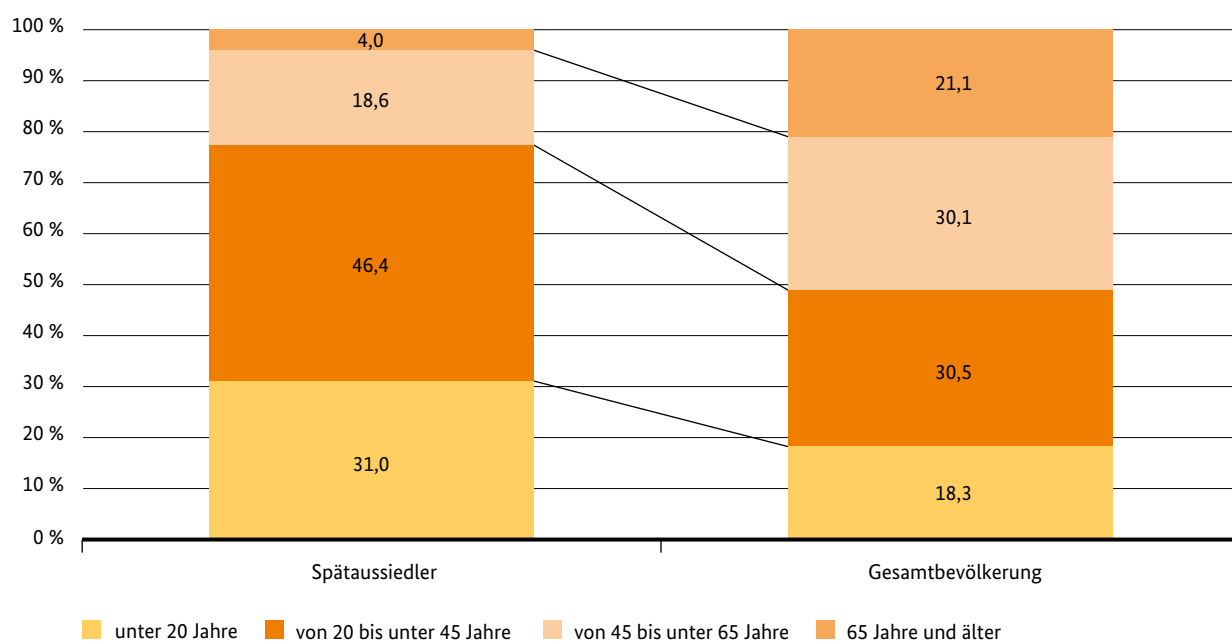
Seit 1990 stellen Personen aus der ehemaligen Sowjetunion die zahlenmäßig stärkste Gruppe dar. Inzwischen kommen Spätaussiedler mit ihren Angehörigen fast ausschließlich von dort. Im Jahr 2015 zogen 6.096 Personen aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland (2014: 5.613). Ihr Anteil am gesamten Spätaussiedlerzuzug liegt seit Jahren bei etwa 98%, 2015 sogar bei 99%. Hierbei sind die größten Herkunftsländer im Jahr 2015 die Russische Föderation mit 2.760 (2014: 2.704) sowie Kasachstan mit 1.988 Personen (2014: 2.069). Aus der Ukraine kamen im Jahr 2015 926 Spätaussiedler (2014: 532), und aus Kirgisistan 144 (2014: 120) (vgl. Tabelle 3-51 im Anhang).

Altersstruktur

Die Zuwanderung von Spätaussiedlern und ihren Familienangehörigen wirkt sich – ähnlich wie die Zuwanderung von

¹⁷⁰ Seit dem Inkrafttreten des KfbG müssen Antragsteller, die nicht aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion stammen, glaubhaft machen, dass sie am 31. Dezember 1992 oder danach Benachteiligungen aufgrund ihrer deutschen Volkszugehörigkeit ausgesetzt waren. Bei Antragstellern aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion wird die Fortwirkung dieser Benachteiligungen als gesetzliche Kriegsfolgenschicksalsvermutung weiterhin unterstellt.

Abbildung 3-24: Altersstruktur der im Jahr 2015 zugezogenen Spätaussiedler und ihrer Familienangehörigen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung in Prozent



Quelle: Bundesverwaltungsamt

Ausländern – positiv auf die Altersstruktur der Bevölkerung in Deutschland aus. Weil auch die zuwandernden Spätaussiedler relativ jung sind, kommt es zu einem Verjüngungseffekt, wenn auch die zuwandernden Spätaussiedler im Schnitt etwas älter sind als die zuziehenden Ausländer. So sind 77,3% der im Jahr 2015 zugezogenen Spätaussiedler unter 45 Jahre alt (2014: 77,8%) während nur 48,9% der Gesamtbevölkerung auf diese Altersgruppe entfallen (vgl. Abbildung 3-24 und Tabelle 3-52 im Anhang). Dagegen sind nur 4,0% der Spätaussiedler 65 Jahre und älter (2014: 3,9%), aber 21,1% der Gesamtbevölkerung.

3.8 Rückkehr deutscher Staatsangehöriger

Auch die Rückkehr deutscher Staatsangehöriger aus dem Ausland stellt eine relevante Zuwanderungsgruppe dar.

Nachdem in den Jahren von 1991 bis 2004 und im Jahr 2009 Deutsche jeweils die größte Gruppe aller Zugezogenen aus dem Ausland bildeten, wurden ab dem Jahr 2010 – wie bereits von 2005 bis 2008 – wieder mehr Zuzüge von polnischen, und ab dem Jahr 2013 auch von rumänischen Staatsangehörigen als von Deutschen registriert (siehe Kap. 1.4 bzw. Tabelle 3-48 im Anhang). Im Jahr 2015 wurden 120.713 Zuzüge von Deutschen (einschließlich der nach dem Bundesvertriebenengesetz aufgenommenen Spätaussiedler und der in deren Aufnahmebescheid einbezogenen Ehegatten und Nachkommen (vgl. Kap. 3.7) in der Wanderungsstatistik verzeichnet und damit 1,2% weniger als im Vorjahr (2014: 122.195). Damit sind deutsche Staatsangehörige nach Syrern, Rumänen und Polen die viertgrößte Zuwanderungsgruppe 2015.

Insgesamt ist die Zahl der Zuzüge von Deutschen seit Mitte der 1990er Jahre deutlich gesunken, während

Tabelle 3-38: Wanderungen von Deutschen über die Grenzen Deutschlands von 1993 bis 2015

| | Zuzüge insgesamt | darunter: Spätaussiedler ² | | Zuzüge ohne Spätaussiedler | | Fortzüge | Wanderungssaldo | Wanderungssaldo ohne Spätaussiedler |
|-------------------|------------------|---------------------------------------|------|----------------------------|------|----------|-----------------|-------------------------------------|
| | | absolut | in % | absolut | in % | | | |
| 1993 | 287.561 | 217.531 | 75,6 | 70.030 | 24,4 | 104.653 | 182.908 | -34.623 |
| 1994 | 305.037 | 218.617 | 71,7 | 86.420 | 28,3 | 138.280 | 166.757 | -51.860 |
| 1995 | 303.347 | 211.601 | 69,8 | 91.746 | 30,2 | 130.672 | 172.675 | -38.926 |
| 1996 | 251.737 | 172.182 | 68,4 | 79.555 | 31,6 | 118.430 | 133.307 | -38.875 |
| 1997 | 225.335 | 128.415 | 57,0 | 96.920 | 43,0 | 109.903 | 115.432 | -12.983 |
| 1998 | 196.956 | 97.331 | 49,4 | 99.625 | 50,6 | 116.403 | 80.553 | -16.778 |
| 1999 | 200.150 | 95.543 | 47,7 | 104.607 | 52,3 | 116.410 | 83.740 | -11.803 |
| 2000 | 191.909 | 85.698 | 44,7 | 106.211 | 55,3 | 111.244 | 80.665 | -5.033 |
| 2001 | 193.958 | 86.637 | 44,7 | 107.321 | 55,3 | 109.507 | 84.451 | -2.186 |
| 2002 | 184.202 | 78.576 | 42,7 | 105.626 | 57,3 | 117.683 | 66.519 | -12.057 |
| 2003 | 167.216 | 61.725 | 36,9 | 105.491 | 63,1 | 127.267 | 39.949 | -21.776 |
| 2004 ¹ | 177.993 | 49.815 | 28,0 | 128.178 | 72,0 | 150.667 | 27.326 | -22.489 |
| 2005 | 128.051 | 30.779 | 24,0 | 97.272 | 76,0 | 144.815 | -16.764 | -47.543 |
| 2006 | 103.388 | 7.113 | 6,9 | 96.275 | 93,1 | 155.290 | -51.902 | -59.015 |
| 2007 | 106.014 | 5.477 | 5,2 | 100.537 | 94,8 | 161.105 | -55.091 | -60.568 |
| 2008 | 108.331 | 3.950 | 3,6 | 104.381 | 96,4 | 174.759 | -66.428 | -70.378 |
| 2009 | 114.700 | 2.958 | 2,6 | 111.742 | 97,4 | 154.988 | -40.288 | -43.246 |
| 2010 | 114.752 | 2.054 | 1,8 | 112.698 | 98,2 | 141.000 | -26.248 | -28.302 |
| 2011 | 116.604 | 1.829 | 1,6 | 114.775 | 98,4 | 140.132 | -23.528 | -25.357 |
| 2012 | 115.028 | 1.538 | 1,3 | 113.490 | 98,7 | 133.232 | -18.204 | -19.742 |
| 2013 | 118.425 | 2.160 | 1,8 | 116.265 | 98,2 | 140.282 | -21.857 | -24.017 |
| 2014 | 122.195 | 4.215 | 3,4 | 117.980 | 96,6 | 148.636 | -26.441 | -30.656 |
| 2015 | 120.713 | 4.748 | 3,9 | 115.965 | 96,1 | 138.273 | -17.560 | -22.308 |

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesverwaltungsamt

- 1) Die Wanderungszahlen für Deutsche für das Jahr 2004 sind aufgrund von Korrekturen im Land Hessen überhöht.
- 2) Personen, die im Rahmen des Spätaussiedlerzuzugs mit Ausstellung der Spätaussiedlerbescheinigung die deutsche Staatsangehörigkeit erhielten. Dies betrifft Spätaussiedler in eigener Person (§ 4 Abs. 1 BVFG) sowie deren Ehegatten und Abkömmlinge (§ 7 Abs. 2 BVFG).

zwischen 2006 und 2014 wieder eine leicht steigende Tendenz festzustellen war (vgl. Tabelle 3-38). Die geringeren Zuzugszahlen von Deutschen im Vergleich zu den 1990er Jahren sind im Wesentlichen auf einen Rückgang der Spätaussiedlerzahlen zurückzuführen (siehe im Einzelnen dazu Kap. 3.7).

Neben den Spätaussiedlern bilden Rückkehrer mit deutscher Staatsangehörigkeit, die jederzeit das Recht auf Rückkehr nach Deutschland haben, den anderen Teil der in der Zu- und Fortzugsstatistik erfassten Zuzüge von Deutschen.¹⁷¹ Unter Abzug derjenigen Personen, die im Rahmen des Spätaussiedlerzuzugs als Deutsche in die Zuzugsstatistik eingingen, ist die Zahl der deutschen Rückkehrer seit 1993 von etwa 70.000 seit 1999 – mit wenigen Ausnahmen – auf über 100.000 Personen angestiegen.¹⁷² Im Jahr 2015 waren es 115.965 Personen (2014: 117.980), damit ist der Anteil der deutschen Staatsangehörigen, die

nach Deutschland zurückgekehrt sind, um 1,7% gesunken. Im Zeitraum zwischen 1993 und 2015 ist der Anteil der Rückkehrer mit deutscher Staatsangehörigkeit an den deutschen Zuwanderern insgesamt von circa 24% auf weit über 90% angestiegen (vgl. Tabelle 3-38). Hierbei handelt es sich überwiegend um Personen, die nach „temporärem“ Aufenthalt im Ausland nach Deutschland zurückkehren wie z. B. Techniker, Manager, Kaufleute, Rentner, Studenten¹⁷³, Wissenschaftler¹⁷⁴ sowie deren Angehörige.

Es kann jedoch angenommen werden, dass sich ein Teil von aus dem Ausland zurückkehrenden Personen vor ihrer Ausreise aus Deutschland nicht bei den Behörden abgemeldet hat, da bei nur kurzzeitigem Auslandsaufenthalt der inländische Wohnsitz häufig beibehalten wird, so dass eine Anmeldung bei der Rückkehr nach Deutschland ebenfalls unterbleibt. So ist zu vermuten, dass beispielsweise Studierende, die nur für ein oder zwei Semester ins Ausland gehen, ihren Wohnsitz in Deutschland nicht aufgeben

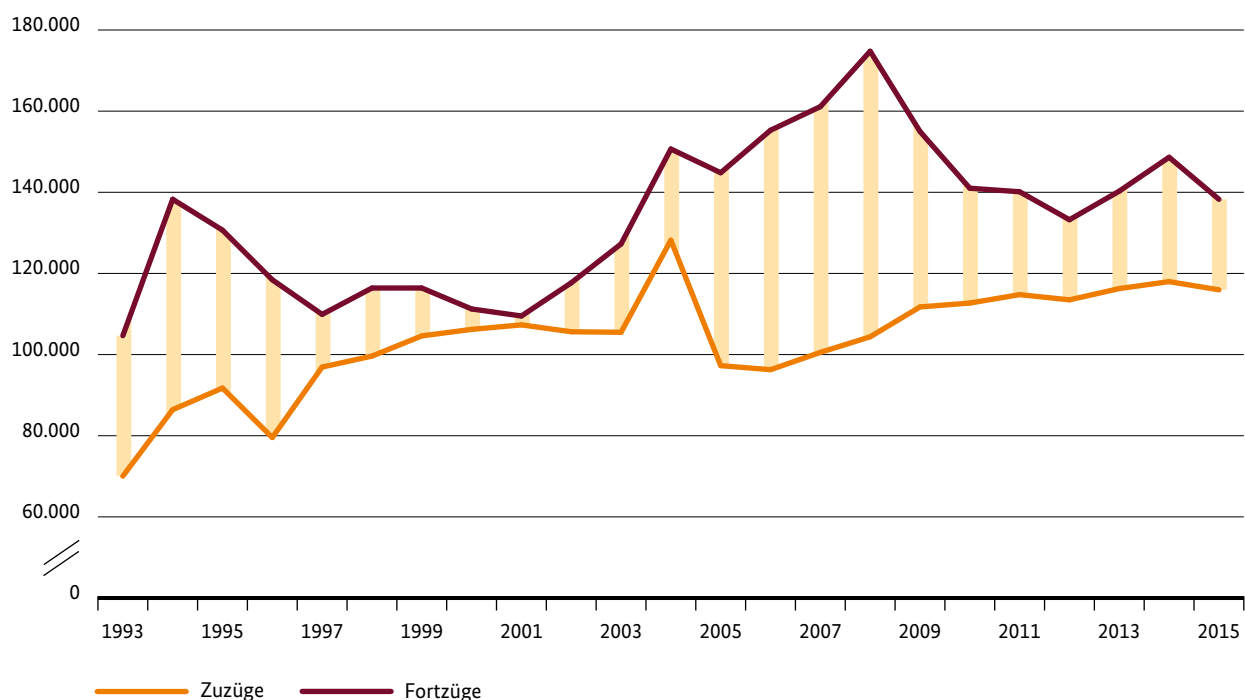
171 Darunter fallen auch Kinder mit deutscher Staatsangehörigkeit, die während eines Auslandsaufenthaltes der Eltern geboren wurden und zum ersten Mal nach Deutschland einreisen.

172 Zwar wurden im Jahr 2004 etwa 128.000 deutsche Rückkehrer registriert, allerdings war diese Zahl aufgrund von Korrekturen im Land Hessen überhöht. Wie hoch die Zahl der Deutschen, die 2004 zurückgekehrt sind, tatsächlich war, ist nicht bekannt.

173 So waren im Jahr 2013 etwa 135.000 deutsche Studierende an ausländischen Hochschulen eingeschrieben (2012: 139.000). Insgesamt ist die Zahl der Deutschen, die für ein Studium ins Ausland zogen, seit dem Jahr 1991, in dem etwa 33.000 deutsche Studierende an ausländischen Hochschulen registriert waren, fast kontinuierlich angestiegen (vgl. dazu Kap. 4.2).

174 Zur – häufig nur temporären – Abwanderung und zur Rückkehrbereitschaft deutscher Wissenschaftler vgl. Kap. 4.2.

Abbildung 3-25: Zu- und Fortzüge von deutschen Staatsangehörigen (Zuzüge ohne Spätaussiedler) von 1993 bis 2015



Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesverwaltungsamt

und sich deshalb nicht abmelden. Auch Rentner, die einen Teil des Jahres z.B. in Spanien verbringen, behalten häufig ihren Wohnsitz in Deutschland.

Seit 1993 überstieg die Zahl der Fortgezogenen mit deutscher Staatsangehörigkeit die der deutschen Rückkehrer in jedem Jahr (vgl. Abbildung 3-25).¹⁷⁵ Im Jahr 2008 zogen – ohne Berücksichtigung der zugezogenen Spätaussiedler – etwa 70.000 deutsche Staatsangehörige mehr fort als zu; in den Folgejahren sank der Wanderungsverlust auf unter 20.000 im Jahr 2012. In den beiden Folgejahren vergrößerte sich der negative Saldo wieder etwas und betrug 2015 gut -22.000 (vgl. Tabelle 3-38).¹⁷⁶ Unter Berücksichtigung der Spätaussiedlerzuzüge gestaltete sich der Wanderungssaldo bis zum Jahr 2004 positiv.

175 Seit dem Jahr 2005 ist zudem ein negativer Wanderungssaldo selbst unter Berücksichtigung der Zuwanderung der Spätaussiedler festzustellen.

176 Für die Jahre 2008 und 2009 ist jedoch zu berücksichtigen, dass die bundesweite Einführung der persönlichen Steuer-Identifikationsnummer im Jahr 2008 zu Bereinigungen in den Melderegistern in der Form von Abmeldungen von Amts wegen geführt hat. Dadurch ist die Zahl der Fortzüge und damit des Wanderungsverlustes für 2008 und 2009 erhöht. Es lässt sich jedoch nicht sagen, in welcher Größenordnung dies der Fall ist.

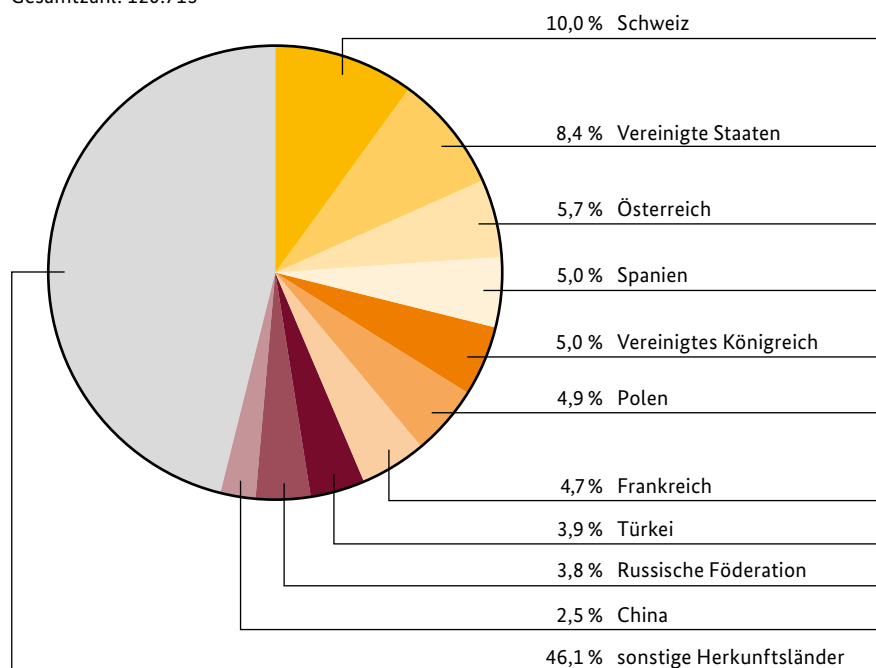
Mit Blick auf die Herkunftsländer, aus denen deutsche Staatsangehörige nach Deutschland zurückkehrten, zeigt sich folgendes Bild: Die Schweiz ist nicht nur das Hauptzielland deutscher Staatsangehöriger, sondern auch das Hauptherkunftsländ von deutschen Rückkehrern. Im Jahr 2015 kehrten 12.064 Deutsche aus der Schweiz zurück nach Deutschland (2014: 12.024). Das waren 10,0% aller deutschen Rückwanderer (vgl. Abbildung 3-26). Aus der Schweiz ist seit 1997 ein kontinuierlicher Anstieg der Zahl der Zuzüge von Deutschen festzustellen (vgl. Abbildung 3-27 und Tabelle 3-53 im Anhang). Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass bis 2008 die Zahl der Fortzüge von Deutschen in die Schweiz deutlich stärker angestiegen ist.¹⁷⁷ Kamen im Jahr 1995 noch 1,5 Fortzüge auf einen Zuzug, so betrug dieses Verhältnis im Jahr 2008 bereits 3,5 zu 1. D.h. es zogen dreieinhalb Mal mehr Deutsche in die Schweiz als von dort zurückkehrten. In den Folgejahren sank jedoch die Zahl der Fortzüge von Deutschen in die Schweiz wieder, so dass auch das Verhältnis von Fortzügen zu Zuzügen auf 1,5 zu 1 wieder deutlich zurückging.

Aus den Vereinigten Staaten wanderten 10.159 Deutsche zurück nach Deutschland (2014: 10.357). Dies entsprach einem Anteil von 8,4% an allen deutschen Remigranten.

177 Zur Zahl der Fortzüge von Deutschen differenziert nach Zielländern vgl. Kap. 4.2.

Abbildung 3-26: Zuzüge von Deutschen nach Herkunftsländ im Jahr 2015

Gesamtzahl: 120.713



Quelle: Statistisches Bundesamt

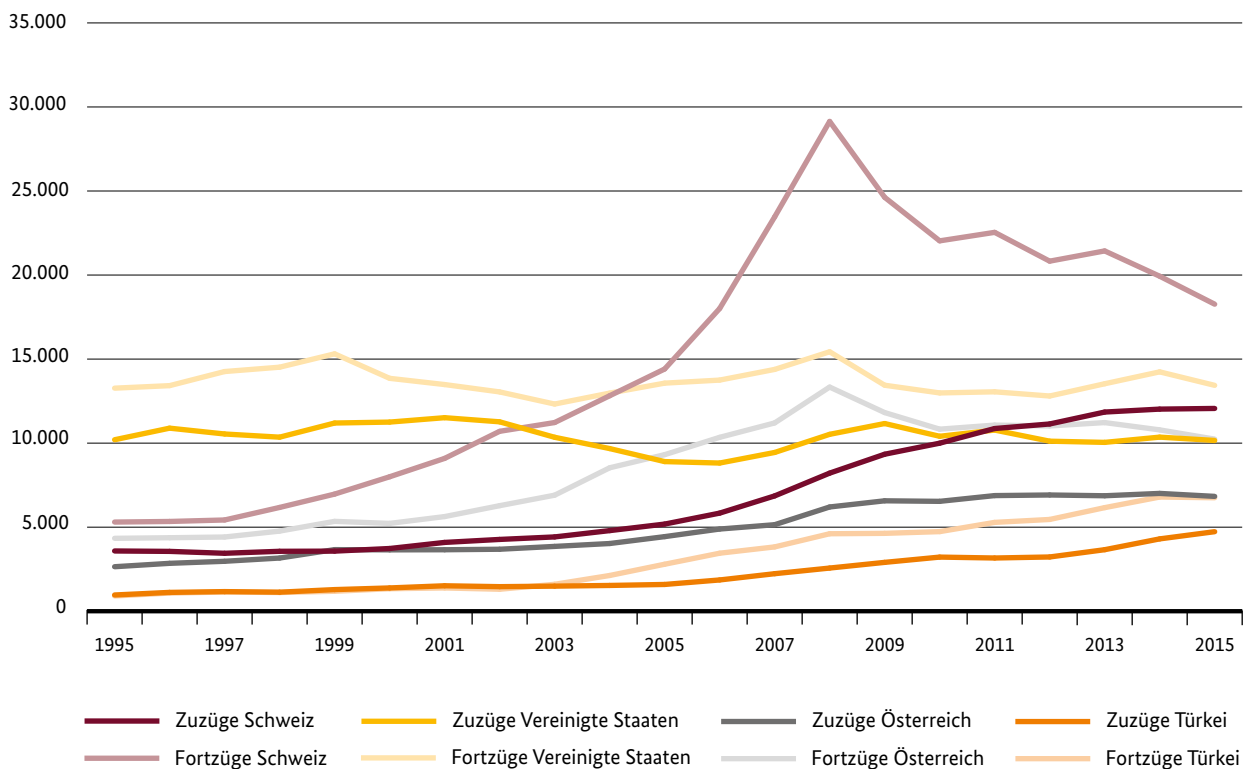
Aus Österreich zogen 5,7% (6.832 Personen) und sowohl aus Spanien (6.088 Personen) als auch aus dem Vereinigten Königreich (6.043 Personen) jeweils 5,0% der Deutschen zu (vgl. Abbildung 3-26 und Tabelle 3-53 im Anhang).

Nahezu kontinuierlich angestiegen ist seit 1992 die Zahl der deutschen Rückkehrer aus der Türkei. Im Jahr 2015 zogen mit 4.732 10,0% mehr Deutsche aus der Türkei nach Deutschland zu als im Vorjahr (2014: 4.303). Parallel dazu sind auch die Fortzüge von Deutschen in die Türkei angestiegen (vgl. Abbildung 3-27 und Tabelle 4-3), so dass

sich insgesamt das Wanderungsvolumen von Deutschen in die und aus der Türkei seit Anfang der 1990er Jahre deutlich erhöht hat. Aus der Wanderungsstatistik ist nicht herauszulesen, inwieweit es sich hierbei um autochthone Deutsche oder um Eingebürgerte handelt.

Die Zahl der deutschen Rückkehrer aus den klassischen Einwanderungsländern Kanada und Australien hielt sich im Jahr 2015 auf einem ähnlichen Niveau wie im Vorjahr, während die Zahl der Rückkehrer aus Brasilien von 1.620 im Jahr 2014 auf 1.925 im Jahr 2015 gestiegen ist.

Abbildung 3-27: Zu- und Fortzüge deutscher Staatsangehöriger aus ausgewählten Herkunftstaaten von 1995 bis 2015



Quelle: Statistisches Bundesamt

4

Abwanderung aus Deutschland

Legaldefinitionen der Begriffe „Auswanderer“ bzw. „Abwanderer“ existieren für Deutschland nicht. Ein Wohnungswechsel ins Ausland in Verbindung mit der Abmeldung der bisher bestehenden Wohnung bei der zuständigen Meldebehörde wird statistisch als Fortzug erfasst (und nicht als Ab- oder Auswanderung). Mit Inkrafttreten des Bundesmeldegesetzes am 1. November 2015 gilt nach dessen § 17 Abs. 2: „Wer aus einer Wohnung auszieht und keine neue Wohnung im Inland bezieht, hat sich innerhalb von zwei Wochen nach dem Auszug bei der Meldebehörde abzumelden.“

Somit liefert die Wanderungsstatistik Angaben über die Fortzüge ins Ausland, d. h. über die Wohnortwechsel über die Grenzen Deutschlands. Dabei werden keine weiteren Kriterien wie z. B. die (beabsichtigte) Dauer des Aufenthalts im Ausland berücksichtigt. So kann demzufolge nicht nach kurzfristigen (z. B. im Rahmen eines Auslandsstudiums) oder längeren bzw. dauerhaften Aufhalten im Ausland unterschieden werden.

4.1 Abwanderung von Ausländern

4.1.1 Entwicklung der Fortzüge von Ausländern

Parallel zum Anstieg der Zuwanderung in Deutschland Ende der 1980er Jahre verließen – mit einer zeitlichen Verzögerung – auch vermehrt Menschen Deutschland. So zogen zwischen 1991 und 2015 zwar 24,9 Millionen Menschen aus dem Ausland nach Deutschland, im

gleichen Zeitraum verließen aber auch 17,8 Millionen Menschen das Bundesgebiet, davon 14,5 Millionen Ausländer.

Im Jahr 2015 wurden 997.551 Fortzüge aus Deutschland registriert (2014: 914.241), darunter 859.278 Fortzüge von Ausländern (2014: 765.605). Dies ist die höchste Zahl an Fortzügen – sowohl insgesamt als auch bei Ausländern –, die bislang in der Wanderungsstatistik verzeichnet wurde. Da gleichzeitig 2.136.954 Zuzüge festgestellt wurden, darunter 2.016.241 Zuzüge von Ausländern, ergab sich ein positiver Gesamtwanderungssaldo von 1.139.403. Damit wurde 2015 ein wesentlich höherer Wanderungsgewinn als 2014 (+550.483) registriert (vgl. Kap. 1).

Der Wanderungssaldo der Ausländer betrug +1.156.963 und ist damit im Vergleich zum Vorjahr wiederum deutlich angestiegen (2014: +576.924) (vgl. Abbildung 4-1).¹⁷⁸

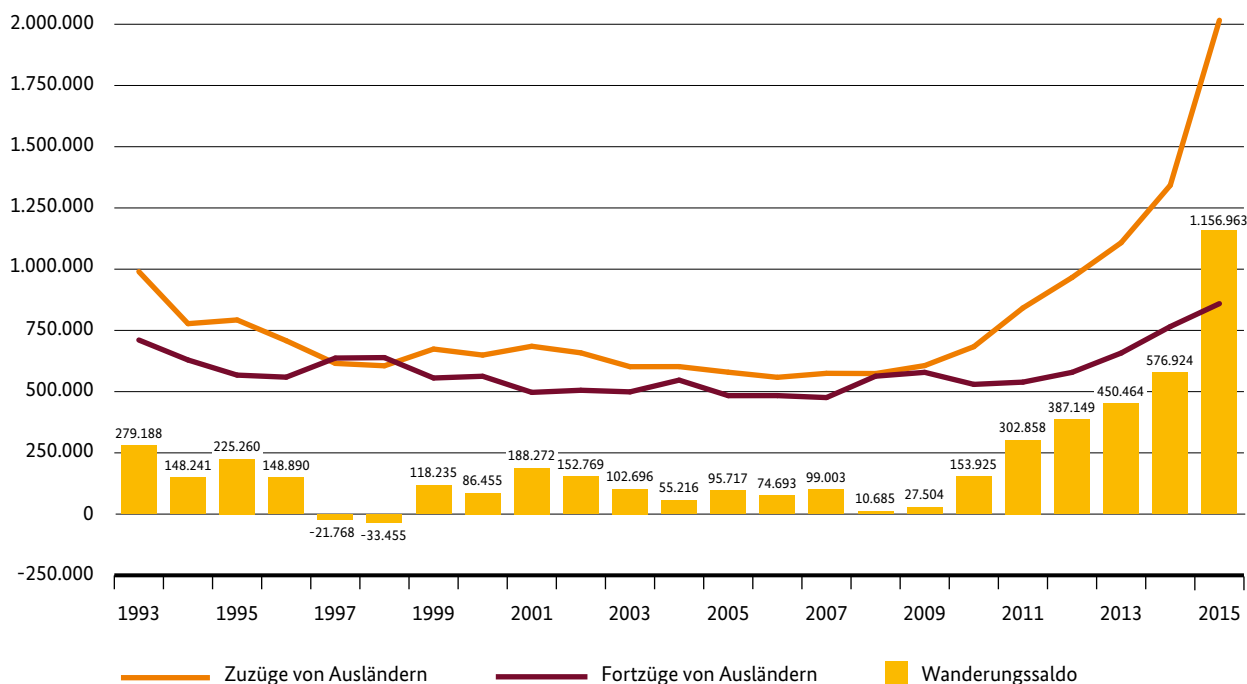
4.1.2 Fortzüge nach der Aufenthaltsdauer

Auf der Basis der Daten des AZR kann angegeben werden, wie lange sich ein Ausländer vor seiner Ausreise im Bundesgebiet aufgehalten hat. Die Fortzüge umfassen die im AZR gespeicherten Kategorien „Fortzüge ins Ausland“ und „nach unbekannt“ sowie Personen mit dem Vermerk „nicht mehr aufhältig.“ Insgesamt sind laut AZR im Jahr 2015 568.639 Ausländer fortgezogen (vgl. Tabelle 4-7 im Anhang).¹⁷⁹ Die Zahl der Fortzüge ist damit

¹⁷⁸ Zu den Fortzügen differenziert nach einzelnen Staatsangehörigkeiten vgl. Kap. 1.4.

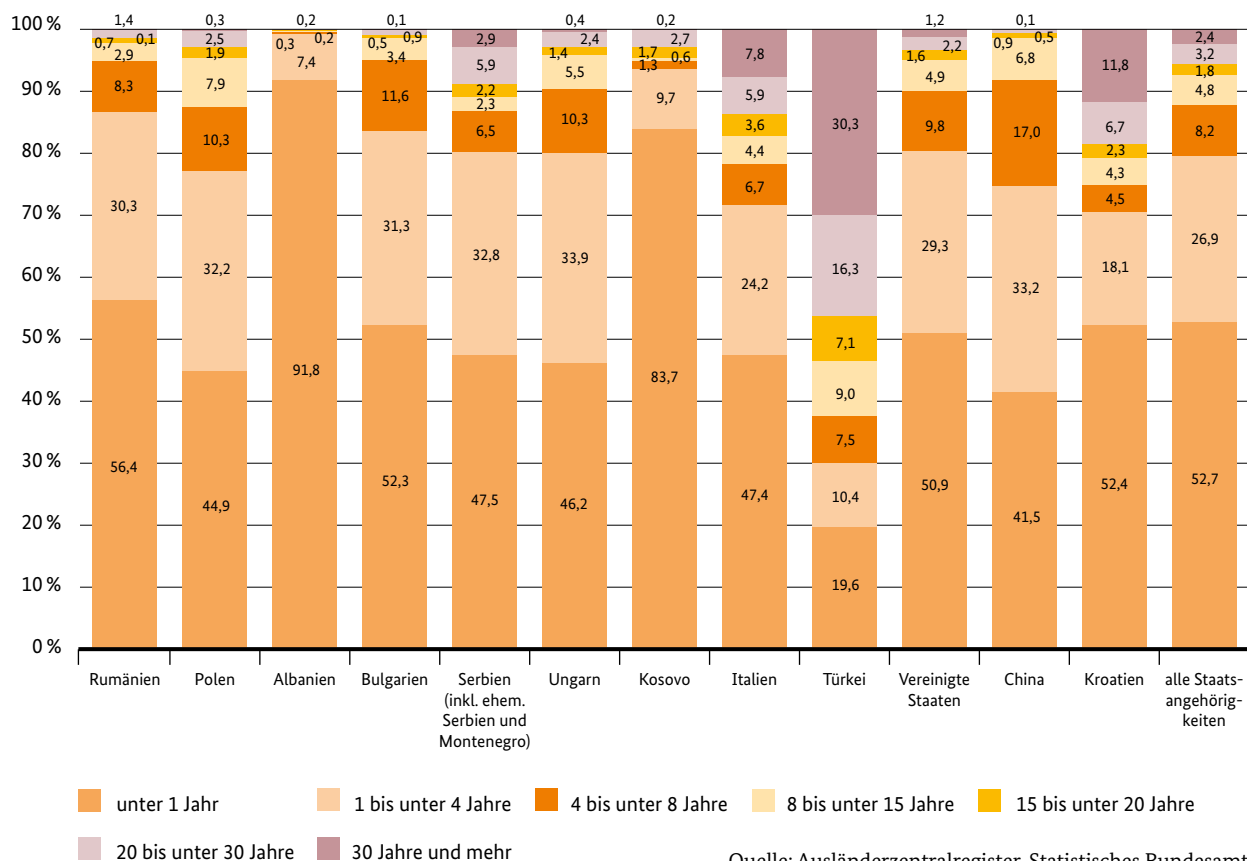
¹⁷⁹ Stichtag der AZR-Auswertung ist der 31.03.2016.

Abbildung 4-1: Zu- und Fortzüge von ausländischen Staatsangehörigen von 1993 bis 2015



Quelle: Statistisches Bundesamt

Abbildung 4-2: Fortzüge von Ausländern nach Aufenthaltsdauer und ausgewählten Staatsangehörigkeiten im Jahr 2015 in Prozent



Quelle: Ausländerzentralregister, Statistisches Bundesamt

im Vergleich zum Vorjahr um 20,4% angestiegen (2014: 472.315).¹⁸⁰ Mehr als drei Viertel der fortgezogenen ausländischen Staatsangehörigen im Jahr 2015 hielt sich weniger als vier Jahre im Bundesgebiet auf (79,7%), etwas mehr als die Hälfte ein Jahr (52,7%) (vgl. Abbildung 4-2 sowie Tabellen 4-7 und 4-8 im Anhang). Lediglich 5,5% verließen Deutschland nach einer Aufenthaltsdauer von mehr als 20 Jahren. 2,4% der Abwanderer hielten sich 30 Jahre und länger in Deutschland auf.

Im Jahr 2015 haben mehr als ein Viertel der fortgezogenen Staatsangehörigen aus der Türkei (30,3%) mindestens 30 Jahre in Deutschland verbracht. Bei Staatsangehörigen aus Kroatien lag dieser Anteil bei 11,8%. Bei Griechen (9,5%) und Italienern (7,8%) war dieser Anteil ebenfalls überproportional.

Dagegen hielten sich mehr als drei Viertel der Staatsangehörigen aus den Herkunftsländern Rumänien, Polen, Albanien, Bulgarien, Serbien (inkl. ehem. Serbien und Montenegro), Ungarn und Kosovo, aber auch Staatsangehörige aus den Vereinigten Staaten vor ihrer Ausreise aus

Deutschland weniger als vier Jahre im Bundesgebiet auf. Mehr als die Hälfte der rumänischen, bulgarischen, US-amerikanischen, albanischen, kroatischen und kosovarischen Staatsangehörigen reisten sogar nach weniger als einem Jahr Aufenthalt in Deutschland wieder aus.

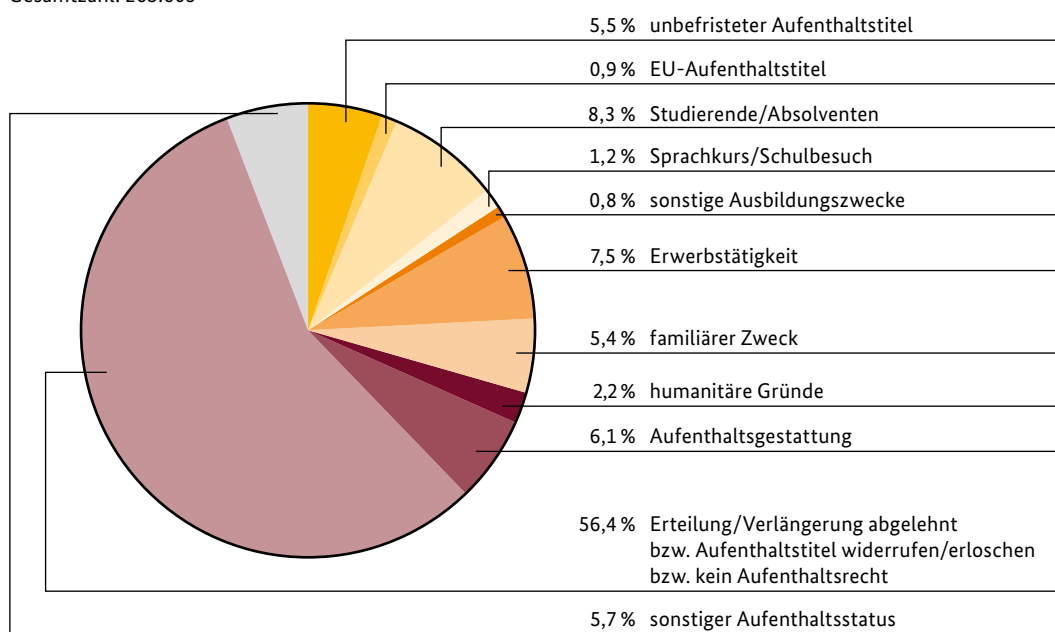
4.1.3 Fortzüge von Drittstaatsangehörigen nach dem letzten Aufenthaltsstatus

5,5% der Drittstaatsangehörigen zogen im Jahr 2015 aus einem unbefristeten Aufenthaltstitel (unbefristete Aufenthaltserlaubnis sowie Aufenthaltsberechtigung nach altem Recht und Niederlassungserlaubnis) aus Deutschland fort (absolut: 14.611 Personen). Darunter befanden sich 139 Personen mit einer Niederlassungserlaubnis als Hochqualifizierte nach § 19 AufenthG (2014: 144 Personen). 8,3% haben als Studierende bzw. Hochschulabsolventen Deutschland verlassen (absolut: 22.094 Personen, darunter 1.339 Hochschulabsolventen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 16 Abs. 4 AufenthG). 7,5% bzw. 19.981 drittstaatsangehörige Abwanderer hatten bei ihrem Fortzug eine Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Erwerbstätigkeit, darunter 1.354 Inhaber einer Blauen Karte EU nach § 19a AufenthG und 701 Selbständige nach § 21 AufenthG (wobei etwa 77% der fortziehenden Selbständigen einer freiberuflichen Tätigkeit nach § 21 Abs. 5 AufenthG nachgingen). 5,7% verließen Deutschland mit einer Aufenthaltserlaubnis aus familiären Gründen

180 Die Zahl der Fortzüge von Ausländern laut AZR liegt deutlich unter der Zahl der Fortzüge laut Wanderungsstatistik (vgl. Kap. 1.8). Dies ist dadurch bedingt, dass im Gegensatz zur meldewesenbasierten Wanderungsstatistik Migranten mit Kurzeitaufenthalt unter drei Monaten nicht im AZR registriert sind und somit die Zu- und Fortzüge einer großen Zahl von Migranten (z. B. Saisonarbeitnehmer) nicht enthalten sind.

Abbildung 4-3: Fortzüge von Drittstaatsangehörigen nach dem letzten Aufenthaltsstatus im Jahr 2015

Gesamtzahl: 265.603



Quelle: Ausländerzentralregister

(absolut: 14.392 Personen). 6,1% bzw. 16.151 Personen besaßen eine Aufenthaltsgestattung. Mehr als die Hälfte der fortziehenden Drittstaatsangehörigen hatten keinen gültigen Aufenthaltstitel vor ihrer Ausreise.

Betrachtet man die Abwanderung im Jahr 2015 differenziert nach Status und einzelnen Nationalitäten, so zeigt sich, dass türkische (45,2%) Staatsangehörige überproportional häufig aus einem unbefristeten Aufenthaltstitel heraus Deutschland verließen (vgl. Tabelle 4-10 im Anhang). Bei chinesischen Staatsangehörigen waren dagegen etwa ein Drittel (33,8%) der Abwanderer Studierende bzw. Hochschulabsolventen. Mit einer Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Erwerbstätigkeit zogen überdurchschnittlich häufig Staatsangehörige aus Indien (27,9%), den Vereinigten Staaten (22,0%) und China (17,4%) aus Deutschland fort. Im Falle Japans und Indiens zeigt sich, dass relativ viele Familienangehörige mit fortziehen. Staatsangehörige aus Japan und Indien sind häufig als Fachkräfte zum Zweck einer temporären Beschäftigung nach Deutschland gezogen und haben ihre Familien mitgebracht. Nach dem Ende der Beschäftigung verlassen sie Deutschland häufig im Familienverbund wieder. Brasilianische Staatsangehörige waren dagegen häufig zum Zweck eines Studiums (43,5%) oder Sprachkurses/Schulbesuchs (7,5%) bzw. zu sonstigen Ausbildungszwecken (2,9%) in Deutschland. Zudem waren überproportional viele Brasilianer als Angehörige von Unionsbürgern im Besitz einer EU-Aufenthaltskarte (4,8%).

4.1.4 Rückkehr

Rückkehrpolitik ist ein wichtiger Bestandteil der Migrationspolitik.¹⁸¹ Hierzu gehören die Grundsatzfragen der freiwilligen Rückkehr, der Rückkehrförderung, der Reintegration, der Rückführung und der Rückübernahme ausreisepflichtiger Personen durch ihre Herkunftstaaten. Die freiwillige Rückkehr hat dabei Vorrang vor einer zwangsweisen Rückführung.

Seit 1979 fördern Bund und Länder über das „Reintegration and Emigration Programme for Asylum-Seekers in Germany (REAG)“ – seit 1989 ergänzt durch das „Government Assisted Repatriation Programme (GARP)“ – gemeinsam die freiwillige Rückkehr (oder ggf. Weiterwanderung) insbesondere von ausreisepflichtigen Ausländern durch Übernahme der Reisekosten, einer Reisebeihilfe und ggf. einer Starthilfe zur Reintegration.

Hauptzielgruppe der Rückkehrförderung sind ausreisepflichtige Drittstaatsangehörige, die nach § 50 Abs.1 AufenthG keinen Aufenthaltstitel besitzen. Diesen Personen wird eine behördliche Frist gesetzt, die Bundesrepublik in einem bestimmten Zeitraum zu verlassen. Kommt eine Person der Erfüllung dieser Ausreisepflichtung nicht freiwillig nach, ist eine Rückführung unter Zwang (§ 59 AufenthG) die Folge (vgl. Schneider/Kreienbrink 2010: 24).

Die Rückkehrförderprogramme werden von der Internationalen Organisation für Migration (IOM) im Auftrag des Bundes und der Länder durchgeführt. Seit Bestehen dieser Programme ist die freiwillige Rückkehr von über 600.000 Menschen aus aller Welt in ihr Heimatland oder die Weiterwanderung in ein aufnahmeberechtigtes Drittland finanziell und organisatorisch unterstützt worden. Mit der Verwaltung der Fördermittel für die freiwillige Rückkehr ist das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) betraut (§ 75 Nr. 7 AufenthG).¹⁸²

Tabelle 4-1: Anzahl ausgereister Personen mittels REAG/GARP-Programm von 2010 bis 2015

| Jahr | Personen | davon: Staatsangehörigkeit des jeweiligen Ziellandes |
|------|----------|--|
| 2010 | 4.480 | 4.395 |
| 2011 | 6.319 | 6.251 |
| 2012 | 7.546 | 7.466 |
| 2013 | 10.251 | 10.150 |
| 2014 | 13.574 | 13.466 |
| 2015 | 35.514 | 35.271 |

Quelle: IOM, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Im Jahr 2015 wurde über das Programm REAG/GARP die freiwillige Rückkehr von 35.514 Personen gefördert (2014: 13.574) (vgl. Tabelle 4-1). Dies entspricht einem Anstieg um 161,6% im Vergleich zum Vorjahr. 34,9% der geförderten Rückkehrer waren 2015 unter 18 (2014: 40,2%), 35,2% zwischen 19 und 30 (2014: 25,5%), 22,1% zwischen 31 und 45 (2014: 23,6%), 6,8% zwischen 46 und 60 (2014: 9,1%) sowie 1,0% über 60 Jahre alt (2014: 1,6%).

32,0% der im Jahr 2015 geförderten Rückkehrer besaßen die albanische Staatsangehörigkeit (11.378 Personen), 22,6% die kosovarische (8.026 Personen), 17,3% die serbische (6.155 Personen) und 8,2% die Staatsangehörigkeit

¹⁸¹ Ausführlich zur Rückkehrpolitik in Deutschland vgl. Grote 2015: 22 ff. Aus Sicht der Rückkehrenden und deren Familienangehörigen vgl. Baraulina/Kreienbrink 2013.

¹⁸² Nach § 75 Nr. 7 AufenthG hat das BAMF die gesetzliche Kompetenz zur Koordinierung der Programme und Mitwirkung an Projekten zur Förderung der freiwilligen Rückkehr neben der Auszahlung der hierfür bewilligten Mittel.

Mazedoniens (2.901 Personen). 99,3% der im Jahr 2015 freiwillig und gefördert ausgereisten Personen kehrten in ihre Herkunftsländer zurück (vgl. Tabelle 4-1), 0,7% zog in einen anderen Staat.¹⁸³ Mehr als drei Viertel (84,9%) der 2015 ausgereisten Personen hatten sich weniger als ein Jahr in Deutschland aufgehalten (2014: 77,1%), 0,9% länger als fünf Jahre (2014: 3,0%).¹⁸⁴

Neben REAG/GARP existiert eine Vielzahl von transnationalen, bundes- und landesweiten sowie kommunalen Projekten, die die Rückkehr und Reintegration in das jeweilige Herkunftsland fördern und die Leistungen über REAG/GARP hinaus gewähren.¹⁸⁵

Die beim BAMF eingerichtete Zentralstelle für Informationsvermittlung zur Rückkehrförderung (ZIRF) stellt Informationen zur Rückkehrförderung sowie zu (zusätzlichen) Länderangeboten und Beratungsmöglichkeiten bereit. Sie ermöglicht damit im Vorfeld einer freiwilligen Rückkehr die Einholung relevanter Informationen zur Bewältigung der Reintegrationsphase im Herkunftsland und ergänzt damit das Angebot des REAG/GARP-Programms.

Zur Koordinierung der verschiedenen Akteure auf dem Gebiet der Rückkehr und Reintegration (Bund, Länder, Kommunen, nichtstaatliche und karitative Stellen) und zur Erzielung eines praktischen Mehrwertes wurde auf Initiative des Bundesministeriums des Innern im Jahr 2014 eine Bund-Länder-Koordinierungsstelle zum Integrierten Rückkehrmanagement (BLK-IRM) eingerichtet. Die Geschäftsstelle der BLK befindet sich im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Im Herbst 2015 übernahm das BAMF gemeinsam mit dem Hessischen Ministerium des Innern und für Sport den Vorsitz der Arbeitsgruppe Rückführung des Bundes und der Länder (AG Rück).

Im Rahmen der Rückkehrpolitik gewinnt die Reintegration von Rückkehrern in ihrer Heimat zunehmend an Bedeutung. Durch eine wirtschaftliche und soziale Verwurzelung vor Ort soll den Rückkehrern ein Neuanfang in ihrem Herkunftsstaat ermöglicht werden. Gleichzeitig kann durch eine solche Perspektive der Anreiz zur (erneuten) unerlaubten Einreise aus allein wirtschaftlichen Gründen genommen werden.

183 Für die Länder des Westlichen Balkans werden lediglich die Transportkosten übernommen. Reisebeihilfe sowie Starthilfe erhalten Staatsangehörige aus diesen Staaten nicht.

184 In den vergangenen Jahren gab es auch eine beträchtliche Zahl an Personen, die jährlich unabhängig von REAG/GARP freiwillig mit Unterstützungsleistungen der Länder und Kommunen in ihre Herkunftsländer zurückgekehrt oder in Drittstaaten ausgereist sind. Vgl. Grote 2015: 4.

185 Für eine Übersicht der Akteure: Grote 2015.

4.2 Abwanderung von Deutschen

Die Fortzüge Deutscher bewegten sich seit den 1970er Jahren konstant zwischen 50.000 und 65.000 jährlich, bis sie ab 1989 auf über 100.000 pro Jahr anwuchsen (vgl. Abbildung 4-4). Im Jahr 2015 wurden 138.273 Fortzüge von Deutschen aus dem Bundesgebiet registriert und damit 7,0% weniger als im Vorjahr (2014: 148.636) (vgl. Tabelle 1-11 im Anhang).

Insgesamt ist die Zahl der Fortzüge von deutschen Staatsangehörigen vom Jahr 2001, in dem etwa 110.000 Fortzüge registriert wurden, bis zum Jahr 2008, in dem mit 174.759 Fortzügen die höchste Abwanderung von Deutschen seit 1954 verzeichnet wurde,¹⁸⁶ stetig angestiegen (vgl. Tabelle 4-3). Im Jahr 2005 ergab sich auch unter Berücksichtigung des Zuzugs von Spätaussiedlern und den in ihren Aufnahmebescheid einbezogenen Angehörigen erstmals seit Ende der 1960er Jahre ein Wanderungsverlust von -16.764 Deutschen. Dieser stieg bis zum Jahr 2008 auf -66.428 und sank bis 2012 auf -18.204 im Jahr 2012.¹⁸⁷ Im Jahr 2015 lag der Wanderungsverlust bei -17.560 (2014: -26.441 Personen).¹⁸⁸

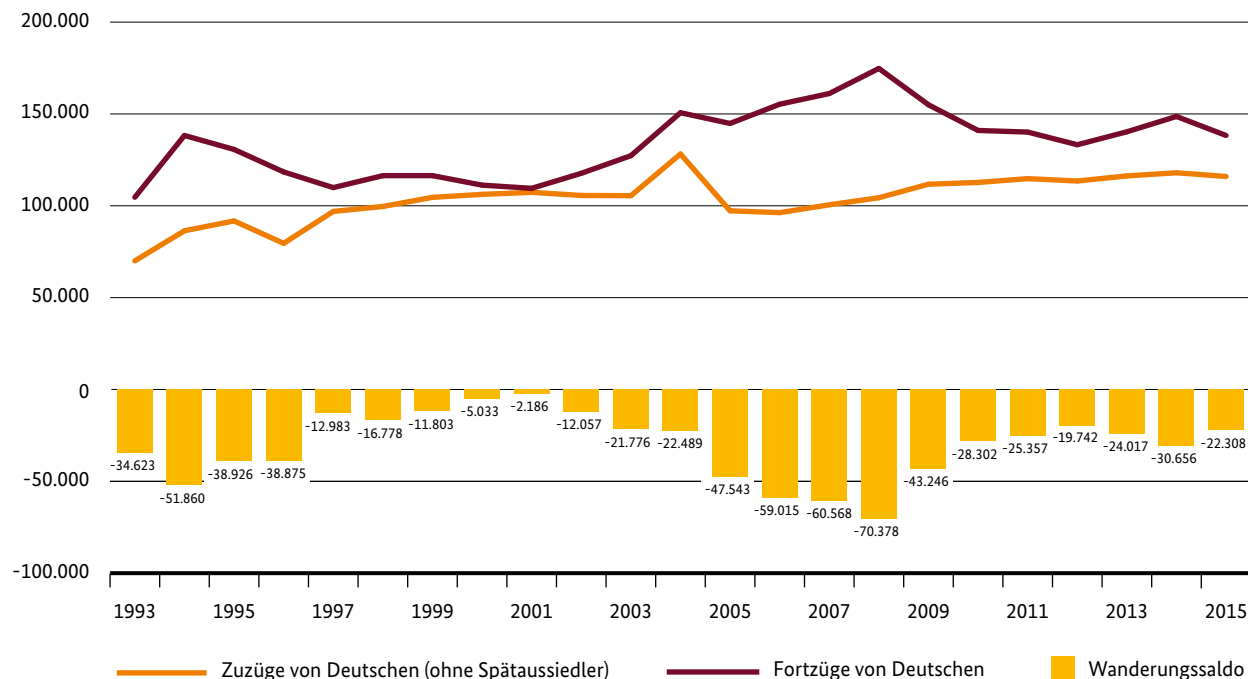
Unter Herausrechnung der im vertriebenenrechtlichen Verfahren aufgenommenen Personen, die in der Zuzugsstatistik als Zuzüge von Deutschen registriert werden, ist der Wanderungssaldo der deutschen Staatsangehörigen bereits seit den 1980er Jahren negativ. Im Jahr 2008 wurde ein negativer Wanderungssaldo von etwa -70.000 registriert. In den beiden Folgejahren wurde wieder ein stärkerer Wanderungsverlust verzeichnet. 2015 betrug dieser -22.308. Dies ist ein Rückgang von 8.348 Personen im Vergleich zum Vorjahr (2014: -30.656). Der Rückgang des Wanderungsverlusts seit 2008 ist nicht nur auf die gesunkene Zahl der Fortzüge zurückzuführen, sondern auch auf die leicht gestiegene Zahl an Rückkehrern (ohne im vertriebenenrechtlichen Verfahren Aufgenommene) (von 104.381 im Jahr 2008 auf 115.965 im Jahr 2015) (vgl. dazu Kap. 3.8).

Bei den fortziehenden Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit handelt es sich zum einen um „klassische Auswanderer“ (die z. B. auf Dauer in die Vereinigten Staaten abwandern), zum anderen aber auch um „temporäre“ Abwanderer wie z. B. Techniker, Manager, Kaufleute, Ärzte,

186 Belastbare Wanderungszahlen von Deutschen liegen erst seit 1954 vor (vgl. Statistisches Bundesamt 2015).

187 Zur Entwicklung der Abwanderung Deutscher vgl. die Studie des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration & Migration 2015: 6ff.

188 Allerdings ist bei der Abwanderung von Deutschen darauf hinzuweisen, dass sich der Wanderungssaldo ohne die Zuwanderung der im vertriebenenrechtlichen Verfahren Aufgenommenen bereits vor 2005 ins Negative gekehrt hätte.

Abbildung 4-4: Zu- und Fortzüge von deutschen Staatsangehörigen von 1993 bis 2015¹

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

- 1) 2008 bis 2010: Die den Wanderungsdaten zugrunde liegenden Meldungen der Meldebehörden enthalten zahlreiche Melderegisterbereinigungen, die infolge der Einführung der persönlichen Steuer-Identifikationsnummer durchgeführt worden sind. Die Ergebnisse sind daher nur eingeschränkt aussagekräftig.

Rentner¹⁸⁹ und Studenten sowie deren Angehörige.¹⁹⁰ Da der amtlichen Wanderungsstatistik keine Informationen über das Qualifikationsniveau der deutschen Abwanderer entnommen werden können, kann nicht angegeben werden, wie viele hochqualifizierte Deutsche temporär oder auf Dauer aus Deutschland fortziehen.

Im Jahr 2013¹⁹¹ waren 134.500 deutsche Studierende an ausländischen Hochschulen eingeschrieben, 2,9% bzw.

4.000 Studierende weniger als im Vorjahr (2012: 138.500 Studierende).¹⁹² Insgesamt ist damit die Zahl der deutschen Studierenden im Ausland in den letzten zehn Jahren kontinuierlich angestiegen. Während im Jahr 2003 noch 37 deutsche Studierende an Hochschulen im Ausland auf 1.000 deutsche Studierende an inländischen Hochschulen kamen, waren es 2013 bereits 58.¹⁹³

Die begehrtesten Studienländer im Jahr 2013 waren Österreich (26.536 deutsche Studierende), die Niederlande (23.123 deutsche Studierende), das Vereinigte Königreich (15.700 deutsche Studierende), die Schweiz (14.851 deutsche Studierende) und die Vereinigten Staaten (10.160 deutsche Studierende) (vgl. Tabelle 4-2). Dabei ist insbesondere die Zahl der deutschen Studierenden im Vereinigten Königreich angestiegen. Dagegen geht die Zahl der deutschen Studierenden an Universitäten in den Niederlanden zurück.¹⁹⁴

189 Allerdings behalten die meisten ausländischen „Rentner-Residenten“ ihren Wohnsitz in Deutschland (tatsächlich oder formal) bei, so dass eine Abmeldung am Wohnsitz des Heimatlandes unterbleibt. Die Wanderungsstatistik des Statistischen Bundesamtes registriert beispielsweise für das Jahr 2015 6.216 Deutsche, die nach Spanien zogen (2014: 6.155 Deutsche), darunter 903 Deutsche, die älter als 65 Jahre waren (2014: 977 Deutsche) (vgl. Tabelle 4-12 im Anhang). D. h. 14,5% aller nach Spanien abgewanderten Deutschen waren älter als 65 Jahre.

190 Die genannten Gruppen dürften insgesamt in der Fortzugsstatistik untererfasst sein, da sich wahrscheinlich zahlreiche Abwanderer melderechtlich nicht abmelden oder in Deutschland ihren Wohnsitz behalten.

191 Das Statistische Bundesamt gibt in seiner Publikation „Deutsche Studierende im Ausland – Statistischer Überblick 2003–2013“ jährlich jeweils die Zahlen für den zwei Jahre zuvor liegenden Berichtszeitraum.

192 Vgl. dazu die Pressemitteilung Nr. 469 des Statistischen Bundesamtes vom 16. Dezember 2015.

193 Vgl. Woisch/Willige 2015.

194 Seit Mitte der 1980er Jahre hat sich der Stellenwert eines Auslandsstudiums für die künftigen Berufsaussichten im Urteil der Studierenden überproportional erhöht. Zur Einschätzung des Nutzens eines Auslandsstudiums vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung 2010: 41 f.

Tabelle 4-2: Deutsche Studierende im Ausland in den Jahren von 2003 bis 2013

| Studienland | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 |
|--|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|---------------------|
| Österreich | 6.151 | 7.069 | 10.174 | 11.961 | 14.789 | 20.019 | 23.706 | 27.350 | 30.574 | 32.192 | 26.536 ¹ |
| Niederlande | 6.479 | 8.604 | 11.896 | 13.988 | 16.550 | 18.972 | 20.805 | 23.831 | 25.028 | 25.019 | 23.123 |
| Vereinigtes Königreich | 10.760 | 11.040 | 11.600 | 12.145 | 11.670 | 12.895 | 13.970 | 14.950 | 15.025 | 13.720 | 15.700 |
| Schweiz | 6.716 | 7.132 | 7.839 | 8.868 | 9.836 | 11.005 | 12.388 | 13.436 | 13.916 | 14.352 | 14.851 |
| Vereinigte Staaten | 8.745 | 8.640 | 8.829 | 8.656 | 8.907 | 9.679 | 9.548 | 9.458 | 9.347 | 9.819 | 10.160 |
| Frankreich | 6.496 | 6.509 | 6.867 | 6.939 | 6.787 | 6.071 | 6.213 | 6.252 | 6.147 | 6.400 | 6.654 |
| China | 1.280 | 2.187 | 2.736 | 3.090 | 3.554 | 4.417 | 4.239 | 4.800 | 5.451 | 6.271 | 6.270 |
| sonstige Studienländer | 17.622 | 14.827 | 16.548 | 17.859 | 19.243 | 21.565 | 24.062 | 26.272 | 27.972 | 28.187 | 134.500 |
| Insgesamt | 64.249 | 66.008 | 76.489 | 83.506 | 91.336 | 104.623 | 114.931 | 126.349 | 133.460 | 135.960 | 134.500 |
| hochgerechnete Zahl der deutschen Studierenden im Ausland | 64.800 | 66.400 | 77.100 | 84.100 | 92.200 | 105.600 | 116.200 | 128.800 | 136.000 | 138.500 | 134.500 |

Quelle: Statistisches Bundesamt

- 1) Ab dem Berichtsjahr 2013 wurde in Österreich die Definition der Studierenden aus dem Ausland umgestellt, und zwar von der Staatsangehörigkeit auf die UOE-Definition (UOE= UNESCO, OECD, Eurostat) der international mobilen Studierenden nach Herkunftsland. Bedingt dadurch liegt die Zahl der deutschen Studierenden 2013 nur noch bei 26.536 Personen (vgl. Statistisches Bundesamt 2015).

Im Jahr 2013 wurden die meisten deutschen Hochschulabsolventen in den Niederlanden registriert (6.207 Absolventen). Im Vereinigten Königreich schlossen 6.160 deutsche Studierende ihr Studium ab, in Österreich 4.165 und in der Schweiz 3.362.

4.2.1 Fortzüge nach Zielländern

Von den 138.273 Fortzügen von Deutschen im Jahr 2015 entfielen 55.644 (40,2%) auf die EU-Staaten (EU-28). In die Vereinigten Staaten zogen 13.438 Deutsche (9,7%) (vgl. Abbildung 4-5 und Tabelle 4-3), aber gleichzeitig kehrten 10.159 Deutsche aus den Vereinigten Staaten zurück nach Deutschland. Hauptzielland deutscher Staatsangehöriger im Jahr 2015 war jedoch – wie bereits seit 2005 – die Schweiz mit 18.266 Fortzügen (13,2%). Nachdem die Zahl der Fortzüge von Deutschen in die Schweiz seit Anfang der 1990er Jahre bis 2008 kontinuierlich angestiegen war, zogen in den Folgejahren deutlich weniger Deutsche in die Schweiz (2014: 19.930 Fortzüge). 7,4% der Fortzüge deutscher Staatsangehöriger im Jahr 2015 wurden in Richtung Österreich (10.239 Fortzüge) registriert, gefolgt von Fortzügen in das Vereinigte Königreich (8.917 Fortzüge bzw. 6,4%) und in die Türkei (6.750 Fortzüge bzw. 4,9%).

4.2.2 Fortzüge nach Altersgruppen

Mehr als die Hälfte der Deutschen, die im Jahr 2015 ins Ausland gezogen sind, war zwischen 25 und 49 Jahre alt (53,6%) (vgl. Abbildung 4-6). Weniger als ein Fünftel war jünger als 18 Jahre (18,2%). 5,7% aller deutschen Abwanderer waren 65 Jahre und älter.

Bei Deutschen, die im Jahr 2015 ihren Wohnsitz nach Spanien verlagerten, waren dies jedoch 14,5% (vgl. Tabellen 4-12 und 4-13 im Anhang). Diese Zahlen weisen darauf hin, dass Spanien in den letzten Jahren auch für Deutsche vermehrt das Ziel von Ruhesitzwanderung wurde. Bei deutschen Staatsangehörigen, die nach Thailand zogen, betrug der Anteil der über 65-Jährigen sogar 18,2%. Allerdings lassen die geringen absoluten Zahlen der Wanderungsstatistik bei den über 65-Jährigen auch vermuten, dass sich viele Deutsche, die möglicherweise vorübergehend ihren Ruhestand im Ausland genießen, in Deutschland nicht abmelden. Dagegen war der Anteil der Minderjährigen bei den Deutschen, die in der Regel mit den Eltern in die Türkei (41,7%) zogen, überproportional hoch.

Tabelle 4-3: Fortzüge deutscher Staatsangehöriger nach Zielland von 1993 bis 2015

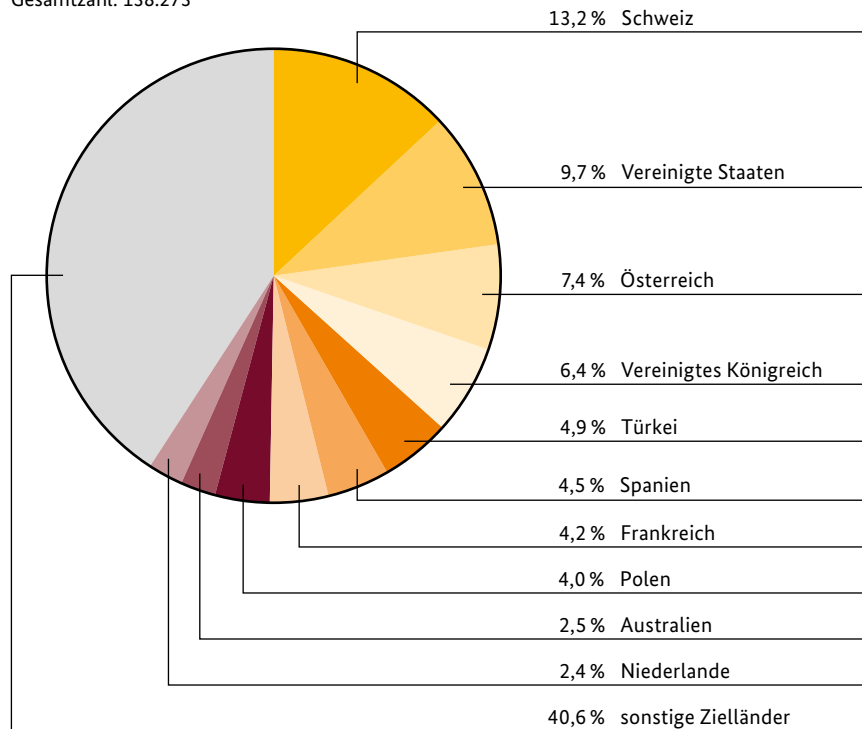
| Zielland | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 ¹ | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 |
|------------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|-------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|
| Belgien | 2.515 | 2.908 | 2.787 | 2.695 | 2.649 | 2.646 | 2.582 | 2.230 | 2.285 | 2.465 | 2.471 | 2.584 | 2.491 | 2.638 | 2.593 | 2.608 | 2.429 | 2.283 | 2.138 | 2.031 | 2.278 | 2.150 | 2.123 |
| Frankreich | 7.085 | 7.766 | 7.580 | 7.114 | 6.873 | 7.058 | 6.875 | 6.603 | 6.630 | 6.875 | 6.864 | 7.270 | 7.316 | 7.572 | 7.346 | 7.988 | 7.317 | 6.559 | 6.638 | 6.245 | 6.327 | 6.357 | 5.863 |
| Italien | 2.579 | 2.798 | 2.633 | 2.563 | 2.821 | 3.030 | 2.871 | 3.077 | 3.013 | 3.264 | 3.083 | 3.448 | 3.435 | 3.437 | 3.405 | 3.645 | 3.277 | 2.806 | 2.789 | 2.481 | 2.612 | 2.472 | 2.297 |
| Niederlande | 6.153 | 5.510 | 5.006 | 4.514 | 4.240 | 4.261 | 3.709 | 3.665 | 3.875 | 3.660 | 3.345 | 3.571 | 3.404 | 3.554 | 3.697 | 4.282 | 3.906 | 3.462 | 3.404 | 3.200 | 3.193 | 3.418 | 3.384 |
| Österreich | 3.811 | 4.277 | 4.337 | 4.372 | 4.415 | 4.766 | 5.346 | 5.225 | 5.630 | 6.279 | 6.903 | 8.532 | 9.314 | 10.345 | 11.201 | 13.336 | 11.818 | 10.831 | 11.073 | 11.022 | 11.222 | 10.789 | 10.239 |
| Polen | 3.034 | 4.564 | 6.310 | 7.228 | 8.891 | 9.953 | 10.935 | 10.968 | 11.420 | 11.084 | 10.262 | 9.658 | 9.229 | 9.090 | 10.451 | 13.711 | 12.049 | 9.434 | 7.602 | 6.180 | 6.616 | 6.254 | 5.536 |
| Spanien | 3.978 | 4.776 | 5.071 | 5.455 | 6.322 | 7.357 | 7.208 | 6.750 | 6.697 | 6.767 | 6.769 | 7.196 | 7.317 | 8.149 | 8.991 | 9.245 | 7.836 | 6.705 | 6.685 | 5.997 | 5.975 | 6.155 | 6.216 |
| Vereinigtes Königreich | 4.050 | 4.794 | 5.024 | 5.269 | 5.885 | 6.119 | 6.031 | 5.760 | 5.596 | 5.806 | 6.264 | 7.842 | 9.012 | 9.395 | 9.996 | 10.706 | 9.112 | 8.530 | 8.385 | 7.802 | 8.155 | 8.707 | 8.917 |
| Norwegen | 266 | 343 | 357 | 341 | 440 | 724 | 750 | 659 | 659 | 821 | 858 | 886 | 991 | 1.469 | 2.485 | 2.973 | 2.086 | 1.564 | 1.506 | 1.364 | 1.310 | 1.298 | 1.168 |
| Schweiz | 4.642 | 4.987 | 5.304 | 5.340 | 5.428 | 6.174 | 6.968 | 7.998 | 9.092 | 10.703 | 11.225 | 12.818 | 14.409 | 18.007 | 23.459 | 29.139 | 24.624 | 22.034 | 22.540 | 20.826 | 21.435 | 19.930 | 18.266 |
| Türkei | 829 | 811 | 908 | 1.081 | 1.142 | 1.113 | 1.187 | 1.339 | 1.384 | 1.307 | 1.602 | 2.125 | 2.795 | 3.451 | 3.826 | 4.609 | 4.633 | 4.735 | 5.285 | 5.459 | 6.162 | 6.793 | 6.750 |
| Südafrika | 1.037 | 1.143 | 1.089 | 1.019 | 1.154 | 996 | 786 | 804 | 960 | 973 | 1.074 | 1.009 | 1.068 | 1.087 | 1.231 | 1.147 | 1.049 | 1.087 | 1.094 | 984 | 1.100 | 1.071 | 930 |
| Brasilien | 1.001 | 1.059 | 1.135 | 1.123 | 1.165 | 1.267 | 1.116 | 1.008 | 1.071 | 1.069 | 1.114 | 1.155 | 1.371 | 1.300 | 1.352 | 1.446 | 1.448 | 1.552 | 1.587 | 1.588 | 1.641 | 1.538 | 1.338 |
| Kanada | 1.836 | 1.951 | 2.085 | 1.915 | 1.831 | 1.930 | 2.047 | 2.092 | 1.926 | 2.023 | 2.442 | 2.511 | 3.029 | 3.831 | 4.480 | 5.605 | 4.258 | 3.318 | 2.923 | 2.692 | 2.604 | 2.530 | 2.200 |
| Vereinigte Staaten | 12.766 | 13.904 | 13.270 | 13.420 | 14.259 | 14.518 | 15.312 | 13.855 | 13.485 | 13.047 | 12.325 | 12.976 | 13.569 | 13.750 | 14.385 | 15.436 | 13.445 | 12.986 | 13.053 | 12.803 | 13.532 | 14.240 | 13.438 |
| China | 352 | 428 | 523 | 638 | 773 | 948 | 816 | 812 | 864 | 1.014 | 1.133 | 1.696 | 2.028 | 2.294 | 2.295 | 2.553 | 2.279 | 2.578 | 2.910 | 2.928 | 2.802 | 2.859 | 2.729 |
| Thailand | 461 | 556 | 606 | 648 | 685 | 664 | 647 | 627 | 621 | 659 | 715 | 885 | 1.064 | 1.105 | 1.201 | 1.386 | 1.505 | 1.553 | 1.507 | 1.540 | 1.716 | 1.847 | 1.669 |
| Australien | 1.213 | 1.327 | 1.358 | 1.395 | 1.499 | 1.456 | 1.470 | 1.389 | 1.614 | 1.715 | 1.923 | 2.190 | 2.512 | 2.944 | 3.317 | 3.674 | 3.554 | 3.662 | 3.345 | 3.154 | 3.319 | 3.519 | 3.523 |
| Gesamt | 104.653 | 138.280 | 130.672 | 118.430 | 109.903 | 116.403 | 116.410 | 111.244 | 109.507 | 117.683 | 127.267 | 150.667 | 144.815 | 155.290 | 161.105 | 174.759 | 154.988 | 141.000 | 140.132 | 133.232 | 140.282 | 148.636 | 138.273 |

Quelle: Statistisches Bundesamt

1) Die Fortzugszahlen für Deutsche für das Jahr 2004 sind aufgrund von Korrekturen im Land Hessen überhöht.

Abbildung 4-5: Fortzüge von Deutschen nach Zielländern im Jahr 2015

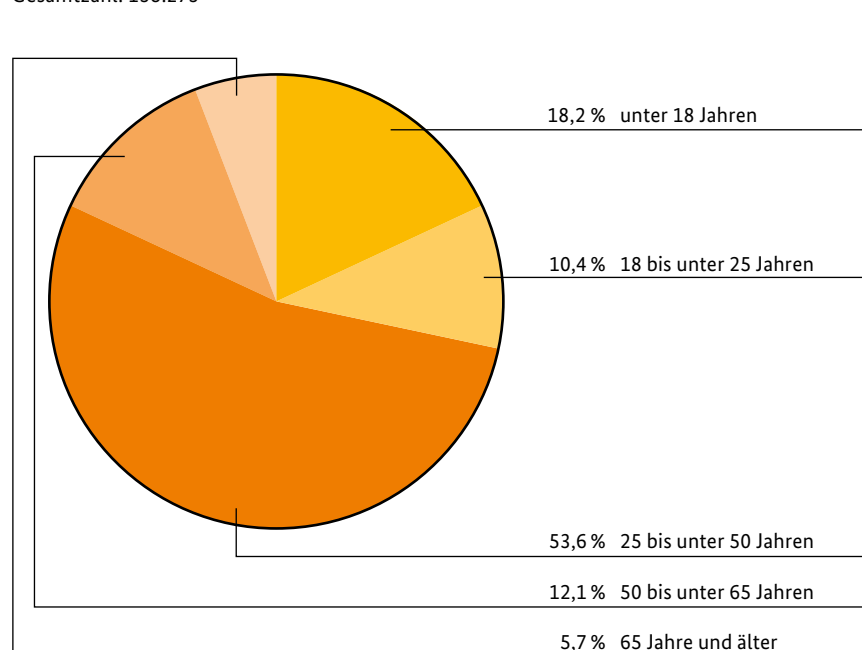
Gesamtzahl: 138.273



Quelle: Statistisches Bundesamt

Abbildung 4-6: Fortzüge von Deutschen nach Altersgruppen im Jahr 2015

Gesamtzahl: 138.273



Quelle: Statistisches Bundesamt

4.2.3 Abwanderung von Arbeitskräften

Aus der Zu- und Fortzugsstatistik lässt sich nicht herauslesen, zu welchem Zweck und für wie lange deutsche Staatsangehörige das Bundesgebiet verlassen. Es existieren jedoch einige Statistiken, die Personen erfassen, die zum Zweck der Arbeitsaufnahme für einige Zeit aus Deutschland fortziehen. Sie bilden aber nur einen Teil der Personen ab, die aus Deutschland abwandern, um in einem anderen Land eine Beschäftigung aufzunehmen.

Zahlen liegen etwa zur Abwanderung von Ärzten aus Deutschland vor. Diese werden jährlich von der Bundesärztekammer im Rahmen der Ärztestatistik veröffentlicht.¹⁹⁵

Tabelle 4-4: Abwanderung von Ärzten aus Deutschland in den Jahren von 2001 bis 2015

| Jahr | Anzahl |
|------|--------|
| 2001 | 1.437 |
| 2002 | 1.691 |
| 2003 | 1.992 |
| 2004 | 2.731 |
| 2005 | 2.249 |
| 2006 | 2.575 |
| 2007 | 2.439 |
| 2008 | 3.065 |
| 2009 | 2.486 |
| 2010 | 3.241 |
| 2011 | 3.410 |
| 2012 | 2.241 |
| 2013 | 3.035 |
| 2014 | 2.364 |
| 2015 | 2.143 |

Quelle: Bundesärztekammer

Im Jahr 2015 ist die Abwanderung von Ärzten aus Deutschland im Vergleich zum Vorjahr um 9,3% auf 2.143 Ärzte gesunken (2014: 2.364) (vgl. Tabelle 4-4). Von den im Jahr 2015 ins Ausland abgewanderten Ärzten besaßen 58,4% die deutsche Staatsangehörigkeit (Anteil 2014: 60,5%). Das beliebteste Zielland der abgewanderten Ärzte im Jahr 2015 war wie im Jahr zuvor die Schweiz (insgesamt 629 Ärzte, darunter 516 Deutsche), vor Österreich (insgesamt 264 Ärzte, darunter 89 Deutsche) und den Vereinigten Staaten (insgesamt 104 Ärzte, darunter 83 Deutsche).¹⁹⁶ In einen anderen Staat der EU zogen insgesamt 822 Ärzte, darunter 301 Deutsche.

Eine weitere Datenquelle stellen die vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) publizierten Daten zum internationalen Austausch von Wissenschaftlern dar.¹⁹⁷ Dabei handelt es sich ausschließlich um Informationen über den unmittelbar geförderten Wissenschaftler-austausch. Die ausgewiesenen Daten geben deshalb nur Auskunft über einen Teil des gesamten Wissenschaftler-austauschs zwischen Deutschland und anderen Ländern. In Deutschland gibt es keine Institution, die Daten zu Forschungsaufenthalten im Ausland zentral erfasst. Die Gesamtzahl der deutschen Wissenschaftler im Ausland dürfte insofern deutlich höher liegen.

Nachdem sich die Erfassung der geförderten deutschen Gastwissenschaftler im Ausland im Jahr 2013 geändert hat, ist aufgrund der eingeschränkten Vergleichbarkeit eine Fortsetzung der bisherigen Zeitreihen zur Mobilitätsentwicklung deutscher Wissenschaftler nicht mehr möglich. Rückwirkend konnten jedoch entsprechend der neuen Erfassungsmethode Zahlen für die Jahre ab 2011 zur Verfügung gestellt werden. Mit der neuen Methode ist nun besser gewährleistet, dass ausschließlich deutsche Wissenschaftler erfasst werden, die einen geförderten temporären Aufenthalt im Ausland absolvieren. Zudem wurden weitere Förderprogramme in die Erhebung einbezogen.¹⁹⁸

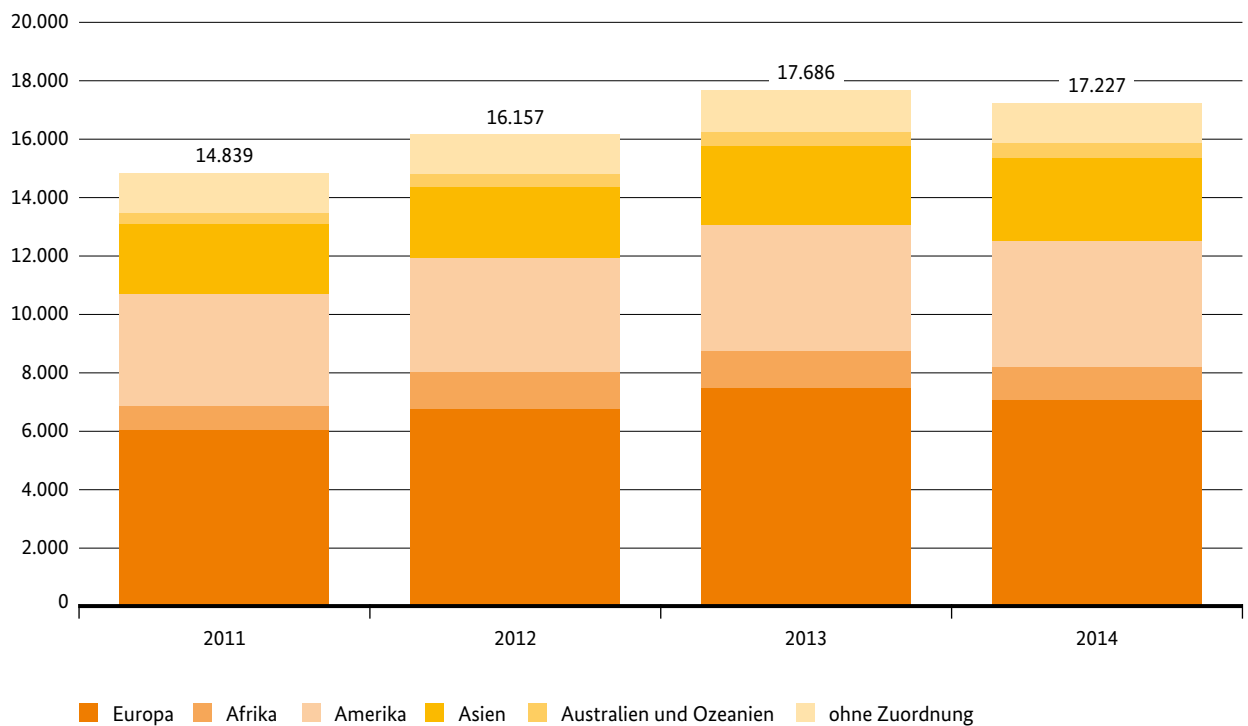
¹⁹⁵ Die folgenden Daten basieren für die Jahre bis 2007 auf Meldungen von 15 Ärztekammern, die um eine Hochrechnung für die fehlenden zwei Kammern ergänzt wurden. Ab dem Jahr 2008 liegen Daten aller 17 Ärztekammern vor.

¹⁹⁶ Gleichzeitig stieg die Zahl ausländischer Ärzte in Deutschland im Jahr 2015 um 2.943 (+7,4% im Vergleich zum Vorjahr) auf 42.604. 22.802 Ärzte stammen aus den anderen Staaten der EU. Bei den ausländischen Medizinerinnen handelt es sich sowohl um zugewanderte Ärzte als auch um ausländische Personen, die ihr Medizinstudium in Deutschland abgeschlossen und hier ihre Approbation erhalten haben. Der größte Zuwachs konnte bei syrischen (+493) und serbischen (+206) Ärzten verzeichnet werden.

¹⁹⁷ Vgl. DAAD/DZHW 2016.

¹⁹⁸ Vgl. dazu ausführlich DAAD/DZHW 2016: 145 ff.

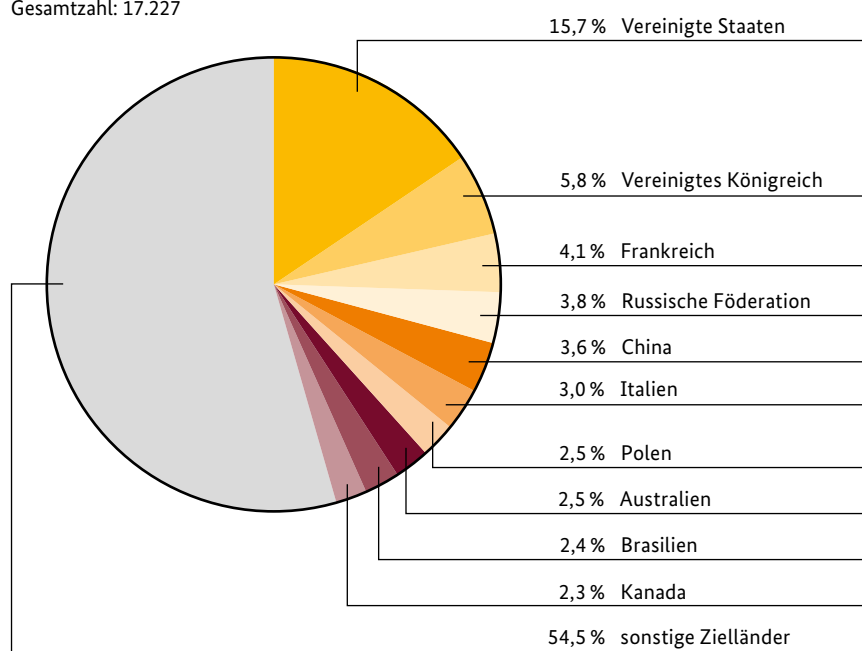
Abbildung 4-7: Deutsche Wissenschaftler im Ausland nach Zielkontinenten von 2011 bis 2014



Quelle: Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD)

Abbildung 4-8: Deutsche Wissenschaftler im Ausland nach Zielland im Jahr 2014

Gesamtzahl: 17.227



Quelle: Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD)

Im Jahr 2014 wurde der Aufenthalt von 17.227 deutschen Wissenschaftlern im Ausland gefördert (vgl. Abbildung 4-7). Dies bedeutet einen Rückgang um 2,6% im Vergleich zum Vorjahr (17.686 geförderte deutsche Wissenschaftler). 44,6% der Auslandsaufenthalte deutscher Wissenschaftler finden in einem anderen europäischen Land statt, 27,1% in einem amerikanischen Land.

Bezogen auf einzelne Länder bevorzugt der größte Teil der deutschen Wissenschaftler einen Forschungsaufenthalt in den Vereinigten Staaten (15,7% bzw. 2.702 Wissenschaftler im Jahr 2014) (vgl. Abbildung 4-8 und Tabelle 4-14 im Anhang). Weitere beliebte Zielländer deutscher Wissenschaftler sind das Vereinigte Königreich (5,8%), Frankreich (4,1%), die Russische Föderation (3,8%), China (3,6%) und Italien (3,0%).

Fast ein Drittel (29,0%) der deutschen Wissenschaftler, die 2014 einen Forschungsaufenthalt im Ausland verbrachten und einer Fächergruppe zuzuordnen sind, arbeitete im Bereich der Sprach- und Kulturwissenschaften. 31,9% sind in einem mathematischen oder naturwissenschaftlichen Fach beschäftigt und weitere 18,4% sind in Gebieten der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften tätig (vgl. Tabelle 4-5).¹⁹⁹

85,7% der deutschen Wissenschaftler, deren Auslandsaufenthalt im Jahr 2014 durch eine Förderorganisation unterstützt wurde und deren Aufenthaltsdauer erfasst wurde, hielten sich weniger als ein Jahr im Ausland auf, 55,3% sogar weniger als einen Monat. Dagegen hält sich nur ein kleiner Teil länger als drei Jahre im Ausland auf (1,5%) (vgl. Tabelle 4-6).

Eine Studie zu deutschen Aus- und Rückwanderern²⁰⁰ kommt zu dem Ergebnis, dass sowohl deutsche Auswanderer als auch Rückwanderer überdurchschnittlich gut qualifiziert sind, eine dauerhafte Abwanderung von hochqualifizierten Deutschen in größerem Umfang jedoch nicht festzustellen ist.

Dieses Ergebnis deckt sich mit verschiedenen Studien²⁰¹ der letzten Jahre, die übereinstimmend zu dem Ergebnis kommen, dass ein Großteil der hochqualifizierten Deutschen nach einem mehr oder weniger langen Auslandsaufenthalt wieder nach Deutschland zurückkehrt. Insbesondere bei Personen mit einem Hochschulabschluss oder einem akademischen Grad sowie bei Wissenschaftlern und Forschern ist die Rückkehrbereitschaft überdurchschnittlich ausgeprägt.

Die erhöhte Mobilität von Deutschen ist Ausdruck der fortschreitenden Globalisierung. Ein temporärer Auslandsaufenthalt zum Zweck des Studiums oder der Beschäftigung wird immer selbstverständlicher und geht in der Regel mit einem Gewinn an sozialem und kulturellem Kapital sowie an beruflichen Kenntnissen einher. Die zunehmende Mobilität und internationale Vernetzung kommt auch dem Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Deutschland zugute.

¹⁹⁹ Bezogen auf alle deutschen Wissenschaftler im Ausland mit einer Angabe zur Fächergruppe.

²⁰⁰ Vgl. Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration 2015. Für die Studie wurde eine Stichprobe von 3.000 Aus- und 4.500 Rückwanderern über zwölf kommunale Meldebehörden deutscher Großstädte gezogen. Es wurde eine Online-Befragung durchgeführt; die Antworten von 800 Auswanderern sowie von 900 Rückwanderern konnten ausgewertet werden. Die Ergebnisse der Befragung sind zwar nicht repräsentativ für die Gesamtheit der Aus- und Rückwanderer, können aber Hinweise zu den soziostrukturellen Merkmalen und den Migrationsmotiven deutscher Aus- und Rückwanderer liefern.

²⁰¹ Vgl. Liebau/Schupp 2010 sowie Ette/Sauer 2010.

Tabelle 4-5: Deutsche Wissenschaftler im Ausland nach Fächergruppen im Jahr 2014

| Aufenthaltsdauer | Deutsche Wissenschaftler im Ausland | |
|---|-------------------------------------|----------|
| | absolut | in % |
| Sprach- und Kulturwissenschaften, Sport | 3.541 | 29,0 |
| Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften | 2.247 | 18,4 |
| Mathematik, Naturwissenschaften | 3.902 | 31,9 |
| Humanmedizin, Gesundheitswissenschaften | 533 | 4,4 |
| Veterinärmedizin, Agrar- und Ernährungswissenschaften | 341 | 2,8 |
| Ingenieurwissenschaften | 1.422 | 11,6 |
| Kunst, Kunstwissenschaften | 242 | 2,0 |
| mit Angabe zu Fächergruppen insgesamt | 12.228 | 100,0 |
| ohne Zuordnung zu Fächergruppen | 4.999 | - |
| Ausland insgesamt | 17.227 | - |

Quelle: Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD)

Tabelle 4-6: Deutsche Wissenschaftler im Ausland nach Aufenthaltsdauer im Jahr 2014

| Aufenthaltsdauer | Deutsche Wissenschaftler im Ausland | |
|---|-------------------------------------|----------|
| | absolut | in % |
| bis 6 Monate | 11.344 | 76,1 |
| 7 bis 12 Monate | 1.432 | 9,6 |
| 1 bis 2 Jahre | 1.104 | 7,4 |
| 2 bis 3 Jahre | 809 | 5,4 |
| über 3 Jahre | 218 | 1,5 |
| mit Angabe zur Aufenthaltsdauer insgesamt | 14.907 | 100,0 |
| ohne Angabe der Aufenthaltsdauer | 2.320 | - |
| Ausland insgesamt | 17.227 | - |

Quelle: Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD)

5

Migrationsgeschehen im europäischen Vergleich

5.1 Zu- und Abwanderung

Bei der Betrachtung des Migrationsgeschehens in den Staaten der Europäischen Union sowie in der Schweiz und Norwegen ist zu berücksichtigen, dass bis zum Jahr 2009 die Vergleichbarkeit der Wanderungszahlen erheblich eingeschränkt war. Unterschiedliche Definitionskriterien und damit die uneinheitliche Erfassung des Migrationsgeschehens führten dazu, dass eine Gegenüberstellung der Zu- und Abwanderungszahlen in den Statistiken der einzelnen Länder zum Teil zu erheblichen Abweichungen führte.²⁰²

Am 14. März 2007 hat das Europäische Parlament dem Vorschlag der Europäischen Kommission für die EG-Verordnung über Gemeinschaftsstatistiken in den Bereichen Migration und internationaler Schutz zugestimmt. Am 12. Juni 2007 wurde dieser vom Rat der Europäischen Union²⁰³ angenommen. Ziel dieser Verordnung ist die Verbesserung der Informationen über das Migrationsgeschehen auf europäischer Ebene und eine verbesserte Vergleichbarkeit der jeweiligen Wanderungsstatistiken

durch die Verwendung einheitlicher Definitionen und Erfassungskriterien.

In der Verordnung werden die Begriffe Zuwanderung und Abwanderung in Anlehnung an die Empfehlungen der UN wie folgt definiert:

- Zuwanderung ist die Handlung, durch die *eine Person* ihren üblichen Aufenthaltsort für einen Zeitraum von mindestens zwölf Monaten bzw. von voraussichtlich mindestens zwölf Monaten in das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats verlegt, nachdem sie zuvor ihren üblichen Aufenthaltsort in einem anderen Mitgliedstaat oder einem Drittstaat hatte.²⁰⁴
- Abwanderung ist die Handlung, durch die *eine Person*, die zuvor ihren üblichen Aufenthaltsort im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats hatte, ihren üblichen Aufenthaltsort in diesem Mitgliedstaat für einen Zeitraum von mindestens zwölf Monaten bzw. von voraussichtlich mindestens zwölf Monaten aufgibt.

Diese Definition grenzt sich durch die (beabsichtigte) Aufenthaltsdauer von mindestens einem Jahr von der Definition in der amtlichen Wanderungsstatistik in Deutschland ab (vgl. Kap. 1). Damit sind temporäre Formen der Migration (z. B. Saisonarbeitnehmer) in der Regel nicht erfasst, weshalb die folgenden Zahlen für Deutschland ab dem Jahr 2009 sowohl für die Zu- als auch für die Fortzüge geringer sind als im Kapitel 1 dargestellt.

²⁰² So waren die Definitions- und Erfassungskriterien für das Merkmal „Migrant international“ nicht einheitlich. In einigen Staaten wurde beispielsweise eine Aufenthaltsdauer von mindestens einem Jahr im Zielland vorausgesetzt, so dass temporäre Formen der Migration (z. B. Saisonarbeitnehmer) in den Wanderungsstatistiken dieser Länder nicht erfasst waren. Manche Staaten nahmen die faktische Aufenthaltsdauer, andere die beabsichtigte Dauer des Aufenthalts zum Maßstab. In Deutschland wurden dagegen ausschließlich die Wohnortwechsel über die Grenzen (Wohnsitznahme) registriert. Vgl. dazu Lederer 2004: 80f.

²⁰³ Verordnung (EG) Nr. 862/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 zu Gemeinschaftsstatistiken über Wanderung und internationalen Schutz, EU Amtsblatt L 199.

²⁰⁴ Hält sich eine Person nach Einreise mindestens ein Jahr im Zielland auf, spricht man auch von „long-term migrant“. Bei einer Aufenthaltsdauer zwischen drei und zwölf Monaten spricht man dagegen von „short-term migrants“.

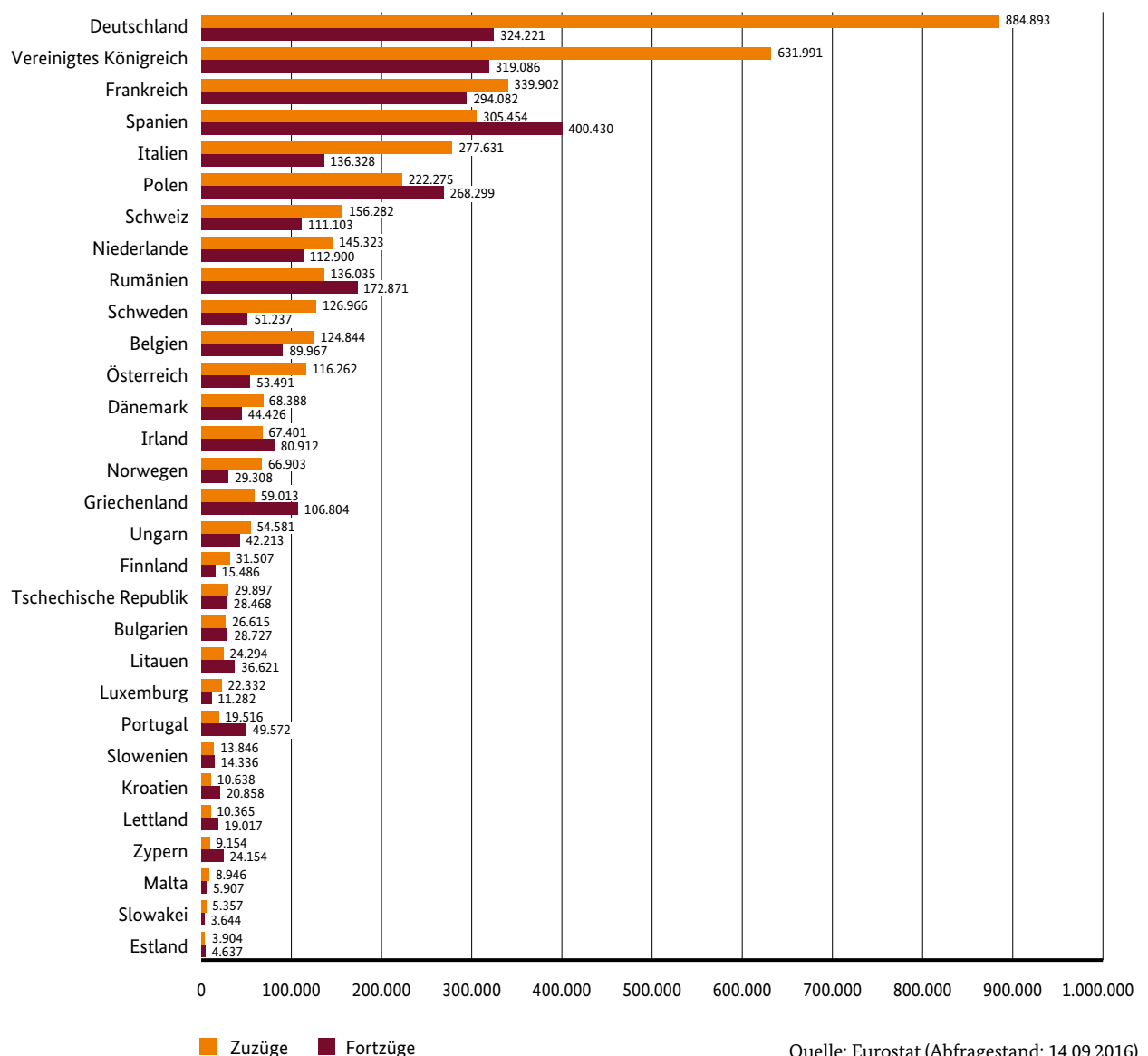
Seit 2009 weisen beinahe sämtliche EU-Länder die Zu- und Abwanderung nach der Empfehlung der UN aus (vgl. Tabelle 5-2 und 5-3 im Anhang). Nachfolgend werden ab 2009 nur noch diese Zu- und Abwanderungszahlen dargestellt. Neben den EU-Staaten wird auch das Wanderungsgeschehen der Schweiz und Norwegens als relevante Zuwanderungsländer in Europa mit einbezogen. Nachfolgend werden sowohl die absoluten Zu- und Abwanderungszahlen der einzelnen Länder als auch die Zu- und Fortzüge im Verhältnis zur Bevölkerungsgröße dargestellt.

Seit Beginn der 1990er Jahre sind insbesondere die westlichen Industrienationen verstärkt das Ziel von Zuwanderung geworden. Fast alle alten Staaten der Europäischen Union (EU-15) hatten seit 1996 einen positiven Wanderungssaldo.

In Deutschland wurde allerdings 2008 erstmals seit 1984 wieder ein negativer Wanderungssaldo verzeichnet (2008: -56.000). Dies ist insbesondere auf den deutlichen Wanderungsverlust bei deutschen Staatsangehörigen zurückzuführen, bei Ausländern wurde auch 2008 ein leichter Wanderungsüberschuss registriert (vgl. dazu ausführlich Kap. 1.2).²⁰⁵ In den Folgejahren fiel der Wanderungssaldo in Deutschland (nach UN-Definition) wieder deutlich positiv aus (2013 +433.000; 2014: +561.000).

²⁰⁵ Zudem ist zu berücksichtigen, dass aufgrund der bundesweiten Einführung der persönlichen Steuer-Identifikationsnummer im Jahr 2008 umfangreiche Bereinigungen der Melderegister vorgenommen wurden, die zu zahlreichen Abmeldungen von Amts wegen und damit zu „überhöhten“ Fortzugszahlen in den Jahren 2008 und 2009 im Vergleich zu den Vorjahren geführt haben.

Abbildung 5-1: Zu- und Abwanderung (nach UN-Definition) im Jahr 2014 in ausgewählten Staaten der EU sowie in der Schweiz und Norwegen



In Irland wurde seit dem Jahr 2009 durchgängig ein Wanderungsverlust registriert (2014: -13.500). Ursache hierfür ist u. a. die Rück- bzw. Weiterwanderung von EU-8 Staatsangehörigen, die in den Vorjahren verstärkt zum Zweck der Arbeitsaufnahme nach Irland zuwanderten. Irland hatte neben dem Vereinigten Königreich und Schweden Staatsangehörigen aus den im Jahr 2004 der EU beigetretenen Ländern (EU-8 Staaten ohne Malta und Zypern) von Anfang an den uneingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglicht.

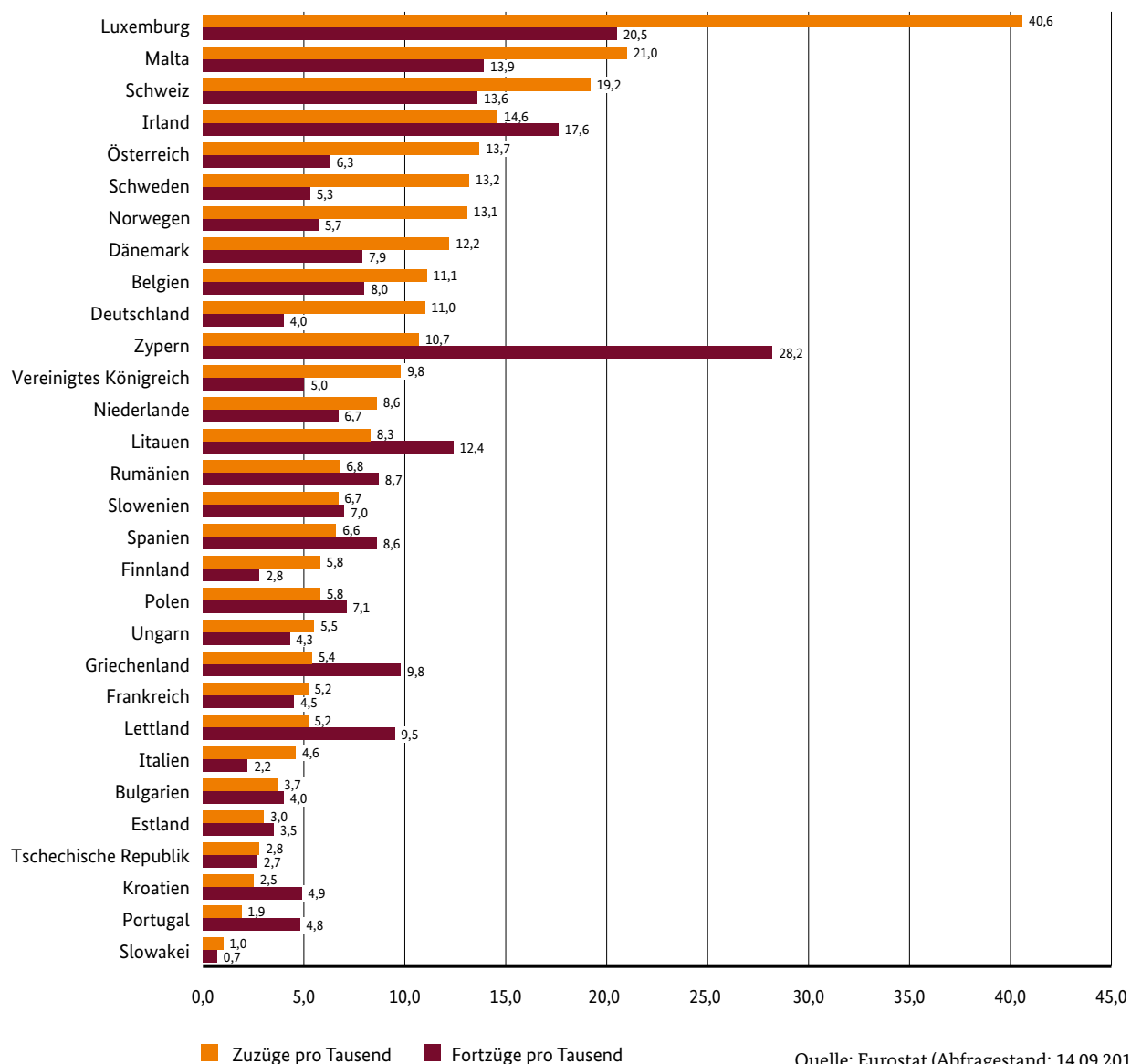
Die südeuropäischen Länder sind aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise wieder vermehrt von Abwanderung betroffen. In Spanien (2014: -95.000) und Griechenland (2014: -48.000) wurden seit 2010 negative Wanderungssalden

registriert, in Portugal seit 2011 (2014: -30.000) (vgl. Tabellen 5-2 und 5-3 im Anhang).

Mit Blick auf die Zuzüge hatte Deutschland im europäischen Vergleich 2014 mit 884.893 Zuzügen die höchste längerfristige Zuwanderung zu verzeichnen (zum Wanderungsgeschehen in Deutschland vgl. ausführlich Kap. 1). Dies ist ein Anstieg um 27,7% im Vergleich zum Vorjahr. Mit 324.221 Fortzügen ergibt sich für Deutschland ein Wanderungsüberschuss von +560.672 Personen.

Das zweitwichtigste Hauptzielland war das Vereinigte Königreich mit 631.991 Zuzügen (+20,1% im Vergleich zum Vorjahr). Die Zahl der Fortzüge aus dem Vereinigten König-

Abbildung 5-2: Zu- und Abwanderung (nach UN-Definition) im Jahr 2014 in ausgewählten Staaten der EU sowie in der Schweiz und Norwegen pro 1.000 der Gesamtbevölkerung



reich betrug 319.086, sodass ein Wanderungsüberschuss von +312.905 Personen verzeichnet wurde.

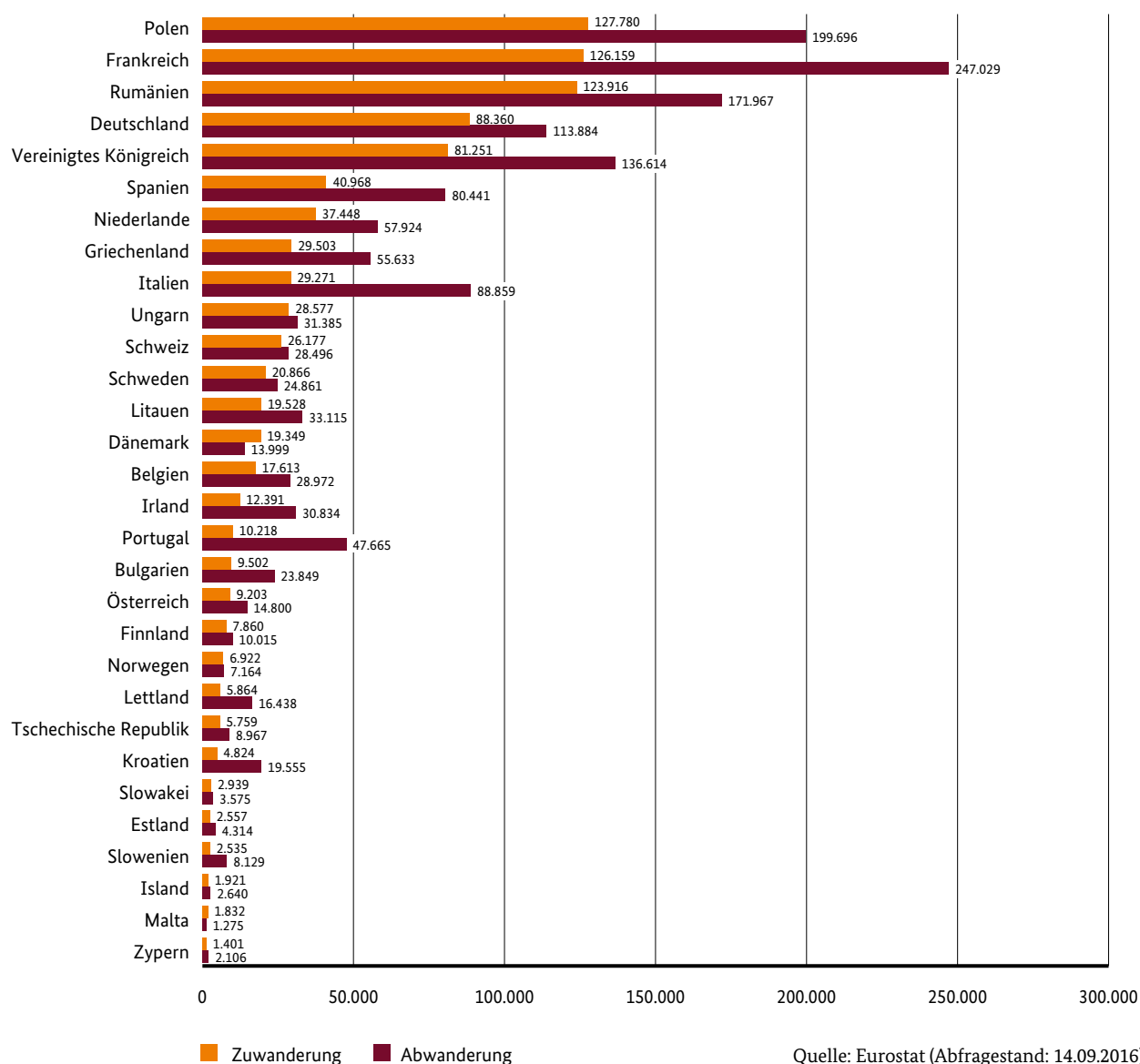
In Frankreich wurde seit 2006 eine relativ konstante Zuwanderung von etwa 300.000 Personen jährlich registriert, mit einem leichten Anstieg in den letzten Jahren (2014: 339.902 Zuzüge). Im Jahr 2014 wurden 294.082 Fortzüge registriert, damit ergibt sich für Frankreich ein Wanderungsüberschuss von +45.820 Personen.

In Spanien, dem europäischen Hauptzielland von 2005 bis 2008, wurde ein Anstieg im Vergleich zum Vorjahr um etwa 25.000 (+8,8%) registriert. Seit dem Höchststand der Zuwanderung im Jahr 2007 (958.266 Zuzüge) war die Zuwanderung nach Spanien – insbesondere aufgrund der

Krise auf dem spanischen Arbeitsmarkt – von 2008 bis 2013 rückläufig (vgl. Tabelle 5-2 im Anhang). Die Zahl der Fortzüge aus Spanien stieg von 68.011 im Jahr 2005 auf 400.430 im Jahr 2014 an, so dass wiederholt ein Wanderungsverlust verzeichnet wurde (-94.976) (vgl. Tabelle 5-3 im Anhang).

Auch Italien, das sich neben Deutschland, dem Vereinigten Königreich, Frankreich und Spanien zu einem der Hauptzielländer von Migranten entwickelte, hatte seit Mitte der 1990er Jahre einen deutlichen Anstieg der Zuwanderungszahlen zu verzeichnen. In Italien wurde im Jahr 2007 mit etwa 558.000 Zuzügen die bis dahin höchste Zahl an Zuwanderern registriert. In den Folgejahren war ein Rückgang bis auf 277.631 im Jahr 2014 festzustellen. Bei gleichzeitig lediglich 136.328 Fortzügen war Italien – nach

Abbildung 5-3: Zu- und Abwanderung von Inländern (nach UN-Definition) im Jahr 2014 in ausgewählten europäischen Staaten



Deutschland und dem Vereinigtem Königreich – das Land mit dem dritthöchsten Wanderungsüberschuss (+141.303).

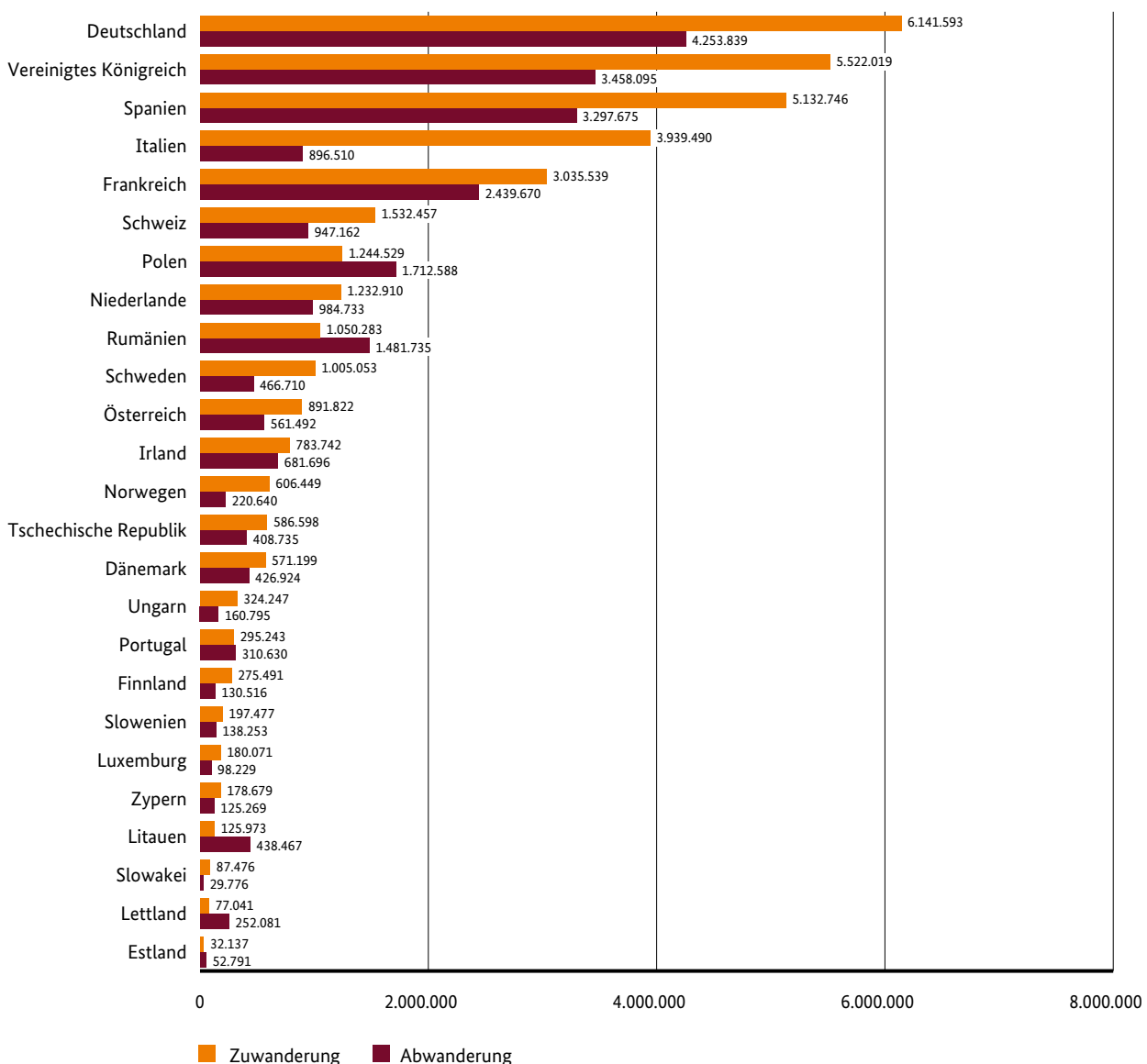
Weitere wichtige Zielländer im Jahr 2014 waren Polen (222.275 Zuzüge), die Schweiz (156.282), die Niederlande (145.323), Rumänien (136.035), Schweden (126.966) und Belgien (124.844).

Deutlich mehr längerfristige Ab- als Zuwanderung wurde neben den südeuropäischen Ländern auch für die osteuropäischen Staaten Polen (-46.024), Rumänien (-36.836) und Litauen (-12.327) registriert (vgl. Abbildung 5-1 und Tabelle 5-3 im Anhang).

Bei einem Vergleich der Zuwanderungszahlen der einzelnen Staaten im Verhältnis zur jeweiligen Bevölkerungsgröße zeigt sich für 2014, dass neben Luxemburg (vor allem Zuzüge von Unionsbürgern), Malta und die Schweiz relativ hohe Zuzugszahlen pro 1.000 Einwohner zu verzeichnen hatten. Eine relativ geringe Pro-Kopf-Zuwanderung wurde für die Slowakei und Portugal registriert (vgl. Abbildung 5-2). Die höchste Pro-Kopf-Abwanderung wurde für Zypern, Luxemburg, Irland, Malta, Schweiz und Litauen festgestellt.

Betrachtet man nur die Zu- und Abwanderung von eigenen Staatsangehörigen (Inländern), so zeigt sich, dass die per Saldo registrierte höhere Abwanderung von Deutschen

Abbildung 5-4: Kumulierte Zu- und Abwanderung von 2005 bis 2014 in ausgewählten Staaten der EU sowie der Schweiz und Norwegen



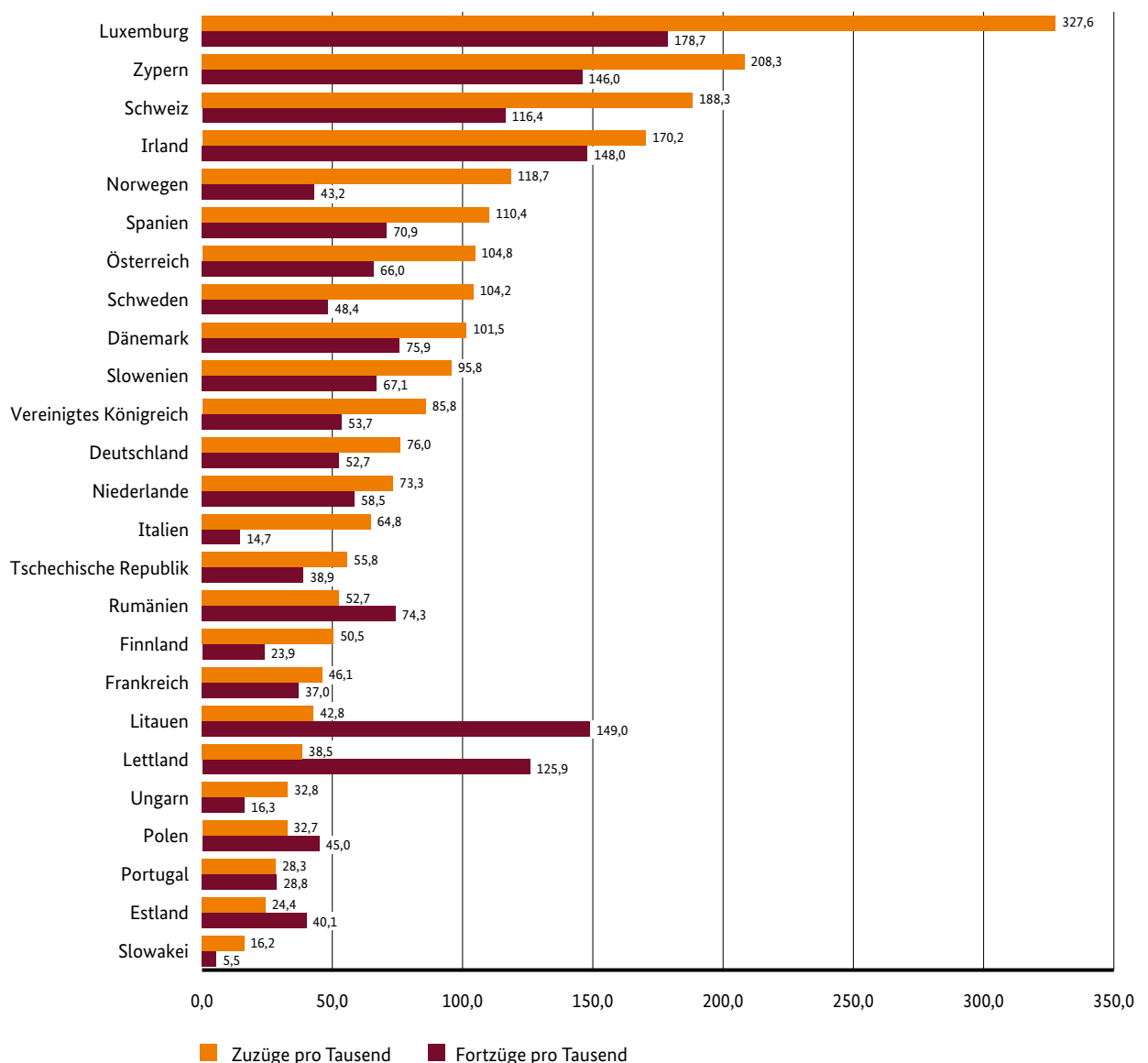
Anmerkung: Ab 2009 Zu- und Abwanderung nach UN-Definition.

Quelle: Eurostat (Abfragestand: 14.09.2016), nationale statistische Ämter

aus Deutschland im europäischen Vergleich nicht die Ausnahme, sondern eher den Normalfall darstellt. In fast allen europäischen Staaten wanderten im Jahr 2014 (zum Teil deutlich) mehr eigene Staatsangehörige ab als zurückkehrten (vgl. Abbildung 5-3 und Tabelle 5-4 im Anhang). Lediglich nach Dänemark und Malta kehrten mehr eigene Staatsangehörige zurück als das Land verließen. Setzt man die Zahl der Fortzüge ins Verhältnis zur Zahl der Zuzüge, so wanderten 2014 fast 5-mal so viele portugiesische Staatsangehörige aus Portugal ab als dorthin zurückzogen. Bei Staatsangehörigen Kroatiens beträgt dieses Verhältnis 4,1:1, bei slowenischen Staatsangehörigen 3,2:1 (vgl. Tabelle 5-4 im Anhang).

Bei der Betrachtung des Anteils der Inländer an der jeweiligen Zu- und Abwanderung zeigt sich, dass es sich bei der Zuwanderung in die süd- und osteuropäischen Staaten überproportional um Rückwanderung eigener Staatsangehöriger handelt. So weist Rumänien mit 91,1% den höchsten Anteil von Inländern an der Zuwanderung auf, gefolgt von Litauen (80,4%), Estland (65,5%) und Polen (57,5%). Die geringsten Anteile von Inländern an der jeweiligen Zuwanderung besitzen Luxemburg (5,9%), Österreich (7,9%) und Deutschland (10,0%). Bei der Abwanderung sind ähnliche strukturelle Entwicklungen sichtbar, jedoch sind die Anteile von Inländern insgesamt etwas höher als bei der Zuwanderung (vgl. Tabelle 5-5 im Anhang).

Abbildung 5-5: Kumulierte Zu- und Abwanderung von 2005 bis 2014 in ausgewählten Staaten der EU sowie der Schweiz und Norwegen pro 1.000 der Gesamtbevölkerung



Anmerkung: Ab 2009 Zu- und Abwanderung nach UN-Definition.

Quelle: Eurostat (Abfragestand: 14.09.2016), nationale statistische Ämter

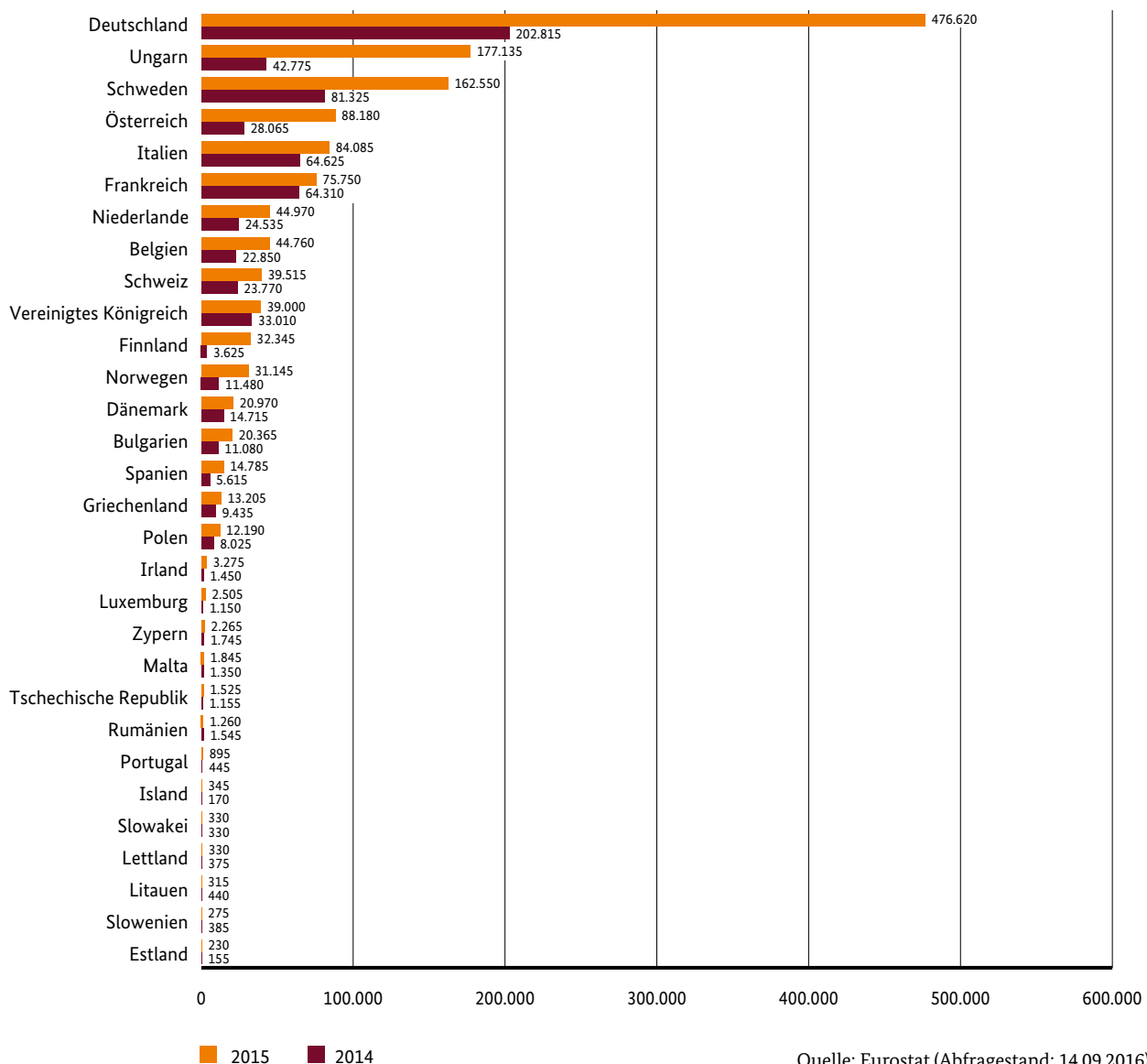
Mittelfristige Entwicklungen lassen sich bei einer Betrachtung des Migrationsgeschehens über mehrere Jahre hinweg aufzeigen. Im Folgenden wird daher die Zu- und Abwanderung der Jahre 2005 bis 2014 kumuliert (vgl. Abbildung 5-4) und in Bezug zur jeweiligen Gesamtbevölkerungszahl des Landes dargestellt (vgl. Abbildung 5-5).

Im Zehn-Jahres-Zeitraum von 2005 bis 2014 verzeichnete Deutschland insgesamt 6,1 Millionen Zuzüge und 4,3 Millionen Fortzüge. Das Vereinigte Königreich als zweitwichtigstes Zielland registrierte in diesem Zeitraum etwa 5,5 Millionen Zuwanderer und 3,5 Millionen Abwanderer (vgl. Abbildung 5-4). Für Spanien bzw. Italien wurden rund 5,1 bzw. 4,0 Millionen Zuwanderer gezählt. Die registrierte Abwanderung aus Italien fiel dagegen eher gering

aus (0,9 Millionen Fortzüge). Nach Frankreich zogen in diesem Zeitraum etwa 3,0 Millionen Personen, in die Schweiz gut 1,5 Millionen Personen. Für Polen, Rumänien und die baltischen Staaten wurden in diesem Zeitraum mehr Abwanderer als Zuwanderer registriert.

Die höchste Pro-Kopf-Zuwanderung in den Jahren von 2005 bis 2015 verzeichnete Luxemburg vor Zypern, der Schweiz, Irland, Norwegen und Spanien (vgl. Abbildung 5-5). Luxemburg und Litauen hatten die höchste Pro-Kopf-Abwanderung, vor Irland, Zypern und Lettland.

Abbildung 5-6: Asylantragsteller im europäischen Vergleich in den Jahren 2014 bis 2015



5.2 Asylzuwanderung

Asylanträge

Im Jahr 2015 wurden in der EU-28 1.321.600 Asylantragsteller (Erst- und Folgeanträge) registriert.²⁰⁶ Damit stieg die Zahl der Asylbewerber im Vergleich zum Vorjahr (2014:

+694.640) deutlich um 110,8% (vgl. Tabelle 5-6 im Anhang). Damit wurde ein historischer Höchstwert erreicht.

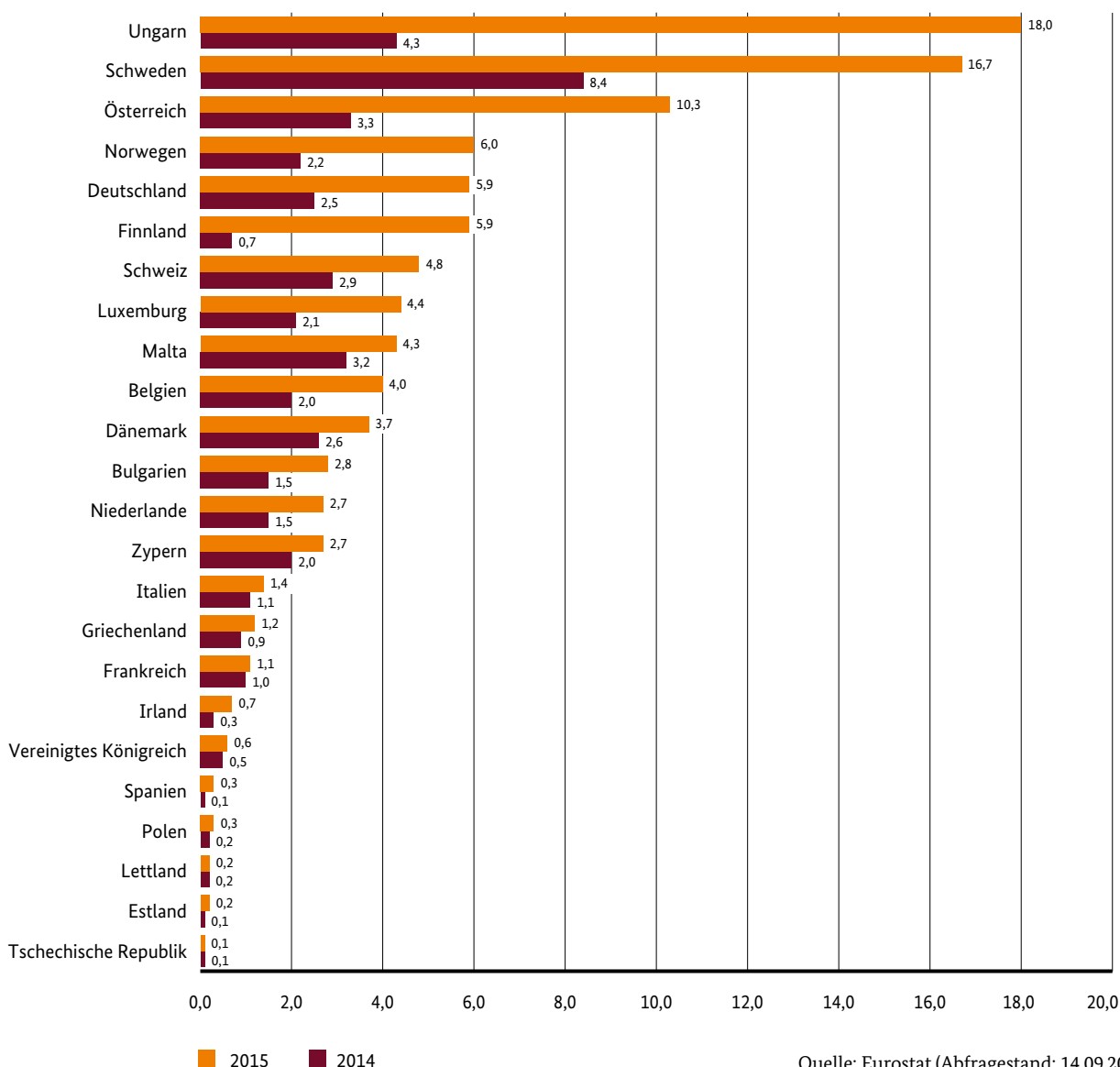
Im europäischen Vergleich wurden die meisten Asylanträge in Deutschland (476.510 Anträge) und in Ungarn (177.135 Anträge)²⁰⁷ gestellt (vgl. Abbildung 5-6). Die weiteren Hauptzielländer von Asylantragstellern waren

206 Datenquelle der Asylantragszahlen in den EU-Staaten sowie Norwegen, der Schweiz und Liechtenstein sind die Zahlen der europäischen Statistikbehörde EUROSTAT, Grundlage bildet Art. 4 der EU-Statistik-Verordnung Nr. 862/2007 zu Gemeinschaftsstatistiken über Wanderung und internationalen Schutz. Die sich bei einem Vergleich der Asylstatistiken von EUROSTAT und der nationalen Geschäftsstatistik ergebenden Diskrepanzen sind bedingt durch Unterschiede bei den jeweiligen Statistik-

systemen, z.B. Rundungen aus Datenschutzgründen. Die Daten aus den Australien, Kanada, Vereinigte Staaten und Neuseeland wurden auf der Grundlage der Daten von IGC (Intergovernmental consultations on migration, asylum and refugees) ermittelt.

207 Hinsichtlich Ungarn ist darauf hinzuweisen, dass viele Schutzsuchende sich nur kurz in Ungarn aufhielten und weiter in andere EU-Mitgliedstaaten (z.B. Deutschland, Schweden) gereist sind.

Abbildung 5-7: Asylantragsteller im internationalen Vergleich pro 1.000 der Gesamtbevölkerung in den Jahren 2014 und 2015



Schweden (162.450 Anträge), Österreich (88.160 Anträge) und Italien (84.085 Anträge). Frankreich, das zwischen 2008 bis 2011 die meisten Asylanträge hatte, fiel 2015 zurück auf Platz sechs mit 75.750 Anträgen.

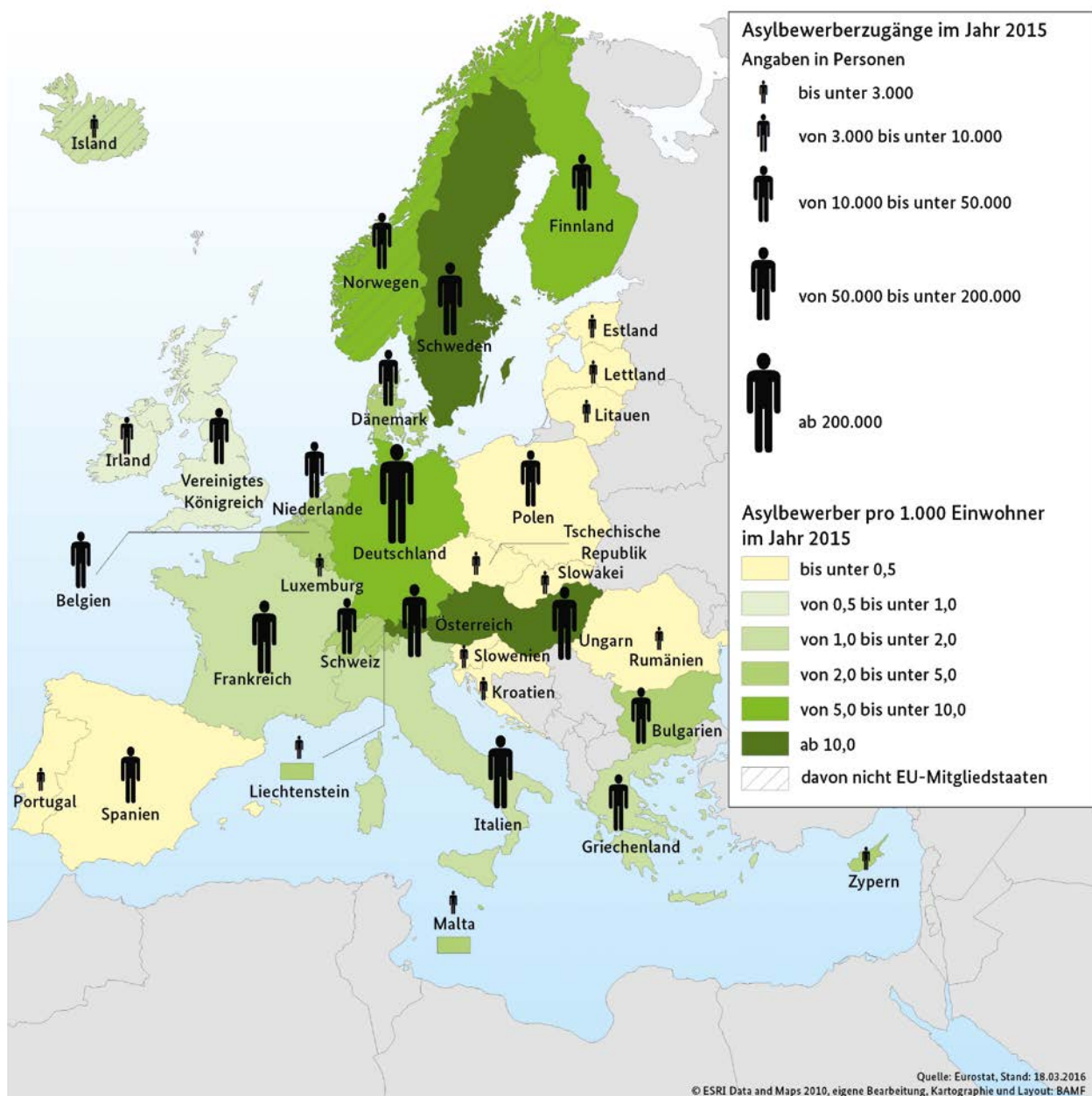
In absoluten Zahlen wurden die höchsten Zuwächse im Vergleich zu 2014 in Deutschland (+273.865; +135,1%), Ungarn (+134.360; +314,1%), Schweden (+81.270; 100,1%) und Österreich (+60.125; +214,5%) verzeichnet.

In Deutschland, Ungarn, Schweden und Österreich stieg insbesondere die Zahl der Asylbewerber aus Syrien noch

einmal deutlich im Vergleich zu 2014 an. Der Anstieg in Italien war vorwiegend auf die gestiegenen Antragszahlen westafrikanischer Staatsangehöriger zurückzuführen.

In der Schweiz stiegen die Antragszahlen nach einem Rückgang im Jahr 2013 wieder an (+15.890; +67,5%). Der Grund dafür sind u. a. höhere Zugangszahlen aus Eritrea und Afghanistan. Jenseits der EU wies unter den industrialisierten Staaten Australien, nach einem Rückgang im Jahr 2014 wieder steigende Asylbewerberzugänge auf (+3.259; +36,3%). In den Vereinigten Staaten (+26.703; +41,2%) und

Karte 5-1: Asylbewerber in europäischen Staaten pro 1.000 Einwohner im Jahr 2015



Kanada (+1.418; +10,5%) stiegen die Zahlen der Asylantragsteller ebenfalls an.

Betrachtet nach Herkunftsländern stammten die meisten Asylanträge in der EU 2015 mit 368.400 Personen aus Syrien (+201,8% im Vergleich zum Vorjahr). Hauptzielland syrischer Antragsteller war Deutschland. Von afghanischen Asylbewerbern wurden 181.360 Anträge in der EU registriert (+338,0%). Ein Anstieg afghanischer Antragsteller wurde insbesondere in Ungarn, Schweden und Deutschland registriert.

Weitere Hauptherkunftsländer von Asylbewerbern waren Irak (124.905 Anträge; +484,6% gegenüber 2014), Kosovo (72.465 Anträge; +91,3%) und Albanien (67.740 Anträge; +299,6%). Die Zahl der irakischen Asylbewerber stieg insbesondere in Deutschland und Schweden an. Kosovarische Antragsteller wurden überwiegend in Deutschland registriert (51,2% aller in der EU gestellten Anträge von kosovarischen Staatsangehörigen).

In Bezug auf die Bevölkerungsgröße hat im Jahr 2015 Ungarn mit 18,0 Asylbewerbern pro 1.000 Einwohner die meisten Asylanträge verzeichnet (2014: 4,3), vor Schweden mit 16,7 Antragstellern pro 1.000 Einwohner (2014: 8,4) und Österreich mit 10,3 Antragstellern pro 1.000 Einwohner (2014: 3,3) (vgl. Abbildung 5-7 und Karte 5-1). Deutschland als zugangsstärkstes Asylantragsland liegt mit 5,9 Antragstellern (2014: 2,5) über dem europäischen Durchschnitt von 2,6 Antragstellern pro 1.000 Einwohner.

Betrachtet man die Entwicklung der Asylmigration weltweit, so zeigt sich, dass die Zahl der Asylanträge von 2014 auf 2015 insgesamt um 89,2% von 1.635.190 auf 3.094.276 Anträge gestiegen ist.²⁰⁸ Im Jahr 2015 war nach Angaben des UNHCR Deutschland das Hauptzielland von Asylantragstellern (Erst- und Folgeanträge). Aufgrund des andauernden Konflikts in Syrien stieg dort die Zahl der Anträge stark von 202.834 auf 476.649 Anträge an. Die weiteren Hauptzielländer waren Schweden (173.845 Anträge), die Russische Föderation (152.489 Anträge), die Vereinigten Staaten (135.964 Anträge), die Türkei (134.826 Anträge), Frankreich (118.469 Anträge) und Österreich (89.900 Anträge). Hauptherkunftsländer der Asylantragsteller waren Syrien (782.290 Antragsteller), Afghanistan (486.708), Irak (300.556), Ukraine (177.736), Serbien und Kosovo (133.645), Pakistan (92.822) und Albanien (74.238).

Entscheidungen

Im Jahr 2015 wurden in der EU Asylverfahren von etwa 593.000 Personen entschieden (2014: 367.000 Entscheidungen). Die meisten Entscheidungen entfielen dabei auf Deutschland (249.280),²⁰⁹ Frankreich (77.910), Italien (71.345), Schweden (44.590) und das Vereinigte Königreich (38.070). Insgesamt wurde in der EU-28 229.460 Menschen Flüchtlingsschutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention gewährt (38,7% aller Entscheidungen). 55.970 Antragsteller erhielten subsidiären Schutz (9,4%), 22.085 Antragsteller humanitären Schutz (3,7%).

Hinsichtlich der Gewährung von Flüchtlingsschutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention stehen unter den EU-Staaten mit hohen Entscheidungszahlen Bulgarien (76,2%), Dänemark (62,2%), Österreich (59,7%), Deutschland (55,0%) und Belgien (45,4%) prozentual an der Spitze. Die Nicht-EU-Staaten Norwegen und Schweiz gewähren mit Quoten von 57,1% bzw. 28,8% ebenfalls vergleichsweise häufig Flüchtlingsschutz. Niedrigere Anerkennungsquoten sind in Ungarn (4,2%) Italien (5,0%) und Spanien (6,8%) festzustellen. Die unterschiedlichen Anerkennungsquoten sind auf die jeweilige Entscheidungspraxis des betreffenden Landes, vor allem aber auf die jeweilige herkunftsländerspezifische Zusammensetzung der Asylantragsteller zurückzuführen.

Bei der Gewährung europarechtlichen subsidiären Schutzes gemäß Artikel 15 der Qualifikationsrichtlinie zeigt sich, dass von den bedeutsamen Asylzielländern (mit Gesamtentscheidungszahlen ab etwa 5.000 Entscheidungen) die Niederlande (45,9%) und Schweden (40,6%) überproportional hohe Quoten aufweisen, während das Vereinigte Königreich (0,3%), Deutschland (0,7%), Griechenland (3,7%) und Frankreich (4,9%) unter dem europäischen Durchschnitt liegen. Die Gewährung von sog. sonstigem humanitärem Schutz nach nationalem Recht, der nicht durch Artikel 15 der Qualifikationsrichtlinie gedeckt ist, erfolgt EU-weit dagegen relativ selten. Hervorzuheben mit der höchsten Anzahl an Gewährungen sind die Aufnahmestaaten Italien mit 15.770 Personen (22,1%), Schweiz (5.085; 23,3%) und Deutschland (2.070; 0,8%).

208 UNHCR 2015: 38f sowie Tabelle 9 und 11 des Annex.

209 Die Daten von Eurostat sind nicht mit der nationalen deutschen Asylstatistik identisch. So werden etwa Verfahrenseinstellungen und Rücknahmen von Eurostat nicht als Entscheidungen gezählt (vgl. dazu BAMF 2015: 26).

Tabelle 5-1: Entscheidungen über Asylanträge im europäischen Vergleich im Jahr 2015

| | Entscheidungen insgesamt | Gewährung von Flüchtlingsschutz nach GFK | Quote in % | Gewährung von subsidiärem Schutz | Quote in % | Gewährung von humanitärem Schutz | Quote in % |
|------------------------|--------------------------|--|-------------|----------------------------------|------------|----------------------------------|------------|
| Belgien | 19.420 | 8.825 | 45,4 | 1.650 | 8,5 | k.A. | k.A. |
| Bulgarien | 6.175 | 4.705 | 76,2 | 890 | 14,4 | k.A. | k.A. |
| Dänemark | 12.225 | 7.605 | 62,2 | 2.245 | 18,4 | 70 | 0,6 |
| Deutschland | 249.280 | 137.135 | 55,0 | 1.705 | 0,7 | 2.070 | 0,8 |
| Estland | 180 | 20 | 11,1 | 55 | 30,6 | 0 | 0,0 |
| Finnland | 2.960 | 1.060 | 35,8 | 460 | 15,5 | 160 | 5,4 |
| Frankreich | 77.910 | 16.790 | 21,6 | 3.845 | 4,9 | k.A. | k.A. |
| Griechenland | 9.640 | 3.665 | 38,0 | 355 | 3,7 | 10 | 0,1 |
| Irland | 1.000 | 150 | 15,0 | 180 | 18,0 | k.A. | k.A. |
| Italien | 71.345 | 3.575 | 5,0 | 10.270 | 14,4 | 15.770 | 22,1 |
| Kroatien | 185 | 35 | 18,9 | 5 | 2,7 | 0 | 0,0 |
| Lettland | 170 | 5 | 2,9 | 15 | 8,8 | k.A. | k.A. |
| Litauen | 180 | 15 | 8,3 | 65 | 36,1 | 0 | 0,0 |
| Luxemburg | 775 | 170 | 21,9 | 15 | 1,9 | k.A. | k.A. |
| Malta | 1.490 | 265 | 17,8 | 915 | 61,4 | 75 | 5,0 |
| Niederlande | 20.465 | 6.660 | 32,5 | 9.400 | 45,9 | 390 | 1,9 |
| Österreich | 21.095 | 12.590 | 59,7 | 2.100 | 10,0 | 355 | 1,7 |
| Polen | 3.510 | 350 | 10,0 | 165 | 4,7 | 120 | 3,4 |
| Portugal | 370 | 35 | 9,5 | 160 | 43,2 | k.A. | k.A. |
| Rumänien | 1.320 | 240 | 18,2 | 235 | 17,8 | 0 | 0,0 |
| Schweden | 44.590 | 12.740 | 28,6 | 18.125 | 40,6 | 1.350 | 3,0 |
| Slowakei | 130 | 5 | 3,8 | 40 | 30,8 | 35 | 26,9 |
| Slowenien | 130 | 35 | 26,9 | 10 | 7,7 | k.A. | k.A. |
| Spanien | 3.240 | 220 | 6,8 | 800 | 24,7 | 0 | 0,0 |
| Tschechische Republik | 1.335 | 55 | 4,1 | 390 | 29,2 | 15 | 1,1 |
| Ungarn | 3.420 | 145 | 4,2 | 355 | 10,4 | 5 | 0,1 |
| Vereinigtes Königreich | 38.070 | 12.175 | 32,0 | 125 | 0,3 | 1.650 | 4,3 |
| Zypern | 2.065 | 195 | 9,4 | 1.390 | 67,3 | 0 | 0,0 |
| Summe EU 28 | 592.680 | 229.460 | 38,7 | 55.970 | 9,4 | 22.080 | 3,7 |
| Island | 180 | 30 | 16,7 | 15 | 8,3 | 5 | 2,8 |
| Liechtenstein | 30 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 |
| Norwegen | 9.475 | 5.410 | 57,1 | 675 | 7,1 | 165 | 1,7 |
| Schweiz | 21.840 | 6.285 | 28,8 | 2.630 | 12,0 | 5.080 | 23,3 |

Quelle: Eurostat (Abfragestand 14.09.2016)

6

Illegale/irreguläre Migration

In diesem Kapitel wird die illegale/irreguläre Migration²¹⁰ nach Deutschland zunächst definiert und dann hinsichtlich ihrer quantitativen Messbarkeit betrachtet. Die präsentierten Indikatoren geben Hinweise auf die Entwicklungstendenzen dieser Form der Migration. Die Darstellung wird auf Personen beschränkt, die weder einen asyl- oder ausländerrechtlichen Aufenthaltsstatus besitzen noch eine ausländerrechtliche Duldung vorweisen können und die weder im Ausländerzentralregister noch anderweitig behördlich erfasst sind. Anschließend wird auf Maßnahmen zur Verhinderung dieser Form der Migration eingegangen.

6.1 Begriff und rechtliche Rahmenbedingungen

Drittstaatsangehörige dürfen grundsätzlich nur in das Bundesgebiet einreisen bzw. wiedereinreisen oder sich darin aufhalten, wenn sie einen anerkannten und gültigen Pass oder Pass- bzw. Ausweisersatz besitzen.²¹¹ Zudem bedürfen sie für die Einreise und den Aufenthalt

eines Aufenthaltstitels, sofern nicht durch EU-Recht oder Rechtsverordnung etwas anderes bestimmt ist oder aufgrund des Assoziationsabkommens EWG/Türkei ein Aufenthaltsrecht besteht.²¹²

Findet die (Wieder-) Einreise eines Ausländers in das Bundesgebiet ohne einen anerkannten und gültigen Pass oder Passersatz gemäß § 3 Abs. 1 AufenthG bzw. ohne den erforderlichen Aufenthaltstitel nach § 4 AufenthG statt oder besteht für den Ausländer ein Einreise- und Aufenthaltsverbot nach § 11 Abs. 1 AufenthG, so ist die Einreise unerlaubt (§ 14 Abs. 1 AufenthG). Erfüllt ein Ausländer die vorgenannten Einreisevoraussetzungen nicht, so ist auch sein Aufenthalt im Bundesgebiet unerlaubt.²¹³ Unerlaubt ist der Aufenthalt eines Ausländers auch in Fällen, in denen die erforderlichen Aufenthaltsbedingungen nicht mehr erfüllt sind (§ 50 AufenthG), er also den erforderlichen Aufenthaltstitel nicht mehr besitzt. Der Aufenthaltstitel erlischt unter anderem durch Ablauf seiner Geltungsdauer, Eintritt einer auflösenden Bedingung, Rücknahme

210 Verwendung finden auch die alternativen Begriffe „irreguläre“, „unkontrollierte“ oder „undokumentierte“ Migration sowie „Sans Papiers“ („Papierlose“). Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) spricht von „unerlaubter Migration“ („unauthorized migration“). Vorliegend wird der Begriff der illegalen Migration ausschließlich im Hinblick auf den im Bundesgebiet bestehenden Rechtsstatus verwendet.

211 Die Passpflicht gilt nicht für Ausländer, die durch Rechtsverordnung davon befreit sind (§ 3 Abs. 1 AufenthG). Daneben können in begründeten Einzelfällen durch das BMI Ausnahmen von der Passpflicht zugelassen werden (§ 3 Abs. 2 AufenthG).

212 Näheres zu Aufenthaltstiteln und Ausnahmeregelungen vgl. Kohls 2014: 12f.

213 Die unerlaubte Einreise bzw. der unerlaubte Aufenthalt sind strafbar und werden mit einer Geld- oder Freiheitsstrafe geahndet (§ 95 AufenthG). Strafbar macht sich ebenfalls, wer einen anderen zur unerlaubten Einreise bzw. zum unerlaubten Aufenthalt anstiftet bzw. dazu Hilfe leistet und dafür einen Vermögensvorteil erhält oder sich versprechen lässt oder wiederholt oder zu Gunsten von mehreren Ausländern handelt (§ 96 AufenthG; Einschleusen von Ausländern). Erfolgen die Einschleusungen gewerbs- und bandenmäßig oder wird dabei der Tod des Geschleusten verursacht, erfüllt dies einen Verbrechenstatbestand (§ 97 AufenthG) mit einer Mindestfreiheitsstrafe von einem Jahr bzw. von nicht unter drei Jahren.

bzw. Widerruf, Ausweisung oder wenn der Ausländer aus einem seiner Natur nach nicht vorübergehenden Grunde ausreist (§ 51 Abs. 1 AufenthG).

Der Begriff des „illegalen“/„irregulären“ Aufenthalts wird im Hinblick auf Personen verwendet, die sich ohne Aufenthaltsrecht oder Duldung und ohne Kenntnis der Ausländerbehörden in Deutschland aufhalten.

6.2 Entwicklung illegaler/irregulärer Migration

In der öffentlichen Diskussion werden immer wieder Schätzungen zur Größenordnung illegal/irregulär aufhältiger Personen in Deutschland genannt, die stark voneinander abweichen. Diese Schätzungen sind oft wenig fundiert und daher als Grundlage für politische Entscheidungen nicht geeignet.²¹⁴

Da sowohl die unerlaubte Einreise als auch der unerlaubte Aufenthalt strafrechtlich relevante Tatbestände darstellen, sind unerlaubt in Deutschland lebende Ausländer – auch wegen drohender Abschiebung – häufiger bestrebt, ihren Aufenthalt vor den deutschen Behörden zu verbergen. Diese sind grundsätzlich verpflichtet, die zuständige Ausländer- oder Polizeibehörde zu unterrichten, wenn sie Kenntnis vom Aufenthalt eines Ausländers erlangen, der keinen erforderlichen Aufenthaltstitel besitzt und dessen Abschiebung nicht ausgesetzt ist (§ 87 Abs. 2 Nr. 1 AufenthG), damit aufenthaltsbeendende Maßnahmen eingeleitet werden können. Folglich meiden illegal im Inland aufhältige Personen, also solche ohne Aufenthaltstitel oder Duldung jegliche staatliche Registrierung – z. B. bei den Meldebehörden oder in der Sozialversicherung. Insgesamt entziehen sich die unerlaubt und ohne Duldung in Deutschland lebenden Migranten somit weitgehend der statistischen Erfassung.

Um den Besuch von öffentlichen Schulen für Kinder und Jugendliche auch bei aufenthaltsrechtlichen Verstößen der Eltern zu ermöglichen, besteht eine Ausnahme von der Datenübermittlungspflicht für Schulen. Diese Ausnahme gilt auch für andere Bildungs- und Erziehungseinrichtungen (§ 87 Abs. 1 und 2 AufenthG).

Trotz der Schwierigkeit, die Größenordnung der nicht legal in Deutschland aufhältigen Ausländer zu bestimmen,

lassen sich anhand einiger Indikatoren – wenn auch in eingeschränktem Maße – Entwicklungstendenzen im Bereich der nicht legalen Migration aufzeigen.²¹⁵ Die folgenden Indikatoren können diese Form der Migration als solche nicht messen. Sie können jedoch Hinweise auf ihre Tendenzen geben. Solche Indikatoren finden sich zum einen etwa in der durch die Bundespolizei erstellten Statistik über die Zahl der unerlaubten Einreisen von Ausländern und über die Zahl der Feststellungen von Geschleusen und Schleusern an den bundesdeutschen Land- und Seegrenzen, den Flughäfen und den an den Grenzen sowie im Inland festgestellten unerlaubt aufhältigen Personen. Zum anderen sind in der vom Bundeskriminalamt erstellten Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) u. a. Zahlen zur unerlaubten Einreise nach § 95 Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 2 Nr. 1 a AufenthG und Zahlen zum Einschleusen von Ausländern nach § 96 AufenthG enthalten.

Bei der Betrachtung und Bewertung der Daten der Bundespolizei und aus der PKS ist zu beachten, dass aufgrund unterschiedlicher Erfassungskriterien – Eingangsstatistik bei der Bundespolizei, Ausgangsstatistik bei der PKS²¹⁶ – ein unmittelbarer Vergleich nicht möglich ist. Die im Folgenden aufgeführten Zahlen geben nur das Hellfeld der dargestellten Delikte wieder. Hierbei sind auch Fälle erfasst, in denen unerlaubt Eingereiste wiederholt auf unerlaubtem Weg nach Deutschland eingereist sind.

6.2.1 Feststellungen an den Grenzen

Feststellungen von unerlaubt eingereisten Ausländern an den deutschen Grenzen

Ausländer, die bei der unerlaubten Einreise durch die Bundespolizei oder anderen mit der polizeilichen Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs beauftragten Behörden²¹⁷ festgestellt werden, gehen in die Statistik der Bundespolizei ein. Sie umfasst Feststellungen an den Land- und Seegrenzen, auf Flughäfen und im Inland.

Die Bundespolizei und die mit der polizeilichen Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs betrauten Behörden der Bundesländer Bayern und Hamburg sowie die

214 Im Hinblick auf Deutschland schätzt Vogel 2015, dass im Jahr 2014 zwischen 180.000 und 520.000 Menschen irregulär in Deutschland lebten, und damit etwas mehr als in den Vorjahren (2013 zwischen 160.000 und 443.000). Vgl. auch Grote 2015: 16 ff.

215 Vgl. dazu ausführlich Lederer 2004: 208 ff., Sinn et al. 2006: 26 ff. sowie BAMF 2006.

216 Bei der Eingangsstatistik erfolgt die Registrierung bei amtlicher Kenntnisnahme, während bei der Ausgangsstatistik die Registrierung bei Abschluss der polizeilichen Ermittlungen stattfindet.

217 Nach § 2 Abs. 1 BPolG können die Länder im Einvernehmen mit dem Bund Aufgaben des grenzpolizeilichen Schutzes wahrnehmen. Dies sind derzeit die Wasserschutzpolizei Hamburg und die Polizei des Landes Bayern.

Zollverwaltung haben im Jahr 2015 insgesamt 217.237²¹⁸ unerlaubt eingereiste Personen festgestellt (2014: 57.092). Dies bedeutet einen deutlichen Anstieg um 280,5% im Vergleich zum Vorjahr. Insgesamt lagen die Zahlen von 2003 bis zum Jahr 2010 unter 20.000 Feststellungen pro Jahr und damit niedriger als im Verlauf der 1990er Jahre. Damit wurde im Jahr 2015 die bislang höchste Zahl an unerlaubt eingereisten Personen registriert. Zurückschiebungen als Folge von unerlaubten Einreisen sind dagegen seit 2009 von 9.782 Fällen stetig gesunken (2015: 1.481 Fälle) (vgl. Abbildung 6-1 und Tabelle 6-3 im Anhang).²¹⁹

218 Im Zuge des starken Anstiegs der irregulären Migration im Jahr 2015 wurden nicht alle durch die Bundespolizei festgestellten Migranten bei der Einreise unmittelbar in der Statistik der Bundespolizei über unerlaubte Einreisen erfasst. Die Nacherfassung erfolgte sukzessive und dauert noch an. Im Ergebnis eines aus Anlass der Migrationslage aufgenommenen Sondermeldedienstes hat die Bundespolizei im Jahr 2015 rund 865.000 Migranten bei der Einreise festgestellt. Vgl. BKA/BPol 2016a: 3.

219 Ein Ausländer, der in Verbindung mit der unerlaubten Einreise aufgegriffen wird, soll zurückgeschoben werden (§ 57 AufenthG). Die *Zurückschiebung* setzt – im Gegensatz zur *Zurückweisung* als aufenthaltsverhindernde Maßnahme – erst ein, wenn die Einreise bereits vollendet ist, vgl. Kohls 2014: 14. Für diese „grenznahen“ Tatbestände sind die polizeilichen Grenzbehörden zuständig, d.h. in der Regel die Bundespolizei, ggf. aber auch die Zollverwaltung bzw. die Landespolizei.

Im Jahr 2015 wurden 8.913 Personen zurückgewiesen (2014: 3.612).²²⁰ Dies geschah 2015 über die internationalen Flughäfen (4.205), auf dem Landweg (4.689) und über die Seehäfen (19).²²¹ 2001 erfolgten noch über 50.000 Zurückweisungen.²²²

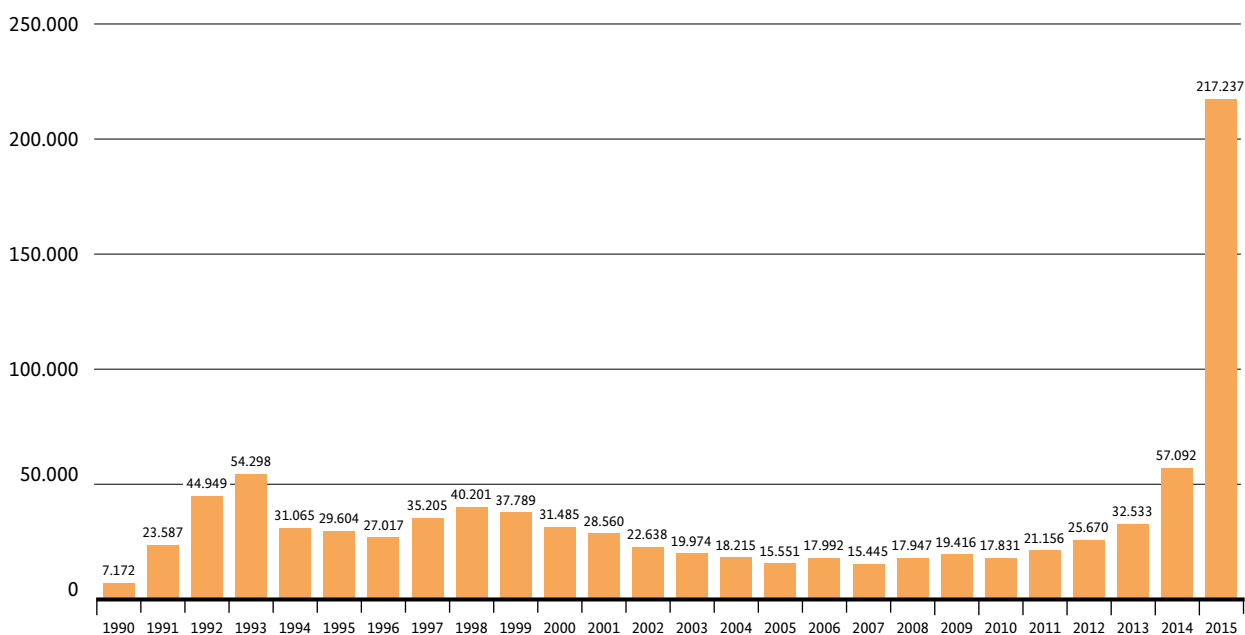
Ein Rückschluss auf die tatsächliche Lageentwicklung ist jedoch durch den statistischen Vergleich der Feststellungen seit dem Jahr 2008 mit den Vorjahren nicht möglich, da sich die rechtlichen und tatsächlichen Rahmenbedingungen an den neuen Binnengrenzen Deutschlands – insbesondere zu Polen, zur Tschechischen Republik und zur Schweiz – grundlegend verändert haben: Irregulär reisende Personen werden seit dem schengenbedingten Wegfall der systematischen Grenzübertrittskontrollen regelmäßig erst nach erfolgter Einreise im rückwärtigen Grenzraum festgestellt. Vor dem Wegfall dieser Grenzkontrollen wiesen die Grenzbehörden diese noch vor erfolgter (unerlaubter) Einreise zurück.

220 Bei der Zurückweisung handelt es sich um die Verweigerung der Einreise nach Artikel 14 der Verordnung (EU) 2016/399 (Schengener Grenzkodex – SGK) i. V. m. § 15 AufenthG: Demnach ist ein Ausländer, der unerlaubt einreisen will, an der Grenze zurückzuweisen. Darüber hinaus ist ein Ausländer, der nicht alle Einreisevoraussetzungen des Artikels 6 SGK erfüllt, grundsätzlich zurückzuweisen.

221 Vgl. BT-Drs. 18/7588.

222 Vgl. Kohls 2014: 16f.

Abbildung 6-1: Feststellungen von unerlaubt eingereisten Ausländern an bundesdeutschen Grenzen (Land-, Seegrenzen und Flughäfen) von 1990 bis 2015



Quelle: Bundespolizei

Im Zuge des starken Anstiegs der unerlaubten Einreisen, zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und zur Herstellung eines geordneten Verfahrens an der Grenze führte Deutschland am 13. September 2015 nach Maßgabe des Schengener Grenzkodexes vorübergehend wieder Grenzkontrollen an den land-, luft- und seeseitigen deutschen Binnengrenzen ein und verlängerte diese im weiteren Verlauf bis in das Jahr 2016 hinein.²²³ Die Grenzkontrollen dienen dem Schutz der öffentlichen Sicherheit, indem unerlaubte Einreisen und Einschleusungen verhindert und festgestellte Schutzsuchende in Grenznähe vollständig registriert, überprüft und anschließend an die zuständigen Erstaufnahmeeinrichtungen weitergeleitet werden.

Feststellungen unerlaubter Einreisen (gemäß § 95 Abs. 1 Nr. 3 AufenthG) und Wiedereinreisen nach Ausweisung/Abschiebung (gemäß § 95 Abs. 2 Nr. 1a AufenthG) sind in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) erfasst.²²⁴

²²³ Am 12. Mai 2016 hat das Bundesministerium des Innern auf Empfehlung des Rates der Europäischen Union die Grenzkontrollen ausschließlich an der Landgrenze zu Österreich verlängert.

²²⁴ PKS-Schlüssel: 725110 und 725120 (Fälle). Bei der Betrachtung und Bewertung der Daten der PKS (Ausgangsstatistik) und der Bundespolizei (Eingangsstatistik) ist zu beachten, dass aufgrund unterschiedlicher Erfassungskriterien ein unmittelbarer Vergleich nicht möglich ist.

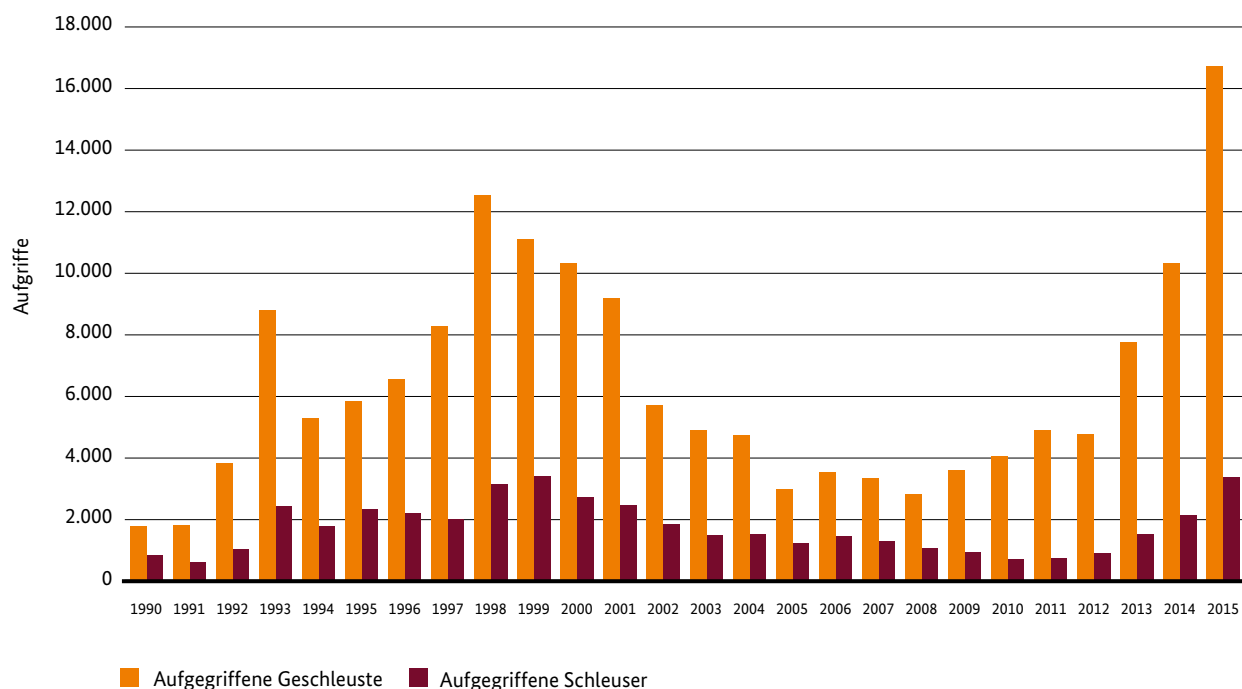
In den Jahren von 2009 bis 2015 zeigt sich, dass die Zahl unerlaubter Einreisen bis 2010 zunächst abgenommen hat und in den Folgejahren wieder zunahm. Im Jahr 2015 wurden 152.293 unerlaubte Einreisen gemäß § 95 Abs. 1 Nr. 3 AufenthG in der PKS registriert (+220,9% im Vergleich zum Vorjahr, 2014: 47.462). Bei den unerlaubten Wiedereinreisen nach Ausweisung oder Abschiebung war von 2009 bis 2012 ein kontinuierlicher Anstieg festzustellen, wohingegen seit 2013 ein Rückgang (-34,3% von 2014 auf 2015) zu verzeichnen ist (vgl. Tabelle 6-1).²²⁵

Feststellungen von Geschleusten und Schleusern an den deutschen Grenzen

Die Grenzbehörden haben im Jahr 2015 3.370 Schleuser an den deutschen Grenzen festgestellt. Dies entspricht einem Anstieg von 56,8% im Vergleich zum Vorjahr (2014: 2.149). Damit hat sich der seit 2011 anhaltende Anstieg weiter fortgesetzt (vgl. Abbildung 6-2 und Tabelle 6-4 im Anhang). Bei der Zahl der Geschleusten wurde im Jahr 2015 ebenfalls ein höherer Wert als im Vorjahr verzeichnet. Die Grenzbehörden haben 2015 16.725 Geschleuste an deutschen Grenzen festgestellt (2014: 10.321 Geschleuste). Dies bedeutet einen Zuwachs von 62% gegenüber 2014.

²²⁵ Vgl. Kohls 2014: 18.

Abbildung 6-2: An deutschen Grenzen festgestellte Geschleuste und Schleuser von 1990 bis 2015



Quelle: Bundespolizei

Tabelle 6-1: Feststellungen von unerlaubten Einreisen und Wiedereinreisen in der PKS 2009 bis 2015 (Fallzahlen)

| | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 |
|--|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|----------------|
| Unerlaubte Einreisen (gem. § 95 Abs. 1 Nr. 3 AufenthG) | 23.288 | 19.376 | 21.288 | 23.105 | 30.846 | 47.462 | 152.688 |
| Unerlaubte Wiedereinreisen nach Ausweisung/ Abschiebung (gemäß § 95 Abs. 2 Nr. 1a AufenthG) | 1.841 | 2.554 | 2.714 | 3.005 | 2.950 | 2.252 | 1.500 |
| Insgesamt | 25.129 | 21.930 | 24.002 | 26.110 | 33.796 | 49.714 | 154.188 |

Quelle: Bundeskriminalamt (Polizeiliche Kriminalstatistik)

6.2.2 Tatverdächtige mit unerlaubtem Aufenthalt nach der PKS

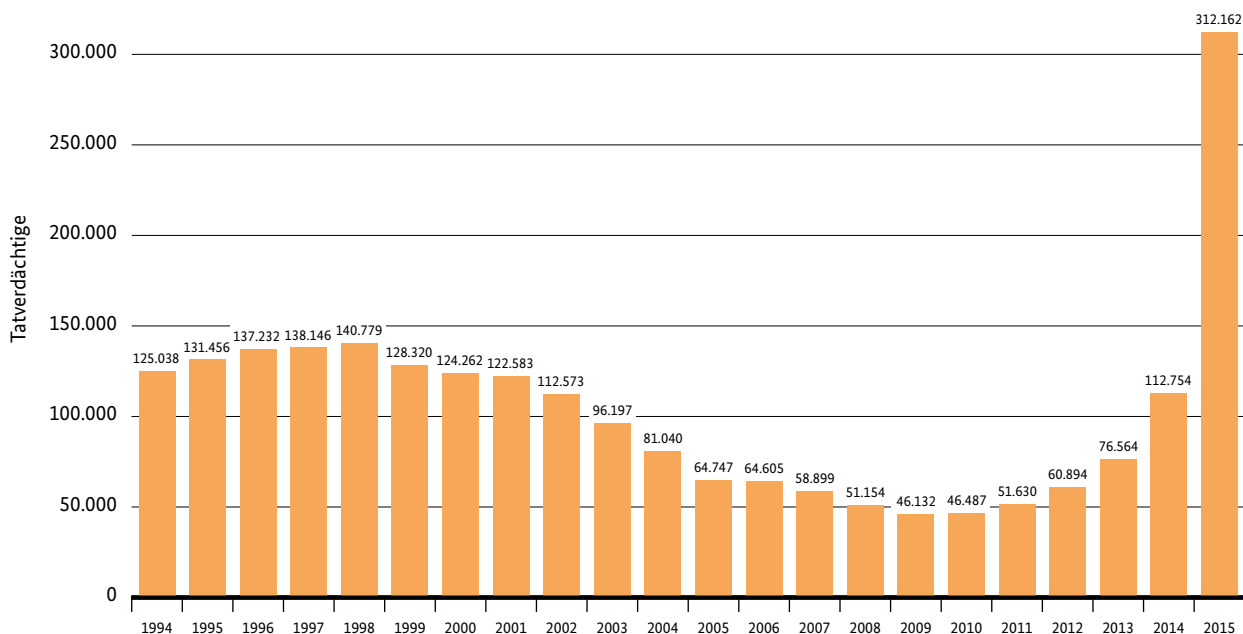
Feststellungen wegen unerlaubten Aufenthalts sind in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) erfasst. In dieser Statistik werden alle einer Tat verdächtigen Ausländer auch nach der Art des Aufenthalts unterschieden. Im Folgenden werden die Personen ohne Aufenthaltsrecht insgesamt betrachtet.

Für das Jahr 2015 sind in der PKS insgesamt 312.162 nicht-deutsche Tatverdächtige²²⁶ mit unerlaubtem Aufenthalt

registriert (vgl. Abbildung 6-3 und Tabelle 6-5 im Anhang). In diese Zahl gingen auch die Personen ein, die durch die Bundespolizei bzw. die beauftragten Behörden an der Grenze sowie durch die Bundespolizei im Inland als unerlaubt aufhältig festgestellt wurden. Die Zahl der nicht legal aufhältigen Tatverdächtigen ist von 1998 bis 2009 kontinuierlich gesunken. Seit dem Jahr 2010 wurde wieder ein Anstieg der Zahl der nicht legal aufhältigen Tatverdächtigen im Inland verzeichnet. Von 2014 auf 2015 stieg die Zahl der Tatverdächtigen mit unerlaubtem Aufenthalt um 176,9%. Damit wurde 2015 die höchste Zahl seit 1998 registriert.

226 Vgl. Bundeskriminalamt 2016c: 178.

Abbildung 6-3: Nicht legal aufhältige Tatverdächtige insgesamt in Deutschland von 1994 bis 2015



Quelle: Bundeskriminalamt (Polizeiliche Kriminalstatistik)

Anmerkung: Durch die Umstellung der PKS im Jahre 2009 auf den sogenannten PKS-Einzeldatensatz konnte auf Bundesebene erstmals eine „echte“ Tatverdächtigenzählung durchgeführt werden; d.h. Tatverdächtige, die in mehreren Bundesländern während des Berichtszeitraums auffällig geworden sind, werden in den Bundestabellen nur einmal gezählt. Bis einschließlich 2008 war dies aufgrund der Anlieferung der Ländertabellen an das Bundeskriminalamt in aggregierter Form nur auf Länderebene möglich. Dadurch kam es bisher zu Überzählungen auf Bundesebene.

6.2.3 Rückführung

Kommt ein Ausländer einer bestehenden Ausreiseverpflichtung nicht freiwillig nach (vgl. Kap. 4.1.4), so setzt das Verfahren der Abschiebung ein. Gem. § 58 Abs. 1 AufenthG ist ein Ausländer abzuschieben, wenn die Ausreisepflicht (§ 50 AufenthG) vollziehbar ist, eine Ausreisefrist nicht gewährt wurde oder abgelaufen ist und die freiwillige Erfüllung der Ausreisepflicht nicht gesichert ist oder aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung eine Überwachung der Ausreise erforderlich erscheint. Die Zuständigkeit für aufenthaltsrechtliche Maßnahmen und Entscheidungen liegt gem. § 71 Abs. 1 AufenthG bei den Ausländerbehörden. Die Zuständigkeit für die eigentliche Außerlandesbringung ausreisepflichtiger Ausländer, die Rückführung, liegt u. a. neben den zuständigen Landesbehörden gem. § 71 Abs. 3, Nr. 1d AufenthG, auch bei den mit der polizeilichen Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs beauftragten Behörden. Zudem soll ein Ausländer, der in Verbindung mit der unerlaubten Einreise über eine Grenze gem. Art. 2 Ziff. 2 SGK (Schengen-Außengrenze) aufgegriffen wird, zurückgeschoben werden (§ 57 Abs. 1 AufenthG).

Nach § 59 Abs. 1 AufenthG ist die Abschiebung unter Bestimmung einer angemessenen Frist anzudrohen. Nach Satz 8 dieser Regelung (eingefügt mit dem am 24. Oktober 2015 in Kraft getretenen Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz) darf dem Ausländer der Termin der Abschiebung nach Ablauf der Frist zur freiwilligen Ausreise nicht angekündigt werden.²²⁷

Mit dem zum 1. August 2015 in Kraft getretenen Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung wurde die Regelung des § 11 AufenthG zum Einreise- und Aufenthaltsverbot neu gefasst. Nach § 11 Abs. 1 AufenthG dürfen Ausländer, die ausgewiesen, zurückgeschoben oder abgeschoben worden sind, weder erneut in das Bundesgebiet einreisen, noch sich darin aufhalten, noch darf ihnen ein Aufenthaltstitel erteilt werden.

Das Einreise- und Aufenthaltsverbot muss nach § 11 Abs. 2 AufenthG von Amts wegen befristet werden. § 11 Abs. 6 AufenthG ermöglicht es, gegen einen Ausländer, der seiner Ausreisepflicht nicht innerhalb einer ihm gesetzten Ausreisefrist nachgekommen ist, ein Einreise- und Aufenthaltsverbot anzuordnen, es sei denn, der Ausländer ist unverschuldet an der Ausreise gehindert oder die Überschreitung der Ausreisefrist ist nicht erheblich. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge kann gemäß § 11 Abs. 7 AufenthG gegen einen Ausländer ein Einreise- und Aufenthaltsverbot anordnen, wenn dessen

Asylantrag als offensichtlich unbegründet nach § 29a Abs. 1 AsylG abgelehnt wird und kein subsidiärer Schutz zuerkannt, kein Abschiebungsverbot festgestellt und der Ausländer keinen Aufenthaltstitel besitzt. Gleiches gilt für den Fall, dass ein Zweit- oder Folgeantrag wiederholt nicht zur Durchführung eines Asylverfahrens geführt hat.²²⁸ Bei der ersten Anordnung des Einreise- und Aufenthaltsverbots nach Satz 1 soll die Frist ein Jahr nicht überschreiten. Im Übrigen soll die Frist drei Jahre nicht überschreiten.

In den §§ 62 und 62a AufenthG ist festgelegt, unter welchen Umständen und welchen Vollzugsbedingungen die Durchsetzung der Ausreisepflicht durch das Mittel der Abschiebungshaft gesichert werden darf. Abschiebungshaft ist unzulässig, wenn der Zweck der Haft durch mildere, ebenfalls ausreichende Mittel erreicht werden kann.

Durch den zum 1. August 2015 in Kraft getretenen neuen § 62b AufenthG, der die bisherige sog. kleine Sicherungshaft ersetzt, kann zudem ein Ausländer zur Sicherung der Durchführbarkeit der Abschiebung auf richterliche Anordnung für die Dauer von längstens vier Tagen in Ausreisegewahrsam genommen werden, wenn die Ausreisefrist abgelaufen ist, es sei denn der Ausländer ist unverschuldet an der Ausreise gehindert, oder der Ausländer ein Verhalten gezeigt hat, das erwarten lässt, dass er die Abschiebung erschweren oder vereiteln wird.

Zum 17. März 2016 trat das Gesetz zur erleichterten Ausweisung von straffälligen Ausländern und zum erweiterten Ausschluss der Flüchtlingsanerkennung bei straffälligen Asylbewerbern (AuswErlG) in Kraft. Das Gesetz schafft ein weiteres besonders schwerwiegendes Ausweisungsinteresse mit einem Katalog von Straftaten. Eine Freiheitsstrafe auf Bewährung von mindestens einem Jahr stellt künftig bereits ein schwerwiegendes Ausweisungsinteresse dar. Voraussetzung dabei ist, dass die Straftat unter Anwendung von Drohung mit Gefahr für Leib oder Leben oder mit List begangen worden ist.²²⁹

Seit der Höchstzahl abgeschobener Personen im Jahr 1994 sank die Zahl und lag im Jahr 2012 bei 7.651 Abschiebungen. Seitdem kam es zu einem Wiederanstieg der Abschiebungen auf 20.888 im Jahr 2015 (vgl. Tabelle 6-2). Dies stellt einen Anstieg um 91,9% im Vergleich zum Vorjahr dar, wobei sich diese hohe Zahl angesichts der stark gestiegenen Zahl vollziehbar Ausreisepflichtiger relativiert.

²²⁸ Durch den damit verbundenen generalpräventiven Effekt soll zugleich einer Überlastung des Asylverfahrens durch offensichtlich nicht schutzbedürftige Personen entgegengewirkt werden. Vgl. die Begründung in der BT-Drs. 18/4097: 46.

²²⁹ BGBl. 2016 Teil I Nr. 12: 394.

²²⁷ BGBl. 2015 Teil I Nr. 40: 1278.

Von den im Jahr 2015 stattgefundenen Abschiebungen entfielen 5.956 auf kosovarische, 3.742 auf albanische, 3.627 auf serbische, 1.597 auf mazedonische, 513 auf russische und 511 auf bosnische Staatsangehörige.

Darüber hinaus sind im Jahr 2015 insgesamt 1.481 Zurückschiebungen vollzogen worden. Dies bedeutet einen deutlichen Rückgang um -50,1% im Vergleich zum Vorjahr (2.967 Zurückschiebungen) (vgl. dazu Tabelle 6-3 im Anhang). Am häufigsten wurden Staatsangehörige aus Marokko (144 Personen), Eritrea (105 Personen) und Albanien (105 Personen) zurückgeschoben.

Zum 31. Dezember 2015 waren im Ausländerzentralregister (AZR) 285.703 Ausländer mit einer Ausweisungsverfügung²³⁰ erfasst.²³¹ Von den Ausländern mit einer Ausweisungsverfügung sind 0,1% minderjährig (208 Personen), 1,8% zwischen 18 und 26 Jahre alt (5.179 Personen), 10,5% im Alter von 27 bis 35 Jahren (29.968 Personen), 56,6% im Alter von 36 Jahren bis 60 (161.639 Personen), und 31,0% 61 Jahre und älter (88.694 Personen). Differenziert nach Bundesländern zeigt sich, dass sich die meisten Ausländer mit Ausweisungsverfügung in Nordrhein-Westfalen mit 20,9% (59.740 Personen) aufhalten, gefolgt von Hessen mit 15,4% (44.122 Personen) und Bayern mit 15,1% (43.164 Personen). Unter den Ausländern mit einer Ausweisungsverfügung waren 18,5% (52.855 Personen) türkische Staatsangehörige, 11,0% (31.295 Personen) waren mit der Staatsangehörigkeit des ehemaligen Jugoslawiens registriert, 4,4% (12.675 Personen) ukrainische Staatsangehörige sowie 3,2% (9.218 Personen) marokkanische Staatsangehörige.

230 Eine Ausweisungsverfügung verpflichtet einen Ausländer, das Bundesgebiet unverzüglich zu verlassen und nicht mehr dorthin einzureisen.

231 Vgl. die BT-Drs. 18/7844.

Tabelle 6-2: Abschiebungen von Ausländern über alle Grenzen von 1990 bis 2015

| Jahr | Abschiebungen |
|------|---------------|
| 1990 | 10.850 |
| 1991 | 13.668 |
| 1992 | 19.821 |
| 1993 | 47.070 |
| 1994 | 53.043 |
| 1995 | 36.455 |
| 1996 | 31.761 |
| 1997 | 38.205 |
| 1998 | 38.479 |
| 1999 | 32.929 |
| 2000 | 35.444 |
| 2001 | 27.902 |
| 2002 | 29.036 |
| 2003 | 26.487 |
| 2004 | 23.334 |
| 2005 | 17.773 |
| 2006 | 13.894 |
| 2007 | 9.617 |
| 2008 | 8.394 |
| 2009 | 7.830 |
| 2010 | 7.558 |
| 2011 | 7.917 |
| 2012 | 7.651 |
| 2013 | 10.198 |
| 2014 | 10.884 |
| 2015 | 20.888 |

Quelle: Bundespolizei

7

Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland

Das folgende Kapitel informiert über die Größenordnung und die Struktur der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Deutschland (Bestandsdaten). Als Datenquelle wird hierfür der Mikrozensus verwendet, der seit dem Jahr 2005 Detaildaten zu Personen mit Migrationshintergrund liefert.²³² Der Mikrozensus²³³ stellt eine sinnvolle Ergänzung zu anderen amtlichen Statistiken dar, die häufig nur das Merkmal Staatsangehörigkeit erfassen und deshalb weder zwischen der ersten und zweiten Ausländer- und Migrantengeneration unterscheiden, noch Spätaussiedler und Eingebürgerte, die als Deutsche in die Statistik eingehen, identifizieren können. Die Daten des Mikrozensus 2015 wurden auf die Bevölkerung auf Basis des Zensus 2011 hochgerechnet. Erstmals wurden die Ergebnisse auf Basis der neuen Zensuszahlen mit dem Mikrozensus 2013 veröffentlicht, rückwirkend wurden zeitgleich die Ergebnisse der Berichtsjahre 2011 und 2012

revidiert. So existiert eine durchgehend vergleichbare Zeitreihe von Mikrozensus-Ergebnissen von 2005 bis 2010, sowie von 2011 bis 2015.

Das Statistische Bundesamt definiert Menschen mit Migrationshintergrund folgendermaßen: „Eine Person hat einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil die deutsche Staatsangehörigkeit nicht durch Geburt besitzt.“ (Statistisches Bundesamt 2016: 4).²³⁴ Diese Definition umfasst zugewanderte und nicht zugewanderte Ausländer, zugewanderte und nicht zugewanderte Eingebürgerte, (Spät-)Aussiedler sowie die als Deutsche geborenen Nachkommen dieser Gruppen.

Auf der Basis der im Mikrozensus erhobenen Daten nimmt das Statistische Bundesamt eine Differenzierung der Bevölkerung in Deutschland nach Migrationsstatus vor.²³⁵ Diese ist in der nachfolgenden Info-Box ausführlich dargestellt.

Der als Stichprobe erhobene Mikrozensus wird bei der statistischen Hochrechnung an die Eckdaten aus der laufenden Bevölkerungsfortschreibung angepasst. Mit der Fortschreibung wird die offizielle Bevölkerungszahl auf Grundlage der jeweils letzten Volkszählung fortgeschrieben. Erstmals seit 1987 wurde mit dem Zensus 2011 wieder eine

232 So wird bei eingebürgerten Personen nach der ehemaligen Staatsangehörigkeit und dem Jahr der Einbürgerung gefragt (§ 4 Abs. 1 Nr. 2a MZG 2005 – Gesetz zur Durchführung einer Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt sowie die Wohnsituation der Haushalte (Mikrozensusgesetz 2005)). Zusätzlich wird alle vier Jahre die Staatsangehörigkeit der Eltern, sofern sie seit 1960 ihren dauernden Aufenthalt in Deutschland haben oder hatten, ihr Zuzugsjahr sowie, falls eingebürgert, ihre vormalige Staatsangehörigkeit erfragt (§ 4 Abs. 2 Nr. 4 MZG 2005).

233 Der Mikrozensus ist die amtliche Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt, an der jährlich 1% aller Haushalte in Deutschland beteiligt ist. Die organisatorische und technische Vorbereitung erfolgt im Statistischen Bundesamt, die Befragung und die Aufbereitung der Daten durch die statistischen Landesämter. Im Rahmen des Mikrozensus werden seit 1957 jährlich etwa 370.000 zufällig ausgewählte Haushalte mit rund 830.000 Personen befragt.

234 Im Mikrozensus 2007 wurde erstmals die Gruppe der (Spät-)Aussiedler gesondert ausgewiesen. Es handelt sich dabei um Personen, die angegeben haben, als (Spät-)Aussiedler nach Deutschland eingereist zu sein, und deren miteingereiste Angehörige. Bereits in Deutschland geborene Nachkommen dieser Personengruppe sind darin nicht enthalten.

235 Zur Untergliederung der Personen mit Migrationshintergrund siehe ausführlich Statistisches Bundesamt 2015: 5 f.

Bevölkerung in Deutschland nach Migrationsstatus

1. Deutsche ohne Migrationshintergrund
2. Personen mit Migrationshintergrund im weiteren Sinn¹
 - 2.1 Personen, deren Migrationshintergrund nicht durchgehend bestimmbar ist
 - 2.2 Personen mit Migrationshintergrund im engeren Sinn
 - 2.2.1 Personen mit eigener Migrationserfahrung (Zugewanderte)
 - 2.2.1.1 Ausländer
 - 2.2.1.2 Deutsche
 - 2.2.1.2.1 ohne Einbürgerung (ab 2007: (Spät-)Aussiedler)
 - 2.2.1.2.2 Eingebürgerte
 - 2.2.2 Personen ohne eigene Migrationserfahrung (nicht Zugewanderte)
 - 2.2.2.1 Ausländer (2. und 3. Generation)
 - 2.2.2.2 Deutsche
 - 2.2.2.2.1 Eingebürgerte
 - 2.2.2.2.2 Deutsche mit mindestens einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil
 - 2.2.2.2.2.1 mit beidseitigem Migrationshintergrund
 - 2.2.2.2.2.2 mit einseitigem Migrationshintergrund

- 1) Das Statistische Bundesamt unterscheidet Personen mit Migrationshintergrund im weiteren Sinn und Personen mit Migrationshintergrund im engeren Sinn. Bei Personen mit Migrationshintergrund im weiteren Sinn ist der Migrationsstatus nicht durchgehend bestimmbar, da bei bestimmten Deutschen der Migrationshintergrund nur aus Eigenschaften der Eltern erkennbar ist, diese jedoch nur alle vier Jahre abgefragt werden (zuletzt im Jahr 2013). Personen mit Migrationshintergrund im engeren Sinn sind dagegen jedes Jahr im Mikrozensus zu identifizieren. Um die Vergleichbarkeit mit den Vorjahren zu gewährleisten, werden im Folgenden nur die Personen mit Migrationshintergrund im engeren Sinn betrachtet.

Volkszählung durchgeführt. Die ersten Ergebnisse zeigten, dass zum Stichtag 9. Mai 2011 etwa 80,2 Mio. Personen, darunter knapp 6,2 Mio. ausländische Staatsangehörige in Deutschland lebten.²³⁶ Das sind 1,5 Mio. Menschen – davon 1,1 Mio. ausländische Staatsangehörige – weniger als bisher angenommen.²³⁷

Im Folgenden wird auf die Struktur der Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Herkunftsland, Alter,

Geschlecht und Aufenthaltsdauer näher eingegangen. Der Fokus liegt dabei auf Personen mit eigener Migrationserfahrung, also Personen, die selbst zugewandert sind.

Nach Angaben des Mikrozensus hatten im Jahr 2015 von den 81,4 Millionen Einwohnern in Deutschland etwa 17,1 Millionen Personen einen Migrationshintergrund (im engeren Sinn) (vgl. Tabelle 7-1 und Tabelle 7-6 im Anhang), davon sind ca. 9,3 Millionen Deutsche und

236 Vgl. dazu die Pressemitteilung Nr. 135 des Statistischen Bundesamtes vom 10. April 2014 sowie die Pressemitteilung Nr. 188 des Statistischen Bundesamtes vom 31. Mai 2013: Zensus 2011: 80,2 Millionen Einwohner lebten am 9. Mai 2011 in Deutschland.

237 Erstmals wurde mit dem Zensus 2011 auch die Bevölkerung mit Migrationshintergrund erfasst. Als Personen mit Migrationshintergrund wurden im Zensus 2011 alle zugewanderten und nicht zugewanderten Ausländer/-innen sowie alle nach 1955 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zugewanderten Deutschen und alle Deutschen mit zumindest einem nach 1955 auf das heutige Gebiet der Bundes-

republik Deutschland zugewanderten Elternteil definiert. Ausländer/-innen sind Personen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Enthalten sind ebenfalls Staatenlose und Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit. Vgl. dazu die Pressemitteilung 193 des Statistischen Bundesamtes vom 3. Juni 2014: 15,3 Millionen haben einen Migrationshintergrund. Insgesamt lebten zum Zensusstichtag 9. Mai 2011 rund 15,3 Millionen Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Drei Fünftel (60,2%) der Personen mit Migrationshintergrund sind Deutsche, 39,8% sind Ausländer. Zugewanderte Personen (63,0%) sind etwa doppelt so häufig vertreten als in Deutschland Geborene (37,0%).

Tabelle 7-1: Bevölkerung Deutschlands nach detailliertem Migrationsstatus von 2005 bis 2015, in Tausend

| | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 ² | 2012 ² | 2013 ² | 2014 ² | 2015 ² |
|---|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| Bevölkerung insgesamt | 82.465 | 82.369 | 82.257 | 82.135 | 81.904 | 81.715 | 80.249 | 80.413 | 80.611 | 80.897 | 81.404 |
| Deutsche ohne Migrationshintergrund | 67.132 | 67.226 | 66.895 | 66.569 | 65.876 | 65.985 | 65.396 | 65.083 | 64.074 | 64.511 | 64.286 |
| Personen mit Migrationshintergrund im weiteren Sinn | 15.333 | - | - | - | 16.028 | - | - | - | 16.538 | - | - |
| <i>dar.: Migrationshintergrund nicht durchgängig bestimmbar¹</i> | 277 | - | - | - | 345 | - | - | - | 624 | - | - |
| Personen mit Migrationshintergrund im engeren Sinn | 15.057 | 15.143 | 15.361 | 15.566 | 15.683 | 15.731 | 14.853 | 15.330 | 15.913 | 16.386 | 17.118 |
| Personen mit eigener Migrationserfahrung | 10.399 | 10.431 | 10.529 | 10.623 | 10.582 | 10.576 | 9.833 | 10.127 | 10.490 | 10.877 | 11.453 |
| Ausländer | 5.571 | 5.584 | 5.592 | 5.609 | 5.594 | 5.577 | 4.908 | 5.161 | 5.489 | 5.866 | 6.430 |
| Deutsche | 4.828 | 4.847 | 4.937 | 5.014 | 4.988 | 4.999 | 4.925 | 4.966 | 5.001 | 5.011 | 5.023 |
| Personen ohne eigene Migrationserfahrung | 4.657 | 4.713 | 4.832 | 4.943 | 5.101 | 5.154 | 5.021 | 5.203 | 5.423 | 5.510 | 5.665 |
| Ausländer | 1.749 | 1.716 | 1.688 | 1.661 | 1.630 | 1.570 | 1.321 | 1.335 | 1.338 | 1.345 | 1.342 |
| Deutsche | 2.908 | 2.997 | 3.144 | 3.283 | 3.471 | 3.584 | 3.700 | 3.868 | 4.085 | 4.165 | 4.323 |

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

- 1) Die Gruppe der „Personen mit Migrationshintergrund im weiteren Sinn“ umfasst auch in Deutschland geborene Deutsche mit Migrationshintergrund, die nicht mehr mit ihren Eltern in einem Haushalt leben. Deren Migrationsstatus ist nur durch die in den Jahren 2005, 2009 und 2013 verfügbaren Zusatzangaben bestimmbar.
- 2) Da die Basis für die Ergebnisse der Mikrozensus 2011–2015 der Zensus 2011 bildet, sind die Mikrozensusergebnisse für die Jahre 2011–2015 mit den Vorjahren nur bedingt vergleichbar.

7,8 Millionen Ausländer.²³⁸ Der Anteil der Deutschen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung beträgt 11,5%, der Ausländeranteil 9,5% (vgl. Abbildung 7-1). Insgesamt beläuft sich im Mikrozensus 2015 der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund auf 21,0% an der Gesamtbevölkerung. Zu Beginn der Erhebung des Migrationshintergrundes im Jahr 2005 lag die Zahl der Personen mit Migrationshintergrund bei 15,1 Millionen (Anteil: 18,3%). Bis zum Jahr 2010 ist die Zahl und der Anteil kontinuierlich angestiegen (15,7 Millionen; Anteil: 19,3%). Aufgrund der Zensusrevision ist die Zahl der Personen mit Migrationshintergrund im Jahr 2011 um 878.000 Personen

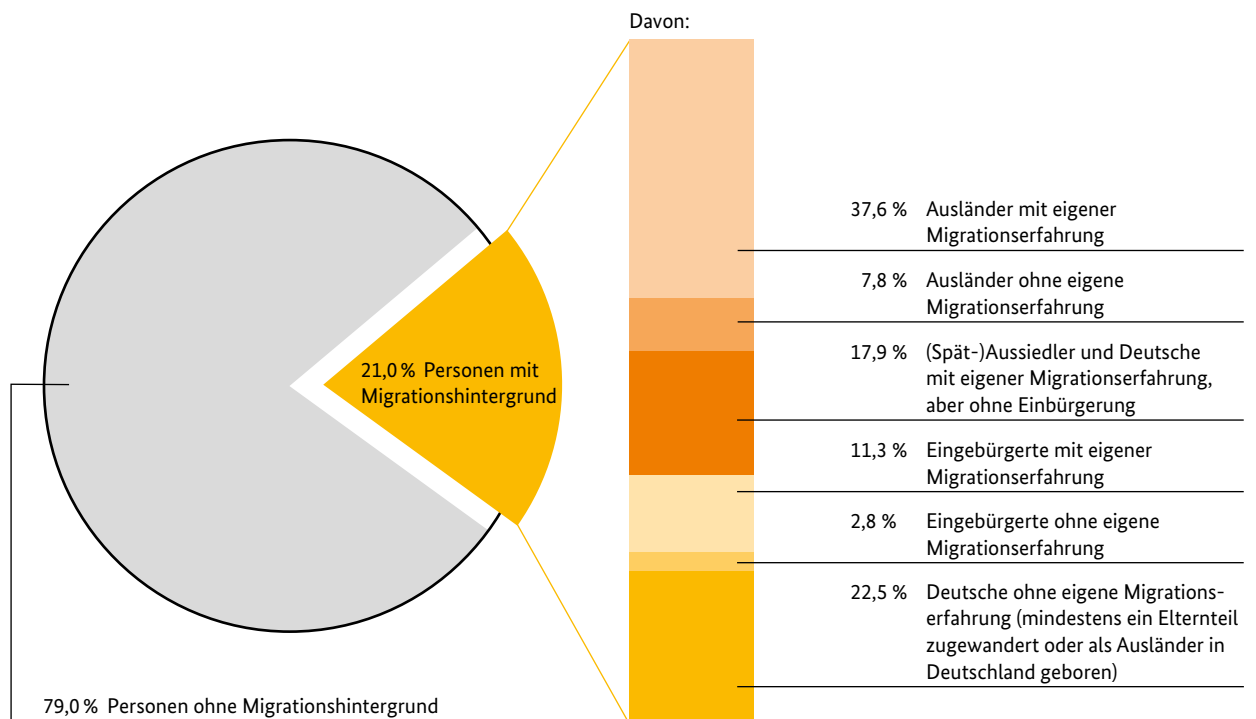
zurückgegangen. Während die Zahl der Deutschen mit Migrationshintergrund sogar leicht zugenommen hat (+0,5%), reduzierte sich die Anzahl der ausländischen Personen deutlich (-12,8%).

Laut Mikrozensus 2015 stellen Ausländer mit eigener Migrationserfahrung, d.h. Ausländer, die nach Deutschland zugewandert sind, mit 37,6% die größte Gruppe unter allen Personen mit Migrationshintergrund dar (6,4 Millionen Personen) (vgl. Abbildung 7-1). 7,8% der Personen mit Migrationshintergrund sind Ausländer, die in Deutschland geboren wurden (zweite oder dritte Generation; 1,3 Millionen Personen). Insgesamt besitzen 45,4% der Personen mit Migrationshintergrund nicht die deutsche Staatsangehörigkeit.

Deutsche mit Migrationshintergrund stellen dagegen 54,6% der Personen mit Migrationshintergrund. Diese Gruppe setzt sich wie folgt zusammen: selbst zugewanderte Eingebürgerte (11,3%; 1,9 Millionen Personen), Eingebürgerte ohne eigene Migrationserfahrung (2,8%; 0,5 Millionen Personen), (Spät-)Aussiedler (17,9%; 3,1 Millionen Personen), sowie mit deutscher Staatsangehörigkeit geborene

²³⁸ Es ist davon auszugehen, dass der Mikrozensus 2015 die Zuwanderung des Jahres 2015 nur zum Teil widerspiegelt. Dies ist insbesondere auf die Schutzsuchenden zurückzuführen, die hauptsächlich in der zweiten Jahreshälfte 2015 nach Deutschland kamen und in Erstaufnahmeeinrichtungen lebten, in denen generell keine Mikrozensus-Befragungen durchgeführt werden. Bei den Zugewanderten lassen sich im Mikrozensus darüber hinaus die Schutzsuchenden nicht eindeutig von anderen Ausländern unterscheiden, da nur das Herkunftsland erfasst wird (vgl. dazu die Pressemitteilung Nr. 327 des Statistischen Bundesamtes vom 16. September 2016).

Abbildung 7-1: Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland im Jahr 2015



Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2015

Personen (22,5 %; 3,8 Millionen Personen), die mindestens ein Elternteil haben das ausländisch,²³⁹ eingebürgert oder (Spät-)Aussiedler ist.

Insgesamt sind etwa zwei Drittel (66,9 %) der Personen mit Migrationshintergrund selbst Migranten (erste Generation), während knapp ein Drittel (33,1 %) bereits in Deutschland geboren wurde (zweite oder dritte Generation).

Seit dem Mikrozensus 2007 ist es möglich, die (Spät-)Aussiedler und ihre mit eingereisten Familienangehörigen als eigenständige Gruppe zu identifizieren. Allerdings ergeben sich erhebliche Diskrepanzen zu den damals amtlich erfassten Aufnahmezahlen von Aussiedlern und Spätaussiedlern unterschiedlicher Herkunftstaaten. Seit 1950 haben nach der Aufnahmestatistik des Bundesverwaltungsamtes 4,52 Millionen Aussiedler und Spätaussiedler das Aufnahmeverfahren durchlaufen. Im Mikrozensus 2015 sind von diesen jedoch nur 3,06 Millionen als noch in Deutschland lebend ausgewiesen. Die Differenz von 1,46 Millionen

Personen dürfte sich zum größeren Teil aus Sterbefällen zusammensetzen und nur zu einem geringeren Teil aus rück- oder weitergewanderten Personen.²⁴⁰

7.1 Herkunftsland bzw. Herkunftsland mindestens eines Elternteils

Mit knapp 2,9 Millionen Menschen stellen Personen mit türkischem Migrationshintergrund die größte Gruppe innerhalb der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (vgl. Tabelle 7-2). Von den Personen mit türkischem Migrationshintergrund sind 1,4 Millionen bzw. 47,8 % selbst zugewandert. Insgesamt stellen Personen mit türkischem Migrationshintergrund 16,7 % an allen Personen mit Migrationshintergrund (vgl. Abbildung 7-2). Bei der Bevölkerung mit eigener Migrationserfahrung liegt der Anteil der Personen mit türkischem Migrationshintergrund dagegen niedriger (11,9 %) (vgl. zur Struktur der Bevölkerung mit eigener Migrationserfahrung Abbildung 7-3).

²³⁹ Kinder ausländischer Eltern erwerben durch Geburt in Deutschland unter bestimmten Voraussetzungen seit dem Inkrafttreten des neuen Staatsangehörigkeitsrechts zum 1. Januar 2000 neben der Staatsangehörigkeit der Eltern auch die deutsche Staatsangehörigkeit (siehe dazu Kap. 8.1).

²⁴⁰ Vgl. Worbs et al. 2013: 16ff. Denkbar ist auch eine Unterfassung des Bestandes von (Spät-)Aussiedlern im Mikrozensus, beispielsweise weil der entsprechende Status in der Befragung bewusst oder unbewusst nicht angegeben wird, oder aus stichprobensystematischen Gründen.

Tabelle 7-2: Personen mit Migrationshintergrund nach Herkunftsland (mit derzeitiger bzw. früherer Staatsangehörigkeit) bzw. Herkunftsland mindestens eines Elternteils 2015, in Tausend

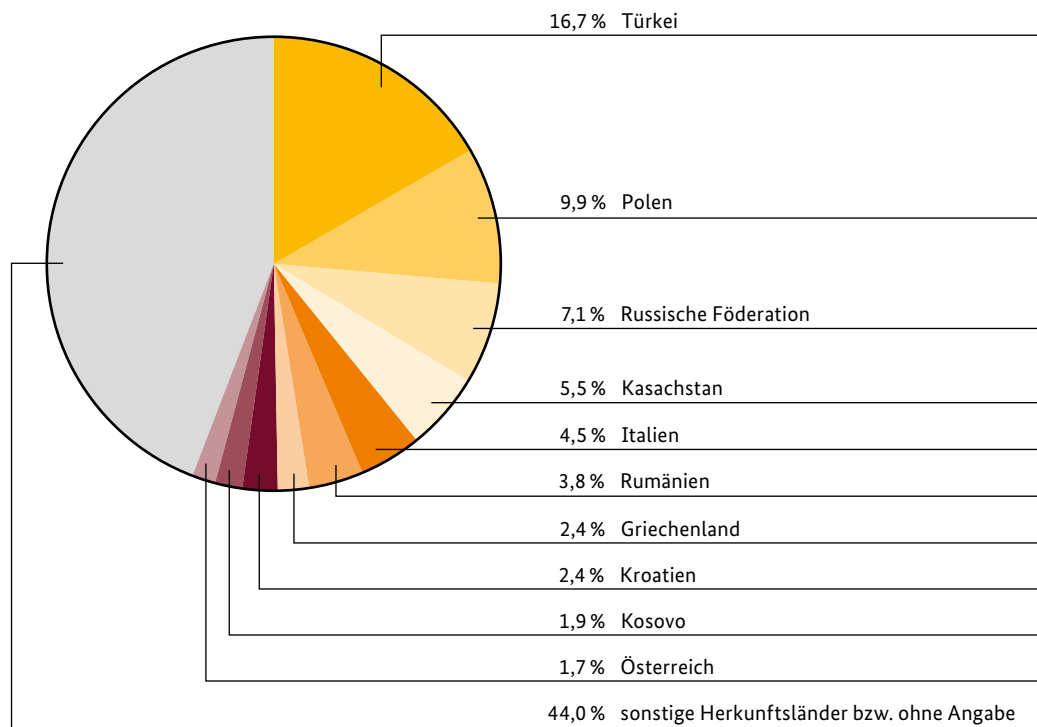
| Herkunftsland/-region | mit eigener Migrations- erfahrung | | ohne eigene Migrations- erfahrung | | insgesamt |
|--|--------------------------------------|-------------|--------------------------------------|-------------|---------------|
| | absolut | in % | absolut | in % | |
| EU-28 | 4.309 | 72,0 | 1.675 | 28,0 | 5.984 |
| dar.: Bulgarien | 146 | 86,4 | 23 | 13,6 | 169 |
| Griechenland | 257 | 62,4 | 155 | 37,6 | 412 |
| Italien | 442 | 57,0 | 334 | 43,0 | 776 |
| Kroatien | 255 | 62,7 | 152 | 37,3 | 407 |
| Niederlande | 137 | 64,9 | 74 | 35,1 | 211 |
| Österreich | 191 | 65,4 | 101 | 34,6 | 292 |
| Polen ¹ | 1.334 | 78,4 | 368 | 21,6 | 1.702 |
| Rumänien ¹ | 547 | 83,3 | 110 | 16,7 | 657 |
| Sonstiges Europa | 3.569 | 60,9 | 2.290 | 39,1 | 5.859 |
| dar.: Bosnien-Herzegowina | 165 | 66,5 | 83 | 33,5 | 248 |
| Kosovo | 202 | 62,5 | 121 | 37,5 | 323 |
| Russische Föderation ¹ | 957 | 78,3 | 265 | 21,7 | 1.222 |
| Serbien | 183 | 65,1 | 98 | 34,9 | 281 |
| Türkei | 1.364 | 47,8 | 1.487 | 52,2 | 2.851 |
| Ukraine | 212 | 84,8 | 38 | 15,2 | 250 |
| Europa gesamt | 7.878 | 66,5 | 3.966 | 33,5 | 11.844 |
| Afrika | 405 | 64,2 | 226 | 35,8 | 631 |
| Marokko | 98 | 57,3 | 73 | 42,7 | 171 |
| Ägypten, Algerien, Libyen, Tunesien | 84 | 62,2 | 51 | 37,8 | 135 |
| Amerika | 269 | 71,0 | 110 | 29,0 | 379 |
| Asien, Australien und Ozeanien | 2.133 | 74,1 | 746 | 25,9 | 2.879 |
| dar.: Naher und Mittlerer Osten | 1.386 | 75,7 | 446 | 24,3 | 1.832 |
| Irak | 107 | 73,8 | 38 | 26,2 | 145 |
| Iran | 119 | 77,8 | 34 | 22,2 | 153 |
| Kasachstan ¹ | 737 | 77,9 | 209 | 22,1 | 946 |
| Syrien | 143 | 83,1 | 29 | 16,9 | 172 |
| dar.: Süd- und Südostasien | 725 | 71,4 | 291 | 28,6 | 1.016 |
| Afghanistan | 114 | 73,1 | 42 | 26,9 | 156 |
| Vietnam | 109 | 61,9 | 67 | 38,1 | 176 |
| ohne Angabe | 769 | 55,5 | 617 | 44,5 | 1.386 |
| Personen mit Migrationshintergrund gesamt | 11.453 | 66,9 | 5.665 | 33,1 | 17.118 |
| dar.: Ausländer | 6.430 | 82,7 | 1.342 | 17,3 | 7.772 |
| Deutsche | 5.023 | 53,7 | 4.323 | 46,3 | 9.346 |
| dar.: (Spät-)Aussiedler | 3.061 | - | - | - | 3.061 |

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2015

1) Einschließlich (Spät-)Aussiedler.

Abbildung 7-2: Personen mit Migrationshintergrund nach Herkunftsland bzw. Herkunftsland mindestens eines Elternteils 2015

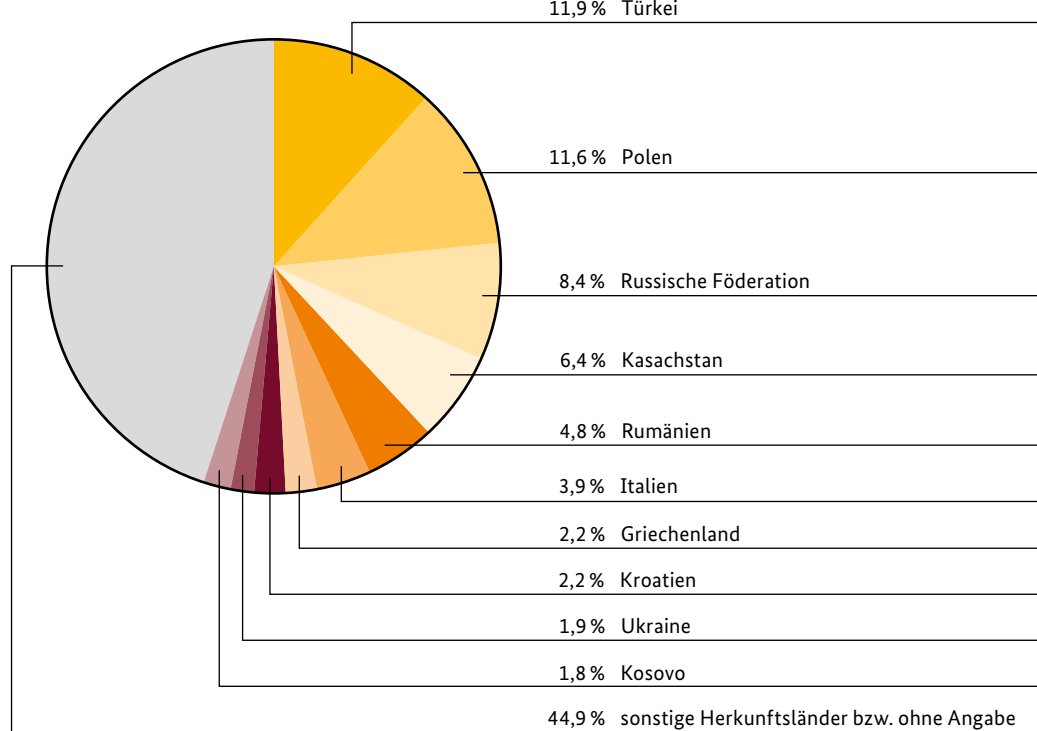
Gesamtzahl: 17,118 Millionen



Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

Abbildung 7-3: Personen mit eigener Migrationserfahrung nach Herkunftsland 2015

Gesamtzahl: 11,453 Millionen



Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

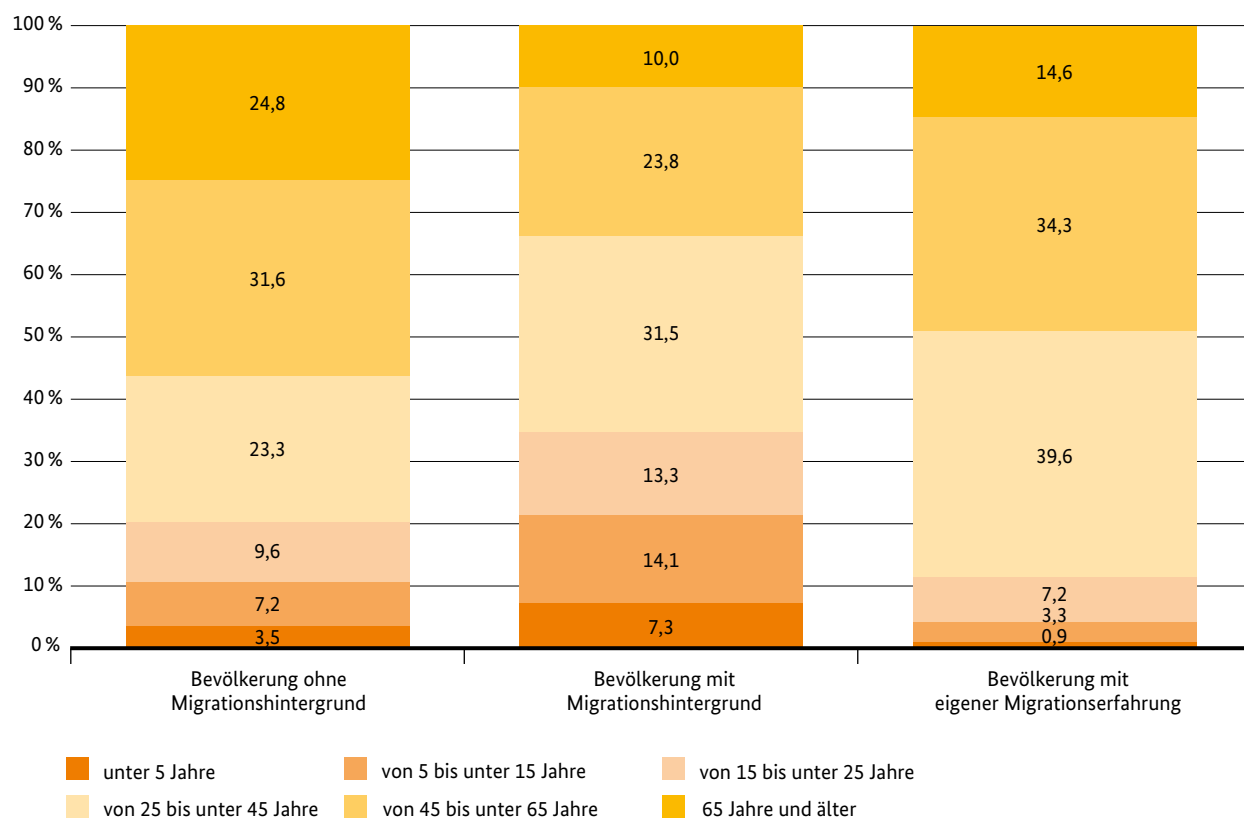
Unter Berücksichtigung der einem bestimmten Herkunftsland zuordenbaren (Spät-) Aussiedler kommen 9,9% (1,7 Millionen Personen) aus Polen, 7,1% (1,2 Millionen Personen) aus der Russischen Föderation und 5,5% aus Kasachstan (950.000 Personen). 4,5% bzw. 780.000 Personen besitzen einen italienischen Migrationshintergrund. Dabei zeigt sich, dass insbesondere Personen mit einem Migrationshintergrund aus den ehemaligen Anwerbestaaten überproportional häufig keine eigene Migrationserfahrung besitzen, d.h. bereits in Deutschland geboren sind (vgl. Tabelle 7-2). So sind 52,2% der Personen mit türkischem, 43,0% mit italienischem, 42,7% mit marokkanischem und 37,6% mit griechischem Migrationshintergrund nicht selbst nach Deutschland zugewandert. Dagegen hat die große Mehrheit der Personen aus Bulgarien (86,4%), der Ukraine (84,8%), Rumänien (83,3%), Syrien (83,1), Polen (78,4), der Russischen Föderation (78,3%) und Kasachstan (77,9%) eigene Migrationserfahrung. Dies zeigt sich auch, wenn man die Herkunftsländerstruktur der 11,5 Millionen Personen betrachtet, die selbst zugewandert sind (vgl. Abbildung 7-3). Hier liegen die Anteile aus diesen Staaten jeweils höher als bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund insgesamt.

7.2 Alters- und Geschlechtsstruktur

Bei einem Vergleich der Altersstruktur der Bevölkerung ohne und mit Migrationshintergrund ist erkennbar, dass sich Personen mit Migrationshintergrund deutlich stärker auf die jüngeren Jahrgänge verteilen als Personen ohne Migrationshintergrund. So waren im Jahr 2015 66,2% der Personen mit Migrationshintergrund jünger als 45 Jahre, während dies nur auf 43,5% der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund zutrifft; bei der Bevölkerung mit eigener Migrationserfahrung betrug der Anteil dieser Altersgruppe 51,1% (vgl. Abbildung 7-4 und Tabelle 7-7 im Anhang). Dabei liegt der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund unter fünf Jahren mit 7,3% mehr als doppelt so hoch wie bei Kindern ohne Migrationshintergrund (3,5%). Bei den Personen, die selbst zugewandert sind betrug dieser Anteil jedoch nur 0,9%.

Dagegen sind 24,8% der Personen ohne Migrationshintergrund 65 Jahre und älter, bei den Personen mit Migrationshintergrund sind es nur 10,0%, bei der Bevölkerung mit eigener Migrationserfahrung 14,6%. Auch der Anteil der Altersgruppe der 45- bis unter 65-Jährigen

Abbildung 7-4: Altersstruktur der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund 2015



ist bei Personen ohne Migrationshintergrund mit 31,6% deutlich größer als bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (23,8%). Bei der selbst zugewanderten Bevölkerung liegt dieser Anteil jedoch bei 34,3%. Insofern liegt das Durchschnittsalter der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund mit 47,1 Jahren auch deutlich über dem der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (35,6 Jahre), allerdings nur leicht über dem Durch-

schnittsalter der Bevölkerung mit eigener Migrationserfahrung (45,3 Jahre).²⁴¹

241 Die Entwicklung seit 2005 zeigt, dass auch die Bevölkerung mit Migrationshintergrund von Demografischer Alterung gekennzeichnet ist. So lag z. B. das durchschnittliche Alter (arithmetisches Mittel) bei Personen mit Migrationshintergrund im Jahr 2005 noch bei 33,4 Jahren, vgl. Kohls 2012: 39.

Abbildung 7-5: Alterspyramide 2015 nach Migrationshintergrund



Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus
(Abbildung entnommen aus: Statistisches Bundesamt 2016: 22)

Die Alterspyramide der Bevölkerung in Deutschland für das Jahr 2015 zeigt, dass der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund in den jüngeren Jahrgängen am größten ist (vgl. Abbildung 7-5). So besitzen mehr als ein Drittel der Kinder unter fünf Jahren sowie der Kinder von 5 bis unter 10 Jahren einen Migrationshintergrund (35,9% bzw. 35,6%) (vgl. Tabelle 7-7 im Anhang). Auch in den weiteren Altersgruppen bis 45 Jahre liegt der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund zum Teil deutlich über 20%. Dagegen liegt der Migrantenanteil in der Altersgruppe ab 65 Jahren bei lediglich 9,7%.

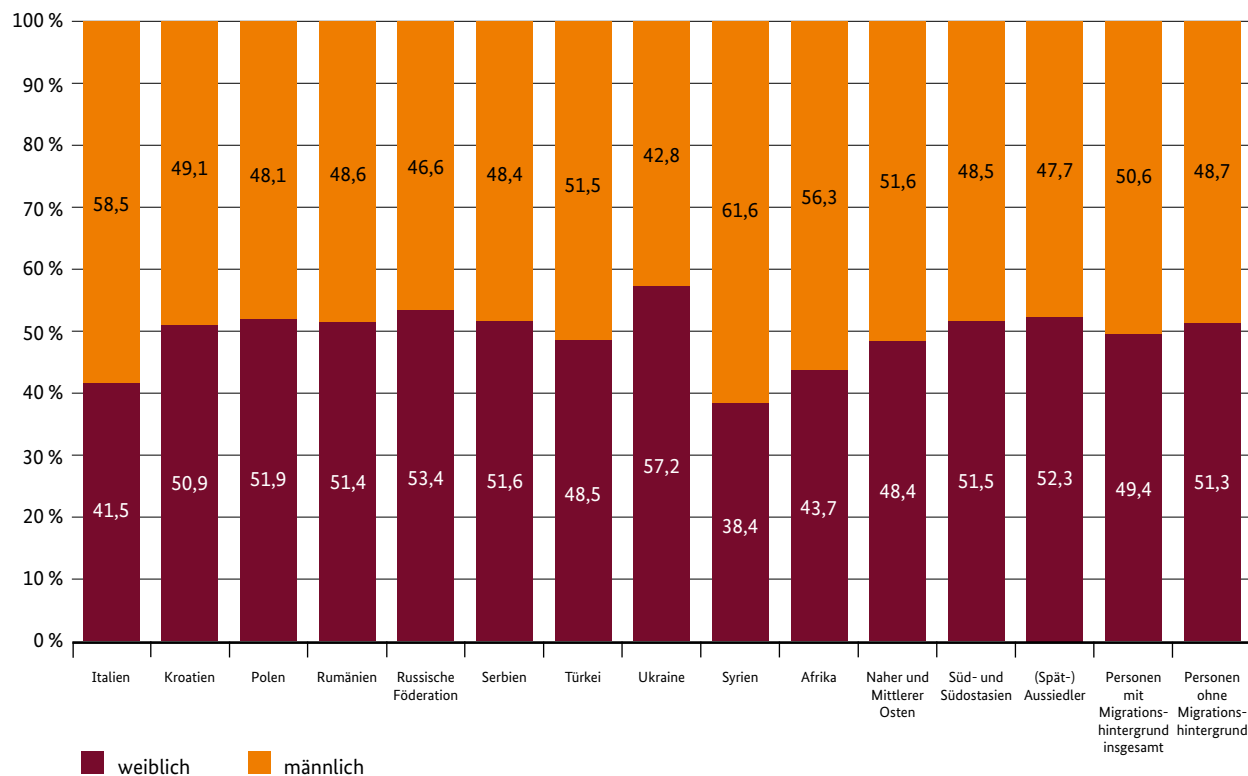
Ein Blick auf die Geschlechtsstruktur der Bevölkerung mit Migrationshintergrund zeigt, dass der Männeranteil etwas höher ist als der Frauenanteil (50,6% zu 49,4%) (vgl. Abbildung 7-6). Bei den einzelnen Gruppen sind jedoch nach Herkunftsland bzw. -region zum Teil deutliche Unterschiede festzustellen. Ein überproportionaler Frauenanteil ist insbesondere bei Personen mit ukrainischem und russischem Migrationshintergrund zu verzeichnen. Ein deutlich höherer Männeranteil zeigt sich dagegen bei der Bevölkerung mit nordafrikanischem, syrischem und italienischem Migrationshintergrund.

7.3 Aufenthaltsdauer

Im Jahr 2015 lebten etwa drei Viertel (75,6%) der Bevölkerung mit eigener Migrationserfahrung (im Folgenden als „Zuwanderer“ bezeichnet) seit mindestens zehn Jahren in Deutschland, 53,2% seit mindestens 20 Jahren und 15,0% sogar seit 40 Jahren und länger (vgl. Abbildung 7-7 und Tabelle 7-8 im Anhang).

Eine Differenzierung der Aufenthaltsdauer von Migrantinnen und Migranten nach Herkunftsländern spiegelt auch die Migrationsgeschichte der Bundesrepublik wider. So zeigt sich, dass insbesondere Personen aus den ehemaligen Anwerbeländern vielfach einen langjährigen Aufenthalt haben: 76,9% der Personen mit türkischem, 72,3% mit kroatischem, 71,2% mit italienischem, 63,2% mit griechischem Migrationshintergrund weisen eine Aufenthaltsdauer in Deutschland von mindestens 20 Jahren auf. Dagegen sind etwa drei Fünftel (58,8%) der Personen mit russischem Migrationshintergrund weniger als 20 Jahre in Deutschland.

Abbildung 7-6: Geschlechtsstruktur nach ausgewählten Herkunftsländern/-regionen 2015



Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

Dies spiegelt sich auch in der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer wider. Im Jahr 2015 betrug die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Bevölkerung mit Migrationshintergrund und eigener Migrationserfahrung 22,2 Jahre (vgl. Tabelle 7-6 im Anhang). Deutlich über diesem Wert liegt die durchschnittliche Aufenthaltsdauer bei österreichischen (31,1 Jahre), italienischen (30,9 Jahre), türkischen (30,2 Jahre), kroatischen (29,0 Jahre) und griechischen (27,2 Jahre) Migranten. Eine vergleichsweise niedrigere durchschnittliche Aufenthaltsdauer ist bei Personen mit russischem (17,9 Jahre) und ukrainischem (15,4 Jahre) Migrationshintergrund zu verzeichnen. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer von Personen mit polnischem Migrationshintergrund beträgt 21,4 Jahre.²⁴²

242 Sowohl bei russischen als auch bei polnischen Migranten sind die (Spät-)Aussiedler, die aus der Russischen Föderation bzw. aus Polen nach Deutschland zogen, enthalten.

7.4 Ausländische Staatsangehörige

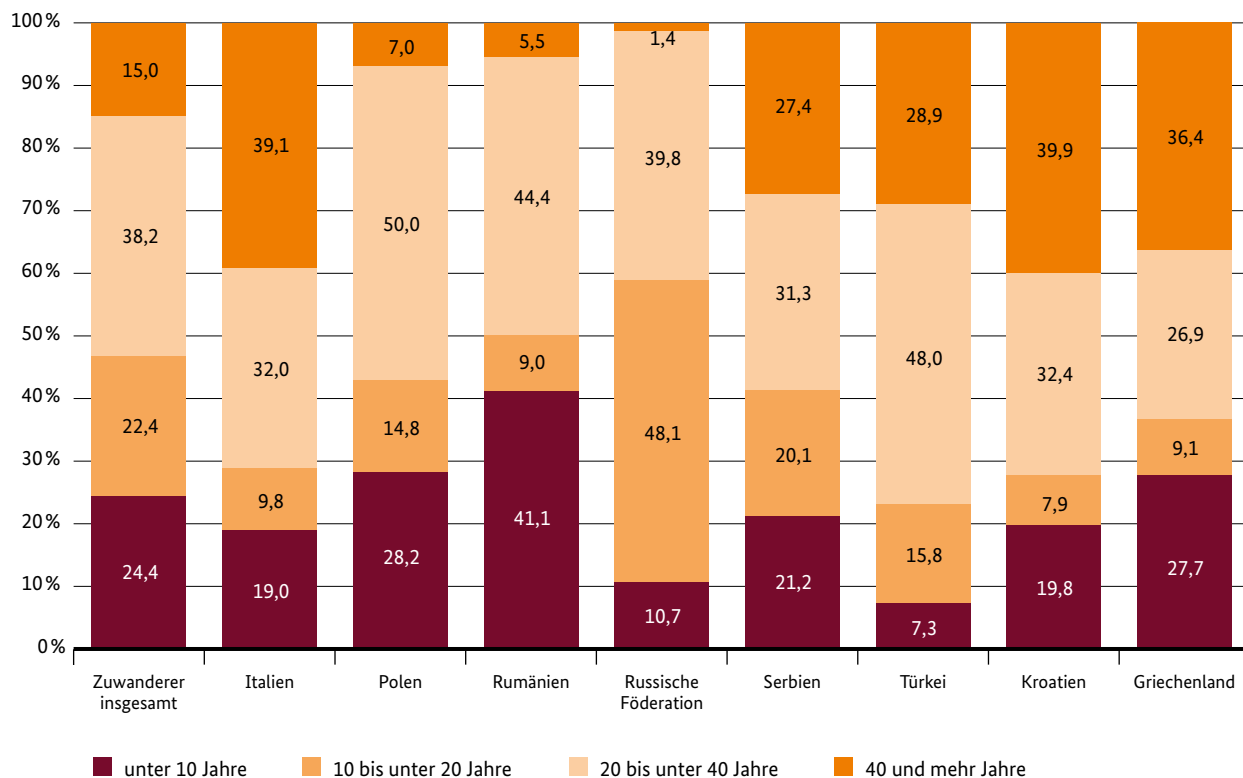
Ausländer sind eine Teilgruppe der Personen mit Migrationshintergrund (vgl. Kap. 7.1). Datenquellen zur Gewinnung von Informationen über die ausländische Bevölkerung²⁴³ in Deutschland sind die Bevölkerungsfortschreibung und das Ausländerzentralregister (AZR).

Mit der Veröffentlichung der Ergebnisse des Zensus 2011 wurde die Bevölkerungsfortschreibung auf eine neue Grundlage gestellt.²⁴⁴ Es zeigte sich, dass auf der Grundlage

243 Grundlage der Ausländerbestandsstatistik ist der rechtliche Ausländerbegriff (siehe dazu Kap. 1). Als Ausländer gelten alle Personen, die nicht Deutsche im Sinne von Art. 116 Abs. 1 GG sind, d.h. nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Zu den Ausländern zählen auch Staatenlose.

244 Allerdings gibt es für 2011 zwei Bevölkerungszahlen: zum einen wurden die Bevölkerungszahlen auf Grundlage von alten Zählungen (Volkszählung von 1987 für das frühere Bundesgebiet sowie Auszug des zentralen Einwohnerregisters vom 3. Oktober 1990 für die ehemalige DDR) weiterhin für 2011 berechnet. Zum anderen wurden nach der Bereitstellung der Zensusergebnisse 2011 die Bevölkerungszahlen auf dieser Grundlage neu berechnet, vgl. Statistisches Bundesamt 2015.

Abbildung 7-7: Zuwanderer nach Herkunftsland und Aufenthaltsdauer 2015



Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

Anmerkung: Polen, Rumänien und Russische Föderation mit (Spät-)Aussiedlern.

der Zensusergebnisse die Bevölkerung zum 31.12.2011 knapp 80,3 Millionen Einwohner betrug (vgl. Tabelle 7-3). Bis zum 31. Dezember 2015 erhöhte sich die Bevölkerungszahl in Deutschland auf 82,2 Millionen Personen, v. a. aufgrund eines anhaltend hohen Wanderungssaldos.

Im AZR werden ausländische Staatsangehörige zusätzlich zur kommunalen melderechtlichen Registrierung erfasst.²⁴⁵ Dabei werden Informationen über Ausländer gespeichert, die sich „nicht nur vorübergehend“ (§ 2 Abs. 1 AZRG) – in der Regel länger als drei Monate – im Bundesgebiet aufhalten. Hierzu liefern die einzelnen lokalen Ausländerbehörden die entsprechenden Personenstandsdaten an das Ausländerzentralregister.

Das AZR ermöglicht jedoch eine weitergehende Differenzierung der ausländischen Bevölkerung als die Bevölkerungsfortschreibung. So enthält das AZR auch Informationen über die einzelnen Staatsangehörigkeiten, die Aufenthaltsdauer und den Aufenthaltsstatus. Deshalb

²⁴⁵ Deutsche, die zusätzlich eine oder mehrere weitere Staatsangehörigkeiten besitzen, gehen nur als deutsche Staatsangehörige in die Bevölkerungsstatistik ein. Sie zählen nicht als Ausländer und sind deshalb nicht im AZR enthalten.

werden im Folgenden überwiegend die Daten des AZR verwendet, und zwar dort, wo es sich vorrangig um die Beschreibung von Ausländern handelt.²⁴⁶

Die ausländische Bevölkerung in Deutschland hat sich von 1991 bis zum Jahr 2003 auf 7,3 Millionen erhöht (vgl. Tabelle 7-9 sowie Abbildung 7-15 im Anhang).²⁴⁷ Der Rückgang auf 6,7 Millionen im Jahr 2004 nach den Daten des AZR ist im Wesentlichen auf die Bereinigung des Ausländerzentralregisters zurückzuführen.²⁴⁸ Am Ende des Jahres 2015

²⁴⁶ Beim Vergleich mit der deutschen bzw. der Gesamtbevölkerung (z. B. beim Ausländeranteil) werden hingegen die Daten der Bevölkerungsfortschreibung genannt (siehe auch Tabelle 7-9 im Anhang).

²⁴⁷ Für eine längerfristige Entwicklung der ausländischen Bevölkerung ab 1951 vgl. Tabelle 7-9 im Anhang. Zur Differenzierung der ausländischen Bevölkerung nach Bundesländern vgl. Tabelle 7-10 im Anhang.

²⁴⁸ Zum Jahresende 2004 wurde eine Bereinigung des AZR durchgeführt. Dabei wurde der Gesamtbestand der ausländischen Bevölkerung im AZR mit den Angaben der regionalen Ausländerbehörden abgeglichen und um unstimmbare Fälle bereinigt. Die Bereinigung hat dazu geführt, dass die Gesamtzahl der ausländischen Bevölkerung um etwa 600.000 unter der des Vorjahres lag. Deshalb sind die Zahlen ab dem Jahr 2004 nicht unmittelbar mit denen der Vorjahre vergleichbar. Vgl. dazu Opfermann et al. 2006.

Tabelle 7-3: Ausländer und Gesamtbevölkerung in Deutschland von 2004 bis 2015

| Jahr | Gesamtbevölkerung | Ausländische Bevölkerung nach der Bevölkerungsfortschreibung | Ausländeranteil in % | Veränderung der ausländischen Bevölkerung in % ¹ | Ausländische Bevölkerung nach dem AZR ² |
|-------------------|-------------------|--|----------------------|---|--|
| 2004 ² | 82.500.849 | 7.287.980 | 8,8 | -0,7 | 6.717.115 |
| 2005 | 82.437.995 | 7.289.149 | 8,8 | 0,0 | 6.755.810 |
| 2006 | 82.314.906 | 7.255.949 | 8,8 | -0,5 | 6.751.004 |
| 2007 | 82.217.837 | 7.255.395 | 8,8 | 0,0 | 6.744.879 |
| 2008 | 82.002.356 | 7.185.921 | 8,8 | -1,0 | 6.727.618 |
| 2009 | 81.802.257 | 7.130.919 | 8,7 | -0,8 | 6.694.776 |
| 2010 | 81.751.602 | 7.198.946 | 8,8 | +1,0 | 6.753.621 |
| 2011 ³ | 81.843.743 | 7.409.754 | 9,1 | +2,9 | 6.930.896 |
| 2011 ⁴ | 80.327.900 | 6.342.394 | 7,9 | - | 6.930.896 |
| 2012 ⁴ | 80.523.746 | 6.643.699 | 8,3 | +4,8 | 7.213.708 |
| 2013 ⁴ | 80.767.463 | 7.015.236 | 8,7 | +5,6 | 7.633.628 |
| 2014 ⁴ | 81.197.537 | 7.539.774 | 9,3 | +7,5 | 8.152.968 |
| 2015 ⁴ | 82.175.684 | 8.651.958 | 10,5 | +14,8 | 9.107.893 |

Quelle: Statistisches Bundesamt

1) Jährliche Veränderung der ausländischen Bevölkerung nach der Bevölkerungsfortschreibung im Vergleich zum Vorjahr.

2) Infolge unterschiedlicher Erhebungsmethoden und aufgrund einer umfangreichen Registerbereinigung des AZR weicht die Gesamtzahl der Ausländer in der Bevölkerungsfortschreibung und im Ausländerzentralregister insbesondere ab dem Jahr 2004 deutlich voneinander ab.

3) Ergebnis auf der Grundlage früherer Zählungen.

4) Ergebnis der Bevölkerungsfortschreibung auf der Grundlage des Zensus 2011.

lebten laut AZR insgesamt etwa 9,11 Millionen Menschen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit in Deutschland. Die Zahl der Ausländer in Deutschland auf Basis der Bevölkerungsfortschreibung beläuft sich dagegen auf 8,65 Millionen Personen (Stand: 31.12.2015; vorläufige Zahlen). Dies entspricht einem Ausländeranteil von 10,5%.

7.4.1 Ausländische Bevölkerung nach Staatsangehörigkeiten

Am Ende des Jahres 2015 stellten Staatsangehörige aus der Türkei mit 1,51 Millionen Personen die größte ausländische Personengruppe in Deutschland. Dies entsprach einem Anteil von knapp einem Sechstel (16,5%) an allen ausländischen Staatsangehörigen (vgl. Abbildung 7-8 und Tabelle 7-11 im Anhang). Die Zahl der türkischen Staatsangehörigen sank damit im Vergleich zum Vorjahr um etwa 21.000 Personen.²⁴⁹ Bereits in den Vorjahren war jeweils ein Rückgang der türkischen Staatsangehörigen

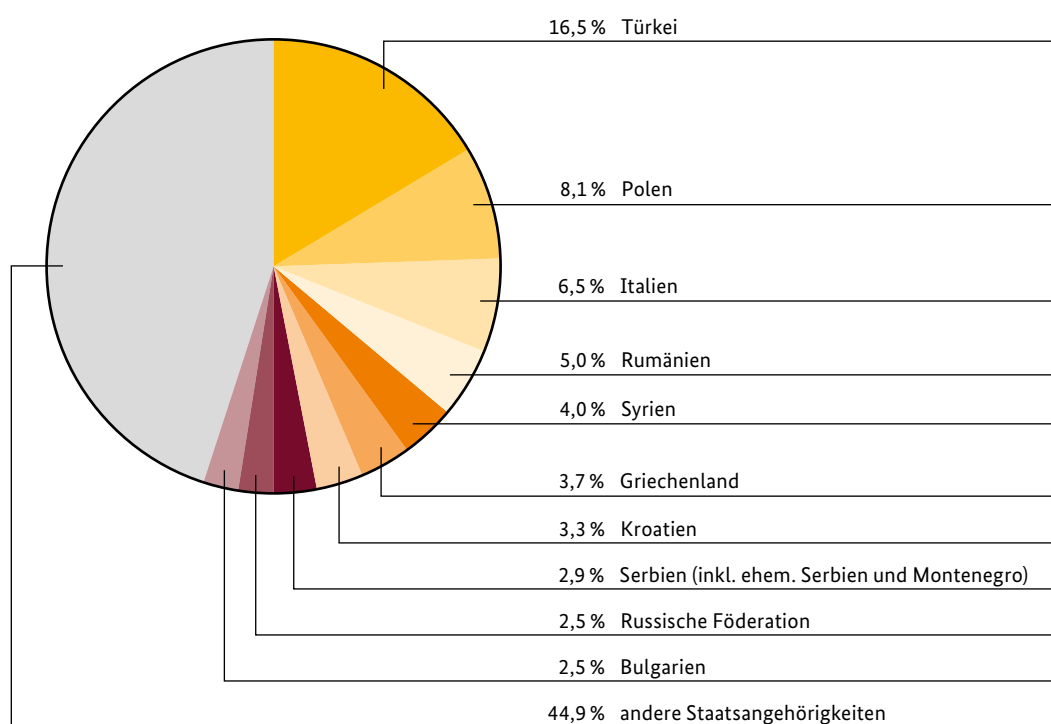
249 Der Rückgang bei türkischen Staatsangehörigen in den letzten Jahren ist u. a. auf Einbürgerungen (vgl. dazu Worbs 2008) und den seit 2006 festzustellenden Wanderungsverlust zurückzuführen.

zu verzeichnen. Die zweitgrößte Nationalitätengruppe bildeten die polnischen Staatsangehörigen mit 0,74 Millionen Personen (8,1%), vor Personen aus Italien mit 0,60 Millionen Staatsangehörigen (6,5%). Zu den weiteren quantitativ bedeutsamen Nationalitätengruppen zählen Staatsangehörige aus Rumänien mit 453.000 Personen (5,0%) und infolge der starken Zuwanderung von Schutzsuchenden Syrien (367.000 Personen; 4,0%). Damit hat Syrien Griechenland (340.000 Personen; 3,7%) 2015 vom fünften Platz verdrängt.

Betrachtet man die Entwicklung seit 2004, so zeigt sich, dass sich die Zahl der Staatsangehörigen aus den neuen mittel- und osteuropäischen EU-Staaten erheblich gesteigert hat (vgl. Tabelle 7-11 im Anhang). So hat sich die Zahl der polnischen Staatsangehörigen in Deutschland seit 2004, dem Jahr des EU-Beitritts, um 153,7% erhöht (von 2014 auf 2015: +9,9%). Nach dem EU-Beitritt von Bulgarien und Rumänien am 1. Januar 2007 lässt sich seitdem auch ein deutlicher Anstieg der Staatsangehörigen aus diesen Ländern feststellen. Die Zahl der rumänischen Staatsangehörigen in Deutschland ist seit 2004 um 517,1% auf circa 453.000 Personen gestiegen (von 2014 auf 2015: +27,4%). Die Zahl der bulgarischen Staatsangehörigen erhöhte sich im gleichen Zeitraum um 479,4% auf etwa

Abbildung 7-8: Ausländische Bevölkerung in Deutschland nach den zehn häufigsten Staatsangehörigkeiten am 31. Dezember 2015

Gesamtzahl: 9.107.893



Quelle: Ausländerzentralregister, Statistisches Bundesamt

227.000 Personen (von 2014 auf 2015: +23,8%). Der Anstieg bei rumänischen und bulgarischen Staatsangehörigen ist insbesondere auf den seit 2007 stark angewachsenen Wanderungsüberschuss aus diesen Staaten zurückzuführen (vgl. dazu Kap. 1). Der Anstieg syrischer Staatsangehöriger von 2014 auf 2015 um +210,1% ist auf die hohe Anzahl syrischer Schutzsuchender zurückzuführen.

Nachdem bis 2009 über Jahre ein kontinuierlicher Rückgang der Zahl der Staatsangehörigen aus den ehemaligen Anwerbestaaten Italien, Griechenland und Spanien festzustellen war, konnte bis 2015 wieder ein kontinuierlicher Anstieg der Zahl der Staatsangehörigen aus diesen Ländern registriert werden (vgl. Tabelle 7-11 im Anhang).

7.4.2 Alters- und Geschlechtsstruktur

Bei einem Vergleich der Altersstruktur der deutschen mit der ausländischen Bevölkerung zeigt sich, dass die ausländische Bevölkerung sich mehrheitlich auf die jüngeren Jahrgänge verteilt. So waren im Jahr 2015 57,8% der Ausländer jünger als 40 Jahre, während dies nur auf 41,0% der deutschen Bevölkerung zutraf (vgl. Abbildung 7-9 und

Tabelle 7-12 im Anhang). Allerdings liegt der Anteil der Kinder unter sechs Jahren bei den Deutschen mit 5,3% höher als bei den Ausländern (4,8%). Dies liegt auch an der zum 1. Januar 2000 eingeführten Regelung, wonach unter bestimmten Bedingungen Kinder ausländischer Eltern mit Geburt neben der Staatsangehörigkeit der Eltern auch die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten (siehe dazu Kap. 8.1). Bei den älteren Altersstufen sind 22,5% der Deutschen 65 Jahre und älter, bei den Ausländern sind es nur 9,0%.

Betrachtet man die Entwicklung der Altersstruktur der Ausländer in Deutschland seit Beginn der 1970er Jahre, so ist festzustellen, dass auch die ausländische Bevölkerung von Demografischer Alterung gekennzeichnet ist (vgl. Abbildung 7-10). So lag der Anteil der unter 40-Jährigen Anfang der 1970er Jahre noch bei über 80%, während der Anteil der Personen im Rentenalter noch unter 2% betrug. Im Jahr 2015 waren 57,8% der ausländischen Bevölkerung unter 40 Jahre und 9,0% 65 Jahre und älter. Insgesamt ist die ausländische Bevölkerung jedoch noch deutlich jünger als die deutsche Bevölkerung.

Im Jahr 2015 waren 53,5% der ausländischen Staatsangehörigen in Deutschland männlich und 46,5% weiblich.

Abbildung 7-9: Altersstruktur der deutschen und ausländischen Bevölkerung am 31. Dezember 2015

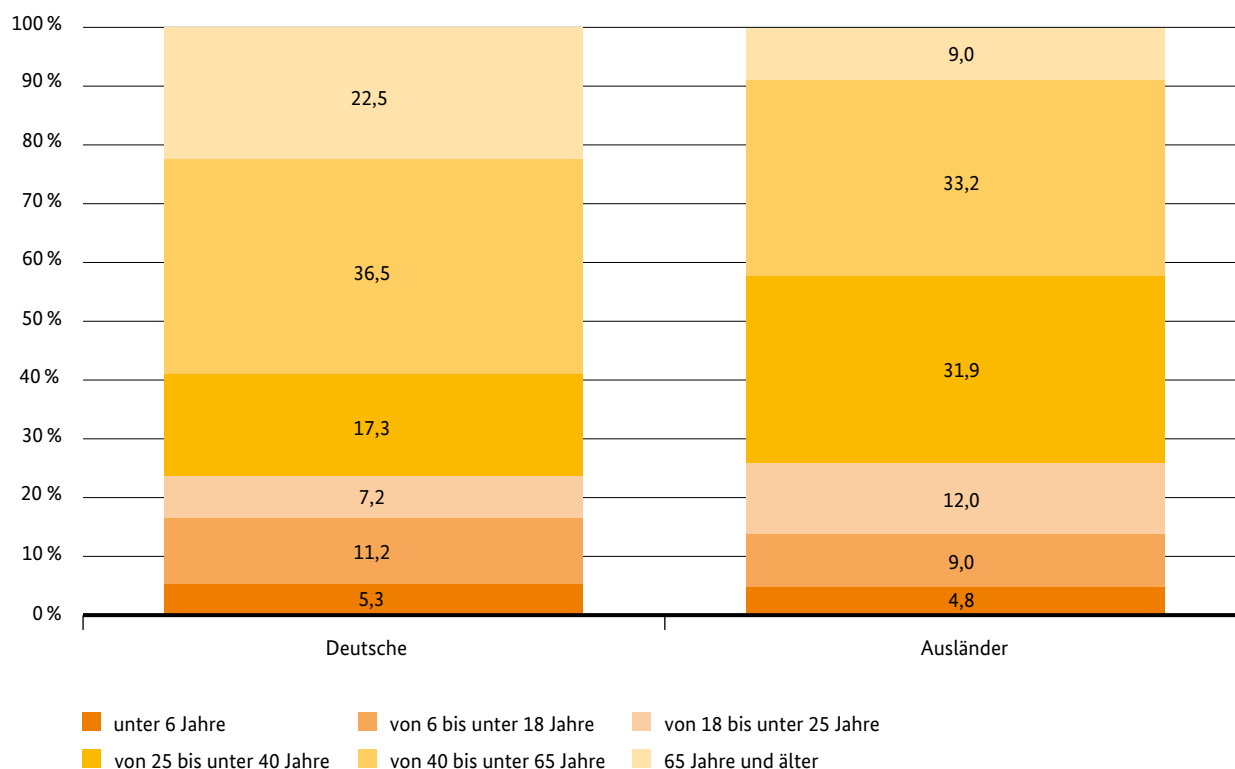
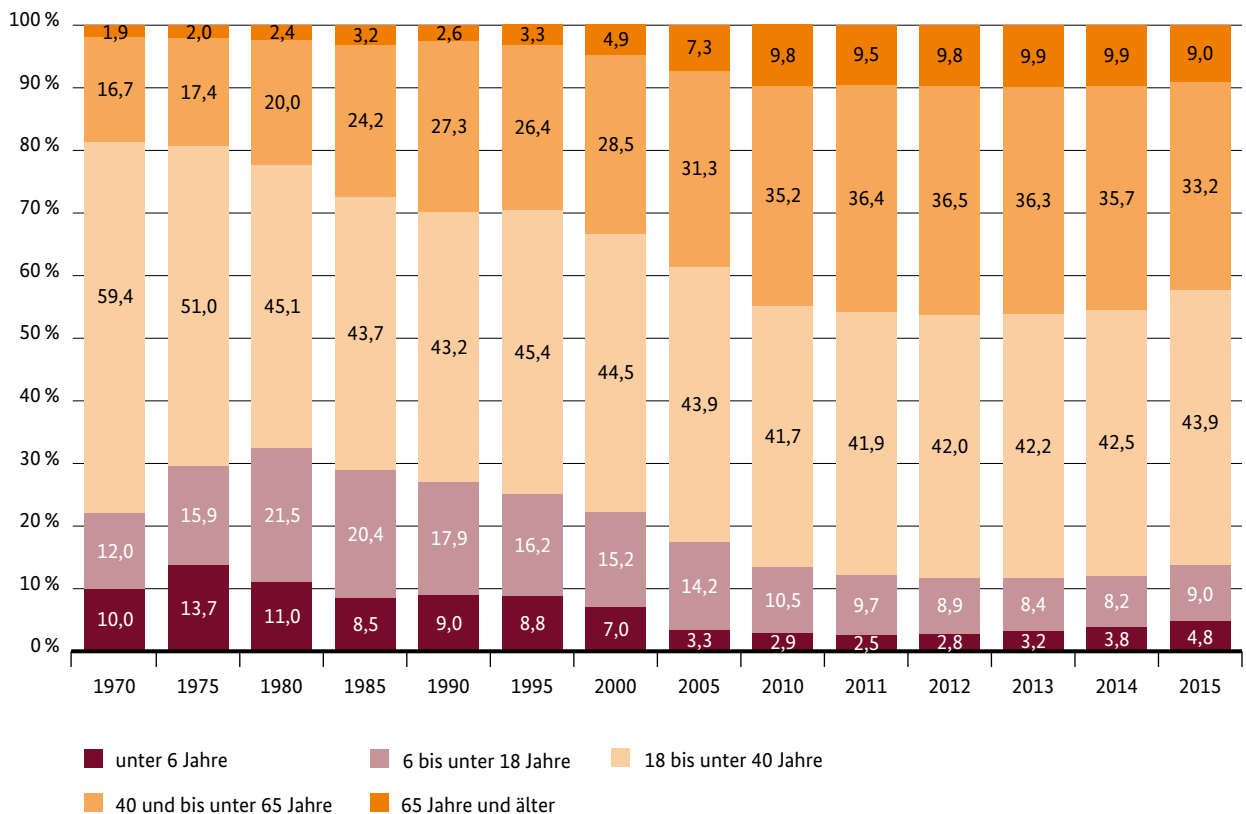


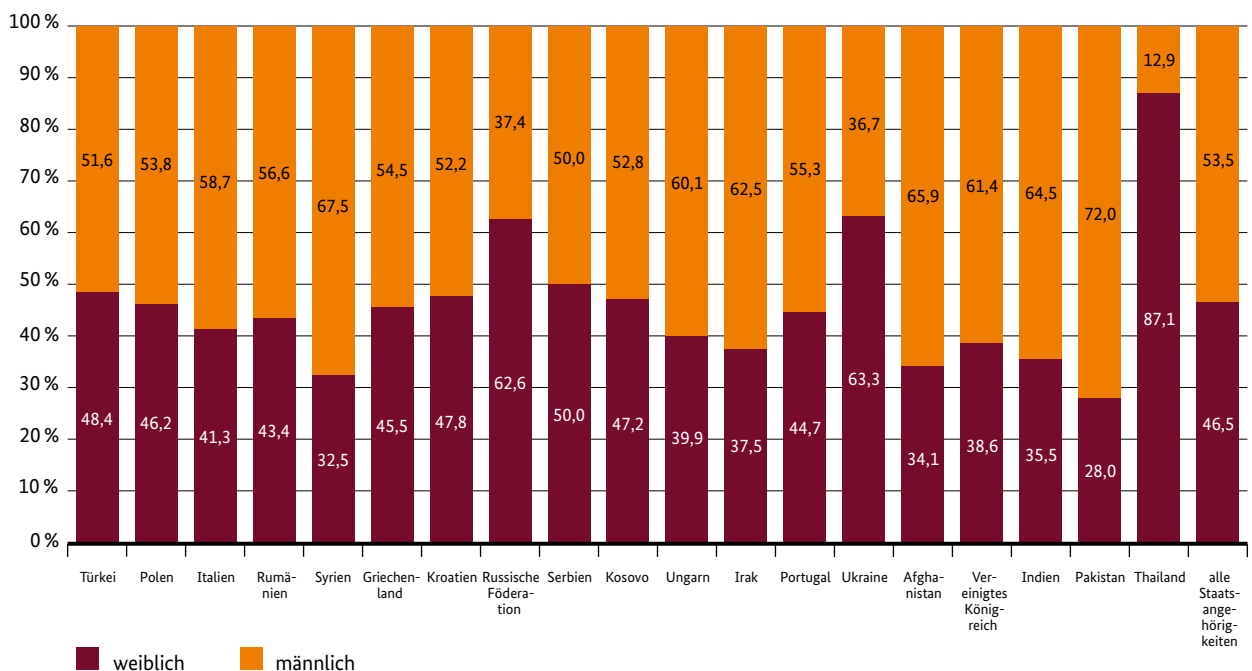
Abbildung 7-10: Altersstruktur der ausländischen Bevölkerung von 1970 bis 2015



Quelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsfortschreibung

Ergebnisse ab 2011 auf der Grundlage des Zensus 2011, Ergebnisse von 1970 bis 2010 auf Grundlage früherer Zählungen.

Abbildung 7-11: Geschlechtsstruktur ausgewählter Staatsangehörigkeiten am 31. Dezember 2015



Quelle: Ausländerzentralregister, Statistisches Bundesamt

Insbesondere bei Staatsangehörigen aus Thailand (87,1%), den Philippinen (82,8%), Brasilien (66,7%), der Ukraine (63,3%), der Russischen Föderation (62,6%), Japan (59,2%), Litauen (58,8%), der Republik Korea (58,3%), der Tschechischen Republik (57,5%) war jedoch ein überproportional hoher Frauenanteil zu verzeichnen (vgl. Abbildung 7-11 und Tabelle 7-13 im Anhang). Dagegen ist bei Staatsangehörigen aus Pakistan (72,0%), Ägypten (68,8%), Syrien (67,5%), Tunesien (66,9%), Afghanistan (65,9%), Indien (64,5%) und Irak (62,5%) der Anteil von Männern deutlich höher.

7.4.3 Aufenthaltsdauer und Aufenthaltsstatus

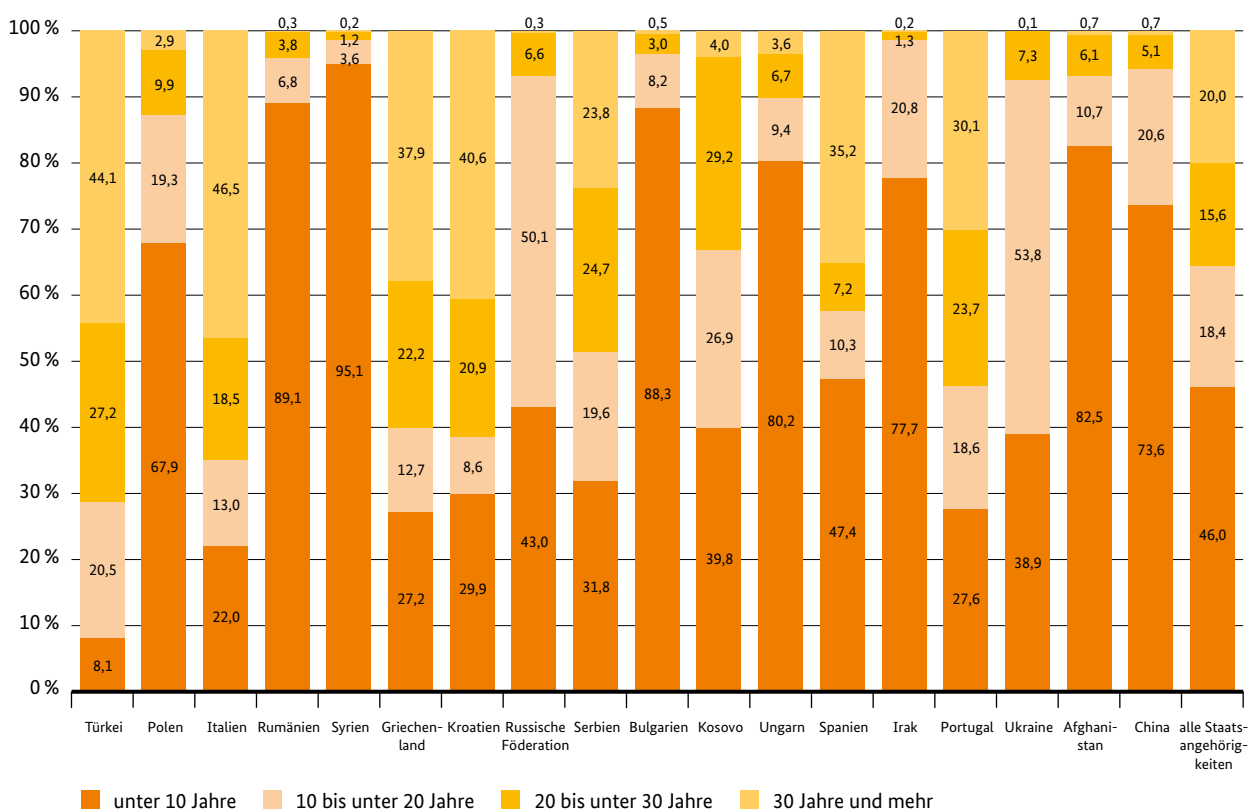
Aufenthaltsdauer

Zum Ende des Jahres 2015 lebten 54,0% der ausländischen Bevölkerung seit mindestens zehn Jahren in Deutschland, mehr als ein Drittel (35,6%) seit mindestens zwanzig Jahren und 20,0% sogar seit 30 Jahren und länger (vgl. Abbildung 7-12 und Tabelle 7-14 im Anhang). Insgesamt lebten mehr als 5,2 Millionen Ausländer seit mehr als acht Jahren im Bundesgebiet. Das bedeutet, dass 57,5% zumindest eine der Einbürgerungsvoraussetzungen erfüllen (siehe Kap. 7.5).

Anhand der Verteilung der Aufenthaltsdauer einzelner Nationalitäten spiegelt sich auch die Migrationsgeschichte Deutschlands wider. Dabei zeigt sich, dass insbesondere Staatsangehörige aus den ehemaligen Anwerbeländern vielfach einen langjährigen Aufenthalt haben: 71,3% der Türken, 65,0% der Italiener, 61,4% der Kroaten und 60,1% der Griechen weisen eine Aufenthaltsdauer in Deutschland von mindestens 20 Jahren auf. Dagegen sind jeweils mehr als drei Viertel der syrischen (95,1%), rumänischen (89,1%), bulgarischen (88,3%), afghanischen (82,5%), ungarischen (80,2%) und irakischen (77,7%) Staatsangehörigen weniger als 10 Jahre in Deutschland.

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer aller in Deutschland aufhältigen Ausländer betrug zum Jahresende 2015 16,3 Jahre (vgl. Tabelle 7-14 im Anhang). Deutlich über diesem Wert liegt die durchschnittliche Aufenthaltsdauer bei Staatsangehörigen aus Österreich (28,7 Jahre), der Türkei (28,1 Jahre), Italien (27,2 Jahre), Griechenland (24,9 Jahre), Slowenien (24,6 Jahre) und Kroatien (24,2 Jahre). Eine bislang niedrige durchschnittliche Aufenthaltsdauer ist bei Staatsangehörigen aus den mittel- und osteuropäischen Staaten zu verzeichnen (Polen: 8,7 Jahre, Slowakei: 7,1 Jahre, Ungarn: 6,9 Jahre, Lettland: 6,3 Jahre, Bulgarien: 4,8 Jahre,

Abbildung 7-12: Aufenthaltsdauer von Ausländern nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten in Deutschland am 31. Dezember 2015



Quelle: Ausländerzentralregister, Statistisches Bundesamt

Tabelle 7-4: Aufenthaltsstatus der ausländischen Bevölkerung nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten am 31. Dezember 2015

| Aufenthaltstitel | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|--|--|--------------------------------|--|------------------|--|---------------------|---------|---------|--------|-------------------------------------|-------|--------|--|---|--|--|----------------------------|---------|--|
| Staats- angehörigkeit | nach altem Recht (AuslG; bis 31.12.2004) | | | | nach neuem Recht (AufenthG; ab 1.1.2005) | | | | | | | | | | | | | | |
| | Insgesamt | befristet | | unbe- fristet | Aufenthaltserlaubnis | | | | | | | | Niederlas- sungs- er- laubnis | EU-Recht: EU-Aufent- haltstitel/ Freizügigkeits- bescheinigung ² | | | Aufenthalts- gestattung | Duldung | ohne Aufent- haltstitel, Gestat- tung oder Duldung ³ |
| | | insgesamt | | | darunter: | | | | | besondere Aufent- haltsrechte | | | | | | | | | |
| | | zum Zweck der Ausbildung | zum Zweck der Erwerbs- tätigkeit | | humani- täre Gründe | familiäre Gründe | | | | | | | | | | | | | |
| Türkei | 1.506.113 | 10.239 | 98.655 | 195.905 | 5.317 | 4.886 | 14.136 | 140.674 | 30.892 | 1.142.895 | 4.377 | 2.849 | 4.421 | 24.279 | | | | | |
| Syrien | 366.556 | 192 | 274 | 139.316 | 3.501 | 1.307 | 112.296 | 21.709 | 503 | 9.410 | 359 | 85.315 | 10.084 | 109.055 | | | | | |
| Russische Föderation | 230.994 | 1.512 | 2.856 | 68.047 | 9.139 | 6.582 | 7.439 | 42.036 | 2.851 | 118.189 | 2.713 | 11.644 | 6.825 | 13.535 | | | | | |
| Serbien ¹ | 230.427 | 232 | 4.171 | 49.480 | 956 | 4.205 | 15.619 | 25.826 | 2.874 | 114.810 | 4.369 | 10.648 | 20.926 | 16.174 | | | | | |
| ehem. Serbien und Montenegro ¹ | 29.785 | 524 | 2.140 | 3.914 | 37 | 98 | 1.038 | 2.408 | 333 | 18.947 | 357 | 50 | 1.065 | 1.888 | | | | | |
| Kosovo ¹ | 208.613 | 69 | 899 | 69.831 | 555 | 360 | 15.255 | 46.929 | 6.732 | 89.553 | 1.984 | 12.620 | 13.608 | 12.982 | | | | | |
| Bosnien- Herzegowina | 167.975 | 630 | 1.884 | 30.945 | 2.018 | 5.605 | 5.450 | 15.386 | 2.486 | 110.241 | 2.946 | 3.208 | 4.904 | 9.151 | | | | | |
| Irak | 136.399 | 220 | 398 | 41.240 | 578 | 214 | 25.407 | 14.258 | 783 | 34.275 | 368 | 19.576 | 6.231 | 28.717 | | | | | |
| Ukraine | 133.774 | 1.058 | 21.370 | 34.966 | 6.274 | 5.422 | 2.130 | 19.786 | 1.354 | 57.901 | 2.498 | 5.703 | 837 | 6.431 | | | | | |
| Afghanistan | 131.454 | 359 | 1.162 | 36.561 | 385 | 75 | 27.791 | 7.910 | 400 | 13.763 | 233 | 35.549 | 9.040 | 31.607 | | | | | |
| China | 119.590 | 1.035 | 609 | 72.631 | 38.833 | 14.041 | 1.312 | 17.308 | 1.137 | 24.986 | 1.210 | 986 | 1.588 | 8.941 | | | | | |
| Vereinigte Staaten | 111.529 | 2.973 | 7.360 | 43.116 | 9.135 | 14.822 | 224 | 15.572 | 3.363 | 41.702 | 2.378 | 12 | 61 | 7.672 | | | | | |
| Mazedonien | 95.976 | 275 | 2.233 | 17.535 | 477 | 724 | 2.205 | 11.845 | 2.284 | 43.423 | 4.092 | 5.955 | 9.993 | 9.980 | | | | | |
| Vietnam | 87.214 | 440 | 2.135 | 29.489 | 4.463 | 823 | 2.466 | 19.349 | 2.388 | 44.370 | 347 | 748 | 1.312 | 5.431 | | | | | |
| Indien | 86.324 | 1.124 | 1.076 | 48.793 | 12.421 | 15.273 | 569 | 19.029 | 1.501 | 14.353 | 1.616 | 3.385 | 3.366 | 8.033 | | | | | |
| Iran | 72.531 | 1.010 | 2.124 | 26.290 | 5.079 | 2.022 | 10.669 | 7.791 | 729 | 20.250 | 296 | 8.836 | 2.488 | 8.178 | | | | | |
| Marokko | 72.129 | 689 | 1.842 | 21.649 | 3.616 | 545 | 540 | 14.967 | 1.981 | 30.689 | 3.652 | 2.037 | 1.540 | 6.239 | | | | | |
| Albanien | 69.532 | 74 | 169 | 7.525 | 1.472 | 607 | 730 | 3.353 | 1.363 | 4.486 | 2.021 | 26.606 | 6.656 | 20.734 | | | | | |
| Pakistan | 61.720 | 295 | 308 | 20.718 | 3.250 | 827 | 4.035 | 11.052 | 1.554 | 10.104 | 1.197 | 13.251 | 3.751 | 9.593 | | | | | |



Fortsetzung Tabelle 7-4: Aufenthaltsstatus der ausländischen Bevölkerung nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten am 31. Dezember 2015

| Aufenthaltstitel | | | | | | | | | | | | | | |
|---------------------------------|--|-----------|------------------|--|--------------------------------|--|--|---------------------------|-----------------------------------|----------------------------|---|-------------------------------------|---------------------|--|
| Staats- angehörigkeit | nach altem Recht (AuslG; bis 31.12.2004) | | | nach neuem Recht (AufenthG; ab 1.1.2005) | | | | | | | EU-Recht: EU-Aufent- haltstitel/ Freizügigkeits- bescheinigung ² | | | ohne Aufent- haltstitel, Gestat- tung oder Duldung ³ |
| | Insgesamt | befristet | unbe- fristet | Aufenthaltserteilnis | | | | | Niederlas- sungs- erteilnis | Aufenthalts- gestattung | Duldung | | | |
| | | | | insgesamt | zum Zweck der Ausbildung | zum Zweck der Erwerbs- tätigkeit | darunter: | | | | | besondere Aufent- haltsrechte | | |
| | | | | | | | zum Zweck der Erwerbs- tätigkeit | humani- täre Gründe | | | | | familiäre Gründe | |
| Thailand | 58.784 | 450 | 1.040 | 12.810 | 1.104 | 702 | 84 | 9.709 | 1.211 | 41.060 | 863 | 2 | 60 | 1.481 |
| Kasachstan | 46.344 | 721 | 2.592 | 14.927 | 841 | 292 | 550 | 12.209 | 1.035 | 24.231 | 201 | 150 | 238 | 1.826 |
| Schweiz | 39.780 | 1.480 | 6.389 | 8.283 | 20 | 12 | 6 | 168 | 8.077 | 10.906 | 6.761 | - | - | 5.296 |
| Brasilien | 38.650 | 411 | 557 | 17.273 | 6.679 | 2.386 | 120 | 7.318 | 770 | 13.271 | 2.964 | 15 | 59 | 2.094 |
| Nigeria | 37.404 | 126 | 287 | 12.435 | 1.134 | 283 | 2.087 | 8.236 | 695 | 5.254 | 934 | 8.269 | 2.371 | 5.826 |
| Libanon | 37.160 | 438 | 956 | 16.365 | 743 | 316 | 5.468 | 9.426 | 412 | 8.343 | 336 | 1.676 | 3.504 | 2.931 |
| Japan | 35.004 | 1.246 | 774 | 19.694 | 3.451 | 7.771 | 32 | 8.001 | 439 | 9.477 | 589 | 1 | 4 | 1.738 |
| Tunesien | 30.696 | 231 | 648 | 12.237 | 3.714 | 699 | 284 | 7.038 | 502 | 10.807 | 736 | 764 | 881 | 2.053 |
| Korea, Republik | 30.243 | 461 | 640 | 17.194 | 7.647 | 3.343 | 36 | 5.925 | 243 | 7.547 | 167 | 5 | 32 | 2.094 |
| Ghana | 29.590 | 231 | 785 | 11.050 | 584 | 136 | 1.537 | 7.783 | 1.010 | 9.217 | 550 | 1.750 | 1.718 | 2.985 |
| Sri Lanka | 25.759 | 638 | 954 | 7.943 | 167 | 160 | 2.196 | 5.089 | 331 | 12.515 | 107 | 1.073 | 582 | 1.226 |
| Philippinen | 21.007 | 320 | 577 | 5.842 | 387 | 903 | 238 | 3.964 | 350 | 11.753 | 462 | 19 | 78 | 1.307 |
| EU- Drittstaats- angehörige | 5.094.714 | 36.979 | 189.571 | 1.371.279 | 190.833 | 123.895 | 319.934 | 644.931 | 91.686 | 2.292.451 | 69.561 | 349.807 | 155.103 | 464.777 |
| alle Staatsange- hörigkeiten | 9.107.893 | 87.657 | 481.238 | 1.409.456 | 192.734 | 132.402 | 321.530 | 668.374 | 94.416 | 2.467.123 | 788.194 | 350.040 | 156.264 | 3.132.329 |

Quelle: Statistisches Bundesamt (auf Basis der Daten des Ausländerzentralregisters)

- 1) Seit Juni 2006 sind Serbien und Montenegro zwei unabhängige Staaten. Im AZR sind jedoch viele Personen noch keinem Nachfolgestaat des ehemaligen Serbien und Montenegro zugeordnet. Seit 1. Mai 2008 wird auch Kosovo getrennt ausgewiesen.
- 2) Bei Drittstaatsangehörigen, die einen EU-Aufenthaltstitel inne haben, handelt es sich in der Regel um Familienangehörige von Unionsbürgern bzw. von Bürgern des EWR. Ihnen wird eine EU-Aufenthaltskarte ausgestellt.
- 3) Darunter fallen u. a. Unionsbürger (ca. 2.668.000 Personen) sowie ausreisepflichtige Personen ohne Duldung.

Rumänien: 4,4 Jahre, Albanien: 2,8 Jahre). Eine ebenfalls niedrige durchschnittliche Aufenthaltsdauer haben Staatsangehörige aus China (6,8 Jahre), Indien (6,6 Jahre), dem Irak (5,7 Jahre), Afghanistan (4,9 Jahre) und Syrien (1,8 Jahre) aufzuweisen.

Aufenthaltsstatus

Bei der Betrachtung der ausländischen Bevölkerung nach dem Aufenthaltsstatus²⁵⁰ zeigt sich, dass zum Jahresende 2015 drei Viertel (75,4%: 6,87 Mio. Personen²⁵¹) ein unbefristetes Aufenthaltsrecht aufwiesen (vgl. Tabelle 7-4).²⁵² Etwas weniger als ein Sechstel (16,4%: 1,50 Mio. Personen) der ausländischen Staatsangehörigen waren im Besitz eines befristeten Aufenthaltstitels auf der Grundlage des bis Ende 2004 geltenden Ausländergesetzes oder einer Aufenthaltserlaubnis nach AufenthG.

Betrachtet man nur die Drittstaatsangehörigen, so besaßen 48,7% (2,5 Mio. Personen) der in Deutschland lebenden Drittstaatsangehörigen zum Jahresende 2015 einen unbefristeten Aufenthaltstitel. Fast ein Drittel (27,6%: 1,41 Mio. Personen) der Drittstaatsangehörigen waren im Besitz eines befristeten Aufenthaltstitels (befristeter Aufenthaltstitel nach altem Recht oder Aufenthaltserlaubnis). 155.103 Drittstaatsangehörige bzw. 3,0% aller aufhältigen Ausländer aus einem Drittstaat besaßen eine Duldung (2014: 112.767 Personen),²⁵³ 349.807 Drittstaatsangehörige (2014: 177.900 Personen) eine Aufenthaltsgestattung (6,9%). Weitere 464.777 Drittstaatsangehörige (9,1%), die im AZR registriert sind hatten weder einen Aufenthaltstitel noch eine Aufenthaltsgestattung bzw. Duldung.²⁵⁴

Eine Betrachtung des Aufenthaltsstatus der ausländischen Bevölkerung nach Staatsangehörigkeiten zeigt, dass Ende des Jahres 2015 mehr als vier Fünftel (82,7%) der türkischen

Staatsangehörigen einen unbefristeten Aufenthaltstitel inne hatten. Ein hoher Anteil an Personen mit einem unbefristeten Aufenthaltsrecht ist auch bei bosnischen Staatsangehörigen festzustellen (68,5%). Bei Ukrainern lag dieser Anteil bei 61,1%, trotz der vergleichsweise geringen Aufenthaltsdauer. Dagegen ist der Anteil der Staatsangehörigen aus Syrien (2,7%), Albanien (9,6%), Afghanistan (11,5%), Nigeria (17,3%), Pakistan (18,8%) und Indien (19,7%), die einen unbefristeten Aufenthaltstitel besitzen, vergleichsweise gering. 61,6% der Chinesen und 57,8% der Inder besaßen eine befristete Aufenthaltserlaubnis, überwiegend zum Zweck der Ausbildung und Erwerbstätigkeit (vgl. Tabelle 7-4). Ein hoher Anteil der syrischen und afghanischen Staatsangehörigen besitzt dagegen eine befristete Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen bzw. eine Aufenthaltsgestattung.

7.5 Einbürgerungen

Der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit erfolgt in der Regel durch Geburt (siehe dazu Kap. 8.1) oder durch Einbürgerung.²⁵⁵ Ausländer haben nach acht Jahren rechtmäßigen gewöhnlichen Aufenthalts in Deutschland bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen einen Anspruch auf Einbürgerung (§ 10 Abs. 1 StAG). Ehegatten und minderjährige Kinder können miteingebürgert werden, auch wenn sie sich noch nicht seit acht Jahren im Bundesgebiet aufhalten (§ 10 Abs. 2 StAG).

Bei erfolgreicher Teilnahme an einem Integrationskurs wird die Frist für eine Anspruchs-Einbürgerung um ein Jahr auf sieben Jahre verkürzt (§ 10 Abs. 3 StAG S.1). Bei Vorliegen besonderer Integrationsleistungen, insbesondere beim Nachweis von Sprachkenntnissen, die das Niveau B 1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens (GER) übersteigen, kann die Frist um ein weiteres Jahr – auf sechs Jahre – verkürzt werden (§ 10 Abs. 3 StAG S.2).

Grundsätzlich gilt im Rahmen der Einbürgerung der Grundsatz der Vermeidung von Mehrstaatigkeit. Von der Voraussetzung der Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit wird jedoch abgesehen, wenn der Ausländer diese nicht oder nur unter besonders schwierigen Bedingungen aufgeben

250 Zum rechtlichen Rahmen der einzelnen Aufenthaltstitel vgl. BAMF/BMI 2013: 169f.

251 In dieser Zahl sind etwa 2,7 Millionen Unionsbürger enthalten (siehe dazu Fußnote 3 zu Tabelle 7-4), diese benötigen keinen Aufenthaltstitel.

252 Hierzu zählen Unionsbürger sowie Ausländer mit einer Aufenthaltsberechtigung, einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis oder eines unbefristeten EU-Aufenthaltstitels nach altem Recht oder einer Niederlassungserlaubnis oder einer EU-Freizügigkeitsbescheinigung bzw. einer (unbefristeten) EU-Aufenthaltserlaubnis nach neuem Recht.

253 Unter den ausländischen Staatsangehörigen mit einer Duldung lebten zum 31. Dezember 2015 29.441 mit einer Aufenthaltsdauer von mehr als sechs Jahren in Deutschland. Vgl. BT-Drs. 18/7800: 25.

254 Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich ein Teil dieser Personen nicht mehr im Bundesgebiet aufhält. Da jedoch keine Abmeldung seitens der Personen oder der Meldebehörden vorliegt, ist eine Registrierung im AZR weiterhin gegeben.

255 Am 1. Januar 2000 ist das Gesetz zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts in Kraft getreten. Mit dem Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes am 1. Januar 2005 wurden zudem die bislang im Ausländergesetz enthaltenen Regelungen weiter modifiziert und in das Staatsangehörigkeitsgesetz überführt, das damit die zentrale Rechtsgrundlage für den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit darstellt (vgl. dazu auch Kap. 3.7). Zu den rechtlichen Grundlagen der Einbürgerung vgl. ausführlich BAMF/BMI 2010, Kap. 6.4 und BAMF/BMI 2014, Kap. 8.1.

kann (§ 12 Abs. 1 StAG). Dies ist beispielsweise der Fall, wenn das Recht des Herkunftsstaates des Ausländers das Ausscheiden aus dessen Staatsangehörigkeit nicht vorsieht oder der Herkunftsstaat die Entlassung regelmäßig verweigert. Zudem ist Mehrstaatigkeit auch zuzulassen, wenn der Ausländer die Staatsangehörigkeit eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union oder die der Schweiz besitzt.

Datenquelle für statistische Angaben zu den Einbürgerungen ist die vom Statistischen Bundesamt jährlich veröffentlichte Einbürgerungstatistik (§ 36 StAG).

Nach dem Höchststand im Jahr 2000 mit 186.672 registrierten Einbürgerungen sank die Zahl bis auf 94.470 Einbürgerungen im Jahr 2008. In den Folgejahren konnte ein kontinuierlicher Wiederanstieg verzeichnet werden. Im Jahr 2015 wurden 107.317 Einbürgerungen registriert. Das waren 1,0% weniger im Vergleich zum Vorjahr (vgl. Abbildung 7-13). 53,2% der eingebürgerten Personen waren Frauen (2014: 52,3%). Insgesamt wurden seit dem Inkrafttreten des neuen Staatsangehörigkeitsrechts 1.981.537 Personen eingebürgert.

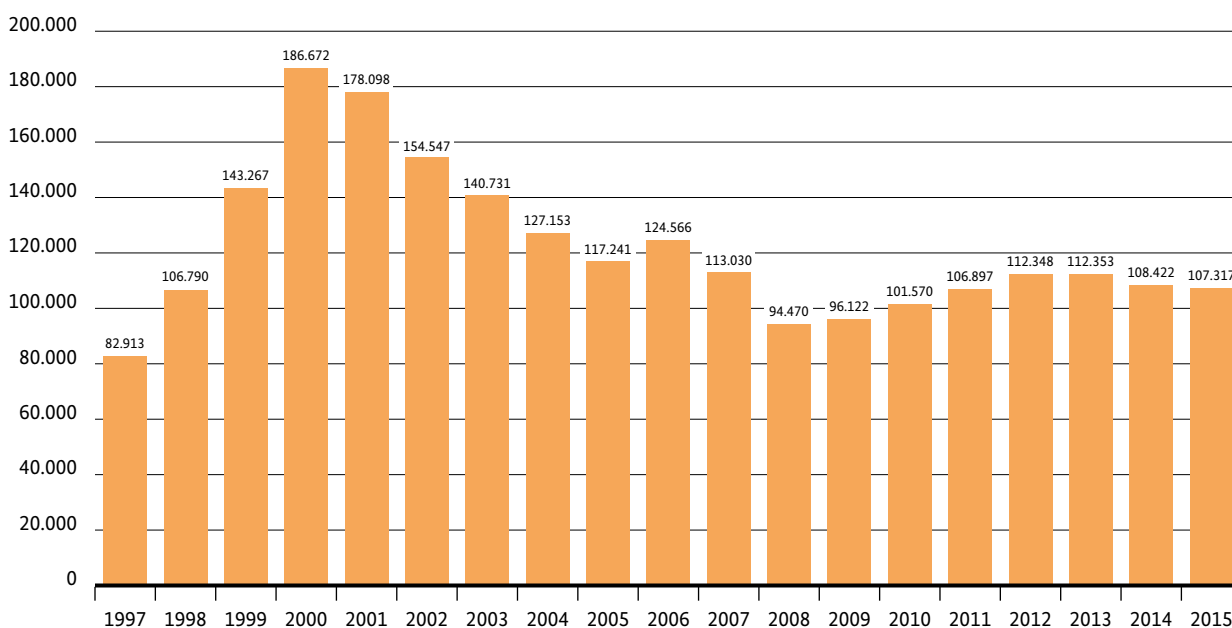
Für das Jahr 2015 hat das Statistische Bundesamt wie im Vorjahr das sogenannte ausgeschöpfte Einbürgerungspotenzial errechnet. Dabei wird die Zahl der Einbürgerungen (ohne Einbürgerungen im Ausland) auf die Zahl der

Ausländer im Inland, die sich seit mindestens zehn Jahren in Deutschland aufhalten, bezogen. Die weiteren Anforderungen für eine Einbürgerung (z. B. Sprachkenntnisse) bleiben dabei unberücksichtigt.

Im Jahr 2015 betrug das ausgeschöpfte Einbürgerungspotenzial 2,2%. Die höchsten Quoten wurden für Libyen (28,2%), Jemen (26,7%), Kamerun (22,4%), Mexiko (15,0%) und Ägypten (12,4%) registriert. Überproportional fällt das ausgeschöpfte Einbürgerungspotenzial auch im Falle Nigerias (12,1%), Syriens (11,5%), des Irak (11,1%), Afghanistans (10,5%), Pakistans (9,2%), des Iran (9,0%) und Bulgariens (6,6%) aus.

Von den im Jahr 2015 Eingebürgerten stammten 19.695 Personen (18,4%) aus der Türkei, 5.957 aus Polen (5,6%), 4.168 aus der Ukraine (3,9%) und 3.822 aus dem Kosovo (3,6%) (vgl. Abbildung 7-14 und Tabelle 7-15 im Anhang). Allerdings ist insbesondere die Zahl der Einbürgerungen von Personen türkischer Herkunft, die seit Jahren die größte Gruppe der Eingebürgerten stellen, seit dem Jahr 2000, in dem noch 82.861 türkische Staatsangehörige eingebürgert wurden, deutlich zurückgegangen. Nach einem Zuwachs der Einbürgerungen im Jahr 2012 war in den drei Folgejahren wieder ein Rückgang festzustellen (von 2014 auf 2015 um 12,3%) (vgl. Tabelle 7-15 im Anhang).

Abbildung 7-13: Einbürgerungen in Deutschland von 1997 bis 2015¹



Quelle: Statistisches Bundesamt

1) Davon getrennt zu sehen sind die Einbürgerungen von (Spät-)Aussiedlern, die bis 1999 ebenfalls in der Einbürgerungstatistik enthalten waren, hier jedoch nicht betrachtet werden.

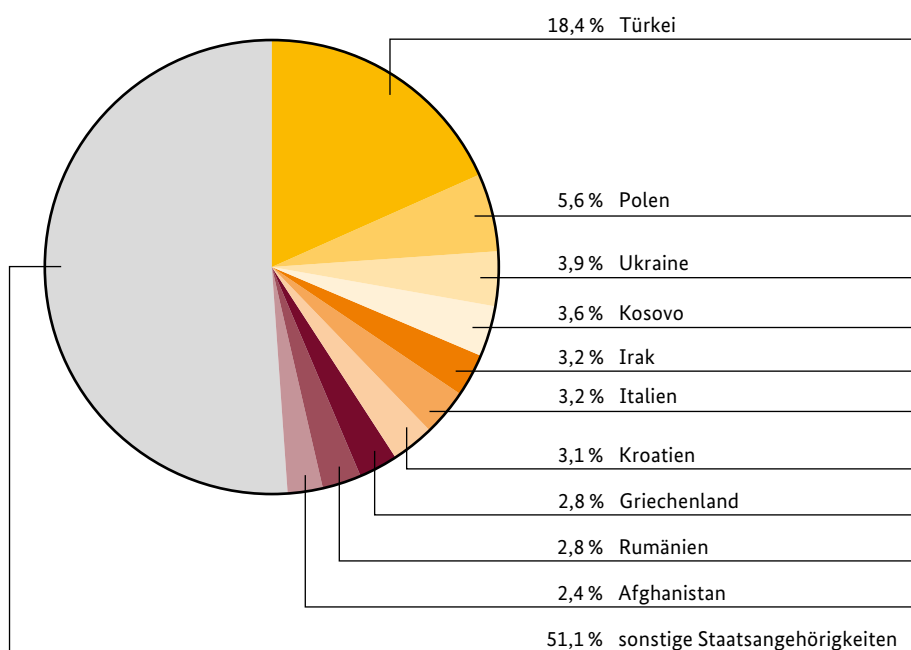
Die größte Zunahme gegenüber dem Vorjahr wurde bei Einbürgerungen aus Thailand (+34,4%), der Ukraine (+32,7%), Ägypten (+30,2%), Albanien (+27,3%) und Nigeria (+20,4%) registriert, der größte Rückgang bei Einbürgerungen aus Kasachstan (-20,8%), der Russischen Föderation (-15,1%), Kroatien (-14,6%), Afghanistan (-14,3%) und Serbien (-12,7%).

Trotz eines fast ausgeglichenen Geschlechterverhältnisses bei den Eingebürgerten (Frauenanteil 2015: 53,2%) insgesamt zeigen sich bei Betrachtung einzelner Herkunftsländer zum Teil deutliche Unterschiede. So weisen etwa Eingebürgerte aus den neuen mittel- und osteuropäischen EU-Staaten einen deutlich überproportionalen Frauenanteil auf. Jeweils mehr als zwei Drittel der im Jahr 2015 Eingebürgerten aus Lettland (75,2%), Litauen (74,5%), der Slowakei (74,4%), Polen (71,6%) und Rumänien (69,9%) waren Frauen. Ein hoher Frauenanteil wurde auch bei Eingebürgerten von den Philippinen (84,6%) und Thailand (77,4%) registriert. Weniger als ein Drittel betrug der Frauenanteil dagegen bei Eingebürgerten aus Tunesien (32,6%) und Ägypten (32,2%). Diese Differenzen sind auf die unterschiedlichen Migrationsmuster (z. B. Heirats-, Arbeits-, Fluchtmigration) und die daraus resultierende unterschiedliche Geschlechtsstruktur der einzelnen Nationalitäten in Deutschland zurückzuführen.

Von der Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit sind nach § 12 StAG eine Reihe von Ausnahmen vorgesehen, in denen Mehrstaatigkeit hingenommen wird. Im Jahr 2015 erfolgten 54,2% aller Einbürgerungen unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit (2014: 53,6%; 2013: 49,7%) (vgl. Tabelle 7-5). Von der Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit wird insbesondere bei Staatsangehörigen aus Afghanistan, Algerien, Angola, Eritrea, aus dem Iran, Kuba, aus dem Libanon, von den Malediven, Marokko, Nigeria, Syrien, Thailand und Tunesien abgesehen, da diese Länder in der Regel eine Entlassung aus ihrer Staatsangehörigkeit verweigern. Insofern besteht bei mehr als 99% der Eingebürgerten aus diesen Ländern die bisherige Staatsangehörigkeit fort. Auch bei Personen, die die Staatsangehörigkeit eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union oder der Schweiz besitzen, erfolgen die Einbürgerungen fast ausnahmslos unter Beibehaltung der früheren Staatsangehörigkeit.

Abbildung 7-14: Eingebürgerte Personen im Jahr 2015 nach bisheriger Staatsangehörigkeit

Gesamtzahl: 107.317



Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabelle 7-5: Einbürgerungen im Jahr 2015 insgesamt und mit fortbestehender bisheriger Staatsangehörigkeit

| | Einbürgerungen insgesamt | darunter: mit fortbestehender bisheriger Staatsangehörigkeit | |
|----------------------|--------------------------|---|-------------|
| | | absolut | in % |
| Türkei | 19.695 | 3.451 | 17,5 |
| Polen | 5.957 | 5.955 | 100,0 |
| Ukraine | 4.168 | 565 | 13,6 |
| Kosovo | 3.822 | 307 | 8,0 |
| Irak | 3.450 | 2.743 | 79,5 |
| Italien | 3.406 | 3.405 | 100,0 |
| Kroatien | 3.328 | 3.280 | 98,6 |
| Griechenland | 3.058 | 3.058 | 100 |
| Rumänien | 3.001 | 2.961 | 98,7 |
| Afghanistan | 2.572 | 2.571 | 100,0 |
| Marokko | 2.551 | 2.551 | 100,0 |
| Iran | 2.533 | 2.533 | 100,0 |
| Russische Föderation | 2.329 | 519 | 22,3 |
| Syrien | 2.027 | 2.027 | 100,0 |
| Serbien | 1.941 | 807 | 41,6 |
| Vietnam | 1.929 | 117 | 6,1 |
| Bosnien-Herzegowina | 1.719 | 135 | 7,9 |
| Bulgarien | 1.619 | 1.580 | 97,6 |
| Libanon | 1.485 | 1.484 | 99,9 |
| Israel | 1.481 | 1.384 | 93,5 |
| Pakistan | 1.393 | 157 | 11,3 |
| Indien | 1.343 | 24 | 1,8 |
| Kasachstan | 1.311 | 65 | 5,0 |
| Brasilien | 1.174 | 1.170 | 99,7 |
| Thailand | 1.136 | 1.120 | 98,6 |
| Nigeria | 1.099 | 1.069 | 97,3 |
| Insgesamt | 107.317 | 58.168 | 54,2 |

Quelle: Statistisches Bundesamt

8

Geburten und Sterbefälle von Personen mit Migrationshintergrund

Die Zahl und Struktur der aktuell im Bundesgebiet lebenden Personen mit Migrationshintergrund sind ein Spiegelbild der Zu- und Abwanderung der vergangenen Dekaden. Daneben bedingen auch die demografischen Parameter Geburtenentwicklung und Sterblichkeit Struktur und Anzahl dieser Personengesamtheit.

8.1 Geburten

Ein Kind ausländischer Eltern erwirbt neben deren Staatsangehörigkeit(en) die deutsche Staatsangehörigkeit mit Geburt in Deutschland (sog. *ius soli*), sofern mindestens ein Elternteil seit mindestens acht Jahren rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland hat und ein unbefristetes Aufenthaltsrecht besitzt.²⁵⁶

Soweit diese Kinder nicht im Inland aufgewachsen sind, durch Geburt auch eine andere ausländische Staatsangehörigkeit als die eines anderen EU-Mitgliedstaates oder der Schweiz besitzen und innerhalb eines Jahres nach Vollendung des 21. Lebensjahres einen Hinweis erhalten, dass sie sich für eine Staatsangehörigkeit zu entscheiden haben, müssen sie innerhalb von zwei Jahren nach Zustellung dieses Hinweises erklären, ob sie die deutsche oder die ausländische Staatsangehörigkeit behalten wollen (Optionspflicht, § 29 Abs. 1 StAG). Im Inland aufgewachsen sind sie, wenn sie bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres sich acht Jahre gewöhnlich in Deutschland aufgehalten

oder sechs Jahre eine Schule besucht haben oder hier einen Schulabschluss erworben oder eine Berufsausbildung abgeschlossen haben (§ 29 Abs. 1a StAG). Erklären sie, dass sie die ausländische Staatsangehörigkeit behalten wollen, verlieren sie die deutsche (§ 29 Abs. 2 StAG). Entscheiden sie sich für die deutsche Staatsangehörigkeit, müssen sie nachweisen, dass sie die ausländische Staatsangehörigkeit aufgegeben oder verloren haben (§ 29 Abs. 3 StAG). Tritt der Verlust der ausländischen Staatsangehörigkeit nicht innerhalb von zwei Jahren nach Zustellung des Hinweises über die Optionspflicht ein, geht die deutsche Staatsangehörigkeit verloren, es sei denn, die zuständige Behörde hat vorher auf Antrag des Erklärungspflichtigen oder von Amts wegen die Beibehaltung der deutschen Staatsangehörigkeit genehmigt (Beibehaltungsgenehmigung). Auch in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern, die durch Einbürgerung nach § 40b StAG unter den Voraussetzungen des § 4 Abs. 3 StAG (*ius soli*) die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben, sind vom sog. Optionsverfahren nach § 29 StAG²⁵⁷ betroffen.²⁵⁸

257 § 29 StAG in der Fassung des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 13. November 2014 (BGBl. 2014 Teil I Nr. 52: 1714), in Kraft seit 20. Dezember 2014.

258 Gemäß § 40b StAG konnte vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2000 für ausländische Kinder, die sich rechtmäßig in Deutschland aufgehalten und das zehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hatten und bei deren Geburt die Voraussetzungen des § 4 Abs. 3 StAG vorlagen, von den Eltern ein Einbürgerungsantrag gestellt werden. Die ursprüngliche, von den Eltern weitergegebene Staatsangehörigkeit konnte beibehalten werden. Die betroffenen jungen Erwachsenen müssen ebenfalls erklären, ob sie die deutsche oder die ausländische Staatsangehörigkeit behalten wollen (§ 29 StAG). Vgl. hierzu Worbs 2014.

256 Die Regelung gilt seit der Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes zum 1. Januar 2000. Zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 1999 vgl. BAMF/BMI 2013: 173.

Datenquelle zu „Geburten ausländischer Kinder“ sowie zu „von ausländischen Eltern oder einem ausländischen Elternteil geborenen Kindern“ ist die Geburtenstatistik²⁵⁹ als eine der Statistiken der natürlichen Bevölkerungsbewegung, die vom Statistischen Bundesamt erstellt und veröffentlicht wird.

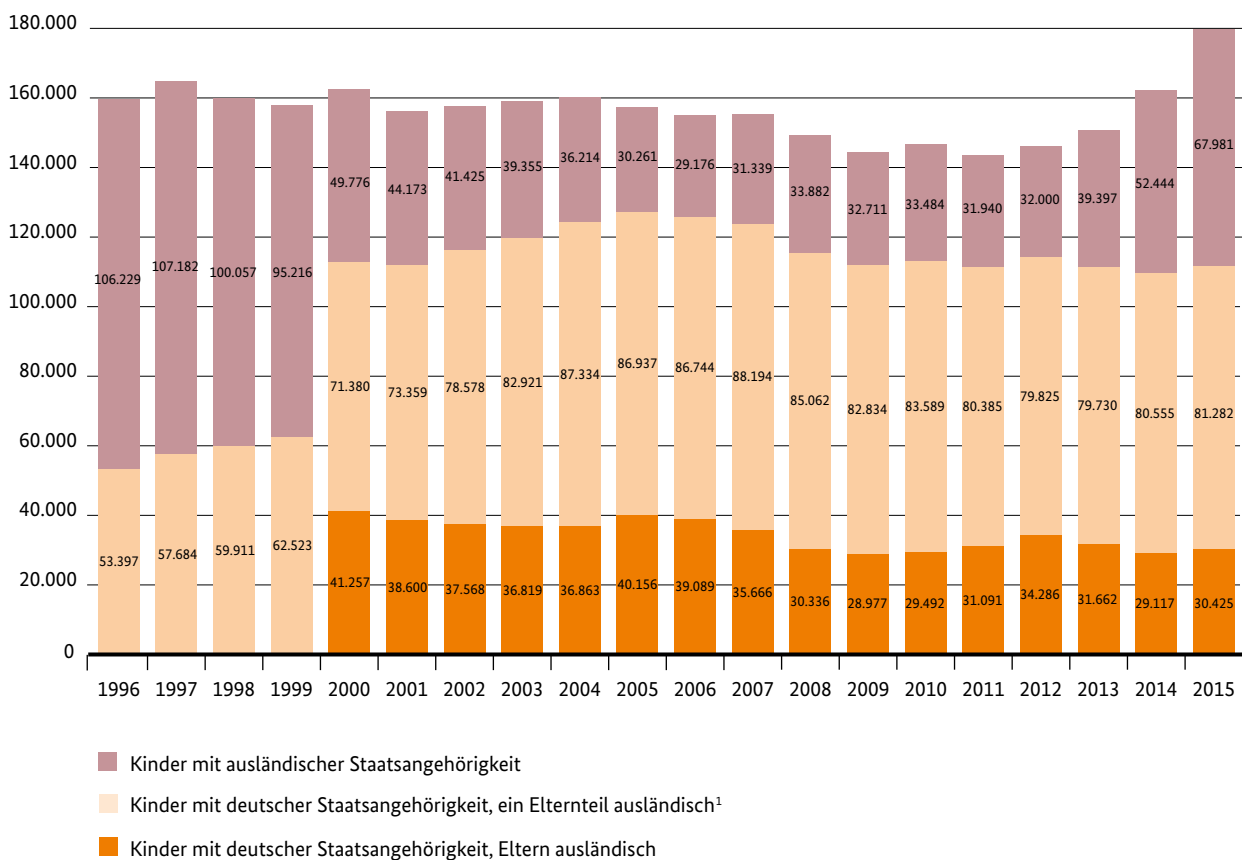
Von 1992 bis 1999 wurden jährlich etwa um die 100.000 Kinder mit (ausschließlich) ausländischer Staatsangehörigkeit in Deutschland geboren. Dies entsprach jeweils einem Anteil von circa 13 % aller in Deutschland geborenen Kinder (vgl. Abbildung 8-1 und Tabelle 8-2 im Anhang). Nach der Einführung des ius soli-Prinzips am 1. Januar 2000 durch § 4 Abs. 3 StAG, wonach Kinder ausländischer Eltern unter den oben genannten Bedingungen neben der ausländischen automatisch auch die deutsche Staatsangehörigkeit

mit der Geburt erhalten, hat sich die Zahl der in Deutschland geborenen Kinder mit ausschließlich ausländischer Staatsangehörigkeit im Jahr 2000 im Vergleich zum Vorjahr fast halbiert und ist bis zum Jahr 2006 kontinuierlich weiter gesunken. In den Folgejahren stieg die Zahl wieder an. Im Jahr 2015 wurden 67.981 Kinder mit ausländischer Staatsangehörigkeit geboren gegenüber 52.444 im Jahr 2014. Der Ausländeranteil im Jahr 2015 an allen in Deutschland geborenen Kindern betrug 9,2 %. Dieser Anstieg überzeichnet allerdings die tatsächliche Entwicklung aus verfahrenstechnischen Gründen.

Die Zahl der von ausländischen Eltern geborenen Kinder mit deutscher Staatsangehörigkeit betrug im Jahr der Einführung (2000) der ius soli-Regelung 41.257 und sank in den Folgejahren zunächst ab. Im Jahr 2009 wurden als Tiefstand 28.977 derartige Geburten registriert. In den Folgejahren stiegen die Zahlen wieder an. Im Jahr 2015 wurde

259 Nachgewiesen werden hier die Lebendgeborenen.

Abbildung 8-1: Lebendgeborene mit ausländischer Staatsangehörigkeit bzw. mit ausländischer Staatsangehörigkeit mindestens eines Elternteils in Deutschland von 1996 bis 2015*



Quelle: Statistisches Bundesamt

* 2013, 2014 und 2015 aus verfahrenstechnischen Gründen Kinder ausländischer Eltern mit deutscher Staatsangehörigkeit unterzeichnet und damit Kinder ausländischer Staatsangehörigkeit überzeichnet.

1) Kinder einer unverheirateten deutschen Mutter und eines ausländischen Vaters sind in diesen Zahlen nicht enthalten. Im Jahr 2015 waren dies 12.630 Kinder.

ein Anstieg um 4,5% auf 30.425 Kinder im Vergleich zum Vorjahr (29.117 Kinder) registriert. Diese Veränderung ist ebenfalls aus verfahrenstechnischen Gründen überzeichnet. Insgesamt erhielten bis einschließlich 2015 mindestens 551.400 Kinder, die seit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts von ausländischen Eltern in Deutschland geboren wurden, die deutsche Staatsangehörigkeit. Fasst man Kinder ausländischer Eltern unabhängig davon, ob sie über die *ius soli*-Regelung die deutsche Staatsangehörigkeit erhielten oder nicht, zusammen, so zeigt sich seit einem Minimum 2009 (rund 61.700) eine deutliche Zunahme auf rund 98.400 im Jahr 2015.

Eine Differenzierung nach einzelnen Nationalitäten zeigt, dass insbesondere Kinder von Eltern, die eine Staatsangehörigkeit der ehemaligen Anwerbestaaten besitzen, die deutsche Staatsangehörigkeit mit Geburt erhielten. Das traf auf mehr als drei Viertel der von türkischen sowie auf etwas mehr als die Hälfte der von kosovarischen, kroatischen und bosnischen Eltern geborenen Kinder zu.

Insgesamt waren von den 9.107.893 in Deutschland lebenden Ausländern zum Ende des Jahres 2015 13,7% im Inland geboren. Im Jahr 2000 betrug der Anteil der im Inland geborenen Ausländer noch 22,1%. Dieser Anteil sinkt seit einigen Jahren vor allem deshalb, weil ein Teil der seit 1. Januar 2000 geborenen Kinder ausländischer Eltern mit Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten und als Deutsche in die Bevölkerungsstatistik eingehen. Zudem ist die Zuwanderung und damit die selbst zugewanderte Bevölkerung wieder deutlich angestiegen.

Insbesondere Staatsangehörige aus den ehemaligen Anwerbeländern weisen einen überdurchschnittlich hohen Anteil an bereits in Deutschland geborenen Personen auf. So waren zum Ende des Jahres 2015 29,2% der Türken, 26,3% der Italiener und 22,0% der Griechen im Inland geboren (vgl. Tabelle 8-3 im Anhang). Dagegen lagen die Anteile bei Staatsangehörigen aus Ungarn (2,8%), Syrien (2,9%), Rumänien (3,5%), Polen (4,0%) und Bulgarien (4,0%) deutlich niedriger.

Von den Ausländern unter 18 Jahren war im Jahr 2015 von 1.132.456 Personen insgesamt etwa zwei Fünftel (39,3%) in Deutschland geboren. Dieser Anteil sank im Vergleich zum Vorjahr (2014: 49,4%). Von den unter 18-jährigen türkischen Staatsangehörigen waren es bereits 86,7%. Auch bei Vietnamesen (78,4%), Personen aus China (58,0%) und Italienern (57,5%) war der Anteil von in Deutschland Geborenen überproportional. Dagegen waren die entsprechenden Anteile bei Syrien (8,9%), Afghanistan (14,7%), den Vereinigten Staaten (18,4%), Bulgarien (20,9%) und Rumänien (21,1%) deutlich geringer.

8.2 Sterbefälle

Personen mit Migrationshintergrund inklusive der ausländischen Bevölkerung wiesen bisher eine deutlich jüngere Altersstruktur auf als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Infolgedessen wurden bei der ausländischen Bevölkerung im Vergleich zum Anteil an der Gesamtbevölkerung nur relativ wenige Sterbefälle beobachtet (vgl. Tabelle 8-1). Allerdings ist die Zahl ausländischer Personen, die älter als 65 Jahre sind, zwischen 1990 und 2015 von 146.000 auf 873.000 (nach AZR) um 498% gestiegen. Damit hat sich der Anteil der Älteren (über 65 Jahre) unter allen ausländischen Personen von 2,6% (1990) auf 9,6% (2015) erhöht. Die Bevölkerungsfortschreibung weist 2014 eine niedrigere Gesamtzahl, aber einen vergleichbaren Anteil nach.

Auch für Personen mit Migrationshintergrund ist eine zunehmende Alterung festzustellen. Die Zahl an Älteren erhöhte sich von rund 1,2 Millionen im Jahr 2005 auf 1,7 Millionen Personen im Jahr 2015.²⁶⁰ Damit stieg ihr Anteil von 9,7% auf 10,0% an allen Personen mit Migrationshintergrund. Dieser Trend wird sich bei gegebener Demografischer Entwicklung fortsetzen,²⁶¹ sodass verstärkt auch ältere Migrantinnen und Migranten von Erkrankungen und Pflegebedürftigkeit betroffen und als Nutzer des Gesundheits- und Pflegesystems zu berücksichtigen sind.²⁶² Kenntnisse des Gesundheits- bzw. Krankheitszustandes und der Sterblichkeit dieser Bevölkerungsgruppe werden somit immer wichtiger.

Datenquelle zu Sterbefällen ausländischer Personen ist die Sterbefallstatistik als Bestandteil der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung, die vom Statistischen Bundesamt erstellt und veröffentlicht wird.²⁶³

Der Vergleich mit internationalen Erkenntnissen zeigt, dass in Deutschland annähernd dieselben Entwicklungen und Muster der Sterblichkeit von Frauen und Männern mit Migrationshintergrund festzustellen sind wie in

260 Vgl. Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2014: 268f.

261 Vgl. Kohls 2012: 15.

262 Vgl. Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2014: 268f. Gleichzeitig ist jedoch zu berücksichtigen, dass Arbeitsmigration, wie sie seit einigen Jahren in erheblichem Umfang vor allem aus Süd- und Osteuropa nach Deutschland erfolgt, zum Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung beiträgt, wovon die Sozialversicherungen durch höhere Beitragseinnahmen profitiert haben.

263 Zu weiteren Datenquellen und detaillierten Analysen des Geburtenverhaltens von Frauen mit Migrationshintergrund bzw. mit ausländischer Staatsangehörigkeit vgl. Kohls 2012: 101ff. sowie Schmid/Kohls 2011.

charakteristischen Zuwanderungsländern.²⁶⁴ In Abhängigkeit von Alter, Herkunftsland, Aufenthaltsdauer, Aufenthaltsstatus und sozialer Lage sind vergleichsweise viele Konstellationen zu beobachten, in denen Zuwanderinnen und Zuwanderer niedrigere Sterblichkeitsrisiken als Deutsche aufweisen.

In Deutschland haben vor allem jüngere Zuwanderinnen und Zuwanderer mit geringer Aufenthaltszeit besonders niedrige Sterberisiken. So zeigen besonders Zugewan-

derte aus weniger entwickelten Ländern vor allem in der Zeit kurz nach der Zuwanderung besonders niedrige Gesundheits- und Sterberisiken. Bei dieser Gruppe wirkt sich der „Healthy-Migrant-Effect“, d. h. die Tatsache, dass tendenziell eher gesündere Personen auswandern, erheblich aus. Im Inland geborene Migrantinnen und Migranten weisen dagegen eher eine überdurchschnittliche Sterblichkeit auf.²⁶⁵

264 Vgl. Kohls 2012: 185.

265 Vgl. Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2012: 319.

Tabelle 8-1: Sterbefälle deutscher und ausländischer Personen 1970–2015

| Jahr ¹ | Sterbefälle | | Anteil ausländische Sterbefälle an allen Sterbefällen | Anteil ausländische Bevölkerung an gesamter Bevölkerung |
|-------------------|-------------|-----------|---|---|
| | Deutsche | Ausländer | | |
| 1970 | 726.838 | 8.005 | 1,1 | 4,5 |
| 1975 | 740.269 | 8.991 | 1,2 | 6,3 |
| 1980 | 705.606 | 8.511 | 1,2 | 7,4 |
| 1985 | 696.602 | 7.694 | 1,1 | 7,3 |
| 1990 ² | 911.908 | 9.537 | 1,0 | 7,0 |
| 1995 | 871.788 | 12.800 | 1,4 | 9,0 |
| 2000 | 823.933 | 14.864 | 1,8 | 8,8 |
| 2005 | 813.500 | 16.727 | 2,0 | 8,8 |
| 2010 ³ | 838.587 | 20.181 | 2,3 | 8,8 |
| 2011 ⁴ | 831.955 | 20.373 | 2,4 | 7,9 |
| 2012 ⁴ | 847.760 | 21.822 | 2,5 | 8,2 |
| 2013 ⁴ | 870.330 | 23.495 | 2,6 | 8,7 |
| 2014 ⁴ | 844.206 | 24.150 | 2,8 | 9,3 |
| 2015 | 898.083 | 27.117 | 2,9 | 10,5 |

Quelle: Statistisches Bundesamt

1) 1970–1985 Früheres Bundesgebiet; ab 1990 Deutschland.

2) Zahlen ab dem 31.12.1990 für den Gebietsstand seit dem 3.10.1990.

3) Anteil ausländischer Bevölkerung an gesamter Bevölkerung: Ergebnis auf der Grundlage früherer Zählungen.

4) Anteil ausländischer Bevölkerung an gesamter Bevölkerung: Ergebnis auf der Grundlage des Zensus 2011, für 2015 vorläufiges Ergebnis.

A

Anhang: Tabellen und Abbildungen

1. Überblick über das Migrationsgeschehen in Deutschland

1.2 Migrationsgeschehen insgesamt

Abbildung 1-15: Zuzüge von Deutschen und Ausländern von 1991 bis 2015

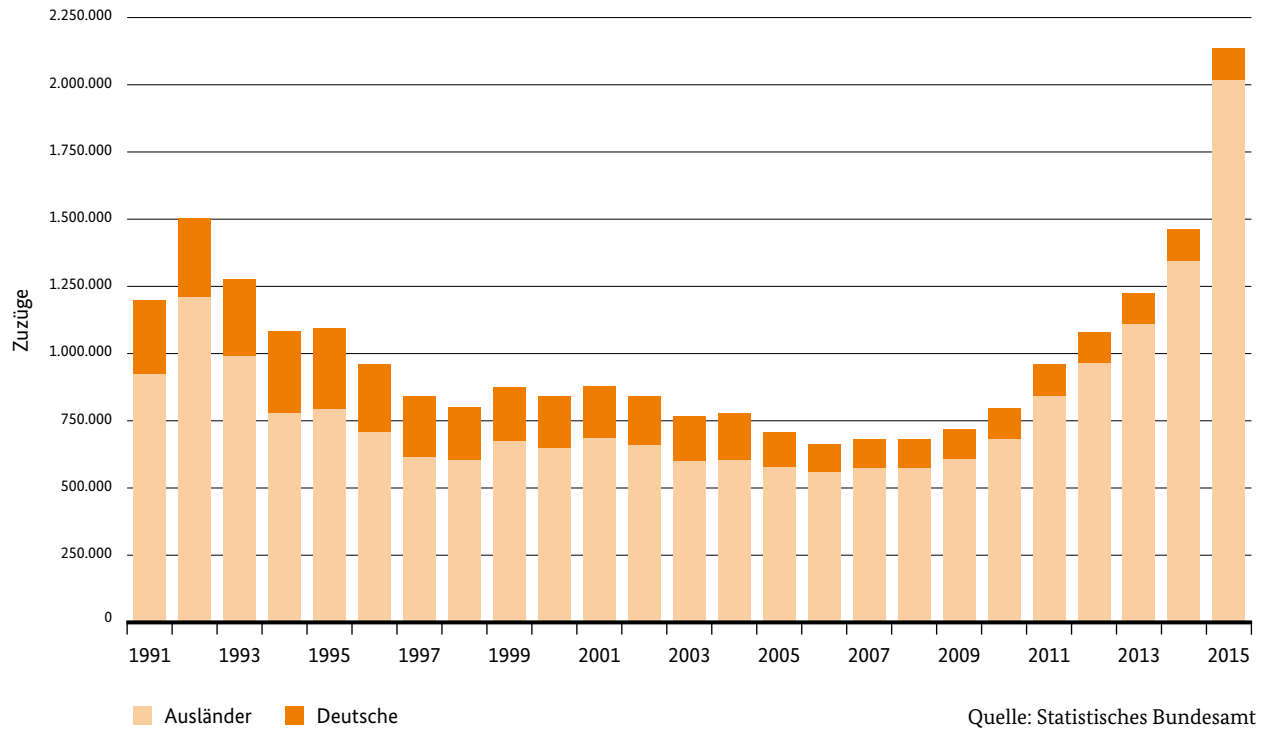


Abbildung 1-16: Fortzüge von Deutschen und Ausländern von 1991 bis 2015

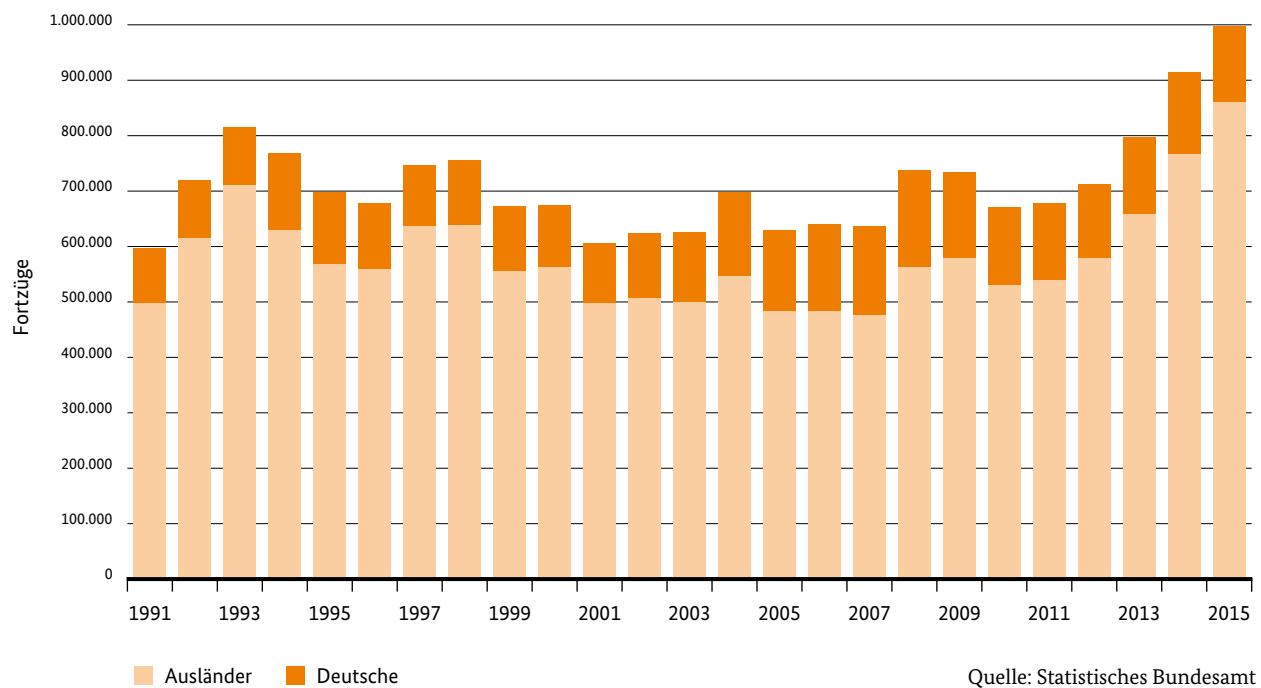


Tabelle 1-6: Wanderungen zwischen Deutschland¹ und dem Ausland von 1950 bis 2015

| Jahr | Zuzüge | | | Fortzüge | | | Saldo | | |
|-------------------|-----------|-----------|----------|-----------|-----------|----------|-----------|-----------|----------|
| | Insgesamt | Ausländer | Deutsche | Insgesamt | Ausländer | Deutsche | Insgesamt | Ausländer | Deutsche |
| 1950 | 96.140 | - | - | 78.148 | - | - | +17.992 | - | - |
| 1955 | 127.921 | 60.368 | 67.553 | 136.977 | 35.548 | 101.429 | -9.056 | +24.820 | -33.876 |
| 1960 | 395.016 | 317.685 | 77.331 | 218.574 | 124.441 | 94.133 | +176.442 | +193.244 | -16.802 |
| 1965 | 791.737 | 716.157 | 75.580 | 489.503 | 412.704 | 76.799 | +302.234 | +303.453 | -1.219 |
| 1970 | 1.042.760 | 976.232 | 66.528 | 495.675 | 434.652 | 61.023 | +547.085 | +541.580 | +5.505 |
| 1971 | 936.349 | 870.737 | 65.612 | 554.280 | 500.258 | 54.022 | +382.069 | +370.479 | +11.590 |
| 1972 | 852.549 | 787.162 | 65.387 | 568.610 | 514.446 | 54.164 | +283.939 | +272.716 | +11.223 |
| 1973 | 932.583 | 869.109 | 63.474 | 580.019 | 526.811 | 53.208 | +352.564 | +342.298 | +10.266 |
| 1974 | 601.013 | 538.574 | 62.439 | 635.613 | 580.445 | 55.168 | -34.600 | -41.871 | +7.271 |
| 1975 | 429.064 | 366.095 | 62.969 | 652.966 | 600.105 | 52.861 | -223.902 | -234.010 | +10.108 |
| 1976 | 476.286 | 387.303 | 88.983 | 569.133 | 515.438 | 53.695 | -92.847 | -128.135 | +35.288 |
| 1977 | 522.611 | 422.845 | 99.766 | 505.696 | 452.093 | 53.603 | +16.915 | -29.248 | +46.163 |
| 1978 | 559.620 | 456.117 | 103.503 | 458.769 | 405.753 | 53.016 | +100.851 | +50.364 | +50.487 |
| 1979 | 649.832 | 545.187 | 104.645 | 419.091 | 366.008 | 53.083 | +230.741 | +179.179 | +51.562 |
| 1980 | 736.362 | 631.434 | 104.928 | 439.571 | 385.843 | 53.728 | +296.791 | +245.591 | +51.200 |
| 1981 | 605.629 | 501.138 | 104.491 | 470.525 | 415.524 | 55.001 | +135.104 | +85.614 | +49.490 |
| 1982 | 404.019 | 321.682 | 82.337 | 493.495 | 433.268 | 60.227 | -89.476 | -111.586 | +22.110 |
| 1983 | 354.496 | 273.252 | 81.244 | 487.268 | 424.913 | 62.355 | -132.772 | -151.661 | +18.889 |
| 1984 | 410.387 | 331.140 | 79.247 | 604.832 | 545.068 | 59.764 | -194.445 | -213.928 | +19.483 |
| 1985 | 480.872 | 398.219 | 82.653 | 425.313 | 366.706 | 58.607 | +55.559 | +31.513 | +24.046 |
| 1986 | 567.215 | 478.348 | 88.867 | 407.139 | 347.789 | 59.350 | +160.076 | +130.559 | +29.517 |
| 1987 | 591.765 | 472.336 | 119.429 | 398.518 | 333.984 | 64.534 | +193.247 | +138.352 | +54.895 |
| 1988 | 860.578 | 647.534 | 213.044 | 419.439 | 358.941 | 60.498 | +441.139 | +288.593 | +152.546 |
| 1989 | 1.133.794 | 766.945 | 366.849 | 539.832 | 438.082 | 101.750 | +593.962 | +328.863 | +265.099 |
| 1990 | 1.256.250 | 835.702 | 420.548 | 574.378 | 465.470 | 108.908 | +681.872 | +370.232 | +311.640 |
| 1991 | 1.198.978 | 925.345 | 273.633 | 596.455 | 497.540 | 98.915 | +602.523 | +427.805 | +174.718 |
| 1992 | 1.502.198 | 1.211.348 | 290.850 | 720.127 | 614.956 | 105.171 | +782.071 | +596.392 | +185.679 |
| 1993 | 1.277.408 | 989.847 | 287.561 | 815.312 | 710.659 | 104.653 | +462.096 | +279.188 | +182.908 |
| 1994 | 1.082.553 | 777.516 | 305.037 | 767.555 | 629.275 | 138.280 | +314.998 | +148.241 | +166.757 |
| 1995 | 1.096.048 | 792.701 | 303.347 | 698.113 | 567.441 | 130.672 | +397.935 | +225.260 | +172.675 |
| 1996 | 959.691 | 707.954 | 251.737 | 677.494 | 559.064 | 118.430 | +282.197 | +148.890 | +133.307 |
| 1997 | 840.633 | 615.298 | 225.335 | 746.969 | 637.066 | 109.903 | +93.664 | -21.768 | +115.432 |
| 1998 | 802.456 | 605.500 | 196.956 | 755.358 | 638.955 | 116.403 | +47.098 | -33.455 | +80.553 |
| 1999 | 874.023 | 673.873 | 200.150 | 672.048 | 555.638 | 116.410 | +201.975 | +118.235 | +83.740 |
| 2000 | 841.158 | 649.249 | 191.909 | 674.038 | 562.794 | 111.244 | +167.120 | +86.455 | +80.665 |
| 2001 | 879.217 | 685.259 | 193.958 | 606.494 | 496.987 | 109.507 | +272.723 | +188.272 | +84.451 |
| 2002 | 842.543 | 658.341 | 184.202 | 623.255 | 505.572 | 117.683 | +219.288 | +152.769 | +66.519 |
| 2003 | 768.975 | 601.759 | 167.216 | 626.330 | 499.063 | 127.267 | +142.645 | +102.696 | +39.949 |
| 2004 ² | 780.175 | 602.182 | 177.993 | 697.633 | 546.966 | 150.667 | +82.542 | +55.216 | +27.326 |
| 2005 | 707.352 | 579.301 | 128.051 | 628.399 | 483.584 | 144.815 | +78.953 | +95.717 | -16.764 |
| 2006 | 661.855 | 558.467 | 103.388 | 639.064 | 483.774 | 155.290 | +22.791 | +74.693 | -51.902 |



Fortsetzung Tabelle 1-6: Wanderungen zwischen Deutschland¹ und dem Ausland von 1950 bis 2015

| Jahr | Zuzüge | | | Fortzüge | | | Saldo | | |
|------|-----------|-----------|----------|-----------|-----------|----------|------------|------------|----------|
| | Insgesamt | Ausländer | Deutsche | Insgesamt | Ausländer | Deutsche | Insgesamt | Ausländer | Deutsche |
| 2007 | 680.766 | 574.752 | 106.014 | 636.854 | 475.749 | 161.105 | +43.912 | +99.003 | -55.091 |
| 2008 | 682.146 | 573.815 | 108.331 | 737.889 | 563.130 | 174.759 | -55.743 | +10.685 | -66.428 |
| 2009 | 721.014 | 606.314 | 114.700 | 733.796 | 578.808 | 154.988 | -12.782 | +27.506 | -40.288 |
| 2010 | 798.282 | 683.530 | 114.752 | 670.605 | 529.605 | 141.000 | +127.677 | +153.925 | -26.248 |
| 2011 | 958.299 | 841.695 | 116.604 | 678.969 | 538.837 | 140.132 | +279.330 | +302.858 | -23.528 |
| 2012 | 1.080.936 | 965.908 | 115.028 | 711.991 | 578.759 | 133.232 | +368.945 | +387.149 | -18.204 |
| 2013 | 1.226.493 | 1.108.068 | 118.425 | 797.886 | 657.604 | 140.282 | +428.607 | +450.464 | -21.857 |
| 2014 | 1.464.724 | 1.342.529 | 122.195 | 914.241 | 765.605 | 148.636 | +550.483 | +576.924 | -26.441 |
| 2015 | 2.136.954 | 2.016.241 | 120.713 | 997.551 | 859.278 | 138.273 | +1.139.403 | +1.156.963 | -17.560 |

Quelle: Statistisches Bundesamt

1) Bis 1990 Bundesrepublik Deutschland (früheres Bundesgebiet), ab 1991 Gesamtdeutschland.

2) Überhöhte Wanderungszahlen deutscher Personen aufgrund von statistischen Korrekturen im Land Hessen.

1.3 Herkunftsf- und Zielländer

Tabelle 1-7: Zuzüge über die Grenzen Deutschlands nach Herkunftsländern von 1993 bis 2015

| Herkunftsland | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 |
|-------------------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|------------------|------------------|
| Europa¹ | 942.518 | 755.936 | 762.772 | 644.373 | 553.772 | 550.638 | 611.545 | 566.406 | 583.567 | 567.014 | 520.256 | 530.008 | 510.390 | 479.783 | 501.413 | 494.968 | 515.925 | 585.112 | 726.389 | 838.002 | 941.379 | 1.081.155 | 1.221.291 |
| <i>dar. Deutsche</i> | <i>153.773</i> | <i>148.034</i> | <i>152.792</i> | <i>126.343</i> | <i>114.905</i> | <i>108.204</i> | <i>112.852</i> | <i>106.595</i> | <i>109.985</i> | <i>108.285</i> | <i>98.175</i> | <i>90.113</i> | <i>77.761</i> | <i>63.397</i> | <i>68.287</i> | <i>70.843</i> | <i>74.417</i> | <i>74.002</i> | <i>73.015</i> | <i>72.590</i> | <i>74.217</i> | <i>73.423</i> | <i>71.435</i> |
| EU-Staaten² | 163.143 | 185.442 | 204.613 | 201.417 | 180.432 | 167.197 | 169.267 | 165.203 | 157.709 | 131.004 | 133.167 | 316.596 | 334.900 | 337.940 | 366.981 | 392.642 | 409.218 | 459.248 | 595.490 | 690.937 | 779.998 | 879.496 | 911.720 |
| Albanien | 4.825 | 1.693 | 1.536 | 1.350 | 2.123 | 1.682 | 2.082 | 1.323 | 1.446 | 1.498 | 1.515 | 1.268 | 1.121 | 973 | 930 | 900 | 791 | 701 | 1.013 | 1.426 | 2.893 | 13.094 | 68.932 |
| Belgien | 4.386 | 4.395 | 4.518 | 4.688 | 4.742 | 4.587 | 4.675 | 4.583 | 4.703 | 4.439 | 4.291 | 4.349 | 4.267 | 4.115 | 4.198 | 4.428 | 4.504 | 4.934 | 5.219 | 5.568 | 5.825 | 6.099 | 5.915 |
| Bosnien-Herzegowina | 107.422 | 68.698 | 55.473 | 11.185 | 6.971 | 8.484 | 10.459 | 10.498 | 12.941 | 10.566 | 8.435 | 8.145 | 7.073 | 6.669 | 6.501 | 6.230 | 6.202 | 6.910 | 9.123 | 11.113 | 14.074 | 20.605 | 22.968 |
| Bulgarien | 27.350 | 10.478 | 8.165 | 6.433 | 6.485 | 5.336 | 8.199 | 10.461 | 13.472 | 13.230 | 13.409 | 11.584 | 9.022 | 7.655 | 20.702 | 23.834 | 28.890 | 39.387 | 51.612 | 58.862 | 59.323 | 77.790 | 83.579 |
| Dänemark | 4.354 | 4.266 | 3.765 | 3.373 | 3.087 | 3.071 | 3.312 | 3.235 | 3.236 | 2.889 | 2.693 | 2.678 | 2.669 | 2.563 | 2.631 | 3.031 | 3.157 | 3.265 | 3.440 | 3.443 | 3.749 | 3.517 | 3.299 |
| Estland | 1.683 | 1.684 | 1.852 | 1.598 | 1.329 | 1.126 | 990 | 1.071 | 1.032 | 991 | 947 | 859 | 773 | 621 | 726 | 647 | 908 | 1.209 | 1.515 | 1.369 | 1.430 | 1.176 | 1.071 |
| Finnland | 3.144 | 4.025 | 4.146 | 3.392 | 3.227 | 2.869 | 2.913 | 3.014 | 2.733 | 2.203 | 2.204 | 2.229 | 2.169 | 1.984 | 2.250 | 2.046 | 2.160 | 2.185 | 2.430 | 2.590 | 2.623 | 2.605 | 2.677 |
| Frankreich | 18.590 | 19.055 | 20.374 | 21.157 | 20.458 | 20.222 | 21.516 | 21.486 | 19.862 | 18.619 | 18.133 | 18.369 | 18.603 | 19.095 | 19.627 | 19.772 | 20.065 | 20.266 | 20.911 | 21.306 | 22.644 | 23.307 | 22.314 |
| Griechenland | 19.093 | 19.796 | 21.200 | 19.840 | 17.305 | 16.855 | 18.497 | 18.358 | 17.529 | 15.913 | 12.959 | 10.883 | 9.692 | 8.957 | 8.908 | 9.162 | 9.709 | 13.717 | 25.264 | 35.811 | 34.728 | 31.687 | 32.494 |
| Vereinigtes Königreich | 19.826 | 19.833 | 20.065 | 19.016 | 16.477 | 15.953 | 16.904 | 17.130 | 16.178 | 14.703 | 13.197 | 12.719 | 12.611 | 12.903 | 13.443 | 15.244 | 15.750 | 16.565 | 17.735 | 18.593 | 18.724 | 18.576 | 19.159 |
| Irland | 4.914 | 4.725 | 5.485 | 5.426 | 4.130 | 3.299 | 3.075 | 2.725 | 2.705 | 2.230 | 1.046 | 1.655 | 1.551 | 1.724 | 1.862 | 2.169 | 2.366 | 2.319 | 2.794 | 2.954 | 2.776 | 2.919 | 2.914 |
| Italien | 34.238 | 41.249 | 50.642 | 48.510 | 41.557 | 37.660 | 37.212 | 35.385 | 31.578 | 26.882 | 23.702 | 21.422 | 20.268 | 20.130 | 20.771 | 22.449 | 24.926 | 27.188 | 32.870 | 45.094 | 60.651 | 73.361 | 74.105 |
| Kosovo | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | 2.792 | 6.263 | 6.822 | 6.694 | 7.590 | 9.948 | 20.012 | 41.492 |
| Kroatien | 26.177 | 16.831 | 15.127 | 12.486 | 10.219 | 10.056 | 12.552 | 14.365 | 14.108 | 12.990 | 11.497 | 10.352 | 9.208 | 8.543 | 8.684 | 8.685 | 9.193 | 10.269 | 11.487 | 12.944 | 25.200 | 44.240 | 57.412 |
| Lettland | 2.800 | 2.389 | 2.443 | 2.546 | 2.433 | 2.516 | 2.270 | 2.199 | 2.322 | 2.195 | 1.966 | 2.419 | 2.502 | 2.092 | 1.757 | 2.062 | 4.930 | 7.689 | 10.177 | 9.332 | 8.417 | 7.445 | 6.623 |
| Litauen | 2.495 | 2.860 | 3.290 | 3.201 | 2.686 | 2.423 | 2.554 | 3.384 | 3.764 | 4.135 | 3.457 | 4.964 | 5.468 | 4.927 | 4.024 | 3.454 | 4.577 | 6.143 | 9.975 | 10.075 | 9.172 | 8.464 | 9.720 |
| Luxemburg | 1.064 | 1.052 | 1.138 | 1.190 | 1.233 | 1.316 | 1.348 | 1.439 | 1.522 | 1.739 | 1.728 | 1.987 | 2.405 | 2.611 | 3.224 | 3.458 | 3.052 | 2.897 | 3.039 | 3.146 | 3.371 | 3.651 | 4.022 |
| Mazedonien | 1.369 | 3.305 | 4.028 | 2.869 | 3.078 | 3.088 | 3.552 | 3.441 | 5.478 | 3.950 | 3.682 | 3.260 | 2.620 | 2.509 | 2.343 | 2.313 | 2.360 | 7.561 | 5.578 | 10.850 | 13.552 | 14.727 | 24.694 |



Fortsetzung Tabelle 1-7: Zuzüge über die Grenzen Deutschlands nach Herkunftsländern von 1993 bis 2015

| Herkunftsland | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 |
|------------------------|--------|---------|---------|--------|--------|--------|--------|--------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|
| Montenegro | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | 637 | 358 | 439 | 681 | 680 | 1.019 | 1.015 | 2.318 | 5.207 |
| Niederlande | 11.185 | 11.613 | 12.328 | 12.232 | 10.941 | 10.597 | 10.431 | 11.007 | 12.495 | 13.976 | 13.015 | 13.026 | 13.905 | 14.054 | 14.107 | 14.393 | 12.766 | 12.460 | 12.810 | 13.082 | 13.952 | 14.300 | 14.340 |
| Norwegen | 1.930 | 2.046 | 1.605 | 1.365 | 1.360 | 1.238 | 1.296 | 1.352 | 1.388 | 1.534 | 1.439 | 1.375 | 1.325 | 1.190 | 1.405 | 1.529 | 1.584 | 1.727 | 1.788 | 1.848 | 2.071 | 1.973 | 2.118 |
| Österreich | 15.543 | 14.190 | 14.308 | 13.802 | 13.822 | 14.432 | 15.886 | 15.964 | 15.820 | 14.401 | 13.456 | 13.466 | 13.758 | 14.719 | 15.743 | 16.828 | 17.538 | 17.859 | 18.590 | 18.508 | 18.629 | 19.293 | 20.312 |
| Polen | 81.740 | 88.132 | 99.706 | 91.314 | 85.615 | 82.049 | 90.168 | 94.105 | 100.522 | 100.968 | 104.924 | 139.283 | 159.157 | 163.643 | 153.589 | 131.308 | 122.797 | 125.861 | 172.676 | 184.325 | 197.009 | 197.908 | 195.666 |
| dar. Deutsche | 6.623 | 9.486 | 12.468 | 13.909 | 14.401 | 15.943 | 17.958 | 19.961 | 20.872 | 19.502 | 16.904 | 14.654 | 12.214 | 11.900 | 13.622 | 12.131 | 11.846 | 11.135 | 9.262 | 7.958 | 7.900 | 6.982 | 5.898 |
| Portugal | 13.799 | 27.708 | 31.355 | 32.864 | 27.205 | 19.509 | 15.451 | 12.086 | 10.293 | 8.806 | 7.699 | 6.225 | 5.608 | 5.640 | 6.128 | 6.500 | 7.351 | 7.257 | 9.038 | 12.609 | 14.494 | 11.961 | 10.654 |
| Rumänien | 86.559 | 34.567 | 27.217 | 19.263 | 16.509 | 18.491 | 20.149 | 25.270 | 21.145 | 24.560 | 24.056 | 23.825 | 23.387 | 23.844 | 43.456 | 47.642 | 56.427 | 74.585 | 95.479 | 116.964 | 135.416 | 191.861 | 213.037 |
| dar. Deutsche | 4.953 | 3.187 | 2.403 | 2.194 | 2.262 | 1.459 | 1.346 | 1.079 | 817 | 757 | 600 | 586 | 514 | 491 | 557 | 628 | 686 | 733 | 773 | 810 | 922 | 930 | 855 |
| Russische Föderation | 85.451 | 103.408 | 107.377 | 83.378 | 67.178 | 58.633 | 67.734 | 72.152 | 78.979 | 77.403 | 67.289 | 58.594 | 42.980 | 23.241 | 20.487 | 18.611 | 18.615 | 18.671 | 19.696 | 20.714 | 33.233 | 23.352 | 25.082 |
| dar. Deutsche | 56.362 | 69.965 | 74.391 | 51.496 | 42.363 | 37.297 | 39.957 | 40.081 | 42.425 | 41.587 | 36.280 | 30.931 | 20.588 | 6.816 | 5.527 | 4.295 | 3.735 | 3.351 | 3.114 | 2.974 | 3.211 | 4.219 | 4.583 |
| Schweden | 3.735 | 4.109 | 4.378 | 4.088 | 4.074 | 4.136 | 4.068 | 3.907 | 3.706 | 3.481 | 3.397 | 3.484 | 3.287 | 3.181 | 3.256 | 3.124 | 3.512 | 3.600 | 3.829 | 4.090 | 4.234 | 4.335 | 4.337 |
| Schweiz | 8.417 | 7.612 | 7.943 | 7.938 | 7.696 | 7.687 | 7.810 | 8.010 | 8.284 | 8.533 | 8.547 | 9.123 | 9.405 | 10.371 | 11.285 | 12.913 | 14.157 | 14.945 | 16.172 | 16.881 | 17.923 | 18.437 | 18.466 |
| Slowakische Republik | 6.953 | 6.687 | 7.830 | 6.587 | 7.000 | 6.580 | 9.131 | 10.879 | 11.556 | 11.600 | 10.684 | 11.720 | 11.851 | 11.447 | 9.583 | 8.828 | 8.558 | 8.613 | 12.040 | 13.745 | 14.923 | 15.435 | 14.376 |
| Slowenien | 2.960 | 2.534 | 2.591 | 2.253 | 1.913 | 2.098 | 2.002 | 1.950 | 2.684 | 2.379 | 2.053 | 2.411 | 1.513 | 1.157 | 1.276 | 1.298 | 1.531 | 1.886 | 3.305 | 5.298 | 6.551 | 6.864 | 7.003 |
| Spanien | 9.272 | 9.426 | 10.911 | 11.839 | 12.174 | 12.691 | 13.979 | 14.884 | 15.349 | 15.426 | 14.647 | 14.406 | 14.004 | 14.219 | 15.515 | 17.388 | 19.959 | 21.543 | 28.140 | 37.683 | 44.119 | 41.091 | 35.717 |
| Tschechische Republik | 11.602 | 10.377 | 10.832 | 9.596 | 8.448 | 8.632 | 10.326 | 12.252 | 12.206 | 11.150 | 9.258 | 9.711 | 9.267 | 8.468 | 7.455 | 7.272 | 7.225 | 7.190 | 9.728 | 10.701 | 11.653 | 12.957 | 13.274 |
| CSSR/CSFR ¹ | 3.523 | 1.252 | 1.623 | 1.380 | 1.116 | 950 | 856 | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Türkei | 68.618 | 64.811 | 74.558 | 74.344 | 57.148 | 49.091 | 48.383 | 50.499 | 56.101 | 58.648 | 49.699 | 42.222 | 36.341 | 31.449 | 28.926 | 28.742 | 29.544 | 30.171 | 31.021 | 28.641 | 26.390 | 27.805 | 32.684 |
| Ukraine | 15.112 | 17.568 | 18.514 | 16.707 | 15.486 | 16.562 | 17.713 | 21.193 | 23.877 | 24.047 | 20.318 | 17.173 | 11.780 | 7.705 | 7.777 | 6.812 | 6.806 | 6.695 | 7.213 | 7.774 | 7.972 | 13.527 | 16.073 |
| Ungarn | 24.853 | 19.803 | 19.487 | 17.333 | 11.942 | 14.036 | 15.677 | 16.872 | 18.187 | 17.211 | 14.965 | 17.990 | 19.181 | 19.274 | 22.880 | 25.872 | 26.032 | 30.015 | 41.982 | 54.827 | 58.993 | 57.280 | 56.373 |
| Weißrussland | 2.105 | 1.998 | 2.352 | 2.174 | 2.082 | 2.036 | 2.740 | 3.466 | 4.272 | 4.369 | 4.387 | 3.696 | 2.644 | 1.715 | 1.584 | 1.519 | 1.365 | 1.373 | 1.448 | 1.653 | 1.800 | 1.954 | 2.310 |

| Herkunftsland | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 |
|--------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|---------------|---------------|---------------|---------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|
| Afrika | 57.657 | 38.113 | 36.680 | 39.734 | 36.767 | 34.731 | 33.381 | 35.029 | 38.936 | 39.156 | 35.951 | 32.310 | 27.355 | 25.585 | 25.056 | 25.213 | 27.421 | 30.664 | 31.220 | 34.498 | 53.393 | 75.313 | 115.905 |
| Ägypten | 3.346 | 2.104 | 1.914 | 1.972 | 2.264 | 2.078 | 1.936 | 2.108 | 2.308 | 2.211 | 1.890 | 1.793 | 1.813 | 2.091 | 2.502 | 2.303 | 2.498 | 2.647 | 2.998 | 3.514 | 6.218 | 5.389 | 7.144 |
| Algerien | 10.725 | 4.302 | 3.006 | 2.756 | 2.766 | 2.717 | 2.524 | 2.670 | 3.121 | 2.990 | 2.440 | 2.084 | 1.556 | 1.348 | 1.392 | 1.448 | 1.602 | 1.530 | 1.574 | 1.598 | 2.307 | 3.799 | 10.497 |
| Kamerun | 939 | 584 | 835 | 1.270 | 1.632 | 1.815 | 1.966 | 1.901 | 2.296 | 2.874 | 2.598 | 2.412 | 2.082 | 1.657 | 1.652 | 1.314 | 1.669 | 1.707 | 1.892 | 1.867 | 2.261 | 2.652 | 3.018 |
| Kenia | 717 | 801 | 891 | 1.260 | 1.310 | 1.309 | 1.325 | 1.191 | 1.197 | 1.227 | 1.231 | 1.212 | 1.354 | 1.480 | 1.488 | 1.487 | 1.677 | 1.759 | 1.325 | 1.348 | 1.192 | 1.175 | 1.202 |
| Libyen | 448 | 262 | 436 | 591 | 488 | 519 | 441 | 497 | 737 | 637 | 571 | 599 | 507 | 662 | 588 | 720 | 731 | 1.000 | 1.121 | 1.929 | 4.459 | 4.568 | 2.693 |
| Marokko | 5.317 | 3.997 | 3.782 | 4.304 | 4.142 | 4.513 | 5.004 | 5.545 | 6.095 | 6.407 | 6.021 | 4.547 | 4.146 | 3.797 | 3.418 | 3.373 | 3.793 | 3.468 | 3.880 | 4.046 | 5.068 | 5.671 | 10.057 |
| Nigeria | 2.564 | 2.341 | 2.467 | 3.233 | 2.471 | 2.001 | 1.570 | 1.607 | 1.695 | 2.078 | 2.241 | 2.324 | 1.805 | 1.844 | 1.799 | 1.725 | 1.934 | 2.093 | 2.083 | 2.007 | 3.202 | 5.383 | 11.039 |
| Somalia | 1.318 | 789 | 1.105 | 1.407 | 1.121 | 1.103 | 670 | 562 | 464 | 370 | 416 | 353 | 225 | 149 | 143 | 228 | 386 | 2.418 | 1.145 | 1.321 | 4.054 | 6.303 | 10.120 |
| Südafrika | 3.007 | 2.618 | 2.248 | 2.119 | 2.192 | 2.324 | 2.443 | 2.605 | 2.541 | 2.345 | 1.975 | 1.886 | 1.806 | 1.757 | 1.792 | 2.070 | 1.809 | 1.995 | 2.073 | 1.894 | 2.034 | 2.102 | 2.244 |
| Tunesien | 2.643 | 2.539 | 2.301 | 2.212 | 2.116 | 2.477 | 2.480 | 2.663 | 2.817 | 2.685 | 2.579 | 2.767 | 2.476 | 2.521 | 2.179 | 2.059 | 2.037 | 2.154 | 2.868 | 3.391 | 4.034 | 4.998 | 5.376 |
| Amerika | 45.639 | 43.764 | 45.506 | 48.111 | 46.578 | 49.039 | 52.186 | 54.839 | 55.875 | 54.663 | 51.546 | 49.825 | 49.574 | 49.955 | 53.041 | 56.106 | 57.592 | 58.191 | 62.761 | 61.725 | 63.905 | 67.799 | 69.171 |
| Brasilien | 4.445 | 4.506 | 4.647 | 4.942 | 4.825 | 5.455 | 5.663 | 6.122 | 6.472 | 6.072 | 6.167 | 6.440 | 7.128 | 7.168 | 7.669 | 7.782 | 7.906 | 7.862 | 8.512 | 8.747 | 9.383 | 10.872 | 10.513 |
| Kanada | 3.311 | 3.151 | 3.448 | 3.371 | 3.429 | 3.340 | 3.620 | 3.973 | 4.012 | 3.833 | 3.971 | 3.690 | 3.735 | 3.595 | 4.378 | 4.654 | 4.855 | 5.106 | 5.362 | 5.419 | 5.359 | 5.613 | 5.511 |
| Mexiko | 1.134 | 1.166 | 1.348 | 1.444 | 1.434 | 1.742 | 1.866 | 2.370 | 2.295 | 2.442 | 2.559 | 2.632 | 2.707 | 3.184 | 3.067 | 3.530 | 3.474 | 3.670 | 4.216 | 4.161 | 4.293 | 5.600 | 5.477 |
| Vereinigte Staaten | 27.606 | 25.687 | 26.177 | 27.225 | 26.168 | 27.322 | 28.821 | 28.729 | 28.949 | 27.956 | 25.895 | 25.726 | 24.904 | 25.156 | 26.939 | 29.145 | 29.882 | 29.704 | 32.089 | 30.623 | 31.418 | 31.861 | 32.430 |
| Asien* | 213.820 | 224.035 | 228.549 | 206.593 | 183.068 | 144.907 | 152.491 | 165.110 | 181.714 | 162.591 | 134.217 | 112.919 | 94.477 | 83.164 | 83.985 | 91.813 | 104.793 | 110.265 | 123.008 | 133.673 | 154.421 | 224.889 | 687.848 |
| Afghanistan | 5.624 | 5.944 | 8.315 | 6.622 | 5.283 | 4.471 | 5.561 | 6.123 | 6.026 | 3.565 | 2.229 | 1.980 | 1.416 | 1.426 | 1.354 | 1.890 | 4.616 | 7.373 | 9.291 | 8.471 | 8.951 | 12.567 | 94.902 |
| China | 8.745 | 5.787 | 5.530 | 6.264 | 7.450 | 7.888 | 10.913 | 15.592 | 20.752 | 19.120 | 16.699 | 13.778 | 12.943 | 14.283 | 15.061 | 16.257 | 17.144 | 17.922 | 19.926 | 21.575 | 23.041 | 25.285 | 28.193 |
| Indien | 6.370 | 5.183 | 6.301 | 6.735 | 5.556 | 4.964 | 5.279 | 6.718 | 9.252 | 9.413 | 9.191 | 9.030 | 8.303 | 9.375 | 9.855 | 11.378 | 11.874 | 12.942 | 14.895 | 17.474 | 18.707 | 21.304 | 24.997 |
| Irak | 1.308 | 2.036 | 6.577 | 12.661 | 14.747 | 8.040 | 9.162 | 12.306 | 18.191 | 12.511 | 5.980 | 3.001 | 3.120 | 3.553 | 5.193 | 8.737 | 12.199 | 9.152 | 7.576 | 6.871 | 5.786 | 8.615 | 73.122 |
| Iran | 5.942 | 6.585 | 6.846 | 7.815 | 6.300 | 5.547 | 5.968 | 7.629 | 6.684 | 6.089 | 4.899 | 4.138 | 3.379 | 3.085 | 2.890 | 3.374 | 4.092 | 5.791 | 7.213 | 8.224 | 8.016 | 7.199 | 19.414 |
| Israel | 1.368 | 1.205 | 1.246 | 1.246 | 1.289 | 1.256 | 1.418 | 1.560 | 1.959 | 2.236 | 2.111 | 1.734 | 1.622 | 1.769 | 1.633 | 1.639 | 2.009 | 2.253 | 2.321 | 2.579 | 2.762 | 3.095 | 3.174 |
| Japan | 5.694 | 5.068 | 5.278 | 5.535 | 5.290 | 5.519 | 5.703 | 5.915 | 6.433 | 6.159 | 6.207 | 5.945 | 6.015 | 5.952 | 6.098 | 6.160 | 5.749 | 5.935 | 7.623 | 6.868 | 6.985 | 6.991 | 7.212 |
| Kasachstan | 107.076 | 131.469 | 123.277 | 98.137 | 83.242 | 56.128 | 54.054 | 54.906 | 53.149 | 45.865 | 32.821 | 24.698 | 15.384 | 4.806 | 3.827 | 3.313 | 3.105 | 2.598 | 2.688 | 2.545 | 3.211 | 4.691 | 4.241 |
| dar. Deutsche | 85.501 | 105.968 | 100.217 | 79.723 | 68.604 | 46.126 | 42.444 | 42.657 | 41.212 | 33.964 | 23.557 | 17.750 | 10.460 | 2.121 | 1.867 | 1.440 | 1.309 | 991 | 1.014 | 887 | 1.254 | 2.200 | 2.209 |



Fortsetzung Tabelle 1-7: Zuzüge über die Grenzen Deutschlands nach Herkunftsländern von 1993 bis 2015

| Herkunftsland | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 |
|-------------------------------|------------------|------------------|------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|------------------|------------------|------------------|------------------|
| Korea, Republik | 1.859 | 1.947 | 2.288 | 2.455 | 2.285 | 1.833 | 2.299 | 2.618 | 2.944 | 3.021 | 3.103 | 2.717 | 3.163 | 3.264 | 3.595 | 3.749 | 3.710 | 4.047 | 4.644 | 4.866 | 5.466 | 6.233 | 7.129 |
| Libanon | 3.587 | 2.431 | 2.645 | 3.569 | 3.108 | 2.811 | 2.776 | 3.414 | 3.076 | 3.331 | 3.409 | 3.013 | 2.374 | 2.937 | 2.607 | 2.705 | 2.855 | 2.748 | 2.879 | 2.894 | 3.200 | 4.959 | 8.976 |
| Pakistan | 4.383 | 3.412 | 4.892 | 4.487 | 4.074 | 3.180 | 3.843 | 3.703 | 3.583 | 3.200 | 3.444 | 3.576 | 2.494 | 2.244 | 2.064 | 2.435 | 2.767 | 3.277 | 5.188 | 6.023 | 7.120 | 8.528 | 25.161 |
| Syrien | 1.935 | 1.647 | 2.021 | 2.908 | 2.588 | 2.938 | 3.609 | 4.455 | 4.176 | 3.672 | 2.958 | 2.405 | 2.196 | 1.852 | 1.923 | 2.322 | 3.268 | 3.647 | 5.032 | 9.141 | 18.789 | 64.952 | 326.872 |
| Thailand | 4.481 | 4.828 | 4.553 | 4.422 | 4.349 | 5.054 | 5.689 | 6.405 | 7.393 | 7.547 | 6.733 | 6.188 | 5.505 | 5.023 | 4.561 | 4.099 | 4.498 | 4.541 | 4.461 | 4.489 | 4.612 | 4.519 | 4.789 |
| Vietnam | 11.819 | 6.091 | 4.749 | 3.482 | 3.255 | 5.902 | 6.076 | 5.830 | 7.917 | 6.890 | 6.622 | 5.852 | 4.896 | 4.632 | 4.249 | 4.033 | 4.392 | 4.204 | 3.904 | 3.540 | 3.546 | 4.115 | 4.842 |
| Australien u. Ozeanien | 3.109 | 2.921 | 3.122 | 3.332 | 3.101 | 3.347 | 3.278 | 3.603 | 4.269 | 4.208 | 3.846 | 4.060 | 4.178 | 4.540 | 4.945 | 5.787 | 6.434 | 6.684 | 6.915 | 6.755 | 7.344 | 7.493 | 7.896 |
| Unbek. Ausland | 5.261 | 5.268 | 5.547 | 6.235 | 6.542 | 6.897 | 6.632 | 5.408 | 4.300 | 3.666 | - | - | - | - | 2.834 | 1.250 | 1.153 | 1.663 | 1.458 | 1.472 | 6.051 | 4.400 | 27.699 |
| Insgesamt | 1.277.408 | 1.082.553 | 1.096.048 | 959.691 | 840.633 | 802.456 | 874.023 | 841.158 | 879.217 | 842.543 | 768.975 | 780.175 | 707.352 | 661.855 | 680.766 | 682.146 | 721.014 | 798.282 | 958.299 | 1.080.936 | 1.226.493 | 1.464.724 | 2.136.954 |
| dar. Deutsche | 287.561 | 305.037 | 303.347 | 251.737 | 225.335 | 196.956 | 200.150 | 191.909 | 193.958 | 184.202 | 167.216 | 177.993 | 128.051 | 103.388 | 111.291 | 108.331 | 114.700 | 114.752 | 116.604 | 115.028 | 118.425 | 122.195 | 120.713 |

Quelle: Statistisches Bundesamt

- 1) Ab 1992 einschließlich „Gebiet der ehemaligen Sowjetunion ohne nähere Angabe“ (1992: 48.959; 1993: 60.397; 1994: 34.878; 1995: 26.457).
- 2) Summe einschl. Griechenland (ab 1981 zur EG), Spanien, Portugal (ab 1986 zur EG); d. h. EU der 12. Ab 1995 einschl. Finnland, Österreich, Schweden; d. h. EU der 15. Ab 2004 einschl. Polen, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn, Estland, Lettland, Litauen, Malta und Zypern; d. h. EU der 25. Ab 2007 einschl. Bulgarien und Rumänien; d. h. EU der 27. Ab 2013 einschl. Kroatien; d. h. EU der 28.
- 3) Obwohl die CSFR im Jahre 1993 nicht mehr bestand, wurden dennoch Zuzüge aus dem Herkunftsland CSFR registriert.
- 4) Ab 1992 einschließlich der in Asien gelegenen Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion.

Tabelle 1-8: Fortzüge über die Grenzen Deutschlands nach Zielländern von 1993 bis 2015

| Zielland | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 |
|-------------------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|
| Europa¹ | 642.479 | 552.622 | 505.349 | 499.628 | 568.896 | 554.742 | 476.445 | 496.901 | 444.876 | 454.099 | 434.878 | 479.529 | 437.427 | 439.565 | 458.935 | 547.523 | 541.216 | 493.319 | 512.757 | 544.800 | 615.778 | 713.242 | 763.886 |
| <i>dar. Ausländer</i> | 591.914 | 496.738 | 447.297 | 442.066 | 509.158 | 490.956 | 411.791 | 432.508 | 378.302 | 384.172 | 363.915 | 400.694 | 353.670 | 346.834 | 355.539 | 425.477 | 434.931 | 399.621 | 420.220 | 458.512 | 526.157 | 623.791 | 678.387 |
| EU-Staaten² | 150.641 | 171.082 | 177.024 | 191.027 | 197.969 | 186.855 | 178.252 | 163.801 | 161.161 | 164.305 | 153.652 | 319.424 | 291.690 | 298.498 | 343.955 | 407.457 | 405.535 | 366.543 | 385.529 | 417.504 | 480.272 | 575.480 | 579.209 |
| Albanien | 3.253 | 4.222 | 2.071 | 1.588 | 1.661 | 1.526 | 1.527 | 1.773 | 1.162 | 969 | 1.052 | 1.017 | 836 | 713 | 659 | 787 | 783 | 637 | 729 | 790 | 1.149 | 2.867 | 21.890 |
| Belgien | 4.476 | 5.136 | 4.827 | 4.940 | 4.936 | 4.926 | 4.864 | 4.220 | 4.255 | 4.565 | 4.623 | 4.936 | 4.402 | 4.540 | 4.716 | 5.081 | 5.070 | 4.523 | 4.405 | 4.191 | 5.040 | 5.329 | 5.075 |
| Bosnien-Herzegowina | 10.409 | 16.629 | 15.803 | 27.363 | 84.119 | 97.739 | 33.464 | 17.412 | 10.590 | 9.193 | 7.885 | 8.115 | 6.943 | 6.286 | 6.662 | 7.263 | 7.719 | 6.805 | 8.462 | 8.855 | 10.606 | 13.231 | 15.904 |
| Bulgarien | 35.017 | 18.000 | 10.445 | 7.067 | 6.368 | 4.879 | 5.503 | 6.747 | 8.048 | 8.682 | 10.088 | 10.099 | 8.899 | 7.152 | 8.382 | 15.864 | 19.940 | 23.785 | 29.422 | 33.741 | 38.594 | 44.491 | 45.729 |
| Dänemark | 3.647 | 4.232 | 4.194 | 4.097 | 3.863 | 3.809 | 3.492 | 2.805 | 2.816 | 2.974 | 2.712 | 3.062 | 2.694 | 3.115 | 4.014 | 4.549 | 4.270 | 3.322 | 3.075 | 2.928 | 3.053 | 3.642 | 3.782 |
| Estland | 665 | 864 | 986 | 898 | 951 | 839 | 721 | 639 | 644 | 614 | 597 | 788 | 522 | 518 | 526 | 774 | 692 | 779 | 832 | 867 | 863 | 938 | 832 |
| Finnland | 2.373 | 2.887 | 3.348 | 3.725 | 3.361 | 3.116 | 2.880 | 2.800 | 2.658 | 2.658 | 2.380 | 2.696 | 2.172 | 2.146 | 2.172 | 2.485 | 2.663 | 2.191 | 2.025 | 2.175 | 2.146 | 2.422 | 2.305 |
| Frankreich | 17.593 | 19.155 | 19.296 | 19.480 | 20.606 | 20.325 | 21.173 | 19.415 | 19.234 | 19.815 | 19.060 | 20.846 | 17.957 | 17.790 | 17.911 | 21.546 | 22.158 | 18.691 | 17.281 | 16.703 | 17.180 | 19.518 | 19.570 |
| Griechenland | 18.358 | 20.167 | 20.268 | 21.044 | 22.678 | 20.845 | 20.292 | 19.383 | 19.688 | 19.998 | 18.106 | 20.517 | 16.884 | 15.653 | 15.599 | 17.537 | 17.928 | 12.641 | 11.259 | 12.888 | 14.215 | 17.221 | 16.975 |
| Vereinigtes Königreich | 16.711 | 20.191 | 19.142 | 20.922 | 21.184 | 19.769 | 19.124 | 16.518 | 16.205 | 16.662 | 15.550 | 18.529 | 17.396 | 17.319 | 17.942 | 20.299 | 19.236 | 17.259 | 16.191 | 15.506 | 16.685 | 19.234 | 19.689 |
| Irland | 4.238 | 4.675 | 5.092 | 6.458 | 5.561 | 4.337 | 3.584 | 3.059 | 2.795 | 2.634 | 2.415 | 2.489 | 2.041 | 2.330 | 2.538 | 2.729 | 2.535 | 2.011 | 1.872 | 1.887 | 2.075 | 2.354 | 2.488 |
| Italien | 33.524 | 34.970 | 36.602 | 39.404 | 40.758 | 39.867 | 38.367 | 36.707 | 36.104 | 36.535 | 33.802 | 36.273 | 28.579 | 26.807 | 25.413 | 28.319 | 28.426 | 24.268 | 23.164 | 23.378 | 27.903 | 36.304 | 38.235 |
| <i>dar. Ausländer</i> | 30.945 | 32.172 | 33.969 | 36.841 | 37.937 | 36.837 | 35.496 | 33.630 | 33.091 | 33.271 | 30.719 | 32.825 | 25.144 | 23.370 | 22.008 | 24.674 | 25.149 | 21.462 | 20.375 | 20.897 | 25.291 | 33.832 | 35.938 |
| Kosovo | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | 793 | 2.395 | 3.172 | 3.070 | 3.470 | 4.774 | 5.729 | 21.355 |
| Kroatien | 25.229 | 28.750 | 22.273 | 17.499 | 19.210 | 19.816 | 13.673 | 13.265 | 14.233 | 13.728 | 11.876 | 12.240 | 11.089 | 10.283 | 10.610 | 12.100 | 12.350 | 11.333 | 11.979 | 11.881 | 12.753 | 17.327 | 20.685 |
| Lettland | 1.118 | 1.663 | 1.284 | 1.278 | 1.483 | 1.442 | 1.394 | 1.451 | 1.290 | 1.378 | 1.474 | 1.695 | 1.440 | 1.538 | 1.439 | 1.769 | 2.302 | 4.165 | 5.170 | 5.597 | 5.474 | 5.826 | 4.878 |
| Litauen | 1.136 | 1.792 | 2.028 | 2.047 | 1.876 | 1.663 | 1.505 | 1.699 | 1.953 | 2.290 | 2.011 | 2.356 | 2.335 | 2.822 | 2.917 | 3.097 | 3.246 | 3.713 | 4.786 | 5.238 | 5.915 | 6.244 | 5.802 |
| Luxemburg | 1.232 | 1.230 | 1.128 | 1.298 | 1.272 | 1.335 | 1.227 | 1.309 | 1.253 | 1.327 | 1.510 | 1.670 | 1.740 | 1.864 | 2.002 | 2.336 | 2.433 | 2.226 | 2.598 | 2.386 | 2.648 | 2.822 | 2.707 |
| Mazedonien | 1.322 | 5.278 | 5.570 | 3.805 | 3.033 | 2.580 | 2.528 | 2.654 | 2.692 | 3.367 | 2.683 | 2.797 | 2.080 | 1.959 | 1.784 | 2.282 | 2.108 | 3.879 | 5.228 | 5.886 | 8.509 | 9.346 | 12.272 |



Fortsetzung Tabelle 1-8: Fortzüge über die Grenzen Deutschlands nach Zielländern von 1993 bis 2015

| Zielland | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 |
|------------------------|---------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|
| Montenegro | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | 275 | 333 | 469 | 532 | 504 | 645 | 942 | 850 | 1.973 |
| Niederlande | 11.976 | 12.058 | 11.165 | 11.103 | 11.291 | 10.909 | 10.265 | 9.311 | 9.330 | 9.336 | 8.616 | 9.781 | 8.762 | 9.189 | 10.071 | 11.785 | 11.800 | 10.602 | 10.375 | 10.346 | 10.470 | 11.678 | 12.243 |
| Norwegen | 1.535 | 1.647 | 1.938 | 1.590 | 1.754 | 1.957 | 1.858 | 1.685 | 1.694 | 1.753 | 1.730 | 1.811 | 1.817 | 2.274 | 3.346 | 4.091 | 3.597 | 2.667 | 2.319 | 2.185 | 2.170 | 2.266 | 2.112 |
| Österreich | 15.032 | 15.152 | 14.430 | 14.537 | 15.025 | 14.377 | 15.221 | 15.112 | 14.875 | 15.929 | 15.976 | 18.528 | 17.535 | 18.604 | 20.152 | 24.049 | 22.574 | 19.889 | 19.776 | 19.999 | 20.341 | 21.438 | 19.907 |
| Polen | 104.789 | 70.322 | 77.004 | 78.889 | 79.062 | 70.626 | 69.507 | 71.409 | 76.021 | 78.739 | 82.910 | 104.538 | 105.491 | 112.492 | 120.791 | 132.438 | 122.629 | 103.237 | 106.495 | 114.425 | 125.399 | 138.680 | 132.387 |
| Portugal | 7.249 | 15.218 | 21.505 | 26.261 | 27.382 | 22.853 | 16.811 | 13.326 | 11.805 | 11.315 | 8.880 | 9.098 | 7.249 | 7.014 | 6.988 | 7.666 | 8.640 | 7.266 | 6.137 | 6.090 | 7.636 | 8.603 | 8.181 |
| Rumänien | 102.506 | 44.889 | 25.706 | 17.114 | 14.078 | 14.003 | 14.985 | 17.160 | 18.903 | 17.834 | 19.324 | 19.839 | 20.159 | 20.855 | 24.054 | 38.030 | 44.150 | 48.868 | 59.330 | 71.152 | 85.865 | 116.729 | 126.763 |
| Russische Föderation | 11.375 | 15.359 | 17.202 | 15.137 | 12.902 | 11.688 | 11.369 | 12.670 | 13.468 | 14.923 | 14.849 | 15.234 | 14.341 | 13.867 | 12.922 | 16.399 | 15.455 | 13.466 | 12.272 | 11.316 | 14.810 | 14.494 | 11.876 |
| Schweden | 3.128 | 3.609 | 3.802 | 4.088 | 4.482 | 4.382 | 4.084 | 3.716 | 3.814 | 3.876 | 3.786 | 4.168 | 3.568 | 3.934 | 4.509 | 4.979 | 4.858 | 4.053 | 4.088 | 4.034 | 3.992 | 4.575 | 4.686 |
| Schweiz | 8.311 | 8.691 | 8.970 | 8.852 | 9.179 | 10.011 | 10.790 | 11.909 | 13.148 | 14.660 | 14.792 | 16.864 | 18.224 | 22.240 | 28.237 | 35.061 | 30.441 | 27.386 | 27.561 | 25.829 | 26.957 | 25.881 | 24.042 |
| Slowakische Republik | 7.165 | 4.585 | 7.230 | 6.249 | 6.194 | 5.982 | 6.823 | 8.722 | 9.893 | 9.820 | 9.546 | 10.248 | 9.209 | 9.441 | 8.472 | 9.483 | 8.151 | 7.328 | 7.782 | 8.633 | 9.940 | 11.286 | 10.354 |
| Slowenien | 2.321 | 2.899 | 2.605 | 2.575 | 2.424 | 2.315 | 2.058 | 2.012 | 2.516 | 2.502 | 2.346 | 2.528 | 1.756 | 1.432 | 1.457 | 1.900 | 2.044 | 1.764 | 2.048 | 2.775 | 3.537 | 4.003 | 3.794 |
| Spanien | 11.104 | 12.402 | 12.225 | 13.670 | 15.570 | 16.205 | 16.868 | 16.120 | 16.329 | 16.681 | 16.236 | 18.010 | 16.059 | 16.734 | 17.124 | 19.613 | 18.618 | 16.071 | 16.007 | 17.144 | 20.324 | 24.151 | 24.462 |
| dar. Ausländer | 7.126 | 7.626 | 7.154 | 8.215 | 9.248 | 8.848 | 9.660 | 9.370 | 9.632 | 9.914 | 9.467 | 10.814 | 8.742 | 8.149 | 8.133 | 10.368 | 10.782 | 9.366 | 9.322 | 11.147 | 14.349 | 17.996 | 18.246 |
| Tschechische Republik | 14.375 | 9.947 | 9.598 | 8.963 | 8.776 | 7.500 | 7.864 | 9.368 | 9.304 | 9.691 | 8.909 | 9.079 | 7.108 | 15.616 | 6.636 | 8.082 | 7.586 | 6.067 | 5.889 | 6.287 | 7.377 | 8.831 | 8.693 |
| CSSR/CSFR ³ | 4.778 | 1.703 | 1.850 | 1.467 | 1.387 | 882 | 883 | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Türkei | 47.115 | 47.174 | 44.129 | 44.615 | 47.120 | 46.255 | 42.131 | 40.369 | 37.268 | 36.740 | 35.612 | 37.058 | 34.595 | 33.229 | 32.172 | 38.889 | 39.615 | 36.033 | 32.756 | 32.788 | 33.644 | 31.941 | 30.540 |
| dar. Ausländer | 46.286 | 46.363 | 43.221 | 43.534 | 45.978 | 45.142 | 40.944 | 39.030 | 35.884 | 35.433 | 34.010 | 34.933 | 31.800 | 29.778 | 28.346 | 34.280 | 34.982 | 31.298 | 27.471 | 27.329 | 27.482 | 25.148 | 23.790 |
| Ukraine | 3.562 | 5.785 | 6.205 | 4.618 | 4.487 | 4.238 | 4.544 | 4.659 | 5.942 | 6.578 | 6.309 | 6.090 | 5.500 | 4.936 | 4.804 | 6.023 | 5.280 | 4.545 | 3.804 | 3.755 | 4.036 | 4.305 | 4.893 |
| Ungarn | 25.597 | 22.525 | 19.338 | 17.603 | 15.796 | 12.805 | 13.204 | 14.973 | 15.661 | 16.411 | 15.429 | 17.157 | 16.452 | 15.620 | 17.732 | 22.497 | 23.074 | 21.330 | 25.000 | 28.619 | 34.751 | 41.024 | 38.176 |
| Weißrussland | 745 | 1.053 | 1.221 | 998 | 1.128 | 1.032 | 1.055 | 1.413 | 1.441 | 1.709 | 1.950 | 1.874 | 1.508 | 1.312 | 1.069 | 1.299 | 1.106 | 943 | 771 | 780 | 984 | 1.083 | 1.068 |

| Zielland | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 |
|--------------------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|----------------|
| Afrika | 41.701 | 38.494 | 28.450 | 25.499 | 27.121 | 29.894 | 26.034 | 25.247 | 22.965 | 23.785 | 23.726 | 25.183 | 22.716 | 21.118 | 19.896 | 24.117 | 23.959 | 21.748 | 20.617 | 20.884 | 23.591 | 27.435 | 33.385 |
| Ägypten | 2.696 | 2.548 | 2.187 | 1.882 | 2.002 | 2.048 | 1.745 | 1.629 | 1.674 | 1.644 | 1.859 | 1.845 | 1.791 | 1.548 | 1.623 | 2.247 | 2.388 | 2.298 | 2.302 | 2.152 | 2.488 | 2.550 | 3.002 |
| Algerien | 4.660 | 4.302 | 2.846 | 2.439 | 2.004 | 2.180 | 2.148 | 2.417 | 2.147 | 2.057 | 2.196 | 2.193 | 1.557 | 1.386 | 1.335 | 1.435 | 1.408 | 1.272 | 1.238 | 1.126 | 1.273 | 1.895 | 3.464 |
| Kamerun | 668 | 634 | 507 | 464 | 643 | 877 | 839 | 903 | 906 | 1.092 | 1.232 | 1.534 | 1.411 | 1.364 | 1.201 | 1.311 | 1.136 | 1.101 | 964 | 766 | 897 | 941 | 926 |
| Kenia | 565 | 554 | 579 | 593 | 632 | 808 | 763 | 725 | 606 | 666 | 660 | 702 | 690 | 762 | 780 | 998 | 1.003 | 1.024 | 981 | 721 | 719 | 634 | 684 |
| Libyen | 288 | 251 | 221 | 305 | 319 | 357 | 378 | 393 | 465 | 596 | 487 | 506 | 527 | 666 | 632 | 684 | 772 | 714 | 689 | 996 | 1.263 | 2.233 | 1.934 |
| Marokko | 2.972 | 3.462 | 2.841 | 2.619 | 2.596 | 2.815 | 2.616 | 2.907 | 2.726 | 2.839 | 2.791 | 3.033 | 2.722 | 2.312 | 2.430 | 2.982 | 2.831 | 2.600 | 2.435 | 2.404 | 2.902 | 3.310 | 4.109 |
| Nigeria | 5.341 | 3.045 | 1.820 | 1.622 | 1.938 | 2.191 | 1.967 | 1.517 | 1.207 | 1.318 | 1.487 | 1.736 | 1.653 | 1.480 | 1.347 | 1.840 | 1.562 | 1.327 | 1.332 | 1.504 | 1.570 | 1.528 | 2.050 |
| Somalia | 1.421 | 1.033 | 632 | 796 | 842 | 1.069 | 820 | 618 | 593 | 520 | 407 | 347 | 242 | 209 | 197 | 254 | 264 | 387 | 755 | 591 | 460 | 1.114 | 2.130 |
| Südafrika | 2.086 | 2.201 | 2.217 | 2.079 | 1.974 | 2.110 | 1.837 | 1.623 | 1.697 | 1.822 | 1.978 | 2.141 | 1.843 | 1.880 | 1.806 | 2.232 | 2.038 | 1.763 | 1.699 | 1.697 | 1.733 | 1.731 | 1.544 |
| Tunesien | 2.118 | 2.163 | 2.113 | 1.844 | 1.800 | 1.749 | 1.400 | 1.393 | 1.416 | 1.444 | 1.301 | 1.505 | 1.503 | 1.422 | 1.474 | 1.918 | 1.938 | 1.739 | 1.783 | 1.972 | 2.083 | 2.377 | 2.408 |
| Amerika | 44.517 | 46.866 | 45.686 | 45.527 | 52.999 | 61.922 | 61.113 | 53.169 | 48.512 | 46.097 | 45.623 | 48.851 | 49.343 | 50.835 | 54.080 | 65.412 | 63.970 | 58.465 | 55.272 | 54.140 | 58.414 | 60.698 | 60.942 |
| Brasilien | 2.970 | 3.277 | 3.391 | 3.355 | 3.559 | 4.067 | 3.826 | 3.924 | 4.167 | 4.156 | 4.261 | 4.671 | 5.133 | 5.242 | 5.516 | 7.077 | 7.050 | 6.998 | 6.793 | 7.160 | 7.490 | 7.694 | 8.296 |
| Kanada | 4.162 | 4.065 | 4.402 | 4.107 | 4.556 | 5.738 | 5.879 | 4.725 | 4.228 | 4.309 | 4.828 | 4.973 | 5.425 | 6.211 | 6.879 | 8.828 | 7.493 | 6.312 | 5.603 | 5.364 | 5.397 | 5.555 | 5.058 |
| Mexiko | 1.021 | 962 | 989 | 1.204 | 1.300 | 1.398 | 1.386 | 1.438 | 1.647 | 1.665 | 1.787 | 2.050 | 2.080 | 2.323 | 2.524 | 3.195 | 3.264 | 3.019 | 2.939 | 3.003 | 3.339 | 3.626 | 4.971 |
| Vereinigte Staaten | 29.348 | 31.079 | 29.285 | 29.377 | 35.866 | 42.880 | 42.306 | 35.891 | 31.186 | 28.758 | 27.148 | 28.851 | 28.856 | 29.113 | 30.602 | 35.592 | 35.502 | 32.243 | 30.743 | 29.543 | 32.354 | 33.763 | 32.470 |
| dor. Deutsche | 12.766 | 13.904 | 13.270 | 13.420 | 14.259 | 14.518 | 15.312 | 13.855 | 13.485 | 13.047 | 12.325 | 12.976 | 13.569 | 13.750 | 14.385 | 15.436 | 13.445 | 12.986 | 13.053 | 12.803 | 13.532 | 14.240 | 13.438 |
| Asien⁴ | 60.464 | 63.694 | 66.256 | 72.791 | 73.111 | 73.236 | 66.672 | 61.136 | 61.717 | 65.628 | 69.563 | 76.145 | 69.473 | 70.815 | 68.836 | 83.903 | 86.633 | 81.549 | 76.205 | 78.253 | 85.524 | 90.135 | 110.367 |
| Afghanistan | 995 | 1.098 | 1.166 | 1.454 | 1.957 | 2.362 | 1.813 | 2.102 | 2.473 | 1.995 | 1.649 | 1.708 | 1.565 | 1.419 | 1.126 | 1.554 | 1.707 | 1.480 | 1.509 | 1.948 | 1.944 | 1.989 | 4.971 |
| China | 4.310 | 4.816 | 4.744 | 4.961 | 5.578 | 5.923 | 5.719 | 6.290 | 6.826 | 9.459 | 11.999 | 13.730 | 11.966 | 12.898 | 13.069 | 16.044 | 16.540 | 16.234 | 15.477 | 14.887 | 16.009 | 16.387 | 17.878 |
| Indien | 6.412 | 5.819 | 5.040 | 5.043 | 5.246 | 5.005 | 4.720 | 4.661 | 4.983 | 5.288 | 5.764 | 6.746 | 6.664 | 7.441 | 8.070 | 9.737 | 10.567 | 10.109 | 9.996 | 11.262 | 12.296 | 12.766 | 14.783 |
| Irak | 425 | 435 | 419 | 948 | 2.450 | 3.513 | 3.412 | 3.021 | 3.162 | 4.908 | 4.454 | 4.728 | 4.231 | 4.129 | 3.422 | 3.944 | 3.902 | 3.772 | 3.812 | 4.344 | 4.231 | 3.752 | 5.777 |
| Iran | 4.069 | 3.868 | 3.640 | 3.715 | 3.973 | 3.997 | 3.719 | 3.738 | 4.056 | 3.767 | 3.402 | 3.497 | 2.792 | 2.636 | 2.361 | 3.330 | 3.745 | 3.049 | 2.533 | 2.695 | 2.842 | 2.711 | 3.119 |
| Israel | 1.325 | 1.343 | 1.303 | 1.264 | 1.347 | 1.270 | 1.236 | 1.223 | 1.132 | 1.008 | 1.255 | 1.377 | 1.359 | 1.358 | 1.200 | 1.409 | 1.796 | 1.835 | 1.736 | 1.746 | 1.931 | 1.948 | 1.925 |
| Japan | 6.017 | 5.662 | 5.344 | 5.215 | 5.302 | 5.182 | 5.173 | 5.052 | 5.275 | 5.645 | 5.731 | 6.043 | 5.481 | 5.635 | 5.609 | 6.423 | 6.852 | 5.939 | 5.470 | 5.814 | 6.501 | 6.758 | 6.619 |



Fortsetzung Tabelle 1-8: Fortzüge über die Grenzen Deutschlands nach Zielländern von 1993 bis 2015

| Zielland | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 |
|-------------------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|
| Kasachstan | 7.908 | 7.323 | 11.973 | 14.539 | 9.079 | 7.501 | 6.445 | 3.018 | 3.021 | 2.863 | 2.539 | 2.504 | 2.321 | 2.209 | 2.013 | 2.261 | 1.840 | 1.728 | 1.584 | 1.420 | 1.568 | 1.487 | 1.337 |
| Korea, Republik | 1.998 | 2.038 | 2.017 | 1.997 | 2.286 | 2.229 | 2.122 | 2.105 | 2.071 | 2.122 | 2.440 | 2.583 | 2.425 | 2.268 | 2.819 | 3.588 | 4.000 | 3.813 | 3.629 | 3.797 | 4.392 | 4.735 | 5.151 |
| Libanon | 3.748 | 4.031 | 2.654 | 2.367 | 2.846 | 2.676 | 2.012 | 1.903 | 1.848 | 1.667 | 2.050 | 2.166 | 1.953 | 1.936 | 2.005 | 2.447 | 2.971 | 2.607 | 2.347 | 2.093 | 1.976 | 1.786 | 1.887 |
| Pakistan | 2.190 | 2.833 | 2.785 | 2.897 | 2.880 | 2.856 | 2.649 | 2.478 | 2.572 | 1.831 | 1.825 | 2.184 | 2.084 | 1.704 | 1.708 | 1.883 | 1.968 | 1.767 | 1.700 | 1.956 | 2.107 | 2.570 | 3.580 |
| Syrien | 1.051 | 1.012 | 900 | 953 | 1.024 | 1.198 | 1.041 | 1.157 | 1.076 | 1.132 | 1.274 | 1.341 | 1.222 | 1.239 | 1.218 | 1.456 | 1.674 | 1.548 | 1.227 | 1.250 | 1.851 | 2.779 | 10.140 |
| Thailand | 2.264 | 2.471 | 2.616 | 2.562 | 2.684 | 2.763 | 2.882 | 3.035 | 3.137 | 3.289 | 3.244 | 3.443 | 3.393 | 3.382 | 3.379 | 4.169 | 4.444 | 4.249 | 3.688 | 3.643 | 3.903 | 4.110 | 3.880 |
| Vietnam | 4.400 | 4.261 | 4.261 | 5.779 | 6.898 | 5.535 | 4.645 | 4.069 | 3.606 | 4.195 | 4.546 | 4.833 | 4.103 | 4.607 | 4.040 | 4.446 | 3.866 | 3.344 | 3.082 | 2.481 | 2.492 | 2.208 | 2.171 |
| Australien u. Ozeanien | 3.699 | 4.332 | 4.532 | 4.258 | 4.471 | 5.157 | 4.864 | 4.344 | 4.188 | 4.252 | 4.732 | 5.094 | 5.508 | 6.100 | 6.762 | 8.037 | 8.207 | 7.711 | 6.957 | 6.911 | 7.397 | 7.828 | 7.704 |
| Unbek. Ausland | 3.999 | 34.518 | 23.931 | 21.086 | 14.516 | 12.952 | 11.801 | 15.502 | 7.577 | 10.273 | - | - | - | 26.440 | 13.077 | 2.355 | 2.780 | 2.668 | 1.864 | 1.865 | 7.182 | 11.170 | 15.624 |
| Insgesamt | 815.312 | 767.555 | 698.113 | 677.494 | 746.969 | 755.358 | 672.048 | 674.038 | 606.494 | 623.255 | 626.330 | 697.632 | 628.399 | 639.064 | 636.854 | 737.889 | 733.796 | 670.605 | 678.969 | 711.991 | 797.886 | 914.241 | 997.551 |

Quelle: Statistisches Bundesamt

1) Ab 1992 einschließlich „Gebiet der ehemaligen Sowjetunion ohne nähere Angabe“ (1992: 3.646; 1993: 4.533; 1994: 3.245; 1995: 2.351).

2) Summe einschl. Griechenland (ab 1981 zur EG), Spanien, Portugal (ab 1986 zur EG); d. h. EU der 12. Ab 1995 einschl. Finnland, Österreich, Schweden; d. h. EU der 15. Ab 2004 einschl. Polen, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn, Estland, Lettland, Litauen, Malta und Zypern; d. h. EU der 25. Ab 2007 einschl. Bulgarien und Rumänien; d. h. EU der 27. Ab 2013 einschl. Kroatien; d. h. EU der 28.

3) Obwohl die CSFR im Jahre 1993 nicht mehr bestand, wurden dennoch Fortzüge dorthin registriert.

4) Ab 1992 einschließlich der in Asien gelegenen Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion.

Tabelle 1-9: Zu- und Fortzüge über die Grenzen Deutschlands nach Herkunfts- und Zielländern sowie nach Geschlecht im Jahr 2015

| Herkunfts- bzw. Zielland | Zuzüge | | | Fortzüge | | | Zuzüge | | | Fortzüge | | |
|-----------------------------|--------------------|---------------|---------------|----------------|---------------|---------------|----------------|---------------|---------------|----------------|---------------|---------------|
| | Personen insgesamt | | | | | | Ausländer | | | | | |
| | ins- gesamt | männ- lich | weib- lich | ins- gesamt | männ- lich | weib- lich | ins- gesamt | männ- lich | weib- lich | ins- gesamt | männ- lich | weib- lich |
| Polen | 195.666 | 125.743 | 69.923 | 132.387 | 91.444 | 40.943 | 189.768 | 121.902 | 67.866 | 126.851 | 87.713 | 39.138 |
| Rumänien | 213.037 | 137.121 | 75.916 | 126.763 | 86.204 | 40.559 | 212.182 | 136.559 | 75.623 | 125.934 | 85.683 | 40.251 |
| Bulgarien | 83.579 | 51.626 | 31.953 | 45.729 | 31.917 | 13.812 | 83.226 | 51.404 | 31.822 | 45.398 | 31.700 | 13.698 |
| Italien | 74.105 | 44.475 | 29.630 | 38.235 | 24.263 | 13.972 | 71.505 | 43.204 | 28.301 | 35.938 | 23.184 | 12.754 |
| Syrien | 326.872 | 231.498 | 95.374 | 10.140 | 7.501 | 2.639 | 326.379 | 231.151 | 95.228 | 10.066 | 7.456 | 2.610 |
| Ungarn | 56.373 | 38.059 | 18.314 | 38.176 | 28.691 | 9.485 | 55.618 | 37.615 | 18.003 | 37.241 | 28.126 | 9.115 |
| Kroatien | 57.412 | 37.645 | 19.767 | 20.685 | 15.434 | 5.251 | 57.006 | 37.387 | 19.619 | 20.239 | 15.200 | 5.039 |
| Spanien | 35.717 | 19.843 | 15.874 | 24.462 | 13.381 | 11.081 | 29.629 | 16.552 | 13.077 | 18.246 | 10.227 | 8.019 |
| Serbien | 42.594 | 23.737 | 18.857 | 34.352 | 19.837 | 14.515 | 42.335 | 23.593 | 18.742 | 34.119 | 19.692 | 14.427 |
| Vereinigte Staaten | 32.430 | 16.476 | 15.954 | 32.470 | 16.098 | 16.372 | 22.271 | 11.811 | 10.460 | 19.032 | 9.908 | 9.124 |
| Griechenland | 32.494 | 19.174 | 13.320 | 16.975 | 10.621 | 6.354 | 31.528 | 18.684 | 12.844 | 16.234 | 10.247 | 5.987 |
| Türkei | 32.684 | 17.817 | 14.867 | 30.540 | 18.325 | 12.215 | 27.952 | 15.577 | 12.375 | 23.790 | 15.347 | 8.443 |
| China | 28.193 | 13.852 | 14.341 | 17.878 | 9.506 | 8.372 | 25.202 | 12.015 | 13.187 | 15.149 | 7.720 | 7.429 |
| Russische Föderation | 25.082 | 10.527 | 14.555 | 11.876 | 5.517 | 6.359 | 20.499 | 8.168 | 12.331 | 9.535 | 4.176 | 5.359 |
| Frankreich | 22.314 | 11.509 | 10.805 | 19.570 | 9.856 | 9.714 | 16.656 | 8.524 | 8.132 | 13.707 | 6.909 | 6.798 |
| Indien | 24.997 | 16.840 | 8.157 | 14.783 | 10.338 | 4.445 | 24.168 | 16.394 | 7.774 | 14.022 | 9.931 | 4.091 |
| Bosnien-Herzegowina | 22.968 | 13.903 | 9.065 | 15.904 | 10.601 | 5.303 | 22.832 | 13.828 | 9.004 | 15.769 | 10.525 | 5.244 |
| Kosovo | 41.492 | 26.918 | 14.574 | 21.355 | 14.962 | 6.393 | 41.317 | 26.820 | 14.497 | 21.220 | 14.886 | 6.334 |
| Österreich | 20.312 | 10.935 | 9.377 | 19.907 | 10.527 | 9.380 | 13.480 | 7.293 | 6.187 | 9.668 | 5.347 | 4.321 |
| Vereinigtes Königreich | 19.159 | 10.955 | 8.204 | 19.689 | 10.440 | 9.249 | 13.116 | 7.875 | 5.241 | 10.772 | 6.268 | 4.504 |
| Schweiz | 18.466 | 9.988 | 8.478 | 24.042 | 12.899 | 11.143 | 6.402 | 3.245 | 3.157 | 5.776 | 2.919 | 2.857 |
| Slowakei | 14.376 | 9.102 | 5.274 | 10.354 | 6.748 | 3.606 | 14.260 | 9.032 | 5.228 | 10.199 | 6.655 | 3.544 |
| Mazedonien | 24.694 | 12.980 | 11.714 | 12.272 | 6.749 | 5.523 | 24.595 | 12.928 | 11.667 | 12.207 | 6.711 | 5.496 |
| Niederlande | 14.340 | 8.208 | 6.132 | 12.243 | 6.817 | 5.426 | 11.524 | 6.811 | 4.713 | 8.859 | 5.227 | 3.632 |
| Ukraine | 16.073 | 6.978 | 9.095 | 4.893 | 2.391 | 2.502 | 14.837 | 6.336 | 8.501 | 4.620 | 2.210 | 2.410 |
| Albanien | 68.932 | 42.569 | 26.363 | 21.890 | 14.309 | 7.581 | 68.838 | 42.507 | 26.331 | 21.843 | 14.283 | 7.560 |
| Tschechische Republik | 13.274 | 7.838 | 5.436 | 8.693 | 5.094 | 3.599 | 12.665 | 7.410 | 5.255 | 7.795 | 4.500 | 3.295 |
| Afghanistan | 94.902 | 69.457 | 25.445 | 4.971 | 4.136 | 835 | 94.585 | 69.250 | 25.335 | 4.812 | 4.024 | 788 |
| Portugal | 10.654 | 6.912 | 3.742 | 8.181 | 5.655 | 2.526 | 9.872 | 6.455 | 3.417 | 7.313 | 5.205 | 2.108 |
| Brasilien | 10.513 | 5.179 | 5.334 | 8.296 | 4.405 | 3.891 | 8.588 | 4.054 | 4.534 | 6.958 | 3.605 | 3.353 |
| Irak | 73.122 | 52.023 | 21.099 | 5.777 | 4.325 | 1.452 | 71.704 | 51.173 | 20.531 | 4.744 | 3.710 | 1.034 |
| Pakistan | 25.161 | 22.538 | 2.623 | 3.580 | 3.084 | 496 | 24.707 | 22.296 | 2.411 | 3.273 | 2.896 | 377 |
| Litauen | 9.720 | 5.741 | 3.979 | 5.802 | 3.506 | 2.296 | 9.617 | 5.680 | 3.937 | 5.691 | 3.435 | 2.256 |
| Lettland | 6.623 | 4.179 | 2.444 | 4.878 | 3.273 | 1.605 | 6.536 | 4.124 | 2.412 | 4.794 | 3.226 | 1.568 |
| Iran | 19.414 | 13.511 | 5.903 | 3.119 | 1.991 | 1.128 | 18.998 | 13.244 | 5.754 | 2.785 | 1.796 | 989 |
| Japan | 7.212 | 3.583 | 3.629 | 6.619 | 3.407 | 3.212 | 6.680 | 3.271 | 3.409 | 5.935 | 2.965 | 2.970 |
| Thailand | 4.789 | 2.007 | 2.782 | 3.880 | 2.032 | 1.848 | 3.237 | 894 | 2.343 | 2.211 | 736 | 1.475 |
| Insgesamt | 2.136.954 | 1.366.230 | 770.724 | 997.551 | 633.805 | 363.746 | 2.016.241 | 1.300.761 | 715.480 | 859.278 | 559.818 | 299.460 |

Quelle: Statistisches Bundesamt

1.4 Zu- und Fortzüge nach Staatsangehörigkeit

Tabelle 1-10: Zuzüge über die Grenzen Deutschlands nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten von 1993 bis 2015

| Land der Staatsangehörigkeit | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 |
|------------------------------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|
| Deutschland | 287.561 | 305.037 | 303.347 | 251.737 | 225.335 | 196.956 | 200.150 | 191.909 | 193.958 | 184.202 | 167.216 | 177.993 | 128.051 | 103.388 | 106.014 | 108.331 | 114.700 | 114.752 | 116.604 | 115.028 | 118.425 | 122.195 | 120.713 |
| Bulgarien | 27.241 | 10.387 | 8.064 | 6.335 | 6.433 | 5.275 | 8.143 | 10.411 | 13.156 | 13.191 | 13.369 | 11.586 | 9.057 | 7.749 | 20.919 | 24.093 | 29.221 | 39.844 | 52.417 | 60.209 | 60.896 | 80.069 | 86.274 |
| Frankreich | 13.008 | 13.564 | 14.396 | 14.875 | 14.357 | 14.298 | 15.261 | 15.276 | 13.451 | 12.747 | 12.324 | 12.488 | 12.260 | 12.705 | 12.874 | 12.979 | 12.858 | 13.349 | 13.830 | 14.458 | 15.215 | 15.723 | 14.908 |
| Griechenland | 18.445 | 19.021 | 20.381 | 18.955 | 16.503 | 16.036 | 17.595 | 17.403 | 16.153 | 14.957 | 12.146 | 10.205 | 8.975 | 8.289 | 7.892 | 8.266 | 8.574 | 12.256 | 23.043 | 32.660 | 32.088 | 28.752 | 28.256 |
| Italien | 31.910 | 39.100 | 48.309 | 46.249 | 39.456 | 35.576 | 34.934 | 33.235 | 28.787 | 25.011 | 21.634 | 19.550 | 18.349 | 18.293 | 18.624 | 20.087 | 22.235 | 23.894 | 28.070 | 36.896 | 47.485 | 56.700 | 57.191 |
| Kroatien | 27.132 | 17.833 | 15.334 | 12.713 | 10.405 | 10.140 | 12.627 | 14.438 | 14.115 | 13.050 | 11.620 | 10.513 | 9.260 | 8.624 | 8.758 | 8.732 | 9.129 | 10.198 | 11.484 | 12.887 | 25.772 | 46.090 | 60.980 |
| Niederlande | 6.989 | 7.397 | 8.022 | 7.943 | 7.028 | 6.487 | 6.526 | 6.955 | 8.446 | 9.945 | 9.132 | 9.140 | 10.088 | 10.726 | 10.964 | 11.203 | 9.441 | 9.143 | 9.287 | 9.164 | 10.037 | 10.197 | 10.512 |
| Österreich | 12.050 | 10.810 | 11.292 | 10.678 | 10.521 | 11.065 | 11.878 | 11.863 | 11.614 | 10.167 | 9.154 | 8.998 | 8.647 | 8.901 | 9.614 | 9.477 | 9.957 | 10.039 | 10.199 | 10.089 | 9.955 | 10.120 | 10.181 |
| Polen | 75.195 | 78.745 | 87.305 | 77.545 | 71.322 | 66.263 | 72.402 | 74.256 | 79.033 | 81.551 | 88.241 | 125.042 | 147.716 | 152.733 | 140.870 | 119.867 | 112.027 | 115.587 | 164.705 | 177.758 | 190.424 | 192.172 | 190.834 |
| Portugal | 13.061 | 26.726 | 30.643 | 32.177 | 26.619 | 18.819 | 14.703 | 11.369 | 9.287 | 7.955 | 6.981 | 5.570 | 5.010 | 5.001 | 5.516 | 5.911 | 6.779 | 6.513 | 8.297 | 11.820 | 13.635 | 11.394 | 10.145 |
| Rumänien | 81.760 | 31.449 | 24.845 | 16.986 | 14.144 | 16.987 | 18.814 | 24.202 | 20.142 | 23.953 | 23.780 | 23.545 | 23.274 | 23.743 | 43.894 | 48.225 | 57.273 | 75.531 | 97.518 | 120.524 | 139.487 | 198.705 | 221.405 |
| Slowakei | 6.740 | 6.513 | 7.685 | 6.513 | 6.922 | 6.504 | 9.074 | 10.805 | 11.374 | 11.558 | 10.599 | 11.633 | 11.806 | 11.400 | 9.505 | 8.749 | 8.499 | 8.590 | 12.224 | 13.892 | 15.038 | 15.518 | 14.541 |
| Slowenien | 2.563 | 2.112 | 2.315 | 2.091 | 1.818 | 1.989 | 1.917 | 1.848 | 2.589 | 2.274 | 2.029 | 2.372 | 1.489 | 1.160 | 1.200 | 1.218 | 1.242 | 1.591 | 2.486 | 3.592 | 4.331 | 4.515 | 4.754 |
| Spanien | 5.586 | 5.855 | 6.911 | 7.571 | 7.442 | 7.497 | 8.253 | 8.753 | 8.652 | 8.460 | 7.650 | 7.613 | 7.147 | 7.093 | 7.241 | 7.778 | 8.965 | 10.657 | 16.168 | 23.345 | 28.980 | 27.072 | 23.598 |
| Tschechische Republik | 10.951 | 9.613 | 10.026 | 8.888 | 7.677 | 7.746 | 9.345 | 11.148 | 10.986 | 10.236 | 8.447 | 8.947 | 8.459 | 7.712 | 6.651 | 6.309 | 5.924 | 6.063 | 8.255 | 9.221 | 9.963 | 10.776 | 10.974 |
| ehem. Tschechoslowakei | 3.578 | 1.215 | 1.536 | 1.311 | 1.026 | 843 | 776 | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Ungarn | 24.164 | 19.186 | 18.627 | 16.571 | 11.140 | 13.283 | 14.893 | 16.056 | 17.039 | 16.506 | 14.252 | 17.411 | 18.574 | 18.654 | 22.175 | 25.151 | 25.270 | 29.286 | 41.132 | 54.491 | 59.995 | 58.779 | 58.096 |
| Vereinigtes Königreich | 16.945 | 16.838 | 17.021 | 15.794 | 12.860 | 11.855 | 12.088 | 12.071 | 11.153 | 9.753 | 8.489 | 8.320 | 7.853 | 7.942 | 7.920 | 8.592 | 8.635 | 9.173 | 9.767 | 10.466 | 10.836 | 10.796 | 10.726 |
| Türkei | 68.466 | 64.725 | 74.517 | 74.144 | 56.992 | 49.178 | 48.129 | 50.026 | 54.695 | 58.128 | 49.774 | 42.644 | 36.019 | 30.720 | 27.599 | 26.653 | 27.212 | 27.564 | 28.610 | 26.150 | 23.230 | 22.058 | 23.698 |
| Albanien | 5.531 | 1.950 | 1.786 | 1.426 | 2.175 | 1.760 | 2.122 | 1.412 | 1.490 | 1.667 | 1.670 | 1.355 | 1.261 | 1.139 | 1.106 | 1.046 | 961 | 913 | 1.417 | 2.234 | 4.131 | 15.165 | 69.362 |
| Bosnien-Herzegowina | 92.640 | 65.238 | 54.623 | 11.141 | 6.837 | 8.473 | 10.222 | 10.421 | 12.656 | 10.489 | 8.437 | 7.987 | 7.026 | 6.635 | 6.403 | 6.154 | 6.145 | 6.920 | 9.533 | 12.235 | 15.083 | 20.659 | 21.737 |
| Mazedonien | 1.153 | 3.113 | 3.872 | 2.833 | 3.093 | 3.108 | 3.225 | 3.442 | 5.299 | 3.953 | 3.683 | 3.292 | 2.628 | 2.492 | 2.334 | 2.308 | 2.399 | 7.585 | 5.679 | 11.331 | 14.387 | 15.634 | 24.776 |

| Land der Staatsange- hörigkeit | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 |
|--------------------------------------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|---------|
| Kosovo | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | 2.615 | 6.168 | 6.928 | 7.160 | 9.024 | 13.071 | 23.435 | 44.081 |
| Russische Föderation | 31.062 | 37.693 | 35.283 | 33.701 | 28.927 | 26.413 | 32.843 | 32.727 | 35.930 | 36.479 | 31.776 | 28.464 | 23.078 | 17.081 | 15.770 | 15.052 | 15.652 | 16.063 | 17.487 | 18.812 | 31.367 | 20.629 | 21.633 |
| Ukraine | 12.274 | 13.940 | 15.399 | 13.710 | 12.525 | 14.121 | 15.285 | 18.470 | 20.307 | 20.578 | 17.696 | 15.000 | 10.881 | 7.514 | 7.551 | 6.869 | 6.947 | 6.870 | 7.585 | 8.198 | 8.342 | 13.477 | 15.778 |
| Eritrea | 19 | 162 | 387 | 646 | 604 | 441 | 422 | - | - | 598 | 809 | 780 | 561 | 496 | 586 | 464 | 649 | 868 | 933 | 833 | 3.942 | 14.372 | 17.796 |
| Marokko | 5.306 | 4.014 | 3.790 | 4.302 | 4.132 | 4.532 | 5.003 | 5.562 | 5.961 | 6.490 | 6.272 | 4.868 | 4.390 | 4.011 | 3.538 | 3.374 | 3.925 | 3.762 | 4.370 | 5.024 | 6.666 | 7.836 | 11.636 |
| Nigeria | 2.365 | 2.205 | 2.350 | 3.164 | 2.469 | 2.127 | 1.662 | - | - | 2.236 | 2.418 | 2.520 | 1.905 | 1.915 | 1.882 | 1.796 | 2.159 | 2.351 | 2.611 | 2.748 | 4.151 | 6.516 | 12.135 |
| Somalia | 1.332 | 804 | 1.123 | 1.455 | 1.160 | 1.127 | 701 | 577 | 485 | 395 | 457 | 409 | 249 | 180 | 171 | 255 | 441 | 2.486 | 1.266 | 1.519 | 4.174 | 6.464 | 9.653 |
| Brasilien | 3.328 | 3.392 | 3.551 | 3.845 | 3.689 | 4.244 | 4.342 | 4.705 | 4.961 | 4.714 | 4.690 | 5.034 | 5.518 | 5.703 | 6.087 | 6.290 | 6.390 | 6.127 | 6.870 | 7.091 | 7.779 | 8.926 | 8.010 |
| Vereinigte Staaten | 16.680 | 15.288 | 15.293 | 15.463 | 14.931 | 15.987 | 16.755 | 16.523 | 15.979 | 15.466 | 14.666 | 15.292 | 15.228 | 15.435 | 16.660 | 17.542 | 17.706 | 18.262 | 20.149 | 19.563 | 20.531 | 20.468 | 21.115 |
| Afghanistan | 5.908 | 6.277 | 8.679 | 7.019 | 5.526 | 4.768 | 5.893 | 6.434 | 6.384 | 3.896 | 2.606 | 2.313 | 1.600 | 1.505 | 1.359 | 1.855 | 4.622 | 7.377 | 9.321 | 8.581 | 9.088 | 12.922 | 84.881 |
| China | 8.880 | 5.834 | 5.464 | 5.929 | 6.794 | 7.237 | 10.076 | 14.676 | 19.109 | 18.463 | 16.059 | 13.067 | 12.034 | 13.211 | 13.741 | 14.293 | 15.369 | 16.248 | 18.276 | 19.740 | 22.350 | 23.163 | 25.921 |
| Indien | 6.158 | 5.055 | 6.128 | 6.545 | 5.278 | 4.715 | 5.077 | 6.544 | 8.949 | 9.433 | 9.227 | 9.125 | 8.364 | 9.500 | 9.880 | 11.403 | 12.009 | 13.187 | 15.352 | 18.063 | 19.455 | 22.374 | 26.113 |
| Irak | 1.240 | 2.026 | 6.683 | 12.988 | 15.082 | 8.283 | 9.464 | 12.564 | 17.675 | 13.003 | 6.495 | 3.275 | 3.347 | 3.678 | 5.303 | 8.923 | 13.062 | 9.496 | 7.453 | 6.654 | 5.218 | 7.140 | 64.825 |
| Iran | 6.124 | 6.720 | 6.966 | 7.989 | 6.411 | 5.649 | 6.074 | 7.753 | 6.740 | 6.105 | 5.017 | 4.219 | 3.377 | 3.050 | 2.819 | 3.257 | 3.951 | 5.695 | 7.175 | 8.215 | 8.250 | 7.122 | 17.187 |
| Kasachstan | 19.081 | 23.527 | 22.815 | 17.650 | 14.050 | 9.766 | 11.385 | - | - | 11.684 | 9.429 | 6.868 | 4.904 | 2.676 | 1.968 | 1.883 | 1.820 | 1.637 | 1.717 | 1.728 | 2.034 | 2.557 | 2.126 |
| Pakistan | 4.189 | 3.124 | 4.562 | 4.255 | 3.812 | 2.917 | 3.546 | 3.409 | 3.174 | 2.966 | 3.277 | 3.451 | 2.369 | 2.155 | 1.943 | 2.169 | 2.756 | 3.310 | 5.395 | 6.513 | 7.966 | 9.549 | 24.496 |
| Syrien | 1.880 | 1.565 | 1.900 | 2.793 | 2.432 | 2.747 | 3.384 | 4.079 | 3.524 | 3.336 | 2.719 | 2.236 | 2.095 | 1.711 | 1.688 | 1.969 | 2.338 | 2.983 | 4.560 | 8.530 | 19.017 | 69.074 | 309.699 |
| Thailand | 4.104 | 4.345 | 4.002 | 3.833 | 3.728 | 4.325 | 5.008 | 5.729 | 6.534 | 6.823 | 6.029 | 5.521 | 4.732 | 4.216 | 3.628 | 3.153 | 3.394 | 3.342 | 3.192 | 3.256 | 3.219 | 3.075 | 3.223 |
| Vietnam | 11.936 | 6.198 | 4.950 | 3.541 | 3.317 | 5.942 | 6.154 | 5.867 | 6.688 | 6.882 | 6.704 | 5.883 | 4.880 | 5.557 | 4.197 | 4.045 | 4.469 | 4.310 | 4.206 | 3.887 | 4.126 | 5.053 | 6.117 |

Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabelle 1-11: Fortzüge über die Grenzen Deutschlands nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten von 1993 bis 2015

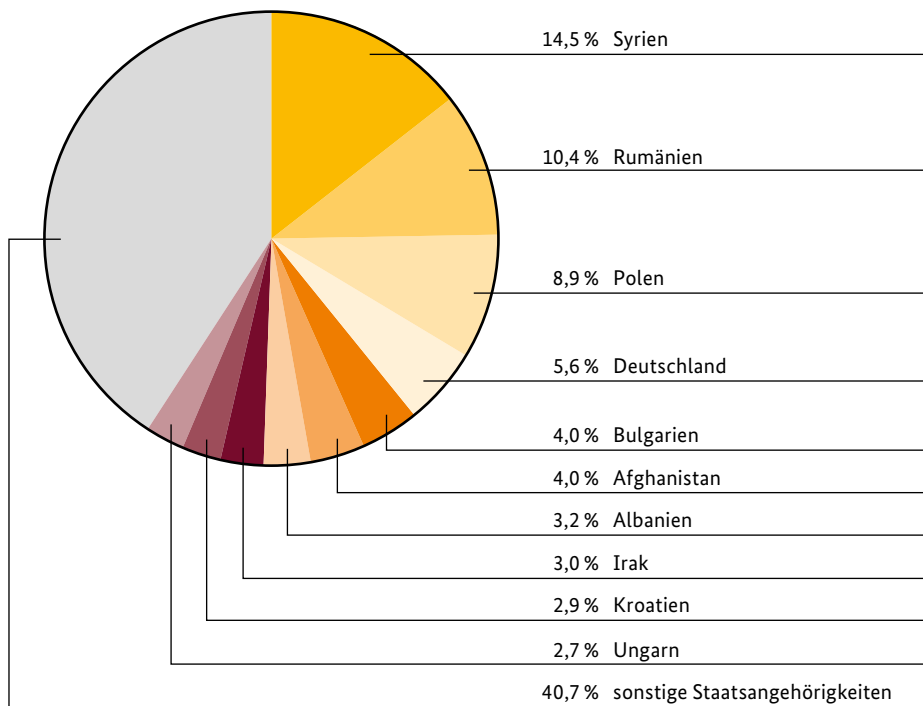
| Land der Staatsangehörigkeit | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 |
|------------------------------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|
| Deutschland | 104.653 | 138.280 | 130.672 | 118.430 | 109.903 | 116.403 | 116.410 | 111.244 | 109.507 | 117.683 | 127.267 | 150.667 | 144.815 | 155.290 | 161.105 | 174.759 | 154.988 | 141.000 | 140.132 | 133.232 | 140.282 | 148.636 | 138.273 |
| Bulgarien | 34.991 | 18.056 | 10.476 | 7.012 | 6.362 | 4.904 | 5.547 | 6.783 | 7.974 | 8.783 | 10.280 | 10.299 | 9.129 | 7.521 | 8.693 | 15.990 | 20.065 | 23.985 | 29.756 | 34.276 | 39.172 | 45.216 | 46.754 |
| Frankreich | 9.759 | 11.097 | 11.399 | 11.999 | 13.320 | 12.931 | 14.364 | 12.817 | 12.162 | 12.567 | 12.045 | 13.646 | 10.354 | 10.387 | 10.451 | 12.938 | 14.172 | 11.590 | 10.160 | 9.789 | 10.085 | 12.271 | 12.920 |
| Griechenland | 17.643 | 19.349 | 19.631 | 20.315 | 22.010 | 20.250 | 19.983 | 18.866 | 18.709 | 19.152 | 17.769 | 20.340 | 16.391 | 15.318 | 14.500 | 16.079 | 16.449 | 11.569 | 10.371 | 12.165 | 13.576 | 16.380 | 15.918 |
| Italien | 31.362 | 32.884 | 34.739 | 37.535 | 38.590 | 37.851 | 37.205 | 34.260 | 33.164 | 34.179 | 32.485 | 35.056 | 27.118 | 25.720 | 23.591 | 25.846 | 26.146 | 22.099 | 20.816 | 20.553 | 24.180 | 31.644 | 33.633 |
| Kroatien | 21.452 | 25.322 | 20.522 | 16.169 | 17.452 | 15.722 | 12.337 | 12.507 | 14.069 | 13.614 | 12.120 | 12.379 | 11.294 | 10.704 | 10.535 | 11.816 | 12.063 | 11.184 | 11.859 | 11.847 | 12.635 | 17.535 | 21.321 |
| Niederlande | 5.432 | 6.361 | 5.924 | 6.519 | 6.834 | 6.577 | 6.542 | 5.653 | 5.224 | 5.493 | 5.264 | 6.230 | 5.479 | 5.854 | 6.340 | 7.309 | 7.674 | 6.818 | 6.723 | 6.803 | 6.855 | 7.697 | 7.967 |
| Österreich | 10.402 | 10.426 | 9.846 | 10.079 | 10.568 | 9.657 | 9.678 | 9.691 | 9.076 | 9.261 | 8.663 | 9.458 | 7.639 | 7.870 | 8.188 | 9.776 | 9.877 | 8.140 | 7.568 | 7.665 | 7.653 | 8.895 | 7.661 |
| Polen | 101.904 | 66.037 | 71.001 | 71.824 | 70.180 | 60.778 | 59.352 | 60.777 | 64.262 | 67.907 | 73.666 | 96.345 | 98.190 | 107.569 | 113.791 | 119.649 | 111.376 | 94.616 | 99.602 | 108.985 | 118.742 | 132.872 | 127.789 |
| Portugal | 6.375 | 14.558 | 20.794 | 25.726 | 26.716 | 22.116 | 16.376 | 12.861 | 10.968 | 10.771 | 8.508 | 8.772 | 6.912 | 6.729 | 6.452 | 7.009 | 8.032 | 6.709 | 5.702 | 5.844 | 7.162 | 8.320 | 7.736 |
| Rumänien | 102.309 | 44.987 | 25.589 | 16.688 | 13.496 | 13.486 | 14.730 | 16.756 | 18.369 | 17.555 | 19.759 | 20.275 | 20.606 | 21.713 | 24.524 | 37.778 | 44.305 | 48.943 | 59.821 | 71.715 | 86.742 | 118.346 | 129.059 |
| Slowakei | 6.277 | 4.350 | 7.043 | 6.230 | 6.185 | 5.985 | 6.825 | 8.708 | 9.703 | 9.883 | 9.669 | 10.284 | 9.088 | 9.542 | 8.479 | 9.406 | 8.087 | 7.419 | 7.854 | 8.717 | 10.136 | 11.547 | 10.600 |
| Slowenien | 1.756 | 2.252 | 2.101 | 2.258 | 2.135 | 2.094 | 1.866 | 1.886 | 2.368 | 2.314 | 2.223 | 2.370 | 1.607 | 1.265 | 1.241 | 1.611 | 1.686 | 1.438 | 1.629 | 2.025 | 2.493 | 2.718 | 2.892 |
| Spanien | 6.834 | 7.429 | 6.873 | 7.850 | 8.866 | 8.413 | 9.541 | 8.959 | 9.004 | 9.194 | 8.992 | 10.345 | 8.185 | 8.140 | 7.442 | 9.139 | 9.731 | 8.236 | 8.018 | 9.601 | 12.473 | 16.052 | 16.435 |
| Tschechische Republik | 13.716 | 9.024 | 8.730 | 8.073 | 7.886 | 6.680 | 7.076 | 8.735 | 8.526 | 8.942 | 8.232 | 8.302 | 6.254 | 6.450 | 5.741 | 6.929 | 6.452 | 5.010 | 4.830 | 5.284 | 6.171 | 7.509 | 7.274 |
| ehem. Tschechoslowakei | 5.410 | 1.900 | 1.994 | 1.504 | 1.376 | 871 | 869 | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Ungarn | 24.849 | 21.826 | 18.662 | 16.946 | 15.065 | 12.175 | 12.560 | 14.407 | 14.828 | 15.688 | 14.972 | 16.490 | 15.669 | 15.036 | 16.950 | 21.454 | 22.125 | 20.485 | 24.227 | 28.099 | 34.319 | 41.006 | 38.346 |
| Vereinigtes Königreich | 13.103 | 15.861 | 14.726 | 15.873 | 15.365 | 13.838 | 13.381 | 10.903 | 10.639 | 10.756 | 9.576 | 10.885 | 7.864 | 7.771 | 7.300 | 8.898 | 9.467 | 8.000 | 7.352 | 7.028 | 7.376 | 9.009 | 8.840 |
| Türkei | 46.642 | 47.378 | 44.366 | 45.030 | 46.820 | 47.154 | 42.823 | 40.263 | 36.495 | 36.750 | 36.863 | 38.005 | 34.466 | 32.424 | 29.879 | 34.843 | 35.410 | 31.754 | 27.922 | 27.725 | 27.896 | 25.520 | 23.985 |
| Albanien | 3.267 | 4.380 | 2.149 | 1.541 | 1.656 | 1.599 | 1.483 | 1.793 | 1.170 | 994 | 1.086 | 1.059 | 864 | 735 | 683 | 829 | 812 | 669 | 833 | 951 | 1.447 | 3.519 | 22.533 |
| Bosnien-Herzegowina | 9.140 | 17.195 | 17.398 | 28.303 | 85.262 | 105.774 | 44.055 | 22.308 | 11.173 | 9.168 | 7.950 | 8.053 | 6.829 | 6.255 | 6.476 | 6.900 | 7.435 | 6.607 | 8.360 | 8.982 | 11.043 | 13.774 | 16.055 |
| Mazedonien | 582 | 2.996 | 3.551 | 2.919 | 2.468 | 2.366 | 2.312 | 2.528 | 2.639 | 3.322 | 2.751 | 2.829 | 2.067 | 2.000 | 1.749 | 2.225 | 2.063 | 3.900 | 5.184 | 5.980 | 8.656 | 9.521 | 12.344 |

| Land der Staatsange- hörigkeit | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 |
|--------------------------------------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|
| Kosovo | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | 337 | 1.843 | 2.749 | 2.890 | 3.642 | 5.445 | 6.548 | 21.858 |
| Russische Föderation | 7.854 | 13.340 | 14.127 | 13.181 | 11.645 | 11.035 | 10.839 | 12.207 | 12.516 | 14.414 | 13.879 | 14.078 | 12.899 | 12.122 | 11.120 | 13.881 | 13.267 | 11.424 | 10.544 | 9.553 | 14.408 | 13.888 | 10.584 |
| Ukraine | 3.226 | 5.417 | 5.868 | 4.566 | 4.370 | 4.471 | 5.014 | 4.893 | 5.959 | 7.127 | 6.626 | 6.357 | 5.656 | 5.240 | 4.917 | 6.337 | 5.679 | 4.847 | 4.094 | 4.074 | 4.336 | 4.594 | 5.376 |
| Eritrea | 11 | 59 | 135 | 235 | 191 | 237 | 221 | - | - | 268 | 260 | 348 | 323 | 303 | 276 | 285 | 252 | 294 | 253 | 289 | 389 | 868 | 1.900 |
| Marokko | 2.856 | 3.403 | 2.807 | 2.518 | 2.531 | 2.800 | 2.692 | 2.893 | 2.667 | 2.905 | 3.149 | 3.515 | 3.124 | 2.755 | 2.515 | 2.765 | 2.652 | 2.426 | 2.275 | 2.373 | 2.993 | 3.406 | 4.330 |
| Nigeria | 5.137 | 3.022 | 1.791 | 1.587 | 1.877 | 2.374 | 1.962 | - | - | 1.272 | 1.510 | 1.768 | 1.657 | 1.446 | 1.324 | 1.560 | 1.550 | 1.359 | 1.323 | 1.559 | 1.668 | 1.796 | 2.362 |
| Somalia | 1.471 | 1.134 | 718 | 881 | 870 | 1.142 | 891 | 653 | 621 | 523 | 530 | 499 | 336 | 323 | 253 | 263 | 289 | 439 | 893 | 631 | 455 | 1.304 | 2.362 |
| Brasilien | 1.989 | 2.220 | 2.269 | 2.276 | 2.360 | 2.783 | 2.692 | 2.892 | 3.039 | 3.069 | 3.188 | 3.449 | 3.641 | 3.945 | 4.091 | 5.364 | 5.238 | 5.123 | 4.821 | 5.194 | 5.553 | 5.773 | 6.522 |
| Vereinigte Staaten | 14.794 | 15.895 | 14.728 | 13.915 | 14.716 | 15.689 | 15.525 | 15.291 | 15.032 | 14.615 | 14.064 | 14.926 | 14.409 | 14.904 | 15.181 | 19.019 | 20.774 | 18.299 | 16.330 | 15.603 | 17.415 | 17.887 | 17.324 |
| Afghanistan | 1.231 | 1.332 | 1.403 | 1.720 | 2.199 | 2.639 | 2.093 | 2.273 | 2.632 | 2.144 | 1.778 | 1.908 | 1.700 | 1.615 | 1.184 | 1.510 | 1.597 | 1.449 | 1.453 | 1.932 | 1.860 | 2.057 | 5.309 |
| China | 4.373 | 4.863 | 4.567 | 4.740 | 5.049 | 5.266 | 5.369 | 6.088 | 6.349 | 9.037 | 11.704 | 12.793 | 10.468 | 11.287 | 11.020 | 13.647 | 14.762 | 14.094 | 12.853 | 12.359 | 14.571 | 14.132 | 15.790 |
| Indien | 6.148 | 5.568 | 4.735 | 4.824 | 4.894 | 4.976 | 4.660 | 4.630 | 4.916 | 5.450 | 6.121 | 7.302 | 7.095 | 8.228 | 8.056 | 9.532 | 10.374 | 9.981 | 9.822 | 11.108 | 12.411 | 13.134 | 15.195 |
| Irak | 467 | 488 | 477 | 1.033 | 2.587 | 3.862 | 3.734 | 3.340 | 3.320 | 5.618 | 5.088 | 5.028 | 4.316 | 4.169 | 3.473 | 3.945 | 3.705 | 3.243 | 2.961 | 3.251 | 3.002 | 2.702 | 5.120 |
| Iran | 4.510 | 4.242 | 4.011 | 4.034 | 4.273 | 4.323 | 4.191 | 4.233 | 4.624 | 3.950 | 3.703 | 3.780 | 2.939 | 2.831 | 2.260 | 3.189 | 3.510 | 2.861 | 2.370 | 2.579 | 2.759 | 2.628 | 3.115 |
| Kasachstan | 1.616 | 4.040 | 6.889 | 5.125 | 3.039 | 2.887 | 2.649 | - | - | 2.727 | 2.156 | 1.972 | 1.727 | 1.561 | 1.358 | 1.525 | 1.306 | 1.200 | 1.085 | 1.043 | 1.133 | 1.204 | 1.091 |
| Pakistan | 2.025 | 2.775 | 2.691 | 2.818 | 2.772 | 2.882 | 2.595 | 2.468 | 2.527 | 1.738 | 1.889 | 2.397 | 2.234 | 1.759 | 1.615 | 1.741 | 1.809 | 1.633 | 1.660 | 1.955 | 2.211 | 2.815 | 3.996 |
| Syrien | 925 | 824 | 870 | 940 | 1.245 | 978 | 1.085 | 967 | 1.039 | 1.191 | 1.251 | 1.128 | 1.055 | 989 | 1.180 | 1.417 | 1.214 | 1.060 | 1.244 | 1.960 | 968 | 3.153 | 11.216 |
| Thailand | 1.826 | 1.944 | 1.986 | 1.921 | 1.988 | 2.121 | 2.287 | 2.452 | 2.531 | 2.714 | 2.653 | 2.767 | 2.459 | 2.485 | 2.296 | 2.843 | 3.000 | 2.716 | 2.167 | 2.114 | 2.241 | 2.277 | 2.181 |
| Vietnam | 4.466 | 4.415 | 4.643 | 6.033 | 7.043 | 5.716 | 4.832 | 4.238 | 3.262 | 4.394 | 4.722 | 4.971 | 4.176 | 4.757 | 3.919 | 4.313 | 3.720 | 3.267 | 2.990 | 2.411 | 2.535 | 2.347 | 2.393 |

Quelle: Statistisches Bundesamt

Abbildung 1-17: Zuzüge im Jahr 2015 nach den zehn häufigsten Staatsangehörigkeiten

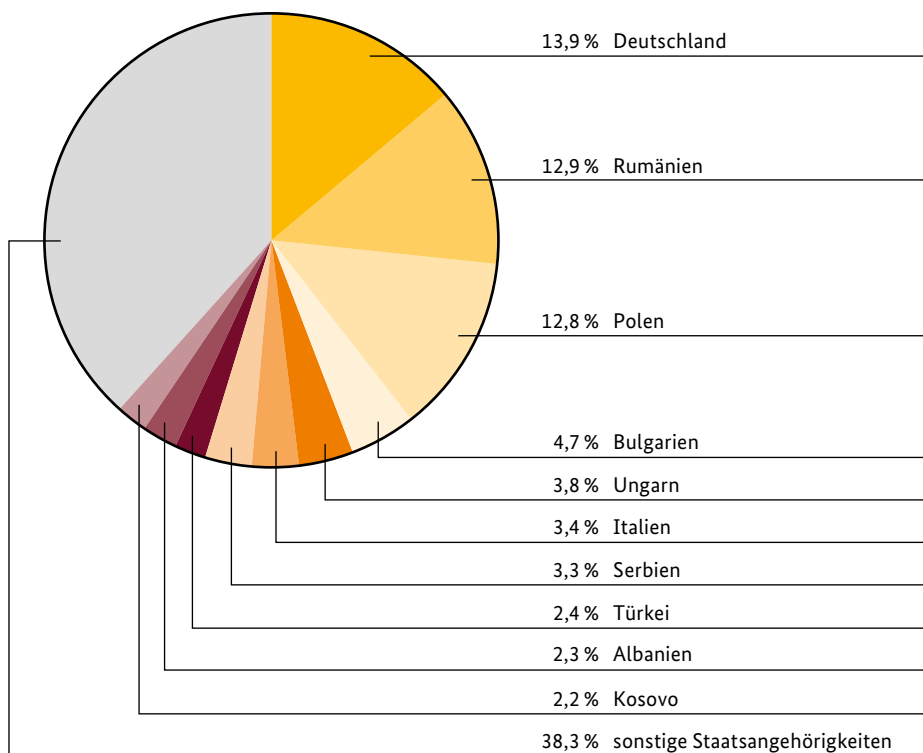
Gesamtzahl: 2.136.954



Quelle: Statistisches Bundesamt

Abbildung 1-18: Fortzüge im Jahr 2015 nach den zehn häufigsten Staatsangehörigkeiten

Gesamtzahl: 997.551



Quelle: Statistisches Bundesamt

Abbildung 1-19: Zu- und Fortzüge nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten im Jahr 2015

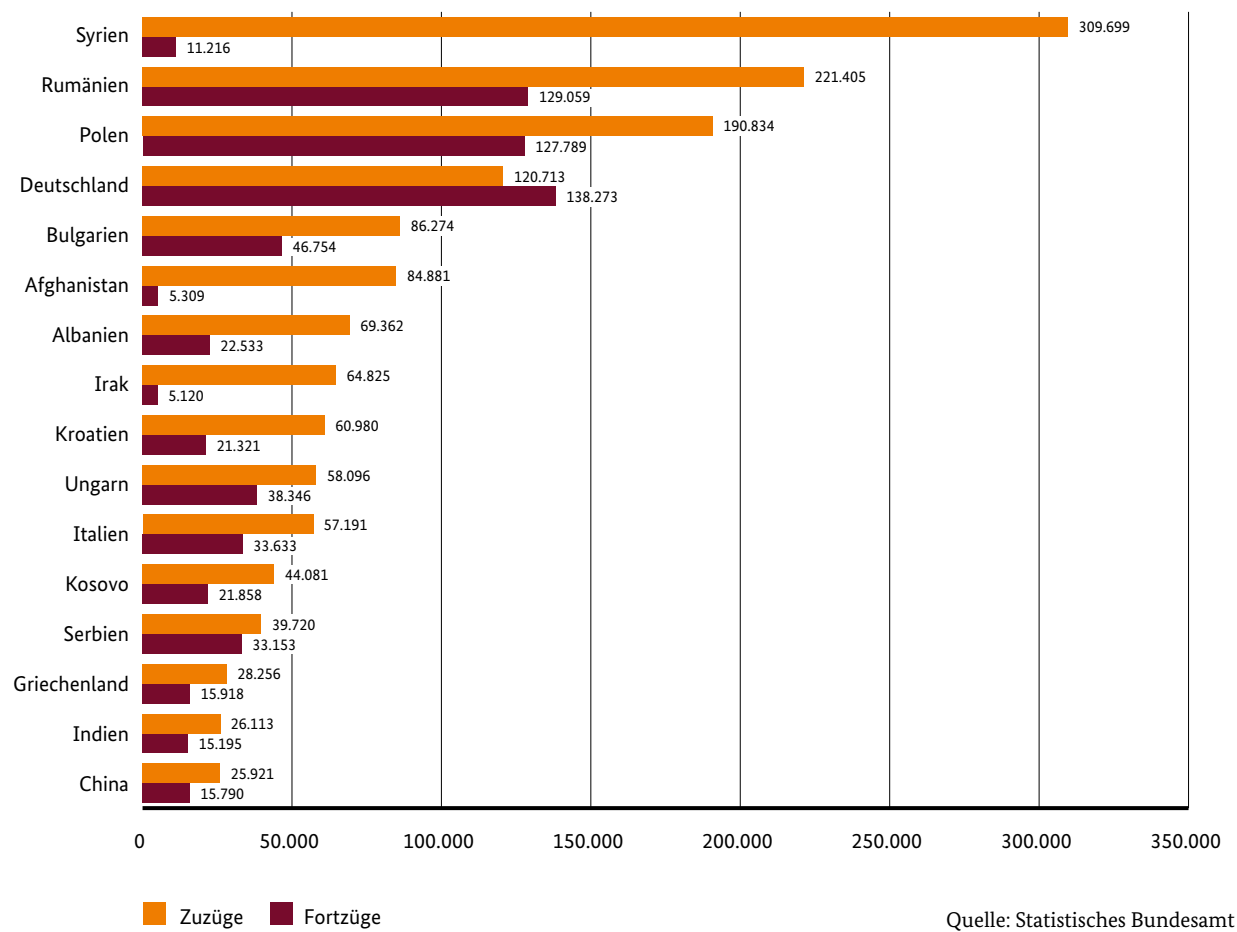


Tabelle 1-12: Zu- und Fortzüge über die Grenzen Deutschlands nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten im Jahr 2015
im Vergleich zum Vorjahr

| Land der Staatsangehörigkeit | Zuzüge | | Fortzüge | | Wanderungssaldo (Zuzugs- bzw. Fortzugs- überschuss) | |
|---------------------------------|---------|---------|----------|---------|---|---------|
| | 2014 | 2015 | 2014 | 2015 | 2014 | 2015 |
| Syrien | 69.074 | 309.699 | 3.153 | 11.216 | 65.921 | 298.483 |
| Rumänien | 198.705 | 221.405 | 118.346 | 129.059 | 80.359 | 92.346 |
| Polen | 192.172 | 190.834 | 132.872 | 127.789 | 59.300 | 63.045 |
| Deutschland | 122.195 | 120.713 | 148.636 | 138.273 | -26.441 | -17.560 |
| Bulgarien | 80.069 | 86.274 | 45.216 | 46.754 | 34.853 | 39.520 |
| Afghanistan | 12.922 | 84.881 | 2.057 | 5.309 | 10.865 | 79.572 |
| Albanien | 15.165 | 69.362 | 3.519 | 22.533 | 11.646 | 46.829 |
| Irak | 7.140 | 64.825 | 2.702 | 5.120 | 4.438 | 59.705 |
| Kroatien | 46.090 | 60.980 | 17.535 | 21.321 | 28.555 | 39.659 |
| Ungarn | 58.779 | 58.096 | 41.006 | 38.346 | 17.773 | 19.750 |
| Italien | 56.700 | 57.191 | 31.644 | 33.633 | 25.056 | 23.558 |
| Kosovo | 23.435 | 44.081 | 6.548 | 21.858 | 16.887 | 22.223 |
| Serbien | 38.440 | 39.720 | 23.278 | 33.153 | 15.162 | 6.567 |
| Griechenland | 28.752 | 28.256 | 16.380 | 15.918 | 12.372 | 12.338 |
| Indien | 22.374 | 26.113 | 13.134 | 15.195 | 9.240 | 10.918 |
| China | 23.163 | 25.921 | 14.132 | 15.790 | 9.031 | 10.131 |
| Mazedonien | 15.634 | 24.776 | 9.521 | 12.344 | 6.113 | 12.432 |
| Pakistan | 9.549 | 24.496 | 2.815 | 3.996 | 6.734 | 20.500 |
| Türkei | 22.058 | 23.698 | 25.520 | 23.985 | -3.462 | -287 |
| Spanien | 27.072 | 23.598 | 16.052 | 16.435 | 11.020 | 7.163 |
| Bosnien-Herzegowina | 20.659 | 21.737 | 13.774 | 16.055 | 6.885 | 5.682 |
| Russische Föderation | 20.629 | 21.633 | 13.888 | 10.584 | 6.741 | 11.049 |
| Vereinigte Staaten | 20.468 | 21.115 | 17.887 | 17.324 | 2.581 | 3.791 |
| Eritrea | 14.372 | 17.796 | 868 | 1.900 | 13.504 | 15.896 |
| Iran | 7.122 | 17.187 | 2.628 | 3.115 | 4.494 | 14.072 |
| Ukraine | 13.477 | 15.778 | 4.594 | 5.376 | 8.883 | 10.402 |
| Frankreich | 15.723 | 14.908 | 12.271 | 12.920 | 3.452 | 1.988 |
| Slowakei | 15.518 | 14.541 | 11.547 | 10.600 | 3.971 | 3.941 |
| Nigeria | 6.516 | 12.135 | 1.796 | 2.362 | 4.720 | 9.773 |
| Marokko | 7.836 | 11.636 | 3.406 | 4.330 | 4.430 | 7.306 |

Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabelle 1-13: Zu- und Fortzüge über die Grenzen Deutschlands nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Geschlecht im Jahr 2015

| Land der Staatsangehörigkeit | Zuzüge | | | Fortzüge | | |
|------------------------------|------------------|------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|
| | insgesamt | männlich | weiblich | insgesamt | männlich | weiblich |
| Syrien | 309.699 | 217.479 | 92.220 | 11.216 | 8.280 | 2.936 |
| Rumänien | 221.405 | 141.618 | 79.787 | 129.059 | 87.608 | 41.451 |
| Polen | 190.834 | 122.309 | 68.525 | 127.789 | 88.141 | 39.648 |
| Deutschland | 120.713 | 65.469 | 55.244 | 138.273 | 73.987 | 64.286 |
| Bulgarien | 86.274 | 53.038 | 33.236 | 46.754 | 32.526 | 14.228 |
| Afghanistan | 84.881 | 62.335 | 22.546 | 5.309 | 4.426 | 883 |
| Albanien | 69.362 | 42.838 | 26.524 | 22.533 | 14.770 | 7.763 |
| Irak | 64.825 | 46.310 | 18.515 | 5.120 | 4.001 | 1.119 |
| Kroatien | 60.980 | 39.658 | 21.322 | 21.321 | 15.873 | 5.448 |
| Ungarn | 58.096 | 38.895 | 19.201 | 38.346 | 28.704 | 9.642 |
| Italien | 57.191 | 34.342 | 22.849 | 33.633 | 21.321 | 12.312 |
| Kosovo | 44.081 | 28.579 | 15.502 | 21.858 | 15.341 | 6.517 |
| Serbien | 39.720 | 22.253 | 17.467 | 33.153 | 19.135 | 14.018 |
| Griechenland | 28.256 | 16.731 | 11.525 | 15.918 | 10.036 | 5.882 |
| Indien | 26.113 | 17.829 | 8.284 | 15.195 | 10.753 | 4.442 |
| China | 25.921 | 12.266 | 13.655 | 15.790 | 7.954 | 7.836 |
| Mazedonien | 24.776 | 13.006 | 11.770 | 12.344 | 6.741 | 5.603 |
| Pakistan | 24.496 | 21.910 | 2.586 | 3.996 | 3.515 | 481 |
| Türkei | 23.698 | 13.908 | 9.790 | 23.985 | 15.498 | 8.487 |
| Spanien | 23.598 | 13.166 | 10.432 | 16.435 | 9.075 | 7.360 |
| Bosnien-Herzegowina | 21.737 | 13.689 | 8.048 | 16.055 | 10.895 | 5.160 |
| Russische Föderation | 21.633 | 8.526 | 13.107 | 10.584 | 4.528 | 6.056 |
| Vereinigte Staaten | 21.115 | 11.263 | 9.852 | 17.324 | 9.070 | 8.254 |
| Eritrea | 17.796 | 13.541 | 4.255 | 1.900 | 1.518 | 382 |
| Iran | 17.187 | 11.697 | 5.490 | 3.115 | 2.017 | 1.098 |
| Ukraine | 15.778 | 6.652 | 9.126 | 5.376 | 2.528 | 2.848 |
| Frankreich | 14.908 | 7.513 | 7.395 | 12.920 | 6.458 | 6.462 |
| Slowakei | 14.541 | 9.109 | 5.432 | 10.600 | 6.849 | 3.751 |
| Nigeria | 12.135 | 8.153 | 3.982 | 2.362 | 1.708 | 654 |
| Marokko | 11.636 | 8.401 | 3.235 | 4.330 | 3.535 | 795 |
| Tschechische Republik | 10.974 | 6.286 | 4.688 | 7.274 | 4.123 | 3.151 |
| Vereinigtes Königreich | 10.726 | 6.642 | 4.084 | 8.840 | 5.376 | 3.464 |
| Niederlande | 10.512 | 6.362 | 4.150 | 7.967 | 4.796 | 3.171 |
| Österreich | 10.181 | 5.471 | 4.710 | 7.661 | 4.320 | 3.341 |
| Portugal | 10.145 | 6.643 | 3.502 | 7.736 | 5.502 | 2.234 |
| Litauen | 9.798 | 5.716 | 4.082 | 5.822 | 3.452 | 2.370 |
| Somalia | 9.653 | 7.217 | 2.436 | 2.362 | 1.934 | 428 |
| Algerien | 9.596 | 8.920 | 676 | 3.540 | 3.357 | 183 |
| Brasilien | 8.010 | 3.654 | 4.356 | 6.522 | 3.271 | 3.251 |
| Insgesamt | 2.136.954 | 1.366.230 | 770.724 | 997.551 | 633.805 | 363.746 |

Quelle: Statistisches Bundesamt

1.5 Zu- und Fortzüge nach Bundesländern

Tabelle 1-14: Zuzüge über die Grenzen Deutschlands nach Bundesländern von 2006 bis 2015

| Bundesland | 2006 | | 2007 | | 2008 | | 2009 | | 2010 | |
|------------------------|---------|----------------|---------|----------------|---------|----------------|---------|----------------|---------|----------------|
| | Gesamt | dar. Ausländer | Gesamt | dar. Ausländer | Gesamt | dar. Ausländer | Gesamt | dar. Ausländer | Gesamt | dar. Ausländer |
| Baden-Württemberg | 116.032 | 100.437 | 119.110 | 102.273 | 121.211 | 102.825 | 121.688 | 102.566 | 136.216 | 116.553 |
| Bayern | 116.298 | 100.009 | 121.638 | 102.805 | 119.573 | 99.823 | 122.132 | 101.943 | 139.820 | 118.491 |
| Berlin | 41.263 | 35.398 | 44.422 | 37.950 | 45.741 | 38.987 | 53.306 | 45.291 | 59.611 | 51.456 |
| Brandenburg | 8.652 | 7.128 | 8.425 | 6.708 | 8.499 | 6.513 | 9.614 | 7.392 | 10.772 | 8.518 |
| Bremen | 6.406 | 5.543 | 7.076 | 6.186 | 6.971 | 6.019 | 8.074 | 7.117 | 8.826 | 7.853 |
| Hamburg | 23.212 | 19.788 | 19.690 | 16.968 | 21.514 | 18.401 | 25.112 | 21.528 | 26.324 | 22.883 |
| Hessen | 63.484 | 50.437 | 66.541 | 54.296 | 63.393 | 53.958 | 66.211 | 56.019 | 77.039 | 67.118 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 5.324 | 4.565 | 5.887 | 5.059 | 6.292 | 5.369 | 5.968 | 4.906 | 6.680 | 5.584 |
| Niedersachsen | 69.486 | 55.893 | 70.754 | 58.321 | 69.064 | 57.482 | 73.925 | 62.892 | 76.783 | 66.868 |
| Nordrhein-Westfalen | 128.873 | 111.753 | 135.453 | 117.108 | 137.291 | 118.092 | 145.656 | 125.513 | 162.808 | 141.473 |
| Rheinland-Pfalz | 31.997 | 25.156 | 31.146 | 25.166 | 31.436 | 24.754 | 31.893 | 24.462 | 32.971 | 27.224 |
| Saarland | 6.578 | 4.984 | 6.949 | 5.306 | 7.218 | 5.586 | 7.745 | 6.108 | 8.016 | 6.369 |
| Sachsen | 16.428 | 14.391 | 16.168 | 13.838 | 17.127 | 14.524 | 19.306 | 16.190 | 20.166 | 17.150 |
| Sachsen-Anhalt | 7.595 | 6.277 | 7.235 | 6.209 | 7.548 | 6.351 | 8.208 | 6.877 | 8.595 | 7.267 |
| Schleswig-Holstein | 14.165 | 11.676 | 13.737 | 11.196 | 12.423 | 9.626 | 14.806 | 11.585 | 15.542 | 12.167 |
| Thüringen | 6.062 | 5.032 | 6.535 | 5.363 | 6.845 | 5.505 | 7.370 | 5.925 | 8.113 | 6.556 |

| Bundesland | 2011 | | 2012 | | 2013 | | 2014 | | 2015 | |
|------------------------|---------|----------------|---------|----------------|---------|----------------|---------|----------------|---------|----------------|
| | Gesamt | dar. Ausländer | Gesamt | dar. Ausländer | Gesamt | dar. Ausländer | Gesamt | dar. Ausländer | Gesamt | dar. Ausländer |
| Baden-Württemberg | 161.647 | 142.002 | 191.048 | 171.260 | 214.279 | 194.111 | 254.975 | 234.713 | 341.516 | 320.942 |
| Bayern | 181.035 | 158.841 | 212.794 | 191.945 | 240.166 | 218.957 | 276.101 | 254.547 | 349.708 | 328.561 |
| Berlin | 69.936 | 61.446 | 77.104 | 68.373 | 84.425 | 75.408 | 93.094 | 83.853 | 108.195 | 99.867 |
| Brandenburg | 12.684 | 10.346 | 14.050 | 11.751 | 17.134 | 14.815 | 21.387 | 19.019 | 39.901 | 37.519 |
| Bremen | 9.927 | 8.917 | 11.602 | 10.553 | 12.313 | 11.208 | 14.830 | 13.782 | 21.539 | 20.465 |
| Hamburg | 31.048 | 27.456 | 32.412 | 28.776 | 34.839 | 31.166 | 33.131 | 29.675 | 48.173 | 44.425 |
| Hessen | 93.247 | 83.511 | 99.259 | 89.877 | 111.090 | 101.611 | 132.656 | 122.508 | 182.983 | 173.192 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 8.129 | 7.010 | 9.757 | 8.564 | 12.182 | 10.969 | 15.907 | 14.621 | 31.386 | 30.173 |
| Niedersachsen | 91.507 | 81.338 | 99.001 | 89.309 | 110.921 | 100.505 | 139.181 | 126.168 | 206.650 | 193.408 |
| Nordrhein-Westfalen | 188.711 | 166.912 | 207.423 | 185.640 | 240.565 | 217.907 | 289.879 | 267.573 | 485.047 | 463.195 |
| Rheinland-Pfalz | 39.682 | 34.145 | 44.867 | 39.480 | 51.656 | 46.181 | 65.138 | 59.456 | 97.276 | 91.922 |
| Saarland | 9.112 | 7.320 | 10.365 | 8.678 | 11.761 | 9.942 | 14.561 | 12.796 | 23.539 | 21.728 |
| Sachsen | 22.863 | 19.671 | 26.043 | 22.841 | 29.994 | 26.498 | 38.413 | 34.856 | 64.641 | 61.126 |
| Sachsen-Anhalt | 9.714 | 8.426 | 11.257 | 10.009 | 14.263 | 13.035 | 20.948 | 19.579 | 43.692 | 42.250 |
| Schleswig-Holstein | 18.887 | 15.596 | 21.188 | 17.717 | 25.439 | 21.882 | 33.167 | 29.623 | 49.379 | 45.706 |
| Thüringen | 10.170 | 8.758 | 12.766 | 11.135 | 15.466 | 13.876 | 21.356 | 19.760 | 43.329 | 41.762 |

Quelle: Statistisches Bundesamt

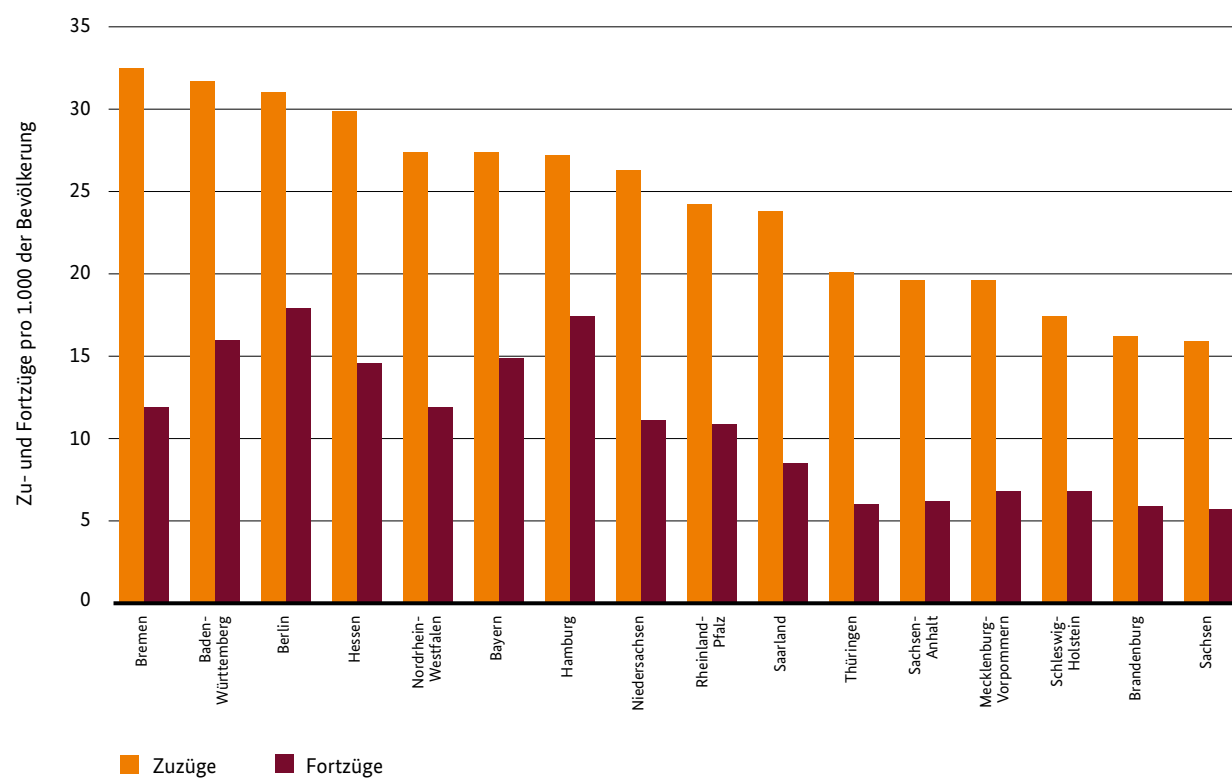
Tabelle 1-15: Fortzüge über die Grenzen Deutschlands nach Bundesländern von 2006 bis 2015

| Bundesland | 2006 | | 2007 | | 2008 | | 2009 | | 2010 | |
|------------------------|---------|----------------|---------|----------------|---------|----------------|---------|----------------|---------|----------------|
| | Gesamt | dar. Ausländer | Gesamt | dar. Ausländer | Gesamt | dar. Ausländer | Gesamt | dar. Ausländer | Gesamt | dar. Ausländer |
| Baden-Württemberg | 117.775 | 93.098 | 116.757 | 89.753 | 129.644 | 98.488 | 119.337 | 92.019 | 117.337 | 91.174 |
| Bayern | 113.115 | 87.924 | 114.148 | 86.627 | 131.675 | 99.705 | 128.608 | 101.441 | 104.951 | 80.466 |
| Berlin | 32.539 | 24.028 | 39.803 | 30.278 | 43.389 | 33.289 | 61.142 | 51.234 | 60.783 | 51.410 |
| Brandenburg | 8.900 | 6.564 | 8.372 | 5.594 | 9.677 | 6.403 | 9.746 | 6.533 | 8.630 | 5.830 |
| Bremen | 5.595 | 4.433 | 5.987 | 4.750 | 6.633 | 5.144 | 7.660 | 6.382 | 8.787 | 7.607 |
| Hamburg | 20.357 | 16.227 | 14.239 | 9.438 | 30.961 | 25.765 | 30.062 | 25.731 | 21.080 | 16.892 |
| Hessen | 79.236 | 54.595 | 70.461 | 47.899 | 69.569 | 54.484 | 64.021 | 50.546 | 67.355 | 54.993 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 4.446 | 3.113 | 5.008 | 3.489 | 6.332 | 4.273 | 6.842 | 4.930 | 5.312 | 3.805 |
| Niedersachsen | 56.337 | 46.784 | 59.027 | 48.550 | 68.114 | 54.976 | 66.282 | 55.197 | 62.325 | 52.625 |
| Nordrhein-Westfalen | 119.207 | 93.491 | 125.407 | 96.620 | 150.038 | 118.062 | 149.547 | 121.237 | 135.359 | 108.873 |
| Rheinland-Pfalz | 33.001 | 19.209 | 28.061 | 19.752 | 33.935 | 23.936 | 31.302 | 21.560 | 27.286 | 19.724 |
| Saarland | 6.280 | 4.245 | 6.611 | 4.413 | 6.364 | 3.840 | 7.410 | 5.087 | 6.016 | 4.115 |
| Sachsen | 15.454 | 11.368 | 16.128 | 11.055 | 19.065 | 13.034 | 20.592 | 15.125 | 19.765 | 15.065 |
| Sachsen-Anhalt | 6.527 | 4.781 | 7.285 | 4.981 | 8.846 | 6.193 | 8.136 | 5.870 | 6.548 | 4.519 |
| Schleswig-Holstein | 13.743 | 9.713 | 13.047 | 8.643 | 15.962 | 11.016 | 16.413 | 11.844 | 12.763 | 8.643 |
| Thüringen | 6.552 | 4.201 | 6.513 | 3.907 | 7.685 | 4.522 | 6.696 | 4.072 | 6.310 | 3.864 |

| Bundesland | 2011 | | 2012 | | 2013 | | 2014 | | 2015 | |
|------------------------|---------|----------------|---------|----------------|---------|----------------|---------|----------------|---------|----------------|
| | Gesamt | dar. Ausländer | Gesamt | dar. Ausländer | Gesamt | dar. Ausländer | Gesamt | dar. Ausländer | Gesamt | dar. Ausländer |
| Baden-Württemberg | 121.243 | 95.385 | 127.122 | 102.893 | 142.792 | 118.038 | 164.971 | 139.454 | 172.278 | 148.142 |
| Bayern | 120.333 | 94.160 | 136.694 | 110.832 | 156.604 | 128.037 | 190.071 | 154.630 | 189.759 | 159.222 |
| Berlin | 45.856 | 36.506 | 47.914 | 38.973 | 50.601 | 41.302 | 58.653 | 49.401 | 62.482 | 53.729 |
| Brandenburg | 9.241 | 6.626 | 9.573 | 6.916 | 10.773 | 8.131 | 12.294 | 9.690 | 14.549 | 12.069 |
| Bremen | 6.655 | 5.603 | 7.121 | 6.002 | 7.136 | 6.048 | 7.850 | 6.563 | 7.892 | 6.776 |
| Hamburg | 22.674 | 18.410 | 20.979 | 17.019 | 25.125 | 20.695 | 19.091 | 14.831 | 30.757 | 26.441 |
| Hessen | 63.751 | 52.241 | 65.347 | 54.547 | 70.950 | 59.438 | 76.856 | 65.127 | 89.288 | 78.301 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 5.473 | 3.923 | 6.009 | 4.576 | 6.890 | 5.375 | 7.759 | 6.190 | 10.935 | 9.544 |
| Niedersachsen | 67.837 | 57.872 | 71.481 | 62.428 | 75.986 | 66.666 | 85.138 | 75.489 | 87.051 | 77.943 |
| Nordrhein-Westfalen | 136.136 | 110.470 | 138.171 | 114.126 | 159.301 | 133.656 | 182.039 | 155.931 | 211.112 | 186.023 |
| Rheinland-Pfalz | 27.903 | 21.115 | 29.162 | 22.584 | 31.564 | 25.060 | 37.693 | 31.039 | 43.645 | 36.987 |
| Saarland | 6.072 | 4.069 | 6.707 | 4.853 | 7.437 | 5.550 | 9.638 | 7.587 | 8.361 | 6.614 |
| Sachsen | 17.622 | 12.830 | 17.465 | 12.978 | 20.163 | 15.456 | 21.260 | 16.767 | 23.206 | 18.801 |
| Sachsen-Anhalt | 8.329 | 6.229 | 7.192 | 5.342 | 8.622 | 6.789 | 11.356 | 9.627 | 13.857 | 12.263 |
| Schleswig-Holstein | 12.401 | 8.434 | 13.076 | 8.941 | 14.506 | 10.141 | 18.593 | 14.392 | 19.376 | 15.413 |
| Thüringen | 7.443 | 4.964 | 7.978 | 5.749 | 9.436 | 7.222 | 10.979 | 8.887 | 13.003 | 11.010 |

Quelle: Statistisches Bundesamt

Abbildung 1-20: Zu- und Fortzüge im Jahr 2015 nach Bundesland pro 1.000 Einwohner



Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011.

Quelle: Statistisches Bundesamt

1.6 Altersstruktur

Tabelle 1-16: Zu- und Fortzüge nach Altersgruppen von 1991 bis 2015

| Jahr | unter 18 Jahre | von 18 bis unter 25 Jahre | von 25 bis unter 40 Jahre | von 40 bis unter 65 Jahre | 65 u. mehr Jahre | Insgesamt |
|------|----------------|------------------------------|------------------------------|------------------------------|------------------|------------------|
| | Zuzüge | | | | | |
| 1991 | 273.997 | 244.815 | 421.629 | 207.015 | 35.471 | 1.182.927 |
| 1992 | 326.292 | 321.925 | 549.644 | 253.622 | 37.966 | 1.489.449 |
| 1993 | 264.767 | 266.855 | 472.953 | 225.842 | 37.587 | 1.268.004 |
| 1994 | 219.467 | 214.676 | 390.628 | 208.364 | 36.902 | 1.070.037 |
| 1995 | 222.080 | 223.318 | 400.098 | 214.674 | 35.878 | 1.096.048 |
| 1996 | 182.704 | 209.205 | 354.299 | 185.667 | 27.816 | 959.691 |
| 1997 | 148.479 | 189.530 | 311.197 | 165.989 | 25.438 | 840.633 |
| 1998 | 138.144 | 189.076 | 297.003 | 156.123 | 22.110 | 802.456 |
| 1999 | 157.617 | 199.870 | 319.317 | 172.642 | 24.577 | 874.023 |
| 2000 | 132.060 | 200.550 | 316.640 | 169.656 | 22.252 | 841.158 |
| 2001 | 135.459 | 216.331 | 332.626 | 172.827 | 21.974 | 879.217 |
| 2002 | 123.743 | 209.000 | 319.601 | 168.157 | 22.042 | 842.543 |
| 2003 | 104.400 | 190.257 | 296.038 | 157.930 | 20.350 | 768.975 |
| 2004 | 95.612 | 184.049 | 308.275 | 172.738 | 19.501 | 780.175 |
| 2005 | 80.509 | 163.115 | 286.644 | 160.977 | 16.107 | 707.352 |
| 2006 | 66.895 | 154.623 | 270.585 | 153.840 | 13.860 | 661.855 |
| 2007 | 71.576 | 155.646 | 277.440 | 161.299 | 14.805 | 680.766 |
| 2008 | 72.713 | 157.390 | 273.689 | 163.586 | 14.768 | 682.146 |
| 2009 | 80.094 | 163.313 | 289.514 | 172.370 | 15.723 | 721.014 |
| 2010 | 91.209 | 178.705 | 322.066 | 190.046 | 16.256 | 798.282 |
| 2011 | 107.917 | 208.566 | 391.592 | 232.851 | 17.373 | 958.299 |
| 2012 | 130.414 | 234.045 | 439.078 | 259.153 | 18.246 | 1.080.936 |
| 2013 | 163.216 | 266.116 | 490.506 | 286.647 | 20.008 | 1.226.493 |
| 2014 | 221.511 | 316.173 | 573.828 | 330.130 | 23.082 | 1.464.724 |
| 2015 | 421.176 | 495.311 | 792.222 | 402.966 | 25.279 | 2.136.954 |



Fortsetzung Tabelle 1-16: Zu- und Fortzüge nach Altersgruppen von 1991 bis 2015

| Jahr | unter 18 Jahre | von 18 bis unter 25 Jahre | von 25 bis unter 40 Jahre | von 40 bis unter 65 Jahre | 65 u. mehr Jahre | Insgesamt |
|------|----------------|------------------------------|------------------------------|------------------------------|------------------|-----------|
| | Fortzüge | | | | | |
| 1991 | 92.098 | 105.419 | 234.615 | 131.098 | 19.010 | 582.240 |
| 1992 | 117.614 | 127.246 | 281.589 | 154.631 | 20.344 | 701.424 |
| 1993 | 116.463 | 147.831 | 336.427 | 177.622 | 18.516 | 796.859 |
| 1994 | 108.776 | 132.277 | 311.480 | 166.536 | 21.457 | 740.526 |
| 1995 | 95.878 | 119.218 | 295.688 | 165.405 | 21.924 | 698.113 |
| 1996 | 86.780 | 119.370 | 287.011 | 163.487 | 20.846 | 677.494 |
| 1997 | 105.582 | 125.848 | 315.369 | 177.117 | 23.053 | 746.969 |
| 1998 | 124.881 | 123.662 | 313.023 | 171.274 | 22.518 | 755.358 |
| 1999 | 93.872 | 119.776 | 280.443 | 157.268 | 20.689 | 672.048 |
| 2000 | 99.022 | 122.635 | 279.213 | 153.381 | 19.787 | 674.038 |
| 2001 | 69.298 | 112.109 | 255.780 | 149.535 | 19.772 | 606.494 |
| 2002 | 71.149 | 118.639 | 262.753 | 150.280 | 20.434 | 623.255 |
| 2003 | 69.693 | 117.438 | 265.365 | 152.925 | 20.909 | 626.330 |
| 2004 | 73.726 | 122.504 | 296.274 | 178.971 | 26.157 | 697.632 |
| 2005 | 67.855 | 106.560 | 267.569 | 163.204 | 23.211 | 628.399 |
| 2006 | 67.197 | 106.438 | 270.709 | 170.180 | 24.540 | 639.064 |
| 2007 | 66.788 | 105.409 | 268.473 | 171.844 | 24.340 | 636.854 |
| 2008 | 70.632 | 119.053 | 308.664 | 208.518 | 31.022 | 737.889 |
| 2009 | 64.387 | 117.077 | 305.282 | 212.203 | 34.847 | 733.796 |
| 2010 | 60.589 | 113.107 | 277.260 | 189.454 | 30.195 | 670.605 |
| 2011 | 62.570 | 118.508 | 280.461 | 191.527 | 25.903 | 678.969 |
| 2012 | 64.441 | 126.286 | 294.168 | 201.330 | 25.766 | 711.991 |
| 2013 | 75.909 | 141.985 | 328.611 | 223.747 | 27.634 | 797.886 |
| 2014 | 88.270 | 162.601 | 378.466 | 253.977 | 30.927 | 914.241 |
| 2015 | 111.005 | 186.121 | 408.726 | 261.866 | 29.834 | 997.552 |

Quelle: Statistisches Bundesamt

1.7 Geschlechtsstruktur

Tabelle 1-17: Zu- und Fortzüge nach Geschlecht von 1990 bis 2015

| Jahr | Zuzüge | | | | Fortzüge | | | |
|-------------------|-----------|----------|---------------------------|------------------|----------|----------|---------------------------|----------------|
| | männlich | weiblich | Frauenanteil ² | Gesamt | männlich | weiblich | Frauenanteil ² | Gesamt |
| 1990 | 695.231 | 561.019 | 44,7 | 1.256.250 | 327.796 | 246.582 | 42,9 | 574.378 |
| 1991 ¹ | 696.279 | 486.648 | 41,1 | 1.182.927 | 364.116 | 218.124 | 37,5 | 582.240 |
| 1992 | 911.771 | 577.678 | 38,8 | 1.489.449 | 450.544 | 250.880 | 35,8 | 701.424 |
| 1993 | 771.018 | 496.986 | 39,2 | 1.268.004 | 543.675 | 253.184 | 31,8 | 796.859 |
| 1994 | 631.596 | 438.441 | 41,0 | 1.070.037 | 483.819 | 256.707 | 34,7 | 740.526 |
| 1995 | 651.809 | 444.239 | 40,5 | 1.096.048 | 454.260 | 243.853 | 34,9 | 698.113 |
| 1996 | 571.876 | 387.815 | 40,4 | 959.691 | 442.324 | 235.170 | 34,7 | 677.494 |
| 1997 | 496.540 | 344.093 | 40,9 | 840.633 | 477.595 | 269.374 | 36,1 | 746.969 |
| 1998 | 473.145 | 329.311 | 41,0 | 802.456 | 470.639 | 284.719 | 37,7 | 755.358 |
| 1999 | 504.974 | 369.049 | 42,2 | 874.023 | 423.940 | 248.108 | 36,9 | 672.048 |
| 2000 | 487.839 | 353.319 | 42,0 | 841.158 | 426.798 | 247.240 | 36,7 | 674.038 |
| 2001 | 507.483 | 371.734 | 42,3 | 879.217 | 383.889 | 222.605 | 36,7 | 606.494 |
| 2002 | 481.085 | 361.458 | 42,9 | 842.543 | 390.764 | 232.491 | 37,3 | 623.255 |
| 2003 | 439.988 | 328.987 | 42,8 | 768.975 | 392.541 | 233.789 | 37,3 | 626.330 |
| 2004 | 455.601 | 324.574 | 41,6 | 780.175 | 436.362 | 261.270 | 37,5 | 697.632 |
| 2005 | 411.622 | 295.730 | 41,8 | 707.352 | 390.266 | 238.133 | 37,9 | 628.399 |
| 2006 | 393.582 | 268.273 | 40,5 | 661.855 | 394.072 | 244.992 | 38,3 | 639.064 |
| 2007 | 403.500 | 277.266 | 40,7 | 680.766 | 391.967 | 244.887 | 38,5 | 636.854 |
| 2008 | 404.759 | 277.387 | 40,1 | 682.146 | 448.347 | 289.542 | 39,2 | 737.889 |
| 2009 | 426.296 | 294.718 | 40,9 | 721.014 | 444.591 | 289.205 | 39,4 | 733.796 |
| 2010 | 475.575 | 322.707 | 40,4 | 798.282 | 406.556 | 264.049 | 39,4 | 670.605 |
| 2011 | 578.353 | 379.946 | 39,6 | 958.299 | 417.879 | 261.090 | 38,5 | 678.969 |
| 2012 | 652.321 | 428.615 | 39,7 | 1.080.936 | 443.842 | 268.149 | 37,7 | 711.991 |
| 2013 | 738.740 | 487.753 | 39,8 | 1.226.493 | 498.936 | 298.950 | 37,5 | 797.886 |
| 2014 | 887.234 | 577.490 | 39,4 | 1.464.724 | 574.595 | 339.646 | 37,2 | 914.241 |
| 2015 | 1.366.230 | 770.724 | 36,1 | 2.136.954 | 633.805 | 363.746 | 36,5 | 997.551 |

Quelle: Statistisches Bundesamt

1) Gebietsstand der Bundesrepublik Deutschland ab dem 03.10.1990.

2) Frauenanteil in Prozent.

2. EU-Binnenmigration von Unionsbürgern

Tabelle 2-1: Zu- und Fortzüge von Unionsbürgern¹ über die Grenzen Deutschlands in den Jahren 2014 und 2015

| Land der Staatsangehörigkeit | Zuzüge | | Fortzüge | | Wanderungssaldo (Zuzugs- bzw. Fortzugsüberschuss) | |
|------------------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|---|----------------|
| | 2014 | 2015 | 2014 | 2015 | 2014 | 2015 |
| Rumänien ² | 198.705 | 221.405 | 118.346 | 129.059 | 80.359 | 92.346 |
| Polen | 192.172 | 190.834 | 132.872 | 127.789 | 59.300 | 63.045 |
| Bulgarien ² | 80.069 | 86.274 | 45.216 | 46.754 | 34.853 | 39.520 |
| Ungarn | 58.779 | 58.096 | 41.006 | 38.346 | 17.773 | 19.750 |
| Italien | 56.700 | 57.191 | 31.644 | 33.633 | 25.056 | 23.558 |
| Kroatien ³ | 46.090 | 60.980 | 17.535 | 21.321 | 28.555 | 39.659 |
| Griechenland | 28.752 | 28.256 | 16.380 | 15.918 | 12.372 | 12.338 |
| Spanien | 27.072 | 23.598 | 16.052 | 16.435 | 11.020 | 7.163 |
| Frankreich | 15.723 | 14.908 | 12.271 | 12.920 | 3.452 | 1.988 |
| Slowakei | 15.518 | 14.541 | 11.547 | 10.600 | 3.971 | 3.941 |
| Portugal | 11.394 | 10.145 | 8.320 | 7.736 | 3.074 | 2.409 |
| Vereinigtes Königreich | 10.796 | 10.726 | 9.009 | 8.840 | 1.787 | 1.886 |
| Tschechische Republik | 10.776 | 10.974 | 7.509 | 7.274 | 3.267 | 3.700 |
| Niederlande | 10.197 | 10.512 | 7.697 | 7.967 | 2.500 | 2.545 |
| Österreich | 10.120 | 10.181 | 8.895 | 7.661 | 1.225 | 2.520 |
| Litauen | 8.584 | 9.798 | 6.311 | 5.822 | 2.273 | 3.976 |
| Lettland | 7.457 | 6.608 | 5.799 | 4.870 | 1.658 | 1.738 |
| Slowenien | 4.515 | 4.754 | 2.718 | 2.892 | 1.797 | 1.862 |
| Belgien | 2.821 | 2.833 | 2.069 | 1.994 | 752 | 839 |
| Schweden | 2.814 | 2.763 | 2.306 | 2.437 | 508 | 326 |
| Luxemburg | 2.390 | 2.680 | 1.525 | 1.489 | 865 | 1.191 |
| Dänemark | 2.342 | 2.249 | 2.190 | 2.180 | 152 | 69 |
| Finnland | 2.268 | 2.241 | 2.039 | 1.920 | 229 | 321 |
| Irland | 2.010 | 1.941 | 1.395 | 1.483 | 615 | 458 |
| Estland | 1.120 | 991 | 876 | 769 | 244 | 222 |
| Zypern | 531 | 465 | 292 | 277 | 239 | 188 |
| Malta | 92 | 95 | 69 | 75 | 23 | 20 |
| EU-14 | 185.399 | 180.224 | 121.792 | 122.613 | 63.607 | 57.611 |
| EU-10 | 299.544 | 297.156 | 208.999 | 198.714 | 90.545 | 98.442 |
| EU-2 | 278.774 | 307.679 | 163.562 | 175.813 | 115.212 | 131.866 |
| EU insgesamt | 809.807 | 846.039 | 511.888 | 518.461 | 297.919 | 327.578 |

Quelle: Statistisches Bundesamt

1) Ohne Deutsche.

2) Rumänien und Bulgarien traten zum 1. Januar 2007 der EU bei.

3) Kroatien trat zum 1. Juli 2013 der EU bei.

3. Die einzelnen Zuwanderergruppen

3.2 Einreise und Aufenthalt zum Zweck der Erwerbstätigkeit

Tabelle 3-39: Werkvertragsarbeitnehmer in Deutschland nach Herkunftsländern von 1991 bis 2015¹

| Herkunfts- land | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 |
|---------------------------------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|--------------|--------------|
| Bosnien- Herzegowina | - | 49 | 1.272 | 1.172 | 989 | 682 | 511 | 687 | 966 | 884 | 1.148 | 1.478 | 1.146 | 1.437 | 1.481 | 1.522 | 1.719 | 1.856 | 1.852 | 1.973 | 2.126 | 2.132 | 2.019 | 1.872 | 1.823 |
| Bulgarien | 365 | 1.968 | 3.802 | 2.353 | 1.866 | 989 | 1.229 | 688 | 1.402 | 1.724 | 1.861 | 1.309 | 1.651 | 1.471 | 1.038 | 731 | 687 | 363 | 286 | 357 | 331 | 342 | 453 | - | - |
| Serbien ² | 8.668 | 8.862 | 2.657 | 15 | - | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 103 | 659 | 603 | 681 | 450 | 516 | 612 | 995 | 1.136 | 1.530 | 1.769 | 1.455 | 1.434 | 1.631 | 1.634 |
| Kroatien ³ | - | 298 | 4.792 | 5.296 | 4.542 | 4.375 | 3.604 | 2.780 | 3.876 | 5.136 | 5.211 | 4.595 | 3.761 | 3.416 | 2.918 | 2.874 | 3.319 | 3.432 | 3.337 | 3.302 | 3.903 | 4.369 | 3.974 | 2.914 | 2.551 |
| Lettland | - | 0 | 181 | 236 | 146 | 179 | 274 | 167 | 178 | 195 | 217 | 236 | 284 | 117 | 5 | 0 | 0 | 0 | 7 | 31 | 36 | - | - | - | - |
| Mazedonien | - | - | 472 | 667 | 712 | 194 | 112 | 185 | 253 | 335 | 451 | 340 | 224 | 192 | 100 | 140 | 230 | 273 | 233 | 125 | 158 | 173 | 136 | 119 | 106 |
| Polen | 27.575 | 51.176 | 19.771 | 13.774 | 24.499 | 24.423 | 21.184 | 16.942 | 18.243 | 18.537 | 21.797 | 21.193 | 20.727 | 16.546 | 10.049 | 9.026 | 7.084 | 5.769 | 5.678 | 6.571 | 6.741 | - | - | - | - |
| Rumänien | 1.786 | 7.785 | 13.542 | 2.196 | 276 | 15 | 966 | 2.631 | 3.902 | 5.239 | 3.728 | 3.285 | 4.101 | 3.947 | 3.142 | 2.703 | 2.039 | 1.922 | 1.934 | 2.150 | 2.174 | 2.840 | 2.820 | - | - |
| Slowakei | - | - | 414 | 1.427 | 2.036 | 1.250 | 1.206 | 943 | 1.348 | 1.543 | 1.488 | 1.268 | 1.594 | 1.109 | 756 | 719 | 353 | 305 | 288 | 365 | 365 | - | - | - | - |
| Slowenien | - | 321 | 1.805 | 1.350 | 1.184 | 974 | 680 | 660 | 657 | 536 | 716 | 655 | 641 | 285 | 85 | 36 | 22 | 31 | 55 | 21 | 40 | - | - | - | - |
| Tschechische Republik ⁴ | 4.051 | 10.701 | 4.113 | 1.693 | 2.150 | 1.947 | 1.439 | 1.060 | 1.366 | 1.445 | 1.398 | 1.353 | 961 | 571 | 301 | 224 | 161 | 98 | 112 | 139 | 95 | - | - | - | - |
| Türkei | - | 441 | 1.454 | 1.575 | 1.603 | 1.591 | 1.429 | 1.103 | 1.267 | 1.296 | 1.420 | 1.572 | 1.402 | 1.017 | 672 | 614 | 826 | 626 | 411 | 368 | 399 | 482 | 442 | 311 | 322 |
| Ungarn | 9.326 | 12.432 | 14.449 | 8.890 | 9.165 | 8.993 | 5.813 | 5.036 | 6.429 | 6.705 | 7.263 | 7.466 | 6.709 | 3.422 | 919 | 896 | 912 | 906 | 880 | 1.051 | 1.268 | - | - | - | - |
| übrige Länder ⁵ | - | 869 | 1.413 | 572 | 244 | 141 | 101 | 107 | 148 | 107 | 101 | 37 | 70 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Gesamt | 51.771 | 94.902 | 70.137 | 41.216 | 49.412 | 45.753 | 38.548 | 32.989 | 40.035 | 43.682 | 46.902 | 45.446 | 43.874 | 34.211 | 21.916 | 20.001 | 17.964 | 16.576 | 16.209 | 17.983 | 19.405 | 11.793 | 11.278 | 6.847 | 6.436 |

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

1) Beschäftigte im Jahresdurchschnitt.

2) Ab 1992 erfolgte eine Aufgliederung nach den einzelnen Republiken. Ab Mai 1993 bis ins Jahr 2000 wurde das Kontingent wegen des UN-Embargos gesperrt. Bis zum 3. Februar 2003 Bundesrepublik Jugoslawien. Seit 2008 nur noch Serbien.

3) Mit Kroatien gab es bis 6/2015 eine Vereinbarung nach § 29 Abs. 1 BeschV.

4) Von 1992 bis Juli 1993 noch Zahlen für die CSFR, ab August 1993 erfolgt die Aufgliederung nach Tschechischer und Slowakischer Republik.

5) Werkvertragsarbeitnehmer aus Finnland, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, der Schweiz, Spanien, den USA, Liechtenstein, Israel und Kanada. Mit diesen Staaten wurden keine Regierungsvereinbarungen geschlossen.

3.3 Einreise und Aufenthalt zum Zweck der Ausbildung

Tabelle 3-40: Ausländische Studienanfänger an deutschen Hochschulen nach ausgewählten Herkunftsländern im Sommersemester 2015

| Herkunftsland | Studienanfänger im Sommersemester 2015 | | davon Bildungsausländer | | Anteil der Bildungsausländer an den Studienanfängern in % |
|----------------------------|--|-------------------|-------------------------|-------------------|---|
| | insgesamt | darunter weiblich | insgesamt | darunter weiblich | |
| China | 2.866 | 1.576 | 2.823 | 1.558 | 98,5 |
| Vereinigte Staaten | 2.019 | 1.007 | 1.998 | 996 | 99,0 |
| Türkei | 1.646 | 918 | 896 | 523 | 54,4 |
| Brasilien | 1.524 | 556 | 1.519 | 552 | 99,7 |
| Italien | 1.408 | 759 | 1.251 | 693 | 88,8 |
| Indien | 1.380 | 371 | 1.366 | 366 | 99,0 |
| Frankreich | 1.194 | 604 | 1.169 | 592 | 97,9 |
| Österreich | 999 | 523 | 943 | 496 | 94,4 |
| Korea, Republik | 988 | 664 | 971 | 657 | 98,3 |
| Russische Föderation | 878 | 653 | 822 | 618 | 93,6 |
| Spanien | 728 | 354 | 696 | 337 | 95,6 |
| Polen | 684 | 441 | 637 | 405 | 93,1 |
| Mexiko | 559 | 239 | 556 | 238 | 99,5 |
| Iran | 526 | 266 | 495 | 247 | 94,1 |
| Kamerun | 491 | 210 | 488 | 208 | 99,4 |
| Griechenland | 450 | 262 | 363 | 218 | 80,7 |
| Ukraine | 444 | 300 | 412 | 279 | 92,8 |
| Niederlande | 404 | 205 | 375 | 196 | 92,8 |
| Vietnam | 390 | 207 | 351 | 190 | 90,0 |
| Vereinigtes Königreich | 359 | 199 | 341 | 192 | 95,0 |
| Ungarn | 358 | 214 | 348 | 207 | 97,2 |
| Indonesien | 357 | 134 | 353 | 132 | 98,9 |
| Pakistan | 348 | 57 | 327 | 53 | 94,0 |
| Japan | 329 | 193 | 325 | 192 | 98,8 |
| Schweiz | 327 | 181 | 308 | 172 | 94,2 |
| Tschechische Republik | 319 | 203 | 317 | 201 | 99,4 |
| Finnland | 310 | 173 | 309 | 173 | 99,7 |
| Syrien, Arabische Republik | 304 | 56 | 14 | 9 | 4,6 |
| Tunesien | 300 | 70 | 296 | 69 | 98,7 |
| Kolumbien | 290 | 137 | 283 | 157 | 97,6 |
| Insgesamt | 30.356 | 15.304 | 28.212 | 14.225 | 92,9 |

Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabelle 3-41: Ausländische Studienanfänger an deutschen Hochschulen nach ausgewählten Herkunftsländern
im Wintersemester 2015/2016

| Herkunftsland | Studienanfänger im Wintersemester 2015/2016 | | davon Bildungsausländer | | Anteil der Bildungsausländer an den Studienanfängern in % |
|----------------------------|---|-------------------|-------------------------|-------------------|---|
| | insgesamt | darunter weiblich | insgesamt | darunter weiblich | |
| China | 8.307 | 4.447 | 7.922 | 4.272 | 95,4 |
| Türkei | 7.103 | 3.639 | 2.060 | 1.030 | 29,0 |
| Italien | 4.481 | 2.479 | 3.612 | 2.083 | 80,6 |
| Indien | 3.739 | 979 | 3.712 | 969 | 99,3 |
| Frankreich | 3.575 | 2.121 | 3.377 | 2.015 | 94,5 |
| Spanien | 3.297 | 1.838 | 3.111 | 1.745 | 94,4 |
| Russische Föderation | 2.964 | 2.062 | 2.411 | 1.734 | 81,3 |
| Vereinigte Staaten | 2.953 | 1.556 | 2.849 | 1.501 | 96,5 |
| Österreich | 2.501 | 1.298 | 2.189 | 1.134 | 87,5 |
| Polen | 2.238 | 1.515 | 1.803 | 1.253 | 80,6 |
| Ukraine | 1.734 | 1.148 | 1.378 | 961 | 79,5 |
| Korea, Republik | 1.679 | 1.105 | 1.550 | 1.029 | 92,3 |
| Brasilien | 1.416 | 638 | 1.372 | 614 | 96,9 |
| Griechenland | 1.408 | 768 | 818 | 471 | 58,1 |
| Bulgarien | 1.367 | 836 | 1.307 | 798 | 95,6 |
| Vietnam | 1.322 | 659 | 934 | 468 | 70,7 |
| Iran, Islamische Republik | 1.242 | 603 | 1.138 | 555 | 91,6 |
| Vereinigtes Königreich | 1.225 | 610 | 1.091 | 553 | 89,1 |
| Indonesien | 1.151 | 528 | 1.114 | 508 | 96,8 |
| Mexiko | 1.141 | 468 | 1.128 | 459 | 98,9 |
| Syrien, Arabische Republik | 1.093 | 256 | 1.025 | 224 | 93,8 |
| Luxemburg | 1.020 | 497 | 994 | 483 | 97,5 |
| Schweiz | 971 | 493 | 882 | 454 | 90,8 |
| Kamerun | 907 | 360 | 892 | 350 | 98,3 |
| Pakistan | 892 | 192 | 835 | 162 | 93,6 |
| Rumänien | 869 | 575 | 791 | 522 | 91,0 |
| Ungarn | 862 | 495 | 811 | 467 | 94,1 |
| Niederlande | 861 | 432 | 676 | 342 | 78,5 |
| Kroatien | 805 | 422 | 280 | 154 | 34,8 |
| Japan | 801 | 478 | 758 | 457 | 94,6 |
| Insgesamt | 85.117 | 43.419 | 70.875 | 36.099 | 83,3 |

Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabelle 3-42: Studienanfänger (Bildungsausländer) nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten 2000 bis 2015 (jeweils Sommersemester und folgendes Wintersemester)

| Herkunftsland | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 |
|-----------------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|
| China | 3.451 | 6.184 | 6.985 | 6.676 | 4.852 | 3.818 | 3.856 | 4.532 | 5.151 | 5.613 | 6.175 | 7.312 | 7.874 | 9.075 | 9.755 | 10.745 |
| Indien | 539 | 902 | 1.521 | 1.298 | 1.118 | 1.104 | 1.218 | 1.114 | 1.187 | 1.645 | 2.126 | 2.302 | 3.152 | 4.041 | 4.799 | 5.078 |
| Italien | 2.242 | 2.274 | 2.360 | 2.386 | 2.230 | 2.151 | 2.085 | 2.158 | 2.323 | 2.450 | 2.700 | 2.967 | 3.333 | 3.636 | 4.307 | 4.863 |
| Vereinigte Staaten | 2.268 | 2.363 | 2.366 | 2.422 | 2.532 | 2.699 | 2.645 | 2.738 | 3.087 | 3.386 | 3.951 | 4.128 | 4.066 | 4.128 | 4.361 | 4.847 |
| Frankreich | 3.136 | 3.225 | 3.128 | 3.427 | 3.607 | 3.459 | 3.404 | 3.205 | 3.597 | 3.685 | 3.784 | 3.869 | 4.049 | 4.315 | 4.579 | 4.546 |
| Spanien | 2.422 | 2.625 | 2.619 | 2.698 | 2.810 | 2.706 | 2.598 | 2.626 | 2.814 | 3.071 | 3.474 | 3.986 | 4.403 | 4.289 | 3.748 | 3.807 |
| Russische Föderation | 2.070 | 2.506 | 2.627 | 2.650 | 2.654 | 2.474 | 2.512 | 2.568 | 2.760 | 2.790 | 3.136 | 3.394 | 3.525 | 3.344 | 3.539 | 3.233 |
| Österreich | 1.372 | 1.553 | 1.472 | 1.273 | 1.291 | 1.380 | 1.498 | 1.497 | 2.128 | 2.317 | 2.719 | 2.839 | 3.149 | 3.154 | 3.309 | 3.132 |
| Türkei | 825 | 976 | 1.310 | 1.605 | 1.666 | 1.943 | 2.070 | 2.146 | 2.062 | 2.208 | 2.351 | 2.511 | 2.670 | 2.965 | 2.997 | 2.956 |
| Korea, Republik | 652 | 692 | 757 | 809 | 943 | 877 | 886 | 986 | 1.179 | 1.169 | 1.233 | 1.389 | 1.560 | 1.866 | 2.102 | 2.521 |
| Polen | 2.660 | 3.208 | 3.699 | 4.028 | 4.004 | 4.020 | 3.469 | 3.381 | 2.986 | 2.644 | 2.457 | 2.487 | 2.445 | 2.482 | 2.588 | 2.440 |
| Ukraine | 1.077 | 1.394 | 1.583 | 1.613 | 1.573 | 1.456 | 1.256 | 1.171 | 1.174 | 1.317 | 1.271 | 1.380 | 1.514 | 1.586 | 1.654 | 1.790 |
| Iran | 244 | 301 | 341 | 448 | 440 | 421 | 442 | 494 | 637 | 668 | 912 | 1.183 | 1.435 | 1.377 | 1.408 | 1.633 |
| Bulgarien | 1.945 | 2.678 | 3.172 | 3.080 | 2.489 | 1.819 | 1.319 | 1.067 | 1.061 | 1.023 | 1.109 | 1.267 | 1.322 | 1.447 | 1.513 | 1.581 |
| Kamerun | 944 | 813 | 900 | 918 | 873 | 840 | 776 | 805 | 914 | 764 | 860 | 959 | 1.144 | 1.201 | 1.299 | 1.380 |
| Griechenland | 726 | 754 | 722 | 750 | 699 | 775 | 705 | 609 | 776 | 737 | 805 | 983 | 1.160 | 1.203 | 1.225 | 1.181 |
| Ungarn | 1.056 | 1.089 | 1.099 | 1.002 | 1.003 | 942 | 976 | 1.027 | 1.131 | 1.094 | 1.008 | 1.065 | 1.135 | 1.195 | 1.126 | 1.159 |
| Rumänien | 797 | 1.057 | 1.145 | 1.273 | 1.269 | 1.053 | 977 | 927 | 909 | 966 | 1.041 | 1.056 | 1.075 | 1.016 | 1.041 | 1.035 |
| Tschechische Republik | 769 | 1.049 | 1.169 | 1.226 | 1.236 | 1.204 | 1.120 | 1.170 | 1.108 | 966 | 909 | 1.011 | 1.001 | 1.053 | 1.051 | 983 |
| Marokko | 890 | 968 | 1.194 | 1.233 | 1.187 | 1.119 | 810 | 706 | 620 | 570 | 524 | 447 | 551 | 778 | 911 | 872 |
| Kroatien | 143 | 148 | 162 | 171 | 137 | 140 | 98 | 118 | 124 | 142 | 170 | 212 | 266 | 316 | 353 | 415 |
| Insgesamt | 45.652 | 53.183 | 58.480 | 60.113 | 58.247 | 55.773 | 53.554 | 53.759 | 58.350 | 60.910 | 66.413 | 72.886 | 79.537 | 86.170 | 92.916 | 99.087 |

Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabelle 3-43: Ausländische Studierende nach Fächergruppen und den häufigsten Staatsangehörigkeiten
im Wintersemester 2015/2016

| Land der Staatsangehörigkeit | Ins- gesamt | dar. Bildungs- aus- länder | in % | Ausländische Studierende in der Fächergruppe | | | | | |
|---------------------------------|----------------|-------------------------------------|-------------|--|--|---|-----------------------------------|-------------------|---------------------------------------|
| | | | | Geistes- wissen- schaften | Rechts-, Wirtschafts- und Sozial- wissen- schaften | Mathe- matik, Natur- wissen- schaften | Ingenieur- wissen- schaften | Human- medizin | Kunst, Kunst- wissen- schaft |
| Türkei | 36.530 | 6.930 | 19,0 | 3.595 | 11.667 | 3.250 | 16.250 | 857 | 526 |
| China | 34.643 | 32.268 | 93,1 | 3.518 | 7.055 | 3.762 | 17.021 | 638 | 1.790 |
| Russische Föderation | 14.909 | 11.413 | 76,6 | 2.610 | 5.740 | 1.327 | 3.472 | 487 | 950 |
| Indien | 13.740 | 13.537 | 98,5 | 257 | 1.302 | 1.674 | 9.882 | 282 | 66 |
| Italien | 13.256 | 8.047 | 60,7 | 3.362 | 3.883 | 1.526 | 2.637 | 690 | 768 |
| Österreich | 12.180 | 10.129 | 83,2 | 1.245 | 5.216 | 956 | 2.482 | 1.347 | 636 |
| Ukraine | 9.613 | 6.941 | 72,2 | 1.642 | 3.874 | 842 | 2.271 | 357 | 463 |
| Polen | 8.947 | 5.994 | 67,0 | 1.794 | 3.184 | 830 | 1.941 | 507 | 486 |
| Frankreich | 8.453 | 7.330 | 86,7 | 1.469 | 3.058 | 540 | 1.705 | 702 | 651 |
| Griechenland | 7.540 | 3.512 | 46,6 | 1.215 | 2.443 | 914 | 2.030 | 505 | 281 |
| Iran | 7.513 | 6.449 | 85,8 | 549 | 1.008 | 1.274 | 3.730 | 397 | 278 |
| Kamerun | 7.336 | 7.106 | 96,9 | 240 | 1.214 | 701 | 4.808 | 265 | 2 |
| Bulgarien | 7.325 | 6.840 | 93,4 | 752 | 2.993 | 559 | 1.919 | 731 | 239 |
| Spanien | 7.208 | 5.939 | 82,4 | 1.411 | 1.899 | 892 | 1.695 | 303 | 701 |
| Vietnam | 6.356 | 3.795 | 59,7 | 544 | 2.182 | 605 | 2.653 | 114 | 110 |
| Korea, Republik | 6.087 | 5.140 | 84,4 | 856 | 1.189 | 372 | 902 | 225 | 2.370 |
| Vereinigte Staaten | 5.837 | 5.213 | 89,3 | 1.710 | 1.859 | 587 | 813 | 209 | 357 |
| Marokko | 5.447 | 4.805 | 88,2 | 366 | 948 | 328 | 3.686 | 71 | 11 |
| Brasilien | 4.811 | 4.586 | 95,3 | 442 | 1.129 | 528 | 2.098 | 118 | 259 |
| Insgesamt | 340.305 | 251.542 | 73,9 | 42.497 | 97.171 | 33.867 | 122.720 | 16.991 | 17.357 |
| <i>dar. Bildungsausländer</i> | 251.542 | | | 32.308 | 66.390 | 25.770 | 90.952 | 13.865 | 13.657 |

Quelle: Statistisches Bundesamt

3.4 Einreise und Aufenthalt aus völkerrechtlichen, humanitären und politischen Gründen

Tabelle 3-44: Asylantragsteller (Erstanträge) nach ausgewählten Herkunftsländern von 1991 bis 2015

| Herkunftsland | 1991 ¹ | % | 1992 | % | 1993 | % | 1994 | % | 1995 ² | % | 1996 | % | 1997 | % | 1998 | % |
|--|-------------------|-------------|----------------|-------------|----------------|-------------|---------------|-------------|-------------------|-------------|---------------|-------------|---------------|-------------|---------------|-------------|
| Europa | 166.662 | 65,1 | 310.529 | 70,9 | 232.678 | 72,1 | 77.170 | 60,7 | 67.411 | 52,7 | 51.936 | 44,6 | 41.541 | 39,8 | 52.778 | 53,5 |
| Polen | 3.448 | 1,3 | 4.212 | 1,0 | 1.670 | 0,5 | 326 | 0,3 | 119 | 0,1 | 137 | 0,1 | 151 | 0,1 | 49 | 0,0 |
| Rumänien | 40.504 | 15,8 | 103.787 | 23,7 | 73.717 | 22,9 | 9.581 | 7,5 | 3.522 | 2,8 | 1.395 | 1,2 | 794 | 0,8 | 341 | 0,3 |
| Türkei | 23.877 | 9,3 | 28.327 | 6,5 | 19.104 | 5,9 | 19.118 | 15,0 | 25.514 | 19,9 | 23.814 | 20,5 | 16.840 | 16,1 | 11.754 | 11,9 |
| Bulgarien | 12.056 | 4,7 | 31.540 | 7,2 | 22.547 | 7,0 | 3.367 | 2,6 | 1.152 | 0,9 | 940 | 0,8 | 761 | 0,7 | 172 | 0,2 |
| Serbien | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Kosovo | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Mazedonien | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Jugoslawien ³ | 74.854 | 29,2 | 115.395 | 26,3 | 73.476 | 22,8 | 30.404 | 23,9 | 26.227 | 20,5 | 18.085 | 15,5 | 14.789 | 14,2 | 34.979 | 35,5 |
| Bosnien-Herzegowina | - | - | 6.197 | 1,4 | 21.240 | 6,6 | 7.297 | 5,7 | 4.932 | 3,9 | 1.939 | 1,7 | 1.668 | 1,6 | 1.533 | 1,6 |
| Russische Föderation ⁴ | 5.690 | 2,2 | 11.952 | 2,7 | 5.280 | 1,6 | 1.303 | 1,0 | 1.436 | 1,1 | 1.345 | 1,2 | 1.196 | 1,1 | 867 | 0,9 |
| Albanien | 4.227 | 1,7 | 5.957 | 1,4 | 3.666 | 1,1 | 848 | 0,7 | 335 | 0,3 | 355 | 0,3 | 1.038 | 1,0 | 761 | 0,8 |
| Afrika | 36.094 | 14,1 | 67.408 | 15,4 | 37.570 | 11,6 | 17.341 | 13,6 | 14.374 | 11,2 | 15.520 | 13,3 | 14.126 | 13,5 | 11.458 | 11,6 |
| Ägypten | 1.514 | 0,6 | 2.493 | 0,6 | 1.808 | 0,6 | 263 | 0,2 | 389 | 0,3 | 357 | 0,3 | 489 | 0,5 | 292 | 0,3 |
| Äthiopien | 3.096 | 1,2 | 1.592 | 0,4 | 688 | 0,2 | 946 | 0,7 | 1.168 | 0,9 | 1.292 | 1,1 | 878 | 0,8 | 373 | 0,4 |
| Algerien | 1.388 | 0,5 | 7.669 | 1,8 | 11.262 | 3,5 | 2.784 | 2,2 | 1.447 | 1,1 | 1.417 | 1,2 | 1.586 | 1,5 | 1.572 | 1,6 |
| Eritrea | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Gambia | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Ghana | 4.541 | 1,8 | 6.994 | 1,6 | 1.973 | 0,6 | 300 | 0,2 | 275 | 0,2 | 277 | 0,2 | 369 | 0,4 | 308 | 0,3 |
| Guinea | - | - | - | - | - | - | - | - | 163 | 0,1 | 341 | 0,3 | 401 | 0,4 | 419 | 0,4 |
| Marokko | 2.099 | 0,8 | 2.565 | 0,6 | 1.416 | 0,4 | 649 | 0,5 | 510 | 0,4 | 452 | 0,4 | 494 | 0,5 | 361 | 0,4 |
| Nigeria | 8.358 | 3,3 | 10.486 | 2,4 | 1.083 | 0,3 | 838 | 0,7 | 1.164 | 0,9 | 1.687 | 1,4 | 1.137 | 1,1 | 664 | 0,7 |
| Somalia | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Togo | 810 | 0,3 | 4.052 | 0,9 | 2.892 | 0,9 | 3.488 | 2,7 | 994 | 0,8 | 961 | 0,8 | 1.074 | 1,0 | 722 | 0,7 |
| Kongo, Dem. Rep. ⁵ | 2.134 | 0,8 | 8.305 | 1,9 | 2.896 | 0,9 | 1.579 | 1,2 | 2.546 | 2,0 | 2.971 | 2,6 | 1.920 | 1,8 | 948 | 1,0 |
| Amerika u. Australien⁶ | 293 | 0,1 | 356 | 0,1 | 287 | 0,1 | 214 | 0,2 | 235 | 0,2 | 380 | 0,3 | 436 | 0,4 | 262 | 0,3 |

| Herkunftsland | 1991 ¹ | % | 1992 | % | 1993 | % | 1994 | % | 1995 ² | % | 1996 | % | 1997 | % | 1998 | % |
|--------------------------|-------------------|--------------|----------------|--------------|----------------|--------------|----------------|--------------|-------------------|--------------|----------------|--------------|----------------|--------------|---------------|--------------|
| Asien | 50.612 | 19,8 | 56.480 | 12,9 | 50.209 | 15,6 | 31.249 | 24,6 | 43.920 | 34,3 | 45.634 | 39,2 | 45.549 | 43,6 | 31.971 | 32,4 |
| Afghanistan | 7.337 | 2,9 | 6.351 | 1,4 | 5.506 | 1,7 | 5.642 | 4,4 | 7.515 | 5,9 | 5.663 | 4,9 | 4.735 | 4,5 | 3.768 | 3,8 |
| Armenien | - | - | - | - | 6.469 | 2,0 | 2.127 | 1,7 | 3.383 | 2,6 | 3.510 | 3,0 | 2.488 | 2,4 | 1.655 | 1,7 |
| Aserbaidshjan | - | - | - | - | 564 | 0,2 | 368 | 0,3 | 360 | 0,3 | 795 | 0,7 | - | - | 1.566 | 1,6 |
| Bangladesch | 1.228 | 0,5 | 2.395 | 0,5 | 1.166 | 0,4 | 678 | 0,5 | 994 | 0,8 | 934 | 0,8 | 1.278 | 1,2 | 541 | 0,5 |
| China | 784 | 0,3 | 2.564 | 0,6 | 4.396 | 1,4 | 628 | 0,5 | 673 | 0,5 | 1.123 | 1,0 | 1.621 | 1,6 | 869 | 0,9 |
| Georgien | - | - | - | - | 1.470 | 0,5 | 897 | 0,7 | 2.197 | 1,7 | 2.165 | 1,9 | 2.916 | 2,8 | 1.979 | 2,0 |
| Indien | 5.523 | 2,2 | 5.798 | 1,3 | 3.807 | 1,2 | 1.768 | 1,4 | 2.691 | 2,1 | 2.772 | 2,4 | 1.860 | 1,8 | 1.491 | 1,5 |
| Irak | 1.384 | 0,5 | 1.484 | 0,3 | 1.246 | 0,4 | 2.066 | 1,6 | 6.880 | 5,4 | 10.842 | 9,3 | 14.088 | 13,5 | 7.435 | 7,5 |
| Iran | 8.643 | 3,4 | 3.834 | 0,9 | 2.664 | 0,8 | 3.445 | 2,7 | 3.908 | 3,1 | 4.809 | 4,1 | 3.838 | 3,7 | 2.955 | 3,0 |
| Libanon | 4.887 | 1,9 | 5.622 | 1,3 | 2.449 | 0,8 | 1.456 | 1,1 | 1.126 | 0,9 | 1.132 | 1,0 | 964 | 0,9 | 604 | 0,6 |
| Pakistan | 4.364 | 1,7 | 5.215 | 1,2 | 2.753 | 0,9 | 2.030 | 1,6 | 3.116 | 2,4 | 2.596 | 2,2 | 2.316 | 2,2 | 1.520 | 1,5 |
| Sri Lanka | 5.623 | 2,2 | 5.303 | 1,2 | 3.280 | 1,0 | 4.813 | 3,8 | 6.048 | 4,7 | 4.982 | 4,3 | 3.989 | 3,8 | 1.982 | 2,0 |
| Syrien | 1.588 | 0,6 | 1.330 | 0,3 | 983 | 0,3 | 933 | 0,7 | 1.158 | 0,9 | 1.872 | 1,6 | 1.549 | 1,5 | 1.753 | 1,8 |
| Vietnam | 8.133 | 3,2 | 12.258 | 2,8 | 10.960 | 3,4 | 3.427 | 2,7 | 2.619 | 2,0 | 1.130 | 1,0 | 1.494 | 1,4 | 2.991 | 3,0 |
| Staatenlose u. a. | 2.451 | 1,0 | 3.418 | 0,8 | 1.855 | 0,6 | 1.236 | 1,0 | 1.997 | 1,6 | 2.897 | 2,5 | 2.701 | 2,6 | 2.176 | 2,2 |
| Gesamt | 256.112 | 100,0 | 438.191 | 100,0 | 322.599 | 100,0 | 127.210 | 100,0 | 127.937 | 100,0 | 116.367 | 100,0 | 104.353 | 100,0 | 98.644 | 100,0 |



Fortsetzung Tabelle 3-44: Asylantragsteller (Erstanträge) nach ausgewählten Herkunftsländern von 1991 bis 2015

| Herkunftsland | 1999 | % | 2000 | % | 2001 | % | 2002 | % | 2003 | % | 2004 | % | 2005 | % | 2006 | % |
|--|---------------|-------------|---------------|-------------|---------------|-------------|---------------|-------------|---------------|-------------|---------------|-------------|---------------|-------------|--------------|-------------|
| Europa | 47.742 | 50,2 | 27.353 | 34,8 | 29.473 | 33,4 | 25.631 | 36,0 | 18.156 | 35,9 | 13.175 | 37,0 | 11.712 | 40,5 | 7.447 | 35,4 |
| Polen | 42 | 0,0 | 141 | 0,2 | 134 | 0,2 | 50 | 0,1 | 32 | 0,1 | 21 | 0,1 | 16 | 0,1 | 3 | 0,0 |
| Rumänien | 222 | 0,2 | 174 | 0,2 | 181 | 0,2 | 118 | 0,2 | 104 | 0,2 | 61 | 0,2 | 55 | 0,2 | 60 | 0,3 |
| Türkei | 9.065 | 9,5 | 8.968 | 11,4 | 10.869 | 12,3 | 9.575 | 13,5 | 6.301 | 12,5 | 4.148 | 11,6 | 2.958 | 10,2 | 1.949 | 9,3 |
| Bulgarien | 90 | 0,1 | 72 | 0,1 | 66 | 0,1 | 814 | 1,1 | 502 | 1,0 | 480 | 1,3 | 278 | 1,0 | 142 | 0,7 |
| Jugoslawien ³ | 31.451 | 33,1 | 11.121 | 14,2 | 7.758 | 8,8 | 6.679 | 9,4 | 4.909 | 9,7 | 3.855 | 10,8 | 5.522 | 19,1 | 3.237 | 15,4 |
| Serbien | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Kosovo | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Mazedonien | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Bosnien-Herzegowina | 1.755 | 1,8 | 1.638 | 2,1 | 2.259 | 2,6 | 1.017 | 1,4 | 600 | 1,2 | 412 | 1,2 | 325 | 1,1 | 209 | 1,0 |
| Russische Föderation ⁴ | 2.094 | 2,2 | 2.763 | 3,5 | 4.523 | 5,1 | 4.058 | 5,7 | 3.383 | 6,7 | 2.757 | 7,7 | 1.719 | 5,9 | 1.040 | 4,9 |
| Albanien | 753 | 0,8 | 346 | 0,4 | 369 | 0,4 | 365 | 0,5 | 255 | 0,5 | 161 | 0,5 | 120 | 0,4 | 114 | 0,5 |
| Afrika | 9.594 | 10,1 | 9.513 | 12,1 | 11.893 | 13,5 | 11.768 | 16,5 | 9.997 | 19,8 | 8.043 | 22,6 | 5.278 | 18,3 | 3.855 | 18,3 |
| Ägypten | 219 | 0,2 | 118 | 0,2 | 78 | 0,1 | 97 | 0,1 | 56 | 0,1 | 56 | 0,2 | 56 | 0,2 | 66 | 0,3 |
| Äthiopien | 336 | 0,4 | 366 | 0,5 | 378 | 0,4 | 488 | 0,7 | 416 | 0,8 | 282 | 0,8 | 194 | 0,7 | 176 | 0,8 |
| Algerien | 1.473 | 1,5 | 1.379 | 1,8 | 1.986 | 2,2 | 1.743 | 2,5 | 1.139 | 2,3 | 746 | 2,1 | 433 | 1,5 | 369 | 1,8 |
| Eritrea | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Gambia | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Ghana | 277 | 0,3 | 268 | 0,3 | 284 | 0,3 | 297 | 0,4 | 375 | 0,7 | 394 | 1,1 | 459 | 1,6 | 413 | 2,0 |
| Guinea | 128 | 0,1 | 232 | 0,3 | 478 | 0,5 | 360 | 0,5 | 413 | 0,8 | 349 | 1,0 | 210 | 0,7 | 110 | 0,5 |
| Marokko | 298 | 0,3 | 287 | 0,4 | 280 | 0,3 | 259 | 0,4 | 296 | 0,6 | 267 | 0,7 | 186 | 0,6 | 185 | 0,9 |
| Nigeria | 305 | 0,3 | 420 | 0,5 | 526 | 0,6 | 987 | 1,4 | 1051 | 2,1 | 1.130 | 3,2 | 608 | 2,1 | 481 | 2,3 |
| Somalia | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | 240 | 0,7 | 163 | 0,6 | 146 | 0,7 |
| Togo | 849 | 0,9 | 751 | 1,0 | 1.129 | 1,3 | 1.260 | 1,8 | 672 | 1,3 | 354 | 1,0 | 319 | 1,1 | 164 | 0,8 |
| Kongo, Dem. Rep. ⁵ | 801 | 0,8 | 695 | 0,9 | 859 | 1,0 | 1.007 | 1,4 | 615 | 1,2 | 348 | 1,0 | 398 | 1,4 | 227 | 1,1 |
| Amerika u. Australien⁶ | 288 | 0,3 | 323 | 0,4 | 272 | 0,3 | 190 | 0,3 | 150 | 0,3 | 142 | 0,4 | 115 | 0,4 | 359 | 1,7 |

| Herkunftsland | 1999 | % | 2000 | % | 2001 | % | 2002 | % | 2003 | % | 2004 | % | 2005 | % | 2006 | % |
|-------------------------|---------------|--------------|---------------|--------------|---------------|--------------|---------------|--------------|---------------|--------------|---------------|--------------|---------------|--------------|---------------|--------------|
| Asien | 34.874 | 36,7 | 39.091 | 49,8 | 45.622 | 51,7 | 32.746 | 46,0 | 21.856 | 43,2 | 13.950 | 39,2 | 11.310 | 39,1 | 8.997 | 42,8 |
| Afghanistan | 4.458 | 4,7 | 5.380 | 6,8 | 5.837 | 6,6 | 2.772 | 3,9 | 1.473 | 2,9 | 918 | 2,6 | 711 | 2,5 | 531 | 2,5 |
| Armenien | 2.386 | 2,5 | 903 | 1,1 | 913 | 1,0 | 894 | 1,3 | 762 | 1,5 | 567 | 1,6 | 555 | 1,9 | 303 | 1,4 |
| Aserbaidshen | 2.628 | 2,8 | 1.418 | 1,8 | 1.645 | 1,9 | 1.689 | 2,4 | 1.291 | 2,6 | 1.363 | 3,8 | 848 | 2,9 | 483 | 2,3 |
| Bangladesch | 449 | 0,5 | 205 | 0,3 | - | - | - | - | 122 | 0,2 | 110 | 0,3 | 92 | 0,3 | 107 | 0,5 |
| China | 1.236 | 1,3 | 2.072 | 2,6 | 1.531 | 1,7 | 1.738 | 2,4 | 2.387 | 4,7 | 1.186 | 3,3 | 633 | 2,2 | 440 | 2,1 |
| Georgien | 1.096 | 1,2 | 801 | 1,0 | 1.220 | 1,4 | 1.531 | 2,2 | 1.139 | 2,3 | 802 | 2,3 | 493 | 1,7 | 240 | 1,1 |
| Indien | 1.499 | 1,6 | 1.826 | 2,3 | 2.651 | 3,0 | 2.246 | 3,2 | 1.736 | 3,4 | 1.118 | 3,1 | 557 | 1,9 | 512 | 2,4 |
| Irak | 8.662 | 9,1 | 11.601 | 14,8 | 17.167 | 19,4 | 10.242 | 14,4 | 3.850 | 7,6 | 1.293 | 3,6 | 1.983 | 6,9 | 2.117 | 10,1 |
| Iran | 3.407 | 3,6 | 4.878 | 6,2 | 3.455 | 3,9 | 2.642 | 3,7 | 2.049 | 4,1 | 1.369 | 3,8 | 929 | 3,2 | 611 | 2,9 |
| Libanon | 598 | 0,6 | 757 | 1,0 | 671 | 0,8 | 779 | 1,1 | 637 | 1,3 | 344 | 1,0 | 588 | 2,0 | 601 | 2,9 |
| Pakistan | 1.727 | 1,8 | 1.506 | 1,9 | 1.180 | 1,3 | 1.084 | 1,5 | 1.122 | 2,2 | 1.062 | 3,0 | 551 | 1,9 | 464 | 2,2 |
| Sri Lanka | 1.254 | 1,3 | 1.170 | 1,5 | 622 | 0,7 | 434 | 0,6 | 278 | 0,5 | 217 | 0,6 | 220 | 0,8 | 170 | 0,8 |
| Syrien | 2.156 | 2,3 | 2.641 | 3,4 | 2.232 | 2,5 | 1.829 | 2,6 | 1.192 | 2,4 | 768 | 2,2 | 933 | 3,2 | 609 | 2,9 |
| Vietnam | 2.425 | 2,5 | 2.332 | 3,0 | 3.721 | 4,2 | 2.340 | 3,3 | 2.096 | 4,1 | 1.668 | 4,7 | 1.222 | 4,2 | 990 | 4,7 |
| Staatenlose u.a. | 2.615 | 2,7 | 2.284 | 2,9 | 1.027 | 1,2 | 792 | 1,1 | 404 | 0,8 | 297 | 0,8 | 499 | 1,7 | 371 | 1,8 |
| Gesamt | 95.113 | 100,0 | 78.564 | 100,0 | 88.287 | 100,0 | 71.127 | 100,0 | 50.563 | 100,0 | 35.607 | 100,0 | 28.914 | 100,0 | 21.029 | 100,0 |



Fortsetzung Tabelle 3-44: Asylantragsteller (Erstanträge) nach ausgewählten Herkunftsländern von 1991 bis 2015

| Herkunftsland | 2007 | % | 2008 | % | 2009 | % | 2010 | % | 2011 | % | 2012 | % | 2013 | % | 2014 | % | 2015 | % |
|--|--------------|-------------|--------------|-------------|--------------|-------------|---------------|-------------|---------------|-------------|---------------|-------------|---------------|-------------|---------------|-------------|----------------|-------------|
| Europa | 4.930 | 25,7 | 4.266 | 19,3 | 4.972 | 18,0 | 12.279 | 29,7 | 11.042 | 24,1 | 22.526 | 34,9 | 42.831 | 39,1 | 53.349 | 30,8 | 134.144 | 30,4 |
| Polen | 5 | 0,0 | 4 | 0,0 | 1 | 0,0 | 5 | 0,0 | 2 | 0,0 | 1 | 0,0 | 11 | 0,0 | 18 | 0,0 | 7 | 0,0 |
| Rumänien | 5 | 0,0 | 1 | 0,0 | 3 | 0,0 | 13 | 0,0 | 9 | 0,0 | 8 | 0,0 | 34 | 0,0 | 7 | 0,0 | 5 | 0,0 |
| Türkei | 1.437 | 7,5 | 1.408 | 6,4 | 1.429 | 5,2 | 1.340 | 3,2 | 1.578 | 3,4 | 1.457 | 2,3 | 1.521 | 1,4 | 1.565 | 0,9 | 1.500 | 0,3 |
| Bulgarien | 6 | 0,0 | 6 | 0,0 | 6 | 0,0 | 22 | 0,1 | 14 | 0,0 | 48 | 0,1 | 82 | 0,1 | 25 | 0,0 | 17 | 0,0 |
| Jugoslawien ³ | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Serbien | 1.996 | 10,4 | 729 | 3,3 | 581 | 2,1 | 4.978 | 12,0 | 4.579 | 10,0 | 8.477 | 13,1 | 11.459 | 10,5 | 17.172 | 9,9 | 16.700 | 3,8 |
| Kosovo | - | - | 879 | 4,0 | 1.400 | 5,1 | 1.614 | 3,9 | 1.395 | 3,0 | 1.906 | 3,0 | 3.394 | 3,1 | 6.908 | 4,0 | 33.427 | 7,6 |
| Mazedonien | - | - | 82 | 0,4 | 109 | 0,4 | 2.466 | 6,0 | 1.131 | 2,5 | 4.546 | 7,0 | 6.208 | 5,7 | 5.614 | 3,2 | 9.083 | 2,1 |
| Bosnien-Herzegowina | 109 | 0,6 | 131 | 0,6 | 171 | 0,6 | 301 | 0,7 | 305 | 0,7 | 2.025 | 3,1 | 3.323 | 3,0 | 5.705 | 3,3 | 4.634 | 1,0 |
| Russische Föderation ⁴ | 772 | 4,0 | 792 | 3,6 | 936 | 3,4 | 1.199 | 2,9 | 1.689 | 3,7 | 3.202 | 5,0 | 14.887 | 13,6 | 4.411 | 2,5 | 5.257 | 1,2 |
| Albanien | 70 | 0,4 | 63 | 0,3 | 49 | 0,2 | 39 | 0,1 | 78 | 0,2 | 232 | 0,4 | 1.247 | 1,1 | 7.865 | 4,5 | 53.805 | 12,2 |
| Afrika | 3.486 | 18,2 | 3.856 | 17,5 | 4.436 | 16,0 | 6.826 | 16,5 | 6.550 | 14,3 | 8.327 | 12,9 | 22.415 | 20,5 | 39.322 | 22,7 | 41.712 | 9,4 |
| Ägypten | 48 | 0,3 | 60 | 0,3 | 84 | 0,3 | 118 | 0,3 | 177 | 0,4 | 254 | 0,4 | 2.133 | 1,9 | 1.014 | 0,6 | 1.002 | 0,2 |
| Äthiopien | 167 | 0,9 | 183 | 0,8 | 220 | 0,8 | 289 | 0,7 | 430 | 0,9 | 481 | 0,7 | 717 | 0,7 | 1.174 | 0,7 | 2.135 | 0,5 |
| Algerien | 380 | 2,0 | 449 | 2,0 | 500 | 1,8 | 439 | 1,1 | 487 | 1,1 | 489 | 0,8 | 1.056 | 1,0 | 2.176 | 1,3 | 2.041 | 0,5 |
| Eritrea | - | - | 262 | 1,2 | 346 | 1,3 | 642 | 1,6 | 632 | 1,4 | 650 | 1,0 | 3.616 | 3,3 | 13.198 | 7,6 | 10.876 | 2,5 |
| Gambia | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | 1.912 | 1,1 | 2.993 | 0,7 |
| Ghana | 267 | 1,4 | 206 | 0,9 | 198 | 0,7 | 253 | 0,6 | 271 | 0,6 | 489 | 0,8 | 756 | 0,7 | 1.144 | 0,7 | 1.109 | 0,3 |
| Guinea | 132 | 0,7 | 199 | 0,9 | 237 | 0,9 | 229 | 0,6 | 281 | 0,6 | 428 | 0,7 | 1.260 | 1,1 | 1.148 | 0,7 | 662 | 0,2 |
| Marokko | 195 | 1,0 | 161 | 0,7 | 212 | 0,8 | 220 | 0,5 | 307 | 0,7 | 496 | 0,8 | 1.191 | 1,1 | 1.537 | 0,9 | 1.630 | 0,4 |
| Nigeria | 503 | 2,6 | 561 | 2,5 | 791 | 2,9 | 716 | 1,7 | 759 | 1,7 | 892 | 1,4 | 1.923 | 1,8 | 3.924 | 2,3 | 5.207 | 1,2 |
| Somalia | 121 | 0,6 | 165 | 0,7 | 346 | 1,3 | 2.235 | 5,4 | 984 | 2,2 | 1.243 | 1,9 | 3.786 | 3,5 | 5.528 | 3,2 | 5.126 | 1,2 |
| Togo | 75 | 0,4 | 77 | 0,3 | 55 | 0,2 | 76 | 0,2 | 57 | 0,1 | 81 | 0,1 | 116 | 0,1 | 157 | 0,1 | 239 | 0,1 |
| Kongo, Dem. Rep. ⁵ | 194 | 1,0 | 190 | 0,9 | 156 | 0,6 | 152 | 0,4 | 190 | 0,4 | 249 | 0,4 | 253 | 0,2 | 196 | 0,1 | 156 | 0,0 |
| Amerika u. Australien⁶ | 122 | 0,6 | 62 | 0,3 | 61 | 0,2 | 59 | 0,1 | 139 | 0,3 | 131 | 0,2 | 152 | 0,1 | 163 | 0,1 | 197 | 0,0 |

| Herkunftsland | 2007 | % | 2008 | % | 2009 | % | 2010 | % | 2011 | % | 2012 | % | 2013 | % | 2014 | % | 2015 | % |
|--------------------------|---------------|--------------|---------------|--------------|---------------|--------------|---------------|--------------|---------------|--------------|---------------|--------------|----------------|--------------|----------------|--------------|----------------|--------------|
| Asien | 10.262 | 53,5 | 13.599 | 61,6 | 17.765 | 64,3 | 21.591 | 52,2 | 27.381 | 59,9 | 32.973 | 51,1 | 42.559 | 38,8 | 75.424 | 43,6 | 250.202 | 56,6 |
| Afghanistan | 338 | 1,8 | 657 | 3,0 | 3.375 | 12,2 | 5.905 | 14,3 | 7.767 | 17,0 | 7.498 | 11,6 | 7.735 | 7,1 | 9.115 | 5,3 | 31.382 | 7,1 |
| Armenien | 239 | 1,2 | 198 | 0,9 | 264 | 1,0 | 296 | 0,7 | 335 | 0,7 | 570 | 0,9 | 1.159 | 1,1 | 2.113 | 1,2 | 1.965 | 0,4 |
| Aserbaidschan | 274 | 1,4 | 360 | 1,6 | 652 | 2,4 | 469 | 1,1 | 646 | 1,4 | 547 | 0,8 | 905 | 0,8 | 1.192 | 0,7 | 1.335 | 0,3 |
| Bangladesch | 65 | 0,3 | 45 | 0,2 | 49 | 0,2 | 92 | 0,2 | 143 | 0,3 | 304 | 0,5 | 669 | 0,6 | 695 | 0,4 | 808 | 0,2 |
| China | 253 | 1,3 | 299 | 1,4 | 371 | 1,3 | 367 | 0,9 | 339 | 0,7 | 279 | 0,4 | 372 | 0,3 | 461 | 0,3 | 521 | 0,1 |
| Georgien | 181 | 0,9 | 232 | 1,1 | 560 | 2,0 | 664 | 1,6 | 471 | 1,0 | 1.298 | 2,0 | 2.336 | 2,1 | 2.873 | 1,7 | 2.782 | 0,6 |
| Indien | 413 | 2,2 | 485 | 2,2 | 681 | 2,5 | 810 | 2,0 | 822 | 1,8 | 885 | 1,4 | 1.220 | 1,1 | 1.615 | 0,9 | 1.834 | 0,4 |
| Irak | 4.327 | 22,6 | 6.836 | 31,0 | 6.538 | 23,6 | 5.555 | 13,4 | 5.831 | 12,7 | 5.352 | 8,3 | 3.958 | 3,6 | 5.345 | 3,1 | 29.784 | 6,7 |
| Iran | 631 | 3,3 | 815 | 3,7 | 1.170 | 4,2 | 2.475 | 6,0 | 3.352 | 7,3 | 4.348 | 6,7 | 4.424 | 4,0 | 3.194 | 1,8 | 5.394 | 1,2 |
| Libanon | 592 | 3,1 | 525 | 2,4 | 434 | 1,6 | 324 | 0,8 | 405 | 0,9 | 464 | 0,7 | 496 | 0,5 | 695 | 0,4 | 1.284 | 0,3 |
| Pakistan | 301 | 1,6 | 320 | 1,4 | 481 | 1,7 | 840 | 2,0 | 2.539 | 5,6 | 3.412 | 5,3 | 4.101 | 3,7 | 3.968 | 2,3 | 8.199 | 1,9 |
| Sri Lanka | 375 | 2,0 | 468 | 2,1 | 531 | 1,9 | 435 | 1,1 | 521 | 1,1 | 430 | 0,7 | 596 | 0,5 | 444 | 0,3 | 281 | 0,1 |
| Syrien | 634 | 3,3 | 775 | 3,5 | 819 | 3,0 | 1.490 | 3,6 | 2.634 | 5,8 | 6.201 | 9,6 | 11.851 | 10,8 | 39.332 | 22,7 | 158.657 | 35,9 |
| Vietnam | 987 | 5,2 | 1.042 | 4,7 | 1.115 | 4,0 | 1.009 | 2,4 | 758 | 1,7 | 660 | 1,0 | 613 | 0,6 | 545 | 0,3 | 659 | 0,1 |
| Staatenlose u. a. | 364 | 1,9 | 302 | 1,4 | 415 | 1,5 | 577 | 1,4 | 629 | 1,4 | 582 | 0,9 | 1.623 | 1,5 | 1.376 | 0,8 | 3.886 | 0,9 |
| Gesamt | 19.164 | 100,0 | 22.085 | 100,0 | 27.649 | 100,0 | 41.332 | 100,0 | 45.741 | 100,0 | 64.539 | 100,0 | 109.580 | 100,0 | 173.072 | 100,0 | 441.899 | 100,0 |

Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

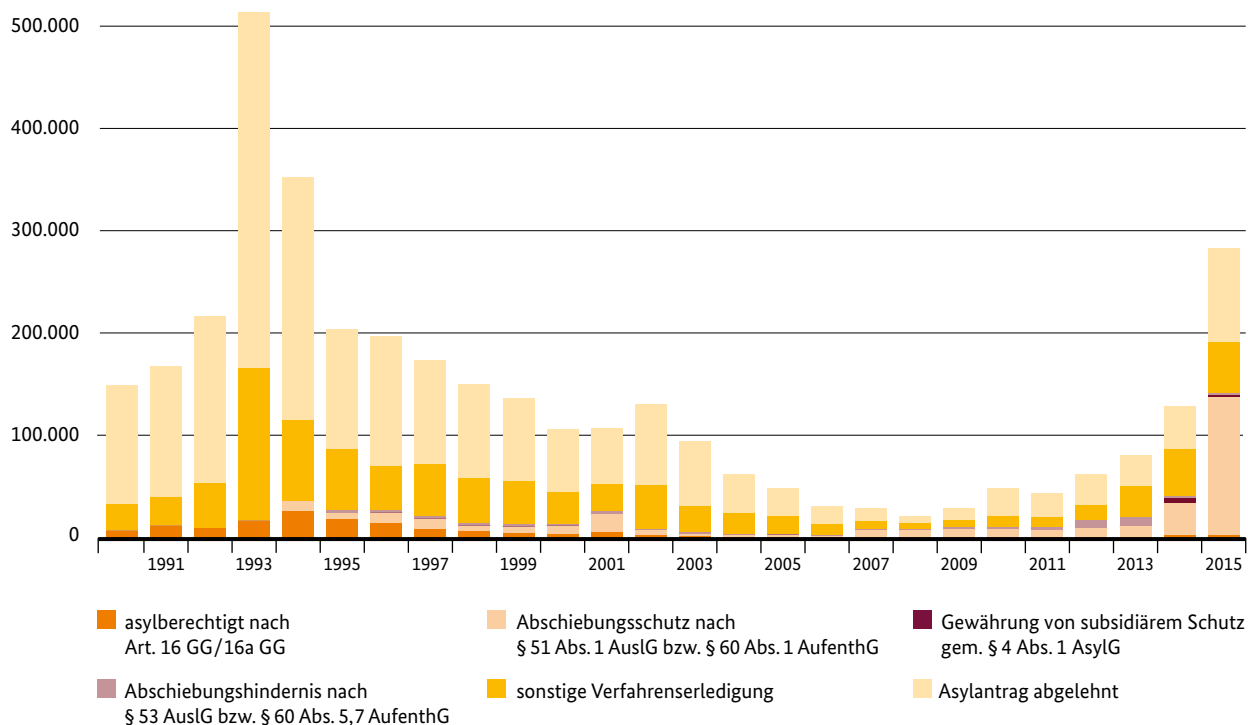
- 1) Ab 1991 Zahlen für Gesamtdeutschland.
- 2) Das BAMF unterscheidet erst seit dem Jahr 1995 zwischen Erst- und Folgeanträgen. Für die Jahre ab 1995 wurden die Zahlen der Erstanträge verwendet.
- 3) Ab 1992 Serbien und Montenegro (Restjugoslawien); ab 1992 werden Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Slowenien und seit August 1993 Mazedonien gesondert gezählt. Die Zahl von 1992 für Jugoslawien beinhaltet noch die Asylbewerber aus Mazedonien. Seit der Unabhängigkeit Montenegros (Juni 2006) werden die Asylanträge von serbischen und montenegrinischen Antragstellern getrennt erfasst.
- 4) 1991 und 1992 Zahlen für die ehemalige Sowjetunion bzw. GUS, ab 1993 Russische Föderation.
- 5) Bis 1997: Zaire.
- 6) 1997 und 1998 nur Amerika (ohne Australien).

Tabelle 3-45: Die zehn Hauptherkunftsländer von Asylantragstellern (Erstanträge) von 2011 bis 2015

| 2011 | | 2012 | | 2013 | | 2014 | | 2015 | |
|----------------------|---------------|----------------------|---------------|----------------------|----------------|---------------------|----------------|------------------|----------------|
| Afghanistan | 7.767 | Serbien | 8.477 | Russische Föderation | 14.887 | Syrien | 39.332 | Syrien | 158.657 |
| Irak | 5.831 | Afghanistan | 7.498 | Syrien | 11.851 | Serbien | 17.172 | Albanien | 53.805 |
| Serbien | 4.579 | Syrien | 6.201 | Serbien | 11.459 | Eritrea | 13.198 | Kosovo | 33.427 |
| Iran | 3.352 | Irak | 5.352 | Afghanistan | 7.735 | Afghanistan | 9.115 | Afghanistan | 31.382 |
| Syrien | 2.634 | Mazedonien | 4.546 | Mazedonien | 6.208 | Albanien | 7.865 | Irak | 29.784 |
| Pakistan | 2.539 | Iran | 4.348 | Iran | 4.424 | Kosovo | 6.908 | Serbien | 16.700 |
| Russische Föderation | 1.689 | Pakistan | 3.412 | Pakistan | 4.101 | Bosnien-Herzegowina | 5.705 | Eritrea | 10.876 |
| Türkei | 1.578 | Russische Föderation | 3.202 | Irak | 3.958 | Mazedonien | 5.614 | Mazedonien | 9.083 |
| Kosovo | 1.395 | Bosnien-Herzegowina | 2.025 | Somalia | 3.786 | Somalia | 5.528 | Pakistan | 8.199 |
| Mazedonien | 1.131 | Kosovo | 1.906 | Eritrea | 3.616 | Irak | 5.345 | Iran | 5.394 |
| Sonstige | 13.246 | Sonstige | 17.572 | Sonstige | 37.555 | Sonstige | 57.290 | Sonstige | 84.592 |
| Insgesamt | 45.741 | Insgesamt | 64.539 | Insgesamt | 109.580 | Insgesamt | 173.072 | Insgesamt | 441.899 |

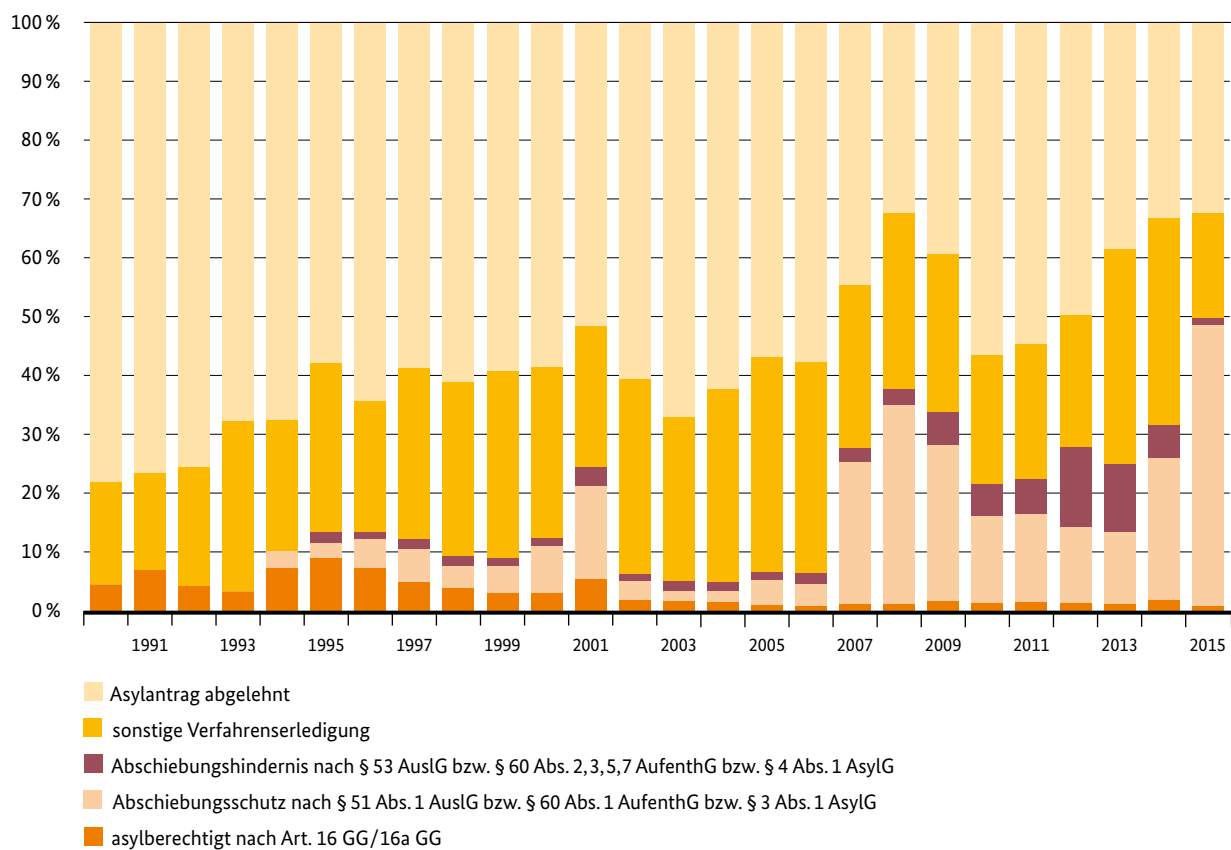
Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Abbildung 3-28: Entscheidungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge von 1990 bis 2015



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Abbildung 3-29: Entscheidungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge in Prozent von 1990 bis 2015



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Tabelle 3-46: Entscheidungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge nach Herkunftsländern im Jahr 2015

| Herkunftsland | Gesamtzahl der Entschei- dungen über Asylanträge | Anerkennungen als Asyl- berechtigte (Art. 16 a und Familienasyl) | | Anerkennung als Flüchtling gem. § 3 Abs. 1 AsylG | | Gewährung von subsidiärem Schutz gem. § 4 Abs. 1 AsylG | | Feststellung eines Abschiebungs- verbotbes gem. § 60 Abs. 5, 7 AufenthG | | Ablehnungen (unbegr. abgekl./ offens. unbegr. abgekl.) | | sonstige Verfahrens- erledigung | | in % |
|---------------------|---|--|-----|---|------|---|-----|--|------|---|------|---------------------------------------|------|------|
| | | in % | | in % | | in % | | in % | | in % | | in % | | |
| Syrien | 105.620 | 1.167 | 1,1 | 99.970 | 94,7 | 61 | 0,1 | 221 | 0,2 | 23 | 0 | 4178 | 4,0 | |
| Albanien | 35.721 | 0 | 0 | 7 | 0 | 33 | 0,1 | 36 | 0,1 | 31.150 | 87,2 | 4.495 | 12,6 | |
| Kosovo | 29.801 | 0 | 0 | 13 | 0 | 22 | 0,1 | 97 | 0,3 | 26.139 | 87,7 | 3.530 | 11,8 | |
| Serbien | 22.341 | 0 | 0 | 4 | 0 | 0 | 0 | 22 | 0,1 | 13.611 | 60,9 | 8.704 | 39,0 | |
| Irak | 16.796 | 157 | 0,9 | 14.353 | 85,5 | 289 | 1,7 | 81 | 0,5 | 128 | 0,8 | 1.788 | 10,6 | |
| Eritrea | 10.099 | 44 | 0,4 | 8.870 | 87,8 | 347 | 3,4 | 39 | 0,4 | 38 | 0,4 | 761 | 7,5 | |
| Mazedonien | 8.245 | 0 | 0 | 23 | 0,3 | 1 | 0 | 20 | 0,2 | 5.583 | 67,7 | 2.618 | 31,8 | |
| Bosnien-Herzegowina | 6.500 | 0 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 | 12 | 0,2 | 3.339 | 51,4 | 3.148 | 48,4 | |
| Afghanistan | 5.966 | 48 | 0,8 | 1.660 | 27,8 | 325 | 5,4 | 809 | 13,6 | 819 | 13,7 | 2.305 | 38,6 | |
| Pakistan | 2.015 | 4 | 0,2 | 158 | 7,8 | 11 | 0,5 | 24 | 1,2 | 844 | 41,9 | 974 | 48,3 | |
| Gesamt | 282.726 | 2.029 | 0,7 | 135.107 | 47,8 | 1.707 | 0,6 | 2.072 | 0,7 | 91.514 | 32,4 | 50.297 | 17,8 | |

Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

3.5 Einreise und Aufenthalt aus familiären Gründen (Ehegatten- und Familiennachzug)

Tabelle 3-47: Erteilte Visa zum Zweck des Ehegatten- und Familiennachzugs nach Deutschland von 1998 bis 2015

| Zuzug von ... | Ehefrauen zu ausländischen Ehemännern | in % | Ehemännern zu ausländischen Ehefrauen | in % | Ehefrauen zu deutschen Ehemännern | in % | Ehemännern zu deutschen Ehefrauen | in % | Kindern unter 18 Jahren | in % | sonstigen Familienangehörigen ¹ | in % | Gesamt | darunter aus der Türkei | in % |
|---------------|---------------------------------------|------|---------------------------------------|------|-----------------------------------|------|-----------------------------------|------|-------------------------|------|--|------|--------|-------------------------|------|
| 1998 | 19.275 | 30,6 | 7.990 | 12,7 | 13.098 | 20,8 | 8.038 | 12,8 | 14.591 | 23,2 | - | - | 62.992 | 21.055 | 33,4 |
| 1999 | 20.036 | 28,3 | 7.711 | 10,9 | 16.246 | 23,0 | 9.865 | 13,9 | 16.892 | 23,9 | - | - | 70.750 | 21.056 | 29,8 |
| 2000 | 19.893 | 26,2 | 7.686 | 10,1 | 18.863 | 24,9 | 11.747 | 15,5 | 17.699 | 23,3 | - | - | 75.888 | 21.447 | 28,3 |
| 2001 | 21.491 | 25,9 | 7.780 | 9,4 | 20.766 | 25,1 | 13.041 | 15,7 | 19.760 | 23,9 | - | - | 82.838 | 23.663 | 28,5 |
| 2002 | 21.609 | 25,3 | 8.164 | 9,6 | 20.325 | 23,8 | 13.923 | 16,3 | 21.284 | 25,0 | - | - | 85.305 | 25.068 | 29,4 |
| 2003 | 18.412 | 24,2 | 6.535 | 8,6 | 20.539 | 26,9 | 12.683 | 16,7 | 17.908 | 23,5 | - | - | 76.077 | 21.908 | 28,8 |
| 2004 | 14.692 | 22,3 | 5.439 | 8,2 | 20.455 | 31,0 | 10.966 | 16,6 | 14.383 | 21,8 | - | - | 65.935 | 17.543 | 26,6 |
| 2005 | 13.085 | 24,6 | 4.068 | 7,6 | 14.969 | 28,1 | 8.811 | 16,6 | 12.280 | 23,1 | - | - | 53.213 | 15.162 | 28,5 |
| 2006 | 13.176 | 26,2 | 3.712 | 7,4 | 14.075 | 28,0 | 8.622 | 17,1 | 10.715 | 21,3 | - | - | 50.300 | 11.980 | 23,8 |
| 2007 | 11.177 | 26,5 | 3.012 | 7,1 | 11.592 | 27,5 | 6.685 | 15,8 | 9.753 | 23,1 | - | - | 42.219 | 9.237 | 21,9 |
| 2008 | 11.167 | 28,1 | 2.939 | 7,4 | 10.791 | 27,2 | 5.870 | 14,8 | 8.950 | 22,5 | - | - | 39.717 | 8.079 | 20,3 |
| 2009 | 12.859 | 30,1 | 2.902 | 6,8 | 11.603 | 27,1 | 5.830 | 13,6 | 9.562 | 22,4 | - | - | 42.756 | 8.048 | 18,8 |
| 2010 | 11.894 | 29,6 | 2.847 | 7,1 | 11.259 | 28,0 | 5.649 | 14,0 | 8.561 | 21,3 | - | - | 40.210 | 7.456 | 18,5 |
| 2011 | 11.807 | 28,8 | 3.098 | 7,6 | 11.555 | 28,2 | 6.190 | 15,1 | 8.325 | 20,3 | - | - | 40.975 | 7.702 | 18,8 |
| 2012 | 12.044 | 29,5 | 2.962 | 7,3 | 10.984 | 26,9 | 5.856 | 14,3 | 8.850 | 21,7 | 147 | 0,4 | 40.843 | 6.355 | 15,6 |
| 2013 | 12.202 | 27,5 | 3.046 | 6,9 | 11.641 | 26,3 | 5.888 | 13,3 | 9.206 | 20,8 | 2.328 | 5,3 | 44.311 | 6.113 | 13,8 |
| 2014 | 15.342 | 30,3 | 3.359 | 6,6 | 11.291 | 22,3 | 6.026 | 11,9 | 11.952 | 23,6 | 2.594 | 5,1 | 50.564 | 7.870 | 15,6 |
| 2015 | 23.650 | 32,5 | 3.952 | 5,4 | 11.620 | 16,0 | 6.163 | 8,5 | 22.348 | 30,8 | 4.926 | 6,8 | 72.659 | 15.888 | 21,9 |

Quelle: Auswärtiges Amt

1) Die Kategorie „Sonstige Familienangehörige“ wird in der Visastatistik seit dem Jahr 2012 ausgewiesen.

Tabelle 3-48: Erteilte Visa zum Zweck des Ehegatten- und Familiennachzugs nach Deutschland in den Jahren von 2002 bis 2015 nach ausgewählten Herkunftsländern

| | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 |
|----------------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|
| Türkei | 25.068 | 21.908 | 17.543 | 15.162 | 11.980 | 9.237 | 8.079 | 8.048 | 7.456 | 7.702 | 6.355 | 6.113 | 7.870 | 15.888 |
| Libanon | 761 | 670 | 859 | 744 | 611 | 467 | 571 | 532 | 526 | 476 | 960 | 1.164 | 2.565 | 10.685 |
| Indien | 1.617 | 1.673 | 1.851 | 1.412 | 1.448 | 1.778 | 2.434 | 2.581 | 2.641 | 2.900 | 3.962 | 3.851 | 5.121 | 6.027 |
| Russische Föderation | 5.523 | 5.329 | 5.462 | 4.558 | 4.333 | 3.333 | 2.626 | 2.725 | 2.689 | 3.077 | 3.185 | 3.560 | 3.600 | 3.951 |
| China | 1.361 | 1.110 | 873 | 1.086 | 1.124 | 1.210 | 1.265 | 1.427 | 1.448 | 1.850 | 2.061 | 2.373 | 2.432 | 2.901 |
| Kosovo | - | - | - | - | - | - | - | 3.479 | 3.203 | 3.102 | 2.742 | 2.376 | 2.826 | 2.568 |
| Ägypten | 581 | 530 | 609 | 454 | 661 | 889 | 644 | 597 | 333 | 461 | 885 | 1.131 | 1.396 | 2.061 |
| Ukraine | 1.444 | 1.766 | 1.924 | 1.545 | 1.267 | 991 | 1.286 | 1.204 | 1.229 | 1.525 | 1.601 | 1.704 | 1.944 | 2.058 |
| Jordanien | 718 | 579 | 206 | 338 | 308 | 250 | 182 | 685 | 231 | 227 | 647 | 806 | 622 | 2.007 |
| Marokko | 3.794 | 2.200 | 1.957 | 1.810 | 1.704 | 1.365 | 1.387 | 1.500 | 1.464 | 1.547 | 1.574 | 1.514 | 1.465 | 1.790 |
| Bosnien-Herzegowina | 2.080 | 1.841 | 1.918 | 1.678 | 1.438 | 1.085 | 991 | 857 | 777 | 696 | 819 | 967 | 1.188 | 1.613 |
| Thailand | 3.138 | 3.667 | 3.850 | 3.249 | 2.809 | 2.239 | 1.752 | 1.817 | 1.725 | 1.298 | 1.064 | 1.735 | 1.540 | 1.598 |
| Pakistan | 1.072 | 1.540 | 1.282 | 927 | 735 | 617 | 723 | 969 | 786 | 662 | 523 | 798 | 1.022 | 1.379 |
| Tunesien | 1.114 | 1.017 | 1.068 | 969 | 919 | 790 | 679 | 728 | 842 | 924 | 1.004 | 1.132 | 1.248 | 1.268 |
| Serbien | 2.250 | 2.135 | 4.905 | 2.116 | 5.379 | 4.773 | 4.437 | 1.024 | 688 | 910 | 985 | 975 | 1.041 | 1.246 |
| Afghanistan | 0 | 2 | 23 | 4 | 124 | 292 | 370 | 384 | 348 | 504 | 381 | 463 | 932 | 880 |
| Iran | 1.454 | 1.203 | 1.059 | 958 | 695 | 665 | 546 | 660 | 780 | 913 | 896 | 1.130 | 919 | 847 |
| Mazedonien | 4.768 | 2.365 | 1.229 | 1.156 | 1.087 | 815 | 730 | 738 | 431 | 566 | 570 | 722 | 742 | 841 |
| Vietnam | 1.670 | 1.315 | 1.266 | 1.142 | 1.156 | 886 | 810 | 742 | 797 | 769 | 728 | 628 | 751 | 712 |
| Mexiko | 253 | 237 | 408 | 463 | 570 | 594 | 732 | 604 | 372 | 517 | 411 | 429 | 794 | 667 |
| Saudi-Arabien | 93 | 75 | 47 | 57 | 32 | 28 | 11 | 17 | 41 | 24 | 13 | 68 | 54 | 604 |
| Kasachstan | 2.015 | 1.190 | 2.037 | 1.775 | 1.250 | 939 | 578 | 515 | 329 | 391 | 422 | 496 | 544 | 528 |
| Weißrussland | 630 | 535 | 414 | 39 | 0 | 94 | 271 | 293 | 307 | 301 | 397 | 444 | 481 | 523 |
| Syrien ¹ | 616 | 763 | 358 | 546 | 488 | 439 | 842 | 2.420 | 2.945 | 1.346 | 80 | 0 | 0 | 0 |
| Insgesamt | 85.305 | 76.077 | 65.935 | 53.213 | 50.300 | 42.219 | 39.717 | 42.756 | 40.210 | 40.975 | 40.843 | 44.311 | 50.564 | 72.659 |

Quelle: Auswärtiges Amt

- 1) Der starke Rückgang im Falle Syriens ab 2012 ist darauf zurückzuführen, dass die deutsche Auslandsvertretung in Damaskus aufgrund des Konflikts in Syrien seit dem 20. Januar 2012 geschlossen ist. Syrische Staatsangehörige beantragen deshalb vor allem in den deutschen Auslandsvertretungen in Jordanien, der Türkei und in Libanon Visa zum Zweck des Familiennachzugs.

Tabelle 3-49: Erteilte Visa zum Zweck des Ehegatten- und Familiennachzugs nach Deutschland nach ausgewählten Herkunftsländern im Jahr 2015 im Vergleich zum Vorjahr

| Zuzug von ... | Ehefrauen zu ausländischen Ehemännern | | Ehemännern zu ausländischen Ehefrauen | | Ehefrauen zu deutschen Ehemännern | | Ehemännern zu deutschen Ehefrauen | | Kindern unter 18 Jahren | | sonstigen Familien- angehörigen | | Gesamt | |
|-------------------------|--|---------------|--|--------------|---|---------------|---|--------------|-------------------------------|---------------|---------------------------------------|--------------|---------------|---------------|
| | 2014 | 2015 | 2014 | 2015 | 2014 | 2015 | 2014 | 2015 | 2014 | 2015 | 2014 | 2015 | 2014 | 2015 |
| Türkei | 2.418 | 5.642 | 832 | 1.002 | 1.237 | 1.428 | 1.712 | 1.864 | 1.095 | 4.053 | 576 | 1.899 | 7.870 | 15.888 |
| Libanon | 775 | 3.893 | 86 | 201 | 357 | 315 | 311 | 295 | 858 | 5.447 | 178 | 534 | 2.565 | 10.685 |
| Indien | 2.958 | 3.364 | 143 | 183 | 148 | 134 | 93 | 86 | 1.743 | 2.207 | 36 | 53 | 5.121 | 6.027 |
| Russische Föderation | 612 | 768 | 79 | 118 | 1.574 | 1.554 | 204 | 233 | 922 | 1.021 | 209 | 257 | 3.600 | 3.951 |
| China | 827 | 996 | 151 | 207 | 624 | 612 | 63 | 44 | 710 | 938 | 57 | 104 | 2.432 | 2.901 |
| Kosovo | 980 | 923 | 443 | 394 | 404 | 382 | 492 | 405 | 455 | 431 | 52 | 33 | 2.826 | 2.568 |
| Ägypten | 467 | 644 | 62 | 70 | 90 | 78 | 212 | 174 | 465 | 808 | 100 | 287 | 1.396 | 2.061 |
| Ukraine | 497 | 559 | 55 | 73 | 632 | 649 | 80 | 72 | 550 | 599 | 130 | 106 | 1.944 | 2.058 |
| Jordanien | 281 | 717 | 30 | 73 | 96 | 78 | 47 | 47 | 154 | 847 | 14 | 245 | 622 | 2.007 |
| Marokko | 260 | 323 | 46 | 62 | 668 | 827 | 404 | 433 | 65 | 117 | 22 | 28 | 1.465 | 1.790 |
| Bosnien- Herzegowina | 407 | 566 | 219 | 310 | 101 | 90 | 91 | 118 | 340 | 491 | 30 | 38 | 1.188 | 1.613 |
| Thailand | 51 | 60 | 5 | 9 | 997 | 1.032 | 7 | 6 | 297 | 333 | 183 | 158 | 1.540 | 1.598 |
| Pakistan | 457 | 539 | 25 | 48 | 169 | 228 | 87 | 101 | 274 | 444 | 10 | 19 | 1.022 | 1.379 |
| Tunesien | 225 | 230 | 40 | 37 | 358 | 310 | 517 | 563 | 65 | 60 | 43 | 68 | 1.248 | 1.268 |
| Serbien | 388 | 423 | 218 | 220 | 94 | 122 | 81 | 109 | 231 | 341 | 29 | 31 | 1.041 | 1.246 |
| Afghanistan | 268 | 262 | 40 | 33 | 221 | 201 | 97 | 81 | 282 | 225 | 24 | 78 | 932 | 880 |
| Iran | 359 | 337 | 89 | 67 | 206 | 146 | 50 | 46 | 197 | 231 | 18 | 20 | 919 | 847 |
| Mazedonien | 239 | 282 | 158 | 127 | 75 | 91 | 104 | 102 | 152 | 214 | 14 | 25 | 742 | 841 |
| Vietnam | 177 | 159 | 59 | 56 | 239 | 211 | 33 | 19 | 229 | 247 | 14 | 20 | 751 | 712 |
| Mexiko | 244 | 185 | 12 | 26 | 163 | 171 | 80 | 66 | 271 | 186 | 24 | 33 | 794 | 667 |
| Saudi- Arabien | 18 | 177 | 2 | 31 | 0 | 19 | 2 | 17 | 29 | 315 | 3 | 45 | 54 | 604 |
| Kasachstan | 26 | 38 | 5 | 6 | 260 | 255 | 79 | 58 | 134 | 107 | 40 | 64 | 544 | 528 |
| Weiß- russland | 101 | 103 | 19 | 15 | 194 | 204 | 18 | 21 | 133 | 150 | 16 | 30 | 481 | 523 |
| Kenia | 80 | 59 | 17 | 28 | 105 | 112 | 27 | 40 | 144 | 204 | 26 | 21 | 399 | 464 |
| Insgesamt | 15.342 | 23.650 | 3.359 | 3.952 | 11.291 | 11.620 | 6.026 | 6.163 | 11.952 | 22.348 | 2.594 | 4.926 | 50.564 | 72.659 |

Quelle: Auswärtiges Amt

Tabelle 3-50: Familiennachzug in den Jahren von 2006 bis 2015 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten

| | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | Veränderung 2014/2015 | |
|--|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|--------------------------|--------------|
| | | | | | | | | | | | absolut | in % |
| Syrien | 419 | 405 | 396 | 478 | 493 | 558 | 704 | 860 | 3.025 | 15.956 | +12.931 | +427,5 |
| Türkei | 10.195 | 9.609 | 8.376 | 7.759 | 8.366 | 8.363 | 7.332 | 6.966 | 7.317 | 7.720 | +403 | +5,5 |
| Serbien, Kosovo, Montenegro und ehem. Serbien und Montenegro | 5.106 | 4.533 | 3.609 | 3.698 | 4.248 | 4.052 | 4.442 | 4.879 | 5.330 | 5.557 | +227 | +4,3 |
| Russische Föderation | 4.771 | 4.211 | 3.508 | 3.084 | 3.646 | 3.733 | 3.926 | 4.108 | 4.286 | 4.726 | +440 | +10,3 |
| Indien | 1.627 | 2.096 | 2.351 | 2.257 | 2.613 | 2.970 | 3.634 | 3.542 | 3.992 | 4.605 | +613 | +15,4 |
| Vereinigte Staaten | 2.178 | 2.721 | 2.692 | 2.344 | 2.849 | 3.254 | 3.090 | 2.942 | 3.075 | 3.098 | +23 | +0,7 |
| Ukraine | 1.706 | 1.582 | 1.533 | 1.363 | 1.569 | 1.772 | 1.937 | 2.141 | 2.642 | 2.693 | +51 | +1,9 |
| China | 1.122 | 1.432 | 1.452 | 1.360 | 1.527 | 1.790 | 1.974 | 2.114 | 2.418 | 2.635 | +217 | +9,0 |
| Irak | 353 | 419 | 820 | 2.556 | 2.555 | 1.034 | 757 | 818 | 797 | 1.800 | +1.003 | +125,8 |
| Bosnien- Herzegovina | 1.241 | 1.125 | 1.039 | 786 | 771 | 894 | 1.019 | 1.183 | 1.425 | 1.775 | +350 | +24,6 |
| Japan | 1.397 | 1.694 | 1.693 | 1.520 | 1.669 | 1.870 | 1.844 | 1.674 | 1.650 | 1.743 | +93 | +5,6 |
| Marokko | 1.347 | 1.317 | 1.277 | 1.262 | 1.456 | 1.441 | 1.527 | 1.475 | 1.504 | 1.672 | +168 | +11,2 |
| Pakistan | 659 | 599 | 688 | 832 | 850 | 860 | 794 | 1.092 | 1.798 | 1.543 | -255 | -14,2 |
| Thailand | 1.970 | 1.980 | 1.665 | 1.598 | 1.728 | 1.584 | 1.513 | 1.526 | 1.416 | 1.437 | +21 | +1,5 |
| Brasilien | 1.101 | 1.309 | 1.223 | 1.017 | 1.083 | 1.071 | 1.075 | 954 | 1.064 | 1.432 | +368 | +34,6 |
| Mazedonien | 869 | 773 | 713 | 639 | 710 | 709 | 760 | 891 | 1.005 | 1.174 | +169 | +16,8 |
| Tunesien | 812 | 745 | 650 | 612 | 870 | 862 | 945 | 1.010 | 1.142 | 1.171 | +29 | +2,5 |
| Vietnam | 1.031 | 955 | 844 | 701 | 983 | 905 | 898 | 933 | 1.055 | 1.127 | +72 | +6,8 |
| Iran | 540 | 643 | 604 | 566 | 748 | 798 | 845 | 924 | 1.080 | 1.063 | -17 | -1,6 |
| Korea, Republik | 682 | 751 | 841 | 636 | 799 | 786 | 875 | 916 | 953 | 1.017 | +64 | +6,7 |
| Kasachstan | 1.224 | 897 | 724 | 575 | 541 | 525 | 539 | 665 | 1.033 | 977 | -56 | -5,4 |
| Insgesamt | 56.302 | 55.194 | 51.244 | 48.235 | 54.865 | 54.031 | 54.816 | 56.046 | 63.677 | 82.440 | +18.763 | +29,5 |

Quelle: Ausländerzentralregister

3.7 Spätaussiedler

Tabelle 3-51: Zuzug von (Spät-)Aussiedlern und ihren Familienangehörigen nach Herkunftsgebieten von 1990 bis 2015

| Herkunftsgebiet | 1990 | 1991 ³ | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 |
|--------------------------------|----------------|-------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|---------------|---------------|---------------|
| Polen | 133.872 | 40.131 | 17.749 | 5.431 | 2.440 | 1.677 | 1.175 | 687 | 488 | 428 | 484 | 623 | 553 |
| ehem. Sowjetunion | 147.950 | 147.333 | 195.629 | 207.347 | 213.214 | 209.409 | 172.181 | 131.895 | 101.550 | 103.599 | 94.558 | 97.434 | 90.587 |
| davon aus: Estland | - | - | 446 | 283 | 366 | 363 | 337 | 136 | 69 | 116 | 80 | 77 | 79 |
| Lettland | - | - | 334 | 266 | 267 | 360 | 248 | 124 | 147 | 183 | 182 | 115 | 44 |
| Litauen | - | - | 200 | 166 | 243 | 230 | 302 | 176 | 163 | 161 | 193 | 97 | 178 |
| Armenien | - | - | 6 | 22 | 83 | 42 | 16 | 29 | 47 | 66 | 58 | 52 | 92 |
| Aserbaidshan | - | - | 52 | 39 | 53 | 44 | 25 | 20 | 4 | 30 | 20 | 54 | 23 |
| Georgien | - | - | 283 | 514 | 155 | 165 | 127 | 72 | 72 | 52 | 29 | 27 | 35 |
| Kasachstan | - | - | 114.426 | 113.288 | 121.517 | 117.148 | 92.125 | 73.967 | 51.132 | 49.391 | 45.657 | 46.178 | 38.653 |
| Kirgisistan | - | - | 12.620 | 12.373 | 10.847 | 8.858 | 7.467 | 4.010 | 3.253 | 2.742 | 2.317 | 2.020 | 2.047 |
| Moldau | - | - | 950 | 1.139 | 965 | 748 | 447 | 243 | 369 | 413 | 361 | 186 | 449 |
| Russische Föderation | - | - | 55.882 | 67.365 | 68.397 | 71.685 | 63.311 | 47.055 | 41.054 | 45.951 | 41.478 | 43.885 | 44.493 |
| Tadschikistan | - | - | 3.305 | 4.801 | 2.804 | 1.834 | 870 | 415 | 203 | 112 | 62 | 56 | 32 |
| Turkmenistan | - | - | 304 | 322 | 485 | 587 | 463 | 442 | 365 | 255 | 239 | 190 | 126 |
| Ukraine | - | - | 2.700 | 2.711 | 3.139 | 3.650 | 3.460 | 3.153 | 2.983 | 2.762 | 2.773 | 3.176 | 3.179 |
| Usbekistan | - | - | 3.946 | 3.882 | 3.757 | 3.468 | 2.797 | 1.885 | 1.528 | 1.193 | 920 | 990 | 844 |
| Weißrussland | - | - | 175 | 176 | 136 | 227 | 186 | 168 | 161 | 172 | 189 | 331 | 313 |
| ehem. Jugoslawien ¹ | 961 | 450 | 199 | 119 | 176 | 178 | 73 | 34 | 13 | 19 | 0 | 17 | 3 |
| Rumänien | 111.150 | 32.184 | 16.154 | 5.811 | 6.615 | 6.519 | 4.284 | 1.777 | 1.005 | 855 | 547 | 380 | 256 |
| ehem. CSFR | 1.708 | 927 | 460 | 136 | 101 | 62 | 18 | 12 | 17 | 11 | 18 | 22 | 14 |
| Ungarn | 1.336 | 952 | 354 | 38 | 43 | 43 | 14 | 14 | 4 | 4 | 2 | 8 | 3 |
| sonstige Länder ² | 96 | 18 | 20 | 6 | 2 | 10 | 6 | 0 | 3 | 0 | 6 | 0 | 0 |
| Insgesamt | 397.073 | 221.995 | 230.565 | 218.888 | 222.591 | 217.898 | 177.751 | 134.419 | 103.080 | 104.916 | 95.615 | 98.484 | 91.416 |

1) Einschl. Kroatien, Slowenien und Bosnien-Herzegowina sowie der ehem. jugoslawischen Republik Mazedonien, die seit 1992 bzw. 1993 selbständige Staaten sind.

2) „Sonstige Gebiete“ sowie einschließlich der Vertriebenen, die über das sonstige Ausland nach Deutschland kamen.

3) Ab 1. Januar 1991 Zahlen für Gesamtdeutschland.



Fortsetzung Tabelle 3-51: Zuzug von (Spät-)Aussiedlern und ihren Familienangehörigen nach Herkunftsgebieten
von 1990 bis 2015

| Herkunftsgebiet | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 |
|-----------------------------------|---------------|---------------|---------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|
| Polen | 444 | 278 | 80 | 80 | 70 | 44 | 45 | 34 | 33 | 12 | 11 | 23 | 13 |
| ehem. Sowjetunion | 72.289 | 58.728 | 35.396 | 7.626 | 5.695 | 4.301 | 3.292 | 2.297 | 2.092 | 1.782 | 2.386 | 5.613 | 6.096 |
| davon aus: Estland | 69 | 47 | 32 | 0 | 5 | 3 | 12 | 7 | 3 | 1 | 0 | 4 | 0 |
| Lettland | 45 | 51 | 43 | 10 | 6 | 3 | 2 | 2 | 10 | 8 | 1 | 3 | 7 |
| Litauen | 123 | 87 | 30 | 14 | 9 | 9 | 14 | 3 | 6 | 0 | 6 | 5 | 0 |
| Armenien | 25 | 4 | 10 | 4 | 1 | 5 | 19 | 0 | 10 | 2 | 4 | 27 | 27 |
| Aserbaidshan | 32 | 43 | 34 | 0 | 10 | 10 | 0 | 0 | 1 | 0 | 3 | 6 | 1 |
| Georgien | 35 | 41 | 22 | 3 | 13 | 0 | 15 | 3 | 0 | 5 | 0 | 15 | 14 |
| Kasachstan | 26.391 | 19.828 | 11.206 | 1.760 | 1.279 | 1.062 | 851 | 508 | 616 | 422 | 785 | 2.069 | 1.988 |
| Kirgisistan | 2.040 | 1.634 | 840 | 183 | 211 | 128 | 122 | 95 | 65 | 97 | 59 | 120 | 144 |
| Moldau | 281 | 220 | 130 | 26 | 31 | 34 | 16 | 17 | 1 | 0 | 12 | 34 | 45 |
| Russische Föderation | 39.404 | 33.358 | 21.113 | 5.189 | 3.735 | 2.660 | 1.918 | 1.462 | 1.257 | 1.119 | 1.307 | 2.704 | 2.760 |
| Tadschikistan | 26 | 27 | 15 | 6 | 10 | 11 | 1 | 6 | 8 | 0 | 10 | 4 | 9 |
| Turkmenistan | 120 | 168 | 72 | 23 | 2 | 11 | 2 | 4 | 0 | 1 | 4 | 1 | 15 |
| Ukraine | 2.711 | 2.299 | 1.306 | 314 | 244 | 210 | 268 | 160 | 90 | 118 | 159 | 532 | 926 |
| Usbekistan | 714 | 646 | 307 | 62 | 96 | 123 | 44 | 12 | 9 | 6 | 12 | 42 | 80 |
| Weißrussland | 273 | 275 | 236 | 32 | 43 | 32 | 8 | 18 | 16 | 3 | 24 | 24 | 80 |
| ehem. Jugoslawien ¹ | 8 | 8 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Rumänien | 137 | 76 | 39 | 40 | 21 | 16 | 23 | 15 | 21 | 22 | 30 | 13 | 7 |
| ehem. CSFR | 2 | 3 | 4 | 1 | 5 | 0 | 0 | 4 | 2 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ungarn | 5 | 0 | 3 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 |
| sonstige Länder ² | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 2 |
| Insgesamt | 72.885 | 59.093 | 35.522 | 7.747 | 5.792 | 4.362 | 3.360 | 2.350 | 2.148 | 1.817 | 2.427 | 5.649 | 6.118 |

Quelle: Bundesverwaltungsamt

Tabelle 3-52: Zuzug von (Spät-)Aussiedlern und deren Familienangehörigen nach Deutschland nach Altersgruppen von 1991 bis 2015

| Jahr | unter 18 Jahre | in % | von 18 bis unter 45 Jahre | in % | von 45 bis unter 65 Jahre | in % | 65 Jahre und älter | in % | Gesamt |
|-------------------|----------------|------|---------------------------|------|---------------------------|------|--------------------|------|---------|
| 1991 | 71.268 | 32,1 | 98.320 | 44,3 | 38.612 | 17,4 | 13.795 | 6,2 | 221.995 |
| 1992 | 81.188 | 35,2 | 99.045 | 43,0 | 34.620 | 15,0 | 15.712 | 6,8 | 230.565 |
| 1993 | 76.519 | 35,0 | 94.871 | 43,3 | 31.360 | 14,3 | 16.138 | 7,4 | 218.888 |
| 1994 | 76.739 | 34,5 | 98.124 | 44,1 | 31.147 | 14,0 | 16.581 | 7,4 | 222.591 |
| 1995 | 74.822 | 34,3 | 97.257 | 44,6 | 30.327 | 13,9 | 15.492 | 7,1 | 217.898 |
| 1996 | 59.564 | 33,5 | 80.545 | 45,3 | 26.056 | 14,7 | 11.586 | 6,5 | 177.751 |
| 1997 | 43.442 | 32,3 | 60.111 | 44,7 | 21.085 | 15,7 | 9.781 | 7,3 | 134.419 |
| 1998 | 32.837 | 31,9 | 46.777 | 45,4 | 16.564 | 16,1 | 6.902 | 6,7 | 103.080 |
| 1999 | 32.266 | 30,8 | 48.243 | 46,0 | 17.289 | 16,5 | 7.118 | 6,8 | 104.916 |
| 2000 | 28.401 | 29,7 | 44.315 | 46,3 | 16.580 | 17,3 | 6.319 | 6,6 | 95.615 |
| 2001 | 28.662 | 29,1 | 45.883 | 46,6 | 17.749 | 18,0 | 6.190 | 6,3 | 98.484 |
| 2002 | 25.561 | 28,0 | 43.080 | 47,1 | 16.752 | 18,3 | 6.023 | 6,6 | 91.416 |
| 2003 | 19.938 | 27,4 | 34.269 | 47,0 | 13.479 | 18,5 | 5.199 | 7,1 | 72.885 |
| 2004 | 15.927 | 27,0 | 28.016 | 47,4 | 11.069 | 18,7 | 4.081 | 6,9 | 59.093 |
| 2005 | 9.345 | 26,3 | 16.560 | 46,6 | 7.131 | 20,1 | 2.486 | 7,0 | 35.522 |
| 2006 | 1.712 | 22,1 | 3.246 | 41,9 | 1.929 | 24,9 | 860 | 11,1 | 7.747 |
| 2007 | 1.366 | 23,6 | 2.256 | 39,0 | 1.483 | 25,6 | 687 | 11,9 | 5.792 |
| 2008 | 1.006 | 23,1 | 1.837 | 42,1 | 1.100 | 25,2 | 419 | 9,6 | 4.362 |
| 2009 | 808 | 24,0 | 1.410 | 42,0 | 825 | 24,6 | 317 | 9,4 | 3.360 |
| 2010 ¹ | 627 | 26,7 | 969 | 41,2 | 589 | 25,1 | 165 | 7,0 | 2.350 |
| 2011 ¹ | 591 | 27,5 | 906 | 42,2 | 488 | 22,7 | 163 | 7,6 | 2.148 |
| 2012 ¹ | 509 | 28,0 | 759 | 41,8 | 430 | 23,7 | 119 | 6,6 | 1.817 |
| 2013 ¹ | 670 | 27,6 | 1.027 | 42,3 | 567 | 23,4 | 163 | 6,7 | 2.427 |
| 2014 ¹ | 1.759 | 31,1 | 2.640 | 46,7 | 1.028 | 18,2 | 222 | 3,9 | 5.649 |
| 2015 ¹ | 1.895 | 31,0 | 2.836 | 46,4 | 1.140 | 18,6 | 247 | 4,0 | 6.118 |

Quelle: Bundesverwaltungsamt

1) Ab 2010: Altersgruppen: unter 20 Jahre, von 20 bis unter 45 Jahre, von 45 bis unter 65 Jahre und 65 Jahre und älter.

3.8 Rückkehr deutscher Staatsangehöriger

Tabelle 3-53: Zuzüge deutscher Staatsangehöriger nach Herkunftsland von 1995 bis 2015

| Herkunftsland | 1995 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 |
|------------------------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|
| Belgien | 2.003 | 2.162 | 2.147 | 1.960 | 1.929 | 1.893 | 2.033 | 1.799 | 1.868 | 1.995 | 1.981 | 1.937 | 1.973 | 1.969 | 2.041 | 1.977 | 1.871 |
| Frankreich | 5.339 | 5.633 | 5.411 | 5.412 | 5.061 | 5.159 | 5.593 | 5.462 | 5.851 | 5.844 | 6.245 | 6.124 | 6.128 | 5.725 | 6.051 | 6.000 | 5.658 |
| Italien | 2.644 | 2.623 | 2.559 | 2.503 | 2.531 | 2.421 | 2.498 | 2.480 | 2.587 | 2.640 | 2.816 | 2.668 | 2.716 | 2.927 | 3.128 | 2.973 | 2.600 |
| Niederlande | 3.961 | 3.838 | 3.762 | 3.772 | 3.576 | 3.647 | 3.603 | 3.084 | 3.012 | 2.950 | 2.966 | 3.042 | 3.027 | 3.094 | 2.980 | 2.873 | 2.816 |
| Österreich | 2.647 | 3.650 | 3.657 | 3.687 | 3.856 | 4.027 | 4.437 | 4.889 | 5.147 | 6.202 | 6.569 | 6.537 | 6.879 | 6.915 | 6.869 | 7.009 | 6.832 |
| Polen | 12.468 | 19.961 | 20.872 | 19.502 | 16.904 | 14.654 | 12.214 | 11.900 | 13.622 | 12.131 | 11.846 | 11.135 | 9.262 | 7.958 | 7.900 | 6.982 | 5.898 |
| Spanien | 3.740 | 5.747 | 5.909 | 6.193 | 6.156 | 5.922 | 5.972 | 6.023 | 6.944 | 7.891 | 8.248 | 7.936 | 7.468 | 7.773 | 7.608 | 6.715 | 6.088 |
| Vereinigtes Königreich | 3.329 | 4.657 | 4.594 | 4.464 | 4.186 | 4.049 | 4.388 | 4.600 | 5.000 | 5.824 | 6.153 | 6.426 | 6.487 | 6.432 | 6.362 | 5.903 | 6.043 |
| Norwegen | 153 | 338 | 332 | 378 | 367 | 327 | 381 | 406 | 526 | 707 | 828 | 858 | 825 | 849 | 919 | 865 | 864 |
| Schweiz | 3.584 | 3.731 | 4.093 | 4.271 | 4.420 | 4.795 | 5.184 | 5.836 | 6.860 | 8.216 | 9.340 | 9.997 | 10.869 | 11.140 | 11.849 | 12.024 | 12.064 |
| Türkei | 966 | 1.385 | 1.514 | 1.461 | 1.492 | 1.533 | 1.592 | 1.860 | 2.232 | 2.569 | 2.906 | 3.220 | 3.166 | 3.227 | 3.660 | 4.303 | 4.732 |
| Südafrika | 1.016 | 1.260 | 1.186 | 1.033 | 819 | 843 | 862 | 860 | 948 | 1.069 | 1.024 | 1.181 | 1.160 | 987 | 1.102 | 1.144 | 1.199 |
| Brasilien | 1.134 | 1.278 | 1.368 | 1.237 | 1.287 | 1.137 | 1.269 | 1.196 | 1.290 | 1.255 | 1.267 | 1.405 | 1.435 | 1.520 | 1.532 | 1.620 | 1.925 |
| Kanada | 1.298 | 1.264 | 1.322 | 1.104 | 1.155 | 1.038 | 1.141 | 1.101 | 1.544 | 1.660 | 2.058 | 2.124 | 2.090 | 1.980 | 1.882 | 1.887 | 1.846 |
| Vereinigte Staaten | 10.201 | 11.252 | 11.514 | 11.268 | 10.348 | 9.677 | 8.902 | 8.815 | 9.444 | 10.524 | 11.166 | 10.408 | 10.777 | 10.116 | 10.045 | 10.357 | 10.159 |
| China | 338 | 870 | 801 | 823 | 898 | 837 | 1.099 | 1.342 | 1.488 | 2.072 | 2.178 | 2.073 | 2.276 | 2.528 | 2.662 | 2.832 | 2.991 |
| Thailand | 543 | 711 | 698 | 761 | 732 | 720 | 796 | 849 | 972 | 976 | 1.123 | 1.219 | 1.284 | 1.257 | 1.372 | 1.450 | 1.552 |
| Australien | 855 | 1.164 | 1.126 | 1.205 | 1.189 | 1.335 | 1.393 | 1.500 | 1.732 | 2.148 | 2.439 | 2.480 | 2.462 | 2.444 | 2.562 | 2.689 | 2.621 |

Quelle: Statistisches Bundesamt

4. Abwanderung aus Deutschland

Tabelle 4-7: Fortzüge von Ausländern nach Aufenthaltsdauer im Jahr 2015

| Land der Staatsangehörigkeit | insgesamt | Aufenthaltsdauer von ... bis unter ... Jahren | | | | | | | Durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Jahren |
|--|----------------|---|----------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|--|
| | | unter 1 | 1 bis 4 | 4 bis 8 | 8 bis 15 | 15 bis 20 | 20 bis 30 | 30 und mehr | |
| Rumänien | 73.183 | 41.259 | 22.155 | 6.041 | 2.130 | 476 | 1.058 | 64 | 2,6 |
| Polen | 70.740 | 31.753 | 22.772 | 7.299 | 5.565 | 1.366 | 1.773 | 212 | 3,9 |
| Albanien | 27.005 | 24.793 | 1.987 | 74 | 58 | 36 | 57 | 0 | 6,8 |
| Bulgarien | 26.299 | 13.756 | 8.221 | 3.045 | 882 | 139 | 235 | 21 | 2,7 |
| Serbien (inkl. ehem. Serbien und Montenegro) | 25.773 | 12.248 | 8.450 | 1.666 | 597 | 558 | 1.519 | 735 | - |
| Ungarn | 23.253 | 10.744 | 7.892 | 2.387 | 1.270 | 324 | 548 | 88 | 3,6 |
| Kosovo | 22.981 | 19.230 | 2.223 | 302 | 149 | 394 | 630 | 53 | 1,9 |
| Italien | 21.601 | 10.239 | 5.218 | 1.445 | 949 | 779 | 1.283 | 1.688 | 7,0 |
| Türkei | 14.859 | 2.907 | 1.538 | 1.115 | 1.335 | 1.050 | 2.419 | 4.495 | 18,3 |
| Vereinigte Staaten | 13.560 | 6.903 | 3.976 | 1.335 | 671 | 211 | 301 | 163 | 3,8 |
| China | 12.388 | 5.141 | 4.112 | 2.110 | 837 | 110 | 66 | 12 | 3,6 |
| Kroatien | 11.789 | 6.174 | 2.134 | 526 | 512 | 267 | 785 | 1.391 | 9,1 |
| Indien | 11.627 | 5.431 | 4.274 | 1.350 | 442 | 46 | 55 | 29 | 2,9 |
| Spanien | 10.287 | 4.479 | 3.911 | 785 | 374 | 115 | 115 | 508 | 5,0 |
| Bosnien-Herzegowina | 10.201 | 4.406 | 3.147 | 593 | 420 | 210 | 1.029 | 396 | 7,0 |
| Griechenland | 9.733 | 3.553 | 2.962 | 619 | 505 | 389 | 785 | 920 | 8,9 |
| Mazedonien | 9.246 | 4.858 | 2.966 | 377 | 102 | 66 | 750 | 127 | 4,1 |
| Frankreich | 7.666 | 3.079 | 2.408 | 1.002 | 541 | 202 | 229 | 205 | 5,0 |
| Syrien | 7.297 | 6.603 | 546 | 42 | 47 | 36 | 21 | 2 | 1,5 |
| Russische Föderation | 7.088 | 3.243 | 2.273 | 612 | 653 | 214 | 87 | 6 | 3,8 |
| Slowakische Republik | 6.803 | 3.382 | 2.181 | 572 | 456 | 113 | 94 | 5 | 3,4 |
| Afghanistan | 6.357 | 5.728 | 366 | 134 | 49 | 36 | 38 | 6 | 3,0 |
| Niederlande | 5.460 | 1.467 | 1.603 | 968 | 971 | 133 | 182 | 136 | 6,5 |
| Großbritannien mit Nordirland | 5.386 | 1.872 | 1.779 | 717 | 439 | 187 | 232 | 160 | 6,1 |
| Japan | 5.364 | 1.728 | 2.229 | 939 | 293 | 80 | 61 | 34 | 4,3 |
| EU-Staaten insgesamt | 303.036 | 144.494 | 92.932 | 28.777 | 16.608 | 5.347 | 8.320 | 6.558 | 4,5 |
| Nicht-EU-Staaten | 265.603 | 155.460 | 60.313 | 17.734 | 10.584 | 5.024 | 9.662 | 6.826 | - |
| alle Staatsangehörigkeiten | 568.639 | 299.954 | 153.245 | 46.511 | 27.192 | 10.371 | 17.982 | 13.384 | 4,5 |

Quelle: Ausländerzentralregister, Statistisches Bundesamt

- 1) Ab August 2006 werden neben der Staatsangehörigkeit von Serbien und Montenegro auch die Staatsangehörigkeiten der beiden Nachbarstaaten „Serbien“ und „Montenegro“ nachgewiesen. Ab 1.5.2008 wird Kosovo getrennt nachgewiesen. Serbien ist vor und nach Ausgliederung des Kosovo in den Tabellen zusammen ausgewiesen.

Tabelle 4-8: Fortzüge von Ausländern nach Aufenthaltsdauer im Jahr 2015 in Prozent

| Land der Staatsangehörigkeit | Aufenthaltsdauer von ... bis unter ... Jahren | | | | | | |
|--|---|-------------|------------|------------|------------|------------|-------------|
| | unter 1 | 1 bis 4 | 4 bis 8 | 8 bis 15 | 15 bis 20 | 20 bis 30 | 30 und mehr |
| Rumänien | 56,4 | 30,3 | 8,3 | 2,9 | 0,7 | 1,4 | 0,1 |
| Polen | 44,9 | 32,2 | 10,3 | 7,9 | 1,9 | 2,5 | 0,3 |
| Albanien | 91,8 | 7,4 | 0,3 | 0,2 | 0,1 | 0,2 | 0,0 |
| Bulgarien | 52,3 | 31,3 | 11,6 | 3,4 | 0,5 | 0,9 | 0,1 |
| Serbien (inkl. ehem. Serbien und Montenegro) | 47,5 | 32,8 | 6,5 | 2,3 | 2,2 | 5,9 | 2,9 |
| Ungarn | 46,2 | 33,9 | 10,3 | 5,5 | 1,4 | 2,4 | 0,4 |
| Kosovo | 83,7 | 9,7 | 1,3 | 0,6 | 1,7 | 2,7 | 0,2 |
| Italien | 47,4 | 24,2 | 6,7 | 4,4 | 3,6 | 5,9 | 7,8 |
| Türkei | 19,6 | 10,4 | 7,5 | 9,0 | 7,1 | 16,3 | 30,3 |
| Vereinigte Staaten | 50,9 | 29,3 | 9,8 | 4,9 | 1,6 | 2,2 | 1,2 |
| China | 41,5 | 33,2 | 17 | 6,8 | 0,9 | 0,5 | 0,1 |
| Kroatien | 52,4 | 18,1 | 4,5 | 4,3 | 2,3 | 6,7 | 11,8 |
| Indien | 46,7 | 36,8 | 11,6 | 3,8 | 0,4 | 0,5 | 0,2 |
| Spanien | 43,5 | 38 | 7,6 | 3,6 | 1,1 | 1,1 | 4,9 |
| Bosnien-Herzegowina | 43,2 | 30,8 | 5,8 | 4,1 | 2,1 | 10,1 | 3,9 |
| Griechenland | 36,5 | 30,4 | 6,4 | 5,2 | 4,0 | 8,1 | 9,5 |
| Mazedonien | 52,5 | 32,1 | 4,1 | 1,1 | 0,7 | 8,1 | 1,4 |
| Frankreich | 40,2 | 31,4 | 13,1 | 7,1 | 2,6 | 3,0 | 2,7 |
| Syrien | 90,5 | 7,5 | 0,6 | 0,6 | 0,5 | 0,3 | 0,0 |
| Russische Föderation | 45,8 | 32,1 | 8,6 | 9,2 | 3,0 | 1,2 | 0,1 |
| Slowakische Republik | 49,7 | 32,1 | 8,4 | 6,7 | 1,7 | 1,4 | 0,1 |
| Afghanistan | 90,1 | 5,8 | 2,1 | 0,8 | 0,6 | 0,6 | 0,1 |
| Niederlande | 26,9 | 29,4 | 17,7 | 17,8 | 2,4 | 3,3 | 2,5 |
| Großbritannien mit Nordirland | 34,8 | 33,0 | 13,3 | 8,2 | 3,5 | 4,3 | 3,0 |
| Japan | 32,2 | 41,6 | 17,5 | 5,5 | 1,5 | 1,1 | 0,6 |
| EU-Staaten insgesamt | 47,7 | 30,7 | 9,5 | 5,5 | 1,8 | 2,7 | 2,2 |
| Nicht-EU-Staaten | 58,5 | 22,7 | 6,7 | 4,0 | 1,9 | 3,6 | 2,6 |
| alle Staatsangehörigkeiten | 52,7 | 26,9 | 8,2 | 4,8 | 1,8 | 3,2 | 2,4 |

Quelle: Ausländerzentralregister, eigene Berechnungen

Tabelle 4-9: Abwanderung von Drittstaatsangehörigen nach dem letzten Aufenthaltsstatus im Jahr 2015

| Staats- angehörigkeit | Gesamt | unbe- fristeter Aufent- halts- titel ¹ | Aufenthaltserlaubnis | | | | | | sonstiger Aufent- halts- status ² |
|---|----------------|---|---|--|--|--|--|---|---|
| | | | Studierende/ Hochschul- absolventen nach § 16 Abs. 1, 1 a, 4 und 6 AufenthG | Sprachkurs/ Schul- besuch nach § 16 Abs. 5/5 b AufenthG | sonstige Ausbil- dungs- zwecke nach § 17 AufenthG | Erwerbs- tätigkeit nach §§ 18, 19 a, 20 und 21 AufenthG | humanitä- re Gründe nach §§ 22 bis 25 AufenthG | familiäre Gründe nach §§ 28 bis 36 AufenthG | |
| Albanien | 27.005 | 23 | 77 | 13 | 9 | 29 | 13 | 24 | 26.817 |
| Serbien (inkl. ehem. Serbien und Montenegro) | 25.773 | 966 | 57 | 18 | 34 | 1.459 | 107 | 218 | 22.914 |
| Kosovo | 22.981 | 211 | 16 | 3 | 8 | 16 | 49 | 146 | 22.532 |
| Türkei | 14.859 | 6.717 | 645 | 47 | 61 | 757 | 86 | 1.751 | 4.795 |
| Vereinigte Staaten | 13.560 | 657 | 3.273 | 634 | 357 | 2.979 | 21 | 1.831 | 3.808 |
| China | 12.388 | 277 | 4.186 | 198 | 174 | 2.150 | 24 | 711 | 4.668 |
| Indien | 11.627 | 200 | 854 | 15 | 96 | 3.247 | 31 | 2.013 | 5.171 |
| Bosnien- Herzegowina | 10.201 | 571 | 32 | 12 | 22 | 1.628 | 73 | 134 | 7.729 |
| Mazedonien | 9.246 | 196 | 34 | 5 | 7 | 94 | 20 | 92 | 8.798 |
| Syrien | 7.297 | 28 | 38 | 4 | 4 | 6 | 847 | 59 | 6.311 |
| Russische Föderation | 7.088 | 554 | 692 | 81 | 44 | 476 | 239 | 566 | 4.436 |
| Afghanistan | 6.357 | 72 | 30 | 0 | 10 | 1 | 290 | 30 | 5.924 |
| Staatsangehörige aus Nicht-EU- Staaten insgesamt | 265.603 | 14.611 | 22.094 | 3.188 | 2.038 | 19.981 | 5.754 | 14.392 | 183.545 |

Quelle: Ausländerzentralregister

- 1) Aufenthaltsberechtigung bzw. unbefristete Aufenthaltserlaubnis nach altem Recht sowie Niederlassungserlaubnis nach dem Aufenthaltsgesetz.
- 2) Hierunter fallen etwa Personen, die einen Antrag auf einen Aufenthaltstitel gestellt haben, aber vor Erteilung wieder ausgereist sind, Personen, die vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit sind oder einen EU-Aufenthaltstitel inne hatten, Personen, die eine Duldung oder eine Aufenthaltsgestattung besaßen oder Personen, deren Aufenthaltstitel erloschen ist bzw. widerrufen wurde.

Tabelle 4-10: Abwanderung von Drittstaatsangehörigen nach dem letzten Aufenthaltsstatus im Jahr 2015 in Prozent

| Staats- angehörigkeit | un- befristeter Aufent- haltstitel ¹ | Aufenthaltserlaubnis | | | | | | sonstiger Aufent- haltsstatus ² |
|---|--|---|---|---|---|--|---|--|
| | | Studierende/ Hochschul- absolventen nach § 16 Abs. 1, 1 a, 4 und 6 AufenthG | Sprachkurs/ Schulbesuch nach § 16 Abs. 5/5 b AufenthG | sonstige Ausbil- dungszwe- cke nach § 17 AufenthG | Erwerbs- tätigkeit nach §§ 18, 19 a, 20 und 21 AufenthG | humanitäre Gründe nach §§ 22 bis 25 AufenthG | familiäre Gründe nach §§ 28 bis 36 AufenthG | |
| Albanien | 0,1 | 0,3 | 0,0 | 0,0 | 0,1 | 0,0 | 0,1 | 99,3 |
| Serbien (inkl. ehem. Serbien und Montenegro) | 3,7 | 0,2 | 0,1 | 0,1 | 5,7 | 0,4 | 0,8 | 88,9 |
| Kosovo | 0,9 | 0,1 | 0,0 | 0,0 | 0,1 | 0,2 | 0,6 | 98,0 |
| Türkei | 45,2 | 4,3 | 0,3 | 0,4 | 5,1 | 0,6 | 11,8 | 32,3 |
| Vereinigte Staaten | 4,8 | 24,1 | 4,7 | 2,6 | 22,0 | 0,2 | 13,5 | 28,1 |
| China | 2,2 | 33,8 | 1,6 | 1,4 | 17,4 | 0,2 | 5,7 | 37,7 |
| Indien | 1,7 | 7,3 | 0,1 | 0,8 | 27,9 | 0,3 | 17,3 | 44,5 |
| Bosnien- Herzegowina | 5,6 | 0,3 | 0,1 | 0,2 | 16,0 | 0,7 | 1,3 | 75,8 |
| Mazedonien | 2,1 | 0,4 | 0,1 | 0,1 | 1,0 | 0,2 | 1,0 | 95,2 |
| Syrien | 0,4 | 0,5 | 0,1 | 0,1 | 0,1 | 11,6 | 0,8 | 86,5 |
| Russische Föderation | 7,8 | 9,8 | 1,1 | 0,6 | 6,7 | 3,4 | 8,0 | 62,6 |
| Afghanistan | 1,1 | 0,5 | 0,0 | 0,2 | 0,0 | 4,6 | 0,5 | 93,2 |
| Staatsangehörige aus Nicht-EU- Staaten insgesamt | 5,5 | 8,3 | 1,2 | 0,8 | 7,5 | 2,2 | 5,4 | 69,1 |

Quelle: Ausländerzentralregister

- 1) Aufenthaltsberechtigung bzw. unbefristete Aufenthaltserlaubnis nach altem Recht sowie Niederlassungserlaubnis nach dem Aufenthaltsgesetz.
- 2) Hierunter fallen etwa Personen, die einen Antrag auf einen Aufenthaltstitel gestellt haben, aber vor Erteilung wieder ausgereist sind, Personen, die vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit sind oder einen EU-Aufenthaltstitel inne hatten, Personen, die eine Duldung oder eine Aufenthaltsgestattung besaßen oder Personen, deren Aufenthaltstitel erloschen ist bzw. widerrufen wurde.

Tabelle 4-11: Verhältnis der Fortzüge von Deutschen zu den Zuzügen von Deutschen von 1991 bis 2015

| Herkunftsland | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 |
|---------------------------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|
| Belgien | 1,2 | 1,3 | 1,2 | 1,5 | 1,4 | 1,3 | 1,2 | 1,2 | 1,1 | 1,0 | 1,1 | 1,3 | 1,3 | 1,4 | 1,2 | 1,5 | 1,4 | 1,3 | 1,3 | 1,2 | 1,1 | 1,0 | 1,1 | 1,1 | 1,1 |
| Frankreich | 1,6 | 1,5 | 1,4 | 1,6 | 1,4 | 1,3 | 1,3 | 1,3 | 1,2 | 1,2 | 1,2 | 1,3 | 1,4 | 1,4 | 1,3 | 1,4 | 1,3 | 1,4 | 1,4 | 1,1 | 1,1 | 1,1 | 1,0 | 1,1 | 1,0 |
| Italien | 1,0 | 1,0 | 1,0 | 1,1 | 1,0 | 1,0 | 1,1 | 1,2 | 1,1 | 1,2 | 1,2 | 1,3 | 1,2 | 1,4 | 1,4 | 1,4 | 1,3 | 1,4 | 1,2 | 1,1 | 1,0 | 0,9 | 0,8 | 0,8 | 0,9 |
| Niederlande | 1,6 | 1,6 | 1,6 | 1,4 | 1,3 | 1,1 | 1,2 | 1,1 | 1,0 | 1,0 | 1,0 | 1,0 | 0,9 | 1,0 | 0,9 | 1,2 | 1,2 | 1,2 | 1,5 | 1,3 | 1,1 | 1,1 | 1,0 | 1,2 | 1,2 |
| Österreich | 1,3 | 1,4 | 1,4 | 1,5 | 1,6 | 1,5 | 1,5 | 1,5 | 1,5 | 1,4 | 1,5 | 1,7 | 1,8 | 2,1 | 2,1 | 2,1 | 2,2 | 2,2 | 1,8 | 1,7 | 1,6 | 1,6 | 1,6 | 1,5 | 1,5 |
| Spanien | 1,0 | 1,1 | 1,1 | 1,4 | 1,4 | 1,4 | 1,4 | 1,5 | 1,3 | 1,2 | 1,1 | 1,1 | 1,1 | 1,2 | 1,2 | 1,4 | 1,3 | 1,2 | 1,0 | 0,8 | 0,9 | 0,8 | 0,8 | 0,9 | 1,0 |
| Vereinigtes Königreich | 0,9 | 1,0 | 1,3 | 1,5 | 1,5 | 1,5 | 1,6 | 1,5 | 1,3 | 1,2 | 1,2 | 1,3 | 1,5 | 1,9 | 2,1 | 2,0 | 2,0 | 1,8 | 1,5 | 1,3 | 1,3 | 1,2 | 1,3 | 1,5 | 1,5 |
| EU insgesamt¹ | 1,2 | 1,2 | 1,3 | 1,4 | 1,4 | 1,3 | 1,3 | 1,4 | 1,3 | 1,2 | 1,2 | 1,3 | 1,3 | 1,5 | 1,5 | 1,6 | 1,6 | 1,6 | 1,3 | 1,2 | 1,1 | 1,0 | 1,1 | 1,2 | 1,2 |
| Norwegen | 1,1 | 1,4 | 1,2 | 1,7 | 2,3 | 2,2 | 2,3 | 3,4 | 2,7 | 1,9 | 2,0 | 2,2 | 2,3 | 2,7 | 2,6 | 3,6 | 4,7 | 4,2 | 2,5 | 1,8 | 1,8 | 1,6 | 1,4 | 1,5 | 1,4 |
| Schweiz | 1,3 | 1,3 | 1,3 | 1,5 | 1,5 | 1,5 | 1,6 | 1,7 | 1,9 | 2,1 | 2,2 | 2,5 | 2,5 | 2,7 | 2,8 | 3,1 | 3,4 | 3,5 | 2,6 | 2,2 | 2,1 | 1,9 | 1,8 | 1,7 | 1,5 |
| Türkei | 0,7 | 0,9 | 1,0 | 0,9 | 0,9 | 1,0 | 1,0 | 1,0 | 0,9 | 1,0 | 0,9 | 0,9 | 1,1 | 1,4 | 1,8 | 1,9 | 1,7 | 1,8 | 1,6 | 1,5 | 1,7 | 1,7 | 1,7 | 1,6 | 1,4 |
| Brasilien | 0,6 | 0,6 | 0,9 | 0,9 | 1,0 | 1,0 | 1,0 | 1,1 | 0,9 | 0,8 | 0,8 | 0,9 | 0,9 | 1,0 | 1,1 | 1,1 | 1,0 | 1,2 | 1,1 | 1,1 | 1,1 | 1,0 | 1,1 | 0,9 | 0,7 |
| Kanada | 0,9 | 1,0 | 1,4 | 1,5 | 1,6 | 1,5 | 1,5 | 1,6 | 1,6 | 1,7 | 1,5 | 1,8 | 2,1 | 2,4 | 2,7 | 3,5 | 2,9 | 3,4 | 2,1 | 1,6 | 1,4 | 1,4 | 1,4 | 1,3 | 1,2 |
| Vereinigte Staaten | 1,1 | 1,1 | 1,2 | 1,4 | 1,3 | 1,2 | 1,4 | 1,4 | 1,4 | 1,2 | 1,2 | 1,2 | 1,2 | 1,3 | 1,5 | 1,6 | 1,5 | 1,5 | 1,2 | 1,2 | 1,2 | 1,3 | 1,4 | 1,4 | 1,3 |
| China | 1,2 | 1,1 | 1,4 | 1,5 | 1,5 | 1,5 | 1,4 | 1,3 | 1,0 | 0,9 | 1,1 | 1,2 | 1,3 | 2,0 | 1,8 | 1,7 | 1,5 | 1,2 | 1,0 | 1,2 | 1,3 | 1,2 | 1,1 | 1,0 | 0,9 |
| Australien | 1,0 | 0,9 | 1,3 | 1,5 | 1,6 | 1,6 | 1,7 | 1,5 | 1,5 | 1,2 | 1,4 | 1,4 | 1,6 | 1,6 | 1,8 | 2,0 | 1,9 | 1,7 | 1,5 | 1,5 | 1,4 | 1,3 | 1,3 | 1,3 | 1,3 |

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

1) Bis 1994 ohne Finnland, Österreich und Schweden, ab 1995 EU-14, ab 2011 EU-26, ab 2013: EU-27.

Tabelle 4-12: Fortzüge von Deutschen nach Altersgruppen und ausgewählten Zielländern im Jahr 2015

| Zielland | unter 18 Jahren | 18 bis unter 25 Jahren | 25 bis unter 50 Jahren | 50 bis unter 65 Jahren | 65 Jahre und älter | Gesamt |
|------------------------|-----------------|------------------------|------------------------|------------------------|--------------------|----------------|
| Belgien | 471 | 175 | 1.122 | 253 | 102 | 2.123 |
| Frankreich | 963 | 759 | 2.892 | 835 | 414 | 5.863 |
| Griechenland | 159 | 77 | 285 | 128 | 92 | 741 |
| Irland | 143 | 133 | 650 | 73 | 18 | 1.017 |
| Italien | 455 | 264 | 951 | 389 | 238 | 2.297 |
| Niederlande | 501 | 507 | 1.960 | 321 | 95 | 3.384 |
| Österreich | 1.308 | 1.307 | 5.850 | 1.132 | 642 | 10.239 |
| Polen | 672 | 681 | 2.616 | 1.003 | 564 | 5.536 |
| Schweden | 328 | 163 | 1.003 | 184 | 93 | 1.771 |
| Spanien | 867 | 581 | 2.714 | 1.151 | 903 | 6.216 |
| Vereinigtes Königreich | 1.649 | 1.029 | 5.409 | 643 | 187 | 8.917 |
| EU insgesamt | 8.709 | 6.341 | 28.768 | 7.322 | 4.504 | 55.644 |
| Schweiz | 1.997 | 1.619 | 12.574 | 1.729 | 347 | 18.266 |
| Türkei | 2.812 | 638 | 2.408 | 580 | 312 | 6.750 |
| Russische Föderation | 496 | 125 | 1.019 | 423 | 278 | 2.341 |
| Südafrika | 145 | 86 | 469 | 129 | 101 | 930 |
| Brasilien | 246 | 162 | 623 | 213 | 94 | 1.338 |
| Kanada | 377 | 276 | 1.275 | 195 | 77 | 2.200 |
| Vereinigte Staaten | 3.297 | 1.200 | 7.481 | 1.077 | 383 | 13.438 |
| China | 516 | 128 | 1.788 | 274 | 23 | 2.729 |
| Thailand | 149 | 87 | 653 | 476 | 304 | 1.669 |
| Australien | 422 | 606 | 2.245 | 177 | 73 | 3.523 |
| Gesamt | 25.224 | 14.317 | 74.145 | 16.768 | 7.819 | 138.273 |

Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabelle 4-13: Fortzüge von Deutschen nach Altersgruppen und ausgewählten Zielländern im Jahr 2015 in Prozent

| Zielland | unter 18 Jahren | 18 bis unter 25 Jahren | 25 bis unter 50 Jahren | 50 bis unter 65 Jahren | 65 Jahre und älter | Gesamt |
|------------------------|-----------------|------------------------|------------------------|------------------------|--------------------|--------------|
| Belgien | 22,2 | 8,2 | 52,8 | 11,9 | 4,8 | 100,0 |
| Frankreich | 16,4 | 12,9 | 49,3 | 14,2 | 7,1 | 100,0 |
| Griechenland | 21,5 | 10,4 | 38,5 | 17,3 | 12,4 | 100,0 |
| Irland | 14,1 | 13,1 | 63,9 | 7,2 | 1,8 | 100,0 |
| Italien | 19,8 | 11,5 | 41,4 | 16,9 | 10,4 | 100,0 |
| Niederlande | 14,8 | 15,0 | 57,9 | 9,5 | 2,8 | 100,0 |
| Österreich | 12,8 | 12,8 | 57,1 | 11,1 | 6,3 | 100,0 |
| Polen | 12,1 | 12,3 | 47,3 | 18,1 | 10,2 | 100,0 |
| Schweden | 18,5 | 9,2 | 56,6 | 10,4 | 5,3 | 100,0 |
| Spanien | 13,9 | 9,3 | 43,7 | 18,5 | 14,5 | 100,0 |
| Vereinigtes Königreich | 18,5 | 11,5 | 60,7 | 7,2 | 2,1 | 100,0 |
| EU insgesamt | 15,7 | 11,4 | 51,7 | 13,2 | 8,1 | 100,0 |
| Schweiz | 10,9 | 8,9 | 68,8 | 9,5 | 1,9 | 100,0 |
| Türkei | 41,7 | 9,5 | 35,7 | 8,6 | 4,6 | 100,0 |
| Russische Föderation | 21,2 | 5,3 | 43,5 | 18,1 | 11,9 | 100,0 |
| Südafrika | 15,6 | 9,2 | 50,4 | 13,9 | 10,9 | 100,0 |
| Brasilien | 18,4 | 12,1 | 46,6 | 15,9 | 7,0 | 100,0 |
| Kanada | 17,1 | 12,5 | 58,0 | 8,9 | 3,5 | 100,0 |
| Vereinigte Staaten | 24,5 | 8,9 | 55,7 | 8,0 | 2,9 | 100,0 |
| China | 18,9 | 4,7 | 65,5 | 10,0 | 0,8 | 100,0 |
| Thailand | 8,9 | 5,2 | 39,1 | 28,5 | 18,2 | 100,0 |
| Australien | 12,0 | 17,2 | 63,7 | 5,0 | 2,1 | 100,0 |
| Gesamt | 18,2 | 10,4 | 53,6 | 12,1 | 5,7 | 100,0 |

Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabelle 4-14: Deutsche Wissenschaftler im Ausland nach Zielland von 2011 bis 2014¹

| Zielland | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 |
|--------------------------|---------------|---------------|---------------|---------------|
| Vereinigte Staaten | 2.524 | 2.566 | 2.849 | 2.702 |
| Vereinigtes Königreich | 802 | 861 | 1.096 | 992 |
| Frankreich | 627 | 689 | 775 | 698 |
| Russische Föderation | 595 | 598 | 659 | 657 |
| China | 607 | 556 | 575 | 620 |
| Italien | 539 | 605 | 666 | 518 |
| Polen | 406 | 389 | 423 | 434 |
| Australien | 318 | 400 | 431 | 423 |
| Brasilien | 328 | 371 | 450 | 406 |
| Kanada | 405 | 369 | 334 | 394 |
| Japan | 197 | 244 | 308 | 384 |
| Schweiz | 355 | 422 | 430 | 369 |
| Spanien | 275 | 359 | 323 | 365 |
| Niederlande | 154 | 232 | 253 | 304 |
| Ägypten | 134 | 255 | 320 | 244 |
| Vietnam | 134 | 157 | 191 | 231 |
| Tschechische Republik | 183 | 215 | 232 | 221 |
| Griechenland | 127 | 102 | 168 | 208 |
| Indien | 221 | 204 | 221 | 202 |
| sonstige Zielländer | 5.908 | 6.563 | 6.982 | 6.855 |
| Ausland insgesamt | 14.839 | 16.157 | 17.686 | 17.227 |

Quelle: Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD)

1) Erfasst werden nur Wissenschaftler, deren Forschungsaufenthalte im Ausland durch Förderorganisationen unmittelbar gefördert wurden. Auf andere Art finanzierte Forschungsaufenthalte, etwa aus Drittmitteln, sind nicht berücksichtigt, da diese in Deutschland nicht erfasst werden. Die Daten dokumentieren deshalb nur einen Teil der Auslandsaufenthalte deutscher Wissenschaftler. Die Gesamtzahl dürfte deutlich höher liegen.

Anmerkung: Im Jahr 2013 hat der DAAD die Erfassung der deutschen Gastwissenschaftler im Ausland geändert, so dass ein Vergleich mit den Vorjahreswerten nicht mehr möglich ist. Lediglich für die Jahre 2011 und 2012 konnte die neue Erfassungsmethode rückwirkend herangezogen werden. Dadurch ergeben sich für diese Jahre andere Werte als in bisherigen Migrationsberichten ausgewiesen wurden.

5. Migrationsgeschehen im europäischen Vergleich

5.1 Zu- und Abwanderung

Tabelle 5-2: Zuzüge in die Staaten der Europäischen Union sowie in die Schweiz und Norwegen in den Jahren 1993 bis 2014

| Zielland | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 |
|------------------------|-----------|-----------|-----------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|
| Belgien | 72.762 | 75.621 | 71.563 | 70.581 | 75.578 | 83.812 | 91.624 | 89.388 | 110.410 | 113.857 | 112.060 | 117.236 | 132.810 | 137.699 | 146.409 | 164.152 | - | 135.281 | - | 147.387 | 118.256 | 124.844 |
| Bulgarien ¹ | 29.533 | 9.361 | 9.968 | 10.129 | 10.917 | 8.633 | 10.334 | 19.781 | 27.465 | - | - | - | - | - | 1.561 | 1.236 | 3.310 | 3.518 | 4.722 | 14.103 | 18.570 | 26.615 |
| Dänemark | 43.400 | 44.961 | 63.187 | 54.445 | 50.105 | 51.372 | 50.236 | 52.915 | 55.984 | 52.778 | 49.754 | 49.860 | 52.458 | 56.750 | 64.656 | 57.357 | 51.800 | 52.236 | 52.833 | 54.409 | 60.312 | 68.388 |
| Deutschland | 1.277.408 | 1.082.553 | 1.096.048 | 959.691 | 840.633 | 802.456 | 874.023 | 841.158 | 879.217 | 842.543 | 768.975 | 780.175 | 707.352 | 661.855 | 680.766 | 682.146 | 346.216 | 404.055 | 489.422 | 592.175 | 692.713 | 884.893 |
| Estland | 2.390 | 1.575 | 1.616 | 1.552 | 1.585 | 1.219 | 1.198 | 35 | 241 | 575 | 967 | 1.097 | 1.436 | 2.234 | 3.741 | 3.671 | 3.884 | 2.810 | 3.709 | 2.639 | 4.109 | 3.904 |
| Finnland | 14.975 | 11.611 | 12.222 | 13.294 | 13.564 | 14.192 | 14.744 | 16.895 | 18.955 | 18.113 | 17.838 | 20.333 | 21.355 | 22.451 | 26.029 | 29.114 | 26.699 | 25.636 | 29.481 | 31.278 | 31.941 | 31.507 |
| Frankreich | 116.161 | 119.563 | 106.180 | 105.986 | 127.431 | 155.014 | 145.119 | 160.428 | 182.694 | 205.707 | 236.037 | 225.629 | 219.537 | 301.544 | 293.980 | 296.608 | 296.970 | 307.111 | 319.816 | 327.431 | 332.640 | 339.902 |
| Griechenland | 27.129 | 18.287 | 20.859 | 22.214 | 22.078 | 12.630 | - | - | 14.679 | 14.918 | 14.785 | 14.267 | 15.449 | 86.693 | 133.185 | 66.529 | 58.613 | 60.462 | 60.089 | 58.200 | 57.946 | 59.013 |
| Irland | 34.702 | 30.112 | 31.207 | 39.162 | 43.985 | 48.175 | 51.675 | 57.400 | 64.925 | 61.725 | 58.875 | 78.075 | 102.000 | 139.434 | 122.415 | 82.592 | 50.604 | 52.339 | 53.224 | 54.439 | 59.294 | 67.401 |
| Italien | 100.401 | 99.105 | 96.710 | 171.967 | 162.857 | 156.885 | 185.052 | 226.968 | 208.252 | 222.801 | 470.491 | 444.566 | 325.673 | 297.640 | 558.019 | 534.712 | 442.940 | 458.856 | 385.793 | 350.772 | 307.454 | 277.631 |
| Kroatien | - | - | - | - | - | 51.784 | 32.910 | - | 24.415 | 20.365 | 18.455 | 18.383 | - | 14.978 | 14.622 | 14.541 | - | - | 8.534 | 8.959 | 10.378 | 10.638 |
| Lettland | - | - | - | - | - | 3.123 | 1.813 | 1.627 | 1.443 | 1.428 | 4.063 | 4.844 | 6.691 | 8.212 | 7.517 | 4.678 | 3.731 | 4.011 | 10.234 | 13.303 | 8.299 | 10.365 |
| Litauen | 2.850 | 1.664 | 2.020 | 3.025 | 2.536 | 2.706 | 2.679 | 1.510 | 4.694 | 5.110 | 4.728 | 5.553 | 6.789 | 7.745 | 8.609 | 9.297 | 6.487 | 5.213 | 15.685 | 19.843 | 22.011 | 24.294 |
| Luxemburg | 9.857 | 10.030 | 10.325 | 10.027 | 10.423 | 11.630 | 12.794 | 11.765 | 12.135 | 12.101 | 13.158 | 12.872 | 14.397 | 14.352 | 16.675 | 17.758 | 15.751 | 16.962 | 20.268 | 20.478 | 21.098 | 22.332 |
| Malta | - | - | - | - | - | 349 | 339 | 450 | 472 | 533 | 1.239 | 1.989 | 187 | 1.829 | 6.730 | 6.043 | 6.161 | 4.275 | 5.465 | 7.111 | 8.428 | 8.946 |
| Niederlande | 110.559 | 92.142 | 96.099 | 108.749 | 109.860 | 122.407 | 119.151 | 132.850 | 133.404 | 121.250 | 104.514 | 94.019 | 92.297 | 101.150 | 116.819 | 143.516 | 122.917 | 126.776 | 130.118 | 124.566 | 129.428 | 145.323 |
| Norwegen | 31.711 | 26.911 | 25.678 | 26.407 | 31.957 | 36.704 | 41.841 | 36.542 | 34.263 | 40.122 | 35.957 | 36.482 | 40.148 | 45.776 | 61.774 | 58.123 | 55.953 | 69.214 | 70.337 | 69.908 | 68.313 | 66.903 |
| Österreich | - | 95.193 | - | 69.930 | 70.122 | 72.723 | 86.710 | 81.676 | 89.928 | 108.125 | 111.869 | 122.547 | 114.465 | 98.535 | 72.862 | 73.772 | 69.295 | 70.978 | 82.230 | 91.557 | 101.866 | 116.262 |
| Polen | 5.924 | 6.907 | 8.121 | 8.186 | 8.426 | 8.532 | 7.525 | 7.331 | 6.625 | 6.587 | 7.048 | 9.495 | 9.364 | 10.802 | 14.995 | 47.880 | 189.166 | 155.131 | 157.059 | 217.546 | 220.311 | 222.275 |
| Portugal | 9.852 | 5.653 | 5.025 | 3.644 | 3.298 | 43.100 | 52.040 | 57.660 | 74.800 | 79.300 | 72.400 | 57.920 | 49.200 | 38.800 | 46.300 | 29.718 | 32.307 | 27.575 | 19.667 | 14.606 | 17.554 | 19.516 |
| Rumänien | 1.269 | 878 | 4.458 | 2.053 | 6.600 | 11.907 | 10.078 | 11.024 | 10.350 | 6.582 | 3.267 | 2.987 | 3.704 | 7.714 | 9.575 | 138.929 | 135.844 | 149.885 | 147.685 | 167.266 | 153.646 | 136.035 |
| Schweden | 61.872 | 83.598 | 45.887 | 39.895 | 44.818 | 49.391 | 49.839 | 58.659 | 60.795 | 64.087 | 63.795 | 62.028 | 65.229 | 95.750 | 99.485 | 101.171 | 102.280 | 98.801 | 96.467 | 103.059 | 115.845 | 126.966 |
| Schweiz | 144.537 | 130.188 | 113.966 | 97.591 | 91.687 | 95.955 | 107.953 | 110.302 | 122.494 | 126.080 | 119.783 | 120.188 | 118.270 | 127.586 | 165.634 | 184.297 | 160.623 | 161.778 | 148.799 | 149.051 | 160.157 | 156.282 |



Fortsetzung Tabelle 5-2: Zuzüge in die Staaten der Europäischen Union sowie in die Schweiz und Norwegen in den Jahren 1993 bis 2014

| Zielland | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 |
|------------------------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|
| Slowakei | 9.106 | 4.922 | 3.055 | 2.477 | 2.303 | 2.052 | 2.072 | 2.274 | 2.023 | 2.312 | 6.551 | 10.390 | 9.410 | 12.611 | 16.265 | 17.820 | 15.643 | 13.770 | 4.829 | 5.419 | 5.149 | 5.357 |
| Slowenien | 2.745 | 1.919 | 5.879 | 9.495 | 7.889 | 4.603 | 4.941 | 6.185 | 7.803 | 9.134 | 9.279 | 10.171 | 15.041 | 20.016 | 29.193 | 30.693 | 30.296 | 15.416 | 14.083 | 15.022 | 13.871 | 13.846 |
| Spanien | 33.026 | 34.123 | 36.092 | 29.895 | 57.877 | 81.227 | 127.365 | 362.468 | 414.772 | 483.260 | 672.266 | 684.561 | 719.284 | 840.844 | 958.266 | 599.075 | 392.962 | 360.705 | 371.331 | 304.053 | 280.772 | 305.454 |
| Tschechische Republik | 12.900 | 10.207 | 10.540 | 10.857 | 12.880 | 10.729 | 9.910 | 7.802 | 12.918 | 44.679 | 60.015 | 53.453 | 60.294 | 68.183 | 104.445 | 108.267 | 75.620 | 48.317 | 27.114 | 34.337 | 30.124 | 29.897 |
| Ungarn | 16.397 | 12.752 | 14.008 | 13.734 | 13.283 | 17.269 | 21.422 | 21.726 | 22.079 | 19.855 | 21.327 | 24.298 | 27.820 | 25.732 | 24.361 | 37.652 | 27.894 | 25.519 | 28.018 | 33.702 | 38.968 | 54.581 |
| Vereinigtes Königreich | 266.000 | 315.000 | 312.000 | 317.800 | 327.000 | 332.390 | 354.077 | 364.367 | 372.206 | 385.901 | 431.487 | 518.097 | 496.470 | 529.008 | 526.714 | 590.242 | 566.514 | 590.950 | 566.044 | 498.040 | 526.046 | 631.991 |
| Zypern | - | - | - | - | - | 8.721 | 15.812 | 12.764 | 17.485 | 14.370 | 16.779 | 22.003 | 24.419 | 15.545 | 19.017 | 14.095 | 11.675 | 20.206 | 23.037 | 17.476 | 13.149 | 9.154 |

Quelle: Eurostat, Council of Europe, nationale statistische Ämter

Anmerkung: Ab 2009 wurde nahezu flächendeckend die von Eurostat empfohlene Definition der längerfristigen Zuwanderung mit einer (beabsichtigten) Mindestaufenthaltsdauer von 12 Monaten verwendet. Daher kommt es seit dem Jahr zu Diskrepanzen mit den Zahlen der nationalen Wanderungsstatistiken, in denen teilweise die (beabsichtigte) Dauer des Aufenthalts nicht relevant ist und somit auch kurzfristige Wanderungen beinhaltet sind, wie z. B. in Deutschland (vgl. Kap. 1). Zudem sind die Zahlen ab 2009 nur eingeschränkt mit den Vorjahreszahlen vergleichbar.

1) 2009 bis 2011 Daten aus nationalen Statistiken.

Tabelle 5-3: Fortzüge aus den Staaten der Europäischen Union sowie aus der Schweiz und Norwegen in den Jahren 1993 bis 2014

| Herkunftsland | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 |
|------------------------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|
| Belgien | 53.824 | 57.987 | 58.184 | 57.867 | 68.537 | 72.087 | 74.097 | 75.320 | 75.261 | 75.960 | 79.399 | 83.895 | 86.899 | 88.163 | 91.052 | 100.275 | - | 66.013 | 67.475 | 74.720 | 90.800 | 89.967 |
| Bulgarien ¹ | 35.135 | 10.515 | 10.560 | 7.659 | 7.058 | 5.400 | 5.953 | 7.403 | 8.687 | - | - | - | - | - | 2.958 | 2.112 | 19.039 | 27.708 | 9.517 | 16.615 | 19.678 | 28.727 |
| Dänemark | 32.344 | 34.710 | 34.630 | 37.312 | 38.393 | 40.340 | 41.340 | 43.417 | 43.980 | 43.481 | 43.466 | 45.017 | 45.869 | 46.786 | 41.566 | 38.356 | 39.899 | 41.456 | 41.593 | 43.663 | 43.310 | 44.426 |
| Deutschland | 815.312 | 767.555 | 698.113 | 677.494 | 764.969 | 755.358 | 672.048 | 674.038 | 606.494 | 623.255 | 626.330 | 697.632 | 628.399 | 639.064 | 636.854 | 737.889 | 286.582 | 252.456 | 249.045 | 240.001 | 259.328 | 324.221 |
| Estland | 16.169 | 9.206 | 9.786 | 7.235 | 4.081 | 2.507 | 1.882 | 1.784 | 2.175 | 2.038 | 3.073 | 2.927 | 4.610 | 5.527 | 4.384 | 4.406 | 4.658 | 5.294 | 6.214 | 6.321 | 6.740 | 4.637 |
| Finnland | 6.405 | 8.672 | 8.957 | 10.587 | 9.854 | 10.817 | 11.966 | 14.311 | 13.153 | 12.891 | 12.083 | 13.656 | 12.369 | 12.107 | 12.443 | 13.657 | 12.151 | 11.905 | 12.660 | 13.845 | 13.893 | 15.486 |
| Frankreich | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | 134.037 | 120.629 | 127.537 | 189.403 | 220.354 | 239.796 | 264.631 | 269.531 | 291.594 | 295.922 | 286.820 | 294.082 |
| Griechenland | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | 45.693 | 51.489 | 60.362 | 119.985 | 92.404 | 124.694 | 117.094 | 106.804 |
| Irland | 35.100 | 34.800 | 33.100 | 31.200 | 25.300 | 30.775 | 27.825 | 26.300 | 25.750 | 28.375 | 27.200 | 28.675 | 34.350 | 44.409 | 48.040 | 65.934 | 69.672 | 78.099 | 87.053 | 89.436 | 83.791 | 80.912 |
| Italien | - | - | 43.302 | - | - | 45.889 | 64.873 | 56.601 | 56.077 | 49.383 | 62.970 | 64.849 | 65.029 | 75.230 | 65.196 | 80.947 | 80.597 | 78.771 | 82.461 | 106.216 | 125.735 | 136.328 |
| Kroatien | - | - | - | - | - | 7.310 | 14.285 | - | 7.488 | 11.767 | 6.534 | 6.812 | - | 7.692 | 9.002 | 7.488 | - | - | 12.699 | 12.877 | 15.262 | 20.858 |
| Lettland | - | - | 13.346 | - | - | 8.874 | 5.898 | 7.131 | 6.602 | 3.262 | 15.647 | 20.167 | 17.643 | 17.019 | 15.463 | 27.045 | 38.208 | 39.651 | 30.311 | 25.163 | 22.561 | 19.017 |
| Litauen | 26.840 | 25.859 | 25.688 | 26.394 | 24.957 | 2.130 | 1.369 | 2.616 | 27.841 | 16.719 | 26.283 | 37.691 | 57.885 | 32.390 | 30.383 | 25.750 | 38.500 | 83.157 | 53.863 | 41.100 | 38.818 | 36.671 |
| Luxemburg | - | - | 5.715 | 6.355 | 6.591 | 7.574 | 8.075 | 8.121 | 8.824 | 9.452 | 7.746 | 8.480 | 8.287 | 9.001 | 10.674 | 10.058 | 9.168 | 9.302 | 9.264 | 10.442 | 10.750 | 11.283 |
| Malta | - | - | 621 | 399 | 453 | 349 | 339 | 450 | 472 | 382 | 518 | 459 | - | 1.908 | 5.029 | 3.719 | 3.868 | 4.201 | 3.806 | 4.005 | 5.204 | 5.907 |
| Niederlande | 74.788 | 79.228 | 82.195 | 91.945 | 81.973 | 60.441 | 59.023 | 61.201 | 63.318 | 66.728 | 68.885 | 75.049 | 83.399 | 91.028 | 91.287 | 90.067 | 92.825 | 95.970 | 104.201 | 110.431 | 112.625 | 112.900 |
| Norwegen | 18.903 | 19.475 | 19.312 | 20.590 | 21.257 | 22.881 | 22.842 | 26.854 | 26.309 | 22.948 | 24.672 | 23.271 | 21.709 | 22.053 | 22.122 | 12.976 | 17.072 | 25.835 | 20.349 | 22.693 | 26.523 | 29.308 |
| Österreich | - | - | - | 66.050 | 68.585 | 64.272 | 66.923 | 64.472 | 72.654 | 74.831 | 71.996 | 71.721 | 70.133 | 74.432 | 49.898 | 51.563 | 53.244 | 51.651 | 51.197 | 51.812 | 54.071 | 53.491 |
| Polen | 21.376 | 25.904 | 26.344 | 21.297 | 20.222 | 21.113 | 21.536 | 26.999 | 23.368 | 24.532 | 20.813 | 18.877 | 22.242 | 46.936 | 35.480 | 74.338 | 229.320 | 218.126 | 265.798 | 275.603 | 276.446 | 268.299 |
| Portugal | - | - | 22.594 | - | - | 11.100 | 14.040 | 10.660 | 9.800 | 9.300 | 8.900 | 10.680 | 10.800 | 12.700 | 26.800 | 20.357 | 16.899 | 23.760 | 43.998 | 51.958 | 53.786 | 49.572 |
| Rumänien | 18.446 | 17.146 | 25.675 | 21.526 | 19.945 | 17.536 | 12.594 | 14.753 | 9.921 | 8.154 | 10.673 | 13.082 | 10.938 | 14.197 | 8.830 | 302.796 | 246.626 | 197.985 | 195.551 | 170.186 | 161.755 | 172.871 |
| Schweden | 29.874 | 32.661 | 33.984 | 33.884 | 38.543 | 38.518 | 35.705 | 34.091 | 32.141 | 33.009 | 35.023 | 36.586 | 38.119 | 44.908 | 45.418 | 45.294 | 39.240 | 48.853 | 51.179 | 51.747 | 50.715 | 51.237 |
| Schweiz | 105.205 | 99.305 | 99.509 | 103.398 | 98.521 | 94.778 | 91.804 | 90.078 | 82.235 | 78.425 | 76.756 | 79.726 | 82.090 | 88.218 | 90.175 | 86.130 | 86.036 | 96.839 | 96.494 | 103.881 | 106.196 | 111.103 |
| Slowakei | 7.355 | 154 | 213 | 222 | 572 | 746 | 618 | 811 | 1.011 | 1.411 | 4.777 | 6.525 | 2.784 | 3.084 | 3.570 | 4.857 | 4.753 | 4.447 | 1.863 | 2.003 | 2.770 | 3.644 |
| Slowenien | 1.390 | 983 | 3.372 | 2.985 | 5.447 | 6.708 | 2.606 | 3.570 | 4.811 | 7.269 | 5.867 | 8.269 | 8.605 | 13.749 | 14.943 | 12.109 | 18.788 | 15.937 | 12.024 | 14.378 | 13.384 | 14.336 |
| Spanien | - | - | - | - | - | - | 15.148 | 13.237 | 14.539 | 36.605 | 64.298 | 55.092 | 68.011 | 142.296 | 227.065 | 288.432 | 380.121 | 403.377 | 409.034 | 446.606 | 532.303 | 400.430 |



Fortsetzung Tabelle 5-3: Fortzüge aus den Staaten der Europäischen Union sowie aus der Schweiz und Norwegen in den Jahren 1993 bis 2014

| Herkunftsland | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 |
|------------------------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|
| Tschechische Republik | 7.424 | 264 | 541 | 728 | 805 | 1.241 | 1.136 | 1.263 | 21.469 | 32.389 | 34.226 | 34.818 | 24.065 | 33.463 | 20.500 | 51.478 | 61.782 | 61.069 | 55.910 | 46.106 | 25.894 | 28.468 |
| Ungarn | 2.901 | 2.378 | 2.401 | 2.833 | 1.928 | 3.059 | 2.821 | 2.540 | 2.591 | 3.126 | 3.122 | 3.820 | 3.658 | 4.314 | 4.500 | 9.591 | 10.483 | 13.365 | 15.100 | 22.880 | 34.691 | 42.213 |
| Vereinigtes Königreich | 266.000 | 238.000 | 236.500 | 263.700 | 279.200 | 198.934 | 245.340 | 277.563 | 251.369 | 305.931 | 313.960 | 310.389 | 328.408 | 369.470 | 317.587 | 427.207 | 368.177 | 339.306 | 350.703 | 321.217 | 316.934 | 319.086 |
| Zypern | - | - | - | - | - | 6.800 | - | 11.268 | 13.909 | 7.485 | 4.437 | 6.279 | 10.003 | 6.874 | 11.389 | 10.500 | 9.829 | 4.293 | 4.895 | 18.105 | 25.227 | 24.154 |

Quelle: Eurostat, Council of Europe, nationale statistische Ämter

Anmerkung: Ab 2009 wurde nahezu flächendeckend die von Eurostat empfohlene Definition der längerfristigen Auswanderung mit einer (beabsichtigten) Mindestaufenthaltsdauer im Zielland der Migration von 12 Monaten verwendet. Daher kommt es seit dem Jahr zu Diskrepanzen mit den Zahlen der amtlichen Wanderungsstatistik (vgl. Kap. 1), in denen die (beabsichtigte) Dauer des Aufenthalts nicht relevant ist und somit auch kurzfristige Wanderungen beinhaltet sind. Zudem sind die Zahlen ab 2009 nur eingeschränkt mit den Vorjahreszahlen vergleichbar.

1) 2009 bis 2011 Daten aus nationalen Statistiken.

Tabelle 5-4: Zu- und Abwanderung von Inländern in den Jahren 2013 und 2014 in ausgewählten europäischen Staaten

| Staat | Zuwanderung | | Abwanderung | | Wanderungssaldo | | Verhältnis Abwanderung/Zuwanderung | |
|------------------------|-------------|---------|-------------|---------|-----------------|----------|------------------------------------|------|
| | 2013 | 2014 | 2013 | 2014 | 2013 | 2014 | 2013 | 2014 |
| Portugal | 12.156 | 10.218 | 50.835 | 47.665 | -38.679 | -37.447 | 4,2 | 4,7 |
| Kroatien | 5.085 | 4.824 | 13.394 | 19.555 | -8.309 | -14.731 | 2,6 | 4,1 |
| Slowenien | 2.250 | 2.535 | 7.789 | 8.129 | -5.539 | -5.594 | 3,5 | 3,2 |
| Italien | 28.433 | 29.271 | 82.095 | 88.859 | -53.662 | -59.588 | 2,9 | 3,0 |
| Lettland | 4.774 | 5.864 | 19.150 | 16.438 | -14.376 | -10.574 | 4,0 | 2,8 |
| Bulgarien | 4.682 | 9.502 | 16.036 | 23.849 | -11.354 | -14.347 | 3,4 | 2,5 |
| Irland | 12.695 | 12.391 | 37.301 | 30.834 | -24.606 | -18.443 | 2,9 | 2,5 |
| Spanien | 32.422 | 40.968 | 73.329 | 80.441 | -40.907 | -39.473 | 2,3 | 2,0 |
| Frankreich | 115.402 | 126.159 | 154.608 | 247.029 | -39.206 | -120.870 | 1,3 | 2,0 |
| Griechenland | 26.644 | 29.503 | 62.089 | 55.633 | -35.445 | -26.130 | 2,3 | 1,9 |
| Litauen | 18.975 | 19.528 | 35.492 | 33.115 | -16.517 | -13.587 | 1,9 | 1,7 |
| Estland | 2.472 | 2.557 | 6.414 | 4.314 | -3.942 | -1.757 | 2,6 | 1,7 |
| Vereinigtes Königreich | 76.136 | 81.251 | 133.576 | 136.614 | -57.440 | -55.363 | 1,8 | 1,7 |
| Belgien | 17.531 | 17.613 | 28.068 | 28.972 | -10.537 | -11.359 | 1,6 | 1,6 |
| Österreich | 9.237 | 9.203 | 15.368 | 14.800 | -6.131 | -5.597 | 1,7 | 1,6 |
| Polen | 131.431 | 127.780 | 226.969 | 199.696 | -95.538 | -71.916 | 1,7 | 1,6 |
| Tschechische Republik | 5.326 | 5.759 | 9.267 | 8.967 | -3.941 | -3.208 | 1,7 | 1,6 |
| Niederlande | 36.319 | 37.448 | 57.090 | 57.924 | -20.771 | -20.476 | 1,6 | 1,5 |
| Zypern | 1.534 | 1.401 | 3.579 | 2.106 | -2.045 | -705 | 2,3 | 1,5 |
| Rumänien | 138.923 | 123.916 | 154.374 | 171.967 | -15.451 | -48.051 | 1,1 | 1,4 |
| Luxemburg | 1.301 | 1.308 | 1.817 | 1.794 | -516 | -486 | 1,4 | 1,4 |
| Deutschland | 83.229 | 88.360 | 104.245 | 113.884 | -21.016 | -25.524 | 1,3 | 1,3 |
| Finnland | 8.068 | 7.860 | 9.658 | 10.015 | -1.590 | -2.155 | 1,2 | 1,3 |
| Slowakei | 2.674 | 2.939 | 2.732 | 3.575 | -58 | -636 | 1,0 | 1,2 |
| Schweden | 20.484 | 20.866 | 26.112 | 24.861 | -5.628 | -3.995 | 1,3 | 1,2 |
| Ungarn | 17.718 | 28.577 | 21.580 | 31.385 | -3.862 | -2.808 | 1,2 | 1,1 |
| Schweiz | 26.054 | 26.177 | 28.489 | 28.496 | -2.435 | -2.319 | 1,1 | 1,1 |
| Norwegen | 7.006 | 6.922 | 8.712 | 7.164 | -1.706 | -242 | 1,2 | 1,0 |
| Dänemark | 18.970 | 19.349 | 13.572 | 13.999 | 5.398 | 5.350 | 0,7 | 0,7 |
| Malta | 1.824 | 1.832 | 1.333 | 1.275 | 491 | 557 | 0,7 | 0,7 |

Quelle: Eurostat

Tabelle 5-5: Anteil der Inländer an der Zu- und Abwanderung in ausgewählten europäischen Staaten im Jahr 2014

| Staat | Zuwanderung | | | Abwanderung | | |
|------------------------|-------------|----------|--------------------------|-------------|----------|--------------------------|
| | Gesamt | Inländer | Anteil der Inländer in % | Gesamt | Inländer | Anteil der Inländer in % |
| Belgien | 124.844 | 17.613 | 14,1 | 89.967 | 28.972 | 32,2 |
| Bulgarien | 26.615 | 9.502 | 35,7 | 28.727 | 23.849 | 83,0 |
| Dänemark | 68.388 | 19.349 | 28,3 | 44.426 | 13.999 | 31,5 |
| Deutschland | 884.893 | 88.360 | 10,0 | 324.221 | 113.884 | 35,1 |
| Estland | 3.904 | 2.557 | 65,5 | 4.637 | 4.314 | 93,0 |
| Finnland | 31.507 | 7.860 | 24,9 | 15.486 | 10.015 | 64,7 |
| Frankreich | 339.902 | 126.159 | 37,1 | 294.082 | 247.029 | 84,0 |
| Griechenland | 59.013 | 29.503 | 50,0 | 106.804 | 55.633 | 52,1 |
| Irland | 67.401 | 12.391 | 18,4 | 80.912 | 30.834 | 38,1 |
| Italien | 277.631 | 29.271 | 10,5 | 136.328 | 88.859 | 65,2 |
| Lettland | 10.365 | 5.864 | 56,6 | 19.017 | 16.438 | 86,4 |
| Litauen | 24.294 | 19.528 | 80,4 | 36.621 | 33.115 | 90,4 |
| Luxemburg | 22.332 | 1.308 | 5,9 | 11.283 | 1.794 | 15,9 |
| Malta | 8.946 | 1.832 | 20,5 | 5.907 | 1.275 | 21,6 |
| Niederlande | 145.323 | 37.448 | 25,8 | 112.900 | 57.924 | 51,3 |
| Norwegen | 66.903 | 6.922 | 10,3 | 29.308 | 7.164 | 24,4 |
| Österreich | 116.262 | 9.203 | 7,9 | 53.491 | 14.800 | 27,7 |
| Polen | 222.275 | 127.780 | 57,5 | 268.299 | 199.696 | 74,4 |
| Portugal | 19.516 | 10.218 | 52,4 | 49.572 | 47.665 | 96,2 |
| Rumänien | 136.035 | 123.916 | 91,1 | 172.871 | 171.967 | 99,5 |
| Schweden | 126.966 | 20.866 | 16,4 | 51.237 | 24.861 | 48,5 |
| Schweiz | 156.282 | 26.177 | 16,7 | 111.103 | 28.496 | 25,6 |
| Slowakei | 5.357 | 2.939 | 54,9 | 3.644 | 3.575 | 98,1 |
| Slowenien | 13.846 | 2.535 | 18,3 | 14.336 | 8.129 | 56,7 |
| Spanien | 305.454 | 40.968 | 13,4 | 400.430 | 80.441 | 20,1 |
| Tschechische Republik | 29.897 | 5.759 | 19,3 | 28.468 | 8.967 | 31,5 |
| Ungarn | 54.581 | 28.577 | 52,4 | 42.213 | 31.385 | 74,3 |
| Vereinigtes Königreich | 631.991 | 81.251 | 12,9 | 319.086 | 136.614 | 42,8 |
| Zypern | 9.154 | 1.401 | 15,3 | 24.154 | 2.106 | 8,7 |

Quelle: Eurostat

5.2 Asylzuwanderung

Tabelle 5-6: Asylantragsteller im internationalen Vergleich von 1996 bis 2015

| Staat | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 ¹ | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | Veränderung 2015 zu 2014 in % |
|------------------|---------|---------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|-------------------|--------|--------|--------|--------|---------|---------|---------|-------------------------------------|
| Belgien | 12.435 | 11.790 | 21.965 | 35.780 | 42.690 | 24.505 | 18.800 | 13.585 | 12.400 | 12.575 | 8.870 | 11.575 | 15.940 | 22.955 | 26.560 | 32.270 | 28.285 | 21.215 | 22.850 | 44.660 | 96,7 |
| Bulgarien | - | 370 | 835 | 1.350 | 1.755 | 2.430 | 2.890 | 1.320 | 985 | 700 | 500 | 815 | 745 | 855 | 1.025 | 890 | 1.385 | 7.145 | 11.080 | 20.365 | 83,8 |
| Dänemark | 5.895 | 5.100 | 5.700 | 6.530 | 10.345 | 12.510 | 5.945 | 4.390 | 3.235 | 2.280 | 1.960 | 2.225 | 2.375 | 3.775 | 5.100 | 3.985 | 6.075 | 7.230 | 14.715 | 20.935 | 42,6 |
| Deutschland | 117.335 | 104.355 | 98.645 | 94.775 | 78.565 | 88.285 | 71.125 | 50.565 | 35.605 | 28.915 | 21.030 | 19.165 | 26.945 | 33.035 | 48.590 | 53.345 | 77.650 | 126.995 | 202.815 | 476.510 | 135,1 |
| Estland | - | 0 | 25 | 25 | 5 | 10 | 10 | 15 | 10 | 10 | 5 | 15 | 15 | 40 | 35 | 65 | 75 | 95 | 155 | 230 | 48,4 |
| Finnland | 710 | 970 | 1.270 | 3.105 | 3.170 | 1.650 | 3.445 | 3.090 | 3.575 | 3.595 | 2.275 | 1.405 | 3.770 | 5.700 | 3.675 | 2.975 | 3.115 | 3.220 | 3.625 | 32.345 | 793,5 |
| Frankreich | 17.405 | 21.415 | 22.375 | 30.905 | 38.745 | 47.290 | 51.085 | 59.770 | 58.545 | 49.735 | 30.750 | 29.160 | 41.845 | 47.625 | 52.725 | 57.335 | 61.455 | 66.265 | 64.310 | 75.750 | 17,8 |
| Griechenland | 1.640 | 4.375 | 2.950 | 1.530 | 3.085 | 5.500 | 5.665 | 8.180 | 4.470 | 9.050 | 12.265 | 25.115 | 19.885 | 15.925 | 10.275 | 9.310 | 9.575 | 8.225 | 9.435 | 13.205 | 40,0 |
| Irland | 1.180 | 3.880 | 4.625 | 7.725 | 10.940 | 10.325 | 11.635 | 7.485 | 4.265 | 4.305 | 4.240 | 3.935 | 3.865 | 2.690 | 1.940 | 1.290 | 955 | 945 | 1.450 | 3.275 | 125,9 |
| Italien | 680 | 1.890 | 13.100 | 18.450 | 15.195 | 17.400 | 16.015 | 13.705 | 9.630 | 9.345 | 10.350 | 14.055 | 30.145 | 17.670 | 10.050 | 40.355 | 17.350 | 26.620 | 64.625 | 84.085 | 30,1 |
| Kroatien | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | 1.080 | 450 | 210 | -53,3 |
| Lettland | - | - | 35 | 20 | 5 | 15 | 25 | 5 | 5 | 20 | 10 | 35 | 55 | 60 | 65 | 340 | 205 | 195 | 375 | 330 | -12,0 |
| Litauen | - | 240 | 160 | 145 | 305 | 425 | 365 | 395 | 165 | 100 | 145 | 125 | 520 | 450 | 495 | 525 | 645 | 400 | 440 | 315 | -28,4 |
| Luxemburg | 265 | 435 | 1.710 | 2.930 | 625 | 685 | 1.040 | 1.550 | 1.575 | 800 | 525 | 425 | 455 | 485 | 785 | 2.155 | 2.055 | 1.070 | 1.150 | 2.505 | 117,8 |
| Malta | - | 70 | 160 | 255 | 160 | 155 | 350 | 455 | 995 | 1.165 | 1.270 | 1.380 | 2.605 | 2.385 | 175 | 1.890 | 2.080 | 2.245 | 1.350 | 1.845 | 36,7 |
| Niederlande | 22.855 | 34.445 | 45.215 | 39.275 | 43.895 | 32.580 | 18.665 | 13.400 | 9.780 | 12.345 | 14.465 | 7.100 | 15.255 | 16.140 | 15.100 | 14.600 | 13.100 | 13.095 | 24.535 | 44.970 | 83,6 |
| Österreich | 6.990 | 6.770 | 13.805 | 20.130 | 18.285 | 30.125 | 39.355 | 32.360 | 24.635 | 22.460 | 13.350 | 11.920 | 12.750 | 15.815 | 11.060 | 14.455 | 17.450 | 17.520 | 28.065 | 88.160 | 214,5 |
| Polen | 600 | 3.580 | 3.425 | 3.060 | 4.660 | 4.480 | 5.170 | 6.810 | 7.925 | 5.240 | 4.225 | 7.205 | 8.515 | 10.595 | 6.540 | 6.890 | 10.755 | 15.245 | 8.025 | 12.190 | 52,0 |
| Portugal | 270 | 250 | 355 | 305 | 225 | 235 | 245 | 115 | 115 | 115 | 130 | 225 | 160 | 140 | 160 | 275 | 295 | 505 | 445 | 895 | 103,4 |
| Rumänien | 585 | 1.425 | 1.235 | 1.665 | 1.365 | 2.280 | 1.000 | 885 | 545 | 485 | 380 | 660 | 1.180 | 965 | 885 | 1.720 | 2.510 | 1.495 | 1.545 | 1.260 | -18,4 |
| Schweden | 5.775 | 9.680 | 12.840 | 11.220 | 16.285 | 23.500 | 33.015 | 31.355 | 23.160 | 17.530 | 24.320 | 36.205 | 24.875 | 24.260 | 31.940 | 29.710 | 43.945 | 54.365 | 81.325 | 162.450 | 100,1 |
| Slowakische Rep. | 415 | 645 | 505 | 1.320 | 1.555 | 8.150 | 9.745 | 10.300 | 11.395 | 3.550 | 2.850 | 2.640 | 905 | 820 | 540 | 490 | 730 | 440 | 330 | 330 | 0,0 |
| Slowenien | 35 | 70 | 335 | 745 | 9.245 | 1.510 | 650 | 1.050 | 1.090 | 1.550 | 500 | 370 | 260 | 200 | 245 | 360 | 305 | 270 | 385 | 275 | -28,6 |



Fortsetzung Tabelle 5-6: Asylantragsteller im internationalen Vergleich von 1996 bis 2015

| Staat | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 ¹ | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | Veränderung 2015 zu 2014 in % |
|--|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|-------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|------------------|-------------------------------------|
| Spanien | 4.730 | 4.975 | 4.935 | 8.405 | 7.925 | 9.490 | 6.310 | 5.765 | 5.365 | 5.050 | 5.295 | 7.195 | 4.515 | 3.005 | 2.745 | 3.420 | 2.565 | 4.495 | 5.615 | 14.780 | 163,2 |
| Tschechische Republik | - | 2.110 | 4.085 | 7.355 | 8.790 | 18.095 | 8.485 | 11.400 | 5.300 | 3.590 | 2.730 | 1.585 | 1.650 | 1.245 | 790 | 755 | 755 | 710 | 1.155 | 1.515 | 32,3 |
| Ungarn | 1.260 | - | 7.120 | 11.500 | 7.800 | 9.555 | 6.410 | 2.400 | 1.600 | 1.610 | 2.115 | 3.420 | 3.175 | 4.670 | 2.105 | 1.695 | 2.155 | 18.900 | 42.775 | 177.135 | 314,1 |
| Vereinigtes Königreich | 29.640 | 32.500 | 46.015 | 71.160 | 80.315 | 71.365 | 103.080 | 60.045 | 40.625 | 30.840 | 28.320 | 27.905 | 31.315 | 31.695 | 24.365 | 26.940 | 28.895 | 30.820 | 31.945 | 38.800 | 18,3 |
| Zypern | - | - | 225 | 790 | 650 | 1.620 | 950 | 4.405 | 9.675 | 7.715 | 4.540 | 6.780 | 3.920 | 3.200 | 2.875 | 1.770 | 1.635 | 1.255 | 1.745 | 2.265 | 29,8 |
| Summe EU-15 | 227.805 | 242.780 | 295.505 | 352.225 | 370.290 | 375.445 | 385.425 | 305.360 | 236.980 | 208.940 | 178.145 | 197.610 | 234.095 | 240.915 | 245.070 | 292.420 | 312.765 | 382.585 | 556.905 | 1.103.325 | 98,0 |
| Summe EU gesamt² | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | 222.640 | 226.330 | 266.395 | 260.835 | 309.820 | 336.015 | 432.055 | 626.710 | 1.321.590 | 110,8 |
| Liechtenstein | - | - | - | - | - | - | - | - | - | 50 | 50 | 50 | 25 | 285 | 110 | 75 | 75 | 95 | 75 | 150 | 130,8 |
| Norwegen | 1.780 | 2.270 | 8.375 | 10.160 | 10.845 | 14.770 | 17.480 | 16.020 | 7.950 | 5.400 | 5.320 | - | 14.430 | 17.225 | 10.065 | 9.055 | 9.785 | 11.980 | 11.480 | 31.110 | 172,5 |
| Schweiz | 18.415 | 23.795 | 39.885 | 44.510 | 17.705 | 19.405 | 24.430 | 19.545 | 13.475 | 9.350 | 9.315 | 9.525 | 16.605 | 16.005 | 15.565 | 23.880 | 28.640 | 21.460 | 23.770 | 39.445 | 67,5 |
| Australien | 9.770 | 9.704 | 7.992 | 9.496 | 12.608 | 12.366 | 5.867 | 4.329 | 3.328 | 3.144 | 3.458 | 3.950 | 4.808 | 7.378 | 12.629 | 11.530 | 16.116 | 32.521 | 8.988 | 12.237 | 36,3 |
| Kanada | 25.739 | 24.331 | 25.388 | 30.853 | 36.143 | 44.137 | 33.452 | 31.857 | 25.499 | 19.735 | 22.907 | 28.342 | 36.929 | 33.251 | 23.179 | 25.356 | 20.502 | 10.390 | 13.453 | 14.871 | 10,5 |
| Neuseeland | 1.320 | 1.500 | 1.970 | 1.530 | 1.550 | 1.600 | 1.000 | 841 | 583 | 348 | 276 | 248 | 254 | 336 | 340 | 305 | 324 | 292 | 288 | 352 | 22,2 |
| Vereinigte Staaten | 124.112 | 79.454 | 51.512 | 43.677 | 52.414 | 65.545 | 62.966 | 43.589 | 31.191 | 31.460 | 33.752 | 32.307 | 29.279 | 27.556 | 30.750 | 38.513 | 44.216 | 46.196 | 64.843 | 91.546 | 41,2 |

Quelle: UNHCR, IGC, nationale Behörden, Eurostat

1) Ab 2008 für die Staaten der EU-27 Daten von Eurostat (Erst- und Folgeanträge).

2) EU-27, ab 2013 EU-28 (inkl. Kroatien).

6. Illegale/irreguläre Migration

Tabelle 6-3: Feststellungen von unerlaubt eingereisten Ausländern an den deutschen Grenzen und Zurückschiebungen von 1990 bis 2015

| | 1990 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 |
|---------------------------------|-------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|---------|
| Unerlaubte Einreisen | 7.172 | 23.587 | 44.949 | 54.298 | 31.065 | 29.604 | 27.017 | 35.205 | 40.201 | 37.789 | 31.485 | 28.560 | 22.638 | 19.974 | 18.215 | 15.551 | 17.992 | 15.445 | 17.947 | 19.416 | 17.831 | 21.156 | 25.670 | 32.533 | 57.092 | 217.237 |
| Zurück-schiebungen ¹ | 4.281 | 18.025 | 38.497 | 52.279 | 32.911 | 29.673 | 27.249 | 26.668 | 31.510 | 23.610 | 20.369 | 16.048 | 11.138 | 9.729 | 8.455 | 5.924 | 4.729 | 3.818 | 5.745 | 9.782 | 8.416 | 5.281 | 4.417 | 4.498 | 2.967 | 1.481 |

Quelle: Bundespolizei

1) Die Zurückschiebungen sind immer Folge eines unerlaubten Aufenthaltes und erfolgen innerhalb der ersten sechs Monate nach Grenzübertritt (§ 57 Abs. 1 AufenthG). Sie erfolgten in den Anrainerstaat oder auf dem Luftweg direkt ins Heimatland.

Tabelle 6-4: An bundesdeutschen Grenzen aufgegriffene Geschleuste und Schleuser von 1990 bis 2015

| | 1990 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 |
|---------------------------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|--------|--------|--------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|--------|--------|
| Aufgegriffene Geschleuste | 1.794 | 1.802 | 3.823 | 8.799 | 5.279 | 6.652 | 7.298 | 8.288 | 12.533 | 11.101 | 10.320 | 9.194 | 5.713 | 4.903 | 4.751 | 2.991 | 3.537 | 3.345 | 2.827 | 3.612 | 4.050 | 4.905 | 4.767 | 7.773 | 10.321 | 16.725 |
| Aufgegriffene Schleuser | 847 | 619 | 1.040 | 2.427 | 1.788 | 2.323 | 2.215 | 2.023 | 3.162 | 3.410 | 2.740 | 2.463 | 1.844 | 1.485 | 1.534 | 1.232 | 1.444 | 1.282 | 1.086 | 947 | 711 | 737 | 900 | 1.535 | 2.149 | 3.370 |

Quelle: Bundespolizei

Tabelle 6-5: Art des Aufenthalts von nichtdeutschen Tatverdächtigen in Deutschland von 2004 bis 2015

| Art des Aufenthalts | 2004 | | 2005 | | 2006 | | 2007 | | 2008 | | 2009 | |
|---|----------------|--------------|----------------|--------------|----------------|--------------|----------------|--------------|----------------|--------------|----------------|--------------|
| | Anzahl | % | Anzahl | % | Anzahl | % | Anzahl | % | Anzahl | % | Anzahl | % |
| unerlaubt | 81.040 | 14,8 | 64.747 | 12,5 | 64.605 | 12,8 | 58.899 | 12,0 | 51.154 | 10,9 | 46.132 | 10,0 |
| Asylbewerber | 64.397 | 11,8 | 53.165 | 10,2 | 42.522 | 8,5 | 34.811 | 7,1 | 24.954 | 5,3 | 22.137 | 4,8 |
| Arbeitnehmer | 99.260 | 18,1 | 92.326 | 17,8 | 86.518 | 17,2 | 84.943 | 17,3 | 78.795 | 16,7 | 72.523 | 15,7 |
| Tourist/ Durchreisende | 42.089 | 7,7 | 41.971 | 8,1 | 39.740 | 7,9 | 35.243 | 7,2 | 33.238 | 7,1 | 33.184 | 7,2 |
| Student/Schüler | 45.008 | 8,2 | 42.622 | 8,2 | 40.231 | 8,0 | 40.520 | 8,3 | 35.884 | 7,6 | 34.428 | 7,4 |
| Gewerbetreibende | 16.650 | 3,0 | 15.839 | 3,0 | 15.212 | 3,0 | 14.665 | 3,0 | 13.294 | 2,8 | 12.157 | 2,6 |
| Stationierungsstreit- kräfte u. Angehörige | 3.453 | 0,6 | 3.636 | 0,7 | 3.077 | 0,6 | 3.001 | 0,6 | 2.651 | 0,6 | 2.249 | 0,5 |
| Sonstige ¹ | 195.088 | 35,7 | 205.267 | 39,5 | 211.065 | 42,0 | 218.196 | 44,5 | 231.097 | 49,1 | 239.568 | 51,8 |
| Gesamt | 546.985 | 100,0 | 519.573 | 100,0 | 503.037 | 100,0 | 490.278 | 100,0 | 471.067 | 100,0 | 462.378 | 100,0 |

| Art des Aufenthalts | 2010 | | 2011 | | 2012 | | 2013 | | 2014 | | 2015 | |
|---|----------------|--------------|----------------|--------------|----------------|--------------|----------------|--------------|----------------|--------------|----------------|--------------|
| | Anzahl | % | Anzahl | % | Anzahl | % | Anzahl | % | Anzahl | % | Anzahl | % |
| unerlaubt | 46.487 | 9,9 | 51.630 | 10,7 | 60.894 | 12,1 | 76.564 | 14,2 | 112.754 | 18,3 | 312.162 | 34,2 |
| Asylbewerber | 21.817 | 4,6 | 21.768 | 4,5 | 23.661 | 4,7 | 32.495 | 6,0 | 53.890 | 8,7 | 134.204 | 14,7 |
| Arbeitnehmer | 70.037 | 14,8 | 68.548 | 14,1 | 67.171 | 13,4 | 68.469 | 12,7 | 69.318 | 11,2 | 68.068 | 7,5 |
| Tourist/ Durchreisende | 34.690 | 7,4 | 35.475 | 7,3 | 35.385 | 7,0 | 34.834 | 6,5 | 32.612 | 5,3 | 31.996 | 3,5 |
| Student/Schüler | 31.840 | 6,7 | 28.359 | 5,9 | 24.289 | 4,8 | 21.997 | 4,1 | 19.902 | 3,2 | 18.248 | 2,0 |
| Gewerbetreibende | 12.497 | 2,6 | 11.854 | 2,4 | 11.325 | 2,3 | 11.000 | 2,0 | 10.455 | 1,7 | 9.571 | 1,0 |
| Stationierungsstreit- kräfte u. Angehörige | 2.340 | 0,5 | 1.987 | 0,4 | 1.997 | 0,4 | 1.682 | 0,3 | 1.287 | 0,2 | 1.154 | 0,1 |
| Sonstige ¹ | 252.104 | 53,4 | 264.908 | 54,7 | 277.668 | 55,3 | 291.408 | 54,1 | 317.174 | 51,4 | 336.461 | 36,9 |
| Gesamt | 471.812 | 100,0 | 484.529 | 100,0 | 502.390 | 100,0 | 538.449 | 100,0 | 617.392 | 100,0 | 911.864 | 100,0 |

Quelle: Bundeskriminalamt (Polizeiliche Kriminalstatistik)

- 1) Die Kategorie „Sonstige“ umfasst eine heterogen zusammengesetzte Gruppe, zu der beispielsweise Erwerbslose, nicht anerkannte Asylbewerber, Flüchtlinge und andere Personengruppen gehören.

7. Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland

Tabelle 7-6: Bevölkerung nach detailliertem Migrationsstatus 2010 bis 2015, in Tausend

| | 2010 | 2011 ² | 2012 ² | 2013 ² | 2014 ² | 2015 ² |
|--|---------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| Bevölkerung insgesamt | 81.715 | 80.249 | 80.413 | 80.611 | 80.897 | 81.404 |
| Deutsche ohne Migrationshintergrund | 65.985 | 65.396 | 65.083 | 64.074 | 64.511 | 64.286 |
| Personen mit Migrationshintergrund im weiteren Sinne | - | - | - | 16.538 | - | - |
| <i>Dar.: Migrationshintergrund nicht durchgängig bestimmbar¹</i> | - | - | - | 624 | - | - |
| Personen mit Migrationshintergrund im engeren Sinne | 15.731 | 14.853 | 15.330 | 15.913 | 16.386 | 17.118 |
| Personen mit eigener Migrationserfahrung | 10.576 | 9.833 | 10.127 | 10.490 | 10.877 | 11.453 |
| Ausländer | 5.577 | 4.908 | 5.161 | 5.489 | 5.866 | 6.430 |
| Deutsche | 4.999 | 4.925 | 4.966 | 5.001 | 5.011 | 5.023 |
| (Spät-)Aussiedler | 3.250 | 3.153 | 3.156 | 3.106 | 3.099 | 3.061 |
| Eingebürgerte | 1.750 | 1.772 | 1.810 | 1.894 | 1.912 | 1.926 |
| Personen ohne eigene Migrationserfahrung | 5.154 | 5.021 | 5.203 | 5.424 | 5.509 | 5.665 |
| Ausländer | 1.570 | 1.321 | 1.335 | 1.338 | 1.345 | 1.342 |
| Deutsche | 3.584 | 3.700 | 3.868 | 4.085 | 4.165 | 4.323 |
| Eingebürgerte | 399 | 415 | 415 | 464 | 458 | 478 |
| Deutsche mit mindestens einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil | 3.186 | 3.285 | 3.453 | 3.621 | 3.707 | 3.845 |
| mit beidseitigem Migrationshintergrund | 1.642 | 1.710 | 1.791 | 1.910 | 1.971 | 2.044 |
| mit einseitigem Migrationshintergrund | 1.543 | 1.575 | 1.663 | 1.712 | 1.736 | 1.801 |

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

- 1) Die Gruppe der „Personen mit Migrationshintergrund im weiteren Sinne“ umfasst auch in Deutschland geborene Deutsche mit Migrationshintergrund, die nicht mehr mit ihren Eltern in einem Haushalt leben. Deren Migrationsstatus ist nur durch die in den Jahren 2005, 2009 und 2013 verfügbaren Zusatzangaben des Mikrozensus bestimmbar.
- 2) Da die Basis für die Ergebnisse der Mikrozensus 2011–2015 der Zensus 2011 bildet, sind die Mikrozensusergebnisse für die Jahre 2011–2015 mit den Vorjahren nur bedingt vergleichbar.

Tabelle 7-7: Altersstruktur der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund 2015, in Tausend

| Altersstruktur | ohne Migrationshintergrund | | mit Migrationshintergrund im engeren Sinne | | dar: mit eigener Migrationserfahrung | | Bevölkerung insgesamt | Migrantenanteil je Altersgruppe ¹ |
|---------------------------|----------------------------|--------------|--|--------------|--------------------------------------|--------------|-----------------------|--|
| | absolut | in % | absolut | in % | absolut | in % | | |
| unter 5 Jahre | 2.221 | 3,5 | 1.244 | 7,3 | 99 | 0,9 | 3.465 | 35,9 |
| von 5 bis unter 10 Jahre | 2.237 | 3,5 | 1.236 | 7,2 | 187 | 1,6 | 3.473 | 35,6 |
| von 10 bis unter 15 Jahre | 2.422 | 3,8 | 1.177 | 6,9 | 194 | 1,7 | 3.599 | 32,7 |
| von 15 bis unter 20 Jahre | 2.900 | 4,5 | 1.156 | 6,8 | 266 | 2,3 | 4.055 | 28,5 |
| von 20 bis unter 25 Jahre | 3.249 | 5,1 | 1.116 | 6,5 | 563 | 4,9 | 4.366 | 25,6 |
| von 25 bis unter 35 Jahre | 7.588 | 11,8 | 2.625 | 15,3 | 2.143 | 18,7 | 10.213 | 25,7 |
| von 35 bis unter 45 Jahre | 7.364 | 11,5 | 2.773 | 16,2 | 2.397 | 20,9 | 10.136 | 27,4 |
| von 45 bis unter 55 Jahre | 10.944 | 17,0 | 2.334 | 13,6 | 2.225 | 19,4 | 13.278 | 17,6 |
| von 55 bis unter 65 Jahre | 9.399 | 14,6 | 1.740 | 10,2 | 1.707 | 14,9 | 11.140 | 15,6 |
| 65 Jahre und älter | 15.962 | 24,8 | 1.718 | 10,0 | 1.671 | 14,6 | 17.679 | 9,7 |
| Insgesamt | 64.286 | 100,0 | 17.118 | 100,0 | 11.453 | 100,0 | 81.404 | 21,0 |

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

1) Bevölkerung mit Migrationshintergrund insgesamt bezogen auf die Gesamtbevölkerung je Altersgruppe.

Tabelle 7-8: Zuwanderer nach Aufenthaltsdauer im Jahr 2015, in Tausend¹

| Herkunft | Zuwanderer ² | Aufenthaltsdauer der Personen mit eigener Migrationserfahrung von ... bis unter ... Jahren | | | | | | | | durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Jahren |
|---|-------------------------|---|-------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|----------------|--|
| | | unter 5 | 5 bis 10 | 10 bis 15 | 15 bis 20 | 20 bis 25 | 25 bis 30 | 30 bis 40 | 40 und mehr | |
| Europa | 7.878 | 1.276 | 598 | 749 | 794 | 1.077 | 1.044 | 868 | 1.380 | 23,1 |
| Bulgarien | 146 | 79 | 33 | 13 | 6 | 5 | 5 | - | - | 7,6 |
| Frankreich | 114 | 25 | 17 | 8 | 12 | 7 | 8 | 15 | 21 | 21,4 |
| Griechenland | 257 | 59 | 11 | 7 | 16 | 19 | 29 | 20 | 92 | 27,2 |
| Italien | 442 | 63 | 20 | 15 | 28 | 31 | 31 | 78 | 171 | 30,9 |
| Kroatien | 255 | 45 | 5 | 10 | 10 | 42 | 19 | 21 | 101 | 29,0 |
| Niederlande | 137 | 27 | 36 | 18 | 9 | 5 | 6 | 11 | 25 | 19,1 |
| Österreich | 191 | 25 | 17 | 11 | 13 | 8 | 12 | 22 | 80 | 31,1 |
| Polen | 1.334 | 246 | 126 | 112 | 84 | 80 | 402 | 179 | 92 | 21,4 |
| Portugal | 115 | 22 | 6 | 6 | 15 | 18 | 9 | 11 | 25 | 23,2 |
| Rumänien | 547 | 170 | 53 | 26 | 23 | 50 | 121 | 70 | 30 | 18,0 |
| Spanien | 123 | 51 | 12 | 5 | - | - | 5 | - | 37 | 20,5 |
| Bosnien-Herzegowina | 165 | 15 | 9 | 10 | 7 | 69 | 10 | 13 | 31 | 24,6 |
| Kosovo | 202 | 32 | 20 | 22 | 33 | 68 | 13 | - | 7 | 17,0 |
| Russische Föderation | 957 | 55 | 47 | 216 | 242 | 284 | 84 | 11 | 13 | 17,9 |
| Serbien | 183 | 25 | 13 | 13 | 23 | 30 | 13 | 13 | 49 | 24,8 |
| Türkei | 1.364 | 46 | 52 | 95 | 116 | 160 | 171 | 310 | 386 | 30,2 |
| Ukraine | 212 | 22 | 16 | 69 | 58 | 34 | 8 | - | - | 15,4 |
| Afrika | 405 | 93 | 58 | 62 | 48 | 45 | 35 | 36 | 24 | 16,4 |
| Marokko | 98 | 17 | 11 | 12 | 11 | 10 | 12 | 15 | 10 | 20,8 |
| Ägypten, Algerien, Libyen, Tunesien | 84 | 18 | 14 | 10 | 11 | 8 | 6 | 7 | 9 | 17,5 |
| Amerika | 269 | 72 | 35 | 39 | 36 | 18 | 16 | 26 | 24 | 16,6 |
| Asien, Australien und Ozeanien | 2.133 | 382 | 197 | 283 | 408 | 469 | 220 | 110 | 44 | 16,7 |
| Naher und Mittlerer Osten | 1.386 | 190 | 85 | 192 | 323 | 390 | 136 | 42 | 19 | 17,3 |
| Irak | 107 | 21 | 31 | 19 | 27 | 5 | - | - | - | 11,3 |
| Iran | 119 | 22 | 12 | 12 | 16 | 12 | 20 | 16 | 7 | 19,8 |
| Kasachstan | 737 | 6 | 11 | 116 | 215 | 310 | 67 | 5 | - | 19,6 |
| Syrien | 143 | 101 | 9 | 10 | 9 | - | 6 | - | - | 6,6 |
| Süd- und Südostasien | 725 | 186 | 107 | 90 | 84 | 77 | 83 | 68 | 24 | 15,6 |
| Afghanistan | 114 | 27 | 16 | 8 | 21 | 19 | 13 | 7 | - | 15,2 |
| Vietnam | 109 | 12 | 11 | 11 | 10 | 15 | 29 | 17 | - | 20,7 |
| Ohne Angabe | 769 | 27 | 23 | 48 | 72 | 125 | 125 | 110 | 229 | 32,3 |
| Zugewanderte Bevölkerung insgesamt | 11.453 | 1.850 | 912 | 1.180 | 1.358 | 1.733 | 1.440 | 1.151 | 1.700 | 22,2 |

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2015

- 1) Die Aufenthaltsdauer ergibt sich ohne Berücksichtigung von Aufenthaltsunterbrechungen als Differenz zwischen dem Berichtsstichtag und dem Datum der Ersteinreise in das Bundesgebiet. Eine Aufenthaltsdauer wird deshalb lediglich für Personen, die selbst zugewandert sind, berechnet.
- 2) Die Differenz zwischen der Angabe in der Spalte „Zuwanderer“ und der Summe der Spalten der einzelnen Aufenthaltsdauern erklärt sich dadurch, dass nicht für alle zugewanderten Personen Angaben zum Zuzugsjahr vorliegen, so dass für diese Personengruppe auch keine Aufenthaltsdauer berechnet werden konnte.

Tabelle 7-9: Gesamtbevölkerung und Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland 1951 bis 1990
und in Gesamtdeutschland von 1991 bis 2015

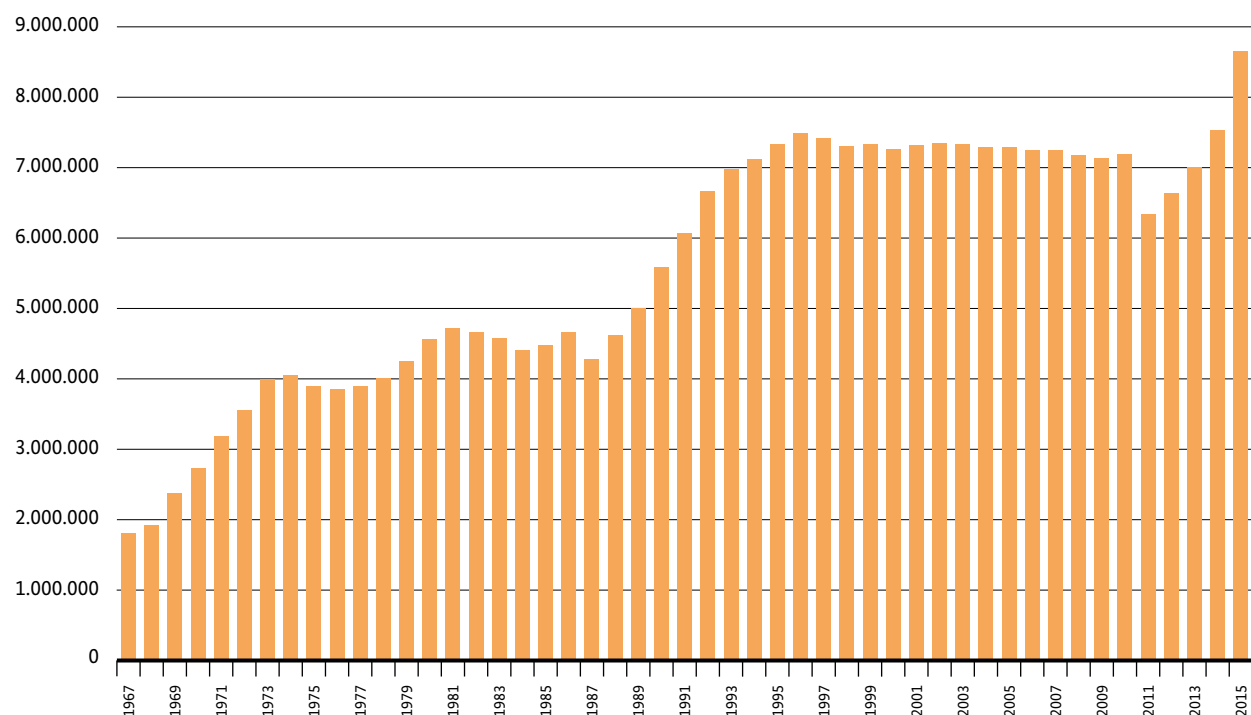
| Jahr | Gesamtbevölkerung ¹ | Ausländische Bevölkerung | Ausländeranteil in % | Veränderung der ausländischen Bevölkerung zum Vorjahr in % ² |
|-------------------|--------------------------------|--------------------------|----------------------|---|
| 1951 | 51.434.777 | 506.000 | 1,0 | - |
| 1961 | 56.589.148 | 686.200 | 1,2 | +35,6 |
| 1967 | 59.948.474 | 1.806.653 | 3,0 | +163,3 |
| 1968 | 60.463.033 | 1.924.229 | 3,2 | +6,5 |
| 1969 | 61.194.591 | 2.381.061 | 3,9 | +23,7 |
| 1970 | 61.001.164 | 2.737.905 | 4,5 | +15,0 |
| 1971 | 61.502.503 | 3.187.857 | 5,2 | +16,4 |
| 1972 | 61.809.378 | 3.554.078 | 5,8 | +11,5 |
| 1973 | 62.101.369 | 3.991.352 | 6,4 | +12,3 |
| 1974 | 61.991.475 | 4.050.962 | 6,5 | +1,5 |
| 1975 | 61.644.624 | 3.900.484 | 6,3 | -3,7 |
| 1976 | 61.441.996 | 3.852.182 | 6,3 | -1,2 |
| 1977 | 61.352.745 | 3.892.226 | 6,3 | +1,0 |
| 1978 | 61.321.663 | 4.005.819 | 6,5 | +2,9 |
| 1979 | 61.439.342 | 4.250.648 | 6,9 | +6,1 |
| 1980 | 61.657.945 | 4.566.167 | 7,4 | +7,4 |
| 1981 | 61.712.689 | 4.721.120 | 7,7 | +3,4 |
| 1982 | 61.546.101 | 4.671.838 | 7,6 | -1,0 |
| 1983 | 61.306.669 | 4.574.156 | 7,5 | -2,1 |
| 1984 | 61.049.256 | 4.405.463 | 7,2 | -3,7 |
| 1985 | 61.020.474 | 4.481.618 | 7,3 | +1,7 |
| 1986 | 61.140.461 | 4.661.880 | 7,6 | +4,0 |
| 1987 ³ | 61.238.079 | 4.286.472 | 7,0 | -8,1 |
| 1988 | 61.715.103 | 4.623.528 | 7,5 | +7,9 |
| 1989 | 62.679.035 | 5.007.161 | 8,0 | +8,3 |
| 1990 ⁴ | 79.753.227 | 5.582.357 | 7,0 | +11,5 |
| 1991 | 80.274.564 | 6.066.730 | 7,6 | +8,7 |
| 1992 | 80.974.632 | 6.669.568 | 8,2 | +9,9 |
| 1993 | 81.338.093 | 6.977.476 | 8,6 | +4,6 |
| 1994 | 81.538.603 | 7.117.740 | 8,7 | +2,0 |
| 1995 | 81.817.499 | 7.342.779 | 9,0 | +3,2 |
| 1996 | 82.012.162 | 7.491.650 | 9,1 | +2,0 |
| 1997 | 82.057.379 | 7.419.001 | 9,0 | -1,0 |
| 1998 | 82.037.011 | 7.308.477 | 8,9 | -1,5 |
| 1999 | 82.163.475 | 7.336.111 | 8,9 | +0,4 |
| 2000 | 82.259.540 | 7.267.568 | 8,8 | -0,9 |
| 2001 | 82.440.309 | 7.318.263 | 8,9 | +0,7 |
| 2002 | 82.536.680 | 7.347.951 | 8,9 | +0,4 |
| 2003 | 82.531.671 | 7.341.820 | 8,9 | -0,1 |
| 2004 | 82.500.849 | 7.287.980 | 8,8 | -0,7 |

| Jahr | Gesamtbevölkerung ¹ | Ausländische Bevölkerung | Ausländeranteil in % | Veränderung der ausländischen Bevölkerung zum Vorjahr in % ² |
|-------------------|--------------------------------|--------------------------|----------------------|---|
| 2005 | 82.437.995 | 7.289.149 | 8,8 | 0,0 |
| 2006 | 82.314.906 | 7.255.949 | 8,8 | -0,5 |
| 2007 | 82.217.837 | 7.255.395 | 8,8 | 0,0 |
| 2008 | 82.002.356 | 7.185.921 | 8,8 | -1,0 |
| 2009 ⁵ | 81.802.257 | 7.130.919 | 8,7 | -0,8 |
| 2010 ⁵ | 81.751.602 | 7.198.946 | 8,8 | +1,0 |
| 2011 ⁵ | 81.843.743 | 7.409.753 | 9,1 | +2,9 |
| 2011 ⁶ | 80.327.900 | 6.342.394 | 7,9 | |
| 2012 ⁶ | 80.523.746 | 6.643.699 | 8,3 | +4,8 |
| 2013 ⁶ | 80.767.463 | 7.015.236 | 8,7 | +5,6 |
| 2014 ⁶ | 81.197.537 | 7.536.103 | 9,3 | +7,4 |
| 2015 ⁶ | 82.175.684 | 8.651.958 | 10,5 | +14,8 |

Quelle: Statistisches Bundesamt

- 1) Gesamtbevölkerung zum 31.12.; Bevölkerungsfortschreibung.
- 2) Jährliche Veränderung, d.h. Bezug auf das Vorjahr. Ausnahme: Veränderungsraten für 1961 und 1967 beziehen sich auf die Jahre 1951 bzw. 1961.
- 3) Zahl an die Volkszählung vom 25. Mai 1987 angepasst.
- 4) Zahlen ab dem 31.12.1990 für den Gebietsstand seit dem 3.10.1990.
- 5) Ergebnis auf der Grundlage früherer Zählungen.
- 6) Ergebnis auf Grundlage des Zensus 2011.

Abbildung 7-15: Ausländer in Deutschland von 1967 bis 2015



2011 bis 2015: Ergebnisse auf der Grundlage des Zensus 2011.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsfortschreibung

Tabelle 7-10: Ausländische Bevölkerung nach Bundesländern zum 31. Dezember 2015

| Bundesland | Gesamtbevölkerung | Ausländische Bevölkerung nach der Bevölkerungsfortschreibung | Ausländeranteil in % | Ausländische Bevölkerung nach AZR |
|------------------------|-------------------|--|----------------------|-----------------------------------|
| Baden-Württemberg | 10.879.618 | 1.507.139 | 13,9 | 1.544.665 |
| Bayern | 12.843.514 | 1.471.337 | 11,5 | 1.577.194 |
| Berlin | 3.520.031 | 545.668 | 15,5 | 572.801 |
| Brandenburg | 2.484.826 | 89.788 | 3,6 | 88.158 |
| Bremen | 671.489 | 102.051 | 15,2 | 106.693 |
| Hamburg | 1.787.408 | 262.252 | 14,7 | 275.995 |
| Hessen | 6.176.172 | 882.890 | 14,3 | 929.556 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 1.612.362 | 59.417 | 3,7 | 65.004 |
| Niedersachsen | 7.926.599 | 632.186 | 8,0 | 663.817 |
| Nordrhein-Westfalen | 17.865.516 | 2.114.822 | 11,8 | 2.270.248 |
| Rheinland-Pfalz | 4.052.803 | 383.064 | 9,5 | 394.088 |
| Saarland | 995.597 | 91.311 | 9,2 | 104.878 |
| Sachsen | 4.084.851 | 158.743 | 3,9 | 164.230 |
| Sachsen-Anhalt | 2.245.470 | 87.900 | 3,9 | 83.051 |
| Schleswig-Holstein | 2.858.714 | 179.996 | 6,3 | 191.327 |
| Thüringen | 2.170.714 | 83.394 | 3,8 | 76.188 |
| Deutschland | 82.175.684 | 8.651.958 | 10,5 | 9.107.893 |

Ergebnis auf der Grundlage des Zensus 2011.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabelle 7-11: Ausländische Wohnbevölkerung nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten 2004 und 2012 bis 2015
(jeweils zum 31. Dezember)

| Staatsangehörigkeit | 2004 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | Veränderung 2014/2015 | | Veränderung 2004/2015 | |
|-------------------------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|--------------------------|-------------|--------------------------|--------------|
| | | | | | | absolut | in % | absolut | in % |
| Europa | 5.340.008 | 5.726.902 | 6.051.796 | 6.394.914 | 6.831.428 | 436.514 | 6,8 | 1.491.420 | 27,9 |
| EU-Staaten¹ | 2.108.010 | 2.825.440 | 3.366.504 | 3.672.394 | 4.013.179 | 340.785 | 9,3 | 1.905.169 | 90,4 |
| Belgien | 21.791 | 23.846 | 25.005 | 25.700 | 26.613 | 913 | 3,6 | 4.822 | 22,1 |
| Dänemark | 17.965 | 19.629 | 20.312 | 20.495 | 20.828 | 333 | 1,6 | 2.863 | 15,9 |
| Finnland | 13.110 | 13.359 | 13.915 | 14.019 | 14.580 | 561 | 4,0 | 1.470 | 11,2 |
| Frankreich | 100.464 | 113.885 | 120.045 | 123.281 | 126.739 | 3.458 | 2,8 | 26.275 | 26,2 |
| Griechenland | 315.989 | 298.254 | 316.331 | 328.564 | 339.931 | 11.367 | 3,5 | 23.942 | 7,6 |
| Irland | 9.989 | 11.130 | 11.911 | 12.431 | 13.108 | 677 | 5,4 | 3.119 | 31,2 |
| Italien | 548.194 | 529.417 | 552.943 | 574.530 | 596.127 | 21.597 | 3,8 | 47.933 | 8,7 |
| Luxemburg | 6.841 | 13.261 | 14.613 | 15.596 | 16.848 | 1.252 | 8,0 | 10.007 | 146,3 |
| Niederlande | 114.087 | 139.271 | 142.417 | 144.741 | 147.322 | 2.581 | 1,8 | 33.235 | 29,1 |
| Österreich | 174.047 | 176.314 | 178.768 | 179.772 | 181.756 | 1.984 | 1,1 | 7.709 | 4,4 |
| Portugal | 116.730 | 120.560 | 127.368 | 130.882 | 133.929 | 3.047 | 2,3 | 17.199 | 14,7 |
| Schweden | 16.172 | 17.625 | 18.228 | 18.546 | 19.305 | 759 | 4,1 | 3.133 | 19,4 |
| Spanien | 108.276 | 120.231 | 135.539 | 146.846 | 155.918 | 9.072 | 6,2 | 47.642 | 44,0 |
| Vereinigtes Königreich | 95.909 | 100.385 | 103.427 | 103.756 | 105.965 | 2.209 | 2,1 | 10.056 | 10,5 |
| EU-14 | 1.659.564 | 1.697.167 | 1.780.822 | 1.839.159 | 1.898.969 | 59.810 | 3,3 | 239.405 | 14,4 |
| Estland | 3.775 | 5.224 | 5.780 | 6.023 | 6.286 | 263 | 4,4 | 2.511 | 66,5 |
| Lettland | 8.844 | 21.790 | 25.489 | 27.752 | 30.157 | 2.405 | 8,7 | 21.313 | 241,0 |
| Litauen | 14.713 | 32.523 | 36.316 | 39.001 | 43.057 | 4.056 | 10,4 | 28.344 | 192,6 |
| Malta | 332 | 500 | 548 | 565 | 610 | 45 | 8,0 | 278 | 83,7 |
| Polen | 292.109 | 532.375 | 609.855 | 674.152 | 740.962 | 66.810 | 9,9 | 448.853 | 153,7 |
| Slowakei | 20.244 | 35.372 | 41.436 | 46.168 | 50.889 | 4.721 | 10,2 | 30.645 | 151,4 |
| Slowenien | 21.034 | 21.819 | 24.094 | 25.613 | 27.222 | 1.609 | 6,3 | 6.188 | 29,4 |
| Tschechische Republik | 30.301 | 41.865 | 46.484 | 49.985 | 53.908 | 3.923 | 7,8 | 23.607 | 77,9 |
| Ungarn | 47.808 | 107.398 | 135.614 | 156.812 | 178.221 | 21.409 | 13,7 | 130.413 | 272,8 |
| Zypern | 788 | 1.152 | 1.467 | 1.723 | 1.998 | 275 | 16,0 | 1.210 | 153,6 |
| EU-10 | 439.948 | 800.018 | 927.083 | 1.027.794 | 1.133.310 | 105.516 | 10,3 | 693.362 | 157,6 |
| Bulgarien | 39.167 | 118.759 | 146.828 | 183.263 | 226.926 | 43.663 | 23,8 | 187.759 | 479,4 |
| Rumänien | 73.365 | 205.026 | 267.398 | 355.343 | 452.718 | 97.375 | 27,4 | 379.353 | 517,1 |
| EU-2² | 112.532 | 323.785 | 414.226 | 538.606 | 679.644 | 141.038 | 26,2 | 567.112 | 504,0 |
| Kroatien | 229.172 | 224.971 | 240.543 | 263.347 | 297.895 | 34.548 | 13,1 | 68.723 | 30,0 |
| Sonstiges Europa³ | 3.231.998 | 2.901.462 | 2.685.292 | 2.722.520 | 2.818.249 | 95.729 | 3,5 | -413.749 | -12,8 |
| dar.: Albanien | 10.449 | 11.383 | 14.106 | 23.938 | 69.532 | 45.594 | 190,5 | 59.083 | 565,4 |
| Bosnien-Herzegowina | 155.973 | 155.308 | 157.455 | 163.519 | 167.975 | 4.456 | 2,7 | 12.002 | 7,7 |
| Mazedonien | 61.105 | 72.922 | 77.764 | 83.854 | 95.976 | 12.122 | 14,5 | 34.871 | 57,1 |
| Moldau | 12.941 | 11.855 | 11.665 | 12.330 | 14.815 | 2.485 | 20,2 | 1.874 | 14,5 |
| Russische Föderation | 178.616 | 202.090 | 216.291 | 221.413 | 230.994 | 9.581 | 4,3 | 52.378 | 29,3 |
| Schweiz | 35.441 | 38.497 | 38.841 | 39.385 | 39.780 | 395 | 1,0 | 4.339 | 12,2 |



Fortsetzung Tabelle 7-11: Ausländische Wohnbevölkerung nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten 2004 und 2012 bis 2015
(jeweils zum 31. Dezember)

| Staatsangehörigkeit | 2004 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | Veränderung 2014/2015 | | Veränderung 2004/2015 | |
|--|----------------|----------------|----------------|------------------|------------------|--------------------------|-------------|--------------------------|-------------|
| | | | | | | absolut | in % | absolut | in % |
| ehem. Serbien und Montenegro ⁴ | 125.765 | 39.958 | 36.331 | 31.560 | 29.785 | -1.775 | -5,6 | -95.980 | -76,3 |
| Serbien (mit und ohne Kosovo) | - | 202.521 | 205.043 | 220.908 | 230.427 | 9.519 | 4,3 | - | - |
| Kosovo | - | 157.051 | 170.795 | 184.662 | 208.613 | 23.951 | 13,0 | - | - |
| Montenegro | - | 16.351 | 17.167 | 18.977 | 22.773 | 3.796 | 20,0 | - | - |
| Türkei | 1.764.318 | 1.575.717 | 1.549.808 | 1.527.118 | 1.506.113 | -21.005 | -1,4 | -258.205 | -14,6 |
| Ukraine | 128.110 | 123.341 | 122.355 | 127.942 | 133.774 | 5.832 | 4,6 | 5.664 | 4,4 |
| Weißrussland | 17.290 | 19.554 | 19.931 | 20.351 | 21.151 | 800 | 3,9 | 3.861 | 22,3 |
| Afrika | 275.796 | 287.954 | 318.577 | 363.745 | 429.048 | 65.303 | 18,0 | 153.252 | 55,6 |
| dar.: Ägypten | 10.309 | 13.870 | 17.346 | 19.786 | 22.979 | 3.193 | 16,1 | 12.670 | 122,9 |
| Algerien | 14.480 | 13.650 | 14.682 | 16.388 | 20.505 | 4.117 | 25,1 | 6.025 | 41,6 |
| Marokko | 73.027 | 63.584 | 65.440 | 67.891 | 72.129 | 4.238 | 6,2 | -898 | -1,2 |
| Tunesien | 22.429 | 24.453 | 26.030 | 28.291 | 30.696 | 2.405 | 8,5 | 8.267 | 36,9 |
| Ghana | 20.636 | 23.150 | 24.790 | 26.751 | 29.590 | 2.839 | 10,6 | 8.954 | 43,4 |
| Nigeria | 15.280 | 21.227 | 24.254 | 29.071 | 37.404 | 8.333 | 28,7 | 22.124 | 144,8 |
| Togo | 12.099 | 10.113 | 10.025 | 10.071 | 10.145 | 74 | 0,7 | -1.954 | -16,2 |
| Kamerun | 13.834 | 16.021 | 17.023 | 18.301 | 19.800 | 1.499 | 8,2 | 5.966 | 43,1 |
| Kongo, Demokratische Republik | 12.175 | 10.137 | 9.835 | 9.608 | 9.299 | -309 | -3,2 | -2.876 | -23,6 |
| Äthiopien | 11.390 | 10.532 | 10.980 | 11.927 | 14.510 | 2.583 | 21,7 | 3.120 | 27,4 |
| Amerika | 202.887 | 232.148 | 239.044 | 245.674 | 251.829 | 6.155 | 2,5 | 48.942 | 24,1 |
| dar.: Vereinigte Staaten | 96.642 | 105.068 | 107.755 | 108.845 | 111.529 | 2.684 | 2,5 | 14.887 | 15,4 |
| Brasilien | 27.176 | 34.945 | 36.300 | 38.253 | 38.650 | 397 | 1,0 | 11.474 | 42,2 |
| Asien | 823.279 | 896.931 | 957.950 | 1.075.035 | 1.499.178 | 424.143 | 39,5 | 675.899 | 82,1 |
| dar.: Armenien | 10.535 | 12.023 | 13.773 | 16.269 | 19.222 | 2.953 | 18,2 | 8.687 | 82,5 |
| Aserbaidshan | 15.950 | 14.821 | 15.637 | 16.770 | 18.766 | 1.996 | 11,9 | 2.816 | 17,7 |
| Georgien | 13.629 | 15.079 | 17.002 | 19.142 | 22.030 | 2.888 | 15,1 | 8.401 | 61,6 |
| Irak | 78.792 | 84.082 | 85.469 | 88.731 | 136.399 | 47.668 | 53,7 | 57.607 | 73,1 |
| Iran | 65.187 | 57.275 | 60.699 | 63.064 | 72.531 | 9.467 | 15,0 | 7.344 | 11,3 |
| Libanon | 40.908 | 34.873 | 34.840 | 35.041 | 37.160 | 2.119 | 6,0 | -3.748 | -9,2 |
| Syrien | 27.741 | 40.444 | 56.901 | 118.196 | 366.556 | 248.360 | 210,1 | 338.815 | 1.221,4 |
| Indien | 38.935 | 60.327 | 67.481 | 76.093 | 86.324 | 10.231 | 13,4 | 47.389 | 121,7 |
| Indonesien | 10.778 | 13.617 | 14.822 | 15.881 | 16.738 | 857 | 5,4 | 5.960 | 55,3 |
| Pakistan | 30.892 | 35.519 | 40.911 | 46.569 | 61.720 | 15.151 | 32,5 | 30.828 | 99,8 |
| Philippinen | 19.966 | 19.775 | 20.178 | 20.589 | 21.007 | 418 | 2,0 | 1.041 | 5,2 |
| Sri Lanka | 34.966 | 26.105 | 25.849 | 25.788 | 25.759 | -29 | -0,1 | -9.207 | -26,3 |
| Thailand | 48.789 | 58.055 | 58.638 | 58.827 | 58.784 | -43 | -0,1 | 9.995 | 20,5 |
| Vietnam | 83.526 | 82.923 | 83.292 | 84.455 | 87.214 | 2.759 | 3,3 | 3.688 | 4,4 |

| Staatsangehörigkeit | 2004 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | Veränderung 2014/2015 | | Veränderung 2004/2015 | |
|---------------------------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|--------------------------|-------------|--------------------------|-------------|
| | | | | | | absolut | in % | absolut | in % |
| Afghanistan | 57.933 | 61.763 | 66.974 | 75.385 | 131.454 | 56.069 | 74,4 | 73.521 | 126,9 |
| China | 71.639 | 93.676 | 101.030 | 110.284 | 119.590 | 9.306 | 8,4 | 47.951 | 66,9 |
| Japan | 27.550 | 32.738 | 33.781 | 34.388 | 35.004 | 616 | 1,8 | 7.454 | 27,1 |
| Kasachstan | 58.645 | 48.133 | 47.023 | 46.633 | 46.344 | -289 | -0,6 | -12.301 | -21,0 |
| Korea, Republik | 20.658 | 25.878 | 27.220 | 28.463 | 30.243 | 1.780 | 6,3 | 9.585 | 46,4 |
| Australien und Ozeanien | 9.792 | 13.825 | 14.311 | 14.767 | 15.812 | 1.045 | 7,1 | 6.020 | 61,5 |
| Staatenlos | 13.504 | 13.413 | 13.218 | 14.649 | 18.608 | 3.959 | 27,0 | 5.104 | 37,8 |
| Ungeklärt und ohne Angabe | 51.849 | 42.535 | 38.732 | 43.384 | 61.221 | 17.837 | 41,1 | 9.372 | 18,1 |
| alle Staatsangehörigkeiten | 6.717.115 | 7.213.708 | 7.633.628 | 8.152.968 | 9.107.893 | 954.925 | 11,7 | 2.390.778 | 35,6 |

Quelle: Ausländerzentralregister

- 1) 2004 EU-14 plus EU-10. Ab 2007 inklusive EU-2. Ab 2013 inkl. Kroatien, das zum 1. Juli 2014 der EU beigetreten ist. Die Differenz zwischen der Zahl der ausländischen Unionsbürger und der Summe der aufaddierten Werte für die einzelnen EU-Staaten ergibt sich dadurch, dass im AZR noch Staatsangehörige aus der ehem. Tschechoslowakei verzeichnet sind, die sich noch keinem der beiden Nachfolgestaaten zugeordnet haben. Für das Jahr 2015 waren das 3.361 Personen.
- 2) Bulgarien und Rumänien traten zum 1. Januar 2007 der Europäischen Union bei.
- 3) 2004 einschließlich Bulgarien und Rumänien, bis 2012 einschließlich Kroatien.
- 4) Seit Juni 2006 sind Serbien und Montenegro zwei unabhängige Staaten. Ab 2007 ehemaliges Serbien und Montenegro. Hierbei handelt es sich um Personen, die im AZR noch unter Serbien und Montenegro gespeichert sind, da sie sich noch keinem der beiden Nachfolgestaaten zugeordnet haben.

Tabelle 7-12: Altersstruktur der deutschen und ausländischen Bevölkerung am 31. Dezember 2015

| Altersstruktur | Deutsche | | Ausländer nach der Bevölkerungsfortschreibung | | Ausländer nach dem AZR | |
|---------------------------|-------------------|--------------|--|--------------|------------------------|--------------|
| | absolut | in % | absolut | in % | absolut | in % |
| unter 6 Jahre | 3.915.065 | 5,3 | 415.344 | 4,8 | 355.613 | 3,9 |
| von 6 bis unter 18 Jahre | 8.213.988 | 11,2 | 781.280 | 9,0 | 779.843 | 8,6 |
| von 18 bis unter 25 Jahre | 5.292.098 | 7,2 | 1.041.193 | 12,0 | 1.021.642 | 11,2 |
| von 25 bis unter 40 Jahre | 12.747.723 | 17,3 | 2.759.562 | 31,9 | 2.945.986 | 32,3 |
| von 40 bis unter 65 Jahre | 26.834.477 | 36,5 | 2.874.776 | 33,2 | 3.131.983 | 34,4 |
| 65 Jahre und älter | 16.520.375 | 22,5 | 779.803 | 9,0 | 872.826 | 9,6 |
| Insgesamt | 73.523.726 | 100,0 | 8.651.958 | 100,0 | 9.107.893 | 100,0 |

Quelle: Statistisches Bundesamt

Vorläufige Ergebnisse auf der Grundlage des Zensus 2011.

Tabelle 7-13: Ausländische Wohnbevölkerung nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Geschlecht
am 31. Dezember 2015

| Staatsangehörigkeit | insgesamt | weiblich | Anteil weiblich in % | männlich | Anteil männlich in % |
|------------------------|-----------|----------|-------------------------|----------|-------------------------|
| Türkei | 1.506.113 | 729.603 | 48,4 | 776.510 | 51,6 |
| Polen | 740.962 | 342.082 | 46,2 | 398.880 | 53,8 |
| Italien | 596.127 | 246.136 | 41,3 | 349.991 | 58,7 |
| Rumänien | 452.718 | 196.581 | 43,4 | 256.137 | 56,6 |
| Syrien | 366.556 | 119.228 | 32,5 | 247.328 | 67,5 |
| Griechenland | 339.931 | 154.610 | 45,5 | 185.321 | 54,5 |
| Kroatien | 297.895 | 142.352 | 47,8 | 155.543 | 52,2 |
| Russische Föderation | 230.994 | 144.632 | 62,6 | 86.362 | 37,4 |
| Serbien | 230.427 | 115.138 | 50,0 | 115.289 | 50,0 |
| Bulgarien | 226.926 | 103.147 | 45,5 | 123.779 | 54,5 |
| Kosovo | 208.613 | 98.419 | 47,2 | 110.194 | 52,8 |
| Österreich | 181.756 | 87.223 | 48,0 | 94.533 | 52,0 |
| Ungarn | 178.221 | 71.181 | 39,9 | 107.040 | 60,1 |
| Bosnien-Herzegowina | 167.975 | 80.664 | 48,0 | 87.311 | 52,0 |
| Spanien | 155.918 | 75.190 | 48,2 | 80.728 | 51,8 |
| Niederlande | 147.322 | 65.088 | 44,2 | 82.234 | 55,8 |
| Irak | 136.399 | 51.089 | 37,5 | 85.310 | 62,5 |
| Portugal | 133.929 | 59.891 | 44,7 | 74.038 | 55,3 |
| Ukraine | 133.774 | 84.716 | 63,3 | 49.058 | 36,7 |
| Afghanistan | 131.454 | 44.778 | 34,1 | 86.676 | 65,9 |
| Frankreich | 126.739 | 65.726 | 51,9 | 61.013 | 48,1 |
| China | 119.590 | 62.785 | 52,5 | 56.805 | 47,5 |
| Vereinigte Staaten | 111.529 | 48.922 | 43,9 | 62.607 | 56,1 |
| Vereinigtes Königreich | 105.965 | 40.850 | 38,6 | 65.115 | 61,4 |
| Mazedonien | 95.976 | 46.777 | 48,7 | 49.199 | 51,3 |
| Vietnam | 87.214 | 46.909 | 53,8 | 40.305 | 46,2 |
| Indien | 86.324 | 30.667 | 35,5 | 55.657 | 64,5 |
| Iran | 72.531 | 30.737 | 42,4 | 41.794 | 57,6 |
| Marokko | 72.129 | 32.537 | 45,1 | 39.592 | 54,9 |
| Albanien | 69.532 | 29.896 | 43,0 | 39.636 | 57,0 |
| Pakistan | 61.720 | 17.305 | 28,0 | 44.415 | 72,0 |
| Thailand | 58.784 | 51.211 | 87,1 | 7.573 | 12,9 |
| Tschechische Republik | 53.908 | 30.980 | 57,5 | 22.928 | 42,5 |
| Slowakei | 50.889 | 25.381 | 49,9 | 25.508 | 50,1 |
| Kasachstan | 46.344 | 25.276 | 54,5 | 21.068 | 45,5 |
| Litauen | 43.057 | 25.309 | 58,8 | 17.748 | 41,2 |
| Schweiz | 39.780 | 22.234 | 55,9 | 17.546 | 44,1 |
| Brasilien | 38.650 | 25.778 | 66,7 | 12.872 | 33,3 |
| Nigeria | 37.404 | 14.675 | 39,2 | 22.729 | 60,8 |



Fortsetzung Tabelle 7-13: Ausländische Wohnbevölkerung nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Geschlecht
am 31. Dezember 2015

| Staatsangehörigkeit | insgesamt | weiblich | Anteil weiblich in % | männlich | Anteil männlich in % |
|-----------------------------------|------------------|------------------|-------------------------|------------------|-------------------------|
| Libanon | 37.160 | 14.960 | 40,3 | 22.200 | 59,7 |
| Japan | 35.004 | 20.739 | 59,2 | 14.265 | 40,8 |
| Tunesien | 30.696 | 10.166 | 33,1 | 20.530 | 66,9 |
| Korea, Republik | 30.243 | 17.626 | 58,3 | 12.617 | 41,7 |
| Lettland | 30.157 | 15.588 | 51,7 | 14.569 | 48,3 |
| ehem. Serbien und Montenegro | 29.785 | 13.988 | 47,0 | 15.797 | 53,0 |
| Ghana | 29.590 | 14.085 | 47,6 | 15.505 | 52,4 |
| Slowenien | 27.222 | 12.635 | 46,4 | 14.587 | 53,6 |
| Belgien | 26.613 | 12.746 | 47,9 | 13.867 | 52,1 |
| Sri Lanka | 25.759 | 12.726 | 49,4 | 13.033 | 50,6 |
| Ägypten | 22.979 | 7.160 | 31,2 | 15.819 | 68,8 |
| Georgien | 22.030 | 12.371 | 56,2 | 9.659 | 43,8 |
| Weißrussland | 21.151 | 14.986 | 70,9 | 6.165 | 29,1 |
| alle Staatsangehörigkeiten | 9.107.893 | 4.234.599 | 46,5 | 4.873.294 | 53,5 |

Quelle: Ausländerzentralregister, Statistisches Bundesamt

- 1) Seit Juni 2006 sind Serbien und Montenegro zwei unabhängige Staaten. Es konnten jedoch noch nicht alle Personen einem der beiden Nachfolgestaaten zugeordnet werden, so dass im AZR weiterhin Personen mit der Staatsangehörigkeit des ehemaligen Serbien und Montenegro ausgewiesen werden. Seit 1. Mai 2008 wird auch Kosovo getrennt ausgewiesen.

Tabelle 7-14: Ausländische Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsdauer am 31. Dezember 2015

| Staatsangehörigkeit | insgesamt | Aufenthaltsdauer ² von ... bis unter ... Jahren | | | | | | | durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Jahren |
|------------------------|-----------|--|---------|----------|-----------|-----------|-----------|-------------|--|
| | | unter 4 | 4 bis 8 | 8 bis 10 | 10 bis 15 | 15 bis 20 | 20 bis 30 | 30 und mehr | |
| Türkei | 1.506.113 | 51.316 | 45.821 | 25.003 | 114.349 | 195.070 | 409.875 | 664.679 | 28,1 |
| Polen | 740.962 | 310.940 | 130.026 | 61.994 | 94.659 | 48.483 | 73.458 | 21.402 | 8,7 |
| Italien | 596.127 | 96.239 | 25.829 | 9.090 | 27.063 | 50.701 | 110.061 | 277.144 | 27,2 |
| Rumänien | 452.718 | 301.778 | 85.181 | 16.557 | 19.774 | 10.825 | 17.348 | 1.255 | 4,4 |
| Syrien | 366.556 | 336.913 | 9.589 | 1.929 | 6.888 | 6.364 | 4.289 | 584 | 1,8 |
| Griechenland | 339.931 | 68.712 | 19.468 | 4.284 | 16.068 | 27.128 | 75.552 | 128.719 | 24,9 |
| Kroatien | 297.895 | 77.796 | 8.134 | 3.181 | 11.357 | 14.409 | 62.171 | 120.847 | 24,2 |
| Russische Föderation | 230.994 | 56.643 | 29.092 | 13.668 | 72.956 | 42.876 | 15.141 | 618 | 10,5 |
| Serbien | 230.427 | 50.601 | 17.059 | 5.704 | 16.559 | 28.610 | 57.007 | 54.887 | 20,0 |
| Bulgarien | 226.926 | 136.469 | 53.853 | 10.099 | 13.820 | 4.750 | 6.751 | 1.184 | 4,8 |
| Kosovo | 208.613 | 55.819 | 18.957 | 8.290 | 20.827 | 35.344 | 61.003 | 8.373 | 13,9 |
| Österreich | 181.756 | 20.841 | 14.548 | 6.391 | 14.250 | 12.968 | 24.067 | 88.691 | 28,7 |
| Ungarn | 178.221 | 105.067 | 30.863 | 7.040 | 10.498 | 6.280 | 12.003 | 6.470 | 6,9 |
| Bosnien-Herzegowina | 167.975 | 26.635 | 7.105 | 3.014 | 9.965 | 9.954 | 71.240 | 40.062 | 22,3 |
| Spanien | 155.918 | 54.970 | 14.821 | 4.058 | 8.443 | 7.607 | 11.193 | 54.826 | 20,5 |
| Niederlande | 147.322 | 24.078 | 20.228 | 11.331 | 20.377 | 9.280 | 15.176 | 46.852 | 23,1 |
| Irak | 136.399 | 69.329 | 31.177 | 5.423 | 16.147 | 12.275 | 1.815 | 233 | 5,7 |
| Portugal | 133.929 | 24.556 | 9.369 | 3.037 | 8.723 | 16.248 | 31.718 | 40.268 | 22,1 |
| Ukraine | 133.774 | 31.058 | 13.827 | 7.102 | 42.414 | 29.543 | 9.744 | 86 | 10,9 |
| Afghanistan | 131.454 | 87.124 | 20.000 | 1.302 | 6.339 | 7.690 | 8.026 | 973 | 4,9 |
| Frankreich | 126.739 | 27.018 | 15.843 | 7.110 | 14.015 | 12.467 | 19.808 | 30.478 | 18,7 |
| China | 119.590 | 56.817 | 23.871 | 7.321 | 16.815 | 7.818 | 6.158 | 790 | 6,8 |
| Vereinigte Staaten | 111.529 | 33.871 | 15.045 | 4.820 | 9.400 | 7.230 | 17.179 | 23.984 | 16,7 |
| Vereinigtes Königreich | 105.965 | 20.101 | 11.177 | 4.703 | 9.632 | 9.282 | 20.149 | 30.921 | 20,7 |
| Mazedonien | 95.976 | 31.230 | 7.279 | 2.155 | 7.252 | 8.068 | 23.292 | 16.700 | 16,7 |
| Vietnam | 87.214 | 14.834 | 10.380 | 4.327 | 13.357 | 10.178 | 31.243 | 2.895 | 15,5 |
| Indien | 86.324 | 47.929 | 16.170 | 4.036 | 8.115 | 3.187 | 4.248 | 2.639 | 6,6 |
| Iran | 72.531 | 31.566 | 12.050 | 1.835 | 6.373 | 6.089 | 9.225 | 5.393 | 10,5 |
| Marokko | 72.129 | 21.003 | 8.227 | 3.186 | 9.441 | 6.751 | 11.187 | 12.334 | 15,5 |
| Albanien | 69.532 | 60.209 | 2.014 | 714 | 1.944 | 1.939 | 2.683 | 29 | 2,8 |
| Pakistan | 61.720 | 36.350 | 8.569 | 1.651 | 4.797 | 3.645 | 5.202 | 1.506 | 6,7 |
| Thailand | 58.784 | 7.732 | 6.755 | 3.951 | 14.549 | 9.931 | 12.770 | 3.096 | 14,7 |
| Tschechische Republik | 53.908 | 19.966 | 7.934 | 3.190 | 7.484 | 5.928 | 6.563 | 2.843 | 10,6 |
| Slowakei | 50.889 | 24.101 | 9.005 | 3.402 | 7.408 | 4.113 | 2.291 | 569 | 7,1 |
| Kasachstan | 46.344 | 5.312 | 2.995 | 2.015 | 21.296 | 12.883 | 1.833 | 10 | 12,4 |
| Litauen | 43.057 | 18.096 | 8.828 | 2.982 | 7.802 | 3.577 | 1.678 | 94 | 7,2 |



Fortsetzung Tabelle 7-14: Ausländische Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsdauer am 31. Dezember 2015

| Staatsangehörigkeit | insgesamt | Aufenthaltsdauer ² von ... bis unter ... Jahren | | | | | | | durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Jahren |
|---|------------------|--|----------------|----------------|----------------|----------------|------------------|------------------|--|
| | | unter 4 | 4 bis 8 | 8 bis 10 | 10 bis 15 | 15 bis 20 | 20 bis 30 | 30 und mehr | |
| Schweiz | 39.780 | 7.140 | 4.701 | 2.064 | 4.186 | 3.085 | 5.295 | 13.309 | 24,0 |
| Brasilien | 38.650 | 13.859 | 7.116 | 2.838 | 5.289 | 4.042 | 4.272 | 1.234 | 9,7 |
| Nigeria | 37.404 | 20.942 | 5.602 | 1.577 | 5.058 | 1.934 | 2.040 | 251 | 6,2 |
| Libanon | 37.160 | 8.014 | 4.092 | 1.925 | 4.993 | 4.139 | 11.168 | 2.829 | 15,4 |
| Japan | 35.004 | 14.553 | 5.341 | 1.759 | 4.305 | 2.701 | 3.149 | 3.196 | 10,7 |
| Tunesien | 30.696 | 11.725 | 4.216 | 1.784 | 3.865 | 2.425 | 2.812 | 3.869 | 12,1 |
| Korea, Republik | 30.243 | 12.526 | 5.057 | 1.764 | 3.291 | 1.906 | 2.315 | 2.384 | 10,9 |
| Lettland | 30.157 | 14.674 | 8.031 | 1.190 | 3.017 | 2.089 | 936 | 220 | 6,3 |
| ehem. Serbien und Montenegro ¹ | 29.785 | 297 | 431 | 718 | 3.681 | 4.786 | 10.954 | 8.918 | 26,0 |
| Ghana | 29.590 | 10.352 | 3.959 | 1.305 | 4.343 | 2.693 | 4.899 | 2.039 | 11,7 |
| Slowenien | 27.222 | 8.098 | 1.741 | 510 | 1.004 | 843 | 2.480 | 12.546 | 24,6 |
| Belgien | 26.613 | 5.542 | 2.931 | 1.168 | 2.736 | 2.212 | 4.431 | 7.593 | 20,8 |
| Sri Lanka | 25.759 | 4.061 | 3.153 | 941 | 2.934 | 4.014 | 7.212 | 3.444 | 16,5 |
| Ägypten | 22.979 | 13.399 | 3.685 | 1.013 | 1.755 | 1.027 | 1.415 | 685 | 6,7 |
| alle Staatsangehörigkeiten | 9.107.893 | 2.925.441 | 940.962 | 325.169 | 869.726 | 807.262 | 1.416.616 | 1.822.717 | 16,3 |

Quelle: Ausländerzentralregister, Statistisches Bundesamt

- 1) Seit Juni 2006 sind Serbien und Montenegro zwei unabhängige Staaten. Es konnten jedoch noch nicht alle Personen einem der beiden Nachfolgestaaten zugeordnet werden, so dass im AZR weiterhin Personen mit der Staatsangehörigkeit des ehemaligen Serbien und Montenegro ausgewiesen werden. Seit 1. Mai 2008 wird auch Kosovo getrennt ausgewiesen.
- 2) Die Aufenthaltsdauer ergibt sich ohne Berücksichtigung von Aufenthaltsunterbrechungen als Differenz zwischen dem Berichtsstichtag und dem Datum der Ersteinreise in das Bundesgebiet bzw. der Geburt.

Tabelle 7-15: Einbürgerungen nach ausgewählten Herkunftsstaaten von 2000 bis 2015

| Herkunftsstaat | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 |
|----------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|---------------|---------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|
| Türkei | 82.861 | 76.574 | 64.631 | 56.244 | 44.465 | 32.659 | 33.388 | 28.861 | 24.449 | 24.647 | 26.192 | 28.103 | 33.246 | 27.970 | 22.463 | 19.695 |
| Polen | 1.604 | 1.774 | 2.646 | 2.990 | 7.499 | 6.894 | 6.907 | 5.480 | 4.247 | 3.841 | 3.789 | 4.281 | 4.496 | 5.462 | 5.932 | 5.957 |
| Ukraine | 2.978 | 3.295 | 3.656 | 3.889 | 3.844 | 3.363 | 4.536 | 4.454 | 1.953 | 2.345 | 3.118 | 4.264 | 3.691 | 4.539 | 3.142 | 4.168 |
| Kosovo | - | - | - | - | - | - | - | - | 419 | 1.423 | 3.117 | 3.331 | 3.339 | 3.294 | 3.506 | 3.822 |
| Irak | 984 | 1.264 | 1.721 | 2.999 | 3.564 | 4.136 | 3.693 | 4.102 | 4.229 | 5.136 | 5.228 | 4.790 | 3.510 | 3.150 | 3.172 | 3.450 |
| Italien | 1.036 | 1.048 | 847 | 1.180 | 1.656 | 1.630 | 1.558 | 1.265 | 1.393 | 1.273 | 1.305 | 1.707 | 2.202 | 2.754 | 3.245 | 3.406 |
| Kroatien | 3.316 | 3.931 | 2.974 | 2.048 | 1.689 | 1.287 | 1.729 | 1.224 | 1.032 | 541 | 689 | 665 | 544 | 1.721 | 3.899 | 3.328 |
| Griechenland | 1.413 | 1.402 | 1.105 | 1.114 | 1.507 | 1.349 | 1.657 | 2.691 | 1.779 | 1.362 | 1.450 | 2.290 | 4.167 | 3.498 | 2.800 | 3.058 |
| Rumänien | 2.008 | 2.026 | 1.974 | 1.394 | 1.309 | 1.789 | 1.379 | 3.502 | 2.137 | 2.357 | 2.523 | 2.399 | 2.343 | 2.504 | 2.566 | 3.001 |
| Afghanistan | 4.773 | 5.111 | 4.750 | 4.948 | 4.077 | 3.131 | 3.063 | 2.831 | 2.512 | 3.549 | 3.520 | 2.711 | 2.717 | 3.054 | 3.000 | 2.572 |
| Marokko | 5.009 | 4.425 | 3.800 | 4.118 | 3.820 | 3.684 | 3.546 | 3.489 | 3.130 | 3.042 | 2.806 | 3.011 | 2.852 | 2.710 | 2.689 | 2.551 |
| Iran | 14.410 | 12.020 | 13.026 | 9.440 | 6.362 | 4.482 | 3.662 | 3.121 | 2.734 | 3.184 | 3.046 | 2.728 | 2.463 | 2.560 | 2.546 | 2.533 |
| Russische Föderation | 4.583 | 4.972 | 3.734 | 2.764 | 4.381 | 5.053 | 4.679 | 4.069 | 2.439 | 2.477 | 2.753 | 2.965 | 3.167 | 2.784 | 2.743 | 2.329 |
| Syrien | 1.609 | 1.337 | 1.158 | 1.157 | 1.070 | 1.060 | 1.226 | 1.108 | 1.156 | 1.342 | 1.401 | 1.454 | 1.321 | 1.508 | 1.820 | 2.027 |
| Serbien | - | - | - | - | - | - | 2.979 | 9.080 | 6.267 | 4.174 | 3.285 | 2.878 | 2.611 | 2.586 | 2.223 | 1.941 |
| Vietnam | 4.489 | 3.014 | 1.482 | 1.423 | 1.371 | 1.278 | 1.382 | 1.078 | 1.048 | 1.513 | 1.738 | 2.428 | 3.299 | 2.459 | 2.196 | 1.929 |
| Bosnien-Herzegowina | 4.002 | 3.790 | 2.357 | 1.770 | 2.103 | 1.907 | 1.862 | 1.797 | 1.878 | 1.733 | 1.945 | 1.703 | 1.865 | 1.801 | 1.598 | 1.719 |
| Bulgarien | 614 | 615 | 649 | 579 | 404 | 400 | 409 | 468 | 802 | 1.029 | 1.447 | 1.540 | 1.691 | 1.790 | 1.718 | 1.619 |
| Libanon | 5.673 | 4.486 | 3.300 | 2.651 | 2.265 | 1.968 | 2.030 | 1.754 | 1.675 | 1.759 | 1.697 | 1.433 | 1.283 | 1.406 | 1.480 | 1.485 |
| Israel | 1.094 | 1.364 | 1.739 | 2.844 | 3.164 | 2.871 | 4.313 | 2.405 | 1.971 | 1.681 | 1.649 | 1.971 | 1.438 | 1.904 | 1.432 | 1.481 |
| Pakistan | 2.808 | 2.421 | 1.681 | 1.500 | 1.392 | 1.320 | 1.116 | 1.124 | 1.208 | 1.305 | 1.178 | 1.151 | 1.251 | 988 | 1.300 | 1.393 |
| Indien | 1.317 | 1.140 | 945 | 947 | 978 | 868 | 908 | 854 | 751 | 897 | 928 | 865 | 946 | 1.190 | 1.295 | 1.343 |
| Kasachstan | 2.152 | 2.148 | 2.027 | 3.010 | 1.443 | 2.970 | 3.207 | 2.180 | 1.602 | 1.439 | 1.601 | 1.923 | 1.938 | 1.916 | 1.656 | 1.311 |
| Brasilien | 199 | 258 | 249 | 295 | 455 | 530 | 830 | 845 | 967 | 969 | 1.015 | 1.018 | 874 | 1.045 | 1.058 | 1.174 |
| Insgesamt | 186.672 | 178.098 | 154.547 | 140.731 | 127.153 | 117.241 | 124.566 | 113.030 | 94.474 | 96.122 | 101.570 | 106.897 | 112.348 | 112.353 | 108.422 | 107.317 |

Quelle: Statistisches Bundesamt

8. Geburten und Sterbefälle von Personen mit Migrationshintergrund

Tabelle 8-2: Geburten 1990 bis 2015

| Jahr | Lebendgeborene | | | | | | | | Ausländer- anteil ² |
|-------------------|----------------|--|---|---|--|---------------------------------------|--|--|-----------------------------------|
| | Insgesamt | mit deutscher Staatsangehörigkeit ¹ | | | | | | mit aus- ländischer Staatsange- hörigkeit | |
| | | Gesamt | darunter: Eltern aus- ländisch ⁴ | darunter: mindestens ein Elternteil deutsch | | | | | |
| | | | | Eltern verheiratet | | Eltern nicht verheiratet ⁶ | | | |
| | | | | Mutter Aus- länderin, Vater Deutscher ⁵ | Mutter Deutsche, Vater Ausländer ⁵ | Mutter Deutsche ⁷ | Mutter Ausländerin, Vater Deutscher | | |
| 1990 ³ | 727.199 | 640.879 | - | 15.717 | 20.724 | 69.086 | - | 86.320 | 11,9 |
| 1991 | 830.019 | 739.266 | - | 17.190 | 21.467 | 116.623 | - | 90.753 | 10,9 |
| 1992 | 809.114 | 708.996 | - | 18.626 | 21.749 | 110.309 | - | 100.118 | 12,4 |
| 1993 | 798.447 | 695.573 | - | 20.227 | 21.904 | 106.807 | - | 102.874 | 12,9 |
| 1994 | 769.603 | 668.875 | - | 21.641 | 22.226 | 107.044 | - | 100.728 | 13,1 |
| 1995 | 765.221 | 665.507 | - | 23.948 | 23.498 | 111.214 | - | 99.714 | 13,0 |
| 1996 | 796.013 | 689.784 | - | 27.192 | 26.205 | 122.763 | - | 106.229 | 13,3 |
| 1997 | 812.173 | 704.991 | - | 29.438 | 28.246 | 132.443 | - | 107.182 | 13,2 |
| 1998 | 785.034 | 684.977 | - | 31.052 | 28.859 | 143.330 | - | 100.057 | 12,7 |
| 1999 | 770.744 | 675.528 | - | 32.523 | 30.000 | 155.417 | - | 95.216 | 12,4 |
| 2000 | 766.999 | 717.223 | 41.257 | 36.206 | 32.410 | 163.086 | 2.764 | 49.776 | 6,5 |
| 2001 | 734.475 | 690.302 | 38.600 | 37.718 | 32.498 | 167.680 | 3.143 | 44.173 | 6,0 |
| 2002 | 719.250 | 677.825 | 37.568 | 41.000 | 33.509 | 170.915 | 4.069 | 41.425 | 5,8 |
| 2003 | 706.721 | 667.366 | 36.819 | 43.483 | 34.685 | 173.305 | 4.753 | 39.355 | 5,6 |
| 2004 | 705.622 | 669.408 | 36.863 | 45.841 | 35.912 | 178.992 | 5.581 | 36.214 | 5,1 |
| 2005 | 685.795 | 655.534 | 40.156 | 46.003 | 35.025 | 181.105 | 5.909 | 30.261 | 4,4 |
| 2006 | 672.724 | 643.548 | 39.089 | 46.295 | 34.340 | 182.525 | 6.109 | 29.176 | 4,3 |
| 2007 | 684.862 | 653.523 | 35.666 | 46.600 | 35.006 | 190.979 | 6.588 | 31.339 | 4,6 |
| 2008 | 682.514 | 648.632 | 30.336 | 44.398 | 33.836 | 198.365 | 6.828 | 33.882 | 5,0 |
| 2009 | 665.126 | 632.415 | 28.977 | 42.568 | 32.856 | 196.651 | 7.410 | 32.711 | 4,9 |
| 2010 | 677.947 | 644.463 | 29.492 | 42.768 | 33.085 | 203.089 | 7.736 | 33.484 | 4,9 |
| 2011 | 662.685 | 630.745 | 31.091 | 41.425 | 31.058 | 201.253 | 7.902 | 31.940 | 4,8 |
| 2012 | 673.544 | 641.544 | 34.286 | 40.243 | 31.349 | 206.747 | 8.233 | 32.000 | 4,8 |
| 2013 ⁸ | 682.069 | 642.672 | 31.662 | 39.971 | 30.983 | 208.970 | 8.776 | 39.397 | 5,8 |
| 2014 ⁸ | 714.927 | 662.483 | 29.117 | 40.044 | 31.490 | 217.345 | 9.021 | 52.444 | 7,3 |
| 2015 | 737.575 | 669.594 | 30.425 | 39.657 | 31.783 | 217.309 | 9.842 | 67.981 | 9,2 |

Quelle: Statistisches Bundesamt

- 1) Seit 1975 erhält jedes Kind, bei dem mindestens ein Elternteil Deutscher ist, die deutsche Staatsangehörigkeit.
- 2) Anteil der Lebendgeborenen mit ausländischer Staatsangehörigkeit an der Gesamtzahl der Lebendgeborenen.
- 3) Bis 1990 alte Bundesländer, ab 1991 gesamtdeutsche Zahlen.
- 4) Seit dem 1. Januar 2000 erwerben Kinder ausländischer Eltern bei Geburt neben den Staatsangehörigkeiten der Eltern die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn mindestens ein Elternteil seit mindestens acht Jahren rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland hat und eine Niederlassungserlaubnis oder nunmehr ein unbefristetes Aufenthaltsrecht besitzt. Dies gilt auch, wenn ein Elternteil eine Aufenthaltserlaubnis auf Grund des Freizügigkeitsabkommens zwischen der EU bzw. deren Mitgliedstaaten und der Schweizerischen Eidgenossenschaft besitzt.
- 5) Einschließlich nicht aufgliederbarer Gruppen, unbekanntes Ausland, ungeklärte Fälle sowie ohne Angabe.
- 6) Die Angaben zum nichtehelichen Vater werden bei der Geburt des Kindes aufgrund der Kindschaftsrechtsreform seit dem Berichtsjahr 2000 nachgewiesen.
- 7) In diesen Zahlen sind auch Kinder mit einem ausländischen Vater enthalten. Im Jahr 2015 waren dies 12.630 Kinder.
- 8) Verfahrenstechnisch bedingt Kinder ausländischer Eltern mit deutscher Staatsangehörigkeit unterzeichnet und damit auch Zahl der Kinder mit ausländischer Staatsangehörigkeit überhöht.

Tabelle 8-3: Ausländische Bevölkerung nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Geburtsland am 31. Dezember 2015

| Staatsangehörigkeit | Ausländische Bevölkerung insgesamt | darunter: in Deutschland geboren | | Ausländische Bevölkerung unter 18 Jahren | darunter: in Deutschland geboren | |
|---|--|----------------------------------|-------------|--|----------------------------------|-------------|
| | | absolut | in % | | absolut | in % |
| Türkei | 1.506.113 | 440.469 | 29,2 | 101.236 | 87.752 | 86,7 |
| Polen | 740.962 | 29.782 | 4,0 | 83.482 | 23.615 | 28,3 |
| Italien | 596.127 | 157.011 | 26,3 | 50.241 | 28.901 | 57,5 |
| Rumänien | 452.718 | 15.751 | 3,5 | 70.275 | 14.837 | 21,1 |
| Syrien | 366.556 | 10.494 | 2,9 | 109.275 | 9.704 | 8,9 |
| Griechenland | 339.931 | 74.717 | 22,0 | 34.789 | 15.513 | 44,6 |
| Kroatien | 297.895 | 48.272 | 16,2 | 21.822 | 8.332 | 38,2 |
| Serbien (inkl. ehem. Serbien und Montenegro) | 260.212 | 52.986 | 20,4 | 49.703 | 27.101 | 54,5 |
| Russische Föderation | 230.994 | 9.372 | 4,1 | 30.912 | 8.824 | 28,5 |
| Bulgarien | 226.926 | 9.190 | 4,0 | 41.857 | 8.764 | 20,9 |
| Kosovo | 208.613 | 39.531 | 18,9 | 50.205 | 28.510 | 56,8 |
| Österreich | 181.756 | 24.968 | 13,7 | 8.359 | 3.964 | 47,4 |
| Ungarn | 178.221 | 4.998 | 2,8 | 18.384 | 3.903 | 21,2 |
| Bosnien-Herzegowina | 167.975 | 25.357 | 15,1 | 17.562 | 9.744 | 55,5 |
| Spanien | 155.918 | 25.694 | 16,5 | 15.122 | 4.060 | 26,8 |
| Niederlande | 147.322 | 30.746 | 20,9 | 15.465 | 7.124 | 46,1 |
| Irak | 136.399 | 14.163 | 10,4 | 39.605 | 13.925 | 35,2 |
| Portugal | 133.929 | 23.545 | 17,6 | 13.182 | 7.274 | 55,2 |
| Ukraine | 133.774 | 5.671 | 4,2 | 13.078 | 5.269 | 40,3 |
| Afghanistan | 131.454 | 6.908 | 5,3 | 43.084 | 6.335 | 14,7 |
| Frankreich | 126.739 | 11.756 | 9,3 | 10.829 | 5.179 | 47,8 |
| China | 119.590 | 6.209 | 5,2 | 9.749 | 5.659 | 58,0 |
| Vereinigte Staaten | 111.529 | 5.391 | 4,8 | 8.077 | 1.489 | 18,4 |
| Vereinigtes Königreich | 105.965 | 8.795 | 8,3 | 6.276 | 2.483 | 39,6 |
| Mazedonien | 95.976 | 14.379 | 15,0 | 20.213 | 6.716 | 33,2 |
| Vietnam | 87.214 | 12.331 | 14,1 | 11.133 | 8.729 | 78,4 |
| Sonstige Staatsangehörigkeiten | 1.867.085 | 137.369 | 7,4 | 241.541 | 92.777 | 38,4 |
| Insgesamt | 9.107.893 | 1.245.855 | 13,7 | 1.135.456 | 446.486 | 39,3 |

Quelle: Ausländerzentralregister, Statistisches Bundesamt

L

Literatur

Baraulina, Tatjana / Kreienbrink, Axel (2013): Rückkehr und Reintegration. Typen und Strategien an den Beispielen Türkei, Georgien und Russische Föderation. Beiträge zu Migration und Integration des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Band 4. Nürnberg: BAMF.

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2012): 9. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland. Berlin.

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2014): 10. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland. Berlin.

Büttner, Tobias / Stichs, Anja (2014): Die Integration von zugewanderten Ehegattinnen und Ehegatten in Deutschland. BAMF-Heiratsmigrationsstudie 2013. Forschungsbericht 22 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg: BAMF.

Bundesagentur für Arbeit (2015a): Merkblatt 16: Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer im Rahmen von Werkverträgen in Deutschland. Nürnberg: Bundesagentur für Arbeit.

Bundesagentur für Arbeit (2015b): Merkblatt: „Au-Pair“ bei deutschen Familien. Nürnberg: Bundesagentur für Arbeit.

Bundesagentur für Arbeit (2016a): Arbeitsmarkt in Zahlen: Arbeitsgenehmigungen-EU und Zustimmungen. Berichtsjahr 2015. Nürnberg: Bundesagentur für Arbeit.

Bundesagentur für Arbeit (2016b): Positivliste: Zuwanderung in Ausbildungsberufe. Stand: 9. September 2016. Nürnberg: Bundesagentur für Arbeit. Online: https://www.arbeitsagentur.de/web/wcm/idc/groups/public/documents/webdatei/mdaw/mta4/~edisp/l6019022dstbai447048.pdf?_ba.sid=L6019022DSTBAI447051 (23.09.2016).

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge / Bundesministerium des Innern (BAMF/BMI) (2008): Migrationsbericht 2007. Nürnberg/Berlin.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge / Bundesministerium des Innern (BAMF/BMI) (2010): Migrationsbericht 2008. Nürnberg/Berlin.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge / Bundesministerium des Innern (BAMF/BMI) (2012): Migrationsbericht 2010. Nürnberg/Berlin.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge / Bundesministerium des Innern (BAMF/BMI) (2013): Migrationsbericht 2011. Nürnberg/Berlin.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge / Bundesministerium des Innern (BAMF/BMI) (2014): Migrationsbericht 2012. Nürnberg/Berlin.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge / Bundesministerium des Innern (BAMF/BMI) (2015): Migrationsbericht 2013. Nürnberg/Berlin.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge / Bundesministerium des Innern (BAMF/BMI) (2016): Migrationsbericht 2014. Nürnberg/Berlin.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2015): Das Bundesamt in Zahlen 2014. Asyl, Migration und Integration. Nürnberg: BAMF.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2016a): Wanderungsmonitoring: Erwerbsmigration nach Deutschland. Jahresbericht 2015. Nürnberg: BAMF.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2016b): Das Bundesamt in Zahlen 2015. Asyl, Migration und Integration. Nürnberg: BAMF.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2016c): Asylgeschäftsstatistik für den Monat Dezember 2015. Nürnberg: BAMF.

Bundeskriminalamt/Bundespoleipräsidium (2016a): Menschenhandel – Bundeslagebild 2015. Wiesbaden.

Bundeskriminalamt (2016b): Polizeiliche Kriminalstatistik 2015, Bundesrepublik Deutschland. Berlin: Bundesministerium des Innern.

Bundeskriminalamt (2016c): Polizeiliche Kriminalstatistik. Bundesrepublik Deutschland – Jahrbuch 2015. Wiesbaden.

Bundesministerium des Innern (BMI) (2011): Migration und Integration. Aufenthaltsrecht, Migrations- und Integrationspolitik in Deutschland. Bundesministerium des Innern. Berlin.

Bundesministerium des Innern (BMI) (2016): Pressemitteilung vom 6. Januar 2016: 2015: Mehr Asylanträge in Deutschland als jemals zuvor. Berlin.

Bundesministerium des Innern (BMI) (2016): Pressemitteilung vom 30. September 2016: 2016: 890.000 Asylsuchende im Jahr 2015. Berlin.

Bundesministerium des Innern / Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMI/BMAS) (2014): Abschlussbericht des Staatssekretärsausschusses zu „Rechtsfragen und Herausforderungen bei der Inanspruchnahme der sozialen Sicherungssysteme durch Angehörige der EU-Mitgliedstaaten“. Bonn.

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (2010): Internationalisierung des Studiums. Ausländische Studierende in Deutschland – Deutsche Studierende im Ausland. Ergebnisse der 19. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks (DSW) durchgeführt durch HIS Hochschul-Informationen-System. Bonn/Berlin.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) (2016): Pressemitteilung vom 5. August 2016: Erleichterter Arbeitsmarktzugang für Flüchtlinge. Berlin: Deutscher Bundestag.

Bundestagsdrucksache 18/2278 vom 5. August 2014: Aktueller Stand der Einreisen und der Aufnahme von Syrien-Flüchtlingen. Berlin: Deutscher Bundestag.

Bundestagsdrucksache 18/4097 vom 25. Februar 2015: Entwurf eines Gesetzes zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung. Berlin: Deutscher Bundestag.

Bundestagsdrucksache 18/5420 vom 1. Juli 2015: Entwurf eines Gesetzes zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung. Berlin: Deutscher Bundestag.

Bundestagsdrucksache 18/6185 vom 29. September 2015: Entwurf eines Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes. Berlin: Deutscher Bundestag.

Bundestagsdrucksache 18/7588 vom 18. Februar 2016: Abschiebungen im Jahr 2015. Berlin: Deutscher Bundestag.

Bundestagsdrucksache 18/7800 vom 9. März 2016: Zahlen in der Bundesrepublik Deutschland lebender Flüchtlinge zum Stand 31. Dezember 2015. Berlin: Deutscher Bundestag.

Bundestagsdrucksache 18/7844 vom 11. März 2016: Ausweisungen im Jahr 2015. Berlin: Deutscher Bundestag.

Bundestagsdrucksache 18/8542 vom 24. Mai 2016: EU-Türkei-Abkommen zur Migrationsbekämpfung. Berlin: Deutscher Bundestag.

Bundestagsdrucksache 18/8654 vom 2. Juni 2016: Umsetzung des EU-Türkei-Flüchtlingsabkommens. Berlin: Deutscher Bundestag.

Bundestagsdrucksache 18/9133 vom 8. Juli 2016: Andauernde Probleme beim Familiennachzug zu anerkannten syrischen Flüchtlingen. Berlin: Deutscher Bundestag.

Bundestagsdrucksache 18/9273 vom 25. Juli 2016: Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge im Asylverfahren. Berlin: Deutscher Bundestag.

Bundestagsdrucksache 18/9477 vom 26. August 2016: Visaerteilungen im Jahr 2015. Berlin: Deutscher Bundestag.

Bundesverwaltungsamt (2016): Spätaussiedler und ihre Angehörigen. Jahresstatistik 2015. Köln.

Deutscher Akademischer Austauschdienst / Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DAAD/DZHW) (2015): Wissenschaft weltoffen 2015. Daten und Fakten zur Internationalität von Studium und Forschung in Deutschland. Bonn/Hannover.

Deutscher Akademischer Austauschdienst / Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DAAD/DZHW) (2016): Wissenschaft weltoffen 2016. Daten und Fakten zur Internationalität von Studium und Forschung in Deutschland. Bonn/Hannover.

Döhla, Benedikt (2015): Vorintegrative Sprachförderung an den Goethe-Instituten in der Türkei. Zur Wirksamkeit vorintegrativer Sprachförderung im Rahmen des Sprachnachweises bei Ehegattennachzug – eine empirische Untersuchung. Frankfurt am Main: Peter Lang Verlag.

Ette, Andreas / Sauer, Lenore (2010): Auswanderung aus Deutschland. Daten und Analysen zur internationalen Migration deutscher Staatsbürger. Wiesbaden: VS Verlag.

Europäischer Rat (2016): Pressemitteilung Nr. 144 vom 16. März 2016. Brüssel: Europäischer Rat.

Europäisches Migrationsnetzwerk (EMN) (2016): Migration, Integration, Asyl: Politische Entwicklungen in Deutschland 2015. Jährlicher Bericht der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk. Nürnberg: BAMF.

Goethe-Institut (2016): Start Deutsch 1-Prüfungen und Bestehensquoten im Rahmen des Ehegattennachzugs 2015, Stand: 04.08.2016.

Grote, Janne (2014): Abschiebungshaft und Alternativen zur Abschiebungshaft in Deutschland. Fokus-Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN). Working Paper Nr. 59 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg: BAMF.

Grote, Janne (2015): Irreguläre Migration und freiwillige Rückkehr – Ansätze und Herausforderungen der Informationsvermittlung. Fokus-Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN). Working Paper 65 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg: BAMF.

Grote, Janne / Bitterwolf, Maria / Baraulina, Tatjana (2016): Resettlement und humanitäre Aufnahme in Deutschland. Fokus-Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN). Working Paper Nr. 68 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg: BAMF.

Grote, Janne / Vollmer, Michael (2016): Wechsel zwischen Aufenthaltstiteln und Aufenthaltszwecken in Deutschland. Fokus-Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN). Working Paper 67 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg: BAMF.

Hanganu, Elisa / Heß, Barbara (2014): Beschäftigung ausländischer Absolventen deutscher Hochschulen. Ergebnisse der BAMF-Absolventenstudie 2013. Forschungsbericht 23 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg: BAMF.

Hoffmann, Ulrike (2013): Die Identifizierung von Opfern von Menschenhandel im Asylverfahren und im Fall der erzwungenen Rückkehr. Fokus-Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN). Working Paper 56 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg: BAMF.

Humpert, Stephan (2015): Fachkräftezuwanderung im internationalen Vergleich. Working Paper 62 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg: BAMF.

Institute for Jewish Policy Research (JPR) (2016): Jewish populations in Europe. Online: <http://www.jpr.org.uk/map> (19.09.2016).

Klingert, Isabell / Block, Andreas (2013): Ausländische Wissenschaftler in Deutschland. Analyse des deutschen Arbeitsmarktes für Forscherinnen und Forscher. Working Paper 50 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg: BAMF.

Kohls, Martin (2012): Demographie von Migranten in Deutschland. In der Reihe: Challenges of Public Health, Nr. 63 (Hrsg.: Razum, Oliver). Frankfurt am Main: Peter Lang Verlag.

Kohls, Martin (2014): Wirksamkeit von Wiedereinreiseperrn und Rückübernahmeabkommen. Fokus-Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN). Working Paper 58 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg: BAMF.

Lederer, Harald W. (2004): Indikatoren der Migration. Zur Messung des Umfangs und der Arten von Migration in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung des Ehegatten- und Familiennachzugs sowie der illegalen Migration. Bamberg: EFMS.

Liebau, Elisabeth / Schupp, Jürgen (2010): Auswanderungsabsichten: Deutsche Akademiker zieht es ins Ausland – jedoch nur auf Zeit. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Jg. 77, Nr. 37/2010, S.2–9. Berlin.

Maiani, Francesco / Hruschka, Constantin (2014): Der Schutz der Familieneinheit in Dublin-Verfahren. In: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik, Jg. 34, 2014, Nr. 2, S.69–75.

Mayer, Matthias M. (2013): Gewinnung von hochqualifizierten und qualifizierten Drittstaatsangehörigen. Fokus-Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN). Working Paper Nr. 53 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg: BAMF.

Müller, Andreas (2013): EU-Mobilität von Drittstaatsangehörigen. Fokus-Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN). Working Paper 51 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg: BAMF.

Müller, Andreas (2014): Unbegleitete Minderjährige in Deutschland. Fokus-Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN). Working Paper 60 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg: BAMF.

OECD (2013): Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte: Deutschland. Paris: OECD Publishing.

OECD (2016): Bildung auf einen Blick 2016. Paris: OECD Publishing.

Opfermann, Heike / Grobecker, Claire / Krack-Roberg, Elle (2006): Auswirkung der Bereinigung des Ausländerzentralregisters auf die amtliche Ausländerstatistik. In: Wirtschaft und Statistik 5/2006: 480–494. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Parusel, Bernd (2010): Europäische und nationale Formen der Schutzgewährung in Deutschland. Studie II/2009 im Rahmen des Europäischen Migrationsnetzwerks (EMN). Working Paper 30 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg: BAMF.

Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) (2014): Deutschlands Wandel zum modernen Einwanderungsland. Jahresgutachten 2014 mit Integrationsbarometer. Berlin: SVR.

Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) (2015): Studie des SVR-Forschungsbereichs 2015-1: International Mobil: Motive, Rahmenbedingungen und Folgen der Aus- und Rückwanderung deutscher Staatsbürger. Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR), Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) und Lehrstuhl für Empirische Sozialstrukturanalyse an der Universität Duisburg-Essen (Hrsg.). Berlin: SVR.

Schmid, Susanne / Kohls, Martin (2011): Generatives Verhalten und Migration. Forschungsbericht 10 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg: BAMF.

Schulze Palstring, Verena (2015): Das Potenzial der Migration aus Indien. Forschungsbericht 26 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg: BAMF.

Sinn, Annette / Kreienbrink, Axel / von Loeffelholz, Hans Dietrich / Wolf, Michael (2006): Illegal aufhältige Drittstaatsangehörige in Deutschland. Staatliche Ansätze, Profile und soziale Situation. Forschungsstudie 2005 im Rahmen des Europäischen Migrationsnetzwerks (EMN). Nürnberg: BAMF.

Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (2011): Sammlung der zur Veröffentlichung freigegebenen Beschlüsse der 193. Sitzung am 8./9. Dezember 2011. Wiesbaden.

Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (2014): Sammlung der zur Veröffentlichung freigegebenen Beschlüsse der 200. Sitzung am 11./12. Dezember 2014. Köln.

Statistisches Bundesamt 2013: Zensus 2011: 80,2 Millionen Einwohner lebten am 9. Mai 2011 in Deutschland. Pressemitteilung Nr. 188 vom 31. Mai 2013. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Statistisches Bundesamt (2014a): Zensus 2011: Knapp ein Viertel der Ausländer stammt aus der Türkei. Pressemitteilung Nr. 135 vom 10. April 2014. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Statistisches Bundesamt (2014b): 15,3 Millionen Personen haben einen Migrationshintergrund. Pressemitteilung Nr. 193 vom 31. Mai 2014. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Statistisches Bundesamt (2015a): Deutsche Studierende im Ausland. Statistischer Überblick 2003–2013. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Statistisches Bundesamt (2015b): 134 500 Deutsche studierten 2013 im Ausland. Pressemitteilung Nr. 469 vom 16. Dezember 2015. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Statistisches Bundesamt (2016a): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit: Vorläufige Wanderungsergebnisse 2015. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Statistisches Bundesamt (2016b): 2015: Höchststände bei Zuwanderung und Wanderungsüberschuss in Deutschland. Pressemitteilung Nr. 246 vom 14. Juli 2016. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Statistisches Bundesamt (2016c): Bildung und Kultur: Personal an Hochschulen 2015. Fachserie 11, Reihe 4.4. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Statistisches Bundesamt (2016d): Bildung und Kultur: Studierende an Hochschulen 2015. Fachserie 11, Reihe 4.1. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Statistisches Bundesamt (2016e): Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2015. Fachserie 1 Reihe 2.2. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Statistisches Bundesamt (2016f): Bevölkerung mit Migrationshintergrund auf Rekordniveau. Pressemitteilung Nr. 327 vom 16. September 2016. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Statistisches Bundesamt (2016g): Bevölkerungsfortschreibung 2014, Fachserie 1, Reihe 1.2. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Statistisches Bundesamt (2016h): Einbürgerungen 2015, Fachserie 1, Reihe 2.1. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Tollenaere, Marius (2014): Konzernintern entsandte qualifizierte Fachkräfte aus Asien in Deutschland: eine vernachlässigte Einwanderungskategorie mit großem Potenzial, in:

Kreienbrink, Axel (Hrsg.): Fachkräftemigration aus Asien nach Deutschland und Europa. Beiträge zu Migration und Integration, Bd. 5, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg: BAMF.

United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR) (2016): Global Trends: forced displacement in 2015. Genf: UNHCR.

Vogel, Dita (2015): Update report Germany: Estimated number of irregular foreign residents in Germany (2014). Database on Irregular Migration: Update report. (<http://irregular-migration.net/>).

Vollmer, Michael (2015a): Mobilitätsbestimmungen für Investoren, Selbständige und sonstige Wirtschaftsvertreter in Deutschland. Fokus-Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN). Working Paper 50 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg: BAMF.

Vollmer, Michael (2015b): Bestimmung von Fachkräftengpässen und Fachkräftebedarfen in Deutschland. Fokus-Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN). Nürnberg: BAMF.

Woisch, Andreas / Willige, Janka (2015): Internationale Mobilität im Studium 2015: Ergebnisse der fünften Befragung deutscher Studierender zur studienbezogenen Auslandsmobilität. Projektbericht im Auftrag des DAAD & DZHW. Hannover.

Worbs, Susanne (2008): Die Einbürgerung von Ausländern in Deutschland. Working Paper 17 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge aus der Reihe Integrationsreport. Nürnberg: BAMF.

Worbs, Susanne / Bund, Eva / Kohls, Martin / Babka von Gostomski, Christian (2013): (Spät-)Aussiedler in Deutschland. Eine Analyse aktueller Daten und Forschungsergebnisse. Forschungsbericht 20 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg: BAMF.

Worbs, Susanne (2014): Bürger auf Zeit – Die Wahl der Staatsangehörigkeit im Kontext der deutschen Optionsregelung. Beiträge zur Migration und Integration Band 7. Nürnberg: BAMF.

Zentralwohlfahrtstelle der Juden in Deutschland (ZWST) (2016): Mitgliederstatistik der jüdischen Gemeinden und Landesverbände in Deutschland für das Jahr 2015. Frankfurt am Main.

Impressum

Herausgeber:

Bundesministerium des Innern
Referat Öffentlichkeitsarbeit
Alt Moabit 140
10557 Berlin
www.bmi.bund.de

Redaktion:

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
Referat FI – Weltweite und irreguläre Migration, Islam, Demografie, Forschungstransfer,
Wissenschaftliche Leitung des Doktorandenprogramms
Referat 123 – Statistik

Bezugsquelle:

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
Referat 131 – Publikationsstelle
Frankenstraße 120
90461 Nürnberg
E-Mail: info@bamf.de
www.bamf.de

Stand:

Dezember 2016

Druck:

Silber Druck oHG, Niestetal

Gestaltung und Produktion:

KonzeptQuartier GmbH, Fürth

Foto/Bildnachweis:

©istockphoto.com/DNY59

